C 21734 D

Arbeiterkampf

Jahrg. 5 Nr. 60 29.4.75
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
1 DM

Befreiungskämpfer haben einen südvietnamesischen Bunker erobert.

8. Mai '75: 30 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus

Am 8. Mai 1945 mußte der deutsche Faschismus seine bedingungslose Kapitulation erklären. Der zweite Anlauf des deutschen Imperialismus, seine wahnwitzigen Weltherrschaftspläne in die Tat umzusetzen, endete mit seiner totalen Niederlage. Nach zwölf Jahren war das „Tausendjährige Reich" der faschistischen Barbarei im wahrsten Sinne des Wortes in Schutt und Asche zerfallen – allerdings nicht, ohne eine breite blutige Spur zu hinterlassen. Europa glich einem Massengrab und Trümmerfeld. Über 50 Millionen Menschen mußten im 2. Weltkrieg ihr Leben lassen, 35 Millionen blieben kriegsversehrt. Das deutsche Volk verlor rund sechs Millionen Menschen: vier Millionen verbluteten auf den Schlachtfeldern, 410.000 starben im Hagel der Fliegerbomben, 200.000 fielen dem faschistischen Terror zum Opfer. Den höchsten Blutzoll hatten allerdings die Völker der Sowjetunion zu zahlen: 20 Millionen Tote! Polen verlor über sechs Millionen Menschen, Jugoslawien über 1,7 Millionen, Frankreich über 600.000. Weitere acht Millionen Menschen verschiedener Nationalitäten, darunter vor allem fünf bis sechs Millionen Juden, ermordeten die Faschisten in KZs, Zuchthäusern und Vernichtungslagern.

Heute – 30 Jahre nach der völligen Niederlage des deutschen Faschismus – hegt der westdeutsche Imperialismus erneut Expansions - pläne, bereitet er sich auf die hemmungslose Unterdrückung der Arbeiterklasse vor. Gerade auch deshalb müssen anläßlich des 30. Jahrestages der Niederlage des deutschen Faschismus seine Verbrechen erneut ins Gedächtnis gerufen werden.

FORTSETZUNG SEITE 2

Die Völker Indochinas vor dem endgültigen Sieg

Die endgültige Niederlage des amerikanischen Imperialismus in Indochina ist nach der vollständigen Befreiung Kambodschas (durch die Einnahme der Hauptstadt Phnom Penh, am 17. April 1975) und die großartigen Erfolge des vietnamesischen Volkes und seiner Befreiungsarmee in den letzten Wochen nur noch eine Frage von Tagen.

Während die US-Imperialisten damit beschäftigt sind, ihre als Zivilisten getarnten Soldaten und mehr als hunderttausend südvietnamesischer Kapitalisten, Repräsentanten des zerfallenden Thieu-Regimes, Prostituierte etc. in die USA bzw. in mit dem US-Imperialismus verbündete Staaten zu verfrachten, rücken die Befreiungsstreitkräfte unaufhaltsam auf die Hauptstadt Südvietnams, Saigon, vor.

Heute morgen, am 27. April, wurde von den Kräften der Befreiung die strategisch wichtige Panzerschule von Long Tau eingenommen und damit die Verbindung zum letzten (noch unter der Kontrolle des Saigoner Marionetten-Regimes stehenden) Hafen, Wung Tau, abgeschnitten. Erstmals seit der Tet-Offensive im Frühjahr 1968 wurden Stellungen der Marionetten in Saigon selbst angegriffen und die Provisorische Revolutionsregierung Südvietnams hat über Rundfunk am Morgen des 27. April ihren Appell (vom 6.4.) *„an alle Landsleute, die in vorläufig noch vom Feind kontrollierten Gebieten leben"* wiederholt, *„heftige Aufstände zu führen, die Solidarität zu verstärken, einander beim Schutz der heiligen Traditionen, von Leben und Eigentum beizustehen... die Kontrolle an sich (zu) reissen und entschlossen (zu) kämpfen, um alle Pläne und Tricks des Feindes zu zerschlagen, die Unterdrückung, Terrorismus und Zwangsvertreibung der Bevölkerung anstreben."*

Die Soldaten, Offiziere und Polizisten des Saigoner Marionettenregimes wurden erneut aufgerufen, *„sich gegen die Krieg (zu) stellen, (zu) meutern, (zu) rebellieren oder aus den feindlichen Reihen (zu) desertieren"* (nach: Radio Befreiung).

Obwohl die aussichtslose Lage des amerikanischen Marionettenregimes in Saigon offensichtlich ist, haben deren Repräsentanten es bis zur Stunde nicht für nötig gehalten, vollständig von der politischen Bühne abzutreten und damit Verhandlungen mit der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams möglich zu machen. Nachdem der Faschist Thieu am 21. April endlich seinen Rücktritt erklärte und das Land mit amerikanischer Hilfe Richtung Taiwan verlassen hat, wurde zunächst eine „Regierung Thieu ohne Thieu" gebildet (d.h. es wurden Leute in Regierungsfunktionen berufen, die den Kurs des Thieu-Regimes fortsetzen gewillt waren).

Es ist selbstverständlich, daß die Revolutionsregierung Südvietnams Verhandlungen mit diesen Leuten ablehnt! Denn schließlich geht es um die Bildung einer neuen Regierung, die *„sich für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und nationale Eintracht sowie für die Anwendung der Pariser Verträge aussprechen* (muß)" (wie ein Vertreter der Revolutionsregierung vor der internationalen Presse in Paris erläuterte, „FAZ", 26.4.).

Weiter muß eine solche Regierung *„den Abzug der amerikanischen Militärs fordern, die ‚als Zivilisten verkleidet sind', sowie den Abzug der amerikanischen Kriegsschiffe aus den südvietnamesischen Gewässern. Schließlich soll sie die demokratischen Freiheiten garantieren und die politischen Gefangenen freilassen"* („FAZ", 26.4.).

Sollten die Saigoner Marionetten des US-Imperialismus sich auch weiterhin weigern, diese – den Interessen des vietnamesischen Volkes und einem baldigen Frieden dienenden – Forderungen zu erfüllen, so wird es ihnen nicht besser ergehen als ihren kambodschanischen Gesinnungsfreunden.

So oder so – das vietnamesische Volk wird den endgültigen Sieg über den US-Imperialismus und seine Lakaien erringen, und wir wünschen uns mit allen fortschrittlichen Menschen der Welt, daß dieser Sieg schon am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, gefeiert werden kann!

**Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg**

So sah es in Wahrheit in Kambodscha aus, als die 'Roten Khmer' in die befreiten Städte einzogen – hier werden die Befreiungstruppen von den Bewohnern der Stadt Pipet herzlich begrüßt.

Stockholm: Die Bundesrepublik wollte ein Blutbad

Am Donnerstag, 24. April, drang eine bewaffnete Gruppe in die Botschaft der BRD in Stockholm ein und nahm mehrere Botschaftsmitglieder als Geiseln. Nachdem die Bundesregierung die Forderung der Gruppe abgelehnt hatte, 26 politische Gefangene freizulassen, explodierte der von der Gruppe mitgebrachte Sprengstoff – sie hatten angekündigt, bei Nichterfüllung ihrer Forderungen die Botschaft zu sprengen. Die meisten der Geiseln konnten sich retten, zwei waren erschossen worden. Fünf Mitglieder der bewaffneten Gruppe wurden festgenommen, der sechste war tot.

Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht, daß derartige Aktionen, die in keinem Zusammenhang zu den Klassenkämpfen in der BRD stehen, schädlich für die Entwicklung der Arbeiterbewegung sind; speziell gilt das für d i e s e Aktion, die es mit ihrer wahnwitzigen Forderung (Freilassung von 26 Gefangenen, darunter die Exponenten der „Baader-Meinhof-Gruppe"!) der Regierung allzu leicht machte, ihren „harten Kurs" gegenüber der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten.

Davon unabhängig erklären wir, daß die volle Verantwortung für das Geschehen, das wohl nur zufällig nicht noch weit blutiger verlief, bei der Bundesregierung liegt. Der Staat w o l l t e in diesem Fall ein Blutbad, um der Hetze gegen Links, der Propagierung der „Inneren Sicherheit" und des totalen Polizeistaats neue Nahrung zu geben.

Daß der Staat ein Blutbad wollte, geht aus dem Verhalten der Bundesregierung eindeutig hervor: Normalerweise (vgl. z.B. Lorenz-Entführung) besteht die Taktik des Staates gegenüber Geiselnahmen darin (falls man die Forderungen nicht erfüllen will), erst einmal Zeit zu gewinnen, eine Verlängerung des Ultimatums zu erreichen, eventuell sogar zum Schein auf die Forderungen einzugehen – was dazu dienen soll, die Positionen der Polizei für einen „Sturmangriff" zu verbessern, Informationen über die Entführer bzw. Geiselnehmer zu erhalten, eventuell sie in eine Falle zu locken usw.

Ganz anders verfuhr die Bundesregierung jedoch in diesem Fall. Einem in der „Hamburger Morgenpost" (SPD-nahe) abgedruckten Zeitplan zufolge wurde die Botschaft kurz vor 12 Uhr besetzt. Um 13 Uhr traten die „Krisenstäbe" in Bonn zusammen. Um 15.30 wurden die Forderungen der Gruppe gestellt: *Ultimatum bis 21.00 für die Zusammenbringung der Gefangenen, bis Freitag Morgen 1.00 für ihren Abflug. Bei Nichteinhaltung des Ultimatums soll zu jeder vollen Stunde eine der Geiseln erschossen werden. Bei einem Sturm der Polizei auf die Botschaft soll diese gesprengt werden.*

Um 16.30 tagte der „große Krisenstab" in Bonn. Um 19.00 tagte das Bundeskabinett. Um 20.00 teilte Bundeskanzler Schmidt dem schwedischen Ministerpräsidenten Palme mit, daß Bonn nicht auf die gestellten Forderungen eingehen werde. Um 21.56 (!), d.h. erst nach Ablauf des ersten Ultimatums, wurden die Geiselnehmer darüber informiert.

Die Taktik war also: keinerlei Scheinverhandlungen führen, und dann n a c h Ablauf des ersten Ultimatums die Geiselnehmer mit der totalen und konzessionslosen Ablehnung ihrer Forderungen zu konfrontieren. Daß diese Taktik auf ein Blutbad zielte, liegt auf der Hand.

Man darf wohl annehmen, daß nach Lage der Dinge der Überfall auf eine BRD-Botschaft im Ausland mit Geiselnahme und Forderungen zu den geläufigsten und im Detail längst geklärten Planspielen der staat-

FORTSETZUNG SEITE 4

30 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Der Faschismus – von der Monopolbourgeoisie an die Macht gebracht

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und der Bildung einer „Regierung der nationalen Konzentration" aus NSDAP, Stahlhelm, DNVP und anderen Elementen der finstersten Reaktion am 30. Januar 1933 begann in Deutschland eine Periode des blutigsten faschistischen Terrors und der brutalsten Knebelung der Arbeiterklasse. Mit großzügiger finanzieller, propagandistischer und politischer Unterstützung hatte die deutsche Bourgeoisie Hitler und seine braune Bande in den Sattel gehievt, weil er ihr als der kompromißloseste Verfechter ihrer Pläne erschien – Pläne, die Hitler am 3.2.33 frank und frei vor den Befehlshabern der Marine und des Heeres erläuterte: Innenpolitisch die völlige Zerschlagung der Arbeiterbewegung. *„Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegensteht. Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend und des ganzen deutschen Volkes auf den Gedanken, daß nur der Kampf uns retten kann und daß diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat".*

Außenpolitisch die aggressive Expansion. *„Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiedererringung der politischen Macht ... Vielleicht Erkämpfung neuer Exportmöglichkeiten, vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung".*

In den ersten Monaten konzentrierte sich das neue Regime darauf, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Gleich in den ersten Tagen nach der „Machtergreifung" wurden KPD-Büros unaufhörlich von politischer Polizei und faschistischen Terrorhorden besetzt und geplündert, bereits am 2. Februar wurde in Preussen und anderen Ländern gegen die KPD ein generelles Demonstrationsverbot verhängt. Am 4.2. folgte die sogenannte „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes", die faktisch ganz Deutschland in den „Ausnahmezustand" versetzte, d.h. den Nazis weitere diktatorische Vollmachten gab. Am 22.2. machte Göring die Nazi-Banden und den Stahlhelm zu offiziellen Hilfspolizisten und forderte sie auf, reichlich von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Zum großen Schlag holten die Faschisten jedoch aus, als der „Reichstag" am 27.2. – wahrscheinlich von den Nazis selbst in Brand gesetzt – in Flammen aufging.

Noch in derselben Nacht wurden 10.000 Antifaschisten verhaftet, allein in Berlin 1.500 – unter ihnen zahlreiche führende Funktionäre der KPD. Ernst Thälmann geriet den braunen Bestien nur wenige Tage später in die Hände und blieb bis zu seiner Ermordung am 18.8.44 im KZ Buchenwald eingekerkert. In der Nacht nach dem Reichstagsbrand wurde außerdem die kommunistische und zum Teil auch schon die sozialdemokratische Presse verboten. Mit der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28.2.33 fegte die Bourgeoisie die letzten demokratischen Rechte beiseite: die Pressefreiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung, das Recht der persönlichen Freiheit, das Vereins- und Versammlungsgesetz, das Brief-, Post- und Telefongeheimnis. Konzentrationslager schossen in der nächsten Zeit wie Pilze aus dem Boden: bereits im Juli '33 gab es nach offiziellen Angaben 18.000 KZ-Häftlinge, 1939 z.B. nach Angaben der GeStaPo allein 162.734 politische Häftlinge.

In einer Atmosphäre offenen Terrors fanden am 5.3.33 Reichstagswahlen statt, bei der die KPD trotz der ungeheuren Wahlbehinderung, der Verhaftung fast aller ihrer Führer, der Einschüchterung der Bevölkerung noch 4,85 Mio. Stimmen und 81 Reichstagsmandate und die SPD 7,2 Mio. Stimmen und 120
rer, der Einschüchterung der Bevölkerung noch 4,85 Mio. Stimmen und 81 Reichstagsmandate und die SPD 7,2 Mio. Stimmen und 120
Mandate gewinnen konnte. Der KPD wurden die Mandate jedoch sogleich abgesprochen, denn der Faschismus brauchte freie Bahn für die totale „Ermächtigung", die am 23.3.33 auf „gesetzlichem" Wege ausgesprochen wurde – mit den Stimmen bürgerlich-„demokratischer" Parteien wie das „Zentrum" (Vorläufer der CDU/CSU).

Weitere Stationen auf dem Weg zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung waren:

- die Besetzung der Gewerkschaftshäuser, Beschlagnahme der Gewerkschaftskassen und die Verschleppung zahlreicher Gewerkschaftsangestellter und -funktionäre in KZs durch SA-Banditen am 2. Mai 33, nachdem sich die ADGB-Führung tags zuvor noch mit dem Aufruf zum 1. Mai der Nazis als „Tag der nationalen Arbeit" den Faschisten in widerlicher Weise an den Hals geworfen hatten.
- Die Gründung der faschistischen „Deutschen Arbeitsfront" (DAF) am 10.5.33 als faschistische Zwangs- und Pseudo-Gewerkschaft.
- Das Verbot der SPD am 22.6.33, womit die Bücklinge ihrer Führer vor der Nazi-Barbarei sehr schlecht honoriert wurden (z.B. waren noch drei Tage vorher alle jüdischen Mitglieder aus dem Parteivorstand der SPD abgewählt worden, um dem Antisemitismus entgegenzukommen!)
- Ständige Polizei- und Nazihordenüberfälle auf Antifaschisten, z.B. in der „Köpenicker Blutwoche" Mitte Juni '33. Bewaffnete SA-Rollkommandos holten in dieser Woche 500 Kommunisten, Gewerkschafter und Antifaschisten aus ihren Wohnungen und verschleppten sie in SA-Lokale und das Amtsgerichtsgefängnis, wo die Genossen bestialisch gefoltert wurden. 91 Genossen wurden in viehischer Weise umgebracht.
- Am 20.1.34 schließlich wurden auch die betrieblichen Organe der Arbeiterschaft aufgelöst und das „Führerprinzip" in der Wirtschaft durchgesetzt. Der Kapitalist wurde zum „Betriebsführer", die Arbeiter und Angestellten zur „Gefolgschaft". An die Stelle der Betriebsräte traten sogenannte „Vertrauensräte", die vom Kapitalisten selbst und von den Nazi-Funktionären bestimmt wurden.

In allerkürzester Zeit war die deutsche Arbeiterbewegung weitgehend zerschlagen.

In der Folgezeit nahm der faschistische Terror eher noch zu. Neben Kommunisten, anderen klassenbewußten Arbeitern und aktiven Antifaschisten wurden besonders die Juden ins Visier genommen. Bereits im Frühjahr '33 waren sie mit Hilfe des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" (etwas Ähnliches wie die heutigen „Extremistenerlasse") ebenso wie Kommunisten und Sozialdemokraten aus dem öffentlichen Dienst „gesäubert" worden. Den systematischen Vernichtungsfeldzug gegen die Juden läuteten die „Nürnberger Gesetze" (1935) ein, die ihre bürgerliche Gleichberechtigung beseitigten. Es folgte z.B. die „Arisierung" jüdischen Eigentums (d.h. die zwangsweise Verramschung jüdischer Geschäfte etc. an deutsche Kapitalisten) und schließlich die sogenannte „Kristallnacht" (9./10.11.38), in der Nazibanden Synagogen in Brand steckten, in aller Öffentlichkeit jüdische Geschäfte plünderten, 26.000 Juden verhafteten und zahllose ermordeten.

Endstation der faschistischen Judenpolitik war die berüchtigte „Wannseekonferenz" im Januar '42, auf der die „Endlösung der Judenfrage", d.h. die Ermordung von elf Millionen Juden aus 27 europäischen Staaten beschlossen wurde!

Nach der Niederschlagung des Faschismus – in den Gesichtern der Heimkehrer und ihrer Angehörigen spiegelt sich neben der Freude über den schwererkämpften Sieg die Trauer über die ungeheueren Verluste, die der faschistische Krieg dem Sowjetvolk zufügte.

Am 17. Januar ziehen die 1. polnische Volksbefreiungsarmee sowie die 47. und 61. sowjetische Armee gemeinsam im befreiten Warschau ein.

Am 17. Januar ziehen die 1. polnische Volksbefreiungsarmee sowie die 47. und 61. sowjetische Armee gemeinsam im befreiten Warschau ein.

3 Jahre DEUTSCHE FREIHEIT

Meinungsfreiheit! Wahlfreiheit! Koalitionsfreiheit! Kulturfreiheit! Rechtsfreiheit! Braune Freiheit!

Rechtsfreiheit! Braune Freiheit!

Antifaschistischer Handzettel (1936)

Die „Hauswarte" sorgten dafür, daß das Volk auch beim „Volksopfer" in den letzten Tagen des Krieges spendete: Straßenszene aus Berlin

Die Fratze des Kapitalismus

Am 20. April 1945, zwei Wochen vor der Kapitulation der Nazi-Mörder, wurden im KZ Neuengamme (Hamburg) 20 jüdische Kinder, vier Jahre alt der Jüngste unter ihnen, auf einen Lastwagen verfrachtet und in eine Schule in Hammerbrook gebracht.

Die Kinder hatten, wie zehntausende andere, den Faschisten für bestialische „Experimente" gedient: Sie waren mit Tuberkulosebazillen infiziert worden. Nun wollten sich die Nazis, kurz vor ihrer Niederlage, dieser lebenden Beweise für ihre ungeheuerlichen Verbrechen entledigen: In der Schule wurden die Kinder erhängt!

1944 brachte die US-Armee 50 Strafgefangene zu einem „Experiment" auf eine kleine australische Insel. Für die „freiwillige" Teilnahme an dem Experiment war ihnen Strafmilderung versprochen worden.

Dieses „Experiment" bestand darin, daß von Flugzeugen 360 Kanister Senfgas auf die Insel abgeworfen wurden. Sämtliche Strafgefangene, die in neun Meter tiefen Bunkern eingesperrt worden waren, starben. Und die US-Armee hatte den gewünschten Beweis, daß es mit diesem tödlichen Giftgas möglich war, die tiefen japanischen Bunker „auszuräuchern".

Das sind nur zwei Beispiele für die menschenverachtende Bestialität des Kapitalismus, 70 Menschen unter Millionen geschundenen und zu Tode gequälten Opfern des Kapitalismus. Und das gehört nicht der Vergangenheit an!

Wie schnell sich die demokratische, auf allzu viehische Grausamkeiten verzichtende Fassade des Kapitalismus ändern kann, zeigt Chile, wo politische Gefangene von Nachfolgern der Nazi-Horden schrecklichsten Foltern unterworfen werden. Das zeigt der US-Imperialismus, der in Vietnam „Waffen" zum Einsatz brachte wie das Napalm, das Menschen zu lebenden Fackeln macht; Bomben, die den Menschen im weiten Umkreis die Lungen zerfetzen; Splitterbomben, die den Körper zersieben und zudem aus Kunststoff hergestellt wurden, damit sie beim Röntgen nicht sichtbar waren, die also kaum aus dem Körper zu entfernen sind. Eine Ahnung dessen, was möglich ist, kann man aber auch in der BRD bekommen, wenn man sieht, wie Bullen mit sadistischer Brutalität zu drei, vier Mann auf ein bereits wehrlos am Boden liegendes Opfer einschlagen; wenn Bullen bei „Hausdurchsuchungen" heute schon hausen wie eine neue Gestapo, alles kurz und klein schlagen, die Bewohner währenddessen mit erhobenen Händen nackt an den Wänden stehen lassen usw.

Der Kapitalismus ist seinem Wesen nach viehisch und grausam, und er bringt die Menschen hervor, die in seinem Auftrag diese Bestialitäten begehen. Alle Kraft darauf zu konzentrieren, mit dem Kapitalismus weltweit Schluß zu machen, ist eine Frage des Überlebens der Menschheit. ●

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Thyssen: „Ich bezahlte Hitler"

Den faschistischen Terror gegen die Arbeiterklasse und die Kriegsvorbereitungen honorierten die Kapitalisten natürlich nur allzugern. Bereits am 24.3.33 sprach der Reichsverband der Deutschen Industrie (Vorläufer des BDI) Hitler seinen herzlichen Dank dafür aus, daß der neue Staat die Grundlagen geschaffen habe, um die Wirtschaft vor den „Störungen und politischen Schwankungen" zu bewahren, die ihr der frühere noch gebracht hatte, d.h. die Konfrontation mit der Arbeiterklasse. Und die Kapitalisten revanchierten sich großzügig – eine Hand wäscht die andere! Allein für die Wahl im März '33 schanzten Krupp, AEG, Siemens, die Vereinigten Stahlwerke, die IG Farben und andere Kapitalisten den Faschisten drei Mio. Reichsmark zu. Unter anderem über

Kampf dem Faschismus

den sogenannten „Himmler-Freundeskreis", zu dem neben dem späteren SS-Schlächter Himmler auch der Bankier Hjalmar Schacht, Bankier Schröder vom Kölner Bankhaus Stein, der Kali-Industrielle Rosterg, Otto Steinbrinck vom Flick-Konzern, Albert Vögler von Thyssens Vereinigten Stahlwerken, Rudolf Bingel von Siemens und Halske, Emil Helferich von der Hamburg-Amerika-Linie, Emil Meyer von der Dresdener Bank und Friedrich Reinhardt von der Commerzbank gehörten, waren der NSDAP schon lange vor '33 kräftige Finanzspritzen zugeführt worden, die sie nicht nur einmal vor dem völligen Bankrott bewahrt hatten, der ihr durch ihre aufwendigen Wahlkämpfe und den Unterhalt ihrer riesigen Schlägerbanden drohte. Später stellte der „Freundeskreis" weitere Millionenbeträge zur Verfügung, z.B. für die Erfindung immer neuer teuflisch-perfekter Massenvernichtungsmittel für die von der SS geleiteten KZs. Am 30.5.33 wurde auf Vorschlag Krupps zusätzlich eine „Adolf-Hitler-Spende" zur ständigen Unterstützung der NSDAP eingeführt: 700 Mio. harter Reichsmark ließen die Kapitalisten in den zwölf Jahren der faschistischen Barbarei zur Unterstützung der SS, des SD, der HJ und der nazistischen Auslandsorganisationen springen!

Zwölf fette Jahre für die Kapitalisten

Allerdings sorgte die faschistische Politik auch dafür, daß die Kapitalisten aus dem Vollen schöpfen konnten, daß der relative wirtschaftliche Aufschwung seit '33 einseitig ihnen zugute kam. Die Profite der Kapitalisten stiegen allein in den Jahren 1933 bis 1938 um 50 bis 100%, wozu noch beträchtliche Extra-Gewinne aus der „Arisierung", d.h. dem Diebstahl enteigneter „jüdischer Unternehmen", kamen. Hauptakteure bei der „Arisierung" waren die Großbanken, die die Transaktionen vermittelten und dafür sorgten, daß sie selbst dabei nicht zu kurz kamen. Besonders fette Jahre brachte den Kapitalisten die Aufrüstung. Unter der Parole „Kanonen statt Butter" wurde der Massenkonsum des werktätigen Volks drastisch eingeschränkt. Der Import von Nahrungsmitteln und Fertigwaren wurde gedrosselt, um mehr Rohstoffe für die profitträchtigen und kriegswichtigen Waffenschmieden einkaufen zu können. Krupp z.B. konnte den Reingewinn von 6,65 Mio. RM 1933/34 auf 21,11 Mio RM im Jahre 38/39 steigern.

Zwölf magere Jahre für die Arbeiter

Zwölf magere Jahre für die Arbeiter

In derselben Zeit sank der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen von 64% 1932 auf 57% im Jahr 1938. Dazu wurden den Arbeitern erhebliche Summen durch wachsende Steuern und zwangsweise Beiträge und „Spenden" aus der Tasche gezogen, in deren Erfindung die Faschisten wahre Könige waren. Die Arbeitszeit wurde erheblich verlängert, die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit lag z.B. im Maschinenbau schon vor Ausbruch des Krieges bei 51 Stunden. Aufgrund einer derart verschärften Ausbeutung kletterte die Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten in schwindelerregendem Tempo: 1932: 826.980 – 1937: 1.799.512. Auch die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich zusehends. Der faschistische Staat sperrte bestimmte Berufe bzw. verbot den Arbeitern z.T. die freie Berufswahl. Durch eine Verordnung Görings vom 22.6.38 konnte jeder Werktätige unabhängig von seinem Beruf, seinem Alter und Geschlecht verpflichtet werden zu arbeiten, wo und in welchem Beruf die Faschisten es für notwendig hielten. Diese Maßnahme wurde durch andere, schon früher eingeführte Dienstverpflichtungen ergänzt: durch den halbjährigen „Reichsarbeitsdienst" für alle Männer zwischen 18 und 25 Jahren (Juni '35), das „Pflichtjahr" (März '38) für Mädchen in der Land- und Hauswirtschaft und das „Landjahr" für Jugendliche.

Der faschistischen Rassenideologie folgend, gingen die Nazis und deren Helfer mit bestialischer Brutalität gegen die jüdischen Bürger vor. Allein während des Warschauer Gettoaufstands ließ die SS 70.000 Menschenleben vernichten.

„ ... wurde festgelegt, daß die höheren Schüler als Luftwaffenhelfer in den luftbedrohten Gebieten eingesetzt werden sollen."

26. April 1945: Einzug der Partisanen ins befreite Mailand, hier auf dem Dom-Platz. 30 Jahre später, am 22. April 1975, füllen 250.000 Menschen diesen Platz und die anliegenden Straßen im Kampf gegen den neuen Faschismus.

Faschismus heißt Krieg

Die hemmungslose Auspressung der „eigenen" Arbeiterklasse befriedigte die unersättliche Profitgier des deutschen Imperialismus jedoch nicht. Deshalb bereitete er sich von Anfang an systematisch auf die „Eroberung neuen Lebensraums" vor allem in Osteuropa vor, denn: „**Die wirtschaftlichen Probleme müssen ... gelöst werden ... Ohne Einbruch in fremde Staaten oder Angreifen fremden Eigentums ist das nicht möglich"** (Hitler).

- Bereits im Oktober 1934 standen 240.000 Mann unter Waffen, obwohl im Versailler Vertrag eine Grenze von 100.000 festgelegt worden war.
- Im März 35 wurde unter offenem Bruch dieses Abkommens die allgemeine Wehrpflicht eingeführt – zunächst für 550.000 Soldaten.
- Genau ein Jahr später besetzte die Wehrmacht die entmilitarisierten Gebiete des Rheinlandes.
- Eine erste Waffenprobe bestanden Einheiten der faschistischen Wehrmacht im spanischen Bürgerkrieg 1936-38. Deutsche Bombergeschwader „Legion Condor" legten am 26.4.1937 die spanische Stadt Guernica in Schutt und Asche.
- 1938 annektierte der deutsche Faschismus mit Duldung des britischen und französischen Imperialismus Österreich und Teile der Tschechoslowakei.
- Im März 39 wurde der tschechoslowakische Staat vollends zerschlagen und in ein „Protektorat Böhmen und Mähren" und einen faschistischen Marionettenstaat in der Slowakei aufgeteilt.
- Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 39 entflammte der deutsche Imperialismus den 2. Weltkrieg. Unmittelbarer Vorwand war ein fingierter Überfall auf den Sender Gleiwitz, den SS-Banditen in polnischen Uniformen am Tag vorher ausgeführt hatten. Tags darauf wurde von 55 Divisionen, 2.500 Panzern und 2.000 Flugzeugen „zurückgeschossen" ...
- Es folgten die Angriffe auf Dänemark und Norwegen (9.4.40), Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg (10.5.40), der Einmarsch in Rumänien (Okt. 40) und Bulgarien (März 41) und der Überfall auf Jugoslawien und Griechenland (6.4.41).

Dieser Krieg gegen die europäischen Völker erschloß den deutschen Kapitalisten neue traumhafte Profitquellen. Die Kriegsmaschinerie hielt die Rüstungsproduktion auf Hochtouren. Unter der Fahne der „Neuordnung Europas" wurden die Rohstoffe und Fabrikanlagen der besetzten Gebiete hemmungslos ausgeplündert und dienstbar gemacht. Immer mehr ausländische Arbeiter wurden gewaltsam in deutsche Betriebe verschleppt.

Allein der Krupp-Konzern beschäftigte etwa 100.000 ausländische Sklavenarbeiter, darunter zahllose Kinder, die gnadenlos zu Tode gewirtschaftet wurden.

Am 22.6.41 eröffnete der gefräßige deutsche Imperialismus den lange vorbereiteten Krieg gegen die Sowjetunion. Hitler tönte: „**Grundsätzlich kommt es darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können**". – Doch diesmal hatten sich die nimmersatten imperialistischen Hyänen verschätzt. Dieser „Kuchen" blieb ihnen im Halse stecken!

Nach Anfangserfolgen der faschistischen Wehrmacht ging die Rote Armee zur Gegenoffensive über. Ein gigantischer Einsatz von Menschen und Material, die Propagierung des „totalen Krieges" gegen die Sowjetunion durch den Fachmann für Demagogie und Lüge im Nazireich, Goebbels, Stillegungsaktionen in Verwaltung und Industrie, um Frontsoldaten und Arbeitskräfte für die Rüstungsproduktion freizusetzen, die Deportation von über zwölf Mio. ausländischen Zwangsarbeitern nach Deutschland, eine Politik der verbrannten Erde in den besetzten Gebieten und unvorstellbarer Terror gegen die sowjetische Zivilbevölkerung konnten die unvermeidliche Niederlage des deutschen Faschismus nicht abwenden.

Die Völker der Sowjetunion und ihre Rote Armee hatten den überragenden Anteil an der Befreiung Deutschlands vom Faschismus und brachten dafür auch die größten Opfer. Der amerikanische und britische Imperialismus waren erst richtig eingestiegen, als die Sowjetunion den deutschen Faschismus bereits entscheidend geschlagen hatte; die Eröffnung der „2. Front" (in Frankreich) wurde immer wieder hinausgezögert, denn die SU und der deutsche Faschismus sollten sich vorher gegenseitig aufreiben. Im Gegensatz zum jugoslawischen und italienischen Volk hat sich das deutsche Volk nicht selbst von der Plage des Faschismus befreien oder einen wesentlichen Teil zu dessen Niederlage beitragen können.

Selbst als die faschistische Diktatur gegen Ende des 2. Weltkrieges schon ziemlich morsch und angeschlagen war, kam es nicht zu breiten antifaschistischen Massenaktionen.

Die Schwäche des antifaschistischen Kampfes hatte verschiedene Ursachen. An erster Stelle ist der ungeheure Terror zu nennen, der naturgemäß die aktivsten und bewußtesten Teile der Arbeiterklasse am härtesten traf: von den 300.000 KPD-Mitgliedern von 1933 wurden ca. 150.000 Genossen verfolgt, in KZs, Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen, Zehntausende von kommunistischen Arbeitern wurden in diesen 12 Jahren ermordet. Zu der physischen Vernichtung kam die demoralisierende Wirkung dieser Schläge. Ferner ist die Spaltung der Arbeiterklasse durch die Politik der SPD-Führer zu nennen. Selbst angesichts des braunen Terrors wurde die antikommunistische Hetze eher noch verstärkt. So propagierten z.B. Hilferding, Stampfer und Tarnow eine verstärkte Zusammenarbeit mit den „Westmächten" bei verstärktem Kampf gegen die Kommunisten und gegen die sozialdemokratischen Arbeiter, die zu einem gemeinsamen antifaschistischen Kampf mit den Kommunisten bereit waren. 1939 (!) träumte Tarnow von einer „Entbolschewisierung Deutschlands" (!) und einem Programm, das verhindern sollte, daß die Arbeiter wie 1918 „verrückt" spielen! Als Hemmschuh für einen konsequenten antifaschistischen Kampf erwies sich auch die staatserhaltende Ideologie, mit der die SPD-Führer bei einem großen Teil der Arbeiter das Klassenbewußtsein und die Kampftraditionen verschüttet hatten.

Dennoch hat es auch in Deutschland einen antifaschistischen Widerstandskampf der bewußtesten Teile der Arbeiterklasse gegeben, der z.B. gegen Kriegsende z.T. verhindern konnte, daß lebenswichtige Einrichtungen von den Hitlerfaschisten zerstört wurden oder sinnloser Widerstand gegen die vorrückenden Truppen der Anti-Hitler-Koalition geleistet wurde. ●

Am 2. Mai 1945 hißten Soldaten der Roten Armee die Sowjetfahne auf dem Berliner Reichstagsgebäude

KB/Gruppe Westberlin

KRIEG UND LEICHEN - IMMER NOCH HOFFNUNG DER REICHEN

Die KZ's – Zwangsarbeit, Folter und Massenmord

Die KZ's waren eine der brutalsten „Errungenschaften" der faschistischen Barbarei. Sadistische Quälereien, Foltern aller Art, Essensentzug bis zur Aushungerung, Erschießungen „auf der Flucht", Prügel mit Gewehrkolben, Peitschen und Stiefeln gehörten zum Alltag. Zuerst waren es politische Gegner des Faschismus, meist Kommunisten, Sozialdemokraten und einzelne Liberale, die in KZ's gesperrt wurden. Später kamen Kriegsgefangene, ausländische Antifaschisten und schließlich vor allem die Millionenströme verschleppter Juden hinzu.

Zwangsarbeit unter mühseligsten Bedingungen sollte von Anfang an die Gefangenen, zunächst vor allem die politischen Gefangenen, unterwerfen; zusammen mit den übrigen Bedingungen sollte den Gefangenen ihr Widerstandswille und ihr Selbstbewußtsein gebrochen werden, sollten sie zugleich bleibend körperlich geschädigt werden.

Im Krieg erreichte die Zwangsarbeit in den KZ's, in erster Linie für die Rüstungsproduktion, einen riesigen Umfang. Dabei waren es die jüdischen Massen aus den von den Faschisten besetzten Ländern, die am gnadenlosesten „verheizt" wurden. Bei der Ankunft der „Transporte" verschleppter Juden in den KZ's wurden die „nicht Arbeitsfähigen" gleich aussortiert und ermordet. Die Übrigen wurden bei Zwangsarbeit unter härtesten Bedingungen und minimaler Ernährung innerhalb weniger Monate zu Tode geschunden bzw. als „arbeitsunfähig" zur Ermordung in die Gaskammern geschickt.

Die meisten Großkonzerne unterhielten eigene Produktionsstätten in den KZ's. So u.a. die IG-Farben (Vorläufer der Konzerne BASF, Hoechst und Bayer), Krupp, Siemens & Halske, Daimler-Benz und Henschel. Die Arbeitskräfte waren unvergleichlich billig, da sie nicht einmal die lebensnotwendigste Nahrung bekamen, die Unterbringung denkbar primitiv war, eine gesundheitliche Versorgung praktisch nicht gegeben war. So machten diese Konzerne gewaltige Extra-Profite. Zusätzlich verdienten sie sogar noch an der Ermordung der „Arbeitsunfähigen" – z.B. die IG-Farben, die das Todesgas „Zyklon B" produzierten.

Niemals haben diese Großkonzerne, die heute noch unser Volk und andere Völker ausbeuten, einen Pfennig „Wiedergutmachung" an Überlebende, Familienangehörige usw. der von ihnen Geschundenen zu zahlen brauchen, obwohl eben diese Konzerne wirtschaftlich der Hauptnutznießer der „Endlösung Judenfrage" waren. ●

BRD-Imperialisten zum Befreiungskampf der indochinesischen Völker

Gegenwärtig erleben wir täglich in den bürgerlichen Massenmedien eine widerwärtige Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die Erfolge des vietnamesischen und kambodschanischen Volkes in seinem Befreiungskampf. Die bürgerliche Presse schäumt nur so vor angeblichen Greueltaten und Grausamkeiten der „Roten", von hinterhältigen Angriffen auf „Flüchtlinge", die vor den Kommunisten fliehen und vom „roten Terror" in den befreiten Gebieten.

Nun wird man wohl nicht gerade von den bürgerlichen Massenmedien „Objektivität" in ihrer Berichterstattung über den Befreiungskampf der Völker gegen Imperialismus und Faschismus erwarten. Gerade die Geschichte des Vietnamkrieges und seine Wiedergabe in Fernsehen und Zeitungen haben dies deutlich bewiesen. Zudem verbirgt sich unter dem Schmutz, den die bürgerlichen Schreiberlinge täglich über die siegreichen Völker Indochinas ausschütten, nur sehr schlecht die Wut der Imperialisten über die Erfolge des Befreiungskampfes und ihre „Einsicht", daß auch in diesem Teil der Welt die Herrschaft des Imperialismus ihrem Ende entgegengeht.

Dennoch läßt sich nicht verkennen, daß gerade die Berichterstattung der westdeutschen Presse, selbst im Vergleich zu der anderer imperialistischer Staaten wie Frankreich oder Italien, einen besonders aggressiven Charakter hat.

Nur noch schlecht verhüllt durch den Schleier vorgeschobener „humanitärer Anteilnahme" an Schicksal und Elend des südvietnamesischen Volkes, tritt hier immer offener das brutale und kriegstreiberische Gesicht des BRD-Imperialismus mit seinen auf weitere und verstärkte Expansion gerichteten Zielen hervor.

Die Hetzkampagne der bürgerlichen Presse mit ihren von den westdeutschen Imperialisten diktierten und vorprogrammierten „Lehren aus dem Fall Vietnam" („FAZ", 10.4.1975) ist Teil der ideologischen Vorbereitung der Bevölkerung auf die verstärkt betriebene Aggressionstätigkeit des Imperialismus in der Welt (Portugal, Naher Osten...) unter zunehmender Beteiligung des westdeutschen Imperialismus.

Kriegstreiber am Werk !

Die „rote Aggression"

In der bürgerlichen Presse spiegelt sich der siegreiche Vormarsch der Volksbefreiungskräfte in Vietnam und Kambodscha als eine „brutale Aggression der Kommunisten" gegen die faschistischen Regimes in diesen Ländern wider.

Die Kommunisten, *„mit moderner sowjetischer und chinesischer Ausrüstung"* („FAZ", 2.4.75), unterstützt von den *„kommunistischen Machtblöcken"*, die, wenn es gegen die *„Freiheit des Westens"* geht, eine monolithische Einheit bilden, hätten in brutaler Weise das Pariser Vietnam-Abkommen von 1973 gebrochen.

Dieses Abkommen sei ohnehin für die Kommunisten nur ein „taktischer Schachzug" auf dem Weg zur Machtergreifung gewesen: *„Über einen ‚demokratischen' Umweg wollten die Nordvietnamesen erreichen, was sie militärisch nicht hatten durchsetzen können"* („FAZ", 3.4.75).

Jetzt versucht *„Thieu den Süden zu retten... bedroht von zwanzig angreifenden Divisionen und verlassen von der westlichen Öffentlichkeit."* Und: *„Jeder weiß, daß die Offensive eine offene Aggression (!) Nordvietnams (!) gegen den Süden ist, und mit Bedrückung muß man feststellen, daß die Weltöffentlichkeit dazu schweigt"* (Christel Pilz in der „FAZ", 24.3.75).

Man hört es raus: Was die empfindsame Frau Pilz so sehr „bedrückt", ist das Ausbleiben einer massiven militärischen Intervention des US-Imperialismus zugunsten der zusammenbrechenden Marionettenregimes. Frau Pilz wartet im selben Artikel auch mit Zahlenmaterial zur *„Infiltration Südvietnams durch den kommunistischen Norden"* auf, um ihre Thesen einer „nordvietnamesischen Aggression" zu ‚belegen': *„Hanoi hat heute mehr Truppen in Südvietnam als jemals zuvor in der Geschichte des Vietnamkrieges."*

So soll denn auch verständlich werden, wenn die „FAZ" von einer *„roten Lawine (!), die von Norden her auf Saigon zurollt"* (2.4.75) spricht, der gegenüber sich die südvietnamesische Soldateska recht erbärmlich und unterlegen erweist - **obwohl auch die „FAZ" an anderer Stelle nicht verschweigen kann, daß der US-Imperialismus allein bis 1973 die unvorstellbare Summe von 130 Milliarden Dollar in diese von Korruption zersetzte Armee gepumpt hat.**

Die These einer angeblichen nordvietnamesischen Aggression wird in derselben Zeitung, wie übrigens in allen anderen auch, von Klaus Natorp zu einem nordvietnamesischen „Subimperialismus" weitergesponnen: *„Was Kommunisten einmal erobert (!) haben, geben sie nicht mehr her. Zudem: Wer weiß denn, ob der kommunistische Appetit (!) nach dem Verschlingen (!) des ehemals französischen Indochina gesättigt ist? Südvietnam, Kambodscha und Laos mögen...als verloren gelten. Was aber ist mit Thailand oder Malaysia, die ebenfalls bald bedroht (!) sein werden?... Denn jener rote Block, der nun in Indochina unter der Führung Hanois entsteht, wird ein mächtiger Block sein."* Nordvietnam *„wird die schwächeren Länder beherrschen (!). ...Der Traum vom indochinesischen Großreich (!) unter der Führung nordvietnamesischer Kommunisten ist von Hanoi nie aufgegeben worden."* (13.3.75)

Natorp macht sich hier die altbekannte faschistische Propagandalüge vom „Welt-Bolschewismus" zu eigen, der mit den Mitteln der Subversion und äußerer militärischer Aggression nach und nach Land für Land verschlingt, um die Weltherrschaft zu erringen.

Der „rote Terror"

Eine zentrale Rolle spielt in der bürgerlichen Pressekampagne die Propagandalüge von den „Flüchtlingen".

Das „Flüchtlings"elend wurde von der Thieu-Soldateska geschaffen, um auf der Flucht vor den Befreiungstruppen einen sicheren Kugelfang zu haben, in den befreiten Gebieten nur verbrannte Erde zu hinterlassen und einen riesigen Propagandafeldzug zu starten (siehe dazu auch den letzten AK).

In der bürgerlichen Presse wurde denn auch der so geschaffene Flüchtlingsstrom als eine gigantische „Massenflucht" vor den Befreiungstruppen dargestellt, als eine *„Abstimmung mit den Füßen"* („FAZ", 29.3.75). *„Der Vietcong nennt seine Truppen ‚Befreiungsarmee'. Doch überall wo sie können, rennen die Menschen vor den Befreiern davon."* („FAZ", 21.3.75). Die bürgerliche Presse erfand bluttriefende Greuelstories über Angriffe des Vietcong auf die „Fliehenden", über Hinterhalte, in denen tausende mit Maschinengewehren, Raketen und Granatwerfern der Kommunisten niedergemäht wurden. *„Zahllose sind ... bei Überfällen kommunistischer Kommandos erschossen oder von den Kommunisten zurückgetrieben worden"* („FAZ", 4.4.75).

Die sozialdemokratische Presse mochte dem nicht nachstehen: *„Vietnam: 500.000* (die Zahlen wurden mit der Zeit heraufgesetzt – d. Red.) *auf der Flucht vor den Vietcong-Raketen. ... Raketen fetzen in die riesigen Menschenschlangen, die Fahrzeuge sind mit Verwundeten überladen"* („Morgenpost", 21.3.75).

Ausgerechnet die „Welt der Arbeit", Organ des DGB, räumt in ihrer Ausgabe vom 11.4.75 dem Generalsekretär der CDU (!), Biedenkopf, Platz für dessen Haß- und Lügentiraden gegen das vietnamesische Volk ein: *„Südvietnam* (wird) *von nordvietnamesischen Elitetruppen überrannt ... Sowjetische Geschütze schießen Schulen und Krankenhäuser in Brand. Sowjetische Raketen zerstören Fabriken und Wohnungen."*

Stockholm : FORTSETZUNG VON SEITE 1

Die Bundesrepublik wollte ein Blutbad

lichen „Krisenstäbe" gehört, und daß die Bundesregierung keineswegs mehrere Stunden brauchte, um zu einer Entscheidung zu kommen. Hamburgs Bürgermeister Klose plauderte dies in der Tat aus: **„Nach Kloses Angabe war die Ablehnung eines Austausches in Bonn schon vor 19 Uhr gefallen"** („Bild", 26.4. – die Ablehnung wurde um 20 Uhr an Palme übermittelt und – wohl nicht ganz ohne Zutun der Bundesregierung!! – den Geiselnehmern erst kurz vor 22 Uhr mitgeteilt!!). Klose (der übrigens zum „großen Krisenstab" gehörte) erwähnte auch, daß Hubschrauber und Flugzeuge, scheinbar zum Transport freigelassener Gefangener, bereitgestellt worden seien. Begründung Kloses: *„Sie* (die Geiselnehmer, d.Red.) *und mögliche Anhänger in Deutschland sollten bis zum Ablauf des Ultimatums glauben, daß die 26 Häftlinge wie gefordert freigelassen würden"* („Bild", 26.4.)

Welche Absicht wurde damit verfolgt, da die Bundesregierung von der sonst verfolgten Taktik der Scheinverhandlungen und Verzögerungen überhaupt keinen Gebrauch machte, und man auch die Tatsache gar nicht nutzte, daß die Geiselnehmer erst für 1 Uhr morgens ultimativ den Ausflug der Gefangenen gefordert hatten? Mit welcher Reaktion rechnete die Bundesregierung wenn die Geiselnehmer rund eine Stunde nach Ablauf des ersten Ultimatums plötzlich erfuhren, daß ihre Forderungen abgelehnt worden waren? Es ist klar: **Die Bundesregierung hat das Blutbad nicht nur in Kauf genommen, sondern a n g e s t r e b t .**

Dies zeigte sich vielleicht auch schon bei der Provokation, die zur Erschießung des Oberstleutnant von Mirbach, Militär-Attaché der Botschaft, führte: Die schwedische Polizei hatte sich in einem Teil der überfallenen Botschaft eingerichtet. Die Geiselnehmer forderten den Abzug der Polizei aus der Botschaft, andernfalls sollte eine Geisel erschossen werden. Die schwedische Polizei lehnte ab, und Mirbach wurde erschossen. Witzigerweise schreibt „Bild" dazu: Der Stockholmer Polizeichef *„hatte nur ein paar Sekunden (!!) Zeit, zu entscheiden ..."* aber einige Zeilen später: *„Die Terroristen wiederholten ihre Drohung noch drei- viermal ..."* (26.4.).

Schließlich stellt sich die Frage, ob Stockholms Polizeichef diese – für das bisherige Vorgehen der schwedischen Polizei in Geisel-Fällen durchaus nicht typische! – Entscheidung ohne Zutun herbeigeflogener westdeutscher „Experten" getroffen hat („Bild" erwähnt, daß u.a. der Chef des Hamburger „MEK", Kruschka, nach Schweden geflogen war).

Sozusagen am Rande der Stockholmer Ereignisse zeigte sich die zunehmende Faschisierung auch auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts. So ist es z.B. ein simples Prinzip selbst des bürgerlichen Rechts, daß jemand, der noch nicht verurteilt ist, auch nicht als Verbrecher bezeichnet werden darf. Dies hinderte Bundeskanzler Schmidt aber nicht, vor dem Bundestag die 26 politischen Gefangenen, deren Freilassung gefordert worden war, als „Gangster" zu beschimpfen – obwohl mehrere von ihnen noch nicht verurteilt sind, einige zur Zeit gerade vor Gericht stehen – also ein ganz unverschämter „Eingriff in ein schwebendes Verfahren", wie es im bürgerlichen Recht heißt. Aufsehen erregt dies in der bürgerlichen Presse schon gar nicht mehr, der Abbau des bürgerlichen „Rechtsstaates" kann zügig voranschreiten.

So kann es auch kaum noch wundern, daß praktisch in der gesamten bürgerlichen Presse z.B. Angela Luther als Beteiligte an der Lorenz-Entführung bezeichnet wird, obwohl es dafür keinerlei Beweis gibt – außer der Behauptung von Lorenz's Chauffeur, sie bei der Entführung erkannt zu haben. So schrieb „Bild" auch ganz frech am 25.4.: *„Diese zwei Terroristen sind die Anführer beim Überfall"* – nämlich Angela Luther und Andreas Vogel, von denen in Wirklichkeit keiner in Stockholm dabei war! Freilich hatte es kurz vorher noch geheißen, ein Botschaftsangestellter habe Angela Luther bei dem Überfall erkannt. Dies beweist aber nur, wie leicht es in dem von der bürgerlichen Presse, allen voran Springers Dreckflut, geschürten Klima von Verdächtigungen und Verleumdungen ist, bestimmte Personen als „Täter" zu diffamieren und womöglich sogar „Augenzeugen" zu der Meinung zu bringen, sie hätten den Betreffenden tatsächlich gesehen. Was von all dem zu halten ist, zeigt z.B. die „Hamburger Morgenpost", wenn sie sich einmal – entgegen ihrer eigenen sonstigen Linie – den Hinweis entschlüpfen läßt, daß Angela Luther *„beim Botschaftssturm wahrscheinlich ebensowenig dabei war, wie bei der Entführung des Berliner CDU-Chefs Peter Lorenz"* (26.4.).

Daß unter solchen Bedingungen, wo bis hinauf zum Bundeskanzler die politischen Gefangenen von vornherein „Gangster" sind und ihnen „Taten" einfach frech angedichtet werden, selbst nach bürgerlichem Recht ordentliche Gerichtsverfahren nicht mehr möglich sind, liegt auf der Hand. Man nehme dazu, daß die – vom Bundesrat schon beschlossene – Straffreiheit für „Kronzeugen" die Türen für Verleumdungen und haltlose Beschuldigungen noch wesentlich weiter aufstoßen wird, und man nehme dazu die Forderung nach der Todesstrafe für „anarchistische Gewalttäter". Dann ist die beabsichtigte Richtung klar! ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Babylift": Kidnapping und Propagandashow

In einer großangelegten Propagandaaktion, als Rettung für Waisenkinder, die „nicht in die Hände der Kommunisten" fallen dürfen, entführten die US-Regierung und kapitalistische Privatorganisationen in der ersten Aprilwoche an die 1.700 vietnamesische Kinder aus ihrer Heimat. Nach Protesten in Südvietnam und verschiedenen Hilfsorganisationen in der Welt, wird jetzt der Kinderdiebstahl ohne große Publizität weitergeführt. Auch die BRD beteiligt sich hieran: Der *„bisher größte Transport (!!) vietnamesischer Waisenkinder"*, es waren 33, traf am 12. April in der BRD ein. Die „Kosten" pro Kind betragen 2.500 DM („WamS", 13.4.75). Insgesamt sind seit 1969 offiziell rund 200 vietnamesische Kinder in der BRD verkauft worden („FR", 9.4.).

Bei dem vom US-Imperialismus organisierten und von der bürgerlichen Presse begierig aufgegriffenen „Babylift" handelt es sich um eine widerwärtige Propagandashow, mit der von den Verbrechen der Imperialisten am vietnamesischen Volk im allgemeinen und an den vietnamesischen Kindern im besonderen abgelenkt werden soll. Eine Million Jungen und Mädchen wurden von den US-Aggressoren ermordet, eine Million Kinder wurden Waisen, mehrere Millionen junger Menschen wurden für ihr ganzes Leben grauenhaft entstellt und verstümmelt.

Und die Kriegsverbrecher im US-Kriegsministerium besitzen jetzt die Ungeheuerlichkeit, dies unvorstellbare Leid auch noch propagandistisch auszuschlachten! In einem mit den USA abgefaßten Geheimdokument des Vizepräsidenten des Thieu-Regimes, das von oppositionellen Politikern in Saigon veröffentlicht wurde, heißt es: *„Die Ausreise einer großen Anzahl von Waisen wird in der Welt und vor allem in den USA Emotionen hervorrufen und sich günstig für Südvietnam auswirken."* („Berliner Extra-Dienst", 11.4.75)

An die 200 Kinder haben diesen von den Imperialisten sanktionierten Raub bereits mit dem Tod bezahlen müssen: Beim Absturz eines „Transportflugzeuges", das technisch nicht ausreichend gesichert war (!) („Welt" 7.4.75). Mit welcher Brutalität und Menschenverachtung dieser „Babylift" durchgeführt wurde, bewies die „Daily Mail" (die englische „Bild"): Auf eigene Faust entführte sie 100 Babys in einer gecharterten Maschine und sandte mehrere wegen in London *„festgestellter gesundheitlicher Mängel"* (!!) zurück.

Die Propagandaaktion „Babylift" kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Kinderhandel bereits seit Jahren für die Kapitalisten ein äußerst lukratives Geschäft ist. Fünf amerikanische Organisationen haben vom Thieu-Regime eine regelrechte Konzession für den An- und Verkauf von Kindern erworben. Für gesunde und „exotische Babys" mit „süßem Aussehen" werden in den USA Summen bis zu 25.000 Dollar bezahlt („UZ", 4.4. und „ED").

Auch die vietnamesischen Kinder, wie die Kinder der ganzen Welt, werden erst dann einer glücklichen Zukunft entgegengehen, wenn ihr Land restlos vom Imperialismus befreit ist. ●

FORTSETZUNG VON SEITE 4

Und Adelbert Weinstein, Militärstratege der „FAZ", von dem noch zu reden sein wird, „erinnert" sich an die „*Todeskommandos in Hue 1968*" (Tet-Offensive): „*Frauen, Kinder, Soldaten, die sich ergeben hatten, Handwerker und Händler, Verwaltungsbeamte und Ärzte, Menschen aus allen Schichten wurden von den Vietcong abgeschlachtet* (!). *Kommunistische Agenten, die auf Terrorschulen* (!) *der Nordvietnamesen ausgebildet worden waren, ermordeten 5.700 Bewohner der Stadt. Es wurde geköpft, erschossen, gefoltert*" (26.3.75).

Die „FAZ" weiß denn auch wenig später über „*Massenexekutionen von Kollaborateuren durch die Nordvietnamesen*" (19.4.75) zu berichten.

Einen Tag zuvor wurde dem entsetzten Leser gar die schaurige Zahl von einer Million Menschen genannt, „*die von den Nordvietnamesen oder dem Vietcong getötet werden könnten.*" Und in der Ausgabe vom 19.4. sind es gar mehrere Millionen (!), „*die unmittelbar an Leib und Leben gefährdet sind.*" – Wer bietet mehr?!

Diese ungeheuerlichen Lügen werden aufgetischt, obwohl die Provisorische Revolutionsregierung mehrmals eine allgemeine Amnestie selbst für Kollaborateure verkündete und nur die Massenmörder des faschistischen Regimes ihrer gerechten Strafe zuführen wird. Um den ungeheuerlichen Verleumdungen in der imperialistischen Presse entgegenzutreten, wurden auch bereits ausländischen Journalisten zum Besuch der befreiten Gebieten eingeladen.

Der „grausame Asiate"

„*Aber in Asien ist vieles doch anders als bei uns*" („FAZ", 29.3.75).

In den befreiten Gebieten läßt die bürgerliche Presse den „roten Terror" rücksichtslos wüten. „*Die nordvietnamesische Armee, die den Terror zum Element der Kriegsführung gemacht hat* (!), *die von Hinrichtungskommandos begleitet wird* (!), *verbreitet Angst*" („FAZ", 29.3.75).

Neben den blutrünstigen Berichten der Presse über das angebliche Wüten der Befreiungstruppen gegen die zivile Bevölkerung, die in ihren Ausmaßen an die national-sozialistische Kriegspropaganda zur Schaffung des „bolschewistischen Feindbildes" heranreicht, entlehnt die Pressekampagne auch rassistische Elemente aus der faschistischen Ideologie.

Das „Geheimnisvolle des Asiaten" wird beschworen, wenn Weinstein in der „FAZ" vom 16. April bedauert, daß den wechselnden Militärdiktaturen Südvietnams das gefehlt habe, „*was in Vietnam das ‚Mandat des Himmels' genannt wird, eine aus der Tiefe* (!) *des Unbewußten* (!) *kommende Anerkennung der Regierenden durch das Volk.*"

Mit derlei ideologischem Quark hat der Imperialismus immer seine Herrschaft und Ausbeutung fremder Länder zu rechtfertigen gesucht. Den Völkern der 3. Welt, nur fähig „aus der Tiefe des Unbewußten" zu handeln, müsse erst einmal in einer zivilisatorischen Mission „Fortschritt und Kultur des Westens" gebracht werden. Der US-Imperialismus hat ja auch seine Aggression in Vietnam u.a. mit der Verteidigung ominöser „westlicher Werte" gerechtfertigt.

Derselbe Weinstein erklärt auch die Fehlprognosen des US-Geheimdienstes über die militärischen Pläne der Befreiungsbewegungen mit der undurchsichtigen „*Haltung des Vietcong und dem Charakter der Nordvietnamesen*" („FAZ", 12.4.75).

Die „asiatische Grausamkeit", die schon im deutschen Kaiserreich herhalten mußte, um ein deutsches Expeditionskorps darauf einzuschwören „kein Pardon und keine Gefangenen" beim Boxeraufstand in China zu machen, wird heute erneut aufgekocht; in der „Süddeutschen Zeitung" kann sich ein gewisser Widmann einfach nicht erklären, warum die in Phnom Penh einmarschierenden „Roten Khmer" kein Blutbad unter der Bevölkerung anrichteten. Denn für ihn sind sie „*jung und verwegen, dabei von einer fast kindlichen* (? !) *Grausamkeit* (!!) *erfüllt, die Freude* (!!) *beim Töten empfindet.*" Und: „*Bisher ist noch jeder ausländische Journalist, der ihnen in die Hände fiel, ums Leben gekommen*" (18.4.75).

Im Falle des Herrn Widmann würden wir fast bedauern, daß er auch hier wieder die Unwahrheit sagt ...

Die Kriegstreiber ...

Der BRD-Imperialismus hat, als engster „Partner" des US-Imperialismus, in der Vergangenheit jede Aggression der USA gegen die Völker der Welt gutgeheißen und unterstützt. Im Windschatten der USA operierend, konnte er so seine Positionen in der Welt erheblich ausbauen. Im Inneren, in der westdeutschen Presse, hat sich diese Politik in einer reaktionären und gegen die Interessen der Völker gerichteten Berichterstattung und Propaganda widergespiegelt. Darin unterscheidet er sich zum Teil auch von anderen imperialistischen Staaten, die den Befreiungsbewegungen mit einer anderen Taktik gegenübertreten (so hat z.B. Schweden die DRV begrenzt mit humanitären Lieferungen während des Bombenkrieges unterstützt, unterhält Frankreich diplomatische Beziehungen zur DRV).

Die Unterstützung der US-Aggressionen hielt die BRD-Imperialisten jedoch gleichzeitig nicht davon ab, in ihren äußeren Beziehungen zu den Völkern als „antikolonialistisch", als „friedliebender und auf den gegenseitigen Vorteil bedachter Handelspartner" aufzutreten.

Seitdem der BRD-Imperialismus seine Auslandsexpansion enorm verstärkt hat und für die EG unter westdeutscher Führung die Anerkennung als „ebenbürtigen Partner" (Brandt) des US-Imperialismus, also einen größeren Teil von der Beute verlangt, legt er auch in seinen Beziehungen zu den Völkern den zu engen und unbequemen „Partnerlook" zusehends ab. Seine Aggressivität tritt in Erpressungen und Drohungen immer deutlicher zum Vorschein.

In der bürgerlichen Presse spiegelt sich diese Entwicklung in einer noch extremeren reaktionären und völkerfeindlichen Berichterstattung wi-

FORTSETZUNG SEITE 6

Wie die US-Imperialisten „die Freiheit verteidigten"

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Der Deutsche Volkssturm tritt an

Kampf mit allen Waffen und Mitteln

Ein Erlaß des Führers

Jeder Mann wehrt sich

Noch einmal Mobilmachung

Rechts: Ein General inspiziert 15Jährige vor dem Einsatz an der Front. Oben: In den von Westalliierten besetzten deutschen Gebieten links des Rheins wurde Anfang Januar dieses Durchhalte-Flugblatt abgeworfen.

Heute wie damals – imperialistische Durchhalteparolen

ZEHN-PUNKTE-PROGRAMM

der Provisorischen Revolutionsregierung von Südvietnam gegenüber den befreiten Gebieten

„*Im Laufe der vergangenen mehr als zwei Jahre haben die US-Imperialisten und die Marionetten-Clique Nguyen Van Thieus den Krieg fortgesetzt und unzählige Verbrechen gegen unser Volk begangen. Unsere Streitkräfte und unser Volk haben voll Tapferkeit Offensiven und Aufstände begonnen, um die Clique zu strafen; sie haben weiter viele große Siege errungen und viele Provinzen, Städte und große Landgebiete in den gebirgigen und bewaldeten Gebieten und in den Delta-Regionen befreit.*

Unser Volk lebt jetzt in Unabhängigkeit und Freiheit in den zu letzt befreiten Gebieten unter Kontrolle der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams.

Um die revolutionären Errungenschaften zu schützen und zu entwickeln, die Unterhaltsmöglichkeiten der Bevölkerung zu stabilisieren, die Pariser Vietnam-Verträge wirksam zu wahren und durchzuführen und um die südvietnamesische Revolution immer größeren Siegen zuzuführen, gibt die Provisorische Revolutionsregierung von Südvietnam hiermit die zehn Punkte ihrer Politik gegenüber den zuletzt befreiten Gebieten bekannt:

1 *Vollständige Beseitigung des Regimes und seines Herrschafts-apparates, der Streitkräfte, Organisationen, völlige Beseitigung aller Anweisungen und Regelungen, aller Formen der Unterdrückung und Kontrolle durch die Marionettenregierung und schnelle Gründung einer revolutionären Volksregierung auf allen Ebenen in den neuerlich befreiten Gebieten. Alle Marionetteneinrichtungen müssen der Verwaltung der revolutionären Regierung unterstellt werden. Beamte, die für die Marionetten-Maschinerie gearbeitet haben, dürfen ihre Arbeit unter der revolutionären Regierung fortsetzen und müssen Politik und Richtlinien der Revolutionsregierung durchführen und beachten.*

Beseitigung aller reaktionären politischen Organisationen, die sich zu Lakaien der US-Imperialisten und der Marionetten-Regierung gemacht haben.

2 *Durchsetzung der demokratischen Rechte des Volkes und Erreichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Sicherung der Religionsfreiheit und der Einheit und Gleichheit der verschiedenen Religionen. Achtung der freien Glaubensausübung des Volkes und Schutz der Pagoden, Kirchen und Tempel.*

3 Durchführung einer Politik, die für die Einheit der gesamten Bevölkerung, für nationale Versöhnung und Eintracht eintritt und sich dem aggressiven Imperialismus widersetzt. Striktes Verbot aller Aktivitäten, die zu Uneinigkeit, Haß und Mißtrauen bei der Bevölkerung und den verschiedenen Nationalitäten führen. Jeder muß jedem Einigkeit, Liebe und Hilfe bei der Entwicklung der befreiten Gebiete und beim Aufbau eines friedlichen, fröhlichen und gesunden Lebens entgegenbringen, und zwar ungeachtet seiner finanziellen Situation, seiner Nationalität oder seiner politischen Tendenz. Verwirklichung der Gleichberechtigung der Angehörigen verschiedener Nationalitäten, seien sie groß oder klein. Wirksame Unterstützung der Mitbürger ethnischer Minderheiten, damit sie ihre wirtschaftlichen und kulturellen Aktivitäten entwickeln und ihre Lebensgrundlage verbessern können.

4 *Jeder in den befreiten Gebieten darf weiter seinen Aktivitäten nachgehen, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Er muß die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechterhalten und die Revolution unterstützen. Die revolutionäre Volksregierung wird alle feindlichen Pläne, Sabotageakte und Gegenangriffe resolut und direkt zerschlagen und all diejenigen strengstens bestrafen, die die öffentliche Ordnung und Sicherheit sabotieren, Einkommen, Besitz und Würde der Bevölkerung schmälern und sich an Eigentum vergreifen, das von der Revolutionsregierung verwaltet wird.*

5 *Das Eigentum der Marionettenregierung wird von der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams verwaltet werden.*

6 *Unternehmen, Industrien, handwerkliche Betriebe, Handelsunternehmen, Verkehrs- und Transportunternehmen sowie andere Dienstleistungsbetriebe müssen ihre Aktivitäten fortsetzen, um Wirtschaft und normale Aktivitäten der Bevölkerung zu unterstützen. Die Wiederherstellung der Produktion wird aktiv betrieben, und die Lebensgrundlage der städtischen Bevölkerung wird stabilisiert werden.*

Unbeschäftigte Arbeiter und andere Werktätige werden Arbeit erhalten. Der Besitz von Unternehmern und Händlern ist geschützt. Sie können ihre geschäftlichen Transaktionen fortsetzen, wenn diese den nationalen Plänen und dem Unterhalt der Bevölkerung dienlich sind. Für Waisen, Invaliden und alte, schwache Menschen wird gesorgt werden.

7 *Ermutigung und Unterstützung der Bauern bei der Wiederherstellung und Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, der Fischerei, der Salzgewinnung und der Forstwirtschaft. Ermutigung der Pflanzungsbesitzer zum Anbau von industriellem Getreide, Obstbäumen und zur Weiterführung ihrer Geschäfte.*

8 *Alle kulturellen, wirtschaftlichen und technischen Einrichtungen müssen ihre Arbeit im Dienste der gesamten Bevölkerung fortsetzen. Alle reaktionären und gedankenvergiftenden Organisationen und Aktivitäten der US-Imperialisten und der Marionetten-Verwaltung sind verboten. Gesunde nationale kulturelle Aktivitäten werden ermutigt und entwickelt. In den wissenschaftlichen und technischen Bereichen, die der nationalen Entwicklung dienen, werden begabte Personen gern beschäftigt.*

9 *Strikte Durchführung der Politik der Provisorischen Revolutionsregierung von Südvietnam, die den Offizieren und Soldaten der Marionetten-Regierung am 25. März bekanntgegeben wurde. Alle Angehörigen des Militärs, Offiziere, Polizisten verletzte Soldaten, Veteranen und Bedienstete der Marionetten-Regierung, die die feindlichen Reihen verlassen und sich in die befreiten Gebiete begeben haben, die freiwillig in den befreiten Gebieten geblieben sind und die gemäß den Bestimmungen bei den Organen der Revolutionsregierung gemeldet haben und die den Gesetzen der Revolutionsregierung ernsthaft nachgekommen sind, werden in ihren Geschäften unterstützt oder können nach Hause zurückkehren und sich nach Wunsch und Vermögen an verschiedenen Aktivitäten beteiligen.*

Wer Erfolge erzielt hat oder mit Verdiensten seine Fehler gutgemacht hat, wird gelobt und belohnt. Wer sich der Revolution widersetzt, wird bestraft. Wer von den Schuldigen ernstlich bereut, kann mit Nachsicht rechnen.

10 *Sicherung des Lebens und des Eigentums von Ausländern. Alle Ausländer müssen die Unabhängigkeit und Souveränität Vietnams respektieren und Richtlinien und Politik der Revolutionsregierung ernsthaft einhalten. Ausländer, die zum Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit und zum nationalen Aufbau Süd-Vietnams und seiner Bevölkerung einen Beitrag leisten, sind willkommen.*

Die befreite Zone in Südvietnam ist ein brillianter Erfolg des gesamten vietnamesischen Volkes und eine feste Stütze des revolutionären Unternehmens, Südvietnam völlig zu befreien. Die Provisorische Revolutionsregierung fordert alle Mitbürger auf, diese Politik zu respektieren und durchzuführen, Solidarität und Einmütigkeit zu schaffen und entschlossen für Schutz und Konsolidierung der befreiten Zone zu kämpfen.

Alle Kader, Kämpfer und Beschäftigte der Revolutionsregierung müssen diese Richtlinien beispielhaft einhalten und tatkräftig Anstrengungen machen, um der Bevölkerung bei der Einhaltung der Richtlinien Hilfestellung zu leisten. Die Provisorische Revolutionsregierung wird all diejenigen loben und belohnen, die sich um die Revolution verdient gemacht oder beim Schutz und Aufbau der befreiten Zone besondere Erfolge erzielt haben".

(nach: Radio Befreiung, unbekannter Standort in Südvietnam, vom 3. April 1975). ●

FORTSETZUNG VON SEITE 5

der. In der Vietnam-Pressekampagne steigert sich dies bereits zur offenen Kriegshetze gegenüber dem vietnamesischen Volk.

... beklagen Mangel an „letzter Entschlossenheit"

Die bürgerlichen Kommentatoren schrecken bei ihrer „Meinungsbildung" nicht davor zurück, unverhohlen ihre Sympathien für die US-Marionetten und Henker der indochinesischen Völker, Thieu und Lon Nols, zum Ausdruck zu bringen. Mit dem „tragischen Schicksal" Lon Nols, der von den US-Imperialisten wie eine reife Frucht fallengelassen wurde und Thieus schmählichem Ende, soll Propaganda für die Politik dieser Faschisten gemacht werden.

„Wenn er fällt, hat Hanoi gesiegt", schrieb die „FAZ" in ihrer Ausgabe vom 4.4. über Thieu. Weiter heißt es dort unter anderem: *„Thieu, ein außerordentlicher geschickter Stratege* (die „FAZ" hatte sich zuvor für seinen unaufhaltsamen „Aufstieg" zum Präsidenten der „präsidialen Demokratie Südvietnam" (!) durch Putsch, Günstlingswirtschaft, Korruption und nackten Terror begeistert, Anm. d. Red.) *hat immer wieder versichert, er sei nicht machthungrig* (!), *aber er wolle sein Land durch die schwierigen* (!) *Zeiten hindurchsteuern und sein Gelöbnis erfüllen, daß er 1967 bei seinem Amtsantritt* (? !, Thieu kam durch einen blutigen Militärputsch gegen Diem an die Macht – d. Red.) *gegeben hat: Südvietnam nicht den Kommunisten zu übergeben.*" Derartige Gelöbnisse hören die Imperialisten bekanntlich gern und ihre Presse sieht deshalb auch wohlwollend über einige „Schönheitsfehler" dieses Regimes hinweg. Nicht anders wird Thieus Kompagnon in Kambodscha, Lon Nol, beurteilt: *„Niemand* (!), *außer den Kommunisten bezweifelt, daß er, wie er sagt, sein „Bestes" getan habe für Kambodscha und die Freiheit* (!!) *seiner Bewohner*" („FAZ", 2.4.75).

Wen wundert es, daß die imperialistischen Propagandisten der „FAZ" die Meinung einiger reaktionärer und faschistischer Staatschefs in Südostasien teilen, „ ... *die tief bestürzt sind über die Art, wie dieses Regime von Amerika fallengelassen wird*" (13.3.75).

Damit wird offensichtlich auf die hysterischen Reaktionen der faschistischen Regierungscliquen in Malaysia, Philippinen etc. angespielt, die zurecht befürchten müssen, daß der siegreiche Kampf der indochinesischen Völker auch die Massen in „ihren" Ländern anspornen wird! Die bürgerlichen Komentatoren bedauern, daß die USA offensichtlich nicht bereit sind, hier noch einmal mit ihren Streitkräften zu intervenieren, um den baldigen Untergang des faschistischen Regimes weiter hinauszuzögern. „*Es kann kein Zweifel* auszuzögern. *„Es kann kein Zweifel daran sein, daß Südvietnam zusammenbricht, weil Amerika es nicht länger unterstützt*" („FAZ", 3.4.75).

Bedauernd stellt Ullrich Fack in der „FAZ" fest, daß „Amerika ... **jenem Krieg um der Entspannung willen (!) und weil es keinen Gesichtsverlust der anderen Seite wollte (?), nie mit letzter Entschlossenheit (!!) geführt und auch nicht operativ nach Nordvietnam hineingetragen hatte (!)**" (10.4.75).

Dieser Lump beklagt angesichts der grausamsten Kriegsführung einer grausamsten Kriegsführung einer 500.000 Soldaten starken US-Armee, der Flächenbombardements ganzer Landstriche und dem Bombenterror gegen die Demokratische Republik Vietnam, immer noch die mangelnde „letzte Entschlossenheit" der US-Imperialisten!

Damit ist klar die militärische Intervention und Besetzung der DRV und die „Endlösung der Vietnamfrage" durch den Einsatz der Atombombe gemeint!

Da aber auch die „FAZ" nicht umhin kommt zu erkennen, daß der US-Imperialismus offenbar zu dieser „letzten Entschlossenheit" nicht mehr bereit ist, fordert sie, den Krieg wenigstens so lange wie möglich zu verlängern. Auf die Frage, ob nicht eine sofortige Kapitulation des Thieu-Regimes die Leiden des südvietnamesischen Volkes verkürzen könnte, antworten die Kriegstreiber mit einem klaren NEIN! Eine vorzeitige Kapitulation dürfe nicht geschehen, denn „die Leiden der Bevölkerung Südvietnams werden auch nicht beendet sein, wenn die Waffen schweigen" (19.4.75).

Da von den US-Imperialisten eine nochmalige Intervention mit hunderttausenden von Soldaten nicht mehr zu erwarten ist (da der US-Kongress *„ohne Rücksicht auf die Strategie handelt. Moralische Kategorien sind bestimmend"*, wie es in der „FAZ" vom 21.2. bedauernd heißt!) grübeln die westdeutschen Militaristen nach Lösungsmöglichkeiten, die das *„Überleben des erweiterten Brückenkopfes Saigon, d.h. die politische Zukunft eines Rest-Südvietnams*" garantieren könnte („FAZ", 21.2.).

Und so phantasiert der Militärexperte der „FAZ" von einem *„fachlich einwandfreien Aufbau der militärischen Abwehrposition*", was nach seinen Vorstellungen so ablaufen soll:

„Drei fast intakte Divisionen, die 5. nordwestlich, die 18. nordöstlich und die 25. westlich von Saigon bilden die zentrale Kraft. Zwei weitere Divisionen werden in der Nähe Saigons ebenfalls voll verwendungsfähig gehalten. Vierzehn Panzerregimenter, mehr als ein Dutzend gepanzerter Aufklärungsschwadronen, an die zehn selbstständige Panzerbataillone verstärken den äußeren Abwehrring. Fallschirmjäger und Rangers Elitetruppen also, sowie dreißigtausend Mann vorzüglich ausgerüsteter Polizei sind im Bezirk Saigon konzentriert. (Eine dieser Elitetruppen, die „Schwarzen Panther", machten kürzlich sogar in der bürgerlichen Presse Schlagzeilen, als sie auf der Flucht hunderte von Zivilisten mit Maschinenpistolen und Handgranaten niedermetzelten – d. Red.) *Das Delta wird von drei Divisionen gehalten. Davon könnte eine, die 9. Divison, schnell in Richtung Saigon verschoben werden. Bedenkt man, daß Thieu seine Luftwaffe (auch wenn sie nur noch in Trümmern erhalten ist) ganz nach dem Süden verlegen kann, daß seine Marine noch nicht gelitten hat, ist militärtechnisch die Ausgangsposition für eine Abwehrschlacht in Saigon nicht ungünstig ... Soll die Hauptstadt diesem Schicksal* (Umzingelung – d. Red.) *entgehen, muß Thieu mobil reagieren*" (1.4.75).

Natürlich weiß Weinstein genau, daß die letzten Tage des Thieu-Regimes angebrochen sind. („Die militärische Entscheidung in Vietnam ist gefallen.") Um so deutlicher sticht hier die maßlose Aggressivität eines vom BRD-Imperialismus ausgehaltenen Journalisten ins Auge, der noch unmittelbar vor der bevorstehenden Niederlage die Leiden des Volkes vermehren und ein Blutbad anrichten will. Hier drängt sich u.E. geradezu zwangsläufig der Vergleich mit Hitler auf, der in seinem „Führerbunker" noch mit gar nicht mehr vorhandenen oder völlig zusammengeschossenen Einheiten jonglierte, die er a u f d e r K a r t e wild hin und herschob – um dann pathetisch über den „Verrat" seiner Generäle zu jammern, die das immer raschere Heranrücken der Roten Armee an „Führers" Zuflucht nicht verhinderten.

„Aus Vietnam lernen" ....

Das ist das Motto, unter das die westdeutsche Bourgeoisie ihre Pressekampagne zum Sieg der Völker Indochinas stellt. Alle Kommentatoren und bürgerlichen Politiker fragten nach den „politischen Konsequenzen", forderten eine „Überprüfung" der bisherigen Politik. Eine erste wichtige „Lehre", die die bürgerliche Presse durchgängig aus der Entwicklung in Indochina zog, war die über den „aggressiven Kommunismus" („FAZ", 10.4.75).

Der Feind „unserer Sicherheit" sei der machthungrige Kommunist, im Äußeren repräsentiert durch die sozialistischen und revisionistischen Staaten und die nationalen Befreiungsbewegungen – im Inneren durch die *„willfährigen Helfer, die politische Absicht und strategisches Ziel der Kommunisten verschleiern* (!) *helfen*" (Weinstein in der „FAZ" 12.4.75).

Die „Welt" läßt durch den Mund von CDU-Carsten verkünden: *„Man muß sagen, daß allen kommunistischen Staaten die Tendenz innewohnt, ihren Hegemoniebereich auszudehnen, durch ideologische Kriegsführung* (damit sind alle Kritiker des kapitalistischen Systems gemeint! – d. Red.), *aber auch mit anderen Mitteln, wie man in Südvietnam sieht*" (9.4.75).

So, als wolle er demonstrieren, daß der Begriff „Sozialfaschist" für bestimmte Elemente in der Sozialdemokratie durchaus zutreffend ist, zog der westdeutsche „Verteidigungs"minister Leber „ein paar Lehren für die Zukunft" aus dem Debakel des US-Imperialismus in Indochina. Als Plattform für seine Tiraden wählte Leber sich – sicher nicht zufällig! – die „FAZ": *„Wenn die Überwindung der westlichen Lebensart unterhalb der Schwelle von Waffengewalt möglich ist, wird das überall in der Welt auch ohne Waffen versucht werden. Wenn es ohne Risiko möglich ist und für opportun gehalten wird, wird nicht gezögert und wird auch künftig nicht gezögert werden, der Ausbreitung der Ideologie auch mit Schwert* (!) *und Feuer* (!) *den Weg zu bereiten*", und „ ... *daß der Vietcong und die Kommunisten Nordvietnams mit Waffen und Krieg das Elend und die Verzweifelung von Millionen im Süden des Landes verursachten* (!!)", sieht Leber als eine *„zwangsläufige Folge einer Forderung und einer jahrelangen Kampagne. ... Es gab über Jahre hinweg kaum einen Tag oder kaum eine Veranstaltung, bei denen es nicht zum guten Ton* (!) *gehörte, den Amerikanern Vorwürfe zu machen, weil sie sich in Vietnam engagierten* (!). *Sie waren Verbrecher, weil sie die Flut des Kommunismus* (!) *von Südvietnam fernzuhalten suchten, und sie waren dort, weil sie wußten, daß die Südvietnamesen allein nicht dazu fähig waren*" (5.4.75). Bedarf das noch eines Kommentars?

'Karikaturen' – im Stile des „Völkischen Beobachters" (aus „FAZ" und „Handelsblatt")

... und „politische Konsequenzen ziehen"

„Diese Auseinandersetzung" – schreibt Leber weiter – *„wird andauern, und der Westen wird sie nur überstehen, wenn die Völker* (!) *um die Bedrohung* (!) *und um die Gefährdung* (!) *wissen, in der sie leben, und wenn sie bereit sind, das zu tun, was nötig ist, um fähig zu bleiben, sich selber* (!) *davor zu schützen. Dazu gehört sowohl das Wissen um den Wert* (!) *der freiheitlichen Lebensart, die sich davor bewahren muß, sich selber zu unterminieren* (!) *und zu desavouieren ... Dazu gehört auch die Bereitschaft, sich zur Sicherung von Freiheit und Unabhängigkeit Opfer zuzumuten. Auch Amerika ist nicht fähig* (siehe Vietnam – d. Red.), *ein Volk vor dem Verlust der Freiheit (!) zu bewahren, wenn das Volk nicht selbst bereit ist, einen angemessenen Beitrag dazu zu leisten.*"

Etwas weniger kompliziert und verklausuliert wie Leber, drückt dasselbe die „FAZ" in einem Kommentar so aus: *„Die Weltmacht Vereinigte Staaten verteidigt nicht mehr jede ihrer überseeischen politisch-militärischen Positionen. Ihr kämpferischer Altruismus* (kaum zu glauben, das heißt auf deutsch Selbstlosigkeit (!) Anm. d.Red.), *ihre Opferbereitschaft haben Grenzen ... Wer (daher) für seine Sicherheit selbst nicht ausreichend vorsorgt, zur Verteidigung nicht bereit ist, oder die Bereitschaft dazu objektiv untergräbt (indem er z.B. die Landesverteidigung dem Wohlfahrtsstaat zuliebe verludern läßt (!)), der kann auf Amerikas Hilfe nur noch bedingt zählen. Israel (!!), wird zu dieser Kategorie sicher nicht gehören*" (10.4.75).

Die Imperialisten wollen also die Zustimmung der westdeutschen Bevölkerung für ihre expansive und aggressive Politik gegen die unterdrückten Völker und verlangen gleichzeitig die „Bereitschaft" der Bevölkerung, sich noch für diese Politik ungeheure Opfer aufzuerlegen. Sie fordern die Zustimmung zur Unterdrückung der „willfährigen Helfer der Kommunisten", also jeder Opposition, die es wagt, dieser Politik entgegenzutreten.

Wir sollten es als eine Warnung verstehen, wenn von den Bourgeois-Ideologen in diesem Zusammenhang ausgerechnet Israel als Vorbild herbeizitiert wird. Macht doch der Zionismus mit seinen expansiven Eroberungskriegen gegen die arabischen Völker, seinem tagtäglichen Terror gegen das palästinensische Volk und dem ungeheuren Tribut, den er den verelendeten arabischen und jüdischen Massen für seinen Militarismus abverlangt, deutlich, welchen Vorbildern der BRD-Imperialismus nacheifert.

Wir würden es für einen verhängnisvollen Fehler halten, wenn die kommunistischen und demokratischen Organisationen in der BRD der imperialistischen Propagandakampagne gegen die gerechte Sache der indochinesischen Völker und für die imperialistische Kriegspolitik nicht mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten würden.

Diese bürgerliche Propagandakampagne dient der politisch-ideologischen Ausrichtung der westdeutschen Bevölkerung für die aggressive Politik des BRD-Imperialismus und ist zugleich psychologische Vorbereitung auf zukünftige imperialistische Kriege und Überfälle unter engster Beteiligung und Mitwirkung des BRD-Imperialismus. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Lügen und Verleumdungen gegen die Befreiungstruppen, das Geschäft des bürgerlichen Lumpenjournalismus!

Ein Militärpolizist plünderte ein chinesisches Geschäft in Phnom Penh und wurde auf der Stelle von einem kambodschanischen Regierungssoldaten erschossen: Alltägliche Szene in der eingeschlossenen Stadt. Foto: UPI

In den Straßen der Hauptstadt Pnom Penh: Ein junger Mann verblutet auf dem Asphalt. Ein Raketensplitter der Roten Khmer hat ihn tödlich getroffen.

Bildunterschrift: In den Straßen der Hauptstadt Pnom Penh: Ein junger Mann verblutet auf dem Asphalt. Ein Raketensplitter der Roten Khmer hat ih tdlich getroffen.

Während Springers „Welt" ausnahmsweise einmal die Wahrheit schreibt (linkes Bild, 1.4.75), schneidet die sozialdemokratische „Morgenpost" den unteren Bildrand ab (damit man nicht erkennt, daß es sich um einen Soldaten handelt) und macht aus einem Plünderer ein „Opfer des roten Terrors".

NIE VERGESSEN!

Die imperialistischen Verbrechen in Indochina

Die zügellose Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse gegen die gerechte Sache der indochinesischen Völker während der letzten Wochen hatte neben der Funktion, die schwere Niederlage des US-Imperialismus und seiner Marionetten-Regimes zu verdecken, sicher auch die Aufgabe, von den imperialistischen Verbrechen der Vergangenheit abzulenken und weitere imperialistische Aggressionen (Kriege, Putsche, Subversion etc.) als notwendig und gerechtfertigt hinzustellen. Dabei geht a l l e s, was die Völker von Laos, Kambodscha und namentlich Vietnam in den zurückliegenden Jahrzehnten an Entbehrungen, Leid und Tod hinnehmen mußten, auf das Konto des Imperialismus. Schritt für Schritt wurde der Krieg vom US-Imperialismus eskaliert: die Völker Indochinas wurden durch den „Spezialkrieg“, den „lokalen Krieg“ und den Zerstörungskrieg mit Luft-, Boden- und Seestreitkräften – bis hin zum Versuch des Völkermord – bekämpft. Der US-Imperialismus machte Indochina (und namentlich Vietnam) zum Experimentierfeld für neueste und „modernste“ Vernichtungsmittel. Der Befreiungskampf der indochinesischen Völker gegen seine imperialistischen Unterdrücker ist ein hervorragendes Beispiel für die enorme Kraft, die in den nach Souveränität und Freiheit strebenden Völkern der Welt steckt – ein eindruckvoller Beweis dafür, daß ein kleines Volk die größte imperialistische Macht, die die Geschichte bisher gekannt hat, zu besiegen vermag. Auf der anderen Seite – und davon soll im Folgenden vor allem die Rede sein – zeigt die Geschichte des indochinesischen Befreiungskrieges den Imperialismus als ein menschenverachtendes, verbrecherisches System. „Unruhe stiften, scheitern, abermals Unruhe stiften, wieder scheitern und so weiter bis zu ihrem Untergang – das ist die Logik der Imperialisten und aller Reaktionäre in der Welt dem Anliegen des Volkes gegenüber, und sie werden niemals gegen diese Logik verstoßen. Das ist ein Gesetz des Marxismus. Wenn wir sagen: ‚Der Imperialismus ist bestialisch‘, so meinen wir, daß sich sein Wesen nicht ändern kann, daß die Imperialisten bis zu ihrem Untergang ihr Schlächtermesser nie aus der Hand geben werden ...“ (Mao Tse tung)
Wir dokumentieren die ungeheuerlichen Verbrechen des US-Imperialismus in Indochina nicht nur deshalb noch einmal, um die Erinnerung daran wachzuhalten. sondern vor allem auch deshalb, weil all das, was in Vietnam, Laos und Kambodscha zerstört, vernichtet und vergiftet wurde, wieder hergestellt werden muß, wenn die Imperialisten endgültig vertrieben und die faschistischen Cliquen gestürzt sind. Damit sind auch große Aufgaben für die internationale Solidarität gestellt!

Der US-Imperialismus löst die französischen Kolonialisten ab

Der US-Imperialismus löst die französischen Kolonialisten ab

Nach dem Sieg des vietnamesischen Volkes unter der Führung der „Vietminh“ (einem Zusammenschluß der KP und anderer patriotischer Kräfte unter Führung Ho Chi Minhs) über die japanischen und französischen Imperialisten, ruft Ho Chi Minh am 2.11.1945 die Demokratische Republik Vietnam (DRV) aus. Dennoch unternehmen, besonders im Süden des Landes, die französischen Kolonialtruppen immer wieder militärische Angriffe. Mit der Bombardierung Haiphongs, bei der mindestens 6.000 Menschen getötet werden, beginnt am 19. Dezember 1945 der von Frankreich mit 90.000 Söldnern geführte 2. Indochinakrieg, um die Kolonialherrschaft zu restaurieren. Das vietnamesische Volk muß erneut den bewaffneten Kampf um seine nationale Unabhängigkeit aufnehmen.

Nach dem Sieg der chinesischen Revolution (1949) unterstützen die USA offen den Krieg gegen die DRV. 1950 entsenden sie die erste „Militärmission“. 78% der Kriegskosten werden von ihnen getragen. Mit der dem Imperialismus eigenen, größenwahnsinnigen Arroganz, erklärt der „nationale Sicherheitsrat“ der USA das Vordringen der Unabhängigkeitsbewegung zu einer „Gefährdung der Sicherheitsinteressen der USA“. Für den US-Imperialismus soll Vietnam das letzte Glied in der Einkreisungskette um die UdSSR und die VR China werden, die von Japan über Okinawa, Südkorea, Taiwan, die Philippinen bis nach Australien reicht. Nach dem Sieg der Volksbefreiungskräfte kommt es 1954 zur Genfer Indochina-Konferenz, auf der eine provisorische Teilung Vietnams entlang dem 17. Breitengrad beschlossen wird. **Die Wiedervereinigung soll durch freie, geheime Wahlen im Juli 1956 erfolgen. Bis dahin soll jede Aufrüstung und Einfuhr von Waffen verboten sein.**

Bis 1963 wurden 71% der vietnamesischen Bevölkerung in diese „strategischen Dörfern“ zusammengepfercht.

Für den US-Imperialismus ein Fetzen Papier

Der US-Imperialismus weigerte sich, das Genfer Abkommen zu unterzeichnen, da *„in freien Wahlen mindestens 80% der Bevölkerung den Kommunisten Ho Chi Minh wählen würden“* (Präsident Eisenhower). Erste Terrortruppen beginnen im Norden mit Sabotage- und Terroraktionen.

Opfer der verbrecherischen Napalm-Bomben – geworfen von den US-Imperialisten

Im Süden wird die aus den USA importierte Marionette Diem mit dem Auftrag, die Durchführung des Abkommens zu verhindern, eingesetzt. Mit Unterstützung des CIA wird ein terroristischer Polizeistaat aufgebaut. Unter offenem Bruch des Abkommens übernehmen amerikanische „Beratergruppen“ die Ausbildung der Armee und erhöhen sie auf 150.000. Unter dem faschistischen Regime werden alle oppositionellen Kräfte für „vogelfrei“ erklärt. *„Keine Gnade! Tötet sie! Betrachtet sie nicht als Menschen!“*, schrieb eine Diem gehörende Zeitung. **Allein in den ersten Jahren wurden mindestens 75.000 Menschen ermordet, 120.000 Vietnamesen wurden in KZs verschleppt. 1964 gab es 500.000 politische Gefangene. Der Großgurndbesitz, unter den Vietminh beseitigt, wurde mit Mord und Terror wieder eingeführt. Dieser sich immer mehr zur Massenvernichtung steigernde Terror, sowie die Sabotage des Genfer Abkommens, führten bereits 1959 zu spontanen lokalen Aufständen, die sich nach der Gründung der Nationalen Befreiungsfront FNL schnell zum revolutionären Volkskrieg des ganzen Volkes ausweiteten.**

Da das innerlich verfaulte und im Volk verhaßte faschistische Regime in kurzer Zeit unter den Schlägen des Volkes zusammenzubrechen drohte, steigerte der US-Imperialismus seine Aggression, erhöhte seine Truppen, entwickelte immer grausamere Methoden der Kriegsführung und erdachte immer bestialischere Terror-
des Volkes zusammenzubrechen drohte, steigerte der US-Imperialismus seine Aggression, erhöhte seine Truppen, entwickelte immer grausamere Methoden der Kriegsführung und erdachte immer bestialischere Terror-
„programme“ – aber programmierte damit auch gleichzeitig seine unausweichliche Niederlage.

1961 wurden offiziell die ersten „Special Forces“ (der Waffen-SS vergleichbar) nach Vietnam entsandt. 1965 treffen die ersten geschlossenen Einheiten ein. 1968 kämpfen 540.000 amerikanische und 65.000 alliierte (Südkorea, Australien, Neuseeland, Thailand, Phillippinen) Soldaten gegen das vietnamesische Volk, 1968 ist aber auch mit der erfolgreichen Tet-Offensive der Befreiungstruppen das Jahr der sich abzeichnenden militärischen Niederlage des Imperialismus. Bereits ein Jahr später kann die Befreiungsfront die Revolutionäre Provisorische Regierung Südvietnam gründen.

entlaubter Dschungel

Die Kriegsmethoden des US-Imperialismus sind eine Serie brutalster Verbrechen

Die US-Aggression in Vietnam nahm immer mehr die mit modernsten Methoden imperialistischer Kriegstechnik betriebene organisierte Form des Völkermordes an. Das vietnamesische Volk sollte mit den modernsten Erkenntnissen der Kriegsforschung ausgerottet, zumindest der natürlichen Lebensgrundlagen für Jahrhunderte beraubt werden. *„Wir werden Vietnam in die Steinzeit zurückbomben“*, wie es ein US-General ausdrückte.

Bereits 1962 läuft mit dem „Stanly-Taylor-Plan“ die Politik der verbrannten Erde an: Fast die gesamte Landbevölkerung soll aus ihren Dörfern vertrieben und in KZ-ähnlichen „strategischen Dörfern“ interniert werden. In den so entstandenen „free fire zones“ wird auf alles geschossen, was sich bewegt, wird durch konventionelle Sprengstoffe (die allerdings in ihrer Wirkung an die Hiroshima A-Bombe heranreichen), durch chemische und bakteriologische Waffen die landwirtschaftliche Nutzung des Bodens für Jahrzehnte unmöglich gemacht.

Angesichts des Scheiterns auch dieser Programme am Volkswiderstand und der anhaltenden Erfolge der Befreiungstruppen, weitet der Imperialismus seine Aggression zum
macht.
Angesichts des Scheiterns auch dieser Programme am Volkswiderstand und der anhaltenden Erfolge der Befreiungstruppen, weitet der Imperialismus seine Aggression zum
totalen Krieg aus. Nach einer durch die USA angezettelten Provokation im Golf von Tonking begann 1964 der Bombenterror gegen die DRV, der mit kurzen Unterbrechungen bis Anfang 1973 andauert. Hauptsächliches Ziel der Bombardierungen sind zivile Ziele (Krankenhäuser, Schulen). Zehntausende werden ertränkt, als die USA die lebensnotwendigen Deiche zerstören. 1972 übersteigt die über dichtbesiedelten Gebieten abgeworfene Bombenlast alle fünf Tage die Sprengkraft von zwei Atombomben.

In Südvietnam werden unter dem Motto „search all – destroy all – kill all“ (alles aufspüren, alles zerstören, alles töten) riesige Landstriche von Boden-, Luft- und Seestreitkräften entvölkert und unbewohnbar gemacht.

Wie die US-Imperialisten „die Freiheit verteidigten“: Hanoi nach einem Angriff der US-Bomber

Vietnam wird zu einem gigantischen Testfeld für neue barbarische Waffen. Einige Beispiele:

Dum-Dum Geschosse: Sie zerfetzen Körper und Organe des Getroffenen.

Kugelbomben: Beim Aufprall werden 90.000 Stahlsplitter nach allen Seiten versprengt und richten verheerende Verletzungen an.

Napalm: Eine zähflüssig-klebrige Masse, die im Umkreis von 80 m alles vernichtet und auf dem Körper mit einer Temperatur von 1.000 Grad verbrennt.

Phosphor: Verbrennt bei 1.300 Grad und zerfrißt die Knochen.

CBU-Bomben: Durch Explosion und Verbrennung absorbieren sie den Sauerstoff in der Luft. Folge: Ersticken allen Lebens im Umkreis von 250 m.

„daisy-cutter“: Diese Bombe löscht durch eine riesige Druckwelle alles Leben im Umkreis von 1.100 Metern aus.

Chemische und bakteriologische Waffen: Mit ihnen werden ganze Landstriche verseucht. Die Folge: Vergiftung hunderttausender, Erbschäden, Auftreten bisher unbekannter Seuchen, Vernichtung der Tier- und Pflanzenwelt.

Aber auch diese bestialische Kriegsführung kann den Sturm der Befreiungsbewegung nicht aufhalten. Im Januar 1973 wird im Pariser Abkommen der Abzug aller US-Truppen
und Pflanzenwelt.
Aber auch diese bestialische Kriegsführung kann den Sturm der Befreiungsbewegung nicht aufhalten. Im Januar 1973 wird im Pariser Abkommen der Abzug aller US-Truppen,
die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Durchführung freier Wahlen nach Bildung eines „Rates der Nationalen Versöhnung“ beschlossen. Aber der US-Imperialismus stiftet weiterhin Unruhe. Unter Bruch des Abkommens wird die Südvietnamesische Soldateska zu einer 2 Mio. Armee mit einer der größten Luftwaffen der Welt aufgerüstet, 25.000 US-„Berater“ bleiben in Vietnam. Kein politischer Gefangener wird entlassen. Nach unvollständigen Angaben hat das Thieu-Regime vom 28.1.73 bis zum 10.1.75 in 532.154 Fällen das Waffenstillstandsabkommen gebrochen.

Bereits im Oktober 1973 verwies die Provisorische Revolutionsregierung auf ihr legitimes Recht, erforderliche Maßnahmen zu ergreifen, um der Sabotage des Abkommens seitens der Thieu-Clique und des US-Imperialismus entgegenzuwirken und notfalls dessen vollständige Anwendung zu erzwingen.

Anfang 1975 beginnen das vietnamesische Volk und seine Befreiungsstreitkräfte in Beantwortung der Fortsetzung des Krieges durch die Saigoner-Truppen ihre Offensive. Die letzten Seiten der Geschichte des Befreiungskampfes gegen den Imperialismus schreibt das heldenhafte vietnamesische Volk in diesen Tagen und Wochen.

Ihm gehört unsere uneingeschränkte Solidarität! ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Die Amis suchen das Weite

Genscher in Spanien

„Deutschland vor" – im Geist der „Legion Condor"

Anfang April (3./4.) hielt sich Bundesaußenminister H.D. Genscher mit wichtigem Auftrag in der spanischen Hauptstadt auf. „*Daß es sich nicht um einen Routinebesuch handelt, wird schon daraus ersichtlich, daß die Bundesrepublik als einziges Land mit Spanien institutionalisierte politische Konsultationen führt*" („Frankfurter Allg. Ztg.", 2.4.75). D.h. der Besuch Genschers Anfang April in Spanien stand im Zeichen der „*Vertiefung des deutsch-spanischen Verhältnisses*" („Welt"), wozu bereits Mitte der sechziger Jahre zwischen BRD und Spanien alljährliche Konsultationen beider Außenminister (einmal in Bonn, einmal in Madrid) vereinbart wurden.

Allerdings stellt dieser Besuch Genschers bisher einen Höhepunkt an unverhüllter Kumpanei eines westeuropäischen „demokratischen" Staates mit dem – zudem völlig abgewirtschafteten – faschistischen Regime dieses Landes dar. Während Genscher demonstrativ und zum Teil durch Fernsehen übertragene Gespräche mit dem greisen Falange-General Franco (Symbol des 35jährigen Faschismus), mit dem blaublütigen Nachfolger Juan Carlos und dem damaligen Polizeichef, Ministerpräsident Arias Navarro, führte, lehnte er es als erster Politiker einer von Sozialdemokraten geführten Regierung ab, Vertreter der illegalen spanischen Opposition zu treffen. Deutlicher konnten die aufstrebenden westdeutschen Imperialisten, als deren Sprachrohr Genscher auftrat, nicht zeigen, mit wem sie politisch im Geschäft sind und bleiben wollen.

Zentrale politische Themen des Genscher-Besuches waren denn auch: die „*Lage im westlichen und östlichen Mittelmeerraum*", die „*Sorgen um die Entwicklung in Portugal und an der Südflanke der Nato*" (also Italien, Griechenland, Zypern) sowie die „*Situation Spaniens*" nach einem „*Ausscheiden von Staatschef Franco*" (nach „FAZ", 2.4.75).

„*Die Entwicklungen auf der Iberischen Halbinsel sind für ganz Europa von großer Bedeutung*" erklärte Genscher am 3.4. in Madrid. Spanien komme unter diesen Gegebenheiten und wegen seiner geopolitischen Lage „*eine besonders wichtige, auch sicherheitspolitisch wichtige, Rolle zu*" („FAZ", 4.4.75).

Bei seiner Tischrede, die von der deutschen Botschaft verbreitet wurde, erklärte Genscher weiter, er wolle für das Verhältnis Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft den deutschen Wunsch „*nach weiterer ständiger Annäherung*" zum Ausdruck bringen. „*Auf längere Sicht scheint mir noch wichtiger* (als die wirtschaftliche Annäherung – AK) *das politische Ziel, nämlich daß Spanien im Zusammengehen mit der Gemeinschaft* (der EG – AK) *den Platz in Europa einnehmen kann, der ihm aufgrund seiner historischen Vergangenheit* (!!!), *seiner kulturellen und wirtschaftlichen Verbundenheit und seiner menschlichen Zugehörigkeit zu unserem Kontinent gebührt. Ich glaube schon jetzt erkannt zu haben, daß über diese entscheidenden politischen Fragen Ein-*

scheidenden politischen Fragen Ein-
mütigkeit (!!) zwischen Ihnen, Herr Minister (gemeint Außenminister Cortina – AK) *und mir besteht*". Genscher schloß mit dem Trinkspruch: „*Ich erhebe mein Glas und trinke auf das Wohl seiner Exzellenz des spanischen Staatschefs und des Prinzen von Spanien, auf eine glückliche Zukunft des spanischen Volkes und auf die deutsch-spanische Freundschaft*". (Zitiert nach „FAZ", 4.4.75).

Dieser Trinkspruch ist ein Zynismus besonderer Art, da das spanische Volk die deutsch-spanische „Freundschaft", die von dieser Seite gepriesen wurde, bisher nur in Form der Hitlerschen Interventionstruppe „Legion Condor" kennengelernt hat, bzw. in Form der deutschen Bomben- und Jagdflugzeuge, die die faschistischen Franco-Truppen im Bürgerkrieg gegen die spanische Republik unterstützten. („*Der Führer überlegte sich, ich drängte lebhaft, die Unterstützung unter allen Umständen zu geben. Einmal um der Ausweitung des Kommunismus (...) entgegenzutreten, zum zweiten aber, um meine junge Luftwaffe (...) zu erproben. Ich sandte mit Genehmigung des Führers einen großen Teil meiner Transportflotte und sandte eine Reihe von Erprobungskommandos meiner Jäger, Bomber und Flakgeschütze hinunter und hatte auf diese Weise Gelegenheit, im scharfen Schuß zu erproben, ob das Material zweckentsprechend entwickelt wurde. Damit auch das Personal eine gewisse Erfahrung bekam, sorgte ich für einen starken Umlauf, das heißt immer wieder neue hin und die anderen zurück*". – Hermann Göring vor dem Internationalen Militärgerichtshof, zitiert nach Broué/Teminé, „Revolution und Krieg in Spanien")

Daß heute ein westdeutscher Politiker sein Glas auf die Mörder des spanischen Volkes erhebt, die unter maßgeblicher Hilfe Nazi-Deutschlands in den Sattel gehoben wurden, kann nicht als Ausrutscher gewertet werden, sondern ist als ein bewußtes und öffentlich zur Schau gestelltes Anknüpfen der westdeutschen Imperialisten an bestehende „Traditionen" zu sehen.

Das „Liebeswerben" um das seit Jahrzehnten von den Organisationen des „demokratischen Europa" (Nato, EG) ausgeschlossene Spanien hat zwar noch nicht die Form eines formellen Heiratsantrages angenommen, ist aber unüberhörbar deutlich.

Die Grundlage der Zusammenarbeit formulierte Genscher noch einmal unmißverständlich: „*In unseren bilateralen Beziehungen gibt es keine Probleme*" („Frankfurter Rundschau", 5.4.75) und ein Sprecher des deutschen Außenministeriums erklärte in Madrid, „*die politische Richtung, die der derzeitige Regierungschef Francos, Carlos Arias, vertritt und die politischen Intentionen des Prinzen Juan Carlos für förderungswert* (!! – gemeint ist die „Intention" des Faschismus). (Ebenda)

Genscher hütete sich, konkrete Zusagen bezüglich der Integration Spaniens in EG und Nato zu machen. Worum es bei diesem Besuch ging, war, das neue „Klima" zwischen BRD und Spanien vor der Weltöffentlichkeit deutlich zu machen und neue Weichen zu stellen für eine Beschleunigung der Integration Spaniens in das aggressive Militär- und Wirtschaftsbündnis des „Westens". Der spanische Außenminister Cortina wurde denn auch gleich unverschämt und verlangte „*eine größere ‚Flexibilität bei dem politischen Aufbau Europas' und das ‚fundamentale Recht jedes Staates, sich frei zu organisieren'. Streng formelle Bedingungen könnten das Echo fremder Tendenzen sein, vor denen Europa sich ausdrücklich hüten solle*" („FAZ", 5.4.75). (Cortina meinte, die Vorbedingung einer „Demokratisierung" Spaniens für den Eintritt in EG und Nato würde „fremden", d.h. kommunistischen Interessen dienen).

Nicht umsonst interessierte sich Cortina auch für „*organisatorische Detailfragen*" der EG, „*so vor allem für die Frage, wie lange noch Einstimmigkeit der EG-Staaten bei wichtigen Entscheidungen verlangt werde*" („FAZ", 5.4.75). Eine Aufnahme Spaniens in die EG würde zur Zeit noch am Widerspruch der nordischen Länder (Norwegen, Dänemark, Island) und auch Hollands und Belgiens scheitern und – „leider" – ist bei solchen Entscheidungen noch Einstimmigkeit aller Mitglieder notwendig.

Etwas Mehl, bitte!

Einen letzten entscheidenden Anstoß für das heftige öffentliche Werben um das faschistische Spanien, war die ständige Linksentwicklung in Portugal, zu der sich ein außenpolitischer Sprecher der Bundesregierung in Madrid so äußerte:

„*Die Situation in Portugal besorgt uns sehr. Es ist ein Prinzip unserer Politik, uns nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen* (ha, ha, ha!), *aber das hindert uns nicht, die Situation mit großer Besorgnis zu betrachten*" („Cambio 16", 14.-20.4.75) (Zur „Nichteinmischung" der BRD in die inneren Angelegenheiten Portugals empfehlen wir die Artikel in AK 56, 57, 58/59 sowie unsere Portugal-Sonderbroschüre.)

Und um die feste Absicht der „Nichteinmischung" auch glaubhaft zu machen, fängt man gleich mit kleinen Erpressungen an:

„*Die Bundesregierung, so heißt es in Kreisen des Außenministeriums, betrachtet alle Bemühungen um eine Liberalisierung und eine Politik der Öffnung in Spanien positiv, soweit die dafür arbeitenden Gruppen und Personen eine zukünftige Volksfrontregierung, wie sie seit dem 25. April in Portugal besteht, klar ablehnen. Als Volksfront versteht die Bundesregierung jede Koalition, an der die Kommunistische Partei beteiligt ist. Alle Parteien der demokratischen Opposition (bei gewissem Zögern auch eine der vier christdemokratischen Gruppen) sind aber zu einer Koalition mit der Kommunistischen Partei bereit, bei Aufrechterhaltung der völligen Eigenständigkeit ihrer Partei*". („FAZ", 3.4.75) Im Klartext: Bonn ist gegen jede zukünftige spanische Regierung, an der die Arbeiterklasse – und sei es auch bloß in Form einer reformistischen Partei – beteiligt ist!

Doch auch die westdeutschen Imperialisten können sich der Erkenntnis nicht versperren, daß ihr alter Verbündeter, Franco, als Garant der faschistischen Ordnung in Spanien, nicht ewig lebt und sie pflegen daher Kontakte zu ähnlich „vielversprechenden" Politikern der sog. „legalen Opposition". Zur „legalen Opposition" gehören in Spanien ehemalige Minister und andere Würdenträger des Regimes, die zur Zeit keine öffentlichen Regierungsämter bekleiden, und die im Rahmen der Anfang des Jahres zugelassenen politischen „Assoziationen" innerhalb der faschistischen „Bewegung" eine Veränderung des Regimes „von innen" heraus und „ohne Bruch" fordern, d.h. die Gewährung bestimmter minimaler Freiheiten (Recht auf Streik, Beachtung der Menschenrechte).

In diesem Kreis suchte Genscher weitere Freunde, um den Fuß in der Tür zu behalten. Nicht einmal die beiden Führer christ„demokratischer" Gruppen (Gil Robles und Ruiz Gimenez), noch der Führer der PSP (Partido Socialista Popular, die rechts von der Sozialistischen Partei Spaniens steht) kamen in den „Genuß" einer Audienz beim Vertreter der Bonner Diplomatie.

Stattdessen gehörten zu den Aus-
Diplomatie.

Stattdessen gehörten zu den Auserwählten Manuel Cantarero del Castillo, der die Assoziation „Renóvacion Social Española" ins Leben rief sowie de Areilza, der zusammen mit Silva und Fraga Iribarne eine Assoziation gründen wollte, die jedoch nicht zugelassen wurde und Fernandez Ordoñez, der bisher mit dem Assoziations(un)wesen nichts zu tun hat. „*Überrascht hat allgemein, daß der deutsche Außenminister den früheren Minister der Nationalen Bewegung und derzeitigen Führer einer falangistischen Assoziation, Solis, zu dem Essen für den spanischen Außenminister Cortina einlud*", schreibt scheinheilig die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" („FAZ", 7.4.75).

Die spanische liberale Zeitung „Cambio 16" berichtet, daß trotz des „Schwurs" der Beteiligten, über die Tischgespräche nichts nach außen dringen zu lassen, bekannt wurde, daß Ordoñez Vizekanzler Genscher ein Fünf-Punkte-Programm vorlegte, das „*sich auf eine zukünftige Demokratisierung ohne Trauma des Landes bezog und er wies auf die Notwendigkeit einer Hilfe des demokratischen Europas hin, für den Zeitpunkt, wo substantielle Veränderungen der ‚Situation' beginnen würden*".

Es ist interessant, daß der „Freundeskreis" des Ministers der sozialliberalen Koalition fast genau dem Kreis entsprach, den Franz Joseph Strauß bei seinem Spanien-Besuch Ende Februar dieses Jahres um sich versammelte (siehe AK 57).

Nichtsdestoweniger wurde Genscher nicht müde, seine heuchlerische Fassade zu wahren und zu betonen, „*wie wichtig eine rechtzeitige Vorbereitung auf die Demokratie und – konsequenterweise – die Erlaubnis von demokratischen Parteien und freien Gewerkschaften sei*" („FR", 5.4.75). Diese Komponente des Genscher-Besuchs charakterisiert die spanische liberale Wochenzeitschrift „Cambio 16" folgendermaßen: „*So kam Herr Genscher, trotz seines irrtümlichen Aussehens eines Wurstverkäufers, um ganz andere Sachen zu verkaufen. Insbesondere kam er, um die Idee zu verkaufen, daß es notwendig ist, alles zu ändern, damit sich nichts verändert, oder besser, daß es notwendig ist, etwas zu verändern, damit einige Länder der europäischen Wirtschafts- und Militärgemeinschaft von einer einfachen Tolerierung Spaniens zu einer dauerhaften und abgesegneten Beziehung finden*". Und an anderer Stelle:

„*Man kann nur mit einer Häßlichen tanzen, wenn sie gut gekleidet ist. Ein Hauch von Demokratie hier, einige gewerkschaftliche Freiheiten dort und vorwärts auf die Startbahn. Die Startbahn heißt NATO, der Pakt der feinen Herren, der geschlossen wurde, um sich vor dem Kommunismus zu verteidigen. Um Mitglied dieses Clubs zu werden, muß man seine weiße demokratische Pfote zeigen; wenn nicht, läuft die Sache nicht. Aber schon dem Wolf im Märchen reichte ein bißchen Mehl.* (Das Märchen bezieht sich auf „Der Wolf und die sieben Geislein". – Der Wolf steckte eine mit Mehl bestäubte Pfote durch den Türschlitz, um den sie-

steckte eine mit Mehl bestäubte Pfote durch den Türschlitz, um den sie-

ben Geislein vorzutäuschen, er sei die „liebe Mutter" der sieben, und nicht der „böse Wolf").

Und Mehl ist, was sie verlangen (...) vom Vizekanzler der Bundesrepublik bis zu den nordamerikanischen Senatoren. " („Cambio 16", 14.-20.4.75). (Zum Besuch der US-Delegation siehe unten).

Die „diplomatische" Offensive der Bundesrepublik gegenüber dem spanischen Faschismus wiegt doppelt schwer in einer Situation, wo die spanische Arbeiterklasse und das spanische Volk an allen Fronten das verhaßte System zum Wanken gebracht haben und in den letzten Monaten immer schärfer angreifen. Es handelt sich hier nicht um einen bloßen Besuch bei einer „befreundeten Regierung", sondern die BRD-Imperialisten haben klar zu verstehen gegeben, daß sie bereit sind, die alten Strukturen (nach ein paar Schönheitskorrekturen, die sich gut in Westeuropa „verkaufen" lassen, um „alte Ressentiments" abzubauen) des spanischen Staates gegen den Ansturm eines antifaschistischen, freiheitshungrigen Volkes zu „verteidigen".

Die deutschen Faschisten haben den Freiheitskampf des spanischen Volkes einmal im Blut erstickt. Ein zweites Mal darf das nicht passieren.

Die NATO läßt grüßen – US-Senatorenbesuch in Madrid

Genscher ging – Besuch aus den USA kam.

„*Später (kam) eine Gruppe von Senatoren aus Washington, die zum erstenmal seit vierzig Jahren der Meinung waren, daß ihnen die Wähler nicht weglaufen, wenn sie sich mit einem Chef von Francos Regierung treffen.*" („Cambio 16", 14.-20.4.75)

Die Besuchergruppe bestand aus sechs namhaften Kongreßmitgliedern beider US-Parteien, die sich auf einem „Trip" durch Europas NATO-Zentralen (Bonn, Westberlin, Brüssel, Wien, Madrid) befanden, „*um ernsthaft die Situation der NATO aus der Nähe zu prüfen*". Hugh Scott, (Republikanische Partei) eine der einflußreichen Personen des Außenpolitischen Ausschusses des Senats und Hubert Humphrey (Demokratische Partei), der 1968 knapp die Präsidentschaftswahlen gegen Nixon verlor, waren die beiden Führer der Delegation.

Die Delegation wurde vom spanischen Ministerpräsidenten Arias und vom Prinzen Juan Carlos empfangen. Mitglieder der Gruppe erklärten gegenüber der spanischen Zeitschrift „Cambio 16", „*daß Washington sich in einem Revisionsprozeß seiner internationalen Politik befindet, seit den kürzlichen Niederlagen in Südostasien und im Nahen Osten, aber daß sich sich im Mittelmeer noch nichts geändert habe, trotz der Probleme, die für das nordamerikanische Kalkül in der Türkei, Griechenland und Zypern aufgetaucht sind – zusätzlich der Fall Portugal*" („Cambio 16", ebenda).

An anderer Stelle wurden die Herren etwas deutlicher. „Cambio 16" berichtete: „*Die große Sorge der USA (...) beziehe sich vor allem auf das Mittelmeer, und man merkte, daß die Senatoren es sorgfältig vermieden, auf Portugal zu sprechen zu kommen, ‚weil wir Gelegenheit zu der Beschuldigung geben könnten, die Vorgänge zu beeinflussen', in der augenblicklichen Wahlsituation in Portugal*" (ebenda).

Hugh Scott allerdings brachte die Sache dann auf den Punkt: „*‚Die Regierung (...) ist sehr besorgt über die politische Entwicklung, die sich in Portugal zeigt.' Deshalb ist es unver-*

politische Entwicklung, die sich in Portugal zeigt.' Deshalb ist es unver-

meidlich – fügte er hinzu – daß die Rolle von Spanien bei der westlichen Verteidigung überprüft werden muß, wie es schon die spanischen und nordamerikanischen Vertreter tun, die die Gespräche über die Erneuerung der bilateralen Abkommen zwischen beiden Ländern führen" („Cambio 16", ebenda).

Die Herren aus den USA erklärten gegenüber „Cambio 16" weiter:

„*Die NATO funktioniert 30 Jahre ohne Spanien, und es gibt keinen Grund, diese Sache jetzt zu ändern*", die USA würden es allerdings „*vorziehen, die Linien ihrer Politik offen zu halten*" für jedweden Fall. „*Das Fehlen an Repräsentativität* (gemeint: eines durch Wahlen „legitimierten" Staates) *scheine der Grund, daß sowohl der Kongreß, als auch einige Mitgliedsländer der NATO weiterhin gegen einen formellen Eintritt Spaniens in die NATO seien, so sehr auch die nordamerikanische Regierung ihre Beziehungen zur spanischen schätze und jetzt versuche, mit der Erneuerung der militärischen Abkommen, Rechte über Stützpunkte zu erhalten, die ihnen „in ausdrücklicher Weise" erlauben, sie in einer Situation wie im Oktober 1973, dem letzten arabisch-israelischen Krieg, zu benutzen* (nach „Cambio 16", ebenda). ...Oder für eine militärische Intervention in Portugal – möchte man hinzufügen...

So erfreuten sich die spanisch-amerikanischen Stützpunkt-Verhandlungen auch des besonderen Interesses der Delegation. Während Scott mit dem Prinzen konferierte, verbrachte ein anderes Kongreßmitglied „*seine Zeit damit, sich über den Verlauf der spanisch-nordamerikanischen Gespräche über die Erneuerung der Verträge zu informieren, die obwohl sie nicht die Zustimmung des Senats-Plenums brauchen, ‚nicht der sorgfältigen Untersuchung der betroffenen Ausschüs-*

se entgehen werden', (...) besonders in einem Moment, wo der Kongreß der USA seinen Einfluß auf die Aussenpolitik wiedergewinnt." („Cambio 16", ebenda).

Es scheint, daß der Senatorenbesuch, der erste seit 40 Jahren, dem von Spaniens Regierung geäußerten Wunsch entgegenkommen soll, aus dem bisherigen „Executive Agreement" (einer für Spanien nicht besonders günstigen Regierungsvereinbarung zwischen beiden Ländern) einen vom Senat gebilligten regelrechten Vertrag zu machen.

Der Militärpakt Spanien – USA

Spanien ist zwar nicht formell Mitglied der NATO. Die USA haben Spanien jedoch seit 1953 durch die Hintertür zu einem NATO-Land gemacht, indem sie für seine militärische Ausrüstung sorgten. 1953 wurde der erste „Militärhilfevertrag" abgeschlossen, der 1963 um fünf Jahre verlängert wurde. Im August 1970 wurde dann das „Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien" abgeschlossen, das „für den Ausbau und die Modernisierung der spanischen Streitkräfte von besonderer Bedeutung" war („Truppenpraxis", 9/74)

Die USA erhielten die Genehmigung zum Ausbau und zur militärischen Nutzung der Militärbasen Rota (Provinz Cádiz), Valenzuela bei Zaragoza, Torrejón bei Madrid und Morón bei Sevilla.

Das Bundeswehrmagazin „Truppenpraxis" weiß zu berichten:

„Inzwischen hat Spanien an vielen gemeinsamen Übungen mit Seestreitkräften der USA, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens teilgenommen und mit den Landstreitkräften Frankreichs, Portugals und den USA Manöver abgehalten. Die Luftverteidigungsübungen werden meist gemeinsam von Spaniern und Amerikanern durchgeführt." („Truppenpraxis", 9/74).

Und: *„Die spanische Luftwaffe hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Dazu haben die Militärhilfe- und Stützpunktabkommen von 1953 und 1970 wesentlich beigetragen. So verfügt Spanien heute über ein Frühwarnsystem, das komplett von den USA geliefert worden ist und sich zur Zeit in Umrüstung auf halbautomatischen Betrieb befindet. Die Zusammenarbeit mit den auf spanischem Territorium stationierten amerikanischen Geschwadern ist sehr eng und umfaßt alle Bereiche". (!!)* („Truppenpraxis", 9/74).

Chilenischer Militärattaché in Madrid

Chilenischer Militärattaché in Madrid

Oberst Ewin, ehemals Unterstaatssekretär im Innenministerium der chilenischen Militärjunta und als einer der führenden Köpfe der Junta angesehen wird in Kürze die Reihen des chilenischen Botschaftspersonals durch seine Gegenwart erweitern. Er übernimmt den Posten des Militärattachés. Nach chilenischen Exilquellen ist Ewin ein ausgesprochener Nachrichtendienst-Experte und wird es als Aufgabe haben, von Madrid aus die Aktivitäten des Nachrichten/Geheimdienstes der Junta in Europa zu zentralisieren.
(Notiz aus „Cambio 16", v. 27.1.75, No. 167)

Die USA haben zehntausend Soldaten in Spanien stationiert. Sogar der ehemalige spanische Außenminister Castiella machte sich Ende letzten Jahres lustig über die Bezeichnung *„spanische Stützpunkte mit amerikanischem Nutzungsrecht", „wo doch die Amerikaner auf den Stützpunkten machen, was sie wollen"* („FAZ", 12.11.74).

Die spanische Regierung bemüht sich seit Monaten, bessere Bedingungen bei den derzeit laufenden Verhandlungen über ein neues Stützpunktabkommen herauszuhauen.

Die „Zeiten" dafür werden offensichtlich immer günstiger und zwar in dem Maß, wie sich Portugal, Italien, Griechenland usw. zu „unsicheren Kantonisten" für die NATO entwickeln. Der CIA hat Spanien schon zu seinem Spionage- und Putschzentrum im Mittelmeerraum gemacht. Sollte Spanien auch noch nicht kurzfristig formelles NATO-Mitglied werden, so ist doch mit erheblich gesteigerter Aufrüstung, besonders durch die USA, zu rechnen.

●

Portugal/Spanien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Spanien:

Streik bei SEAT

Wir möchten hier über den Streik bei SEAT (Barcelona) berichten, der mehrere Monate andauerte und zu einer Solidaritätsbewegung ohnegleichen bei der Arbeiterklasse und dem Volk Spaniens führte.

Der Streik wurde Mitte Januar durch brutale staatliche Repression vorerst unterdrückt, endete jedoch mit einem Teilerfolg der SEAT-Arbeiter und vor allem einem großen Schritt nach vorn in der Einheit und Solidarität der spanischen Arbeiterklasse.

Der Kampf der SEAT-Arbeiter ist ein Beispiel für die Stärke der spanischen Arbeiterklasse unter dem Faschismus, der Streiks, Versammlungen und freie gewerkschaftliche Betätigung als „Landesverrat" bestraft, jedoch nicht verhindern kann, daß sich das spanische Volk diese Rechte massenhaft nimmt.

Zur Vorgeschichte des Streiks

Die spanische Automobilfabrik SEAT in Barcelona ist eine Tochtergesellschaft des italienischen FIAT-Giganten. Gleichzeitig ist sie mit 30.000Beschäftigten – davon 26.000 Arbeiter – der größte Industriebetrieb des Landes.

Der Konflikt bei SEAT begann im vergangenen Juni, als 5.000 Arbeiter eine Plattform mit (u.a.) folgenden Forderungen unterschrieben:

- 6.000 Peseten mehr Lohn pro Monat (ca. 300,- DM);
- 40-Stunden-Woche;
- volle Lohnweiterzahlung bei Krankheit oder Unfall;
- Rentenalter mit 60 Jahren;
- Amnestie für die politischen Gefangenen;
- Versammlungs-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit;
- Streikrecht.

Ende September begannen die ersten Streiks in drei der Werkshallen, um die Forderungen durchzusetzen. Zusätzlich verlangten die Arbeiter inzwischen den Rücktritt des „Betriebsrates" (der von der Unternehmensleitung, nicht von den Arbeitern „gewählt" wird), weil dieser die Forderungsplattform nicht gegenüber der Direktion vertreten wollte.

Am 9. Oktober wurde erneut gestreikt: diesmal aus Solidarität mit 40 Kollegen, die während einer Arbeiterversammlung verhaftet worden waren, wo der zur Verhandlung anstehende neue kollektive Tarifvertrag für den Betrieb diskutiert wor-

40 Kollegen, die während einer Arbeiterversammlung verhaftet worden waren, wo der zur Verhandlung anstehende neue kollektive Tarifvertrag für den Betrieb diskutiert wor-
den war.

Am 18. Oktober traten alle Arbeiter von SEAT in den Generalstreik: Es war der dritte Jahrestag der Ermordung ihres Kollegen Antonio Ruiz Villalba durch die faschistische Polizei im Zusammenhang mit Streikaktionen.

Es folgten verschiedene Arbeitsniederlegungen aus Solidarität mit den derzeit streikenden Arbeitern von FASA-Renault in Valladolid, die schließlich am 4. November in einen fast vollständigen Streik der SEAT-Arbeiter einmündeten: Die Firmenleitung hatte den Beginn der Tarifverhandlungen eigenmächtig vom 30. Oktober auf den 8. November verschoben.

Am 6. November arbeitete praktisch niemand mehr. Die Direktion schritt zu den ersten Disziplinarmaßnahmen: 13.000 Arbeiter wurden für 10 Tage von der Arbeit ausgesperrt und erhielten keinen Lohn mehr.

Zwei Tage später versammelten sich mehrere tausend Arbeiter vor der Fabrik. Diese Versammlung mündet in eine Demonstration zur Plaza de Catalunna, wo eine Kundgebung mit Diskussion abgehalten wird. Mehrere tausend Angestellte schliessen sich dem Streik der Arbeiter an. „Die Einheit im Kampf, die sie erreichen, ist einmalig in der Geschichte von SEAT", schreibt „En lucha", das Organ der Organización Revolucionaria de Trabajadores (ORT, = Revolutionäre Arbeiterorganisation) in Nr. 15 (5. Jahrgang, 22.11.74). Und: „Es ist das erste Mal, daß die 26.600 Arbeiter von SEAT einmütig handeln."

Von der Fabrik auf die Straße

An den folgenden Tagen gehen die Demonstrationen in den Straßen Barcelonas weiter. 8.000 Arbeiter versammelten sich vor den Toren von SEAT, und angesichts der Haltung der gewerkschaftlichen „Vertrauensleute" und des „Betriebsrates", die die Interessen der Arbeiter nicht vertreten, wurden pro Werkshalle zehn Delegierte gewählt als einzige wirklich legitimierte Vertreter gegenüber den staatlichen Organen und der Firmenleitung. In der Umgebung des „Gewerkschaftshauses" sammelten sich ca. 15 - 20.000 Arbeiter. Von dieser Menschenflut gedrängt, erklärten die „Vertrauensleute" ihren Rücktritt. Auf der Plaza de Cataluña beginnen wenig später unter der Empörung der Bevölkerung die Angriffe, Tränengaseinsätze usw. der Polizei, um Massenversammlungen zu verhindern.

Es bilden sich bald riesige Arbeitertrupps, die teilweise 4 - 5.000 Mann stark sind und zu anderen Fabriken der Industriezone, wo SEAT liegt, ziehen, zum Baix Lobregat (einem anderen Industriegebiet Barcelonas), zu Hispano-Olivetti, wo ebenfalls gestreikt wird, und vielen anderen, um Unterstützung zu suchen und den Kampf auszudehnen. Oft verbieten dort große Polizeiaufgebote die Versammlungen; es kommt zu harten Auseinandersetzungen; im Stadtteil Verdún gehen drei Geheimagenten verletzt aus den Zusammenstößen hervor.

In vielen Betrieben – vor allem des Metallbereiches – werden Solidaritätsversammlungen und Streiks durchgeführt: LAVIS, CUMBRE, INGRA, ALFA, NUMAX, GAGGIA, SIMON, ANGLO, MACOSA, DESLITE, PEGASO, TICINIO IBERICA, PYRSA, INDO ...

In verschiedenen Fakultäten der Universitäten werden zahlreiche Versammlungen veranstaltet, bei denen SEAT-Arbeiter auftreten. Ungefähr 8.000 Studenten ziehen in Protestmärschen auf die Plaza Universidad. Die Wiederaufnahme der Arbeit am 18. November ist begleitet von erneuten Versammlungen und Proteststreiks. Am Vorabend war eine Menge von 10 - 15.000 Personen in der Nähe der Kathedrale zusammengeströmt, wo bei einem antifaschistischen politischen Akt anläßlich der Übergabe von Unterschriften für die Amnestie der politischen Gefangenen der Solidarität mit den SEAT-Arbeitern Ausdruck gegeben wurde." (Nach „En lucha" vom 22.11.74)

Ein wichtiger Sieg der SEAT-Arbeiter

(Nach „En lucha" vom 22.11.74)

Ein wichtiger Sieg der SEAT-Arbeiter

Die Einheit, die die SEAT-Arbeiter in diesem und in den vorhergehenden Kämpfen erreicht hatten, zwang die Regierung und die SEAT-Kapitalisten schließlich, zurückzuweichen! Sie mußten den Arbeitern den Lohn für die zehn Tage der Aussperrung bezahlen, die entsprechende Eintragung aus den Personalakten tilgen, den gegenwärtigen Lohn garantieren (das ist deshalb wichtig, weil SEAT Kurzarbeit angemeldet hatte) und eine größere Lohnerhöhung versprechen, als sie ursprünglich angeboten hatten. Ein weiterer Erfolg ist, daß die „Vertrauens"leute und „Betriebsräte" zum Rücktritt gezwungen wurden (auch wenn in ihrer Mehrheit diese „Arbeitervertreter" ihren Rücktritt nicht Wirklichkeit werden lassen, da ihn die (gewerkschaftliche) ‚Autorität' nicht erlaubt" – („En lucha" vom 22.11.74).

Nicht durchsetzen konnten die Arbeiter dagegen ihre Forderungen, wie sie in der Plattform vom Juni niedergelegt worden waren. Diese Forderungen sowie das Verlangen nach Freilassung der inzwischen verhafteten Kollegen und nach Anerkennung der demokratisch gewählten Vertreter anstelle der von den Kapitalisten gekauften „Betriebsräten" blieben bestehen und so ging der Kampf weiter!

Jeden Tag Versammlungen

Bis zum Jahresende gab es weiterhin Teilstreiks im Betrieb. Als Ausdruck der gewachsenen Entschlossenheit, Kampfkraft und Erfahrungen sind besonders die Versammlungen anzusehen, die die Arbeiter fast täglich abhielten. Die liberale Wochenzeitschrift „Cambio 16" berichtete in ihrer Ausgabe vom 20.1.1975 ausführlich darüber.
Bislang war es sehr schwierig, im Betrieb Versammlungen durchzuführen. Sie begannen damit, daß sich die kämpferischsten Kollegen in einem nicht so leicht zu überwachenden Teil der Fabrikhalle sammelten und den „paseillo" oder die „serpiente" (den „Durchgang" oder die „Schlange") machten, d.h. sie zogen im Gänsemarsch durch die Werkshalle und nahmen so auf dem Weg bis zum Versammlungsort alle kampfbereiten Kollegen mit. Oftmals scheiterten diese Versuche, denn die Überwachung war sehr stark. Ausweiskontrollen (zur Identifizierung der „Störer") und Leibesvisitationen (um Propagandamaterial zu finden) schreckten viele Kollegen ab.

„In den letzten Wochen hat sich alles verändert", schreibt „Cambio 16". „Seit Mitte Dezember laufen die Tage alle nach dem gleichen Schema ab: Die Frühschicht arbeitet von sechs bis zehn Uhr ohne Unterbrechung. Zu dieser Zeit, der Frühstückspause, kommen alle zum vorher festgelegten Versammlungsort.

(...) Alle setzen sich im Kreis, ein Megaphon in der Mitte (es ist den Arbeitern offensichtlich gelungen, sechs Megaphone in die Firma zu bringen). Ein Versammlungsleiter erteilt das Wort, indem er die Kollegen mit ihrem Spitznamen aufruft: el Pantera Rosa, el Chupao, el Gitano. Viele haben bei SEAT Spitznamen. Bei ihrem richtigen Namen werden nur die genannt, die schon einmal verhaftet waren, oder deren Name sonst in der Firma bekannt ist. (...)

Um 12 Uhr gewährt sich die Versammlung eine halbe Stunde Pause. ‚Viele bleiben aber sitzen und diskutieren weiter.' Und so geht es bis zwei Uhr nachmittags, bis die Arbeitszeit der Frühschicht zuende ist. Es wird in der Versammlung über alles gesprochen: über Portugal, Griechenland, Äthiopien; die Presse, die positiv über die Ereignisse im Betrieb berichtet, wird laut vorgelesen. (...)

Während der vier Stunden ‚aktiven Streiks' arbeiten einige Kollegen Resolutionen aus – so z.B. über die Sozialversicherung, über die Menschenrechte –, andere lesen die „Asamblea Obrera" („Arbeiterversammlung", das Organ der Comisiones Obreras bei SEAT (AK), die im Betrieb regelmäßig seit Januar 1970 erscheint und schon 125 (!) Ausgaben erreicht hat.

Im Mittelpunkt stehen immer die aktuellen, konkreten Probleme: Die Aufhebung von Sanktionen, ..., die

erscheint und schon 125 (!) Ausgaben erreicht hat.

Im Mittelpunkt stehen immer die aktuellen, konkreten Probleme: Die Aufhebung von Sanktionen, ..., die
Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Forderungsplattform der Arbeiter, für die schon vor langer Zeit tausende von Unterschriften gesammelt worden waren, und vor allem der Rücktritt des Betriebsrates. (...) Die Arbeiter haben in jeder Abteilung und jeder Werkstatt Abgeordnete gewählt, ‚die jederzeit auf Beschluß der Versammlung absetzbar sind'. Sie folgten damit dem im Novemberstreik eingeschlagenen Weg, als vor den Toren der Fabrik 7.000 Arbeiter 110 Vertreter wählten, um den Betriebsrat zu ersetzen. Jetzt sind es 50 Vertreter, die die sogenannte ‚coordinadora de fábrica („Betriebliche Koordinationsstelle" – AK) bilden.

Diese hat ihre Funktionen sofort aufgenommen. Und sie hat die Räume des (alten) Betriebsrates besetzt. ‚Als wir dort hinkamen, sind die Betriebsräte ganz friedlich gegangen', erklärte eins ihrer Mitglieder. Die Frage der Vertretung der Arbeiter steht im Mittelpunkt des gegenwärtigen Streiks." (Zitiert nach „cambio 16" vom 20.1.75.)

Das hohe Bewußtsein der SEAT-Arbeiter, das sich in diesem Bericht zeigt, drückt sich auch in solch kleinen Details wie dem aus, daß vor den Weihnachtsfeiertagen niemand die von der Direktion spendierten Kognakflaschen öffnete oder mit nach Hause nahm (ebenfalls nach „cambio 16").

Eine Welle der Solidarität ohnegleichen

Während der Weihnachtsferien erhielten die Arbeiter Einschüchterungsschreiben der Direktion, in denen ihnen harte Strafen – bis hin zur Entlassung – angedroht wurden, wenn sie weiter streikten.

Nach Aufnahme der Arbeit am 2. Januar gingen die Aktivitäten der Arbeiter jedoch weiter: Streiks in einzelnen Teilen des Betriebes, Versammlungen etc. Daraufhin publizierte die Direktion einen Brief des Zivilgouverneurs von Barcelona, Martín Villa, in dem er die Firmenleitung aufforderte, den „ungesetzlichen" Versammlungen ein Ende zu machen, andernfalls nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Direktoren mit der ganzen Härte des Gesetzes zu rechnen hätten. Daraufhin schlossen die Bosse sofort die Fabrik und sperrten die gesamte Belegschaft aus. Gleichzeitig wurden fast 400 Arbeiter entlassen. Doch die SEAT-Arbeiter gaben sich nicht geschlagen. Alle Möglichkeiten, die Solidarität zu erweitern, wurden ausgenutzt. Delegationen der SEAT-Arbeiter wendeten sich auch an „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" (einschließlich den Bischof), an staatliche Stellen und an die Presse(es kam später zu Verfahren gegen einzelne Redakteure oder Herausgeber, weil sie Aufrufe der SEAT-Arbeiter veröffentlicht hatten).

Die Solidaritätsbewegung erreichte bisher nicht gekannte Ausmaße. Professoren und andere bekannte Persönlichkeiten sprachen sich für die Forderungen der Arbeiter aus, am 14. 1. veröffentlichte die keinesweges fortschrittliche Tageszeitung „La Vanguardia" sogar einen Brief der Arbeiter an die Öffentlichkeit.

„Vom 9. – 16. 1. gibt es verschiedene Solidaritätsdemonstrationen mit den Studenten im Zentrum Barcelonas, mit den Frauen und Kindern der Arbeiter im Zentrum und den Vororten, mit den Schülern. (. . .) Geldsammlungen sind in den Vororten Saint-Andrés, Pueblo Nuevo, Pubilla Casas ... organisiert worden. Sie bringen in zwei Tagen mehr Geld ein als die verschiedenen Sammlungen während der vergangenen anderthalb Jahre. (. . .) In Cornellá nimmt die Solidarität mit den SEAT-Arbeitern noch konkretere Formen an:

– die Pfarrei zahlt den entlassenen Arbeitern ihren Lohn bis zur Wiedereinstellung,
– die Schule wird für die Kinder der Entlassenen kostenlos sein (in Spanien überwiegen die privaten Schulen, während die staatlichen, die kostenlos sind, zu wenig Plätze haben und besonders in Arbeitervierteln sehr schlecht sind),
– die Händler verkaufen den Entlassenen ihre Ware zu ermäßigten Preisen." („politique hebdo" v.6.3.75)

Die im Kampf erreichte Einheit der Arbeiter drückte sich auch darin aus, daß am 10. 1. die Belegschaften der vier großen Betriebe Barcelonas (SEAT, Cumbre, Hispono-Olivetti, Saenger) das katalanische Volk für den 15. des Monats zu einem Kampftag („Jornada de Lucha") aufrufen: zur Unterstützung der bei SEAT und Cumbre Entlassenen, zur Wiederöffnung dieser Fabriken und für die Freilassung der bei den Protestaktionen Verhafteten. In verschiedenen Teilen Kataloniens bildeten die lokalen Asambleas Domocraticas (Bündnisse demokratischer

ken und für die Freilassung der bei den Protestaktionen Verhafteten. In verschiedenen Teilen Kataloniens bildeten die lokalen Asambleas Domocraticas (Bündnisse demokratischer
und kommunistischer Gruppen und Organisationen in der Illegalität) Streikkomitees.

Am 13. und 14. Januar wuchs die Streikbewegung an, es kam zu weiteren schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und der Polizei. Die Polizei schoß auf Streikende, wobei ein Arbeiter verletzt wurde. Aber auch die Polizisten bekamen ihr Teil ab.

SEAT – ein Konzentrationslager

Der 15. Januar.
In einer unendlichen Zahl von Fabriken begannen Streiks, bzw. wurden sie fortgesetzt. Alle Namen zu nennen ist unmöglich. Die Angestellten einiger Banken und Büros schlossen sich an. Ebenso die Bauarbeiter der Ebro-Autobahn und die Raffinerie-Arbeiter von Tarrogona.

In allen Berufsschulen, in 14 Oberschulen, in Akademien, in der Universität. Tausende von Studenten versammelten sich auf den „Ramblas", der „Prachtstraße" Barcelonas.

Bis zum 18. gingen die Streiks weiter, vor allem im Baix Llobregat, einer Zone, wo schon mehrere erfolgreiche Generalstreiks durchgeführt worden sind. Die SEAT-Kapitalisten dagegen haben genau für den 15. den Wiederbeginn der Arbeit angekündigt.

Die Wiederaufnahme der Arbeit war von der Zivilregierung und der Firmenleitung generalstabsmäßig durchgeplant.

Das Gebiet um die Fabrik wimmelte von Polizei, sowohl zu Fuß als auch beritten. Niemand außer den Arbeitern – auch nicht die Journalisten – hatten Zutritt zu dem Industriegelände, auf dem SEAT liegt. Um in die Fabrik zu gelangen, mußten die Arbeiter einzeln durch das Fabriktor gehen, wo ihre Ausweise kontrolliert wurden und sie, Mann für Mann, von Aufsehern an ihren Arbeitsplatz begleitet wurden.

FORTSETZUNG SEITE 10

Portugal:
„Wir sind bereit, dem Volk die Waffen zu geben“
– Interview mit dem RAL-1 –

Das Lissaboner Regiment RAL-1 (Leichtes Artillerie Regiment 1) gilt als die am weitesten links stehende Armee-Einheit in Portugal; sie ist gleichzeitig das „Rückgrat“ des COPCON, der innenpolitischen Eingreiftruppe des MFA. Insofern sind die in diesem Interview geäußerten Standpunkte keineswegs repräsentativ für das politische Bewußtsein der gesamten Armee. Andererseits wirkt das RAL-1 als Motor innerhalb der Armee und als positives Beispiel auch für andere Einheiten, insbesondere in der jetzt recht breit entwickelten Kampagne zur Herausbildung von Soldatenräten (Soldaten-Kommissionen, die nach dem Vorbild der Arbeiter-Kommissionen entstehen). – Das Interview wurde in der französischen Zeitung „Revolution!“ (der gleichnamigen kommunistischen Organisation!) Nr. 89 am 11.4.75 veröffentlicht und wurde von uns übersetzt. Aus dem Text ging allerdings nicht hervor, ob dies Interview mit einem oder mehreren RAL-1-Soldaten, mit einem offiziellen Sprecher, oder einem zufällig angetroffenen Soldaten aufgenommen wurde.

Portugal/Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frage: Wie sieht das Kräfteverhältnis innerhalb des MFA, zwischen den verschiedenen Tendenzen aus?

RAL-1: Die Mehrheit des MFA ist politisch von der PCP (die revisionistische KP – AK) *beherrscht. Wenige Militärs sind Mitglied in der PCP, aber der Einfluß der Kommunistischen Partei auf der politischen Bühne hat seine Rückwirkungen innerhalb des MFA. Vor dem 11. März war die PS mit den Spinolisten eng verbunden. Die Mehrheit der MFA-Mitglieder, die auf dem Kongreß der Sozialistischen Partei dabei waren, sind Spinolisten. Heute, eben aus diesem Grund, hat die PS innerhalb der MFA an Kredit verloren. Wenn die Rechte heute auch schweigt, so ist sie aber weiterhin vorhanden, und gruppiert sich um ihren Chef, Fabiao, die ehemalige rechte Hand von Spinola. Es besteht kein Zweifel darüber, daß er der nächste Spinola sein wird.*

Unter dem Druck der Geschehnisse und gemäß der Entwicklung des Kräfteverhältnisses stärken sich auch die Positionen der revolutionären Linken, die heute allgemein noch schwach ist.

Dieses „Panorama“ muß nicht schematisch betrachtet werden. Einerseits ist der MFA nicht die gesamte Armee. Andererseits ist es möglich, daß ein großer Teil sich nach rechts wendet; sie sind auf der Seite der Gewinner. Schließlich vollzieht sich die Säuberung sehr schleppend. Nach dem Angriff vom 11. März haben wir die Erschießung der Offiziere verlangt, die den Angriff geführt hatten. Das Ergebnis: zwei von ihnen wurden zunächst mal verhaftet und dann wieder freigelassen.

Außerdem ist es so, daß es nicht bedingungslos ist, wenn die Mehrheit des MFA ideologisch unter dem Einfluß der PCP steht. Zum Beispiel hatte die PCP das Verbot aller marxistisch-leninistischen Organisationen gefordert. Der Revolutionsrat hat es abgelehnt und nur zwei von ihnen verboten.

Frage: In welchem Stadium befindet sich die Organisierung der Soldaten?

RAL-1: Die Repräsentierung der Soldaten innerhalb des MFA hat rein symbolischen Wert und ist eine demagogische Maßnahme.

Die Bewegung der Soldaten hat sich parallel, an der Basis entwickelt. Diese Bewegung hat die Säuberung in zahlreichen Kasernen vorangetrieben. Sie hat eine Reihe an Maßnahmen durchgesetzt: Versammlungsrecht, Mehrheitsrepräsentierung in den Kasernenversammlungen, Sold achtmal so hoch seit dem 25. April ... Augenblicklich wird der Kampf um die Erreichung kostenloser Transportmittel und um die Verkürzung des Wehrdienstes auf 15 Monate geführt. Heute beträgt die Wehrdienstzeit immer noch zwei Jahre. Die Bewegung der Soldaten hat auch die alten Disziplin„werte“ umgekrempelt. Wir schaffen eine neue Disziplin, die des Volkes. Heute ist der Kampf der Soldaten mehr denn je untrennbar vom politischen Kampf, und dieser hat Priorität. Zum Beispiel begann das Kommuniqué vom RAL-1; nach dem 11. März-Putsch, mit diesen Worten: „An die Genossen Soldaten und an alle Militärs ...“. Dies um aufzuzeigen, daß der Klassenkampf auch durch die Armee geht, und daß die Soldaten sein Motor sein müssen.

Frage: Welchen Stellenwert hat das RAL-1?

RAL-1: Die RAL-1-Soldaten entwickeln Kontakte mit anderen Kasernen (Versammlungen ...) und genießen ein großes Prestige. Das RAL-1 hat eine beträchtliche Anziehungskraft. Beim Angriff vom 11. März haben z.B. die Soldaten in anderen Kasernen ihre Offiziere dazu aufgerufen, zugunsten des RAL-1 einzugreifen. Das RAL-1 genießt auch bei den Arbeitern ein großes Prestige. Die Arbeiter der SAVACEM sagen: „Das RAL-1 ist die Kaserne des Volkes.“ Sie rufen das RAL-1 jedes Mal zu Hilfe, wenn sie eine Schwierigkeit haben: Streik, Hausbesetzung, Organisierung von Kinderkrippen mit Besetzung etc. ... Die Arbeiterkomitees, das von der EFFACEC (1) zum Beispiel, bringen ihre Zeitungen zu den Soldaten des RAL-1.

Die Soldaten des RAL-1 sind sich vollkommen darüber bewußt, daß sie an der Spitze der Kämpfe stehen. Wir müssen aber gut begreifen, daß unsere Situation eine relativ aussergewöhnliche ist. Die autonome Soldatenbewegung ist Produkt der Entwicklung der Klassenkämpfe. Es gibt eine enge Verbindung zwischen der Entwicklung der Initiative und Autonomie der Arbeiterbewegung und der Entwicklung der autonomen Soldatenbewegung. Die Bewegung der Soldaten widmet der Aufrechterhaltung dieser engen Verbindung sehr viel Aufmerksamkeit.

Frage: Wie ist euer Verhältnis zu den Arbeitern?

RAL-1: Wir haben zu den Arbeitern ein sehr enges Verhältnis. Das erste, was wir beim Angriff vom 11. gemacht haben, war, die Arbeiter der Betriebe mit Megaphonen herbeizurufen. Sie sind sofort gekommen. Die Arbeiter der Baustellen sind mit ihren Betonlastwagen gekommen und haben die Autobahn verbarrikadiert. Der Eingriff des Volkes war entscheidend. Wir haben schon gesagt, daß wir mit den Arbeiterkomitees in kontinuierlichem Kontakt stehen.

Frage: Was meint ihr von der Bewaffnung des Volkes?

RAL-1: Wir sagen, daß dies erstmal Sache des Volkes ist. Aber wir stellen die Parole in den Vordergrund, die die eine Abgrenzung zu den Reformisten bedeutet: ***„Das bewaffnete Volk wird niemals besiegt werden!“.***

Wir, und auch andere linke Elemente des MFA, sind bereit, dem Volk Waffen zu geben. Das hat zum Beispiel der Major Othello Saraiva de Carvalho erklärt (Carvalho ist jetzt Brigadegeneral, Mitglied des Revolutionsrates und unmittelbarer Befehlshaber des COPCON, zu dem auch das RAL-1 gehört – AK).

Beim Putschversuch sind bewaffnete Zivile auf die Straße gegangen. Es wird gesagt, die PCP hätte sie bewaffnet. Das ist nur die halbe Wahrheit. Denn es war vor allem das Werk der Revolutionäre. In einem Dorf südlich des Tejo z.B. sind Arbeiter, die von Revolutionären geführt wurden, in die Räume der GNR (2) und der Polizei eingedrungen, haben sich Waffen genommen und haben Barrikaden aufgebaut. Wir meinen, daß dies der Aktionstyp ist, den wir weiterentwickeln müssen.

Frage: Wie ist das politische Leben innerhalb der Kasernen?

RAL-1: In der Kaserne sind verschiedene politische revolutionäre Tendenzen präsent. Die politische Diskussion wird sehr intensiv geführt. Doch bei konkreten Aktionen ist die Einheit ungebrochen da, denn **„hier wird der Krieg mit Waffen geführt und nicht mit Kugelschreibern“.** *Die Politisierung der Soldaten ist sehr hoch, und dies ist sehr wichtig. Viele Soldaten kommen aus rückständigen Regionen des Nordens. Die Politisierung, die sie hier erfahren, wird von ihnen dann bei sich zu Hause rückvermittelt. Die Soldaten verbringen vier Tage der Woche innerhalb der Kaserne, und die drei übrigen Tage gehen sie auf's Land, um ihre Angehörigen und die anderen Dorfeinwohner zu politisieren. Diese Politisierung steht im Zusammenhang mit der Diskussion sowohl ausserhalb als auch innerhalb der Kaserne.*

Das RAL-1 gehört auch zu den Kommandos. Wir werden also immer zu den Orten hingeschickt, wo was los ist: Streiks, Häuserbesetzungen, Meetings, Demonstrationen etc. ... Oft schickt man uns dorthin, um Repression auszuüben. Aber wir verbrüdern uns und helfen den Arbeitern. So lernen wir viel von ihnen.

Frage: Was meint ihr über die Wahlen?

RAL-1: Wir meinen, daß sie zu nichts nützen. Denn in Wirklichkeit sind es der Revolutionsrat und die Versammlung des MFA, die die tatsächlichen Machtzentren sind. Ausserdem kümmert sich die Rechte immer weniger um diese Wahlen, denn sie weiß, daß wenn sie auch die Mehrheit bekommen sollte, sie doch keine reale Macht hätte. Die Rechte denkt vor allem an die Vorbereitung ihres nächsten Putsches. **Auf jeden Fall werden es die Soldaten nie zulassen, daß sie das im Parlament verlieren, was sie in den Kämpfen gewonnen haben.**

Frage: Erwartet ihr einen nächsten Putschversuch?

RAL-1: Wir sind extrem wachsam. Gerüchte über einen neuen Putschversuch sind im Umlauf. Wir wissen, daß das RAL-1 die erste Zielscheibe sein wird. Wir wissen, daß das RAL-1 der Hauptfeind aller Faschisten und Bourgeois ist. Wir haben unsere Ausrüstung verbessert – nach dem 11. haben wir uns mehrere Maschinenpistolen besorgt. Wir sind bereit. Denn wir sind stark, vereint und entschlossen. Die Offiziere sind mit uns, sogar vor uns.

Frage: Wie sind die Verhältnisse zwischen Soldaten und Offizieren innerhalb der Kaserne?

RAL-1: Das RAL-1 wird von der ADU geleitet (Einheitsdelegierten-

FORTSETZUNG SEITE 11

Antifaschistische Soldaten der ‚Roten Kaserne' (RAL-1) demonstrieren durch Lissabon

FORTSETZUNG VON SEITE 9

In den Werkshallen standen während der ersten Tage nach Wiederaufnahme der Arbeit Wachposten. Teilweise postierten sich sogar die Chefs selber "an strategischen Positionen, so an den Kaffeeautomaten, die während der ersten Tage außer Betrieb blieben, und an den gewohnten Orten für Versammlungen; sie begleiteten die Arbeiter bei jedem Ortswechsel. Die sonst üblichen fünf Minuten am Ende der Arbeit, um sich die Hände zu waschen, wurden gestrichen, um Kontakte zwischen den einzelnen Schichten zu unterbinden." ("cambio 16", vom 27.1.75)

Trotz dieser unglaublichen Unterdrückungsmaßnahmen wurde in vier Hallen des Betriebes versucht zu streiken. Diese Versuche waren aber zum Scheitern verurteilt. Am Ende des ersten Arbeitstages gab es 100 weitere Entlassene.

Die Verbitterung der Arbeiter war groß. In ihrem Organ „Asamblea Obrera“ schrieben die SEAT-Arbeiter (am 21. Januar 75), daß sie die 500 gekündigten Arbeiter nicht als gekündigt betrachten und ihre Forderungen weiterhin sind:

„–Wiedereinstellung der Entlassenen!
–Freiheit für alle Verhafteten!

Das ist unsere erste Forderung. Und gleichzeitig vergessen wir nicht unsere Lohnforderungen und Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, auch wenn die Repression genau das will. Unsere 18 Punkte haben heute mehr Aktualität denn je. Die Teurung wächst, dieser Monat Januar wird besonders schwierig werden! Und für eben dies, für die Wiedereinstellung und für die ökonomischen Forderungen:

- Verhandlungen mit den tatsächlichen Vertretern der Arbeiter
- Annahme der Rücktritte und Neuwahlen
- Es soll öffentlich ein Vermittler zwischen Unternehmen und Arbeitern bestimmt werden, wofür sich schon einige angeboten haben.“

Der Kampf bei SEAT geht weiter!

Portugal/Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

FORTSETZUNG VON SEITE 10

Versammlung). Das ist eine demokratische Organisation, die die Delegierten der fünf Kompanien des RAL-1 zusammenfaßt. Die ADU funktioniert wie eine politische Überstruktur, sie trifft sämtliche Entscheidungen. Die Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere sind in der ADU vertreten. Wir haben den ganzen hierarchischen Aufbau beseitigt, zum Beispiel essen wir alle im gleichen Raum. Wir sagen, daß bei uns die Offiziere mit uns sind und sogar vor uns stehen. Unsere Befehlsgebung ist revolutionär. Wir können nicht sagen, welcher Organisation sie angehört, aber wir können sagen, daß sie revolutionär ist.

Frage: Es ist wohl anzunehmen, daß die Entwicklung im RAL-1 nicht auf allgemeine Zustimmung trifft?

RAL-1: Das stimmt. Die Reaktion weiß sehr gut, daß das RAL-1 an der Seite des Volkes steht. Die Reaktion hat gesehen, wie bei der Massendemonstration der Arbeiter vor das Arbeitsministerium am 7. Februar die Soldaten des RAL-1 sich mit den Arbeitern zusammengetan haben. Sie haben uns rufen hören: **„Es lebe die Arbeiterklasse!".** *Einige besonders idiotische Reaktionäre haben gesagt, daß innerhalb des RAL-1 eine Tupamaros-Gruppe existieren würde, die die politisch militärische Ausbildung führen würde! In der Tat ist das RAL-1 die erste militärische Kraft Portugals und die erste ideologische Kraft. Und es wird oft gesagt:* **„Portugal ist Lissabon, und Lissabon, das ist das RAL-1".**

(1) EFFACEC: Betrieb im Vorort von Lissabon. Das Arbeiterkomitee der EFFACEC ergriff die Initiative für die große Arbeiterdemonstration vom 7. Februar gegen Entlassungen, Arbeitslosigkeit und gegen die Nato-Manöver.

(2) GNR: Nationale Republikanische Garde. Militarisierte Polizei, die man mit der französischen CRS-Truppen (und etwa mit dem BGS in unserem Land) vergleichen kann. Die GNR ist derjenige Teil des faschistischen Staatsapparates, der nach dem 25. April intakt geblieben ist – sowie die PSP (Öffentliche Sicherheitspolizei). Die PSP und die GNR sind mit die reaktionärsten Instrumente des Staatsapparates, worauf sich jeder faschistische Komplott auch stützt. PSP und GNR werden von den portugiesischen Arbeitern gehaßt.

Lissabon, 11.3.75: Kurz nach Beginn des faschistischen Angriffs auf das RAL-1 marschieren die Arbeiter der Großwerft LISNAVE geschlossen zur Kaserne, um „ihre" Soldaten zu verteidigen.

Portugiesischer und chilenischer Prozeß

– Gespräch mit Luis Cerda, Vertreter des MIR in Westeuropa –

Luis Cerda war Anfang April in Hamburg. Wir nutzten die Gelegenheit für ein längeres Gespräch mit ihm, u. a. über die aktuelle Lage in Portugal, wo er zuvor gerade war. Wir haben die Gespräche teilweise mitgeschnitten und möchten hier einen besonders wichtigen Ausschnitt dokumentieren.

Wir baten Luis Cerda um eine vergleichende Einschätzung der aktuellen politischen Entwicklung in Portugal mit derjenigen in Chile zur Zeit der Allende-Regierung, unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in der portugiesischen Armee und den Aufgaben der revolutionären Linken. Hier seine Antwort:

„Ich würde sagen, daß die einzige Ähnlichkeit zwischen den beiden Prozessen darin besteht, daß beide sich fortschreitend zu vor-revolutionären Situationen entwickelten. In diesem Sinne sind die charakteristischen Merkmale eben die von vor-revolutionären Situationen: Spaltungen innerhalb der herrschenden Klasse, eine wachsende Beteiligung der Massen am politischen Leben usw. Abgesehen von diesem allgemeinen Merkmal sind die besonderen Bedingungen beider Prozesse radikal verschieden. Das zentrale Element im portugiesischen Prozeß ist die ‚Unlegitimiertheit', das Fehlen an ‚Legitimation' des Staates, des bestehenden Staates als Herrschaftsinstrument der einen Klasse über die andere, Während im Fall Chiles der Prozeß mit einem voll ‚legitimierten' Staat begann, haben wir es im Fall von Portugal seit der Erhebung vom 25. April und der folgenden Entwicklung mit einer demokratischen antifaschistischen Massenbewegung zu tun: Der Faschismus wird durch eben diesen Staat repräsentiert. Es ist der Kampf gegen den bestehenden Staat, gegen die Polizei, gegen die repressiven Organe, gegen die Formen der ideologischen Herrschaft, die der Faschismus hinterlassen hat. Der Fall von Chile lag genau umgekehrt. Der Staat war voll ‚legitimiert', die Herrschaft der Bourgeoisie nicht infrage gestellt und genau aus dem Grund schien der Unidad Popular die Formel notwendig, die eine ‚Revolution' absichern sollte, die nicht aus dem legalen Rahmen *eine ‚Revolution' absichern sollte, die nicht aus dem legalen Rahmen* *des bestehenden Staates heraustrat. Das war der Kernpunkt des chilenischen Weges.*

Das zentrale Element in beiden Prozessen, also das Grundelement der Verteidigung des Staates, also die Armee, ist jeweils vollkommen verschieden in beiden Situationen. Im Fall von Chile tauchten die Streitkräfte am Anfang des Prozesses als eine Kraft auf, die scheinbar über den Klassen stand, als ‚unpolitische' Kraft, die keine politischen Positionen bezog, sondern bloß gewisse ‚Spielregeln' garantierte. Und das Problem bestand genau darin, wie man diese Streitkräfte dazu bringen könnte, aktiv am Entwicklungsprozeß teilzunehmen, der in Chile anstand. Genau dieser Punkt war einer der wichtigsten Differenzen zwischen dem MIR und der Unidad Popular. Während die Unidad Popular innerhalb ihrer Konzeption, den Staat anzuerkennen, versuchte, die Streitkräfte als Institution dazu zu bringen, an der Entwicklung teilzunehmen, forderte der MIR das Vorantreiben eines Bruchs innerhalb der Streitkräfte durch einen Demokratisierungsprozeß, der sich auf die Basis, d.h. die Soldaten stützte und Teile der Offiziere. Der Demokratisierungsprozeß ging in den Streitkräften nur sehr langsam voran und er reichte nicht aus (besonders durch die Haltung, die die Unidad Popular einnahm), um dem entgegenzuwirken, daß die Streitkräfte als Institution des Staates einen Deich der Eindämmung gegen die Massen aufrichteten, was schließlich im Militärputsch endete.

Im Fall von Portugal wurde der Prozeß von den Streitkräften selbst begonnen, die Massenbewegung befand sich zu Anfang im Rückstand im Verhältnis zur Entwicklung der Demokratisierung und Radikalisierung der Streitkräfte. Die ganze Entwicklung in Portugal wird bestimmt von diesem Prozeß der Demokratisierung und Radikalisierung der Streitkräfte. Die ganzen Etappen dieses Prozesses sind Ausdruck dieser Entwicklung in den Streitkräften und diese tendiert dahin, die Streitkräfte in ihrer Funktion als Institution des bürgerlichen Staates zu zerstören.

Der linke Teil innerhalb der Offiziersbewegung war am Anfang eine Minderheit. Die Offiziersbewegung selbst ist eine Minderheit in der Bewegung der Streitkräfte und die Bewegung der Streitkräfte war am Anfang nicht mehr als ein Ausdruck der Offiziere. Der 28. September bewirkte eine bedeutende Stärkung des linken Teils der Offiziersbewegung innerhalb derselben und einen größeren Einfluß der Offiziersbewegung auf die Bewegung der Streitkräfte. Der 11. März brachte einen noch größeren Bruch, einen noch radikaleren Einschnitt. Sein sichtbarstes Ergebnis ist der Einbruch der Soldaten in das politische Leben und die Tatsache, daß von da an die Streitkräftebewegung eine politische Bewußtwerdung der Soldaten einbeziehen muß. Gleichzeitig kann man sagen, daß die Offiziersbewegung aufgehört hat, spinolatreu zu sein und sich so dem Einfluß des linken Flügels geöffnet hat, was zusammen mit dem Druck, den die Soldaten jetzt ausüben, dazu führt, daß die Manövrierfähigkeit der hohen Offiziere enorm eingeschränkt wird, die insgesamt durch die frühere Regierung kompromittiert sind.

Betrachten wir, was mit der Massenbewegung los ist. Wir stellen fest, daß unmittelbar nach dem Sieg von Allende in Chile die ersten Schichten, die in Bewegung kamen, die am meisten zurückgesetzten waren, die am wenigsten am politischen Leben beteiligt waren. Ein typisches Beispiel waren die Bauern im Süden.

Später dehnte sich diese Radikalisierung auf Teile der Arbeiterklasse aus, nicht auf die oberen Schichten in der Arbeiterklasse, sondern auf die mittleren Schichten, die ihre am meisten gefühlten Ansprüche nicht im Programm der Unidad Popular ausgedrückt sahen, welches sich nur auf die obersten Schichten in der Arbeiterklasse bezog. Gleichzeitig dehnte sich die Bewegung auf die Armen in den Städten aus, auf die Pobladores, wie wir sie nennen.

Im Fall von Portugal ist es so, daß die aktivsten Teile der Arbeiterbewegung gleichzeitig die fortgeschrittensten in diesem Moment sind und daß sich immer mehr die mittleren Teile eingliedern und die zurückgeblieben- *sich immer mehr die mittleren Teile eingliedern und die zurückgeblieben-* *sten. Das Land ist noch nicht in Bewegung, also die Bauern. Im Gegenteil, sie werden noch beherrscht von den alten Kräften des Latifundiensystems und der Kirche. Das führt dazu, daß die Agrarreform in diesem Moment eine etwas abstrakte Lösung ist, obwohl viel von ihr geredet wird. Aber es gibt keinen wirklichen Druck der Bauern in dieser Richtung.*

Sicher gibt es Unterschiede zwischen Nord- und Südportugal, weil es unterschiedliche Strukturen sind, aber sie wirken sich noch nicht aus auf der politischen Ebene. Wir stellten fest, was typisch für solch einen Prozess ist, daß die ärmsten und zurückgesetztesten Teile des Volkes zunehmend an der Bewegung teilnehmen, wie zum Beispiel die Fischer, die bereits Druck ausüben. Die Tatsache, daß es eine solche unterschiedliche Entwicklung innerhalb der Klassen und ihren Schichten gegeben hat zum einen in Portugal und zum anderen in Chile, öffnet für die linke Bewegung unterschiedliche Aktionsmöglichkeiten. Die Tatsache, daß es die zurückgebliebensten Schichten in der Stadt und auf dem Land waren, die sich in Chile als erste radikalisierten, und die Tatsache, daß dies die Teile des Volkes waren, die nicht von den traditionellen Parteien, insbesondere von der PC bearbeitet worden waren, öffnete der revolutionären Linken ein großes Feld von Aktivitäten. Das genau war das Feld, das der MIR zu Anfang besetzte. Die Sektoren, die von den reformistischen und zentristischen Parteien am meisten beherrscht wurden, sind die gewesen, die nicht von Anfang an mobilisiert waren, sondern diejenigen gerieten zuerst in Bewegung, die außerhalb ihrer Kontrolle standen.

Das waren die objektiven Bedingungen – und nicht ein subjektiver Einfall, wie viele meinten – unter denen sich die revolutionäre Linke entwickeln konnte, ohne gleich damals schon mit der reformistischen Linken zusammenzustoßen. Der Zusammenstoß trat in dem Augenblick ein, als die revolutionäre Linke über dieses Feld hinausging und den Reformisten ihre Basis streitig machte, was erst später der Fall war, also etwa in der zweiten Hälfte der UP-Regierung.

Dagegen Portugal: der Teil, der zuerst in Bewegung geriet, war der bestorganisierte Teil der Arbeiterklasse, wo die PC am besten Fuß gefaßt hatte und auf diesem Feld mußte die revolutionäre Linke von Anfang an den Kampf aufnehmen, was ein praktisches Zusammengehen beider Strömungen während einer bestimmten Zeit enorm erschwert und eine starke Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen Reformisten und Revolutionären zur Folge hat.

Von diesem Gesichtspunkt aus befindet sich die revolutionäre Linke in Portugal im Nachteil gegenüber der Linken in Chile. Warum? Die Realität ist so – sie genau zu erklären, wäre sehr kompliziert: D. h., wenn so ein Prozeß beginnt, ist die revolutionäre Linke noch schwach, sie muß noch reif werden. Die historischen Situationen, in denen die revolutionäre Linke schon einen ausreichend hohen Grad an Organisiertheit und Reife hatte, um in einen solchen Prozeß hineinzugehen, sind sehr selten und außergewöhnlich und selbst in diesen Fällen waren sie in der Minderheit, wie es der Fall bei den Bolschewiki war.

Der MIR konnte über einen bedeutenden Zeitraum verfügen, um sich zu festigen, reif zu werden, seine Taktik festzulegen, aufgrund der Situation, die ich schon beschrieben habe. Trotz dieser besonderen Bedingungen in Chile hat es nicht gereicht, daß der MIR hätte so eingreifen können, daß er das Ruder hätte herumreißen können.

Die revolutionäre Linke in Portugal mußte sofort die Auseinandersetzung mit den Reformisten führen. Der Staat befindet sich in wachsender Auflösung. Wegen dieser beiden Bedingungen bleibt der revolutionären Linken weniger Zeit. Wenn man sich die portugiesische Entwicklung richtig ansieht, muß man feststellen, daß die revolutionäre Linke es noch nicht geschafft hat, eine echte Alternative in diesem Prozeß darzustellen. Daher hängen die unmittelbaren Schritte – ich meine nicht die auf längere Sicht – in erster Linie von *Schritte – ich meine nicht die auf längere Sicht – in erster Linie von* *dem ab, was in den Streitkräften passiert. Es ist offensichtlich, daß innerhalb de r Streitkräfte die revolutionäre Linke anwesend ist, wie auch die Reformisten, aber das ganze ist noch weitgehend eine ziemlich spontane Entwicklung. Das gilt vor allem für die Bewegung unter den Soldaten.*

Man kann sagen, daß die portugiesische revolutionäre Linke vor einer paradoxen Situation steht: Auf der einen Seite spielt die Zeit gegen sie. Die Zeit ist nicht auf ihrer Seite wegen des Tempos der Entwicklung und wegen der Tatsache, daß sie sich schon sofort mit den Reformisten auseinandersetzen muß.

Auf der anderen Seite führt die Beschleunigung der Entwicklung selbst dazu, daß sie gezwungen wird, schneller zu reifen und die Tatsache, daß sie sich mit den Reformisten konfrontieren muß, zwingt sie dazu, ihre Taktik schon genauer festzulegen und zu definieren. Die revolutionäre Linke hat sich aber noch nicht definiert. Das führt dazu, daß jede Aussage über die Weiterentwicklung des portugiesischen Prozesses außerordentlich schwierig ist. Und das ist besonders schlimm, weil die Reformisten ihrerseits durchaus eine Taktik haben. Und das Komische ist, daß die Reformisten in Portugal versuchen, den Prozeß auf den Punkt zurückzuschrauben, von dem der chilenische Prozeß ausgegangen ist. D.h. die Reformisten wollen die Streitkräfte in eine Institution zurückverwandeln, indem sie den Demokratisierungsprozeß aufhalten, der natürlich ein Prozeß der Auflösung der Institution Militär ist. Man fragt sich, warum die Reformisten etwas so scheinbar Absurdes tun. – Weil die Taktik der Reformisten in Portugal genau dieselbe wie die der Reformisten in Chile ist. D. h., die Reformisten suchen das Bündnis mit der Bourgeoisie, aber sie brauchen einen Garanten, einen Richter, einen, der die Bedingungen dieses Bündnisses absichert. Und sie sehen natürlich, als das geeignete Instrument, um dieses Bündnis zwischen einer Fraktion der Arbeiterbewgung und der Bourgeoisie abzusichern, die Streitkräfte und sie brauchen diese Streitkräfte. ●

Erklärung des Kommunistischen Bundes zur Nationalen Portugaldemonstration von Lotta Continua am 19.4. im Rom

In einer Zeit, in der das portugiesisiche Volk, Arbeiter, Landarbeiter, Bauern und Soldaten, das fast fünzigjährige faschistische Joch abgeschüttelt hat, und eine gewaltige Bewung für ein demokratisches und sozialistisches Portugal entwickelt, ist es unsere internationalistische Pflicht, den Kampf des portugiesi- **zialistisches Portugal entwickelt, ist es unsere internationalistische Pflicht, den Kampf des portugiesi-** **schen Volkes zu unterstützen und zu verteidigen, wo wir es können.**

Für die Kommunisten in Westdeutschland ist dies umso wichtiger, als die deutschen Imperialisten nicht nur größtes Interesse am faschistischen Regime in Portugal hatten, sondern auch heute jede Gelegenheit benutzen, gegen das portugiesische Volk zu kämpfen.

Dies tun sie mit Hilfe von wirtschaftlichem Boykott, durch eine breitangelegte faschistische Hetze gegen das portugiesische Volk in der westdeutschen Presse und durch direkte Unterstützung der faschistischen Putschisten in Portugal selbst.

So werden die reaktionären Parteien finanziell und propagandistisch durch ihre westdeutschen „Schwesterparteien" unterstützt. So benutzte Willy Brandt jede Gelegenheit, der portugiesischen Regierung mit einer imperialistischen Intervention zu drohen, so unterstützte und unterstützt Kai-Uwe von Hassel offen die Putschisten in Portugal.

Ein für alle Welt sichtbarer Beweis für die Verwicklung der BRD-Imperialisten in den bisher letzten Putschversuch im März war es, daß sich hohe Putschistenführer ausgerechnet in die BRD-Botschaft in Lissabon flüchteten.

Um weitere Terrorakte bis hin zu einer militärischen Intervention gegen das portugiesische Volk vorzubereiten, wird heute eine maßlose antikommunistische Hetze und faschistische Propaganda über die westdeutsche Bevölkerung ausgegossen, die sich gleichzeitig gegen das portugiesische Volk wie auch gegen die Interessen der westdeutschen Werktätigen richtet.

Deshalb wird der Kommunistische Bund seine Anstrengungen verstärken, den antifaschistischen Kampf des portugiesischen Volkes, aber auch aller anderen Völker, zu propagieren und zu unterstützen und die Machenschaften insbesondere des BRD-Imperialismus anzuprangern.

(Die fett gedruckten Absätze wurden in „Lotta Continua" vom 20.4.75 abgedruckt.)

Frankreich/Portugal:

Poniatowski – Spinola: Hand in Hand

Der ins brasilianische Exil geflüchtete Spinola, hat aus seiner neuen Heimatstätte alle westeuropäischen Regierungen zum Boykott des demokratischen Portugals aufgerufen.

Die französische Regierung, mittels ihres Innenministers Poniatowski (Mitglied der Giscard-Partei, Unabhängige Republikaner), hat diesen Appell nicht überhört

Am 22. März wurde Cabo Verde, MFA-Mitglied, der nach Paris kam, um die portugiesische Depot-Bank einzuweihen, bei seiner Ankunft auf dem Flughafen verhaftet.

Mit zugebundenen Augen wurde er in ein Hotelzimmer verschleppt, wo er mehrere Stunden eingesperrt blieb, bis schließlich die portugiesische Botschaft in Paris seine Freilassung erreichte.

Der portugiesische Botschafter in Paris, ein Mitglied der PS von Soares, befahl diese „Angelegenheit" streng geheim zu halten.

Eine Woche später sollte beim portugiesischen Staatssekretariat für Immigration in Paris eine Versammlung stattfinden. Dort sollte über Nationalisierungen von Banken beraten werden. Teilnehmer: Offiziere des MFA und Vertreter der portugiesischen Arbeiter in Frankreich.

Auf Antrag des französischen Innenministeriums wurde die Versammlung verboten. In Marseille wurde ebenfalls auf Antrag des Innenministeriums eine Versammlung verboten, wo die Mannschaft eines portugiesischen U-Bootes eingeladen worden war. ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Italien:

„Ora e sempre resistenza" Eine Woche Massenmobilisierung gegen den Faschismus

Der 25. April dieses Jahres ist der 30. Jahrestag der Befreiung Italiens vom Faschismus; an diesem Sieg hatten die italienischen Partisanen und Arbeiter einen großen Anteil.

30 Jahre nach diesem Sieg wurde schmerzlich daran erinnert, daß auch heute der Faschismus noch keineswegs besiegt ist: In der Woche vor dem 25. April wurden vier Genossen von Faschisten und Polizei ermordet. So stand diese Woche im Zeichen einer großen antifaschistischen Massenmobilisierung: Die Demonstrationen nach den Morden; die Trauerfeiern für die ermordeten Genossen am 21. April, die einen klaren antifaschistischen und kämpferischen Charakter trugen, eine Kundgebung mit mehr als 100.000 Menschen am 20. April in Bologna zum 30. Jahrestag der Befreiung der Stadt; der Generalstreik am 22. April, der ursprünglich gegen die Arbeitslosigkeit angesetzt worden war, aber nunmehr vor allem unter antifaschistischen Parolen stand; die Demonstrationen und Feiern am 25. April; zudem am 19. April die von Lotta Continua organisierte Portugal-Demonstration in Rom, die mit 70.000 Genossen alle Erwartungen übertraf (Bericht in diesem AK).

Nach dem Massaker von Brescia –

Nach dem Massaker von Brescia – wo die Faschisten am 28. Mai vorigen Jahres einen Bombenanschlag gegen eine gewerkschaftliche Kundgebung verübten und acht Menschen ermordeten – waren zwar die Demonstrationen größer als diesmal am Tag des antifaschistischen Generalstreiks, dem 22. April. Dennoch übertraf die jüngste Massenmobilisierung insgesamt die nach dem Massaker von Brescia bei weitem: Seit vielen Jahren hatte es keine so l a n g a n h a l t e n d e und so viele Städte und Orte erfassende Mobilisierung mehr gegeben. Die italienischen Genossen ziehen den Vergleich zu den Kämpfen von 1960, als die reaktionäre Regierung Tambroni – eine von den Neofaschisten unterstützte rechts-christdemokratische Regierung – durch Massenkämpfe weggefegt wurde.

„Pagherete tutto" – „Ihr werdet alles bezahlen"

Vier weitere Opfer im Kampf gegen Faschismus und Reaktion

Am Mittwoch, 16. April, wurde der Genosse Claudio Varalli in Mailand von einem Faschisten erschossen, Claudio war 17 Jahre alt; er hatte in der Studentenorganisation „Movimento Studentesco" (Studentenbewegung) gekämpft. Claudio hatte am 16. April zu einer Gruppe gehört, die während einer Demonstration mit Faschisten zusammengestoßen war; einer der Faschisten zog plötzlich die Pistole und erschoß kaltblütig den Genossen Claudio. Obwohl Polizisten dicht dabei standen, ließen sie den Mörder entkommen.

Am Donnerstag, 17. April, wurde in Mailand der Genosse Gianni Zibecchi von den Rädern eines Jeeps der Carabinieri (Bürgerkriegs-Polizei) zermalmt. 70.000 Menschen hatten an diesem Tag gegen den Mord an Claudio Varalli demonstriert. Das zentrale Büro der neofaschistischen Partei MSI war dabei in Flammen aufgegangen. Später fuhr eine Gruppe von Fahrzeugen der Carabinieri gezielt, z.T. auf den Gehwegen, mit großer Geschwindigkeit in eine Gruppe von Demonstranten hinein. Genosse Gianni konnte nicht mehr entkommen. Er war 26 Jahre alt, Mitglied des „Movimento Studentesco" und Leiter eines antifaschistischen Stadtteil-Komitees.

Am 17.4.75 von einem Faschisten ermordet: Genosse Tonino Micciche von = Lotta Continua =

Gleichfalls am Donnerstag wurde in Turin der Genosse Tonio Micciche von einem Faschisten erschossen. Tonio war führendes Mitglied von Lotta Continua. Als Leiter eines Kampf-Komitees in einem Arbeiterviertel war er bei den Bewohnern bekannt und beliebt.

Sein Mörder ist bei einer privaten Polizei angestellt, die z.B. Supermärkte etc. bewacht; er ist Mitglied der faschistischen Pseudo-„Gewerkschaft" CISNAL. Sein Verdienst erlaubt es ihm, sich zwei Autos und zwei Garagen zu halten. Tonio und andere Mitglieder des Kampfkomitees waren deshalb zu ihm gegangen, um ihn zur Abtretung einer Garage (für Mieterversammlungen etc) aufzufordern. Sie trafen zuerst nur seine Frau an; als dann der Faschist dazukam, zog er sofort die Pistole und erschoß Tonio.

Tonio war 23 Jahre alt, Arbeiter bei Fiat, Mitglied von Lotta Continua seit 1969.

Am Freitag, 18. April, wurde in Florenz der Genosse Rodolfo Boschi von einem Polizisten in „Zivil" erschossen. An diesem Tag hatte es in Florenz zwei Demonstrationen gegen den faschistischen Terror und zahlreiche Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten gegeben. Dabei tat sich besonders eine Gruppe von Bullen in „Zivil" bzw. genauer gesagt mit Jeans, z.T. mit langen Haaren, die Gesichter durch Tücher verdeckt, mit Knüppeln und Pistolen bewaffnet, hervor. Einer dieses Kommandos erschoß den Genossen Boschi – angeblich in „Notwehr", nachdem zuerst ein „Unbekannter" einige Schüsse auf die Polizisten gefeuert habe.

Boschi war 27 Jahre alt, verheiratet, ein Kind. Er war Mitglied der PCI (revisionistische „KP").

Zu diesen Morden kommen weitere Mordversuche in diesen Tagen:

Ebenfalls am Freitag wurde in Rom der Genosse Sirio Paccino vor einem MSI-Büro durch einen Schuß in den Rücken schwer verletzt, ihm droht die Gefahr, für immer gelähmt zu bleiben. Angeblich hatte er zusammen mit einigen Genossen das Büro der MSI überfallen wollen. – Die Polizei ließ drei an dem Mordversuch beteiligte Faschisten der MSI kurz darauf wieder laufen; gegen den schwerverletzten Genossen jedoch wurde Haftbefehl erlassen.

In Bari (Süditalien) zog am 18. April einer von drei Faschisten während eines Streits mit einer Gruppe von Antifaschisten plötzlich eine Pistole und schoß. Ein 22-jähriger Mann, nach Pressemeldungen ein unbeteiligter Passant, wurde verletzt. Der Schütze konnte entkommen; seine zwei Komplizen flüchteten in ein nahes MSI-Büro, sie sind Mitglied der MSI bzw. deren Jugendorganisation.

In Cagliari (Sardinien) schossen am 19. April Faschisten aus einem fahrenden Auto auf eine Gruppe von Studenten. Einer von ihnen, der Genosse Antonio Quartu, wurde verletzt. Die Faschisten sind Mitglieder der MSI-Studentenorganisation FUAN.

Die Protestdemonstrationen – gegen MSI und Christdemokraten

In der Woche vor dem 25. April fanden als Antwort auf den faschistischen Terror in manchen Städten an mehreren Tagen hintereinander Demonstrationen mit Zehntausenden Teilnehmern statt. Die folgende – sehr unvollständige – Übersicht zeigt die wichtigsten Massenmobilisierungen.

Donnerstag, 17. April: Nach dem Mord an Claudio Varalli demonstrieren 70 000 Menschen in Mailand. Studenten und Schüler in ganz Italien bleiben dem Unterricht fern und führen Demonstrationen durch – 8 000 Demonstranten jeweils in Turin und Padua, 6 000 in Reggio Emilia, 5 000 in Florenz, 4 000 in Pisa ...

Freitag, 18. April: Die Gewerkschaften organisieren einen einstündigen Generalstreik gegen den faschistischen Terror; die Forderungen nach einem längeren Streik und gewerkschaftlichen Demonstrationen an diesem Tag werden nicht berücksichtigt; dafür erklären die Gewerkschaftszentralen, daß der vierstündige Generalstreik, der gegen die Arbeitslosigkeit schon seit längerem für den 22. April geplant ist, einen antifaschistischen Charakter haben wird; in einigen Städten soll er auf 8 Stunden ausgedehnt werden; in Mailand soll eine zentrale Demonstration stattfinden.

Antifaschistischer Generalstreik am 22. April: über 200.000 Menschen auf dem mailänder Domplatz.

Trotz der Taktik der Gewerkschaftsführer finden auch am Freitag große Demonstrationen statt: 70 000 in Rom, 50 – 60 000 in Mailand, 20 000 in Turin, 20 000 in Porto Marghera (Industriezentrum bei Venedig), je 10 000 in Florenz, Bologna und Brescia. An den Schulen und Universitäten wird der Streik fortgesetzt.

Sonnabend, 19. April: 10 000 demonstrieren in Florenz gegen die Ermordung des Genossen Boschi. In Rom sind 70 000 auf der von Lotta Continua organisierten nationalen Portugal-Demonstration.

Montag, 21. April ist der Tag der Begräbnisse und Trauerfeiern. 80 000 Menschen folgen in Florenz dem Sarg des Genossen Boschi – selbst die Christdemokraten haben zynischerweise dazu aufgerufen. 20 000 Genossen erweisen in Turin dem Genossen Tonino Micciché von Lotta Continua die letzte Ehre.

100 000 sind es beim Begräbnis von Gianni Zibecchi, 30 – 40 000 beim Begräbnis von Claudio Varalli in Mailand.

Dienstag, 22. April: Generalstreik. Überall in Italien finden antifaschistische Demonstrationen statt. In Mailand füllen nach einem „Sternmarsch" von sechs Demonstrationszügen 200 bis 250.000 Menschen den Domplatz und die anliegenden Straßen. Je 70.000 Menschen demonstrieren in Turin und Neapel, 50.000 in Florenz, 40.000 in Bologna, je 20.000 in Palermo und Ravenna, je 15.000 in Mestre (bei Venedig), Pescara und Livorno, je 10.000 in Bergamo, Reggio Emilia und Pisa ... Demonstrationen mit mehreren tausend Teilnehmern finden außerdem in zahlreichen Städten statt.

Viele Parolen dieser Tage richteten sich auf das Verbot der MSI und gegen die Komplizenschaft des Staates mit den Faschisten, so vor allem: *„MSI fuorilegge, a morte la DC che lo protegge"* (Verbot der MSI, Tod der Christdemokratie, die sie schützt). Die Parole *„Oggi e sempre Resistenza"* (Heute und immer Widerstand) stellte die Verbindung zum 30. Jahrestag des Sieges der Resistenza, des antifaschistischen Widerstands, her; diese Parole wurde z.B. auch am 21. April beim Begräbnis des Genossen Zibecchi an der Spitze des Trauerzuges getragen. Viele Parolen brachten den Willen zum Ausdruck, die vier neuen Opfer von Faschismus und Reaktion zu rächen: *„Le nostre bandiere oggi sono a lutto, ma pagherete caro,* pagherete tutto" (Heute sind unsere Fahnen in Trauer, aber ihr werdet dafür teuer bezahlen, ihr werdet alles bezahlen müssen). Schließlich Parolen für die Herrschaft der Arbeiterklasse „E ora, è ora, potere a chi lavora" (Es ist Zeit, es ist Zeit, die Macht denen, die arbeiten).

Antifaschistische Demonstration der Arbeiter von FIAT

Vielfach wurden im Verlauf der Demonstrationen faschistische Rattenlöcher angegriffen und zerstört – so MSI-Zentralen in Mailand und Turin, Büros von CISNAL (faschistische Pseudo-„Gewerkschaft") und FUAN (faschistische Studentenorganisation), „bars", in denen sich die faschistischen Banden vor ihren Überfällen zu versammeln pflegten, Büros faschistischer Rechtsanwälte ... Einige besonders üble faschistische Schläger, die sich zu nahe an die Demonstrationen herangewagt hatten, bekamen einen Krankenhaus-Aufenthalt spendiert.

Turin, 18. April. Die Regionalzentrale der faschistischen MSI steht in Flammen. Die antifaschistischen Genossen haben ganze Arbeit geleistet.

In Mailand wurden außerhalb der Massendemonstrationen zwei Büros der Sozialdemokratischen Partei PSDI (eine scharf antikommunistische, pro-US Partei) von kleinen Gruppen angegriffen und verwüstet. Diese Aktion, die u.a. auch von Lotta Continua als schädlich eingestuft wurde, wurde von der bürgerlichen Presse soweit in den Vordergrund gespielt, daß die vier Opfer von Faschisten und Polizei dahinter weitgehend zurücktreten sollten. Die parlamentarischen Parteien, einschließlich der PCI, führten eine Solidaritätsveranstaltung mit der PSDI durch.

Revisionisten profilieren sich als „Ordnungsfaktor"

Die antifaschistische Woche vor dem 25. April bot den Führern der revisionistischen Partei eine große Gelegenheit, sich nachdrücklich als eine für die Bändigung und Desorientierung der Werktätigen unentbehr-

FORTSETZUNG SEITE 15

„Portugal wird nicht das Chile Europas“

Zentrale Portugal-Demonstration von „Lotta Continua“ in Rom

Unter der Hauptparole „Portugal wird nicht das Chile Europas" hatte Lotta Continua für den 19. April zu einer nationalen Portugal-Demonstration in Rom aufgerufen.
Diese Demonstration war in eine breite Internationalismus Kampagne der italienischen Genossen eingebettet. In den Aufrufen und Plakaten wurde gleichzeitig der Kampf der Völker Indochinas, Afrikas und Lateinamerikas gegen den US-Imperialismus propagiert. Die beiden neben Lotta Continua bedeutendsten Organisationen der revolutionären Linken, PDUP („il manifesto") und Avanguardia Operaia, hatten eine Teilnahme an der Demonstration in Rom abgelehnt. An der Mobilisierung beteiligten sich jedoch nicht nur die Sektionen von Lotta Continua, sondern auch Fabrikkomitees, Hausbesetzungskomitees und sogar einzelne lokale Gliederungen der PCI, der PSI, der Gewerkschaften. Auch Einzelpersonen wie z.B. G. Benvenuto – Sekretär der Metaller-Gewerkschaft FLM, unterstützten die Demonstration. Unterstützt wurde die Demonstration außerdem durch die lateinamerikanischen Organisationen MIR, PRT-ERP (Argentinien), ELN (Bolivien), MLN-Tupamaros (Uru - guay) und MDP (Dominikanische Republik), sowie MAPU und Sozialistische Partei Chiles. Ferner unterstütztendiepalästinensischeFDLP,die MPLA (Angola) und die portugiesischen Organisationen PRP-BR, MES und LUAR die Demonstration. Das MFA (Bewegung der Streitkräfte) hatte eine Delegation entsandt und Admiral Rosa Coutinho, ausführender Sekretär des Revolutions-
hatte eine Delegation entsandt und Admiral Rosa Coutinho, ausführender Sekretär des Revolutions-
rates, hatte eine Botschaft geschickt (siehe Kasten). Aus Westdeutschland nahm ein Vertreter des KB an der Demonstration teil (Erklärung des KB siehe Kasten). Auch „Revolutionärer Kampf" (Frankfurt) und „Sozialistisches Büro" (SB) unterstützten die Demonstration mit Erklärungen.

Die Demonstration fand in einer Situation großer antifaschistischer Mobilisierung statt. In der ganzen Woche hatten bereits Massendemonstrationen in Norditalien stattgefunden. Dabei waren vier Genossen von Faschisten und Polizei ermordet und hunderte verletzt worden (siehe Italien-Artikel in dieser Ausgabe).

Bereits am Freitag hatte in Rom eine große Demonstration gegen den faschistischen Terror stattgefunden, zu der die Gewerkschaften aufgerufen hatten und an der 70.000 Menschen teilnahmen.

Auch für den Sonntag waren antifaschistische Massendemonstrationen in verschiedenen Städten angekündigt. Es war daher zunächst zweifelhaft, ob überhaupt viele Demonstranten von außerhalb kommen würden.

Ab 17 Uhr strömten dann jedoch die Massen auf die Piazza Esedra, unmittelbar vor dem Hauptbahnhof von Rom. Die „roten Züge", Sonderzüge aus Mailand, Turin, Trient Venedig, der Toskana und aus Sizilien waren brechend voll. Aus vielen Städten waren unterwegs Sonderwagen an die Züge angehängt worden. Zusätzlich kamen Busse aus ganz Italien.

Es dauerte über eine Stunde, bis sich der Zug formiert hatte. Immer wieder kamen neue Kolonnen mit großen Transparenten, singend, Parolen rufend.

Schließlich setzte sich der Zug in Bewegung. Die Hauptparolen auf den Transparenten waren: „Heute Portugal – morgen Italien", „Sie haben es in Portugal getan, tun wir es auch hier: Schluß mit den Faschisten, Schluß mit der DC", „Von Syracus bis Lissabon – der Kampf der Frauen kennt kein Pardon". Einige hundert Soldaten in Uniform, die sich Tücher vor die Gesichter gebunden hatten, damit man sie nicht identifizieren konnte, trugen ein Transparent „Arbeiter und Soldaten, vereint werden wir siegen".

Viele Transparente der Fabrikkomitees trugen die Parolen „Die Freiheit der Arbeiter beginnt dort, wo die Freiheit der Kapitalisten aufhört"

„Arbeiter und Soldaten, gemeinsam werden wir siegen!" Transparent der Soldatengenossen

und „Portugal hat es uns gelehrt, vergessen wir es nie: Demokratie heißt, daß die Gewehre in den Händen der Arbeiter sind".

Sprechchöre waren immer wieder „Portogallo rosso", „Diktatur des Proletariats" und, gegen die Faschisten gerichtet: „Heute sind unsere Fahnen in Trauer, aber ihr werdet es teuer bezahlen müssen!"
schisten gerichtet: „Heute sind unsere Fahnen in Trauer, aber ihr werdet es teuer bezahlen müssen!"

Und immer wieder „Pagarete tutto", „ihr werdet alles bezahlen!"

Eindrucksvoll war die Aufnahme der Demonstration durch die römische Bevölkerung. Die Menschen strömten aus den Häusern. Viele grüßten mit erhobener Faust. Aus den Fenstern grüßten die Menschen und winkten mit roten Tüchern. Der Aufmarsch auf der Piazza Navona, wo die Abschlußkundgebung stattfand, dauerte wieder fast eine Stunde. Jetzt konnte man überblicken, wie groß die Demonstration wirklich war: der Platz, der 100.000 Menschen aufnehmen kann, war zu drei Vierteln voll, also 70.000, vielleicht auch 80.000 Menschen.

70 - 80.000 Genossen bei der von „Lotta Continua" organisierten nationalen Portugal-Demonstration am 19. April in Rom.

Die portugiesische Revolution ist eng verbunden mit dem Befreiungskampf der afrikanischen Völker

Nachdem Grußbotschaften der MPLA und des MIR verlesen worden waren, sprach ein Vertreter des MFA. Er legte dar, daß nach der festen Überzeugung des MFA die protugiesische Arbeiterklasse die grundlegende Kraft der portugiesischen Revolution ist. Diese Revolution habe ihre entscheidenden Impulse aus dem Befreiungskampf der afrikanischen Völker und ihrer Befreiungsorganisationen in den ehemaligen Kolonien bezogen. Von ihnen habe die portugiesische Armee gelernt, daß ein Volk nicht frei sein kann, solange es an der Unterdrükkung anderer Völker mitwirkt.

Von daher habe das portugiesische Volk die Notwendigkeit der Einheit von Militär und Arbeiterklasse im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, Faschismus und Imperialismus, erkannt. Auch wenn die Reaktion noch nicht geschlagen sei, auch wenn der Imperialismus seine Einkreisungspolitik fortsetze, müsse die Revolution weitergehen. Er schloß seine Rede mit der Parole „Es lebe der Sozialismus! Es lebe die Diktatur des Proletariats!"

Ein Signal wie die Oktoberrevolution

Ein Signal wie die Oktoberrevolution

Der zweite Sprecher war ein Delegierter der Arbeiterkommission von Lisnave, der größten Werft Portugals.

Er ging auf die Klassenkämpfe in Portugal unter dem Faschismus ein und betonte, die Arbeiterklasse habe niemals ihren Kampf um den Sozialismus „delegiert" und werde das auch in Zukunft nicht tun, sondern ihn eigenständig im Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften führen.

Er ging dann auf die gegenwärtigen Verstaatlichungen in Portugal ein und legte dar, daß Verstaatlichung allein noch keine Kontrolle durch die Arbeiterklasse bedeuten, sondern daß es jetzt gerade darauf ankomme, in den verstaatlichten Betrieben die Arbeitermacht zu entwickeln. Er ging außerdem ausführlich darauf ein, daß der Kampf der portugiesischen Arbeiterklasse nicht isoliert ist, sondern daß er Teil des internationalen Kampfes der Völker gegen den Imperialismus ist. In diesem Kampf habe das portugiesische Beispiel eine große Bedeutung für die europäischen Arbeiter und könne durchaus zu einem ähnlichen revolutionären Signal für die europäische Arbeiterbewegung werden, wie es 1917 die russische Oktoberrevolution war.

Hausbesetzungskomitees auf der Portugal-Demonstration von Lotta Continua

Hausbesetzungskomitees auf der Portugal-Demonstration von Lotta Continua

Enges Bündnis der revolutionären Kräfte innerhalb und außerhalb der Armee

Der dritte Redner, ein Hauptmann der portugiesischen Luftwaffe, sprach als Vertreter der revolutionären Linken im MFA.

Er ging besonders auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen den revolutionären Organisationen und den Revolutionären in den Streitkräften ein. Nur die Festigung revolutionärer Positionen innerhalb der Armee biete die Garantie, daß der revolutionäre Prozeß in Portugal weiter fortschreite.

Eine weitere wichtige Bedingung sah auch er in der Entwicklung einer internationalen Kampffront insbesondere in Europa. „Es ist schade, daß wir mit dieser Demonstration nicht direkt von Rom nach Lissabon marschieren können", sagte er, und wies auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes gerade der Mittelmeervölker gegen Faschismus und Imperialismus hin.

Als weitere notwendige Voraussetzung für ein Fortschreiten der protugiesischen Revolution sah er eine Unabhängigkeit Portugals von „beiden großen Blöcken" an. Nur in politischer und ideologischer Unabhängigkeit könne Portugal die Diktatur des Proletariats errichten.

> **Grußbotschaft**
>
> **Grußbotschaft von Admiral Rosa Coutinho, Exekutivsekretär des portugiesischen Revolutionsrates zur Demonstration am 19.April**
>
> **An das tapfere italienische Volk.**
>
> **Mit ehrlicher Dankbarkeit für sein Interesse und sein Verständnis für den revolutionären portugiesischen Prozeß und mit dem Wunsch, daß sich eine immer größere Solidarität zwischen unseren Völkern im Kampf gegen die Imperialisten entwickeln möge, in Europa eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen, eine soziali stische Gesellschaft. Admiral Rosa Coutinho. Im Namen des Revolutionsrates der Bewegung der Streitkräfte.**
>
> **möge, und daß sie dazu beitragen möge, in Europa eine gerechtere**
> **Grußbotschaft von Admiral Rosa Coutinho, Exekutivsekretär des portugiesischen Revolutionsrates zur Demonstration am 19. April**

Portugal wird kein europäisches Chile – die Arbeiter haben die Gewehre

Letzter Redner war der Genosse Adriano Sofri von Lotta Continua. Er begann mit einer Ehrung der italienischen Genossen, die in der letzten Woche gefallen waren. Dann ging er auf die gegenwärtigen Klassenkampfsituation in Italien ein, die er mit der großen Kraftprobe von 1960 verglich, als die mit Unterstützung der Faschisten gebildete Rechtsregierung Tambroni von Massenkämpfen weggefegt wurde.

Zum Thema Portugal verglich er die Situation in Portugal mit der Lage in Chile vor dem Putsch.

Als Hauptunterschied ging er auf die Frage des Staates ein. In Portugal werde deswegen kein „europäisches Chile" stattfinden, weil die revolutionäre Bewegung die Frage nach dem Staat konkret beantworte, nämlich mit der Zerstörung des faschistischen Staatsapparats.

Damit einher gehe die Bewaffnung des Proletariats, wie sie bei den Massenaktionen gegen rechte Putschversuche deutlich geworden sei. Auch er stellte den bedeutenden Impuls, den die europäische Arbeiterbewegung aus der portugiesischen Revolution bezieht, heraus – selbst wenn man die „atypische Klassenkampfsituation" in Portugal berücksichtige, die darin bestehe, daß aufgrund des Kolonialkrieges die Armee stärker zersetzt sei, als dies aufgrund der Klassenkämpfe im Inneren „normal" sei. Unter großem Beifall, an dem sich auch die portugiesischen Genossen beteiligten, stellte er klar, daß ein Verbot reaktionärer und faschistischer Parteien (wie es von der portugiesischen Regierung nur sehr zögernd und halbherzig ins Auge gefaßt wird) eine richtige Sache sei, daß jedoch administrative Maßnahmen gegen linke Organisationen wie MRPP und AOC, auch wenn sie eine provokatorische und sektiererische Politik verfolgen, von allen fortschrittlichen Kräften entschieden abgelehnt werden müsse.

Die Rede schloß mit den Parolen zum internationalen Kampf gegen den Imperialismus, insbesondere auch zum Kampf des angolesischen Volkes. ●

Angola – Imperialistische Söldnerhorden mit Kurs auf Bürgerkrieg!

In Angola bereiten die Imperialisten immer deutlicher einen blutigen Generalangriff auf die sozialistische Befreiungsorganisation MPLA, und damit auf die Befreiung Angolas von Kolonialismus und Neo-Kolonialismus vor. Die wirtschaftlich wichtigste Kolonie des alten portugiesischen Imperiums mit seinen Schätzen an Erdöl, Uran, Diamanten, Erzen etc. ist für den US- und EG-Imperialismus erheblich wichtiger als das portugiesische „Mutterland" selbst.

Seit dem 27. März betreiben die Söldnerhorden der FNLA Überfälle auf MPLA-Militante und -Sympathisanten. Der Überfall auf ein MPLA-Ausbildungslager, bestialische Folterungen an den überraschten Genossen und die Ermordung von 51 Kämpfern (vergl. AK 58) sollte nur der Auftakt zu weiteren Greueltaten sein: Die Wachsamkeit und militärische Stärke der MPLA haben dies jedoch vorerst verhindert: *„Bei den jüngsten Ereignissen stellte sich heraus, daß im Gegensatz zu dem, was allgemein angenommen wurde, das Ungleichgewicht der militärischen Kräfte nicht so groß ist wie allgemein angenommen. Die FNLA war nicht in der Lage, irgendeinen unserer Stützpunkte zu erstürmen. Alle Gefahr stürzt nun auf die wehrlose Bevölkerung ein, die in verbrecherischer Weise massakriert wird."* (A. Neto, Präsident der MPLA in „Jornal de Comercio, 1.4.75)

Nach sicher zu niedrigen, offiziellen Angaben gehen weitere 200 Morde auf das Konto der FNLA. Der Auftraggeber dieser faschistischen Anschläge wird selbst von der „Süddeutschen Zeitung" (1.4.75) offen benannt: *„Mit dieser Kraft können die ausländischen Öl- und Diamantenkonzerne rechnen, die mit Mobuto harmonieren und deren Besitz in Angola durch die marxistische MPLA und die sozialistische Revolution Portugals bedroht wird ... die massiven internationalen Finanzinteressen bündeln sich in den Gegenbewegungen zur MPLA".*

Mit den jüngsten Provokationen hat die FNLA zum wiederholten Male die in Alvor (Portugal) ausgehandelten Bedingungen – Waffenstillstand und Frieden zwischen den drei afrikanischen Organisationen UNITA, FNLA, MPLA – verstoßen, die die Voraussetzung für die jetzt bestehende, paritätisch besetzte Übergangsregierung waren. **Die Liquidierung der MPLA war und ist der Plan der Imperialisten – die ausgehandelten Verträge hingegen Ausdruck des heutigen Kräfteverhältnisses, das eine Regierung gegen die MPLA nicht zuläßt.**

Die jüngsten Angriffe der Reaktion verfolgen offenbar zwei Ziele:

Zum einen soll ein Klima des Terrors geschaffen werden, um die Präsidentschaftswahlen im Oktober entweder ganz zu verhindern, oder eine Form der Stimmabgabe zu erreichen, bei der FNLA- und UNITA- Gewehrläufe Wahlkabinen und Auszählungen „kontrollieren". Selbst die bürgerliche Presse schätzt ein, daß aus einer freien Wahl Genosse Neto als unangefochtener Sieger hervorgehen würde (Vergleiche z.B. „FR", 29.3.75). Eine klare demokratische Legitimation für das sozialistische Programm der MPLA würde das weitere Vorgehen der imperialistischen Söldner nach der formellen Unabhängigkeit (11. November '75) erheblich erschweren, zumal dann ihre teilweise sehr wortradikalen, „antiimperialistischen" Sprüche vom ganzen Volk als reine Demagogie erkenntlich wären.

Zweitens soll das Verhalten der portugiesischen Armee gegenüber faschistischen Anschlägen getestet werden. Die 24.000 portugiesischen Soldaten stellen einen erheblichen Machtfaktor dar, ihr Abzug aus Angola soll (nach heutigem Stand) am 29.2.'76 erfolgen. So gesehen hängt die Zukunft Angolas eng zusammen mit der innenpolitischen Entwicklung Portugals, speziell mit der Entwicklung der „Bewegung der Streitkräfte" (MFA).

Leider muß festgestellt werden, daß die portugiesischen Militärs durch ihr Verhalten objektiv die Imperialisten zu weiteren Bluttaten ermuntert haben: *„Es ist bedauerlich, daß sich die portugiesische Seite durch Passivität auszeichnet, und eben dies beginnen wir nun zu enthüllen. Hochgestellte Persönlichkeiten und das Heer müßten aktiv unparteiisch tätig sein, um zu vermeiden, daß bei uns der Faschismus errichtet wird. Die Erklärungen* (der portugiesischen Behörden in Angola – AK) *bringen jedoch niemals zum Ausdruck, welche Bewegung Urheber der Verbrechen ist. Diese Neutralität ist verbrecherisch. Wir sind immer ihre Opfer gewesen. Andererseits ist festzustellen, daß die Struktur der PIDE* (Geheimdienst im faschistischen Portugal – AK) *immer noch unverändert besteht ..."* (A. Neto, nach „Jornal de Comercio". 1.4.75)

Eine gewisse Rechtsentwicklung der portugiesischen Politik in Angola war schon im Januar 74 sichtbar geworden, als der damalige Hochkommissar Rosa Coutinho (von den Rechten der „rote Admiral" genannt) auf Druck von FNLA und UNITA abberufen und durch den „gemäßigten" General Antonio de Silva Cardosa ersetzt wurde. Auch der Besuch des portugiesischen Überseeministers Almeida Santos beim Ziehvater der FNLA – dem zairischen Präsidenten und „ersten Mann" des US-Imperialismus in diesem Teil Afrikas, Mobuto – um ihn die Vermittlungsbemühungen zwischen den rivalisierenden Befreiungsbewegungen einzuschalten " („SZ" 1.4.75) muß den MPLA-Genossen als Provokation erscheinen.

Zu hoffen ist, daß die Linksentwicklung in Portugal und innerhalb des MFA anhält und rasch auf das Verhalten der portugiesischen Truppe in Angola durchschlägt, so daß sie mitwirkt bei der Errichtung eines sozialistischen Angola, bzw. zumindest den Anschlägen der Reaktion entgegentritt.

Nachfolgend analysieren wir die langfristigen imperialistischen Machenschaften zur Absicherung der Ausbeutung Angolas nach dem Zusammenbruch des portugiesischen Imperiums, d. h. den Aufbau pro-imperialistischer Organisationen wie FNLA, UNITA etc. Da nahezu alle imperialistischen Aktivitäten über den zairischen Faschisten Mobuto laufen, ist eine kurze Charakterisierung Mobutos vorangestellt. Gleichzeitig werden an der Entwicklung Zaires zahlreiche Parallelen zum heutigen und geplanten Vorgehen des Imperialismus in Angola deutlich.

Zum Schluß setzen wir uns mit einigen traurigen Thesen des KBW auseinander, der die drei an der Übergangsregierung beteiligten afrikanischen Befreiungsbewegungen" erklärt hat und jede Kritik (!) an FNLA und UNITA als „diffamierend, sektiererisch, spalterisch" bezeichnet.

Zaire: Basis des Imperialismus

Nahezu alle konterrevolutionären Aktivitäten in Angola werden angeleitet und finanziert vom zairischen Präsidenten Mobuto (siehe weiter unten), der selbst ein Produkt imperialistischer Agression gegen das Volk von Zaire ist und vom US-Imperialismus auserwählt wurde, in Afrika eine Rolle zu spielen, wie sie den Regimes des Irans und Brasiliens im Nahen Osten bzw. Lateinamerika zugeteilt ist. Mobuto spielt die Rolle des bevorzugten „Ersten Statthalters", militärisch stark und Speerspitze gegen antiimperialistischen Bewegungen und Staaten der Region.

Von 1960 (formelle Unabhängigkeit der ehemals belgischen Kolonie: 30. Juni 1960) bis 1969 hat das jetzige Regime mit teilweise direkter Unterstützung amerikanischer und belgischer Söldner zehntausende von Freiheitskämpfern ermordet. Der erste Regierungschef Lumumba hatte sein antiimperialistisches Programm veröffentlicht: *„Die politische Unabhängigkeit ist wirkungslos, wenn sie nicht von einer ökonomischen Unabhängigkeit begleitet ist. Die Reichtümer unseres Landes müssen seinen eigenen Kindern gehören und nützen."* Nur 11 Tage später reagierte die vom Imperialismus aufgebaute „Mbinza-Gruppe", die auf Grund ihrer finanziellen und militärischen Stärke den ersten Staatschef Kasa – Vubu stellen konnte: Die beiden ökonomisch wichtigsten Provinzen Katanga (Kupfer) und Südkasai (Diamanten) wurden von „Mbinza" und belgischen Truppen annektiert und so die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des Kongo zerstört. Der Versuch Lumumbas, die besetzten Gebiete zu befreien, wurde durch einen Putsch gegen ihn – unter Führung Oberst Mobutos (!) – verhindert, das Parlament liquidiert und Kasa-Vubu alle Regierungsmacht zugeschanzt. (16.1.61) Einige Monate später wird Lumumba von Mbinza-Kompradoren ermordet. Unter nunmehr imperialistischer Dominanz geht die Wiedereingliederung der abgetrennten Gebiete – „auf westlichen Druck" – relativ reibungslos über die Bühne – Tschombé wird für seine Annektion Katangas von Staatspräsident Kasa-Vubu mit der Position des Ministerpräsidenten betraut.

Doch die Entschlossenheit des Volkes, sich vom Kolonialismus in jeder Form zu befreien, führt zu gewaltigen Aufständen und der Befreiung von nahezu 3/4 des Landes. Im September '74 kann der Revolutionär Gbenye die „Volksrepublik Kongo" ausrufen. Mit ungeheurem Aufwand gehen belgische, amerikanische und afrikanische und „Weiße" Söldnerheere gegen die Befreiungskämpfer vor und besiegen sie schließlich im brutalsten und blutigsten Buschkrieg in der Geschichte Afrikas. Seine besondere Brutalität einerseits und seine engen Beziehungen zum US-Imperialismus andererseits katapultierten Mobuto 1965 an die Spitze des faschistischen Staates; der Rücktritt Kasa-Vubu's signalisierte schließlich das Zurücktreten der belgischen Kolonialisten ins zweite Glied hinter den US-Imperialismus. Zur Absicherung seiner Macht erhielt von 1966 – 68 Mobuto allein über 150 Mio. Dollar Direkthilfe (von den USA 85 Mio. und Belgien 68 Mio.). Zusätzlich lieferten die USA die modernsten Waffen für Mobutos 50.000 Söldner, die von amerikanischen, französischen, italienischen und belgischen „Spezialisten" ausgebildet werden (nach „Brennpunkt Afrika", 1. Mai '74).

Abbau und Weiterverarbeitung der gesamten Bodenschätze (Kupfer, Kobalt, Eisen, Wolfram, Gold, Silber, Platin, Uran, Diamanten, Öl) wird ausschließlich von ausländischen Konzernen (USA, Belgien, Japan) betrieben, teilweise unter zairischer Scheinbeteiligung nach Vorbild einiger arabischer Staaten. Allein belgische Monopole in Zaire machen jährlich Gewinne zwischen 300 – 350 Mio. Dollar (nach „Marches tropiceaus et mediterrannees", März 1970). Auch die BRD-Monopole haben Zaire längst als „Paradies für Imperialisten" erkannt. Bereits 1969 wurde die BRD zum drittgrößten Handelspartner Zaires (Import 41,6 Mio. Dollar, Export 38,4 Mio. Dollar). Auf dem PKW-Markt halten VW, BMW und Mercedes den Löwenanteil, die größte Druckerei Zaires ist „in deutscher Hand", und so namhafte Konzerne wie Hoechst, AEG, Siemens, BBC, Klöckner-Humboldt-Deutz haben Werke in Zaire und profitieren von Mobutos Zwangsgewerkschaft, Streikverbot und einem minimalen Volkseinkommen von 52 Dollar jährlich pro Kopf (1968) (nach „Brennpunkt Afrika" 1).

Mobuto – Ziehvater der angolanischen Reaktion

Der Aufbau der FNLA (früher UPA) durch Mobutos Schwager (!) Roberto, mit CIA-Geldern finanziert, gedrillt von US-„Green Barrets", fand in Zaire statt. Einen Teil der 450 Mio. Dollar „Finanzhilfe" der US-Imperialisten für Mobuto ist mit Sicherheit direkt an die FNLA weitergeflossen. *„Zaire stellt der FNLA Finanzen und militärisches Rüstungsmaterial zur Verfügung. Die zairische Armee leistet direkt auch mindestens (!!) logistische Hilfe. Täglich strahlt Radio Zaire die FNLA-Sendungen Angolas aus"* („NZZ" 20. November 74).

Größere Kämpfe der FNLA gegen die portugiesischen Kolonialtruppen hat es nicht gegeben, der absolut größte Teil der FNLA hat sich jahrelang in Zaire aufgehalten und seinen Einmarschbefehl nach Angola als bis dahin kasernierte Truppe abgewartet. Dagegen haben die jüngsten Angriffe der FNLA gegen die Freiheitskämpfer der MPLA eine blutige Tradition. Von durch FNLA-Demagogie entfachten Massakern gegen die MPLA und fortschrittlichen Volksgruppen berichtet A. Neto, Präsident der MPLA: *„Es gab auch kritische Etappen, besonders wegen des Auftretens von Marionettentruppen, die mit den nordamerikanischen Imperialisten kollaborierten und versuchten, den Kampf des Volkes gegen die Kolonialmacht zu hemmen. Sie schürten den Triablismus (Stammesdenken). Z. B. hetzten sie einen nahe der Grenze lebenden Stamm, die Kikongo, gegen eine andere ethnische Gruppe, die Kimbundu, auf".* (Die Kimbundu stellten den größten Teil der MPLA-Kämpfer im Norden Angolas.) Geschürt wurden solche Massaker (im Interesse der Imperialisten), die bis 1962 schon 8.000 das Leben kosteten („Angola in Arms" 4.2.69), durch reaktionäre Parolen der UPA (Vorläuferorganisation der FNLA) wie *„Tötet alle Weißen, alle Mischlinge, alle Gebildeten und alle Mitglieder der MPLA . . . Wartet bis der große Chef Holden Roberto eines Tages in einem mächtigen Flugzeug kommt"* (nach „Liberation des colonies portugaises, L'Angola" – Broschüre der MPLA 1969).

Selbstverständlich hat es auch Phasen gegeben, in denen sich die FNLA mit reichlich antikolonialistischem Flitter schmückte. So sprach A. Neto von mindestens „sechs Abkommen"(!) zwischen FNLA und MPLA zur gemeinsamen Bekämpfung der Kolonialisten (Interview mit der algerischen Zeitschrift „Revolution Africain", Oktober 74), die aber alle gebrochen wurden und sich als betrügerische Manöver gegenüber dem kämpfenden Volk erwiesen. Die heutige militärische Stärke der FNLA und ihre hierdurch erzwungene Teilnahme an der Übergangsregierung resultieren nicht etwa aus Erfolgen „im antikolonialistischen Kampf, sondern weitgehend aus einem, vom Imperialismus vorprogramierten *Einmarsch* in Angola nach dem Sturz des portugiesischen Faschismus: *„Das FNLA hatte sich wenige Wochen nach dem Umbruch (April 74 in Portugal) entschlossen, die Schwäche der MPLA und die Verunsicherung der portugisieschen Militärs auszunutzen, um militärisch und politisch verstärkt nach Angola einzusickern (!)"* (F.W. Heimer in „Blätter des Informationszentrum 3. Welt", 41/42).

Die hier angedeutete, inzwischen überwundene Krise der MPLA ist ein weiteres „Meisterwerk" Mobutos, dem es gelungen war, im Sommer / Herbst 74 eine Fraktion in der MPLA aufzubauen („Revolte des Ostens"), die auf dem MPLA-„Kongreß von Lusaka" gegen Neto rebellierte und einen eigenen Mann, Chipenda, als „den wahren Führer der MPLA" proklamierte. Heute ist dieses Spal-

MPLA-Kämpfer

FORTSETZUNG SEITE 15

FORTSETZUNG VON SEITE 14

tungsmanöver enttarnt, Chipenda mußte nach Zaire (!!) flüchten. Aktuell hatte es jedoch eine Verwirrung unter den MPLA-Kämpfern ausgelöst und eine militärische Schwächung herbeigeführt, die eine angestrebte Alleinverhandlung zwischen MPLA und dem hierauf ebenfalls orientierten portugiesischen Militärgouverneur Coutinho unmöglich machte.

Ebenfalls von Mobuto und USA finanziert wird das imperialistische Söldnerheer FLEC „Front für die Befreiung der Exclave (neuerdings des Staates) Cabinda". Cabinda ist der nördliche Teil Angolas und besonders reich an Bodenschätzen. Allein die US-Gesellschaft Gulf OIL Company hat 1974 hier 10 Mio. Tonnen Rohöl gefördert. Die Ölvorräte werden zwischen 600 - 1200 Mio. Tonnen geschätzt.

Auch wenn die FNLA aus taktischen Gründen Carbinda zum „integralen und unveräußerlichen Bestandteil Angolas" erklärt hat, ist es doch die MPLA allein, die den Seperatismusbestrebungen der FLEC militärisch entgegentritt.

Ein Kampf der FNLA gegen die FLEC wäre auch tatsächlich absurd, stammen doch ihre Waffen aus denselben 'imperialistischen Arsenalen: *„Wir danken all denen, die direkt oder indirekt unsere Sache unterstützen, vor allem dem General Mobuto, dem Präsidenten von Zaire"* (Kommuniqué der FLEC nach AFP 14.1.75).

Um die allseitigen Beziehungen Mobutos zur angolanischen Konterrevolution zu vervollständigen, sei noch der ehemalige Vorsitzende der faschistischen, von Siedlern aufgebauten PCA – Ferronha – erwähnt. Er hatte im Oktober 74 gemeinsam mit Faschisten des früheren Geheimdienstes PIDE einen Umsturz nach rhodesischem Muster geplant. Dieser Plan konnte jedoch vom linken portugiesischen Gouverneur' in Angola Coutinho aufgedeckt und verhindert werden. Ferronha konnte nach Johannisburg entkommen. Bevor dieser Vogel seine politische Wühlarbeit in Angola aufgenommen hatte, war er Hauslehrer von Mobutos Sohn!!! (nach Afrique-Asie 12–74).

Die UNITA

Die UNITA des Dr. Savimbi – heute schwächste der drei Organisationen – hat das volle Vertrauen der Reaktionäre in- und außerhalb Angolas.

Hans Germani, faschistischer Korrespondent der „Welt" für Südafrika und z. B. ehemaliger persönlicher Freund des berüchtigsten Söldnerführers Müller („Kongo-Müller") widmet dieser Organisation eine ganze Seite unter dem Titel „Wir glauben an Jonas Savimbi" („Welt" 22.2.75). *„Volles Vertrauen genießt bei den Weißen (!) nur die UNITA des Dr. Savimbi. (. . .) Als Afrikaner, statt selber Land anzubauen, sich das bebaute Land eines deutschen Farmers aneignen wollen, erscheint die UNITA und droht dem Dorf, aus dem die Landräuber kommen, totale Vernichtung an."*

Das riecht tatsächlich sehr nach einem Söldnerheer der Kolonialisten und bestätigt sich im weiteren: *„Ich und meine Freunde aus der Umgebung – sagt Kai Ahlefeld, der aus Schleswig-Holstein stammt – bauen hier das größte und modernste Hotel Angolas. Wir glauben noch an die Zukunft Angolas, weil wir an Savimbi glauben".* Von den hier zitierten „deutschen Siedlern" gibt es übrigens mehrere Tausend, größtenteils alte Hitler-Faschisten und ihre – in „bewährtem Geist erzogene – Nachkommenschaft, die vorwiegend aus heutigen Gebieten Polens und der DDR stammen. Diese Faschisten gehören heute zu den militantesten und gefährlichsten Gegnern des angolanischen Volkes (nach A. Neto in „Ein Volk im Kampf" 1969).

Savimbi will diesem Pack ein ähnlich „schweres Schicksal" wie '45 ersparen und verspricht: *„Nur gemeinsam mit den Weißen kann ich Angola aufbauen. Ich muß freie Marktwirtschaft haben, nicht Verstaatlichung, denn nur freies Unternehmertum spornt die Initiative des Einzelnen an und ermöglicht Entwicklung und Fortschritt"* (nach „Welt", 22.2.75). Das Bündnis Savimbis mit den weißen Faschisten erklärt überhaupt erst die Rolle, die die kleine und bei den Angolanern einflußlose UNITA heute spielen kann, z.B. ihre Teilnahme an der „Übergangsregierung": Die Mehrheit der 600.000 Weißen bildet eine erhebliche Macht: *„Auf den Farmen, aber auch den Städten ist die Weiße Minderheit seit dem Ausbruch der Guerillakriege Anfang der sechziger Jahre schwer bewaffnet. Und wie sich seinerzeit gezeigt hat, kann der Widerstand ebenso unerbittlich sein wie das Aufbegehren der angolanischen Mehrheit"!* („Neue Züricher Zeitung", 4.9.74).

Die Arbeit der UNITA im Dienste der Faschisten hat eine lange Tradition. Savimbi war 1963 aus der UPA ausgetreten. In der UPA war er Generalsekretär und zweiter Mann hinter Holden Roberto. In der von Roberto proklamierten „Exilregierung" war Savimbi Außenminister. Die „Trennung" Savimbis von der UPA hatte den hauptsächlichen Zweck, die MPLA auch im Süden und Osten Angolas zu bekämpfen – die UPA-Truppen machten bekanntlich nur Unternehmen von Zaire aus, also im Norden Angolas.

Daß die Bekämpfung der MPLA die einzige Aktivität der UNITA gewesen ist, geht eindeutig aus einem Briefwechsel Savimbis mit höchsten portugiesischen Faschisten (!!) hervor, der von Mitgliedern der portugiesischen „Bewegung der Streitkräfte" sichergestellt und im „Afrique-Asie" (61/8.7.74) abgedruckt wurde. Die Echtheit dieser Dokumente ist anerkannt.

Am 26.9.72 schrieb Savimbi an General Luz Cunha. dem Oberkom-
General Luz Cunha, dem Oberkom-
mandierenden der faschistischen Streitkräfte u.a.:

„Wir haben alles in unserer Macht stehende getan, um die Kräfte unseres gemeinsamen Feindes (!) zu schwächen ... Unsere Analyse hat uns dazu gebracht, die MPLA als Haupthindernis des Friedens zu bezeichnen, nicht nur im Osten, sondern im ganzen Land. (...) Wir haben einen aktiven Anteil an der Schwächung der MPLA in einigen Regionen im Osten. (...) Was auch immer die Bestrebungen der Regierung sein mögen, wir werden uns nicht noch einmal in die Illusion versteifen, die Waffen gegen die Obrigkeit zu erheben. Wir werden sie vollständig benutzen, um zu gewährleisten, daß die MPLA endlich gezwungen wird, den Osten zu verlassen. (...) Ich bitte Ihre Exzellenzen nochmals, mich mit mindestens 1500 Schuß Kaliber 7,62 zu versorgen".

Im Antwortschreiben (4. November '72) stellt das „Oberkommando der Militärzone Ost" fest, daß sich Savimbis Tätigkeit *„in der großen Linie mit der unsrigen deckt".*

Savimbi wird nahegelegt, die Hetze und Lügen gegen die MPLA zu steigern: *„Es wäre vorteilhaft zu verbreiten, daß die MPLA keine befreiten Gebiete, Schulen oder Krankenhäuser in Angola hat; daß ihre Anhänger Terror, Hunger und mangelnde Bequemlichkeit ertragen müssen; daß sie kein einziges Dorf erobert hat, und daß sie nur Niederlagen erleidet".*

Im gleichen Brief werden auch die Gebiete erwähnt, die angeblich von der UNITA vom portugiesischen Kolonialismus befreit worden waren und sich nunmehr als freiwillig abgetreten entpuppen, um der UNITA einerseits Propagandamöglichkeiten (zur Profilierung hauptsächlich vor den unabhängigen afrikanischen Staaten) zu ermöglichen und andererseits eine logistische Basis gegen die MPLA zuzuschanzen: *„Die nationalen Behörden* (des portugiesischen Faschismus – AK) *stimmen überein, daß es für die UNITA in dieser Etappe die Hauptsache ist, in dem oberen Lungue-Bungo-Gebiet zu bleiben, f e r n v o m K r i e g, und heimlich ihre Zusammenarbeit mit unseren Truppen zu verstärken".*

Vor diesem Hintergrund wird die Sympathie der Imperialisten und angolanischen Reaktion für die UNITA nur allzu deutlich: Unterordnung unter die Interessen der Imperialisten, das war und ist das Primat aller Aktivitäten dieser Organisation, wie auch der FNLA.

Zwischen UNITA und FNLA besteht eine gewisse Arbeitsteilung. Die FNLA vertritt die Interessen der Imperialisten und ihrer Marionette Mobuto; sie strebt ein neokolonialistisches „Staats"gebilde in Angola an, daß sich zur Ausbeutung durch die Imperialisten bereit hält; ihre Propaganda ist daher stark nationalistisch und demagogisch ausgerichtet. Die UNITA vertritt dagegen eher die Interessen der weißen Siedler, die eine Zusammenarbeit mit dem Imperialismus zwar keineswegs ablehnen, die dabei allerdings an der Ausbeutung der schwarzen Bevölkerung stärker beteiligt werden wollen; die UNITA vertritt in ihrer Propaganda deswegen stark die „Zusammenarbeit" der Weißen und Schwarzen (allerdings auf der Basis der derzeitigen Machtverhältnisse).

Politische Schulung der MPLA in den befreiten Gebieten.

KBW: Söldnerheere zu Befreiungsbewegungen ernannt

Die VR China unterstützt anscheinend die FNLA materiell und chinesische Instrukteure beteiligen sich an der Ausbildung von FNLA-Soldaten, mindestens seit dem freundlichen Empfang Mobutos durch Mao Tse-Tung am 13.1.73 in Peking. Dieses traurige Kapitel der chinesischen Außenpolitik ist objektiv nicht mehr als eine finanzielle und personelle Entlastung des CIA, und gibt Mobuto
Entlastung des CIA, und gibt Mobuto
und der FNLA Möglichkeiten, ihr Wesen als Bluthunde des Imperialismus zu übertünchen.

Der Abdruck von Stellungnahmen der MPLA und FNLA in der „Peking Rundschau" (35/74) und die Unterstützung der FNLA durch Peking hat in der BRD-Linken – wie nicht anders zu erwarten – eifrige Verfechter gefunden.

Die Spitze hält diesmal der KBW, der sich zum direkten Vertreter imperialistischer Söldnerheere aufgeschwungen hat:

Der KBW hatte in seinen Publikationen – z.B. „KVZ" 17/74 und 21/74 – so recht unschuldig und von allen Ereignissen in Angola unbeeindruckt von „drei Befreiungsbewegungen" geschrieben. Unklar war dabei zunächst, ob diese „undifferenzierte" Berichterstattung auf bodenloser Unwissenheit beruhte, oder ob sich dahinter mal wieder eine besonders „exclusive Sicht der Dinge" verbarg. Leider hat sich das zweite bewahrheitet.

In der „KVZ" 3/75 schreibt J. Schmierer in einer Polemik gegen die „Rote Fahne" der „KPD", was er von einer Solidarität hält, die ausschließlich auf die MPLA bezogen ist. *„Diese Position ist nicht nur falsch (!) und sektiererisch (!!), sondern stellt eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten (!!) des Volkes von Angola dar. Solange es drei Befreiungsbewegungen gibt, kann man halt nicht behaupten, es gebe nur eine „einzig legitime". Wer dies dennoch tut, verwechselt im besten Fall die Frage der politischen Führung mit der Frage des Rechts auf Vertretung des angolischen Volkes. Im schlimmsten Fall ist er ein bewußter Spalter".* Und konsequent fordert J. Schmierer die Beendigung *„der Diffamierung (!) der FNLA und der UNITA".*

Das nennt man politische Akrobatik! So werden imperialistische Söldnerheere (UNITA und FNLA) zu „Befreiungsbewegungen". Eine wahrhaft „neuartige Interpretation", die die zwei entscheidenden Fragen ausklammert: Hat die Organisation überhaupt gegen die Kolonialisten gekämpft; kämpft die Organisation für die Befreiung von imperialistischer Ausbeutung in jeder Form? Stattdessen wird offenbar jeder Organisation das Prädikat „Befreiungsbewegung" umgehängt, wenn sie nur für eine nationale Staatsfahne und eigene Nationalhymne eintritt. **Wenn FNLA und UNITA als „Befreiungsbewegungen" bezeichnet werden, dann liegt das politisch auf gleicher Ebene, die iranischen Söldner als „Befreier Dhofars" oder Tschiang Kai Tscheks Kuomintang nachträglich als die zweite Befreiungsbewegung Chinas rauszuputzen!!**

Zweitens werden so die jahrelangen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen UNITA/FNLA und MPLA politisch überhaupt nicht erklärbar. ***„In der Welt gibt es ebensowenig grundlose Liebe wie einen grundlosen Haß"*** (Mao Tse Tung). Wenn der KBW undifferenziert von „drei Befreiungsbewegungen" spricht, dann vernebelt er die klassenmäßige Grundlage des tausendfachen Mordes an MPLA-Kämpfern und leistet letzlich der bürgerlichen Demagogie Vorschub, die nur zugern von „undurchsichtigen Auseinandersetzungen rivalisierender Stämme" usw. faselt, um so den imperialistischen Aggressor zu decken.

Bleibt die von Schmierer so gern verbotene „Einmischung in innere Angelegenheiten". Erstens ist die Existenz der FNLA und UNITA das **Ergebnis** einer „Einmischung in innere Angelegenheiten Angolas durch den Imperialismus (FNLA-Truppen sind nach dem Zusammenbruch des portugiesischen Faschismus in Angola **einmarschiert**). Zweitens unterstützt die VR China die FNLA materiell und durch Ausbilder, betreibt also eine „eklatante" Einmischung in innere Angelegenheiten". – J. Schmierer übersieht das alles geflissentlich und polemisiert gegen „einseitige Unterstützung der MPLA!" Selbstverständlich ist es für Kommunisten eine Selbstverständlichkeit, proletarische Organisationen überall in der Welt nach besten Kräften propagandistisch und materiell zu unterstützen; dies unter der fadenscheinigen Parole der „Nichteinmischung" zu liquidieren, hieße, den proletarischen Internationalismus zu beerdigen!

Übrigens nimmt der KBW es mit der „Nichteinmischung" so genau nun auch wieder nicht, erinnert sei nur an die Diffamierung Che Guevaras als „kleinbürgerlichen Putschisten" oder eine eindeutige Stellungnahme gegen eine Reihe palästinensischer Organisationen und zugunsten der PDFLP usw. usw.

Es bleibt nachzutragen, daß die g e s a m t e Linke desjenigen Landes, das bisher Angola unterdrückte und kolonialisiert hielt -Portugal- eindeutig und vollkommen unmißverständlich die MPLA unterstützt und die FNLA und UNITA als imperiali-
die FNLA und UNITA als imperiali-
stische Stoßtrupps angreift! Dies gilt nicht nur für die revolutionäre Linke, sondern auch für die Revisionisten (PCP) und sogar für die Sozialistische Partei des Herrn Soares. Nicht einmal die äußersten Sektierer der „ML"-Szene machen dabei eine Ausnahme und wir müssen hier sogar MRPP (eine portugiesische „ML"-Gruppe) verteidigen, der der KBW wider besseres Wissen unterstellt, sie habe in Portugal Aktionen zugunsten „der angolesischen Befreiungsbewegungen" unternommen. Tatsache dagegen ist, daß auch MRPP stets eindeutig zugunsten der MPLA Stellung genommen hat. Dieselbe Position wie die portugiesische Linke nimmt selbstverständlich auch der antiimperialistische Widerstand der beiden anderen ehemaligen portugiesischen Afrika-Kolonien, nämlich in Mozambik (FRELIMO) und Guinea-Bissao (PAICG) ein.

Es liegt ausreichend öffentlich zugängliches Quellen-Material vor, das den konterrevolutionären und proimperialistischen Charakter von FNLA und UNITA belegt, und es ist in Angola eben nicht so, daß dort tatsächlich – wie in einigen anderen afrikanischen Gebieten – mehrere Befreiungsorganisationen mit unterschiedlich deutlichem Bekenntnis gegen Imperialismus und Ausbeuter existieren. – Diese Tatsache ist den KBW-Führern bestens bekannt, wie ihnen auch klar sein muß, daß ihre Argumentation gegenüber MPLA, UNITA und FNLA absolut deckungsgleich mit derjenigen von Spinola und Konsorten ist.

Die Angola-Berichterstattung in der „KVZ" (Zeitung des KBW) hat eine eindeutig konterrevolutionäre Qualität erreicht! Wir fordern die KBW-Führer auf, ihre Positionen zu überdenken und öffentlich und selbstkritisch zu korrigieren. Andernfalls wird eine weitere Isolierung des KBW von ausländischen antiimperialistischen Organisationen kaum ausbleiben. ●

Portugal/Spanien-Kommission, KB / Gruppe Hamburg

Befreiungskämpfer des Volkes von Angola auf einer Patrouillenfahrt durch die befreiten Gebiete

Fortsetzung von Seite 12

„Ora e sempre resistenza"

Eine Woche Massenmobilisierung gegen den Faschismus

liche Kraft, als „Ordnungsfaktor" der kapitalistischen Gesellschaft zu profilieren.

Worum es ging, formulierte sehr klar Luciano Lama, Chef der von den Revisionisten beherrschten Gewerkschaft CGIL: *„In einem demokratischen Staat darf auch der, der Recht hat – und der Antifaschismus hat Recht – nicht selbst Gerechtigkeit üben, sondern muß beharrlich und einheitlich dafür kämpfen, daß von der öffentlichen Macht Gerechtigkeit geübt werde"* – also Orientierung auf den bürgerlichen Staat, der durch tausend Fäden mit dem Faschismus verbunden ist, der sich immer wieder als Schutzherr der faschistischen Banden erwiesen hat, und auf der anderen Seite natürlich Verleumdung jeder selbständigen Aktion der Werktätigen wie z.B. das Zerstören von MSI-Büros oder das Durchprügeln bekannter faschistischer Gangster, die vom Staat nicht behelligt werden. Für solche Aktionen fanden die Revisionisten Bezeichnungen wie „irrationales Verhalten", „unüberlegte Handlungen" „Rowdietum", und stets auch den Vorwurf der „Provokation". PCI-Chef Berlinguer forderte, *„den politischen Kampf auf dem Boden der staatsbürgerlichen Auseinandersetzung (civile confronto) zurückzuführen". „In diesem Sinn rufen die Kommunisten (?) im Interesse der antifaschistischen Sache auf zur Entspannung der Gemüter (!) und zur Wachsamkeit"* (Erklärung von Lama und Berlinguer in „Unità", 20.4.75).

Besonders übel war das Verhalten der PCI nach der Ermordung ihres Genossen Boschi durch einen Polizisten. Die Florentiner Organisation der PCI gab eine Erklärung ab, die den Polizisten als Todesschützen nur mit einem Satz erwähnte, und ansonsten gegen die „extremistischen Gruppen" hetzte. Es wurde ungeprüft voll die Version der Polizei übernommen (ein „Unbekannter" habe zuerst geschossen, die Polizei habe in „Notwehr" zurückgeschossen); ein bei diesem Vorfall ebenfalls angeschossener Student, Panichi, in dessen Nähe eine Pistole gefunden wurde, wurde von der PCI zum „bekannten Provokateur" erklart, der an dem ganzen Vorfall Schuld sei. Dabei deutet alles darauf hin, daß die Pistole – wahrscheinlich die Dienstwaffe eines der Polizisten – nachträglich neben den am Boden liegenden Panichi geschoben wurde.

„Lotta Continua" berichtet, daß diese Erklärung auch in der Basis der PCI große Unzufriedenheit und Empörung ausgelöst habe; jedenfalls mußte sie unter dem Druck der Tatsachen revidiert werden. Die „staatserhaltende" Rolle der PCI-Führer wurde durch einen Empfang des PCI-Chefs Berlinguer beim christdemokratischen Regierungschef Moro offiziell anerkannt. Die Thesen der PCI, daß man „die demokratischen Institutionen" (den bürgerlichen Staat) verteidigen müsse, daß man eine Konfrontation zwischen Arbeitern und Polizei vermeiden müsse, daß „alle demokratischen Kräfte" gemeinsam handeln müßten (einschließlich der DC, die für die Polizeimorde und die Komplizenschaft mit dem faschistischen Terror verantwortlich ist), entsprechen genau den Interessen der Bourgeoisie. Gegenüber den Plänen der DC zur „Öffentlichen Sicherheit" (erweitertes Recht zum Schußwaffengebrauch für die Polizei, „Vorbeugehaft" u.a.) erklärte die PCI, sie habe dagegen „keine Vorurteile", sondern wolle „eine konstruktive Auseinandersetzung" darüber mit der DC führen. ●

Namibia:

BRD-Imperialismus ist eine wesentliche Stütze der Faschisten

Seit der Eroberung Namibias durch deutsche Kolonialtruppen 1889 und der Umbenennung in „Deutsch-Südwest", stehen Vertreter der „arischen Rasse" in vorderster Front im Kampf gegen die schwarze, einheimische Bevölkerung. In Namibia leben heute 900.000 Einwohner, davon 90.000 Weiße und davon 30.000 ehemalige oder auch jetzige „Deutsche" (BRD-Bürger)!

Obwohl die UNO 1966 das Mandat der südafrikanischen Faschisten über Namibia aufhob, übt das rassistische Regime in Pretoria weiterhin die Macht über dieses Gebiet aus. Neben den eigenen Interessen schützt die Regierung Südafrikas auch die Interessen einzelner deutscher Kapitalisten (Siedler) und die Vorhaben des westdeutschen Imperialismus in Namibia! Damit das auch weiterhin so bleibt, unterstützt die BRD-Regierung die Namibia-Politik der weißen Rassisten in Südafrika politisch und finanziell!

„Wo man auch hinkommt – ein Deutscher ist schon da"

So schrieb der „Stern" am 14.11.74:

- *„Jeder zweite Name in Windhuk* (der Hauptstadt Namibias, d.Red.) *ist deutsch. Das größte Hotel zeißt ,Thüringer Hof'!. Die deutsche Schule gilt als die beste. Die Deutschen sind stolz auf sich. Auf die anderen Weißen, auf Buren und Briten blicken sie herab."*

Und weiter:

- *„Die Weißen bilden zusammen knapp zehn Prozent der Bevölkerung – doch ihnen gehören 75 Prozent des gesamten privaten Vermögens."*

Die Schwarzen in Namibia müssen meistenteils in Ghettos leben. So auch in *„Katutura, wo 20.000 Farbige leben müssen. Nach 22 Uhr werden sie eingeschlossen. Hohe Mauern, scharf bewachte Toreinfahrten und bewaffnete Polizeipatrouillen verhindern nächtliche Ausbruchsversuche."* („Stern"). Während sich die Weißen das „Recht der westlichen Demokratien" herausnehmen, gibt es aber auch „schwarze Gesetze":

- *„Schwarze dürfen ohne Urteilsspruch so lange in Untersuchungshaft gehalten werden, bis die weissen Gesetzeshüter von ihrer Unschuld überzeugt sind. Das kann Monate, manchmal Jahre dauern. Besonders bei politischen Fällen."* („Stern").

Die deutschen Siedler spielen bei der Unterdrückung des Volkes eine wesentliche Rolle. Nach dem Motto „...ein Deutscher ist schon da..." besetzen sie wesentliche Funktionen in der Wirtschaft Namibias. Darüberhinaus investieren die BRD-Imperialisten reichlich in Namibia:

Die Otavi-Minen (sie gehören zu den größten) und die Otavi-Eisenbahngesellschaft zählen zu ihren Großaktionären die Deutsche Bank und die Metallgesellschaftsgruppe.

Die Klöckner-Werke haben sich die Mehrheit der SWA Lithium Co. Ltd. gesichert.

Bei der Uranschürfung in Namibia spielen die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG, die Degussa aus Ffm. etc. keine unbedeutende Rolle.

In Rössing ist geplant, eine Urananreicherungsanlage zu erbauen. An diesem Projekt sind beteiligt: die Metallgesellschaft AG, die Urangesellschaft mbH und die Otavi-Minen und Eisenbahngesellschaft AG (!).

Hier *„wird insgesamt mit Investitionen von nicht weniger als umgerechnet 1,5 Milliarden DM gerechnet"* („HB", 1.7.1970).

Als BRD-Verbindungsmann fungiert der „Industrielle Klein", eine zwielichtige Figur in Namibia. *„Er vertritt die Uranerzbau GmbH aus Bonn, deren Aufgabe es ist, zur langfristigen Versorgung der BRD mit Kernbrennstoffen beizutragen... Das Bonner Unternehmen soll mit den Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerken AG eng zusammenarbeiten und auch Kontakte zu den Farbwerken Hoechst unterhalten!"* (ebenda). (Zitiert nach „Antiimperialistisches Informationsbulletin", Nr. 2/75).

Für die Pläne der BRD-Imperialisten spielt Namibia deswegen keine unwesentliche Rolle, weil geplante Atomreaktoren in der BRD nicht ohne das aufbereitete Uran aus Namibia betrieben werden könnten. Hierzu stellte 1971 die CDU-MdB Wolf fest:

- *„Die deutsche Urangesellschaft ist an diesem Projekt interessiert, weil man meint, daß etwa ab 1975 der deutsche Uranbedarf etwa so groß sein wird, daß man ihn am besten durch eine Beteiligung bereits an der Schürfung (des Urans in Namibia) decken könnte."*

Diese Politik des BRD-Kapitals, wie auch das Auftreten der Siedler deutscher Abstammung (s. Kasten), wird von der Bundesregierung aktiv unterstützt!

„Nichteinmischung" der SPD/FDP-Regierung

„Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung, sich im Streit um die Selbständigkeit Namibias zu engagieren" („FR", 22.1.75).

Diese „Nichteinmischung" sieht folgendermaßen aus:

Die BRD unterhalten als einziger Staat – neben Südafrika – ein Konsulat in Windhuk. Das entgegen den UN-Beschlüssen und mit der Begründung *„anders können die Interessen der Deutschen in Namibia nicht vertreten werden."*

Es besteht ein deutsch-südafrikanisches Kulturabkommen, das Namibia mit einbezieht. Auch dies verstößt gegen alle UN-Beschlüsse über die Isolierung der RSA. Mit Unterstützung der Regierung wirbt die faschistische „Deutsch - Südafrikanische - Gesellschaft e.V." in westdeutschen Zeitungen Lehrer und Lehrerinnen für „Süd-West-Afrika" (s. Anzeige). Diese Lehrer werden im Rahmen des Kulturabkommens von unseren Steuergeldern bezahlt. Allein im Jahre 1973 waren das 700.000 DM!!

Um hierfür auch weiterhin Gelder frei zu haben, strich die Bundesre-
Um hierfür auch weiterhin Gelder frei zu haben, strich die Bundesre-
gierung der „Deutschen Afrika Gesellschaft" (DA-G) sämtliche Zuschüsse. Das hatte seine Gründe: Nachdem die DA-G-Mitglieder auf einer Versammlung beschlossen hatten, daß *„die Gesellschaft in Sachen Cabora Bassa nicht mehr schweigen, die afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen fördern und die weißen Minderheitsregime im südlichen Afrika bekämpfen (sollte)"* („FAZ", 23.1.75), paßte die DA-G nicht mehr in das Konzept der „Friedenspolitik" der Regierung. ***„Das Auswärtige Amt wird sich mit 130.000 DM an der Gründung einer neuen Vereinigung beteiligen, die sich mit der Pflege (!) der deutsch-afrikanischen Beziehungen befassen soll"*** (ebenda).

Die Haltung der „Linken" in der SPD in dieser Frage ist auch „eindeutig": SPD-MdB Lieselotte von Bothmer, ihres Zeichens „Afrika-Expertin" der Fraktion und „Linke" in der SPD, äußerte in einem Zeitungsinterview mit der faschistischen „Allgemeinen Zeitung" in Namibia: *„Oh, ich bin absolut einverstanden mit der Haltung der Bundesrepublik, die sie in Sachen Südwestafrika hat."* Gegenüber der DA-G meinte sie dann: *„Ich konnte nichts anderes sagen, als Politiker im Ausland bin ich ja immer zugleich Vertreterin unseres Landes"* (!!) Zum BRD-Konsulat, das die Interessen der Imperialisten wahrnimmt, meint diese „Linke" zynisch: *„Der Konsul hat ständigen Kontakt mit den Vertretern schwarzer und farbiger Organisationen, auch in seinem Haus."*

In allen Abstimmungen der UNO, bei denen es um die politische und wirtschaftliche Isolierung Südafrikas und damit auch Namibias ging, enthielt sich die BRD-Delegation der Stimme. ***„Das Auswärtige Amt begründet diese Abstinenz auch mit dem Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten ..."*** („FR", 22.1.75).

In Wirklichkeit geht es der Regierung aber um etwas ganz anderes:

Mit großen Worten setzen sich diese Bediensteten der Bourgeoisie für die Selbständigkeit und Freiheit eines jeden Volkes ein, in Taten unterstützen sie faschistische Regimes auf der ganzen Welt, um dem westdeutschen Kapital einen „Platz an der Sonne" zu sichern!

aus: Erziehung und Wissenschaft Nr. 3/75 · Seite 25

Stellenangebote

Wollen Sie dem alten Europa für einige Zeit den Rucken kehren? Dann wagen Sie den Sprung nach

Süd-West-Afrika

Wir suchen

Lehrer und Lehrerinnen

für den deutschsprachigen Unterricht dieses Landes Deutsch ist die Muttersprache von 30 Prozent der weißen Bevolkerung.

Sie können „unser Mann" sein, sofern Sie die zweite Lehrerprüfung haben und bereits 2 Jahre im Schuldienst tatig sind, eine Chance, die Sie herausfordert! Wir suchen vor allem Grund- und Realschullehrer mit den Fachern Deutsch Naturwissenschaften, Mathematik, Werkunterricht und Hauswirtschaftskunde.

Neben der ortsüblichen Vergutung werden Ihnen und Ihrer Familie die Reise- und Umzugskosten erstattet. Ferner erhalten Sie eine Dienstwohnung bzw. Wohnungszulage sowie die Sicherung in einer Pensions- und Krankenkasse.

Ihr Dienstantritt ist zum III. Quartal (Juli) 1975 vorgesehen. Melden Sie sich moglichst bald, denn im März weilt eine sudwest-afrikanische Bildungsdelegation in Deutschland, mit der Sie ein persönliches Gespräch fuhren konnen.

Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft e. V.
53 Bonn-Bad Godesberg
Gotenstraße 163

„Deutsche in Südwest"

Der „Stern" vom 14.11.74 stellt fest: *„Über alle Wechselfälle der Geschichte haben die Deutschen das Deutschtum in Südwestafrika bis heute hochgehalten."* Was das heißt, wird aus verschiedenen Berichten klar:

- *„Hier wird noch klares deutsch gesprochen. Frauen sind „Weiber". Die Einheimischen sind „schwarze Scheißkaffern", Mischlinge sind „Bastards". Die Weißen sind die „herrschende Rasse"..."* („Stern")
- *„Die Kaiserbilder sind größtenteils aus den Wohnstuben verdrängt worden – von Hitlerbildern"* („FR", 21.11.74).
- *„Die Deutschen in Namibia feiern heute noch Hitlers Geburtstag, schwingen Hakenkreuzfahnen und haben in Windhuk eine Göring-Halle."* („Welt", 10.10.74)
- *„ ..... .auf schwarzen Plakaten in der Kaiserstraße von Windhuk fordern sie gerade „Freiheit für Heß"* („Stern").
- Der Bund Nationaler Deutscher erklärte, *„es sei sein Ziel, sozialistisch-kommunistisch beeinflußte Einwanderer (aus der BRD) umzuerziehen"* („Spiegel", 29.4.74).

Um diese Faschisten zu vertreten und ihnen mit den Steuergeldern der westdeutschen Arbeiterklasse Unterstützung und Hilfe zu gewähren, hat die BRD-Regierung entgegen allen UN-Beschlüssen ein Konsulat errichtet. ●

Faschisten wollen Namibia spalten

In diesem Sinne liefert die BRD-Regierung auch Waffen an die RSA (siehe AK 57), mit denen Soldaten der RSA im Kampf gegen die Befreiungsbewegung in Namibia ausgerüstet werden. Zur Zeit stehen in Namibia ca. 40.000 Soldaten der RSA bereit, um jederzeit gegen das Volk zu kämpfen!

Aufgrund des großen Widerstandes (auch auf militärischem Gebiet) der einheimischen Bevölkerung, der geleitet und im wesentlichen getragen wird von der SWAPO, sehen die RSA-Faschisten jedoch militärisch in Namibia kaum eine Chance zum Erfolg. Daher versprechen sie den Schwarzen in Namibia jetzt die „Freiheit":

- Namibia soll in elf Staaten aufgeteilt werden. Es sollen zehn schwarze Staaten und ein weißer Staat werden. Sie alle sollen „unabhängig" sein.
- Die Staaten der Schwarzen sollen sich auf die sog. „Homelands" verteilen. Der „weiße" Staat soll dann der „Rest" sein (siehe Karte).

In den „Homelands", die von den Weißen völlig willkürlich geschaffen wurden, leben heute immer nur Angehörige eines Stammes. Die Faschisten achten streng darauf, daß dieses Prinzip „der getrennten Entwicklung" eingehalten wird. Die Regierungen dieser „Länder" sind derzeit von den Faschisten ernannt!

Dieser Status soll nun zementiert werden. Das ganze wird dann noch als „Plan zur Unabhängigkeit" verkauft. Dabei ist es natürlich „selbstverständlich", daß der „weiße" Staat doppelt so groß ist, wie die afrikanischen zusammen. Er verfügt weiterhin über das beste Farm- und Weideland!! Ebenso über alle Bodenschätze!!

Ein Sprecher der SWAPO zu diesem Plan:

„Die Pläne sind nicht das Papier wert, auf das sie geschrieben wurden. Wir wollen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung für ganz Namibia, nicht mehr und nicht weniger. Wir werden weiterkämpfen!" ●

HSW-Betriebszelle
KB-Gruppe Hamburg

ANGOLA
ZAMBIA
NAMIBIA
BOTSWANA
SÜDAFRIKANISCHE REPUBL.
Wildreservate
sog. "Heimatlander" (Homelands)
Sperrgebiete = Diamantenfelder
500 Km

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutshcbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 15.000 Erscheinungsweise: viermal vierteljährlich, Verkaufspreis: 1.- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.Nr. 451 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, H. Reents.

Herausgeber – Druck – Verlag

Imperialisten drohen mit millionenfachem Hungertod!

Die Imperialisten, allen voran die US-Imperialisten, hecken unentwegt neue Mittel und Wege aus, um sich die unterentwickelt gehaltenen Länder botmäßig zu halten, sie zu erpressen und ihren räuberischen Zielen zu unterwerfen.

Das von ihnen entwickelte Arsenal zur Ausbeutung und Unterdrückung der Völker haben die US-Imperialisten nunmehr offen um ein weiteres bestialisches Mittel vervollständigt: Den bewußt herbeigeführten Hungertod von Millionen von Menschen!

Unter der Überschrift *„Getreide entwickelt sich zur politischen* (!) *Waffe"* berichtete die „Süddeutsche Zeitung" (übrigens als einzige westdeutsche Zeitung!) von einer Studie des amerikanischen Geheimdienstes CIA über die zukünftige Rolle der US-Getreideexporte. Darin heißt es: ***„Die Agrarexporte werden bald eine so wirksame Waffe** (!) **in der Weltpolitik sein wie das Rohöl"*** und: ***„Die Knappheit an Getreide wird den USA bereits in naher Zukunft eine Macht in die Hand geben, wie sie sie noch nie besessen hat – selbst direkt nach dem Zweiten Weltkrieg nicht."*** („SZ", 26.3.75)

Welch eine Menschenverachtung und brutale Gleichgültigkeit des Imperialismus gegenüber dem Schicksal von Millionen Menschen spricht aus diesen Zeilen, in denen selbst die Nahrungsmittel, die über Leben oder Tod dieser Menschen entscheiden, zu einer „politischen Waffe" gemacht werden!

Die USA bedienen sich dabei der allein vom imperialistischen System selbst erzeugten katastrophalen Ernährungslage in der Welt. Durch das Eindringen des Imperialismus in die heutigen sog. „unterentwickelten" Länder wurden deren wirtschaftliche und soziale Grundlagen rücksichtslos zerstört. Ihre Einbeziehung in den Kreis der „zivilisierten Staaten" bestand allein darin, sie zu einseitig ausgerichteten Lieferanten von landwirtschaftlichen Rohprodukten (Baumwolle, Zuckerrohr, Kaffee usw.) und anderen Rohstoffen zu machen.

In der Vergangenheit haben die Folgen dieser Entwicklung Millionen Menschen den qualvollen Hungertod gebracht und auch heute noch sind Millionen von diesem Schicksal bedroht, sterben monatlich Hunderttausende, leiden Millionen an den grauenhaften Folgen der Unterernährung. *„Gegenwärtig gelten etwa 500 Millionen* (!) *Menschen vom Hungertod bedroht. Nach einer Schätzung der Weltbank sterben ca. 75 Mio. Kinder in der Dritten Welt vor ihrem fünften Geburtstag an den Folgen der Mangelernährung oder an durch Ernährungsschäden begünstigten Krankheiten."* (Entwicklungspolitische Korrespondenz, 1/75)

„Selbst wenn die optimistischsten Voraussagen über die Produktion (von Nahrungsmitteln – d. Red.) ***in Erfüllung gehen, werden viele Entwicklungsländer in den nächsten fünf bis zehn Jahren in ernste Schwierigkeiten*** (!) ***kommen"***, stellt die Geheimdienst-Mafia des US-Imperialismus befriedigt in ihrer „Studie" fest.

Die US-Imperialisten verfügen dagegen über ausreichend Getreideüberschüsse – von denen sie allerdings selbst bei Hungerkatastrophen, in denen riesige Landstriche „entvölkert" werden, höchstens einen Brosamen zur Verfügung stellen. Ansonsten verkaufen sie es zu wahnsinnigen Preisen an die „unterentwickelten" Länder.

Deutlich läßt sich dies aus der US-Handelsbilanz ersehen: 1974 stieg der Wert der Agrarexporte um fast 15% auf rund 20 Mrd. Dollar. Dieser Anstieg ist ausschließlich auf die Preiserhöhungen von durchschnittlich 17,6% zurückzuführen, denn mengenmäßig nahm der Agrarexport um 6% ab! Im Jahr 1973 stiegen die Exporte mengenmäßig um 30%, während gleichzeitig der den „unterentwickelten" Ländern abverlangte Preis um 53% (!) stieg.

Der Imperialismus macht auch beim Geschäft mit dem Hunger enorme Extraprofite.

Die erdölexportierenden Staaten sollen die erste „Zielgruppe" sein, gegen die jetzt die Agrarexporte als Erpressungsmittel eingesetzt werden. „Friedensnobelpreisträger" Kissinger hat in diesem Zusammenhang bereits auf mehreren Pressekonferenzen auf die Bedeutung der amerikanischen Getreidelieferungen für die Erdölländer hingewiesen.

US-Landwirtschaftsminister Butz bezeichnete die Agrarexporte als *„die wichtigste Karte im Poker mit den Arabern"*. („SZ")

Und: *„Nahrungsmittel sind Waffen* (!), *sie sind jetzt unsere wichtigsten* (!) *Verhandlungsausrüstungen."* („Berliner Extra-Dienst", 18.4.75)

Allerdings weist die CIA-„Studie" daraufhin, daß selbst „Großmächte" in Zukunft in einem stärkeren Ausmaß von Getreide- und Futtermittelimporten aus den USA abhängig sind.

Daß diese Drohungen der Imperialisten keineswegs nur leere Worte bleiben, haben sie bereits in der Vergangenheit bewiesen: *„Gerade die Vereinigten Staaten haben nie ihre Nahrungsmittelreserven als „Brot für die Welt" betrachtet, sondern sie vielmehr als ein Machtinstrument zur Ausdehnung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen eingesetzt."* (Entwicklungspolitische ...). Jüngst bewiesen sie dies erneut auch auf der Welternährungskonferenz im vergangenen Jahr in Rom: Dort lehnten die Imperialisten die Forderung der von starken Hungerkatastrophen betroffenen Staaten Afrikas und des indischen Kontinents nach Lieferung von zehn Millionen t Getreide eiskalt ab – und lieferten kein Körnchen!

Dem imperialistischen System ist in seiner grenzenlosen Menschenverachtung kein Verbrechen zu groß, als daß es nicht begangen würde – wenn es nur seinen unstillbaren Drang nach Profit und Herrschaft befriedigt.

Arbeiterzelle HDW und Metallkomitee KB/Gruppe Hamburg

GESUNDER APPETIT?

APETENCIA

„Haben sie jemals einen Menschen gesehen – einen guten, ehrlichen Mann, der hart gearbeitet hat, einen ‚gesetzestreuen' Bürger, der niemandem etwas getan hat – der seit über einem Monat nichts zu essen hatte? Es ist ein marternder Anblick. Sein sterbendes Fleisch hängt in runzligen Falten an ihm; jeden Knochen an sei-

Falten an ihm; jeden Knochen an sei-

nem Körper kann man genau sehen; seine Augen starren, ohne etwas zu sehen; und selbst wenn er ein Jugendlicher von 20 Jahren ist, bewegt er sich wie eine uralte Frau, schleppt sich von Ort zu Ort ... Kinder sind noch bemitleidenswerter mit ihren vornübergebeugten, verunstalteten, kleinen Skeletten, ihren krummen Knochen, mit zweigähnlichen, kleinen Armen und blauroten Bäuchen, die mit Rinde und Sägemehl gefüllt sind, aufgequollen wie Geschwülste ..."

so beschreibt Edgar Snow in „Roter Stern über China" das dem chinesischem Volk durch den Imperialismus aufgezwungene Hungerelend vor der Revolution. Mit dem Sieg über den Imperialismus und der Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht wurde auch die Ursache des Hungers ausgemerzt – ein leuchtendes Beispiel für die Völker der Welt!

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081368 A

Bremen
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 10 29 41
Jeden Samstag am H-Bahnhof
Büchertisch

Bremerhaven
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
öffentl. Bürostunde:
mittwochs 14.00 - 18.30 Uhr

Göttingen
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19.00 Uhr

Hamburg
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Hannover
Buchladen Ernst Thälmann
3 Hannover
Grotestr. 13

Hildesheim
Postlagerkarte 019 075

Kappeln
Dagmar Schneider
234 Kappeln/Schlei
Postlagernd

Kassel
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestr. 31

Kiel
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68

Mölln/Ratzeburg
P. Wurzbacher
2410 Mölln
Postfach 1362

Oldenburg
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Westberlin
Florian Geyer
1 Berlin 21
Thomsiusstr. 2
Mo. + Do. 17 - 19 Uhr
Sa. 10 - 13 Uhr

und weitere Vertriebsgruppen:

Vor vier Wochen hat die Redaktion unserer Zeitung für den proletarischen Internationalismus DIE INTERNATIONALE ein Interview mit Bassam Abu Scharif, dem offiziellen Sprecher der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), geführt.

Der arabische Raum wird langfristig noch mehr zu einem wichtigen Thema unserer außereuropäischen Politik werden.

Der westdeutsche und der europäische Imperialismus betrachtet diesen Raum als sein naturgegebenes Einflußgebiet und will seine Hand auf die riesigen Profite legen, die heute noch aus dem Ölgeschäft wesentlich in die Taschen der US-Imperialisten fließen.

Das ist einer der Gründe, weshalb die USA sich nach ihrem Rückzug aus dem Vietnamkrieg wieder verstärkt dem Nahen Osten zugewandt haben, und weshalb sie versuchen, ihre Position hier auszubauen und gegen die Befreiungsbewegungen vorzugehen.

Sie haben dabei einerseits den Versuch gemacht, durch das Angebot der Errichtung eines palästinensischen Ministaates innerhalb von Israel, den Widerstand von seiner revolutionären Linie abzubringen und die politische Front zwischen den Palästinensern und dem zionistischen Israel in Bewegung zu bringen.

Mit zu diesem Plan gehört es, daß sich in der Folge quer durch alle Organisationen des Widerstandes eine Diskussion entwickelte, welche politische Linie demgegenüber verfolgt werden sollte. Die eine Seite dieser „Spaltung", die „Front zur Ablehnung kapitulationistischer Lösungen" unter politischer Führung der PFLP hat dabei den Standpunkt bezogen, daß der Imperialismus keine Geschenke verteilt und daß deshalb der Ministaat bei dem gegebenen Kräfteverhältnis nur ein Staat unter Kontrolle der palästinensischen Bourgeoisie und des Imperialismus sein könne. Weiter werde dabei als Vorausleistung die Anerkennung Israels und die Liquidierung des militärischen Widerstandes gefordert. Ein freies Palästina könne dagegen nur Ergebnis eines siegreichen Volkskrieges sein und werde ein sozialistisches Palästina als Teil eines sozialistischen arabischen Raumes sein. Diese politische Front gegen die Linie der Führung der PLO hat in der letzten Zeit großen Einfluß in den palästinensischen Volksmassen und den Massen der revolutionären palästinensischen Kämpfer gewonnen. Sie verdient unsere Unterstützung.

Die Imperialisten leiten andererseits zur gleichen Zeit einen erneuten militärischen Angriff auf den palästinensischen Widerstand ein. Die Situation in Libanon war zu der Zeit des Interviews gekennzeichnet durch eine kurze Atempause zwischen dem Angriff der Reaktion auf die libanesische fortschrittliche Bewegung aus Anlaß des Streiks der Fischer von Saida und den Angriffen faschistischer Banden auf den palästinensischen Widerstand, die eine Woche später beginnen sollten. Bassam Abu Scharif erläutert u. a. mit geradezu hellseherische Voraussicht im Hintergrund dieser Angriffe.

Zum Schluß des Interviews gibt Bassam Abu Scharif eine sehr klare Einschätzung der Rolle der Befreiungsbewegungen in Hinsicht auf die Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern. Die von ihm gezeichnete Perspektive ist nicht rosig, weil sie realistisch ist. Eine solche realistische Perspektive des Gesamtzusammenhanges ihres Kampfes zu haben, das hat schon immer die Befreiungsbewegungen ausgezeichnet, die die Interessen ihres Volkes erfolgreich vertreten haben.

Es wird für uns eine große Aufgabe der nächsten Zeit sein, unsere Solidarität mit den revolutionären Kräften des palästinensischen Widerstands zu verstärken und zu vertiefen.

Der Sozialismus

Interview mit

Befreiung

Die Palästinafrage ist der springende Punkt des Nahostproblems

Die Palästinafrage ist der springende Punkt des Nahostproblems

DIE INTERNATIONALE: Zuerst eine Frage zur Kissinger-Mission. Bürgerliche Zeitungen behaupten, daß sie fehlgeschlagen ist, aber ich glaube, daß sie einen großen Teil ihrer Ziele erreicht hat.

Bassam Abu Scharif: Der Fehlschlag für Kissinger, daß er von der ägyptischen Seite keinen weiteren Schritt erreicht hat, ist kein wirklicher Fehlschlag für den US-imperialistischen bösartigen Angriff auf die Region, hauptsächlich auf die arabische Welt, die arabischen Massen und die arabische Befreiungsbewegung. Ich denke, daß Kissinger als Vertreter des US-Imperialismus die folgenden Punkte erreicht hat:

Erstens hat er für die Vereinigten Staaten bestimmte Bollwerke wiedererrichtet, in einem Gebiet, das in den 50er und 60er Jahren dafür gekämpft hat, die USA rauszuschmeißen. In den 50er und 60er Jahren konnte die arabische Befreiungsbewegung erfolgreich gute Beziehungen zum sozialistischen Lager herstellen und konnte Schritt für Schritt alle wirtschaftlichen Beziehungen zur Wirtschaftsachse der Vereinigten Staaten abbrechen. – Ich spreche natürlich jetzt nicht von der arabischen Reaktion, ich spreche von der arabischen Befreiungsbewegung.

Weiter haben die Vereinigten Staaten einen Teil ihrer Ziele in Bezug auf das arabische Öl erreicht: den Ölpreis zu senken und die Möglichkeit, das arabische Öl als Waffe gegen die Vereinigten Staaten zu benutzen, unwahrscheinlich zu machen.

Drittens haben die Vereinigten Staaten mit der Hilfe der Reaktionäre in der arabischen Welt und dem neuen reaktionären Pakt in der arabischen Welt es fertig gebracht, bestimmte revolutionäre Bewegungen zu isolieren und die arabischen Reaktionäre dahin zu bringen, solche Bewegungen zu liquidieren. Wie es in Oman geschieht, wo die Truppen des jordanischen Regimes zusammen mit den Truppen von Quabus und der iranischen Armee die Revolutionäre wildwütig angreifen, im Gebiet von Dofar. Und unter dem sogenannten arabischen Pakt geschieht dieser Schritt bei vollständiger Stille und umfassender Vertuschung durch alle Propagandamedien.

Zur gleichen Zeit versuchen die Reaktionäre, die Rechten und die CIA-Leute, die palästinensische Revolution in Libanon zu isolieren, unter Druck zu setzen und einzudämmen. Was im letzten Monat in Libanon geschah ist eine klare Einleitung dessen, was in der Zukunft geschehen wird.

So ist es, wie du gesagt hast, die Vereinigten Staaten haben in diesem Raum große Schritte erreicht, aber zugleich ist es ihnen nicht gelungen, diesen zweiten einseitigen Entspannungsschritt an der ägyptischen Front

zu erzielen. Wir glauben, daß dieser Fehlschlag der israelischen Haltung zuzuschreiben ist und nicht der offiziellen arabischen Position, denn die

zu erzielen. Wir glauben, daß dieser Fehlschlag der israelischen Haltung zuzuschreiben ist und nicht der offiziellen arabischen Position, denn die offizielle arabische Position – und das ist einer der großen Erfolge Kissingers – ist genug zugeständniswillig geworden, um die Idee einer Anerkennung Israels anzunehmen.

Aber man sollte auch nicht sagen, daß dieser teilweise Fehlschlag den Anstrengungen und Versuchen der USA, dieses Gebiet unterzuordnen, es zu kontrollieren und den Reichtum dieser unterentwickelten Nation zu stehlen, ein Ende gesetzt hat. Ich denke, daß die USA ihre Anstrengungen fortsetzen werden.

Und was Sadat ihnen gegeben hat nach der Abreise Kissingers ist auch ein Schritt der Kapitulation. Die Öffnung des Suezkanals und die Erneuerung der Präsenz der Streitkräfte der Vereinten Nationen, das ist wie wir glauben, ein Schritt der Kapitulation und ein Kompromiß, den Sadat den Imperialisten gegeben hat.

Der Fehlschlag Kissingers ist also kein Fehlschlag für die vorgeschlagene Lösung, der Fehlschlag Kissingers sollte für niemand bedeuten, daß die USA ihre Anstrengungen einstellen und daß sie nicht ihren Weg weitergehen zur Kontrolle und Unterordnung dieses Teils der Welt, denn die USA beabsichtigen das Folgende:

Erstens Kontrolle der arabischen Welt, hauptsächlich wegen ihrer riesigen Ölvorräte. Zweitens Absegnung der Anwesenheit Israels als eingeborener Teil des Gebietes. Drittens Ersetzung des sozialistischen Lagers in seinen wirtschaftlichen Beziehungen mit der arabischen Welt und viertens die Liquidierung der arabischen nationalistischen oder Befreiungsbewegung, die eine potentielle Gefahr für alle Lösungen darstellt, die mit diesen Regimes ausgehandelt werden könnten. Denn die Imperialisten wissen, daß dieses Gebiet nicht für alle Zeiten in der Zukunft unter der Kontrolle von Reaktionären stehen wird.

Da dies die Ziele der Vereinigten Staaten sind, werden ihre Versuche weitergehen. Wir glauben, daß sich die Genfer Konferenz als Konferenz, in ihrem Inhalt und in ihren möglichen Ergebnissen nicht unterscheidet von der Schritt-für-Schritt-Taktik, die von Kissinger diese ganze Zeit angewendet worden ist.

dI: Glaubst du, daß die Errichtung eines Mini-Palästina unter der Kontrolle der Imperialisten bzw. unter der Kontrolle von palästinensischen Reaktionären eine wirkliche Möglichkeit war oder ist? Entspricht das z.B. den Interessen Israels?

Bassam Abu Scharif: In der Politik muß man sich mit der Haupterscheinung auseinandersetzen, statt mit den Nebenerscheinungen. Die Haupterscheinung ist heute der starke Wille und Wunsch der USA, eine Regelung zu erreichen, die ihre eigenen Interessen in dem Gebiet sichert und die Anwesenheit Israels als Teil dieses Gebietes absegnet. Die Vereinigten Staaten wissen sehr gut, daß das palästinensische Problem gelöst werden muß, um dies zu erreichen. Denn sie wissen, daß die Palästina-Frage der springende Punkt des Nahostproblems ist und nicht irgendeine Randfrage. Hätte es kein Israel gegeben, dann würde es kein besetztes Sinai geben, kein besetztes Golan oder Westufer.

Deshalb denken wir, daß die palästinensische Seite gebraucht wird und von den Vereinigten Staaten zu einer solchen Regelung eingeladen werden wird. Welche palästinensische Seite? Wir glauben ferner, daß die PLO eingeladen ist und benötigt wird für eine solche Lösung, weil, wie ich schon sagte, die Vereinigten Staaten von dieser Lösung wollen, daß sie so dauerhaft ist wie möglich. Deshalb möchten die USA alle betroffenen Seiten an dieser Lösung beteiligt sehen. Und da die Palästinafrage der springende Punkt des Problems ist, und da die PLO offiziell als Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannt ist, wird die PLO für diese Lösung gebraucht und benötigt.

Aber andererseits glauben wir, daß die Vereinigten Staaten eine Schritt-für-Schritt-Politik gegenüber den Palästinensern verfolgen, um die PLO von ihrem revolutionären Inhalt zu lösen, um die PLO, wie es der französische Außenminister Sauvagnargues sagte, zu Staatsmännern zu machen, anstelle von Revolutionären oder Kämpfern.

dI: Zu einem Teil der Reaktion …

Bassam Abu Scharif: Genau, sie wollen eine PLO, die Teil des reaktionären Systems in der arabischen Welt ist, als Garantie für die Vereinigten Staaten bei einer solchen Lösung.

Was nun Israel betrifft, so gibt es hier zweifellos ein Hindernis. Aber wir dürfen nicht denken, daß das Rezept, das Israel mit den USA verbindet, eine Formel ist, die Israel die Oberhand gibt. Es sind die Vereinigten Staaten, die die Oberhand haben, obwohl die Zionisten einen gewissen starken Einfluß in den USA haben. Denn wir glauben, daß es nicht ein religiöser Faktor ist, sondern ein ökonomischer Faktor, der die Vereinigten Staaten zum Verbündeten Israels und Israel zum Verbündeten der Vereinigten Staaten macht.

Deshalb, glauben wir, daß Israel nach einiger Zeit den amerikanischen Gesichtspunkt akzeptieren wird, der sagt, daß ein palästinensischer Staat geschaffen werden soll, unter der Bedingung, daß ein solcher Staat ein entwaffneter Staat ist, die Existenz von Israel anerkennt, und keinerlei Krieg mit Israel beginnen oder auch nur einen Zusammenstoß mit Israel riskieren wird.

Aber natürlich, wie ich sagte, dies ist die Hauptseite. Man sollte immer die Nebenseite beachten, aber gleichzeitig im Kopf behalten, daß es die Hauptseite ist, die unter diesem Kräfteverhältnis zum Zug kommt. Die Nebenerscheinung ist, daß die Zionisten einen solchen Staat ablehnen werden. Das ist die Nebenseite, und wenn nicht etwas Drastisches in der israelischen Gesellschaft passiert, dann wird, so denke ich, die Haupterscheinung weitergehen.

Die PLO-Führung in die Ecke treiben!

dI: Aber glaubst du, daß die derzeitige Führung der PLO oder die derzeitige politische Linie der PLO für diese Interessen ausreichend ist? Muß die PLO sich nicht zu einer noch reaktionäreren politischen Linie hinwenden?

Bassam Abu Scharif: Zweifellos verfügt die PLO zur Zeit über genügend Reaktionäre, um bei der Genfer Konferenz akzeptiert zu werden. Aber vielleicht haben sie nicht genug Reaktionäre, um einen Staat zu gründen. Wir denken, daß die Wandlung, die in der Zukunft beeinflußt werden wird, eine Wandlung der Struktur der Führung und der bestimmenden Gremien sein wird. Eine Wandlung der Struktur, da meine ich die Klassenstruktur, meine ich die Überzeugungsstruktur, in der Richtung, den Einfluß der palästinensischen Kämpfer in der PLO zu minimalisieren und mehr und mehr den der sogenannten unabhängigen Palästinenser zuzulassen, solche Unabhängige, die von den Israelis anerkannt werden und vom reaktionären jordanischen Regime.

Deshalb sagen wir, daß ein solcher Schritt ein weiterer Schritt sein wird und daß schließlich auch die Genfer Konferenz ein langdauernder Prozeß sein wird. Bei einer solchen langdauernden Entwicklung sollte man immer ohne Verzerrungen die Nebenseite bedenken.

Denn, was ist unser Ziel? Als Revolutionäre ist es unser Ziel, diese Lösung abzutreiben, unser Ziel ist es, sie aufzuhalten. Unser Ziel ist es, die nötige revolutionäre Veränderung zu schaffen, auf der palästinensischen Ebene und schließlich auf der arabischen Ebene. Deshalb muß man alle Möglichkeiten nutzen, alle politischen Faktoren und Entwicklungen, um dieses Ziel zu erreichen. Zur gleichen Zeit machen wir den Massen klar, daß wir für die Abtreibung dieser Lösung arbeiten. Und wir glauben, daß das, was wir all die Zeit getan haben bis heute, vom Waffenstillstand bis heute, eine große Sache ist. Ich denke heute, daß die Mehrheit der palästinensischen Massen gegen die Lösung ist, gegen den Ministaat auf dem Westufer, gegen die Anerkennung Israels ist und gegen die Beendigung des Kriegszustandes mit Israel.

Was jetzt nötig ist, das ist ein weiterer Schritt, um die PLO-Führung in die Ecke zu treiben und vor die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten zu stellen: Entweder werden sie klare Reaktionäre und sie sind nicht länger Führer des palästinensischen Volkes, oder sie gehen weiter auf dem Weg des Kampfes, den wir gewählt haben und an den wir geglaubt haben, seit

Reaktionäre und sie sind nicht länger Führer des palästinensischen Volkes, oder sie gehen weiter auf dem Weg des Kampfes, den wir gewählt haben und an den wir geglaubt haben, seit

wir den Kampf begonnen haben.

Also, ich denke, daß die derzeitige Führung heute durchaus als Teilnehmer der Genfer Konferenz akzeptiert ist, aber es ist ein Unterschied, wer heute Teilnehmer der Genfer Konferenz sein wird und wer die wirklichen Machthaber auf dem Westufer sein werden.

dI: Du hast gesagt, es ist nötig, einen nächsten Schritt zu tun, um eine Situation herbeizuführen, wo sie sich als Reaktionäre oder Revolutionäre erweisen müssen. Mit welchen Mitteln wollt ihr diesen nächsten Schritt erreichen?

Bassam Abu Scharif: Wie ich sagte, ist heute die Ablehnung dieser Lösung und der Linie der PLO-Führung eine weitverbreitete Überzeugung. Was jetzt not tut ist, all die Kämpfer zusammenzubringen, egal zu welcher Organisation sie gehören, sie zusammenzubringen, um sich abzusprechen und zusammen unter der richtigen politischen Linie zu arbeiten. Und wir haben mit dieser Praxis im Arqub-Gebiet (1) begonnen und werden diese Praxis fortsetzen. Vielleicht sollte das verbunden werden damit, die Kader der Organisationen zusammenzubringen, die an diese Linie glauben, abgesehen davon, ob sie zu Fatah, zu PFLP oder anderen Organisationen gehören. Man muß sie zusammenbringen, und diese drei Ebenen werden einen großen Druck ausüben, werden eine große Macht in der palästinensischen Revolution bilden, die die Führung vor diese Alternative der zwei möglichen Rollen stellen wird.

dI: Ja, ich habe einige Beispiele für diese politische Linie gesehen, die Kämpfer und die Kader zusammenzubringen, das war sehr eindrucksvoll.

Flüchtlingslager in Jordanien

Unsere arabischen Massen können nicht lange getäuscht werden

Die Palästinafrage ist immer sehr eng verbunden mit der gesamten arabischen Welt. Deshalb frage ich dich, wie ihr es erreichen wollt, die Ablehnungsfront auf arabischer Ebene zu verbreitern. Ich weiß, daß es einige Fortschritte in dieser Richtung gibt. Kannst du etwas dazu sagen?

Bassam Abu Scharif: Ganz zweifellos bildet die arabische Befreiungsbewegung eine zweite Ebene, auf der die palästinensischen Revolutionäre arbeiten und daran interessiert sind zu arbeiten. Und wir glauben, daß es ohne die aktuelle Beteiligung der arabischen Befreiungsbewegung für die palästinensische Befreiungsbewegung schwierig wäre, all diesen wilden Angriffen allein standzuhalten.

Man sollte offen und realistisch sein und sagen, daß sich bis heute die arabische Ebene des Kampfes – wenn man die Massenebene betrach-

ist die Lösung unseres Problems

dem offiziellen Sprecher der Volksfront für die Palästinas (PFLP), Bassam Abu Scharif

tet – noch im Embryonalzustand befindet. Aber man muß auch sehen, daß diese qualitative Veränderung, die wir erwarten, nicht in einem Schritt kommt. Sie kommt nach vielen quantitativen Veränderungen, die sich ansammeln und nach einiger Zeit zu einer wirklichen qualitativen Veränderung werden.

Ich meine dabei, daß diese Regimes eine sehr wichtige Tatsache benutzt haben, um das Bild zu verwirren und das Volk zu betrügen, die Tatsache des Oktoberkrieges. Das Ereignis des Oktoberkrieges ist von diesen kapitulationistischen Regimes genutzt worden, um die Massen hinters Licht zu führen.

Aber unsere arabischen Massen können nicht lange getäuscht werden, sie werden früher oder später entdekken, daß sie betrogen worden sind und daß eine solche Lösung eine kapitulationistische Lösung ist. Zeichen dafür sind auf der Massenebene aufgetreten. Was in Ägypten geschieht: die hunderttausende von Arbeitern, die demonstrieren, die von der Polizei angegriffen werden, die bestimmte feste Komitees geschaffen haben in der Folge ihrer Erhebung. Das geht weiter. Ich spreche im Moment nicht von revolutionären

Ein palästinensischer Kämpfer ist eine mächtige Sache

Organisationen, ich spreche über die Massenbewegung. Ebenso in Syrien. Natürlich wird eine solche Bewegung eine revolutionäre Organisation brauchen, die sie führt. Denn ohne diese revolutionäre Organisation wird man Erhebungen erwarten, aber ohne wirklich wichtige Ergebnisse. Und wir glauben, daß solche revolutionären Organisationen ernsthaft mit ihrer Arbeit auf dieser Ebene begonnen haben.

Dieses Gebiet sollte nicht mit den Augen von Menschen betrachtet werden, die aus entwickelten Gesellschaften kommen, wo es eine sehr stark vermehrte Arbeiterklasse gibt. Mit den gleichen Augen sollte es nicht betrachtet werden, sondern mit einem anderen Blick, mit den Augen eines – natürlich beteiligten – Beobachters, als eine unterentwickelte Gesellschaft, die keine industrielle Basis hat, die nicht fortgeschritten ist und deren soziale Beziehungen zwischen Klassen oder den verschiedenen Schichten bestimmter Klassen, von einigermaßen anderen Kräften bewegt werden als in einer entwickelten Gesellschaft.

Was ich damit meine ist, was einige bestimmte Leute, die aus industrialisierten Gesellschaften kommen, so nennen: Dieses Gebiet kommt immer mit etwas Unvorhersehbarem. Nun, dieses Unerwartete, für uns ist es immer vorhersehbar. Denn uns ist klar, daß unsere Menschen immer noch zum Kampf bewegt werden durch ihre Ziele, durch ihre nationalistischen Vorstellungen. Sie sind bereit, sich zu erheben gegen Regimes, die terroristische Mittel gegen sie anwenden. Wir sind sicher, daß die ägyptische Arbeiterklasse bereit ist, gegen Sadat und sein Regime anzutreten. Aber sie brauchen eine Organisation, die sie führt.

Ein palästinensischer Kämpfer kann viel tun

d.I.: Ein anderer Genosse der PFLP hat uns erklärt, daß ihr schon die erste Stufe des Volkskrieges erreicht habt, die Stufe, wo es keine befreiten Gebiete gibt, aber wo man angreift, wo der Feind schwach ist und sich zurückzieht, wenn der Feind stärker ist. Kannst du etwas über eure Kampfmethoden in dieser Etappe sagen?

Bassam Abu Scharif: Die palästinensische Revolution ist noch bei den ersten Schritten ihres Kampfes und man sollte immer genau sein bei der Bestimmung der Etappe. Wir glauben, daß wir uns in einem Stadium befinden, wo wir mit dem Mittel des Guerillakriegs dafür arbeiten, das Kräfteverhältnis zu verschieben. Wo wir erstens das Kräfteverhältnis beeinflussen als Vorbereitung für die Veränderung der ersten Ebene dieses Kräfteverhältnisses und zweitens helfen und wie ein Katalysator wirken, um in der arabischen Welt revolutionäre Atmosphäre zu verbreiten. Denn man sollte immer die dialektische Beziehung zwischen unserer Befreiungsbewegung und der arabischen Befreiungsbewegung sehen, und man darf sie nicht einen Moment vergessen. Drittens ist es in diesem Stadium auch unser Ziel, eine revolutionäre Atmosphäre in Israel selbst zu verbreiten, indem wir den Juden, die ebenfalls ausgebeutet sind, erklären, daß unser Feind die zionistische Struktur ist, die sie in dieses militärische Gebilde eingeschmolzen hat und sie wirtschaftlich ausbeutet. Denn wir glauben auch, daß mit der Entwicklung des Kampfes die revolutionäre Bewegung in der israelischen Gesellschaft selbst beginnen und sie polarisieren wird und mit uns Hand in Hand kämpfen wird gegen Zionismus und arabische Reaktion. Dies sind die drei Ebenen.

Um dies zu erreichen, führen wir natürlich unseren Kampf gegen den israelischen Feind mit verschiedenen Taktiken. Und diese Taktiken folgen auch unserer allgemeinen und detaillierten Kenntnis der israelischen Gesellschaft, was die Grundpfeiler dieser Gesellschaft sind, was die grundlegenden Einrichtungen sind, auf denen dieses zionistische Gebilde aufgebaut ist. Und wir schlagen zu, entsprechend unseren Mitteln und entsprechend unserer Zielsetzung.

Das grundlegende Werkzeug revolutionärer Aktion gegen den israelischen Feind ist die Organisation, unsere Organisation, die politisch und militärisch ist. Wir trennen nicht eine militärische Armee und eine politische Organisation. Die Organisation selbst ist eine Kampforganisation und zur gleichen Zeit eine politische Organisation. Und das ist einer der wichtigen Gesichtspunkte der PFLP. Jeder Politiker ist ein Kämpfer und jeder Kämpfer ist ein Politiker in der PFLP. Das heißt, unser Kämpfer in Hebron (2) wirkt gleichzeitig als ein politischer Untersuchender, als ein politischer Provokateur und als ein Organisator des Volkes.

Dementsprechend, was ist die Taktik? Wir schlagen gegen die wirtschaftlichen Einrichtungen, schlagen gegen die militärischen Einrichtungen, wobei wir unsere Ziele so auswählen, daß wir den zionistischen Feind demoralisieren, daß wir der ganzen Welt

daß wir den zionistischen Feind demoralisieren, daß wir der ganzen Welt

zeigen, daß dies ein Schlachtfeld ist, das heißt, die Einwanderung zu stoppen und in wirtschaftlicher Hinsicht den Tourismus zu stoppen, und als letztes die Moral der israelischen Armee zu untergraben. Denn ein palästinensischer Kämpfer innerhalb der besetzten Gebiete ist eine mächtige Sache und kann eine ganze Menge tun.

Was die Gebiete außerhalb der besetzten Gebiete betrifft, so haben wir ebenfalls unsere politischen Kämpfer, die Angriffe auf die israelischen Siedlungen unternehmen, auf die israelische Armee und auf die israelischen wirtschaftlichen Anlagen, auch für das gleiche Ziel.

Die dritte Ebene, auf der wir unseren Kampf vortragen, das ist gegen die zionistische Bewegung überall in der Welt. Natürlich, wo und wann das möglich ist, wählen wir dabei die schmerzhaften Nahtstellen des zionistischen Feindes. Denn wir glauben, daß unsere Lage einzigartig ist. Die Palästinenser sind zerstreut worden durch britische Kolonialisten, Imperialisten, amerikanische Imperialisten dann und die Zionisten sind eingesperrt in verschiedene Länder der Welt. Gleichzeitig ist unser Feind einzigartig in dem Sinne, daß diese zionistische Bewegung ihn mit Menschen, Geld und jeder möglichen Hilfe versorgt. Und wir glauben, daß wir diesen Teil des Feindes angreifen müssen.

d.I.: Aber diese Tatsache, daß das palästinensische Volk verstreut ist über verschiedene Länder, kann auch in einen Vorteil verwandelt werden.

Bassam Abu Scharif: Alles was ich gesagt habe, ist beschränkt auf dieses Stadium des Kampfes. Natürlich ist unser Kampf außerhalb Palästinas auch in diesem Stadium eine Handhabe, um revolutionäre Beziehungen mit anderen revolutionären Bewegungen in der Welt herzustellen. Es ist außerdem beschränkt auf dieses Stadium, weil wir in der Zukunft vielleicht unsere befreiten Gebiete schaffen werden, und das wird bedeuten, daß sich das Kräfteverhältnis drastisch geändert hat.

Sozialismus ist die Lösung unseres Problems

d.I.: Bürgerliche Zeitungen erzählen immer noch, daß die Palästinenser die Juden ins Meer treiben wollen. Was ist das wirkliche Ziel eures Kampfes in bezug auf das Zusammenleben von Juden und Arabern im zukünfti- Palästina? Wie soll das vor sich gehen?

Bassam Abu Scharif: Unser Kampf folgt klaren fortschrittlichen Vorstellungen, nicht faschistischen. Unser Ziel ist es, eine Gesellschaft zu schaffen mit demokratischen Traditionen, in der jeder Bürger gleiche Bürgerrechte und gleiche politische Rechte haben wird. Ich sage nicht Juden, Christen und Moslems, weil ich glaube, daß diese Gesellschaft ein nichtreligiöser Staat sein muß. Ich meine, daß Religion nicht wichtig sein wird. Wichtig ist, daß alle Bürger dieser Gesellschaft mit gleichen politischen und Bürgerrechten leben werden. Natürlich, wenn ich diesen Punkt weiter ausführen wollte, müßte man etwas ins Einzelne gehen, denn wir denken nicht, daß dies Ziel erreicht werden kann ohne die Errichtung eines sozialistischen demokratischen Staates. Und ich glaube, Sozialismus ist die Lösung unseres Problems. Und das ist auch dialektisch verknüpft mit der Entwicklung zur Errichtung einer sozialistischen arabischen Gesellschaft.

d.I.: Wie sind eure Beziehungen zu anderen arabischen Ländern? Genosse Habasch sagte in seiner Rede vor dem Volkskongreß in Irak, daß ihr die Länder Irak, Algerien, Jemen, Libyen und Somali als fortschrittlich betrachtet. Ich glaube, die besten Beispiele sind einerseits Irak, andererseits Libyen. Ich erinnere mich, daß ihr einmal geschrieben habt, daß das Ghaddafi-Regime in Libyen ein faschistisches Regime sei. Gibt es da keinen Widerspruch zwischen der Aussage, daß es ein faschistisches Regime ist, und der Aussage, daß es sich um ein fortschrittliches Land handelt?

es sich um ein fortschrittliches Land handelt?

In den besetzten Gebieten

Bassam Abu Scharif: Genosse Habasch sagte in dieser Rede auch sehr klar, daß der politische Standpunkt gegenüber der vorgeschlagenen amerikanischen Lösung, der imperialistischen Lösung, der Hauptgesichtspunkt ist, der den Standpunkt der PFLP zu diesen Regimes bestimmt. Mit anderen Worten, das Wort „fortschrittlich" hängt direkt zusammen mit dem politischen Standpunkt zu der Lösung und nicht mit dem wirtschaftlichen oder ideologischen Wesen dieses oder jenes Regimes. Und ich glaube, daß wir als eine Befreiungsbewegung das volle Recht haben, solche Überlegungen anzustellen. Wie du vielleicht bemerken kannst, haben alle diese Regimes, manche vage, manche klar, denselben politischen Standpunkt. Bekanntlich verkündet Irak sehr klar seinen politischen Standpunkt, während andere das nicht bekanntmachen, aber diese Regimes sind die Regimes, die mindestens nicht die palästinensische Bewegung unter Druck setzen werden, die Lösung anzunehmen oder an der Genfer Konferenz teilzunehmen. Sie werden die palästinensische Revolution unterstützen, natürlich mehr oder weniger stark, um den Kampf fortzusetzen.

Unser Bündnis mit dem sozialistischen Lager

d.I.: Von einigen linken Gruppen in der BRD, wie der „KPD" und dem KBW, wird die Sowjetunion als sozialimperialistisches Land bezeichnet, und sie sagen, was die Sowjetunion in diesem Gebiet tut, das sei Verrat am palästinensischen Volk.

Gut, zunächst einmal, ist das auch deine Meinung?

Bassam Abu Scharif: Wir glauben, daß unser Bündnis und unsere Identifizierung auf der globalen Ebene mit dem sozialistischen Lager ein Hauptpunkt in unserer Strategie und unserem ideologischen Selbstverständnis ist. Und wir glauben, daß unsere Beziehungen zur Sowjetunion in dieses Kapitel gehören. Das gleiche gilt für alle anderen sozialistischen Länder.

Natürlich bedeutet dieser prinzipielle ideologische Standpunkt keineswegs, daß wir keine Differenzen oder Kritik gegenüber dieser oder jener Macht haben. Wir glauben als eine marxistisch-leninistische Organisation, daß solche Widersprüche ganz natürlich sind und nicht zu größeren Widersprüchen gemacht werden dürfen. Es werden immer Widersprüche auftauchen, wenn man bestimmte politische Punkte angeht, oder andere Dinge, mit denen man sich in einem Dialog oder einem wechselseitigen Gespräch mit der Sowjetunion oder China auseinandersetzen. mag.

Wir glauben auch, daß unsere subjektiven Bedingungen und unsere hiesige Situation uns das Recht geben, solche Standpunkte einzunehmen, wie sie für diese Situation passend und nützlich sind. Wobei wir natürlich die Interessen unserer Arbeiterklasse, unserer Werktätigen, bedenken und auch unser Bündnis mit dem sozialistischen Lager in Betracht ziehen sowie zu der Weltbefreiungsbewegung. Dies ist der allgemeine Standpunkt der PFLP und ich denke, der Punkt der Kritik oder der Widersprüche zwischen uns auf der einen Seite und dieser oder jener sozialistischen Macht auf der anderen Seite ist eine innere Angelegenheit, die man intern mit diesen Mächten behandeln muß.

Was den politischen Standpunkt der Sowjetunion zum Palästinaprob-

Was den politischen Standpunkt der Sowjetunion zum Palästinaprob-

lem betrifft, so wissen wir, daß es da Widersprüche gibt. Aber wie soll man sich mit diesen Widersprüchen auseinandersetzen? Wir glauben, daß die Linie der PFLP eine gesunde und richtige Linie ist. Diese Widersprüche veranlaßten uns nicht, sie als einen hauptsächlichen Widerspruch zu dieser strategisch verbündeten Kraft anzusehen. Und gleichzeitig veranlaßte uns unser Bündnis mit dem sozialistischen Lager und der Sowjetunion in diesem strategischen Sinn nicht dazu, völlig unsere subjektiven Bedingungen und die Interessen unserer Massen zu vernachlässigen.

dI: Ich denke, die Schwierigkeiten, in die diese linken Organisationen in Westdeutschland geraten sind, rühren daher, daß sie einerseits die PDF unterstützen und andererseits die Linie von China, mit dem Sozialimperialismusbegriff usw., und da gibt es einen Widerspruch. Was ist deine Meinung, welche Rolle spielt die PDF heute in der Palästinafrage ?

Bassam Abu Scharif: Wir glauben, daß die Führung der PDF eine opportunistische Führung ist, deren politische Standpunkte hauptsächlich nach den Oktoberkämpfen die PDF dazu gebracht haben, in den Fehler der palästinensischen Rechten zu verfallen. Denn manchmal kann ein falscher politischer Standpunkt eine linke Kraft zerstören und ihre Ansichten verzerren und kann sie, ob sie es mag oder nicht, zu den Fehlern der palästinensischen Rechten veranlassen. Und ich glaube, daß sie eine opportunistische Linie eingeschlagen haben seit dem Waffenstillstand, die die Dinge für sie undurchsichtig ge-

FORTSETZUNG SEITE 20

Der Sozialismus ist die Lösung unseres Problems

FORTSETZUNG VON SEITE 19

macht hat, in einem solchen Maß, daß sie sie nicht klar sehen und nicht nach der heiklen Abwägung arbeiten konnten, die ich in der vorigen Frage gekennzeichnet habe, das heißt, die Interessen unserer Massen zu erkennen, die richtige Linie zu bestimmen auf der Grundlage der Interessen unseres Volkes, unseren Kurs, unsere revolutionären Ziele, und dann auch den Standpunkt unserer Verbündeten in Betracht zu ziehen. Die PDF ist blind und auf opportunistische Weise der Linie der Sowjetunion gefolgt, und ich denke, daß dieser politische Fehler sehr viel für die Zukunft der PDF selbst bedeuten wird.

Der reaktionäre Angriff auf den Widerstand in Libanon

dI: Eine Frage zur politischen Situation hier in Libanon. Ich weiß von dem Kampf zwischen den Fischern und der Regierung und ich habe gehört, daß der Sarg von Ma'aruw Sa'ad (3) mit einer palästinensischen Fahne bedeckt war. Was bedeutet das? Kannst du etwas zu den Beziehungen zwischen den Palästinensern und dem Kampf des libanesischen Volkes sagen?

Bassam Abu Scharif: Ma'aruw Sa'ad war als eine national fortschrittliche Person sehr gut bekannt dafür, daß er ein fester Anhänger der palästinensischen Revolution war, und er hatte selbst am palästinensischen Kampf teilgenommen, vor 1948 und danach. Und er war ein Held des Widerstands gegen die französische Besetzung von Libanon. (4)

Nun, die indirekte Beziehung ist außerdem, daß dieser Angriff auf die Fischer und dann auf die libanesische Fischer und dann auf die libanesische Befreiungsbewegung von der reaktionären Rechten in Libanon angestiftet und in Gang gesetzt worden ist, unterstützt von einigen reaktionären Offizieren in der Armee und vom CIA. Dieser Angriff auf die libanesische Befreiungsbewegung war ein Schritt, dem in Zukunft weitere Schritte folgen sollen. Und ich denke, der Versuch, gegen die libanesische Befreiungsbewegung zu schlagen, ist eine Vorbereitung für den kommenden reaktionären Angriff auf die palästinensische Bewegung. Sie wissen, daß es in Libanon sehr schwer ist, die palästinensische Bewegung anzugreifen und zu liquidieren, wegen der breiten Unterstützung der Revolution durch das libanesische Volk und wegen der breiten Unterstützung und Teilnahme an der palästinensischen Bewegung durch die libanesische Befreiungsbewegung.

dI: Könnte es nicht sein, daß der Versuch der imperialistischen Lösung des Palästinaproblems, den sie in Genf versuchen, von einem neuen militärischen Angriff auf den Widerstand begleitet werden wird, wie im Mai 73? (5)

Bassam Abu Scharif: Die Erfahrung des Mai hat das libanesische Regime eine Menge Dinge gelehrt, und ich denke, der Aufbau der militärischen Kräfte der Rechten in Libanon ist ein Anzeichen für die Art des Kampfes, der kommen wird. Ich glaube, das wichtigste Werkzeug gegen die Widerstandsbewegung werden die libanesischen Rechten sein, und sie werden nach einiger Zeit unterstützt werden von einigen Reaktionären in der Armee. Denn man sollte dabei auch die Struktur der libanesischen Armee selbst beachten: die Soldaten der libanesischen Armee gehören einigen armen Klassen in Libanon an und viele von ihnen unterstützen die Widerstandsbewegung. Aber die Offiziere haben natürlich ihre Interessen und ihre Klassenzugehörigkeit, sie gehören zur Bourgeoisie, und sie haben natürlich Interessen, die unvereinbar sind mit der Revolution und der libanesischen Befreiungsbewegung. Ich glaube also, daß der CIA auf diese Art von Aktion zurückgreifen wird, was natürlich gefolgt sein wird von einem Schlag durch die Reaktionäre der Armee.

Aber ganz sicher muß das nicht die Liquidierung der palästinensischen Widerstandsbewegung bedeuten. Ich denke, daß jeder zukünftige Kampf einen heroischen Kampf bedeuten wird und einen siegreichen Kampf für beide, die palästinensische Bewegung und die libanesische Befreiungsbewegung.

dI: Die Imperialisten müssen in Betracht ziehen, daß es ein solcher Erfolg werden könnte und nicht, was sie möchten.

Bassam Abu Scharif: Natürlich, wir wissen genau, daß die Entwicklung eines solchen Kampfes bedeuten kann, daß die Marines der USA noch einmal nach Libanon kommen (6). Wir wissen das. Aber natürlich, daß wir das wissen, kann nicht heißen, daß wir uns nicht verteidigen werden.

Arafat und Schröder, Staatmänner statt Kämpfer

Eine gute Chance für die Revolution

dI: Nun zuletzt eine Frage zu der internationalen Ebene eures Kampfes. Wir wissen sehr gut, daß es für uns als kommunistische Organisation in einem imperialistischen Land unabdinglich ist, daß proletarischer Internationalismus in der Arbeiterklasse verbreitet wird. Sie kann keinen erfolgreichen Kampf führen ohne das. Was ist deine Meinung zu der Beziehung zwischen eurem Kampf und dem Kampf der Arbeiterklasse in imperialistischen Ländern, auch wenn dieser Kampf heute noch nicht so weit entwickelt ist?

Bassam Abu Scharif: Dies ist eines der wichtigsten Themen, und wir glauben, daß die Entwicklung einer klaren Strategie und klaren Meinung über eine solche dialektischen Beziehung in der kommenden Epoche ein notwendiger Schritt ist, um die Schlacht gegen den Imperialismus und gegen den Kapitalismus zu gewinnen.

Wie ich sagte ist es ein wichtiges Thema und auch ein sehr langes und umfassendes und braucht weit mehr als die Antwort auf eine Frage in einem Interview. Aber ich will versuchen aufzuzeigen, wie wir die Dinge sehen, und natürlich ist besonders dieses Gebiet des ideologischen und politischen Denkens offen für jede Art von Mitarbeit durch Marxisten-Leninisten, die sich entweder in der demokratischen Bewegung der kapitalistischen Gesellschaft befinden oder in unseren Gebieten.

Wir glauben, daß die Weltbefreiungsbewegung in der kommenden Periode eine wichtige Rolle spielen muß, eine Rolle, die man als ähnlich sehen kann, wie die Rolle der Palästinenser in der arabischen Umgebung. Die Rolle eines Katalysators, der dazu beitragen wird, neue objektive Bedingungen hervorzubringen in solchen Gesellschaften, objektive Bedingungen, die auch eine neue Erhebung mit sich bringen werden in den Reihen der Arbeiterklasse in diesen Gesellschaften.

Warum sage ich das? Weil ich die Art des Kampfes zwischen den Imperialisten sehe. Die Art dieses Kampfes zeigt sehr deutlich, daß es ein Streit um Rohstoffe ist. Im allgemeinen – Öl spielte eine große Rolle, aber wenn ich dabei bleibe allgemein zu sprechen, kann ich von den Rohstoffen sprechen – sind die Rohstoffe statistisch gesehen hauptsächlich in den unterentwickelten Ländern vorhanden, wo die Befreiungsbewegungen heute und in der nächsten Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Die Weltbefreiungsbewegung kann eine wichtige Rolle spielen durch die Kontrolle ihres eigenen Reichtums, der Rohstoffe. Und durch die Schaffung klarer festgelegter Bedingungen und Regelungen für den Handel mit diesen Rohstoffen.

Das wird sofort die riesigen Profitraten senken, wird die Plünderungstätigkeit beenden, die die kapitalistischen, monopolistischen Firmen lange Zeit unternommen haben, und wird schließlich den Profit der kapitalistischen Unternehmen senken, die die Arbeiterklasse in diesen kapitalistischen Gesellschaften beschäftigen. – Ich versuche das Schritt für Schritt zu erklären. – Ganz sicher werden die Kapitalisten nicht weiter den Arbeitern die gleichen Löhne geben, denn ihr Hauptinteresse ist es, die Profitrate aufrechtzuerhalten und zu erhöhen, statt sie zu senken und den Arbeitern weiter den gleichen Lohn zu zahlen. Und das wird sie in Zukunft auch/dazu treiben, die Fabrik anzuhalten und Tausende, Hunderttausende und Millionen von Arbeitern auf die Straße zu werfen.

Ich denke, daß diese Armee von arbeitslosen Menschen die Senkung der Löhne der Werktätigen und die Erhaltung derselben Profitrate neue Bedingungen schaffen wird in den kapitalistischen Gesellschaften, die den revolutionären, proletarischen Parteien helfen werden, die in der Lage sind, das Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen, das politische Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen und sie zu organisieren, um dieses System zu übernehmen, zu überwinden und es zu zerstören. Natürlich, ich vereinfache die Dinge, ich zeige nur die Umrisse.

Aber, um an den Ausgangspunkt zurückzukommen, ich denke, daß die Befreiungsbewegung eine wichtige katalytische Rolle in dieser Erpoche spielen muß und ebenso, daß die revolutionären Organisationen in den kapitalistischen Gesellschaften ihre Anstrengungen verdoppeln, verdreifachen, verhundertfachen müssen, um Bewußtsein, Klassenbewußtsein und politisches Bewußtsein in der Arbeiterklasse zu verbreiten, gerade jetzt, wo es eine breite Arbeitslosigkeit in diesen Gesellschaften gibt.

dI: Du weißt, daß dieser Weg der Entwicklung, den du eben gezeigt hast, daß das ein schwerer Weg ist für die Arbeiterklasse in diesen Ländern. Vielleicht wird das wieder Krieg be-
Vielleicht wird das wieder Krieg be-
deuten. Als Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse wünschen wir natürlich nicht, daß es so ablaufen wird, aber die Entwicklung wird wohl diesen Weg nehmen.

Bassam Abu Scharif: Bei einer kapitalistischen Gesellschaft sind alle ihre Krankheiten eingebaut in ihrem System. Das kapitalistische System ist ein System, das in sich die Krankheit der Arbeitslosigkeit trägt, es bringt mit sich Inflation, Rezession und Depression. Und es gerät in einen Teufelskreis. Ich denke z. B. daran, wie die Inflation der USA exportiert wird in andere Länder. Und diese Inflation in den anderen kapitalistischen Ländern wird in weitere Länder exportiert.

Sicher wird die Arbeiterklasse durch miserable Verhältnisse gehen wegen dieses Systems und aufgrund seiner Nachteile. Und ich denke, das ist eine gute Chance für die revolutionären Organisationen, das Bewußtsein zu verbreiten. ●

Libanon

Blutige Provokationen durch faschistische Banden

Die Angriffe auf den palästinensischen Widerstand in Libanon Mitte April entsprechen in ihrem Wesen genau dem, was Bassam Abu Scharif in seinen Antworten auf unsere Interviewfragen ausgeführt hat.

Im Mai 1973 hatte die libanesische Reaktion versucht, den Palästinensern ihre Basis im Libanon mit Hilfe der Armee zu nehmen. Mit schweren Waffen und Flugzeugen wurden bestimmte Stadtviertel von Beirut und Flüchtlingslager angegriffen. Doch das Ergebnis war, daß sich die libanesische Armee, eine durch und durch korrupte Institution des verfaulten libanesischen Staates, als unfähig erwies, das Kräfteverhältnis zugunsten der Reaktion zu verändern. Der im Hintergrund stehende CIA und die libanesische Regierung zogen daraus zwei Schlüsse. Erstens mußte die Armee mit Hilfe amerikanischer Ausbilder besser auf ihre Bürgerkriegsaufgabe vorbereitet werden. Zweitens sollten die libanesischen reaktionären Kräfte selbst einen größeren Teil der Aufgabe übernehmen. Die bewaffneten Banden der Faschisten wurden zum Vortrupp der imperialistischen Ziele.

Durch das Kairoer Abkommen von 1969 haben die palästinensischen Widerstandsorganisationen in Libanon das Recht, die Lager selbst zu kontrollieren, in Südlibanon Stützpunkte zu unterhalten und sich mit ihren Kampfausweisen auf bestimmten Verkehrsverbindungen frei zu bewegen. Diese Rechte wurden 1969 erkämpft und mußten immer wieder gegen blutige Angriffe der Reaktion verteidigt werden. In Beirut kontrollieren die palästinensischen Kämpfer außerdem bestimmte Stadtviertel am Tage, in Koexistenz mit der libanesischen Polizei. Diese begrenzten Rechte sind wichtige Grundlagen des politischen und militärischen Kampfes. Trotz der politischen Spaltung des Widerstands sind sich alle Kämpfer in dieser Frage einig: ein Angriff auf diese Rechte wird gemeinsam zurückgeschlagen.

Die Palästinenser sind nicht die einzige militärische außerstaatliche Macht. Rechte und linke politische Parteien, bestimmte einflußreiche Familienclans, einige Firmen und Banken unterhalten bewaffnete Abteilungen oder Privatarmeen. Die faschistische Falange-Partei kontrolliert ebenfalls Teile von Beirut, z. T. unmittelbar neben einem palästinensischen Flüchtlingslager.

Die Falange-Partei gehört zu einem Block „christlicher" reaktionärer Parteien, die die Interessen der libanesischen Bourgeoisie und der Imperialisten vertreten. Die Falange-Partei soll die größte Partei Libanons nach der Zahl ihrer Mitglieder sein und besitzt einen 5.000 Mann starken militärischen Flügel. Ihr Ziel ist es, den „Zustand des Chaos" zu beenden und die „ausländischen Elemente" der Palästinenser aus dem Land zu werfen. Sie will ihnen gegenüber die „libanesische Souveränität" wieder herstellen. Die Falange sagt, die Palästinenser seien die Ursache für die israelischen Angriffe auf Südlibanon, die in Wirklichkeit ihre faschistische Politik unterstützen und Teil der gemeinsamen Aktion gegen die Palästinenser sind. Die Falange wird unterstützt von der ebenfalls „christlichen" Nationalliberalen Partei des ehemaligen Staatspräsidenten Chamoun. Seit einiger Zeit häuften sich die Überfälle auf den Widerstand.

Die libanesische Bevölkerung ist etwa zur Hälfte christlich und moslemitisch. Die bürgerliche Propaganda behauptet nun, das sei der Hintergrund der andauernden Kämpfe in Libanon. In Wirklichkeit wird dieser Gegensatz aufgebaut von den „christlichen" reaktionären Parteien, um die Klassengegensätze zu verwischen und den Kampf des Volkes irrezuleiten. Die islamische und christliche Bourgeoisie der 4 % reichen Familien sitzt einträchtig beieinander und handelt ihre Einflußgebiete aus. Auch auf politischer Ebene ist hier alles abgesprochen : der Staatspräsident ein Christ, der Ministerpräsident ein Moslem, der Stabschef der Armee ein Christ, der Parlamentspräsident ein Moslem usw. Auf der anderen Seite befinden sich die bitterarmen Massen des Volkes, die z. T. in oder neben den palästinensischen Flüchtlingslagern hausen, arbeitslos und hoffnungslos.

Auf dieser Basis hat sich eine starke linke fortschrittliche Bewegung entwickelt, die im Bündnis mit dem Widerstand gegen die libanesische Reaktion kämpft. Die Palästinenser sind dabei die konsequenteste revolutionäre Kraft, ihre Anwesenheit bringt die Klassenwiedersprüche zum Platzen. Dieses Bündnis mit den libanesischen fortschrittlichen Kräften ist die Grundlage dafür, daß der Widerstand in Libanon bisher alle Angriffe abwehren konnte. Nach dem Mai hatten die palästinensischen Organisationen und die libanesische Linke sogar angekündigt, daß sie sich beim nächsten Mal nicht nur verteidigen würden. Die Reaktion bekämpft den Widerstand aus zwei Gründen.

1. weil er die linken Kräfte im Lande verstärkt .
2. weil der Widerstand die bourgeoisen und imperialistischen Interessen im arabischen Raum gefährdet.

Im Januar dieses Jahres begann eine gezielte Provokation. Die Fischfanggesellschaft des ehemaligen Staatspräsidenten und Führer der Nationalliberalen Chamoun erhielt von der Regierung das Recht, an der gesamten libanesischen Küste zu fischen. Das bedrohte unmittelbar die Lebensgrundlage der Fischer und damit eines ziemlich großen Teils der armen Bevölkerung. Die Fischer von Saida begannen mit einem Streik, veranstalteten Protestdemonstrationen und sperrten die Hauptverkehrsstraße. Die Armee rückte an. (Die Armee hat noch nie gegen die Übergriffe Israels auf Südlibanon gekämpft oder gegen die Überfälle faschistischer Banden auf den Widerstand.) Die ersten Schüsse trafen gezielt den Anführer der Bewegung, den Freiheitskämpfer Ma'aruw Sa'ad. Die nachfolgenden Kämpfe zwischen der Bevölkerung und der Armee hatten 13 Tote zur Folge.

Natürlich wurde dann behauptet, der palästinensische Widerstand habe die Armee angegriffen. Natürlich gab der Ministerpräsident Solh (Moslem) der Armee (christlicher Stabschef) die Schuld. Der Vermittlungsversuch eines arabischen Ministers wurde durch einen gleichzeitigen Armeeangriff zunichte gemacht usw.

Der nächste schwere Angriff kam am Sonntag, dem 13. 4.. Angehörige der Banden der Falange-Partei machten einen Feuerüberfall auf einen palästinensischen Bus und ermordeten 22 Insassen. Da die Falange sich weigerte, die Mörder herauszugeben, führte der palästinensische Widerstand einen Gegenangriff aus. Die Falange griff nun palästinensische Gebiete an und verkündete: „Wir schießen auf alles, was sich bewegt." Die Armee trat nicht in Erscheinung. Die Kämpfe wurden drei Tage und Nächte lang auch mit schweren Waffen geführt. Sie forderten etwa 150 Tote und 300 Verletzte, darunter sicher manche unserer Freunde und Kampfgenossen.

Nach der Waffenruhe vom Mittwoch forderten Falange und Nationalliberale in provokativen Demonstrationen das Eingreifen der Armee (!). Doch bisher scheint es den fortschrittlichen Kräften in Libanon gelungen zu sein, den Angriff abzuwehren. Auf politischer Ebene konnten sogar neue Erfolge erzielt werden: In Tripoli übernahm ein „Volkskomitee für Nordlibanon", zeitweise die Macht und forderte die Auflösung der faschistischen Parteien.

Der nächste Schritt könnte sein, was die Faschisten vorbereiten und provozieren wollten, ein Eingreifen der Armee mit Unterstützung des US-Imperialismus, ein Krieg zur Vernichtung des palästinensischen Widerstands. Aber anders als 1970 in Jordanien sind die Erfolgsaussichten solcher Pläne heute in Libanon nicht gut. Das Ergebnis würde eine weitere Solidarisierung von libanesischer Volksbewegung und palästinensichem Widerstand sein. ●

Redaktion DIE INTERNATIONALE

Anmerkungen

(1) Arqub ist eine Region in Südlibanon, in der sich die palästinensischen Kämpfer aufgrund des Kairoer Abkommens von 1971 frei bewegen und Stützpunkte errichten können. Es existieren dort auch Stützpunkte und vereinigte militärische Kommandos der „Front zur Ablehnung kapitulationistischer Lösungen".

(2) Al Khalil (Hebron) steht hier als Beispiel für eine Stadt in den durch den zionistischen Staat Israel 1967 besetzten Gebieten Palästinas.

(3) Ma'aruw Sa'ad war der Führer des Aufstands der Fischer von Saida (vergl. Kasten). Er wurde bei einer Protestdemonstration gezielt von der libanesischen Armee erschossen.

(4) Nach Auflösung des osmanischen Reiches im ersten Weltkrieg gehörte Libanon zum französischen „Mandat" Syrien. 1941 erkämpfte es sich die Autonomie.

(5) Im Mai 1973 machte die libanesische Armee den Versuch, den Widerstand in Libanon zu besiegen und ihm die Kontrolle der Flüchtlingslager zu entreißen. Im gemeinsamen Kampf mit den fortschrittlichen nationalen Kräften Libanons wurde dieser Angriff abgewehrt (vergl. dazu DIE INTERNATIONALE 1).

(6) In der sogenannten „Libanonkrise" 1958 besetzen amerikanische Truppen das „unabhängige" Libanon, um den arabischen Befreiungskampf aufzuhalten und ihre Ölinteressen (Irak, Pipelines) zu sichern.

Erfolgreiche Solidaritätskampagne zur Unterstützung des M.I.R.

In der Zeit vom 4. bis 21. April fanden in sieben westdeutschen Städten und in Westberlin Veranstaltungen zur Unterstützung des Kampfes der chilenischen Arbeiter und Bauern und der Bewegung der revolutionären Linken (M.I.R.) statt, an denen sich rund 9.000 Menschen beteiligten und auf denen mehr als 80.000 DM für den M.I.R. gesammelt wurden!
Das ist ein – alles in allem – ausgezeichnetes Ergebnis!

Wie wir bereits in ARBEITERKAMPF Nr. 57 berichteten, waren für die ersten drei Aprilwochen (mit Schwerpunkt in der Zeit vom 6.-12. April) bundesweit Aktionen zur Unterstützung des chilenischen Widerstands und zur Befreiung der politischen Gefangenen geplant. Zum einen hatte der Koordinationsausschuß der westdeutschen Chile-Komitees zu einer Aktionswoche aufgerufen und dafür eine Resolution verfaßt. Der KB hatte diese Initiative ausdrücklich begrüßt und die Resolution unterzeichnet.

Zum anderen waren Vertreter des KB und des MIR übereingekommen, am 4. April in Hamburg eine Großveranstaltung beider Organisationen durchzuführen und in vier weiteren Städten Veranstaltungen zu organisieren, die von möglichst vielen fortschrittlichen politischen Organisationen g e m e i n s a m getragen werden sollten.

Gemessen an der Ankündigung des 'Koordinationsauschuß der westdeutschen Chile-Komitees', „eine breite (!) Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen in Chile durchführen" zu wollen (so in einem Brief an den KB, vom 4.3.), muß leider festgestellt werden, daß der Beitrag der Chile-Komitees zum Gelingen der Solidaritäts-Kampagne extrem schwach war (nur in Ausnahmefällen wurden überhaupt Anstalten gemacht, im
überhaupt Anstalten gemacht, im
Sinne der Resolution aktiv zu werden!) und daß darüberhinaus mehrere Chile-Komitees und die sie tragenden politischen Organisationen (vor allem der KBW) d i r e k t g e g e n die Veranstaltungen zur Unterstützung des MIR 'gearbeitet' haben.

Praktisch sah die Sache so aus, daß die meisten Chile-Komitees ihre ursprünglich geplanten Aktivitäten a m O r t abgeblasen haben, als sich herausstellte, daß die als „Höhepunkt der Kampagne" vorgesehene „nationale Großveranstaltung" nicht zustandekommen würde! Damit hatte offenbar – nach dem Verständnis dieser 'Komitees' – die gesamte Kampagne ihren Sinn und ihr „Ziel" verloren!?

In denjenigen Städten, in denen die örtlichen KB-Gruppen und die zur Unterstützung des M.I.R. arbeitenden GARM-Genossen an die politischen Organisationen und die Chilekomitees mit dem Vorschlag herangetreten waren, eine gemeinsame Veranstaltung mit Vertretern des M.I.R. durchzuführen (also in Hannover, Göttingen, Westberlin und Bremen), haben die Chile-Komitees und namentlich der KBW wenig unversucht gelassen, das Zustandekommen einer Aktionseinheit zu verhindern bzw. (dort, wo ihnen das nicht gelang) den Charakter der Veranstaltungen zu verfälschen.

In Hamburg wandte sich das Chile-Komitee überhaupt gegen eine Aktionseinheit mit dem KB. Denn es sei *„eine Tatsache, daß die Chilekomitees und ihr Koordinationsauschuß an sich schon eine Aktionseinheit ... verkörpern. Die Chilekomitees sind insofern ein Fortschritt, weil jetzt nicht zu jeder Solidaritätsaktion getrennte Aktionseinheitsgespräche geführt werden müssen ..."* (Brief an den KB). Ähnlich „argumentierten" auch Chilekomitees in anderen Städten.

Faktisch geht es darum, daß die Chilekomitees als angeblich „breite Aktionseinheit" sich ü b e r die politischen Organisationen stellen, obwohl klar ist, daß eine massenhafte Mobilisierung natürlich nirgendwo über die Chilekomitees laufen kann (dazu reicht ihr Einfluß gar nicht aus), sondern über die politischen Organisationen geführt werden muß.

Am Beispiel Hamburgs zeigt sich besonders klar, wie am Ort völlig bedeutungslose Gruppen (KBW, GIM-Trotzkisten) das Chilekomitee (das wesentlich von ihnen selbst gebildet wird) als Hebel benutzen wollten, um ihre Vorstellungen gegenüber dem Kommunistischen Bund durchzusetzen.

Vor allem der KBW verfolgt allerorts die Taktik, sich hinter Chilekomitees (bzw. in anderen Fragen eben anderen „Komitees") zu verstecken, um mit Unschuldsmiene, unter Berufung auf die „breite Aktionseinheit", die das Komitee nun mal darstelle, seine eigenen taktischen Vorstellungen durchzusetzen. Auf diese Vorstellungen angesprochen reagieren KBWler dann so, daß sie erklären, daß das Komitee ja ein breites Spektrum politischer Meinungen umfasse, die auf einer Minimalplattform zusammengefaßt seien. Deshalb habe seine Organisation auch nur bedingten Einfluß auf die Politik des Komitees...

Das kann man vielleicht Genossen erzählen, die nicht in den Chilekomitees arbeiten und die Verhältnisse dort nicht kennen. Tatsächlich waren es überall gerade die KBW-Vertreter in den Chilekomitees, die am schärfsten gegen eine Unterstützung der MIR-Kampagne eintraten, die die „Öffnung der Komitees" nach rechts propagierten (die Komitees müßten für eine Zusammenarbeit mit DKP, Jusos, amnesty international und sogar mit der Jungen Union etc. „offen" bleiben – d.h. von vornherein Zugeständnisse in ihrer Politik machen) usw.

In Bremen war es schließlich so, daß die M e h r h e i t des Chilekomitees die MIR-Veranstaltung unterstützte, während bestimmte KBW-Leute sich bis zuletzt mit Händen und Füßen dagegen sträubten; was dann den Bremer „Ortssekretär" Müller nicht daran hinderte, in der „KVZ"-Ortsbeilage sich als Sprecher der Chilekomitees aufzuspielen *(„Derzeit kommt es in Westdeutschland darauf an, die Chile-Komitees zu stärken")* und im selben Atemzug die von der Mehrheit des Bremer Chilekomitees unterstützte MIR-Veranstaltung als „spalterisch" etc. anzupinkeln.

Daß es dem KBW um nicht weniger als um die größtmögliche Schädigung der MIR-Veranstaltung ging (nachdem er sie schon nicht verhindern konnte), zeigt die Tatsache, daß m a s s e n h a f t die Plakate zur Veranstaltung vom KBW überklebt wurden (ähnliches wird aus Hamburg-Pinneberg berichtet).

In Westberlin ging der KBW gleich noch einen Schritt weiter: Nachdem er unsere Einladung zu Gesprächen über eine gemeinsame Durchführung der MIR-Veranstaltung erhalten hatte, setzte er flugs zum gleichen Tag eine „Großveranstaltung" zum „Volksentscheid gegen den § 218" an, und bot uns frecherweise auch noch „Verhandlungen" an, daß wir die MIR-Veranstaltung verschieben sollten. Im Übrigen könne der KBW eine MIR-Veranstaltung prinzipiell nicht unterstützen.

Auch in Hannover machten die KBW-Vertreter im Chilekomitee wilde Eiertänze, um die MIR-Veranstaltung zuerst zu verhindern, und als sie damit sich zunächst nicht im Komitee durchsetzen konnten, möglichst viele Steine in den Weg zu legen. So war es z.B. erst nach vielem hin und her möglich, daß dem MIR-Genossen überhaupt „erlaubt" wurde (vom KBW!), seinen Beitrag auf der Veranstaltung in voller Länge (etwa eine Stunde) halten zu können. Bei der inhaltlichen Erstellung des Aufrufflugblatts wehrten sich die KBW-Vertreter im Komitee gegen die Erwähnung des US-Imperialismus („würde den Rahmen sprengen") und der westdeutschen Freunde der chilenischen Faschisten („hat zu wenig mit Chile zu tun"). Schließlich schafften sie es sogar noch, im Komitee einen Beschluß durchzusetzen (sieben zu sechs Stimmen!), die MIR-Veranstaltung doch nicht zu unterstützen, weil ein Film gezeigt werden sollte (ein kurzer kubanischer Film über den gefallenen Generalsekretär des MIR, Miguel Enriquez), wodurch die Veranstaltung „zu einseitig" würde ...

In Göttingen unterstützte das Chilekomitee die MIR-Veranstaltung, während nur der KBW sich abseits hielt. Stattdessen erklärte er, er wollte die Solidaritätskampagne der Chilekomitees unterstützen. Diese „Unterstützung" verlief so erfolgreich, daß das Chilekomitee auf die wohl deprimierendste Bilanz seiner bisherigen Aktivitäten zurückblicken kann: Veranstaltungen in den Stadtteilen Geismar und Holtenser Berg zogen jeweils höchstens 15 bis 20 Menschen an.

„Einengung" der Solidarität?

Der KBW operierte durchweg mit der These, daß die MIR-Kampagne die Solidaritätsbewegung mit Chile „einengen" würde. Der MIR sei ja nur e i n e Organisation des chilenischen Widerstands, der KBW unterstütze jedoch den Widerstand i n s g e s a m t, und man wolle ja auch DKPler, Jusos, Gewerkschafter, amnesty international etc. ansprechen.

Nun hat für uns natürlich niemals die Frage gestanden, den MIR „exklusiv" zu unterstützen. Wir haben deshalb z.B. auch die Kampagne der Chile-Komitees für die Freilassung a l l e r politischen Gefangenen unterstützt; wir haben auch an den MAPU Spendengelder überwiesen; Genossen der Sozialistischen Partei Chiles sind in Hamburg auf einer unserer Veranstaltungen zu Wort gekommen, u.a.m. Umgekehrt ist es gerade der KBW, der z.B. gegenüber Palästina eine total „einseitige" Politik der ausschließlichen Unterstützung der „Demokratischen Volksfront" Hawatmehs verfolgt (die sich u.a. für den von den Sowjetrevisionisten vorgeschlagenen palästinensischen „Ministaat" einsetzt).

Wir sind allerdings der Meinung, daß wir zwar grundsätzlich mit allen antifaschistischen, antiimperialistischen Genossen Solidarität üben, aber daß es sehr wohl Unterschiede im Ausmaß und in der Art dieser Solidarität gibt. Wir halten es überhaupt nicht für gerechtfertigt, wenn wir mit einer revolutionären Organisation wie dem MIR in derselben Weise solidarisch wären wie mit der revisionistischen Partei, die letzten Endes mit ihrer verfehlten Politik zur Niederlage beigetragen hat und die heute im Wesentlichen noch immer dieselbe Linie verfolgt. Wir würden es auch für falsch halten, wenn wir Spenden für Chile nach dem Gießkannen-Prinzip über sämtliche Organisation ausgießen würden (einschließlich der Revisionisten) statt gezielt gerade die revolutionären Organisationen zu unterstützen, die im Kampf in C h i l e s e l b s t an vorderster Front stehen und die größten Opfer bringen, d.h. den MIR und in zweiter Linie den MAPU.

Was den KBW angeht, so ist festzustellen, daß er zum einen es mit seiner Ablehnung „einseitiger" Unterstützung eh nicht so genau nimmt (siehe z.B. Palästina); daß sich aber zum zweiten die Konsequenz seiner Haltung („keine bestimmte Organisation unterstützen") besonders klar im Fall Angolas zeigte, wo er die revolutionäre Organisation MPLA auf dieselbe Stufe stellte wie die antikommunistische, vom US-Imperialismus und seiner Marionette Mobutu (Kongo) aufgebaute FNLA, die inzwischen mit Massakern gegen Genossen und Anhänger der MPLA vorgeht, um die tatsächliche Unabhängigkeit Angolas zu verhindern.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Chilekomitees, und hier in erster Linie die Vertreter des KBW, zur Solidaritäts-Kampagne kaum einen Beitrag geleistet haben, daß sie (wiederum in erster Linie der KBW) zum Teil direkt mit allen Mitteln (bis zum Überkleben von Plakaten) gegen die Veranstaltung mit den Vertretern des M.I.R. gearbeitet haben. Trotzdem ist es ihnen nicht gelungen, den Erfolg der MIR-Kampagne zu verhindern. Es hat sich gezeigt, daß man für eine richtige Sache, wenn man konsequent und systematisch dazu mobilisiert, tatsächlich mehr Menschen ansprechen kann, als durch die Taktik der „Öffnung nach rechts", der „unpolitischen" Verflachung und der opportunistischen Zugeständnisse. Dieses Ergebnis sollte für Chilekomitees und KBW vielleicht ein Anlaß sein,
und KBW vielleicht ein Anlaß sein,
ihre bisherige Praxis selbstkritisch zu überprüfen.

Die Veranstaltungen zur Unterstützung des M.I.R.

Da die Veranstaltungen zur Unterstützung des M.I.R. in allen Städten im wesentlichen immer gleich strukturiert waren, werden wir uns bei der Berichterstattung im Folgenden darauf beschränken, die Teilnehmerzahlen, das Spendenergebnis und die die Veranstaltung tragenden Organisationen zu nennen.

In der Regel wurden bei Veranstaltungsbeginn zwei Referate (eins von den veranstaltenden westdeutschen Organisationen und eins von einem Vertreter des M.I.R. bzw. der GARM) gehalten, in denen auf die Fragen der sogenannten „Umschuldungsverhandlungen", die Situation der chilenischen Werktätigen im allgemeinen und die Lage der politischen Gefangenen im besonderen eingegangen wurde.

Die chilenischen Genossen formulierten dabei als zentrale Aufgaben der internationalen Solidarität:

- **Boykott aller chilenischen Produkte!**
- **Druck auf die eigenen Regierungen ausüben, um Investitionen und Kredite an Chile zu verhindern!**
- **Kampf gegen die diplomatischen Beziehungen zur Junta!**
- **Die Solidaritätsbewegung mit dem Kampf der chilenischen Arbeiter und Bauern verbreitern!**
- **Freiheit für alle politischen Gefangenen erkämpfen!**

Den zweiten Abschnitt der Veranstaltungen bildete die Diskussion – bestehend aus Fragen an die M.I.R.-Genossen und deren Antworten.

Zu einem kämpferischen Höhepunkt wurde bei allen Veranstaltungen der Auftritt der Musikgruppe KARAXU, die die versammelten Freunde und Genossen immer wieder zu Beifallsstürmen hinriß und die jeweils erst mehrere „Zugaben" bringen mußte, bevor sie ihren Auftritt beenden konnten.

Hamburg

Kämpferischer Auftakt der Veranstaltungsreihe war eine von KB und M.I.R. gemeinsam getragene Großveranstaltung am 4. April, zu der über 3.000 Kollegen, Freunde und Genossen kamen. Der M.I.R. hatte (nur) zu dieser Veranstaltung den Genossen Luis Cerda geschickt.

Dank intensiver Vorbereitung und breitester Mobilisierung konnten auf der Veranstaltung über 50.000 DM gesammelt und dem M.I.R. übergeben werden (auf der Veranstaltung selbst kamen etwa 45.000 DM zusammen; dazu brachten dann noch Lehrlinge, Schüler und Genossen aus der Stadtteilorganisation des KB vorher gesammelte Geldbeträge „in den großen Topf" ein).

WARUM HAT DER KBW DIE MIR-VERANSTALTUNG NICHT MITGETRAGEN ?

Am Montagabend fand in der "Gondel" eine Veranstaltung zur Unterstützung des chilenischen Widerstandes statt. Über 500 Menschen kamen, und viel Geld wurde für den chilenischen Widerstand gespendet, was die Breite der Chile-Solidarität in Bremen zeigt. Träger der Veranstaltung war die chilenische Organisation MIR und unter anderem der KB Nord.
Verschiedene Kollegen haben Mitglieder des KBW gefragt, warum die KBW-Ortsgruppe nicht die Veranstaltung mitgetragen hat. Das hat folgende Gründe:
Das Vorgehen des MIR und des KB Nord in der Vorbereitung der Veranstaltung waren nicht geeignet, die Chile-Solidaritätsbewegung zu festigen.
Ohne vernünftigen Grund hat nun die MIR in Bremen den Rahmen des Chile-Komitees, des Trägers der Aktionseinheit der Chile-Solidarität, nicht genutzt. Zentrale Absprachen mit den Chile-Komitees über die Unterstützung der Komitee-Kampagne zur Freilassung der chilenischen politischen Gefangenen hat die MIR nicht eingehalten, sondern parallel dazu eigene Veranstaltungen im norddeutschen Raum durchgeführt. Das schadet der Solidaritätsbewegung, weil es sie spaltet. Derzeit kommt es in Westdeutschland aber darauf an, die Chile-Komitees zu stärken und dadurch die Einheit der Solidaritätsbewegung weiterzuentwickeln, gerade auch, um die schädliche Spaltung durch die Komitees unter Juso/DKP-Führung zu überwinden.
Der KB Nord, dessen schädliche Nichtteilnahme an der zentralen Chile-Demonstration noch nicht vergessen ist, bestärkt diese Spaltung noch, indem er die Bedeutung der Chile-Komitees als Träger der Einheit der Solidaritätsbewegung leugnet.
Weiter hat der KBW die Veranstaltung nicht mitgetragen, weil von MIR und KB Nord die offene politische Stellungnahme um die Linie des Widerstandes nicht akzeptiert wurde. Eine solche Auseinandersetzung ist aber notwendig, wenn unter den tragenden Organisationen und unter den Massen Differenzen in vielen Fragen zur Einschätzung des Widerstandes und zu den Aufgaben der Solidarität bestehen. Denn ohne Klarheit in diesen Fragen kann die Chile-Solidarität nicht vorankommen. Die Veranstaltung hat die breite Chile-Solidarität in Bremen gezeigt, war aber andererseits Ausdruck der Spaltung. Jetzt kommt es darauf an, mit allen Kräften die von den Chile-Komitees eingeleitete Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen zu unterstützen
W.M.

Stellungnahme des KBW

Frankfurt

In Frankfurt wurde die Chile-Woche (4. bis 12. April) mit einem ziemlich ausgefüllten Programm durchgeführt: Eine überwiegend kulturell gestaltete Eröffnungsveranstaltung, eine Veranstaltung zur Beteiligung der Frauen am Kampf gegen die Militärdiktatur, ein kleines Solidaritätsfest, eine Veranstaltung des MIR und eine Abschlußdemonstration. Diese MIR-Veranstaltung und die abschließende Solidaritätsdemonstration wurden von unserer Gruppe insbesondere unterstützt und dazu mit einem eigenen Flugblatt und Plakaten mobilisiert.

Höhepunkt der Chile-Woche in Frankfurt waren der 11. und 12. April: Vor ca. 1.200 Teilnehmern (in einem dichtgedrängten Saal mit rund 750 Sitzplätzen) sprach die Genossin Carmen Castillo, Gefährtin des im Kampf gegen die Militärdiktatur gefallenen MIR-Generalsekretär Miguel Enriquez, über die heutige Situation in Chile und über die Entwicklung des Widerstands, seine Aufgaben und seine Schwierigkeiten. Der Auftritt der Musikgruppe KARAXU sorgte darüberhinaus (trotz eines nachher vollständigen Ausfalls der technischen Anlage) für eine kämpferische Stimmung. An diesem Abend wurden überschlagsweise 3.000 DM für den MIR gesammelt.

KB/Gruppe Frankfurt

Hannover

Die Veranstaltung in Hannover wurde von ca. 250 Menschen besucht und es wurden rund 1.500 DM für den M.I.R. gespendet.

Wenn man bedenkt, daß diese Veranstaltung – trotz zahlreicher Versuche seitens KB und GARM eine breitere Aktionseinheit herzustellen – nur von der Hannoveraner Gruppe des KB, dem Kollektiv vom Thälmann-Buchladen, dem Asta der TU/Hannover und der GARM organisiert wurde und daß zur gleichen Zeit in Hannovers Innenstadt rund 3.000 Menschen an einer Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen teilnahmen, so muß das Ergebnis insgesamt noch recht positiv gewertet werden.

Göttingen

Rund 700 Menschen besuchten die Solidaritätsveranstaltung mit dem M.I.R. am 17. April in der Göttinger Uni. Die Veranstaltung war kämpferischer Höhepunkt einer Chile-Solidaritätswoche, in der mit Info-Ständen, Stellwänden, Plakat- und Flugblattaktionen breit für die politische und materielle Unterstützung des chilenischen Widerstands geworben wurde.

Zu der Veranstaltung hatten aufgerufen die GARM, das örtliche Chile-Komitee, GIM, Jusos, IK/KHB und die KAG (wobei nicht verschwiegen werden soll, daß die Hauptaktivität der Kampagne bei den Genossen der GARM, der KAG und den Genossen des mit uns befreundeten IK/KHB lag!).

Es wurden insgesamt 6.450 DM gesammelt, was für Göttinger Verhältnisse ein stattliches Ergebnis ist!

Bochum

Noch bevor die Genossen des M.I.R. nach Göttingen kamen, veranstalteten sie in Bochum eine Solidaritätsversammlung, die von 500 Menschen besucht wurde und auf der 3.600 DM gespendet wurden. Welche Organisationen diese Veranstaltung mitgetragen haben, ist uns z.Zt. nicht bekannt.

Westberlin

Die Veranstaltung in Westberlin am 18. April fand in dem zweitgrößten Raum der Technischen Universität statt, der mit 1.000 Menschen überfüllt war.

Aufgerufen hatten dazu die örtliche KB-Gruppe, die „KPD", die Liga, GIM, Spartacus, die palästinensische „Ablehnungsfront" und der M.I.R.

Es muß allerdings auch hier gesagt werden, daß die Mobilisierungsarbeit der meisten Organisationen nicht gerade hilfreich war (während Spartacus die Veranstaltung nur kurz in seiner Mai-Zeitung erwähnt hat, richteten Liga und „KPD" ihre Hauptaktivitäten auf eine „nationale Vietnam-Demonstration", die am gleichen Tag von ihnen in Mannheim durchgeführt wurde).

Die Sammlung zugunsten des M.I.R. erbrachte rund 7.000 DM!

FORTSETZUNG SEITE 22

ZDF über Chile: „Arbeitslos die Annehmlichkeiten Santiagos zu genießen ...”

General Pinochet ist Chef der chilenischen Militärjunta, selbsternannter Staatspräsident und hauptverantwortlich für die faschistischen Verbrechen am chilenischen Volk.

Noch heute empfängt Pinochet tagtäglich den Chef der Geheimpolizei und erteilt persönlich die Mord-, Terror- und Folterbefehle, wie Sicco Mansholt, der frühere Präsident der EG-Kommission, Ende März nach einer Informationsreise durch Chile berichtete.

Am Mittwoch, dem 2.4.75, erhielt dieses Faschistenschwein im Rahmen der derzeitigen Unterstützungskampagne der CDU/CSU für den chilenischen Faschismus Gelegenheit, im ZDF-Magazin des Zweiten Deutschen Fernsehens aufzutreten, das ja bekanntlich von seinen Gesinnungsfreunden Löwenthal und Schenk moderiert wird. Dort konnte dieser Verbrecher unwidersprochen den faschistischen Terror am chilenischen Volk leugnen, während stattdessen in der Magazinsendung versucht wurde, die ungeheuer große wirtschaftliche Not der ausgeplünderten chilenischen Arbeiterklasse herunterzuspielen bzw. dem „von der marxistischen Allende-Regierung hinterlassenen Wirtschaftschaos" anzulasten.

Fritz Schenk als Moderator kündet als erstes einen aktuellen Filmbericht aus Chile an. Damit die Zuschauer die Aussagen des Filmberichts nicht anzweifeln, wird als sein Autor ein „Experte" vorgestellt. Schenk: „*Jürgen Koch, der Autor unseres Berichts, ist auf Kuba geboren und aufgewachsen. Er kennt die Mentalität und Geschichte der Lateinamerikaner und spricht ihre Sprache. Chile hat er zweimal unter Allende besucht, mit dem er 1971 eine Reise zu einer Kupfermine unternahm. Der Autor war November 73 in Santiago und interviewte für uns den damaligen Innenminister Bonilla*". Anschließend läuft der Film an. Zu sehen sind Marktstände mit lebhaften Käufern und Verkäufern. Die Stände sind mit zig tropischen Früchten und anderen Lebensmitteln wie für ein Theaterstück dekorativ aufgebaut. Die Sonne scheint. Dazu der Sprecher: **Dies sei ein Markt „in einem ärmeren Viertel" von Santiago.**

nem ärmeren Viertel" von Santiago.

Zur Verfügung stehe ein „reichhaltiges Angebot" von Lebensmitteln, das „keine Wünsche" offen lasse.

Wie gut muß ein Markt erst in einem nicht so „ärmlichen Viertel" aussehen? Die Kamera blendet einen Fleischstand ein, gut gefüllt, versteht sich. Der Sprecher: **Die Waren seien allerdings für den „Durchschnittsbürger" teuer. So koste ein Kilo Steak umgerechnet 4 Mark, so daß „bei einem mittleren Monatseinkommen von rund 100 Mark" ein Chilene „auf sein tägliches (? !) Stück Fleisch verzichten muß.**

Kein Wort davon, daß selbst höhere Löhne nicht mehr dazu ausreichen, eine Arbeiterfamilie auch nur halbwegs satt zu machen. Ganz zu schweigen von den ca. 20% Arbeitslosen, die eine wesentlich niedrigere Unterstützung erhalten bzw. gar keine, wenn sie aus politischen Gründen (als frühere Anhänger der UP oder Gewerkschaftsmitglieder z.B.) auf „schwarzen Listen" standen und entlassen wurden. Die Verelendung geht inzwischen soweit, daß z.B. in Barranca, einem Vorort von Santiago, ein Drittel der Kinder unter 6 Jahre Ende vergangenen Jahres im unterernährten Zustand aufgefunden wurde, wie „FR" vom 5.4.75 berichtete! Dem „Spiegel" (Nr. 3/75) nach berichteten immer wieder Lehrer aus den Arbeitervierteln Santiagos, daß Kinder im Unterricht vor Hunger ohnmächtig werden.

Dieses Elend reduziert sich im ZDF-Magazin auf „teure" Preise für „Steak", so daß im „Armenviertel" der Chilene auf „sein tägliches Stück Fleisch verzichten" muß. Wer kann sich darüber empören, sind doch auch in Westdeutschland die Fleischpreise nicht die niedrigsten, vom täglichen Steak in Arbeiterhaushalten ganz zu schweigen.

Der nächste Filmteil soll beweisen, daß es dem chilenischen Volk unter der Junta besser geht, Es werden Archivaufnahmen aus der Regierungszeit der Unidad Popular angekündigt:

Die Bilder sind düster, ohne Farbe. Man erkennt eine längere Menschenschlange, die vor einem Geschäft ansteht. Der Sprecher berichtet, daß unter Allende „das Warenangebot nicht immer so reichhaltig" war, man „stundenlang anstehen mußte" und „oft nichts für sein Geld bekam."

Im nächsten Bild stehen Polizisten vor einem Tor. Dazu heißt es, diese Polizisten bewachten die Hausfrauen, damit sie nicht zuviel einkauften. Denn solche Kontrollen seien nötig gewesen, da „willkürliche und ungesetzliche Enteignungen und Besetzungen von Betrieben aller Art" Chiles Wirtschaft „unter der Volksregierung Allendes" in „Unordnung" gebracht hätten.

Diese Angaben sind erlogen, das es während der Regierungszeit der Unidad Popular eine stärkere Steigung der Kaufkraft der Löhne gegeben hat. Die Versorgungsengpässe waren andererseits durch die Imperialisten, u.a. durch die reaktionären Boykotts der Fuhrunternehmer, künstlich herbeigeführt worden, um die UP-Regierung in den Monaten vor dem Putsch in die Knie zu zwingen und somit einen Vorwand für den Staatsstreich zu haben. Später gab der CIA dann ja auch bekannt, daß er den Fuhrunternehmerstreik finanziert hat.

Der dritte Teil des Filmberichts zeigt Aufnahmen von Arbeiterdemonstrationen während der UP-Regierungszeit. Dazu der Sprecher:

Unter Allende sei es in Chile nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch „bergab" gegangen. Allende habe versucht, „Volkstribunale" einzuführen und das Parlament in eine „Volkskammer" umzuwandeln. In Chile habe das „Chaos regiert", das oberste Gericht und das Parlament hätten festgestellt, daß Allende oft „gegen die Verfassung verstoßen" habe.

Schließlich behauptet der ZDF-Sprecher ganz frech:

„Das Parlament forderte die Streit-

„Das Parlament forderte die Streit-

kräfte auf, die Ordnung wieder herzustellen." Diese gelangten dann zur Überzeugung, daß „Allende Chile in eine kommunistische Diktatur führe", aus der es „später kein Entkommen" gebe. Deswegen „beschlossen sie, die Macht vorübergehend zu übernehmen."

Dieser Rechtfertigungsversuch des faschistischen Militärputsches ist insofern besonders zynisch, da die Unidad Popular leider immer wieder auf dem friedlichen, parlamentarischen, verfassungsmäßigen Weg zum Sozialismus bestanden hat und dadurch die chilenische Arbeiterbewegung dem blutigen faschistischen Putsch waffenlos ausgeliefert hat.

Der nächste Teil des ZDF-Films widmet sich der wirtschaftlichen Entwicklung Chiles und soll anscheinend westdeutschen Kapitalisten Mut machen, in Chile zu investieren. Zu Wort kommt Paul Saez, Wirtschaftskoordinationsminister der faschistischen Junta, der von „nur noch" 375 % Inflation 1974 spricht. Tatsächlich waren es einem Geheimbericht der Weltbank nach mindestens 600 %. Das ist mehr als doppelt soviel Preisanstieg als im letzten Jahr der UP-Regierung, als der Imperialismus mit den USA an der Spitze im Bunde mit den chilenischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten durch Boykott und Sabotage der chilenischen Wirtschaft für eine künstliche Zerrüttung der chilenischen Wirtschaft sorgte. (Inflationsrate im letzten Jahr der Allende-Regierung: 286%) Anschließend werden Bilder aus der chilenischen Bergbauindustrie gezeigt, vor allem der Salpeter-Industrie, in der angeblich 70 Mill. vom Staat investiert werden sollen. Der ZDF-Kommentator dazu:

„Hier (gemeint ist die Salpeter-Industrie) gäbe es auch vakante Stellen für die vielen Arbeitslosen in der Hauptstadt, die es allerdings nicht in die Wüste zieht (!!). Sie ziehen es vor, lieber (!!!) arbeitslos die Annehmlichkeiten der Großstadt (!!!!) zu genießen und auf bessere Zeiten zu warten als jetzt Arbeit und Auskommen in den Salpeterminen zu finden".

Angesichts einer Arbeitslosenquote von 20%, die der chilenischen Arbeiterklasse durch die brutale Wirtschaftspolitik der Faschisten aufgezwungen wurde (Massenentlassungen, Ableistung unbezahlter „freiwilliger" Überstunden, immenser Lohnabbau usw.), ist die Argumentation der ZDF-Reporter besonders schweinisch. Wir hoffen stark, daß die Arbeiterbewegung alsbald diesen Leuten Gelegenheit gibt, ähnliche „Annehmlichkeiten" mal am eigenen Leibe auszuprobieren.

Danach betont der ZDF-Sprecher nochmals, daß Chile ausländisches Kapital benötigt. Anschließend wird am Beispiel der chilenischen Tochter der Firma Rosenthal, deren Besitzer übrigens ein hoher SPD-Funktionär ist, dargestellt, wie sehr sich die Ausbeutung des chilenischen Volkes für die Imperialisten lohnt. Interviewt wird Rosenthals Geschäftsführer in Chile, ein Herr Speich. Er berichtet::

„Unsere Firma produziert seit Mitte 1970. Es handelt sich dabei um eine recht gute Ehe zwischen deutschem Kapital, deutschem „Know how" und chilenischen Arbeitskräften und chilenischen Rohstoffen ... Trotz der unternehmerfeindlichen Politik der früheren Regierung haben wir mit unserem chilenischen Personal sehr gute Erfahrungen sammeln können ..."

Das ist eine ganz besondere Form der Solidarität mit dem chilenischen Volk, die unser sozialdemokratischer Kapitalist Rosenthal zeigt! Abschluß und Höhepunkt des ZDF-Films bilden folgende Szenen: 1. Pinochet, wie er von angeblichen Arbeitern bei einer „Fabrikbesichtigung" gefeiert wird und 2. ein Badestrand mit mehreren jungen Mädchen im Bikini, die fröhlich im Wasser tummeln. Der ZDF-Kommentar:

„Staatspräsident Pinochets Regierung wird durch „die internationale marxistische Propaganda als Terrorherrschaft blutrünstiger Generale bezeichnet. Die Arbeiter, die ihn hier bei einem Fabrikbesuch begrüßen, scheinen da etwas anderer Meinung zu sein. Kein Chilene wird heute bestreiten, daß die Militärs nach dem Sturz Allendes ein autoritäres Regime errichtet haben. Doch das Leben hat sich im Vergleich zu damals normalisiert ... Dem Land und seinen Menschen wir nicht mit Boykott geholfen, sondern mit Investitionen".

Ein in dieser ZDF-Magazin-Art gedrehter Film über KZs im Dritten Reich würde wahrscheinlich Hitler als Erbauer größerer Sanatoriumsanlagen feiern, über die nur die „jüdische Weltpresse" (= internationale marxistische Propaganda) Greuelmärchen verbreite.

Nachdem das Fernsehpublikum so vorbereitet worden ist, kommt anschließend Pinochet selber zu Wort.

Dieser Faschist behauptet dann im ZDF-„Interview", daß jeder Ausländer in Chile feststellen könne, „daß hier Freiheit geatmet wird, daß man hier hoffnungsvoll in die Zukunft schaut ...".

Der faschistische Terror, die Massenverhaftungen, KZs, Morde und Folter seien nichts weiter als Erfindungen der „internationalen marxistisch-leninistischen Propaganda".

Nur am 11. September 1973, dem Tag des Militärputsches, hätten in dieser „Ausnahmesituation" einige Personen „ihre Kompetenzen überschritten". Pinochet dann wörtlich: „Aber diese Ausnahmesituation ist ausgestanden. Ich habe zur Zeit, das kann ich Ihnen zeigen, 219 schwebende Gerichtsverfahren gegen Sicherheitskräfte laufen, die ihre Kompetenzen überschritten haben und die im Gefängnis sitzen.

Ich muß hier sagen, daß ich christlich (!!) erzogen worden bin, ich bin p r a k t i z i e r e n d e r C h r i s t ..."

Diese Behauptungen konnte Pinochet verbreiten, ohne daß einer seiner ZDF-Gesinnungsfreunde ihm widersprochen hätte. Angesichts der täglichen Folterberichte aus Chile, auf die inzwischen sogar imperialistische Politiker, wie z.B. der frühere EG-Kommissar Mansholt, hinweisen, ist die ZDF-Sendung nichts anderes als die Verharmlosung und Verherrlichung faschistischer Gewaltverbrechen. Man erinnere dagegen, wie halbwegs liberale Journalisten sofort gefeuert wurden, wenn kritische Beiträge den Funk- und Fernsehverantwortlichen nicht paßten. ●

Chemiekomitee/KB Gruppe Hamburg

FORTSETZUNG VON SEITE 21

München

Am 20. April veranstalteten der M.I.R. und das Kollektiv „Rote Rübe" eine Solidaritätsversammlung in München, die mit über 1.500 Teilnehmern bestens besucht war. (Leider wissen wir nicht, wieviel die auch dort durchgeführte Spendensammlung ergeben hat).

Bremen

Die letzte Veranstaltung im Rahmen der Solidaritätskampagne fand am 21. April in Bremen statt. Hier war es (gegen den heftigsten Widerstand und offene Sabotageversuche des KBW) gelungen, eine Aktionseinheit von GARM, Chilekomitee, Arbeiterpolitik, GIM, Spartacus und KB herzustellen und die Veranstaltung gemeinsam vorzubereiten (Referat, Aufrufflugblatt etc.)

Zu der Veranstaltung konnten mehr als 500 Menschen mobilisiert werden, was für Bremer Verhältnisse ein gutes Ergebnis ist (zumal der KBW, der in Bremen mit Abstand die stärkste Organisation der Linken ist, die Sache offen boykottiert hat!).

Es wurden mehr als 4.000 DM gesammelt und den Vertretern des M.I.R. übergeben. ●

USA und BRD an der Spitze: Imperialisten finanzieren Chile

Die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Chile haben Anfang April zur zweiten Umbildung der faschistischen Junta-Regierung geführt. 17 Minister des chilenischen Kabinetts haben ihren Rücktritt eingereicht, um, wie das Junta-Pressesekretariat erklärte, dem General Pinochet „absolute Aktionsfreiheit" zur Behandlung der Krise zu geben.

Obwohl erst vor kurzem „Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaftspolitik" beschlossen wurden, beträgt nach offiziellen Angaben die Inflationsrate 375%, nach inoffiziellen Angaben liegt sie bei 600%, bei den notwendigen Konsumgütern erreicht sie 1.000%!

Allein in den letzten zwölf Monaten sind die Preise 22 mal gestiegen, der Lohn maximal um nur das 10-fache. „Ich kann mit der Familie am Sonntag nicht mehr in die Stadt fahren, die Kosten für die Busfahrt übersteigen meinen Tageslohn" gestand ein noch relativ gut verdienender Mechaniker („FR" vom 5.4.75).

Hinzu kommt, daß die Arbeitslosigkeit inzwischen nach offiziellen Schätzungen 10%, nach inoffiziellen Schätzungen sogar 20% beträgt. (Bei den 20% Arbeitslosen sind die aus politischen Gründen Entlassenen mitenthalten).

Die faschistische Junta in Chile ist, da ihr das Wasser buchstäblich bis zum Hals steht, auf massive Unterstützung durch das ausländische Kapital angewiesen, um den wirtschaftlichen Bankrott zu mildern.

Umschuldungsverhandlungen verschoben

Bei den spektakulär bekannt gewordenen Umschuldungsverhandlungen geht es darum, daß Chiles Auslandsschulden in Höhe von 310 Millionen Dollar einen Zahlungsaufschub von 1-2 Jahren erhält. Die Konferenz mußte allerdings auf unbestimmte Zeit verschoben werden, da sich von den 14 „Gläubigerländern" sieben Länder bisher geweigert haben, an den Verhandlungen teilzunehmen bzw. eine Kreditverlängerung zu gewähren. Daß sich die imperialistischen Staaten über dieser Frage anscheinend in zwei Lager gespalten haben, ist darauf zurückzuführen, daß es in den Ländern Italien, Großbritannien, Holland, Belgien und Skandinavien, die eine Teilnahme verweigerten, eine relativ breite Bewegung innerhalb der Bevölkerung gibt, die das faschistische Terrorregime in Chile verurteilt und die Finanzhilfe für Chile eindeutig als Unterstützung dieses Regimes brandmarkt.

Zu den Befürwortern der Umschuldungsverhandlungen gehören neben Kanada, Spanien, Japan, Schweiz, Frankreich auch die USA und die BRD, die mit 70 Millionen DM die Hauptlast des Schuldenberges neben den USA (100 Mill. Dollar) trägt.

Die USA hat offen die Vorantreiber-Rolle für ein Zustandekommen der Umschuldungsverhandlungen übernommen.

So wurde z.B. versucht, über Einzelgespräche mit den einzelnen Regierungsdelegationen ein Scheitern der Verhandlungen zu verhindern, was dann allerdings nicht mehr klappte. Die USA ließen daraufhin verkündigen, daß sie die „Vermischung wirtschaftlicher und handelspolitischer Beziehungen" mit politischen Interessen" für „höchst gefährlich halten" („FAZ" vom 24.3.75)

Dies haben sie seit dem Putsch im September 1973 hinreichend bewiesen, indem sie der faschistischen Junta bisher 237 Millionen Dollar Unterstützung gezahlt haben.

Die Bundesregierung dagegen versucht, die Hilfe an Chile mit allen möglichen „faulen" Begründungen zu kaschieren. Diesmal soll die Verlängerung des Kredites davon abhängig gemacht werden, daß sich die Junta verpflichtet, das Geld nicht zur Entschädigung der unter Allende verstaatlichten US-Konzerne zu verwenden.

Ähnlich wurden auch bisherige materielle Hilfesendungen der Bonner SPD/FDP-Regierung für die Junta mit „humanitärem" oder „juristischem" Gefasel bedacht. Erinnert sei an die Gewährung des 21,1 Millionen DM Kredites, welcher mit der Freilassung des ehemaligen Ministers unter Allende, Almeyda, verbunden wurde, sowie der Weizenlieferung nach dem Putsch im September 1973. (Die Weizenlieferung wurde damals von der SPD/FDP-Regierung als „humanitäre Hilfe" für die notleidenden chilenischen Arbeiter ausgegeben. Die australischen Arbeiter haben es da ihrer sozialdemokratischen Regierung schwieriger gemacht: eine Lieferung von 300.000 t Weizen an Chile wurde aufgrund des Protestes der australischen Hafenarbeiter, die sich weigerten, die Ladung zu verschiffen, verhindert).

Bundesforschungsminister Matthöfer, als Chile-Spezialist innerhalb der SPD bekannt, benutzte sein „fortschrittliches" Image dazu, Kritikern an dem faschistischen System in Chile die Haltung der Bundesregierung in der Frage der Umschuldungsverhandlungen schmackhaft zu machen.

Auf einer Tagung am 22.3. im Frankfurter DGB-Haus mit chilenischen Exil-Gewerkschaftern wurde Matthöfer daraufhin heftig kritisiert, da er uneingeschränkt die Meinung der Bundesregierung vertrat und die Teilnahme an den Umschuldungsverhandlungen verteidigte.

Die chilenischen Exil-Gewerkschafter betonten dagegen, daß die sofortige Rückzahlungsverpflichtung den Sturz der chilenischen Militärdiktatur begünstigen würde und die BRD durch ein Fernbleiben von den Verhandlungen dazu einen wichtigen Beitrag leisten könnte. („FR", 24.3.)

Weitere Kredite für Chile

Kaum bekannt wurde eine kürzlich vom Internationalen Währungsfonds bewilligte Kredithilfe in Höhe von 79 Millionen Dollar (?) an Chile. (Der Internationale Währungsfonds ist eine „Weltbank" mehrerer imperialistischer Länder).

Nach Ansicht des Währungsfonds ist die Lage in Chile wirtschaftlich immer noch sehr unbefriedigend, was einen sogenannten „Beistandskredit aus Sonderziehungsrechten" notwendig mache.

Bemerkenswert ist außer der Summe von 79 Millionen (Dollar?), die bei der momentanen wirtschaftlichen Lage eine erhebliche Hilfe darstellt, daß der Gewährung dieses Kredites auch die imperialistischen Länder zugestimmt haben, die bei den Umschuldungsverhandlungen in Paris zunächst interveniert hatten. D.h., daß sich alle imperialistischen und kapitalistischen Länder in der Gewährung der Hilfe für das faschistische Chile einig sind, sie keine grundsätzlich andere Haltung haben. Nur müssen einige Regierungen, so z.B. England, der breiten Protestbewegung in ihrem Land irgendwie Rechnung tragen. (England hatte die Verhandlungen in Paris mit der Begründung abgesagt, daß man Chile solange keine Zahlungserleichterungen gewähren sollte, als dort die Menschenrechte wieder hergestellt seien ...)

Pinochet, sich dessen bewußt, daß die „Gesundung" der chilenischen Wirtschaft maßgeblich vom ausländischen Kapital abhängt, versicherte zugleich, daß er „in enger Konsultation mit dem internationalen Währungsfonds zu binnenwirtschaftlicher Stabilisierung und harten außenwirtschaftlicher Disziplin" kommen will. D.h. die Repression und den Druck gegenüber dem chilenischen Volk noch mehr zu steigern, um die eigenen Profitgelüste und die der Imperialisten zu stillen. ●

Chemie-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

CDU auf Propaganda-Feldzug für chilenische Faschisten

Anfang April kehrte der „entwicklungspolitische Sprecher" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen G. Todenhöfer, von einer 3-wöchigen Lateinamerikareise zurück, bei der er u.a. mit Junta-General Pinochet zusammengetroffen war. Todenhöfer wollte anschließend in der Bundesrepublik für eine moralische Aufwertung Chiles sorgen und außerdem möglichst zusätzliche Geldquellen zur Unterstützung der Junta locker zu machen.

Die westdeutsche CDU/CSU hat mit der uneingeschränkten Unterstützung, die sie der faschistischen Junta zollt, erneut bewiesen, daß sie an reaktionärer und faschistischer Ideologie ihre europäischen „Schwesterparteien" noch in den Schatten stellt:

Auf einer Pressekonferenz nach seiner Rückkehr berichtete Todenhöfer, daß die Militärjunta *„fest entschlossen"* sei, zur Demokratie zurückzukehren und *„wieder Parteien zuzulassen"*. Allerdings könnte dies noch lange dauern (!), da man erstmal eine *„sichere Lage"* herstellen müßte, bis der *„Kommunismus eingedämmt"* sei.

Die gegenwärtige ökonomische Situation Chiles wurde durch Todenhöfer als *„wirtschaftlich konsolidiert"* beschrieben. *„Das Gesundheitswesen sei großzügig, das Erziehungswesen kostenlos"* (vgl. „Folterzentren und Kinder-KZ" in diesem AK). *„Hunger und offene Arbeitslosigkeit gehörten der Vergangenheit an."* (Frankf.Rundschau v. 2.4.75.)

Derartige Darstellungen über die Lage in Chile, die die Wirklichkeit geradezu auf den Kopf stellen, entlarven Todenhöfers Aufgabe als Fürsprecher der Junta in Westdeutschland.

Zu den politischen Gefangenen in Chile gab Innenminister Benavides Todenhöfer eine Zusammenstellung, nach der es in Chile „nur" 4.453 politische Gefangene gibt. 1.557 seien davon bereits abgeurteilt und Pinochet habe *„aus Respekt vor der Justiz"* auch nicht die Absicht, sie freizulassen. 1.780 seien noch in Untersuchungshaft, während 1.116 aufgrund des *„bestehenden Ausnahmezustandes inhaftiert"* seien.

Diese Zahlen sind gefälscht und überall auf Protest gestoßen. Bischof Helmut Frenz der evangelischen Kirche Chiles, der sich für politische Häftlinge in Chile einsetzt, berichtete z.B. dem Lateinamerika-Referenten des Diakonischen Werks der evangelischen Kirche in Westdeutschland, W. Rostan, daß er von 6.000 - 8.000 politischen Häftlingen in Chile wisse (!), plus 1.000 - 1.500 Menschen, die spurlos verschwunden seien, plus mindestens 1.000 „Präventivhäftlingen" (das sind kurzfristig Festgenommene. (Nach „Frankf. Rundschau" vom 4.4.75.)

Das kürzlich in Brüssel abgehaltene Russel Tribunal II lag in seinen Schätzungen über Gefangenenzahlen, die u.a. von chilenischen Widerstandskämpfern erhoben wurden, wesentlich höher: Allein in der Zeit vom Januar bis November 1974 habe es 40.000 Festnahmen gegeben. Es kam des öfteren vor, daß in einer Woche allein 2.500 Menschen verhaftet wurden. (So geschehen in der Woche vom 14. - 18. Februar, „die Tat" vom 1.3.75.)

Nicht zu vergessen die 20 - 30.000 ermordeten Männer, Frauen und auch Kinder, die der faschistischen Junta bisher zum Opfer gefallen sind.

Die Junta selbst versucht das zu vertuschen, indem sie einen Großteil der politischen Gefangenen einfach als „Kriminelle" bezeichnet. Ebenso werden gerade die Verhaftungen bekannter Revolutionäre abgestritten. (Z.B. die Verhaftung und Folterung des Genossen Bautista van Schouwen.)

Das kennt man von Faschisten. Die Nazis haben z.B. geleugnet, auch nur einen einzigen Juden umgebracht zu haben. Entsprechende Enthüllungen wurden von ihnen als „Verschwörung des internationalen Kommunismus" ausgegeben. (Ähnlich wie Pinochet in Interviews im westdeutschen Fernsehen die Kritik an den Zuständen in Chile mit denselben Argumenten zurückwies.)

Freilassung politischer Gefangener oder Massenevakuierung?

Neben der internationalen Aufwertung, die Todenhöfer Chile zukommen lassen wollte, war ein weiterer Grund seiner Reise, finanzielle Unterstützung für die Junta loszueisen. Dabei geht es ihm um einen Kredit in Höhe von 45 Mio. DM, der bereits 1973 der Allende-Regierung zugesagt worden sei.

Bei Zusage dieses Kredites durch die Bundesregierung wolle die Junta, so Todenhöfer, „fast alle" politischen Gefangenen freilassen. (Gemeint ist die offizielle Zahl von 4.453, also nur ein Bruchteil aller Häftlinge!) Dieses Zugeständnis der Junta, von der reaktionären Presse als spektakulärer Erfolg Todenhöfers gewertet, verkehrt sich in sein Gegenteil, kennt man die Bedingungen, unter denen die „Freilassungen" stattfinden sollen:

Den Gefangenen wird verwehrt, nach ihrer „Freilassung" in Chile zu bleiben. Stattdessen wird ihre Freilassung davon abhängig gemacht, daß andere Länder ihnen Aufenthaltsgenehmigungen erteilen und sie sich bereitwillig ins Exil begeben.

Faschisten-Freund Todenhöfer schildert seine „Reiseerlebnisse".

Diese **Massenabschiebungen von politischen Gefangenen**, ihre zwangsweise Evakuierung, soll dadurch verewigt werden, daß die Junta ihnen entsprechend „harte Strafen" bei einer Rückkehr androht. (Die Rückkehr nach Chile wird als „subversives Verhalten" gewertet, auf das nach den faschistischen Gesetzen die Todesstrafe steht.

Es muß in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß es gerade die „Vaterlands"-Demagogen von der CDU/CSU sind, die sonst das „Recht" auf Heimat" ständig auf den Lippen führen und sogar noch den Kindern von Flüchtlingen, die Generationen später in der BRD geboren wurden, ein „Recht auf Polen, die CSSR usw. verschaffen wollen!)

Anläßlich der Propaganda-Tour Todenhöfers sollte man daran zurückdenken, wie bereits seine Parteifreunde vor ihm an den Zuständen in Chile Freude fanden. Z.B. die Erzreaktionäre Heck und Wohlrabe, die ihren „positiven Eindruck" von der heutigen Situation in Chile bekundeten und mit einem Abgrund von Zynismus und Menschenhaß erklärten, daß das Leben der KZ-Häftlinge „bei sonnigem Frühlingswetter im Stadion von Santiago recht angenehm" sei.

Der besondere Zynismus CDU-Todenhöfers liegt allerdings darin, daß die Freilassung politischer Gefangener in andere Länder, hätten sie CDU/CSU-Regierungen, doch gar nicht möglich wäre! Schließlich sind es die CDU/CSU-regierten Bundesländer wie z.B. Baden-Württemberg mit Ex-Nazi Filbinger an der Spitze, die die Aufnahme von chilenischen Flüchtlingen als ein „Sicherheitsrisiko" verweigern – was nach christdemokratischer Propaganda ja schon bei linken Sozialdemokraten der Fall ist.

Salto Mortale der CDU/CSU

Die CDU/CSU ist daran interessiert, daß der der Allende-Regierung 1973 mündlich zugesagte 45 Mill. Kredit an Pinochet ausgezahlt wird. Interessant ist dabei, welchen Salto mortale die CDU/CSU in dieser Frage vollbringt:

1973 intervenierten nämlich Todenhöfer (!) und Rollmann (Bundestagsabgeordneter der CDU/CSU aus Hamburg) im Bundestag gegen die Kreditzusage des damaligen SPD-Entwicklungsminister Matthöfers an Allende mit der Begründung, daß „für derartige sozialistische Experimente die DDR zuständig sei" und daß die Bonner Regierung wohl „den sozialistischen Weg generell für den richtigen halte", den sie nur „aufgrund der Mehrheitsverhältnisse hier in der BRD noch nicht eingeschlagen" hätte. (Chile Nachrichten Nr.25)

Inzwischen besteht die CDU/CSU auf der Auszahlung des Kredites, da er „völkerrechtlich verbindlich zugesagt sei!

Matthöfer bemerkte dazu treffend, daß danach die CDU/CSU „sich offenbar für ein Regime zuständig fühlt, das Tausende gefoltert und ermordet hat und heute noch unter dem Etikett der Freilassung fortfährt, seine Bürger mit Gewalt ins Exil zu treiben". Sehr richtig. Leider hört man derartige Äußerungen selten aus dem Munde eines SPD-Ministers.

Matthöfer wurde damit bereits Anfang April zur Zielscheibe aller Reaktionäre, als er die Junta zutreffend als „Mörderbande" bezeichnete. Die Faschistenfreunde forderten seine „sofortige Entlassung aus der Bundesregierung". Todenhöfer bezeichnete Matthöfers Verhalten als „rational nicht mehr erklärbares Amoklaufen (!)". („Frankfurt.Rundschau v. 10.4.75)

Typischer sind, was sozialdemokratische Führer anbelangt, eher Äußerungen, wie sie Kriegsminister Leber kürzlich bezüglich der „Vietnam-Frage" von sich gab: Offene Parteinahme für ein faschistisches Regime (damals noch Thieu) und für imperialistische Massaker, stattdessen Verleumdungen und Hetze gegen die Gegner von Faschismus und Imperialismus.

Unterstützung für sein klares Wort betreffs der chilenischen Faschisten erhielt Matthöfer allerdings weniger von der SPD-Führung, als vielmehr von einigen Teilen der Parteibasis.

So erklärte z.B. der SPD-Ortsverein „Frankfurter Berg": *„Für Hans Matthöfer und alle Antifaschisten dieser Welt ist die chilenische Junta eine Mörderbande"*, und es sei höchste Zeit gewesen, daß sich ein Mitglied der Bundesregierung *„so deutlich und unmißverständlich"* zur Situation in Chile geäußert habe. („Frankfurter Rundschau",9.4.75).

Ebenso z.B. der Parteitag der südhessischen SPD, der einstimmig folgende Resolution beschloß: *„Der Parteitag stellt fest, daß das chilenische Regime sich nur durch tausendfachen Mord, permanenten Terror und Verfolgung aller Demokraten an die Macht gebracht hat und an der Macht halten kann."* Weiter heißt es, daß man *„keineswegs erstaunt sei"* über die *„Sympathien der CDU für die faschistischen Regimes in Chile und Spanien ebenso wie für die früheren Regimes in Griechenland und Portugal."*

Matthöfer wurde ausdrücklich das Recht zugebilligt, eine Mörderbande auch eine Mörderbande zu nennen („Frankfurter Rundschau", 15.4.75).

Aber:

Matthöfer und auch die meisten derjenigen, die ihm gegen die CDU-Angriffe zur Seite gestanden haben, verschweigen etwas wichtiges: Beim Streit um die 45 Millionen geht es gar nicht darum, o b die Bundesregierung hier eine Mörderbande unterstützen soll oder nicht. Diese Unterstützung ist nämlich längst eine Tatsache: erst kürzlich wurde der 21-Millionen Kredit ausgezahlt. Es haben desweiteren Verhandlungen über Investitionen westdeutscher Konzerne stattgefunden. Letztes Jahr wurde der Junta durch die Bundesregierung bessere Bedingungen zur Kreditrückzahlung eingeräumt als zuvor der Allende-Regierung und unmittelbar nach dem Putsch im September 73 schickte man westdeutsche VS-Agenten nach Chile,um die Flüchtlinge, die in die BRD einreisen wollten , vorher genau „abzuklopfen".

Wenn die Bundesregierung jetzt etwas mehr „Zurückhaltung" an den Tag legt, so spielt nicht zuletzt auch der internationale Protest gegen die Junta eine Rolle und ihre beschleunigte Isolierung.

Mansholt in Chile

Der Vizevorsitzende der „Sozialistischen Internationale" (der die SPD angehört) und ehemalige Präsident der Brüsseler EG-Kommission, Sicco Mansholt, hat sich kürzlich ebenfalls in Chile aufgehalten. (Im Auftrag des Chile-Komitees der „Sozialistischen Internationale").

Er sollte die politische Situation erkunden, Informationen über die Behandlung politischer Gefangener einholen und Kontakte zur Widerstandsbewegung herstellen. (Um sie auf dem „richtigen" sozialdemokratischen Kurs zu kriegen? ?).

Die Polizeimethoden der Junta verglich Mansholt zutreffend mit den Gestapomethoden. Er habe außerdem Menschen gesehen, die den fürchterlichsten Folterungen ausgesetzt waren. Staatspräsident Pinochet, so selbst Mansholt, sei für diesen Terror *„persönlich verantwortlich"* und treffe *„täglich mit dem Chef der Geheimpolizei zusammen, um ihm neue Anweisungen"* zu geben. („Frankfurter Rundschau", 24.3.75).

Mansholt forderte alle Parteien der Sozialistischen Internationale auf, jegliche Unterstützung der Junta einzustellen und zu verweigern.

„Aus der Masse von vorhandenem objektivem Material gehe deutlich hervor, wie sehr die Menschenrechte geschändet würden..." („Frankfurter Rundschau" v. 5.4.75).

Für die westdeutsche SPD ist dies recht peinlich. Den Widerstand gegen die Junta hat sie bisher nicht mit einer müden Mark unterstützt. (Lediglich der DGB konnte sich zur Zahlung von nur 100.000 DM durchringen).

Angesichts einiger antifaschistischer Resolutionen einzelner SPD-Gliederungen im Zusammenhang mit der Diskussion um die Äußerungen Matthöfers gilt es aber klarzustellen, **daß allein die praktische Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes gegen die faschistische Diktatur etwas ausrichten kann.**

Wir fordern alle Antifaschisten auf, an der Errichtung einer Kampffront gegen den Imperialismus (auch und vor allem gegen den westdeutschen Imperialismus), gegen die NATO, gegen neue Putschversuche und Kriegsdrohungen teilzunehmen.

Wir fordern vor allem zum gemeinsamen Kampf gegen diejenigen auf, die heute als Gehilfen faschistischer Mörderbanden in der Garderobe dieses Staates sitzen (Todenhöfer, Strauß, Dregger usw.) und die morgen selbst eine Mörderbande zu werden drohen, wenn wir sie nicht rechtzeitig daran hindern.

KB/Gruppe Frankfurt und Chemiekomitee/KB Gruppe Hamburg

Folterzentren und Kinder-KZ in Chile

Der tagtägliche Terror der faschistischen Junta in Chile hält an: So wurden erst in letzter Zeit drei neue Folterzentren eingerichtet , darunter die bereits berüchtigte „Villa Grimaldi".

In Buenos Aires (Argentinien) wurde außerdem bekannt, daß das KZ-Lager „Ritoque" hermetisch von der Außenwelt abgeriegelt wurde und alle Nachrichtenverbindungen zum Lager unterbrochen seien. Die Wachen des Lagers wurden mit dem Hinweis verstärkt, ein Teil der Gefangenen plane Fluchtversuche.

Damit sollen offensichtlich Zwischenfälle provoziert werden, die eine Handhabe geben, Häftlinge „auf der Flucht zu erschießen". Die Häftlinge wurden außerdem mit abgerichteten Hunden zu Abwehrreaktionen provoziert, damit das Feuer eröffnet werden konnte. In dem betroffenen Lager ist u.a. der frühere KP-Vorsitzende Luis Corvalan eingekerkert. (Nach „Die Tat" v. 19.4.75)

In höchster Lebensgefahr schwebt die chilenische Journalistin und MIR-Genossin Gladys Diaz, die in das Folterzentrum „Villa Grimaldi" eingeliefert wurde. Mit ihr zusammen wurde ihr 6 jähriger Sohn(!) ebenfalls eingekerkert. Gladys Diaz war bis zum September 1973 Vorsitzende der Gewerkschaft der Rundfunkjournalisten und arbeitete als Kommentatorin bei Radio Agricultura.

Aufgrund der bestialischen Folterungen mußte Gladys Diaz bereits in ein „Krankenhaus" eingeliefert werden („SZ" v. 27.3.75, „tat" v. 19.4.75). Gegen diese Festnahme und Folterung hat u. a. auch die Internationale Journalisten-Förderation in Brüssel protestiert.

Nach Meldung der Generalsekretärin des Kommunistischen Jugendverbandes Chiles, Gladys Marin, die sie der kubanischen Presseagentur Prensa Latina zukommen ließ, geht die Junta auch daran, verstärkt Kinder-Konzentrationslager zu errichten. Ähnlich wie bei Hitlers „Reichsarbeitsdienst" werden junge Arbeitslose und politisch verdächtige Jungarbeiter, Schüler, Studenten etc. in Lagern kaserniert. Bisher sollen bereits 80.000 Chilenen davon betroffen sein. Nach Aussagen des Generalsekretärs der Internationalen Juristenkommission, Niall MacDermott, hat die Junta vor, bis zu 600.000 Jugendliche festzusetzen und „umzuerziehen", d.h. sie einer faschistischen „Gehirnwäsche" auszusetzen.

„Getarnt" würden die KZs als „Umerziehungsstätten" mit „Ständigen Seminaren". Für die Jugendlichen, die das „Glück" haben, nicht inhaftiert zu werden, werden z.B. an den Hochschulen Fächer für „Innere Sicherheit" eingerichtet, die schnell die politische Haltung des einzelnen aufdecken sollen. Die Hochschulen stehen außerdem natürlich unter Polizeiaufsicht, und Tausende von Studenten sind bereits exmatrikuliert worden. (Extra-Dienst v. 7.3.75.)

Gleichzeitig versucht die Junta, durch gezielte Werbeaktionen die Zustände als „rosig" hinzustellen. Auf Einladung der Junta kam u.a. eine Gruppe von Journalisten und Touristikkaufleuten zu der Auffassung, daß *„Klima, Landschaft und das Essen, wie auch die gegenwärtige Atmosphäre ... sehr gut"* seien („Extra-Dienst" v. 14.2.).

Diese Manöver sind für die Junta notwendig geworden, nachdem die internationale Isolierung durch die Proteste fortschrittlicher Menschen in aller Welt ansteigt.

Chemiekomitee/ KB/Gruppe Hamburg

Wie ich zu einer zusätzlichen Chile-Spende kam

Am Arbeitsplatz in meiner Wohnung fehlte mir mehr Licht. Deshalb kaufte ich in einem Zweiggeschäft der Firma Teege in Hamburg-Wilhelmsburg eine weiße Klammerleuchte für DM 32,50. Für dieselbe Lampe, nur in roter Farbe, zahlte meine Schwester wenige Tage später in einem Kaufhaus in der Hamburger Innenstadt nur DM 11,-.

Der Preisunterschied erschien mir nun wirklich zu hoch und so marschierte ich recht wütend zum Geschäft, in dem ich die Lampe gekauft hatte. Der Filialleiter sah sich beide Lampen mit den dazugehörigen Rechnungen an und meinte nach eingehender Prüfung: „Na ja, gegen Karstadtpreise kommen wir nicht an. Die kaufen ihre Lampen viel billiger als wir ein."

In meinem Beisein rief er den Großhändler an, der ihm bestätigte, daß die Klammerleuchte DM 12,80 im Einkauf kostet. Auf den großen Unterschied zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis angesprochen, reagierte der Filialleiter mit der ausweichenden Antwort: „Das ist unsere handelsübliche Gewinnspanne." Meinerseits ließ ich die Bemerkung fallen: „Ich werde mich an die Zeitschriften „Stern" – Rubrik Wucher der Woche – und ‚Stiftung Warentest' wenden." Darauf sein Angebot: „Ich gebe Ihnen Ihr Geld für die Lampe zurück." Da ich die Lampe behalten wollte und zwar zu einem vernünftigen, angemessenen Preis, lehnte ich aufgebracht sein Angebot ab, nahm die Leuchten und ging.

Die Sache ließ mir keine Ruhe. Ich rief den Inhaber, Herrn Tege, in seinem Hauptgeschäft an, schilderte ihm den Sachverhalt und betonte abermals, daß ich mich an die Presse wenden werde. Erst zögerte er, dann versuchte er beruhigend auf mich einzureden und meinte: Er werde die Angelegenheit prüfen und wieder zurückrufen. Nach kurzer Zeit – Rückanruf – Herr Teege: „Kommen Sie doch mal vorbei, ich möchte mich mit Ihnen unterhalten."

In seinem Büro sagte er mir, daß es zwar nicht üblich sei, einem Kunden die Preiskalkulation offen darzulegen (sicherlich – AK-Red.), diesmal würde er eine Ausnahme machen. Er zeigte mir einen Computerauszug – Monat Februar – und erläuterte mir an Hand dessen seine Kalkulation. In der Rubrik „Lampen" waren 30 % Gewinnspanne verzeichnet. So richtig habe ich die Erklärungen nicht verstanden, denn DM 12,80 im Einkauf und DM 32,50 im Verkauf sind nach meiner Rechnung mehr als 30 Prozent Gewinnspanne. Ich unterstelle jetzt einmal, daß der Einkaufspreis wirklich DM 12,80 beträgt:

12,80 Einkaufspreis
5,12 40 % Unkosten (handelsübl.)
3,84 30 % Gewinn (lt. Computer)
21,76 DM „gerechter" Verkaufspreis.

Herr Teege wies alle möglichen Irrtümer in seiner Kalkulation weit von sich. Er habe es gar nicht nötig, bei seinen 13 Geschäften (!) überhöhte Preise zu verlangen. Er sei aber ohne weiteres bereit, in den Karstadtpreis „einzusteigen" und gab mir meine DM 22,00 zurück. Als ich mich verabschiedete, sagte er mir, daß er allerdings ansonsten den Preis von DM 32,50 für die Klammerleuchte beibehalten werde, da es zur Zeit ein Modeartikel sei, der sich gut verkaufen ließe!

Fazit: Entweder rechnet der Computer nicht richtig, ich kann nicht richtig rechnen, oder die Firma Teege (13 Filialen) nimmt überhöhte Preise, die in keiner Weise gerechtfertigt sind.

PS: Die erkämpften DM 22,00 habe ich für den Widerstand des chilenischen Volkes gestiftet.

Ein AK-Leser aus Hamburg/Wilhelmsburg

Chilenische Frauen im Widerstandskampf

Die Frankfurter Frauengruppen organisierten am 9.4.75 eine Veranstaltung, auf der eine chilenische Genossin über die Situation der Frau in Chile berichtete. Wir geben hier einige Auszüge wieder:

„Im Zusammenhang der Repression in Chile wird die Frau, die in der Geschichte der Arbeiterklasse eine wichtige Rolle gespielt hat, grausam unterdrückt. Tausende von Frauen sind umgebracht, erschossen oder in Konzentrationslagern. Hunderte von Frauen fielen heldenhaft am 11. September in den Straßen von Chile, als sie der Militärdiktatur Widerstand leisteten. Es gibt viele Frauen, die unter dieser Repression ihre Liebsten verloren haben: den Mann, die Kinder, die Eltern, alle wurden getötet oder verhaftet wegen des einzigen Verbrechens, links zu sein und gegen die Diktatur gekämpft zu haben. Viele Frauen wurden verhaftet und brutal gefoltert, um den Aufenthaltsort ihrer Männer oder Genossen zu verraten, wie z. B. im Fall Lumi Videla. Sie war Mitglied der politischen Kommission des MIR verheiratet mit Sergio Perez Molina, einem Mitglied der politischen Kommission des MIR. Sie wurde verhaftet und grausam gefoltert, um sie unter Druck zu setzen, Informationen über den MIR zu geben und ihre Genossen zu verraten. Als Lumi trotz Folter nicht sprach und niemanden verriet, verhafteten sie ihren fünfjährigen Sohn Dagoberto und ihre Großmutter. Sie gingen sogar dazu über, die beiden vor ihren Augen mit den bestialischsten Methoden zu foltern; trotzdem fing die Genossin nicht an zu reden und sie starb auf Grund der Foltern, die an ihr verübt wurden. 1 1/2 Monate nach ihrer Verhaftung wurde ihre Leiche von einem Militärwagen herunter in den Garten der italienischen Botschaft geworfen. Mit Hilfe des Komitees „Por la Paz" in Chile und der Kirche wurde die Freilassung des Kindes und seiner Großmutter erreicht, aber erst, als die Eltern schon tot waren ...

Der Fall der Genossin Matia Christina Lopez Stewart, 21 Jahre, Studentin, verhaftet im Oktober '74. im November wurde sie gezwungen, ihre Eltern anzurufen, nachdem sie einen Monat lang ständig gefoltert worden war. Der Anruf hatte das Ziel, ihre Eltern zu beruhigen, um ihnen zu sagen, daß sie frei sei und daß es ihr gut gehe. Dieser faule Trick, um freie Hand für die Folter zu haben, hatte zur Folge, daß die zahlreichen Schritte, die die Familie unternahm, um den Aufenthaltsort der Genossin herauszubekommen, fehlschlugen ...

Später in Tres Alamos sperrten sie sie in Einzelhaft, gaben ihr nur alle 3 oder 5 Tage ein Stück Brot zu essen. Sie ist wahnsinnig geworden, machte ein Loch in die Wand und aß Mörtel. Später wurde sie von dort fortgeholt, und seit September gibt es keine Informationen über ihren Aufenthaltsort. Wir müssen Druck ausüben, um zu verhindern, daß die Junta das Verbrechen an Lumi Videla wiederholt ...

Auf diese Weise versucht die Junta, die Stärke der chilenischen Frauen zu brechen, sie wendet jede Art von Foltern an, selbst bei Kindern. Viele Frauen, die in Konzentrationslagern gefangen gehalten sind, sind schwanger, weil sie ständig vergewaltigt werden. Sie wenden nicht nur die physische Folter an, auch die psychologische; tagelang sperren sie die gefangenen Frauen in kleine Kästen ohne Tageslicht, nur mit Brot und einmal am Tag etwas Wasser; sie zwingen sie, Tonbandaufnahmen von Folterungen anzuhören, und sagen ihnen dann, das seien ihre Kinder oder Verwandte. Sie werden so unter Druck gesetzt zu sprechen, indem man ihnen sagt, ihre eigenen Genossen hätten sie verraten. Sie werden zu Scheinerschießungen an die Wand gestellt, sie werden gezwungen, Vergewaltigungen und Foltern zuzusehen, sie werden an den Beinen und Händen aufgehängt und bespuckt. Diese Folter wird „el Columpio" (die Schaukel) genannt.

Die chilenische Frau hat nicht resigniert, genauso wenig, wie das chilenische Volk resigniert hat, um die Toten zu beweinen. Unter den schlimmsten Lebensbedingungen haben die Frauen wichtige Aufgaben im Kampf gegen die Diktatur übernommen, auf allen Ebenen, wie z. B. gegen die Preise zu protestieren; bis dahin, Aufgaben für die Propaganda und Verantwortlichkeiten in der Organisierung des Widerstandes zu übernehmen.

Die Genossinnen der Widerstandskomitees, die in der Textilindustrie arbeiten, machen ganze Ballen von Stoff unbrauchbar, indem sie falsche Fäden einweben und somit den Verkauf verhindern. Sie lassen kleine wichtige Maschinenteile verschwinden, um damit die Produktion zu verlangsamen. Sie lassen die Wasserhähne in den Fabriktoiletten laufen, lassen das Licht brennen, um so die Produktionskosten zu erhöhen. Mit Lippenstift malen sie kleine Parolen an die Wände, rufen auf, sich in den Widerstandskomitees zu organisieren ...

Die Genossinnen stellen die Kontakte zwischen den Parteien und den Widerstandskomitees her, sie schreiben anonyme Briefe an die Militärs und die hohen Chefs und drohen ihnen Mord an, wenn sie nicht mit den Repressionen und den Foltern aufhören. Sie schreiben Flugblätter und stecken sie in den Auspuff der Autos, damit die Flugblätter beim Anlassen hinausgeblasen werden, sie legen Flugblätter auf Fensterbänke von öffentlichen Gebäuden, festgebunden an einem dünnen Faden und mit einer brennenden Zigarette; wenn die Zigarette ausgeht, dann brennt die Schnur und die Flugblätter fallen auf die Straße. So können die Polizeikräfte die Genossinnen nicht festnehmen, die die Aktion machen. Sie stellten kleine Kleber mit Parolen des Widerstands her, die sie auf die Omnibusse, an öffentlichen Plätzen und Schulen klebten...

Auch in den Konzentrationslagern kämpfen und organisieren sich die Frauen. Am 11. September trugen die Frauen schwarze Kleidung, um den Genossen Allende und alle, die im Kampf gefallen sind, zu ehren. Sie führten einen Hungerstreik durch, um eine medizinische Versorgung zu bekommen, mehr sanitäre Einrichtungen, Toiletten und bessere Behandlung. Z. B. wurde die Besuchszeit der Verhafteten auf 5 Minuten gekürzt und es wurde nicht erlaubt, allein mit den Familienangehörigen zu sprechen; außerdem war immer ein Militär dabei, was nichts anderes als ein größeres Leiden für die Verwandten bedeutet. Die Frauen beschlossen, so lange keine Besuche mehr zu empfangen, bis sie 30 Minuten Besuchszeit bekommen und die Anwesenheit eines Militärs abgeschafft wird. Wegen dieser Rebellion dauerte es lange Zeit, in der sie ihre Verwandten nicht sehen konnten, aber schließlich erreichten sie ihr Ziel.

Unter den schwierigsten Bedingungen schafften sie es, dem Widerstand unzählig viele Fakten über die Repression zu übermitteln. Auf diese Weise bekamen sie den Aufenthaltsort und den Zustand von vielen Genossinnen heraus, die seit ihrer Verhaftung verschwunden waren. Sie fertigten Listen von Gefangenen an, von den verschiedenen Konzentrationslagern, haben herausgefunden, wo die Folterkammern und die neuen Konzentrationslager sind, die Namen von Folterern und Ärzten, die an Foltern teilnehmen" (Auszüge der Rede nach „ID", Nr. 75).

Der heldenhafte Kampf der chilenischen Frauen zeigt uns beispielhaft, wie der Kampf gegen den Faschismus und die besonders brutale Unterdrückung, Folterung und Ausbeutung zu führen ist. Den Frauen und Kindern Chiles gebührt unsere besondere Solidarität und Unterstützung, denn sie haben in diesen Tagen und Monaten besonders unter der faschistischen Diktatur zu leiden. ●

Eine Landbesetzung von Bewohnern der Poblaciones (Elendsviertel) – natürlich vor dem Putsch –
Um sich vor Übergriffen der Polizei zu sichern, haben sich die Besetzer ein chilenisches Gesetz zunutze gemacht: Wo die chilenische Flagge gehißt ist, darf nicht angegriffen werden, daher auf jedem Zelt oder Haus die Fahne.

Retten wir das Leben von Gladys Diaz!

Gladys Diaz, 34, Mitglied des MIR (Bewegung der Revolutionären Linken), war eine der bedeutendsten chilenischen Journalistinnen. Sie war lange Jahre Reporterin bei Radio Agricultura (Auszeichnung für die beste Journalistin 1971), Präsidentin der Gewerkschaft der Rundfunk-Journalisten bis zum Putsch und Kandidatin des MIR bei den letzten Wahlen zur Einheitsgewerkschaft CUT. Sie schrieb für die Zeitschrift Punto Final und war Leiterin der Presseabteilung von Radio Nacional.

Gladys Diaz wurde am 20. Februar 1975 zusammen mit ihrem sechsjährigen Sohn vom Geheimdienst DINA verhaftet und in das Folterzentrum Villa Grimaldi in Santiago gebracht. Dort wurde sie vergewaltigt und schwer mißhandelt, um sie zum Sprechen zu bringen, aber als echte Revolutionärin widerstand sie der Folter und gab keinerlei Informationen über den Widerstandskampf und die Arbeit ihrer Genossen.

Ende Februar wurde sie in das Konzentrationslager „Tres Alamos" eingeliefert, wo sie bei ihrem Eintreffen in sehr schlechtem Gesundheitszustand gesehen wurde. Trotzdem leugnen die Militärs bis heute ihre Verhaftung und verbreiten das Gerücht, sie habe sich in eine Botschaft geflüchtet, um ohne Rücksicht auf Proteste der Öffentlichkeit mit ihr verfahren zu können. Solange sie sich in der Gewalt der DINA befindet, besteht die Gefahr, daß sie ermordet wird.

Deshalb rufen wir die internationale Solidarität, von der chilenischen Junta die Anerkennung der Verhaftung von Gladys Diaz und ihrem Sohn, das Ende ihrer Folterungen sowie ihre sofortige Freilassung zu verlangen. ●

M.I.R.
Movimiento de Izquierda Revolucionario
Chile

„Chile ist kein einmaliger Fall . . ."

Bericht der Genossin Carmen Castillo

Die MIR-Genossin Carmen Castillo war die Gefährtin des Genossen Miguel Enriquez, Generalsekretär des MIR. Die Genossin, damals im 7. Monat schwanger, war bei ihm, als er im Oktober 74 bei einem Gefecht mit den Faschisten fiel. Nach längerer Gefangenschaft mußte die Genossin als Folge einer internationalen Kampagne freigelassen werden. Nach mehrwöchigem Krankenhausaufenthalt leistet Genossin Carmen Castillo heute wieder Arbeit für den MIR und die Sache des antifaschistischen Kampfes.

Im Folgenden geben wir Auszüge aus dem Bericht wieder, den die Genossin vorm II. Russell-Tribunal in Brüssel im Januar dieses Jahres gab.

„Meine Erfahrungen liegen nicht sehr weit zurück, und ich habe viele Schwierigkeiten, mich an Sie zu wenden. Wie bekannt ist, wurde mein Gefährte Miguel Enriquez, Generalsekretär des MIR, im Verlauf einer militärischen Aktion getötet. Er starb nach einem Kampf, der über eineinhalb Stunden dauerte.

Beide wurden wir nach Explosion einer Granate verletzt. Ich verlor das Bewußtsein, aber gewann es in dem Augenblick zurück, als Miguel verletzt wurde. Trotzdem kämpfte er weiter, und ich sehe ihn vor mir, wie er mit dem Gewehr in der Hand den überlegenen und starken Feind abwehrt. Ich lag blutend auf dem Boden. Ich war schwanger.

Einer dieser Männer betrat das Haus und gab mir einen Faustschlag ins Gesicht. Er schlug mir dabei einen Zahn aus. Er sagte: „Raus hier! Bringt sie heraus!' Man schleifte mich auf dem Boden nach draußen, und in diesem Augenblick begriff ich, was mich erwarten würde. Dies waren die Folgen unserer Entscheidung, in Chile zu bleiben, das Risiko des Kampfes auf uns zu nehmen und illegal unterzutauchen. Man schleppte mich auf die Straße. Ich sah viele Uniformen...

Man transportierte mich in das Militärhospital. Jetzt begann eine Odyssee, die in meinem Fall nicht sehr lang war: 21 Tage in der Isolierung. Was jedoch besonders zählte, war meine physische Situation, denn ich brauchte dringend einen Chirurgen, um meinen verletzten Arm nicht zu verlieren. Eine Schlagader war durchschnitten.

Bereits während der Operation begannen sie mit dem Verhör. Sie profitierten von der Gelegenheit, sofort diese schwerverletzte Frau zu verhören, vor allem während der Operation in der Narkose.

Die nächsten Tage waren schlimm. Es kamen solche Männer, die sagten: „Sage so schnell als möglich aus, denn alle glauben, Du seist tot. Du weißt genau, wenn Du nicht sprichst, schaffen wir Dich zur Kaserne der Militärpolizei. Du weißt, was das bedeutet." Das dauerte zwei Tage, verbunden mit einer schrecklichen Behandlung ohne Medikamente. Ich konnte nicht schlafen. Ich durfte mit niemandem sprechen. Die Bewacher waren in meinem winzigen Zimmer anwesend. Durch die Mittel der Isolierung und Geheimhaltung wollte man den Menschen zerbrechen.

Nach zehn Tagen verschwanden die drohenden Gestalten. Erst heute begreife ich, daß dies nur auf Grund der internationalen Solidarität geschah. Denn drei Tage nach meiner Verhaftung begann überall auf der Welt eine derartige Kampagne für meine Befreiung und ein starker Druck auf diejenigen, die heute die Macht in Chile ausüben...

...Chile ist kein einmaliger Fall. Die Geschichte zeigt, daß die gleiche Situation sich in vielen anderen Gebieten wiederholen kann. Man muß einsehen, daß es uns alle betrifft, nicht nur die Chilenen, und daß man gemeinsam kämpfen muß. Meine Anwesenheit hier verdanke ich vor allem der internationalen Solidarität.

Ich dringe darauf, sich noch stärker um die Befreiung von Laura Allende und aller anderen Kameraden und ihrer Kinder zu kümmern, die heute noch in den Gefängnissen gefoltert werden. ●

Forderungen zur Verbesserung der Lage der Frauen

Aus dem Programm des MIR

„XI. Die Frauen haben ein Anrecht auf ein menschenwürdiges Dasein.
1. Schaffung von Bedingungen, um die Frau von den schweren Lasten zu befreien, die die Hausarbeit darstellt.
a) Schaffung von Tagesstätten, Kindergärten, Krippen, öffentlichen Küchen und Waschanstalten in den Fabriken, auf den Bauernhöfen, in den Büros, Stadtteilen und Elendsvierteln.
b) Bau von besseren Häusern für das Volk und Verbesserung der Bewässerung und des Lichts sowie die Ausstattung der Häuser mit einem guten Bad und einer zweckmäßigen Küche.
c) Der Bau von Vorratslagern für das Volk in den Vororten, Kooperativen sowie economatos (Handelsgenossenschaften) in den Fabriken, Stärkung der JAP, um eine normal, reguläre, sichere, komplette und billigere Versorgung für die Massen zu gewährleisten.
2. Herstellung der Gleichberechtigung des Mannes und der Frau. Änderung des zivilen Gesetzbuches.
- Schaffung der Bedingungen, damit sich die Frauen massenhaft in die Arbeit in den Fabriken, auf den Höfen, in den Büros und in dem Dienstleistungssektor etc. eingliedern können.
- Schaffung der Lohngleichheit von Mann und Frau.
3. Kampf für die Schaffung eines Frauenministeriums, das die staatlichen Aktivitäten orientieren soll, damit die materiellen Bedingungen dafür geschaffen werden, daß die Frau sich frei macht und nicht mehr an die Hausarbeit gekettet ist.
4. Gehalt für die Hausfrauen. Die Hausfrauen von Bauern- und Arbeiterfamilien erfüllen eine Arbeit, die sehr wichtig ist für das Funktionieren der Gesellschaft, aber es ist eine nicht entlohnte Arbeit. Diese Arbeit muß bezahlt werden. Das sollen die Kapitalisten tun.
5. Kampf für die Organisierung der Frauen in Frauenkomitees, Mütterzentren und, indem man sie integriert, in die kommunalen Räte."
(Aus „El Rebelde", Zeitung des MIR, Herbst 72, zitiert nach „lateinamerika heute" Sonderbericht Chile No. 4, AELA Hamburg, Februar 1974.) ●

„Gleichberechtigtes" Opfer!

Im Zuge des internationalen imperialistischen Wettrüstens und ihrer aggressiven wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen wollen die BRD-Militaristen nicht mehr an der anderen Hälfte der Bevölkerung vorbeigehen, ohne sie verstärkt für ihre Ziele zu nutzen: Die Frauen sollen in den militärischen Apparat eingespannt werden!

Eine amerikanische Rekrutenausbilderin schwärmt von totaler Unterdrückung: *„Demütigung ist die sicherste Methode, einem Teenager Zucht beizubringen"* („Stern", 16/73).

Die Einberufung der Frauen hat zur Zeit für die Militaristen aber noch einen Haken: Sie muß nämlich auf „freiwilliger" Basis geschehen, da es laut Grundgesetz Wehrpflicht nur für Männer gibt.

„Wir sind die Ledernacken-Ladies,
marschieren stramm zum Ruhm.
Im Kampf sind wir siegesgewiß.
Nichts können wir falsch tun.
Wir bringen unsere Männer heim,
Friedenskämpfer in grün.
Es ehrt die Frau, Kamerad zu sein,
Gehorsam, treu und kühn".
(Marschlied der US-Marineinfanteristen, „Stern", 16/73).

„Ausbildung" weiblicher Rekruten in den USA

„Der Aufbau eines Frauen-Hilfskorps der Bundeswehr mit militärischen Rängen von Unteroffiziersdienstgraden an, ist seit dieser Woche eine ziemlich wahrscheinliche und nahe Aussicht geworden" („FAZ", 22.2.75). Sogar eine Uniform ist schon fertiggestellt.

Kurzfristiges Ziel dieser Attacke ist die Sanierung der schlechten Versorgung des Gesundheitsdienstes der Bundeswehr. *„Frauen sollen die Bundeswehr vor dem Ärzte-Notstand retten"* („Hamburger Morgenpost, 1.8.74), denn *„nur rund 50% der 2.058 Sanitätsoffiziersstellen einschließlich Apotheker sind mit Berufs- und längerdienenden Soldaten besetzt"* („Handelsblatt" 31.1.75).

Langfristig haben die Militaristen jedoch eine generelle Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr im Auge. Die bürgerliche Presse schwärmt, daß die Frau schon überall „im Bund marschiert": *„Ein Heer von Frauen kämpft in der Bundeswehr"* („MoPo", 11.3.75).

48.720 weibliche Beschäftigte schlagen sich schon in Küchen, Telefonzentralen, Lazaretten und Reinigungskolonnen herum. In der gleichen Ausgabe der „MoPo" tun die Herren Militaristen mit ihrem Bedauern kund, wohin die Reise gehen soll: *„Als Rekrut ist ‚Eva' noch immer* (!) *nicht dabei!"*.

In Amerika ist der weibliche Rekrut längst eingeführt. Allein das Heer hatte sich 1973 zum Ziel gesetzt, die weiblichen Mitglieder auf 16.000 zu erhöhen.

Die „FAZ" vom 22.2.75 läßt durchblicken, daß es in Zukunft auch in der BRD Frauen nicht nur am Kochtopf der Nation geben wird, sondern *„in Zeiten rückläufiger wirtschaftlicher Konjunktur"*, würde sich die Frage stellen, *„welche Tätigkeitsfelder Frauen in den Streitkräften noch zusätzlich erschlossen werden können oder sollen ... Gewiß können zu den schon genannten Funktionen noch einige im technischen Bereich hinzukommen: vom Kraftfahrtwesen bis zur Flugsicherung".*

Die Bourgeoisie schlägt mit der Einbeziehung der Frau in die Bundeswehr gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe. Auf der einen Seite schafft die zusätzliche Einbeziehung der Frauen eine noch größere Erhöhung der Kampfbereitschaft der Bundeswehr. Zum Zweiten werden Umfang und Qualität der Streikbrecherarmee erhöht. Und letztlich würde dann auch die andere Hälfte der Bevölkerung die militärische Erziehung – Drill, Gehorsam, „Gehirnwäsche" – durchlaufen.

„Dienstverpflichtungen kann es für sie nur im Verteidigungsfalle und nur nach genauer, einschränkender Maßgabe des Grundgesetzes geben. Dort steht vor allem der Satz: ‚Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten'. Dabei muß es bleiben. Daß weibliche Militärärzte sich selbst und ihre Patienten verteidigen dürfen und dazu mit einer Faustfeuerwaffe ausgebildet werden müssen, steht auf einem anderen Blatt ..." („FAZ", 22.2.75).

In den USA sind die Militaristen auch in dieser Frage nicht mehr so zimperlich: Daß Frauen nicht Seite an Seite mit den Männern kämpfen, sei eine „Diskriminierung". Ein weiblicher Leutnant meint: *„Ich finde, auch Frauen sollten ins Gefecht geschickt werden. Weibliche Offiziere leisten doch bereits die Papierarbeit, die den Abwurf von Bomben ermöglicht ... Und ich glaube auch nicht, daß der Schock über die ersten gefallenen Frauen lange anhalten wird"* („Stern", 16/73).

Bekommen die BRD-Militaristen alle Frauen heutzutage noch nicht per Gesetz, so wird jetzt die Werbetrommel gerührt und mit tollen Angeboten gelockt. Es wird von „Gleichheitsgrundsatz" und dem „Gebot der Chancengerechtigkeit" geschwafelt, finanzielle „Starthilfen" und „Aufstiegschancen" versprochen („FAZ", s.o.).

Alles schon mal dagewesen!

Wir wenden uns aufs schärfste gegen die Einberufung der Frauen zur Bundeswehr! Es ist schon schlimm genug, daß Millionen Männer sich zur Zeit noch für die kriegerischen Ziele der Kapitalisten verpflichten müssen.

Deshalb sind wir grundsätzlich dagegen, daß auch noch die Frauen für die Imperialisten den Krieg üben sollen, daß sie militärisch gedrillt werden, um im Krieg „gleichberechtigtes" Opfer zu sein. Die Forderung nach Einbeziehung der Frau in den Militärdienst liegt auf einer Linie mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bzgl. des § 218. Auf der einen Seite sollen die Frauen dafür sorgen, daß das „Deutsche Volk" nicht ausstirbt, und andererseits sind sie gut genug dafür, sich eines Tages verheizen zu lassen.

Die USA, die der BRD immer einen Schritt voraus sind, gehen mit faschistischer Ideologie noch offener hausieren: Die Verherrlichung von Kampf, Sieg, Ruhm und Tod für's „Vaterland" wird an diesem Gedicht recht deutlich:

Die Imperialisten haben seit jeher versucht, die Frauen in Zeiten verstärkten Aufrüstens und Vorbereitens auf kriegerische Auseinandersetzungen mit anderen Ländern oder im eigenen Land für ihre militärischen Ziele auszunutzen, sei es nun in der Rüstungsindustrie oder im „Reichsarbeitsdienst".

Sebastian Haffner, Kommentator im „Stern" will es heute schon wieder zur „staatsbürgerlichen Pflicht" machen, daß auch *„jede junge Frau ein Jahr oder mehr dem Staat diene"* („Stern", 20/73).

Diese Forderung kann nur als ein weiterer Beitrag zur Faschisierung von Staat und Gesellschaft gewertet werden. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Der Kampf gegen den § 218 ist zu ernst, um ihn den Komikern zu überlassen !

Wie in AK Nr. 58/59 (Seite 24) kommentiert, will der KBW den „Kampf" (?) gegen den § 218 unter der Parole „**Volksentscheid gegen den § 218**" führen. Er behauptet, daß die Ablehnung dieser seiner Parole eine *„Ablehnung des politischen Kampfes"* und einen *„Verzicht auf die Organisierung des Kampfes der Massen"* bedeutet („KVZ", 26.3.).

Eine Begründung für die Sinnhaftigkeit und politische Funktion seiner Parole hat der KBW b i s h e u t e nicht geben können! So wurde z.B. in der „KVZ" vom 6.3. nur treuherzig, ohne das geringste Argument, versichert: *„Die Stoßrichtung dieser Forderung ist richtig".*

In der „KVZ" vom 6.4. ist man auch noch keinen Schritt weiter. Dort heißt es auch bloß: *„Wenn wir die Forderung nach einem Volksentscheid gegen den § 218 vorgeschlagen haben, dann weil wir meinen, daß in dieser bestimmten Frage der Volksentscheid ein geeignetes Mittel ist, den Kampf für die Interessen des Volkes fortzusetzen".* W a r u m meint der KBW das? Man wird es vielleicht nie erfahren ...

Die ungeheure politische „Tiefe" von KBW/„KVZ" wirkt offenbar anregend. So wird in der „KVZ" vom 16.4. die Erklärung eines „Bonner Frauenkomitee" zitiert, wo es anstelle von Argumenten nur heißt: *„Wir halten die Forderung nach Volksentscheid gegen den § 218 deshalb für ein geeignetes Kampfmittel, weil sie die politische Stoßrichtung des Kampfes angibt und geeignet ist, die Bewegung gegen den § 218 voranzutreiben".*

Soviel „Logik" ist wirklich umwerfend. Da fühlt man sich tatsächlich an theologische „Gottesbeweise" erinnert (nach der Devise: „Gott existiert, weil es ihn gibt" ...). Im politischen Bereich, und vor allem unter Kommunisten, muß jedoch eine Behauptung normalerweise mit A r g u m e n t e n begründet werden, und nicht mit treuherzigen Versicherungen („Unsere Forderung ist gut, weil sie richtig ist"). Erst recht müßte das gelten, wenn man – wie der KBW – seine „Politik" (?) als die alleinseligmachende der gesamten Bewegung aufnötigen will. Aber es ist schon so, wie wir bereits in AK Nr. 58/59 schrieben: der KBW h a t keine A r g u m e n t e für die Sinnhaftigkeit der Parole „Volksentscheid gegen den § 218".

Eine ganz besondere Weisheit des KBW!

Stattdessen bietet der Verfasser des Artikels in der „KVZ" vom 16.4. – *„Antwort (???) auf einen Artikel im ‚Arbeiterkampf'"* – Schnacks wie den folgenden an: *„Die internationale Arbeiterbewegung hat große Aufgaben vor sich: ihr historisches Ziel ist die Befreiung der ganzen Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung, die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, der Kommunismus".* Wunderbar – aber was soll damit eigentlich für den „Volksentscheid gegen den § 218" bewiesen werden? !!

Der KBW weiß natürlich auch, daß es die Möglichkeit des Volksentscheid gegen den § 218 nicht gibt in der BRD (im Unterschied z.B. zu Italien, wo man mit der Sammlung einer bestimmten Zahl von Unterschriften eine Volksabstimmung z.B. gegen das Abtreibungsverbot erzwingen kann, wofür z.Zt. gerade eine große Kampagne läuft!). Der KBW verschweigt aber, wie er diesen Volksentscheid (den die bürgerliche Verfassung gar nicht vorsieht!) denn durchsetzen will. *„Demonstrationen und Aktionen allein bringen das nicht"*, heißt es in der „KVZ" vom 16.4. dazu ganz richtig. Und dann steht da noch etwas von einem „**revolutionären Weg**", den der KB angeblich ablehnt.

Der Witz ist, daß der KBW ausgerechnet die Forderung nach einem „Volksentscheid gegen den § 218" als „revolutionären Weg" ausgibt, aber zugleich über die Perspektive dieses Weges nichts aussagt (als höchstes Ziel wird wieder mal auf eine zentrale Demonstration in Bonn orientiert).

Auf der anderen Seite mokiert sich der Verfasser des Artikels in der „KVZ" vom 16.4. darüber, daß wir (denen er lächerlicherweise vorwirft, den „revolutionären Weg" abzulehnen!!) in AK Nr. 58/50 geschrieben hatten, daß der Kampf gegen den § 218 „**Teil des langfristigen revolutionären (!) Kampfes gegen Bourgeoisie und Staat**" sein muß. Über das Wort „langfristig" kann sich der „KVZ"-Schreiber offensichtlich gar nicht genug amüsieren (*„offenbar je länger desto besser, am besten so lange, daß man selbst gar nichts mehr abkriegt"* – witzelt er z.B.). Daß der revolutionäre Weg ein langfristiger sein soll, das ist ja auch wirklich ungeheuer witzig! Besonders für eine Organisation wie den KBW, deren ganze „Perspektive" von einer „zentralen Demo" zur nächsten reicht, und die zwischendurch einen „Sturz des Magistrats" oder „Volksentscheid" sozusagen als Ersatz-Revolution anbietet.

Die Sache ist heute so, daß der Kampf gegen den § 218 gegen die bürgerliche „Verfassungsmäßigkeit" geführt werden muß; das bedeutet, daß er wirklich erfolgreich nur geführt werden kann, wenn es gelingt, wirklich Massen zu m o b i l i s i e r e n und (langfristig!) die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse entscheidend zu verändern. Offenbar kann bisher keine Rede davon sein, daß es gelungen wäre – trotz mehrheitlicher Ablehnung des § 218 durch die Bevölkerung – die Massen schon gegen den bürgerlichen Staat und die bürgerliche „Verfassungsmäßigkeit" in Bewegung zu bringen. Was bisher mit der Parole „Weg mit dem §218" nicht gelang, soll jetzt plötzlich, offenbar innerhalb einiger Monate, unter der Parole „Volksentscheid gegen den § 218" gelingen – nämlich die „**Organisierung des Kampfes der Massen**". Wahrlich, ein typischer KBW-Einfall.

Dazu muß man sagen, daß es seit langem die Taktik der KBW-Führer ist, immer auf's Neue zu behaupten, sie hätten gerade die Parolen entdeckt, unter denen die „**Organisierung des Kampfes der Massen**" endlich möglich sei. Das fing an mit der „Ölkrise" Ende 1973 (schon damals behaupteten die KBW-Führer frech, *„die Parolen auszugeben, hinter denen sich die Massen zusammenschließen können"* – lt. „KVZ" vom 19.12.73), ging weiter über diverse infantile „Pläne zum Sturz des Magistrats" (Senats etc.), und wird mit der „Volksentscheid"-Schaumschlägerei auch noch nicht sein Ende finden. Aber letztlich nutzt sich jede opportunistische „Politik" einmal ab, und langfristig wird für diese Komiker in der linken Bewegung kein Platz sein. ●

Leserbrief

Ich habe vier Kinder großgezogen. Zum fünften Mal wurde ich schwanger. Nach Ansicht meines Hausarztes und eines Gynäkologen durfte ich aus Rücksicht auf meine Gesundheit kein weiteres Kind mehr haben. Blieb nur die Vorstellung bei einer Ärztekommission. Ich war einverstanden. Die Kommission setzte sich aus drei Fachärzten zusammen. Unabhängig voneinander bekam ich die Genehmigung einer Schwangerschaftsunterbrechung. Mit dieser Genehmigung und einer Einweisung begab ich mich ins Allgemeine Bergedorfer Krankenhaus.

Nach eingehender Untersuchung machte man mir die Eröffnung, ja, wir sind bereit, ihnen das Kind wegzunehmen, aber nur, wenn sie sich sterilisieren lassen, damit sie nicht in einem halben Jahr mit dem gleichen Problem hierher kommen. Meine Ratlosigkeit ausnutzend gab man mir drei Tage Bedenkzeit.
Prompt legte man mich diese drei Tage auf die Entbindungsstation, wo mir das Geschrei der Neugeborenen ziemlich auf die Nerven ging, eine extra meinetwegen zitierte Nervenärztin vollendete dann das Werk. Ich ließ mich sterilisieren. Seitdem bin ich nur noch ein halber Mensch. □

Eine 45-jährige AK-Leserin

MAI-PLATTFORM DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Der 1. Mai dieses Jahres ist gekennzeichnet durch verschärfte Auseinandersetzungen zwischen den Völkern der Welt, vor allem den Völkern der Dritten Welt, und den Imperialisten sowie zwischen den Imperialisten untereinander.
Gerade in den letzten Wochen und Monaten haben die Völker Indochinas, die Völker von Vietnam und Kambodscha, große Siege errungen und den Zusammenbruch der Marionetten-Regimes des US-Imperialismus in diesen Ländern herbeigeführt.
Wurde am 1. Mai 1970, vor fünf Jahren, gegen den von den USA gesteuerten faschistischen Putsch in Kambodscha und gegen das Eindringen von Truppen der USA und Südvietnams demonstriert, so können wir an diesem 1. Mai die Befreiung von Pnom Penh und damit die vollständige Befreiung Kambodschas feiern.

In Südvietnam sind die Volksbefreiungskräfte nach zwei Jahren ständiger Vertragsbrüche durch das Saigoner Regime nunmehr zur Offensive angetreten und haben innerhalb weniger Wochen den größten Teil des Landes vollständig befreit. Der endgültige Sieg ist auch in Südvietnam absehbar.

Die Aufgabe, die sich nun den Völkern Kambodschas und Vietnams stellt, ist kaum weniger schwierig als die des bisher geführten Kampfes: Jetzt geht es um die Heilung der Kriegsschäden, um die Versorgung der Bevölkerung, um die Schaffung der Grundlagen für den sozialistischen Aufbau. **Hierzu benötigen die Völker Indochinas die Hilfe aller fortschrittlichen Menschen.**

Die errungenen Siege sind das Ergebnis eines jahrzehntelangen Kampfes der Völker Indochinas gegen Kolonialismus und Imperialismus. Die größte imperialistische Macht der bisherigen Geschichte, die USA, konnte ihre Niederlage nicht verhindern, obwohl zeitweise eine halbe Million US-Soldaten nach Vietnam geschickt wurden und obwohl auf Vietnam mehr Bomben geworfen wurden, als während des ganzen 2. Weltkriegs.

Die Zeiten haben sich geändert, nicht nur in Indochina: Trotz zeitweise Rückschläge für die Völker – wie dem faschistischen Putsch in Chile 1973 und dem folgenden furchtbaren Blutbad unter den Arbeitern und Bauern – stößt der Imperialismus weltweit immer mehr auf seine Schranken und wird zurückgeworfen, setzt sich die Tendenz zu nationaler Befreiung und sozialistischer Revolution durch. Über Niederlagen und Rückschläge hinweg gehen die Völker einer Welt der Freiheit, des Friedens und des Sozialismus entgegen.

Auch in Europa können Imperialismus und Reaktion die Zeit nicht aufhalten. Im vergangenen Jahr konnten wir den Sturz der faschistischen Diktaturen in Portugal und Griechenland feiern. In Portugal hat sich eine breite antiimperialistische Bewegung entwickelt, die die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Positionen der Imperialisten in diesem Land bedroht. Zugleich damit haben die Völker der portugiesischen Kolonien Guinea-Bissao, Angola und Mosambik einen großen Sieg in ihrem seit Jahren geführten Kampf für die nationale Unabhängigkeit errungen.

Auch das spanische Faschisten-Regime Francos wird immer brüchiger und wankt unter den Schlägen der Arbeiterbewegung. Die Imperialisten, an erster Stelle die der USA und der BRD, setzen bereits alle Hebel in Bewegung, um eine „portugiesische Entwicklung" (d.h. die Errichtung einer antiimperialistischen Demokratie) in Spanien zu verhindern.

In Italien verbreitert sich die Bewegung für den Austritt aus der Nato, für das Verbot der faschistischen Organisationen, für den Sturz der Christdemokraten, die drei Jahrzehnte lang Italien im Interesse der Monopolbourgeoisie und des Imperialismus beherrscht haben.

Kampf den imperialistischen Kriegsvorbereitungen!

Mit dieser Entwicklung wollen sich die Imperialisten nicht abfinden. Wie jede herrschende Ausbeuterklasse wehren sie sich bis zum Äußersten gegen ihren historisch unvermeidlichen Untergang.

Sie verstärken ihre Jagd und Konkurrenz untereinander nach Einflußgebieten, Rohstoffquellen und Absatzmärkten, sie verstärken die wirtschaftliche Auspressung „ihrer" Völker und erweitern und zentralisieren den Polizeiapparat zur Aufrechterhaltung dieser Politik nach Innen.

Mit konterrevolutionären und faschistischen Putschen, mit der Finanzierung reaktionärer, pro-imperialistischer Parteien, mit wirtschaftlichem Druck u.a. sind die Imperialisten bemüht, sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen und deren Politik in ihrem Sinn zu beeinflussen. Nach dem Putsch in Chile hat sich das im vergangenen Jahr auch bei dem vom US-Imperialismus und griechischen Faschsiten gesteuerten Putsch auf Zypern gezeigt; bei den drei Putschversuchen in Portugal, zuletzt im März; bei dem Putschversuch in Griechenland im Februar; bei der verzweifelten Finanzierung der untergehenden US-Marionetten in Pnom Penh und Saigon; bei dem Versuch, die Befreiungsbewegung in Angola durch Agenten des Imperialismus zu spalten ...

Über solche Formen der Einmischung hinaus drohen die Imperialisten immer offener mit Krieg gegen die für ihre Unabhängigkeit und Selbstbestimmung kämpfenden Völker. Am deutlichsten wurde das zu Anfang dieses Jahres in der Drohung Kissingers, die arabischen Erdölstaaten zu überfallen, wenn diese ihre Bodenschätze für eine selbständige Entwicklung nutzen wollen, statt sie schrankenlos der Ausbeutung durch die Imperialisten zu überlassen. Im Grunde ist das eine offene und brutale Drohung gegen j e d e s Land, das einen unabhängigen Kurs gegenüber den imperialistischen Weltherrschafts-Ansprüchen steuert.

Je mehr die Imperialisten weltweit auf den Kampf der Völker für Freiheit und Sozialismus stoßen, je mehr sich ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschärfen, je mehr sie auch im „eigenen" Land mit Klassenkämpfen konfrontiert sind, verschärft sich die Gefahr militärischer Abenteuer der Imperialisten und eines neuen weltweiten imperialistischen Krieges, dessen Folgen noch weit furchtbarer wären, als die des zweiten Weltkrieges.

Die beiden stärksten Mächte, die USA und die Sowjetunion, betreiben seit Jahren eine verlogene Propaganda von angeblicher „Abrüstung" und „Entspannung" als „Haupttendenz unserer Zeit". Tatsache ist, daß die internationalen „Spannungen" zunehmen statt abzunehmen, als unvermeidliches Ergebnis der tiefen Krise des imperialistischen Weltsystems und des Erstarkens der antiimperialistischen, demokratischen Volkskämpfe überall auf der Welt, womit sich die Imperialisten nicht abfinden wollen. **Statt abzurüsten haben gerade die USA und die Sowjetunion in den letzten Jahren fieberhaft a u f g e r ü s t e t und dabei insbesondere das Potential ihrer atomaren Vernichtungswaffen v e r v i e l f a c h t – eine tödliche Gefahr, die schon heute zur völligen Verwüstung der Industriestaaten ausreichen würde. –** Aber auch die „kleineren" imperialistischen Staaten – wie BRD, Großbritannien, Frankreich u.a. – rüsten weiter auf zur Teilnahme am imperialistischen Ringen um die Neuaufteilung der Welt.

Gegenwärtig sind es in erster Linie die US-Imperialisten, unterstützt von der BRD und anderen „kleineren" imperialistischen Staaten, die sich als Hauptfeind der Völker erweisen: Indem sie reaktionäre und aggressive Regimes unterstützen (Vietnam, Kambodscha, Israel, Chile, Spanien usw.usf.); indem sie faschistische Putsche organisieren und unterstützen; indem sie wirtschaftlichen Druck auf Staaten ausüben, die um eine unabhängige Politik bemüht sind; indem sie – u.a. über den CIA – den Aufbau und die Terroranschläge faschistischer Banden unterstützen (wie in Italien), Morde gegen „mißliebige" ausländische Politiker planen usw.

Als Hauptkonkurrent des US-Imperialismus ist der Sowjetrevisionismus in vielen Fällen gezwungen, ein Bündnis mit dessen Gegnern, den antiimperialistischen und demokratischen Bewegungen und Staaten, einzugehen und diese zu unterstützen (Palästina, Angola, Mosambik, Guinea/Bissao, Südjemen, Zypern u.a.). Diese Tatsache können sich die Völker zunutze machen, wenn sie es dabei vermeiden, in neue Abhängigkeiten von einer Großmacht hineingezogen zu werden.

Daß es auch den Sowjetrevisionisten um Großmachtpolitik geht, zeigt z.B. ihre Unterstützung für die gewaltsame Annektion des kleinen Himalaya-Staates Sikkim durch die expansionistische indische Bourgeoisie, ihre Unterstützung für Indien bei der Lostrennung Ostpakistans (Bangla Desch), wo heute eine volksfeindliche Diktatur zur Niederhaltung der Massen herrscht; zeigt ihre Unterstützung für die Regimes des Irak und Äthiopiens bei der brutalen Unterdrückung nationaler Minderheiten (Kurden, Eritreer); zeigt ihr massiver Aufmarsch an den Grenzen der Volksrepublik China; es zeigt sich auch darin, daß die Sowjetrevisionisten lange Zeit nicht bereit waren, die kambodschanischen Befreiungskräfte anzuerkennen und fast bis zur letzten Stunde eine diplomatische Vertretung beim verbrecherischen Lon Nol-Regime in Pnom Penh unterhielten.

Kampf dem BRD-Imperialismus, „Juniorpartner" des US-Imperialismus!

Die BRD-Imperialisten sind mit dem US-Imperialismus durch den aggressiven Nato-Pakt und durch vielfältige wirtschaftliche und politische Fäden auf's engste verbunden. Ihr Streben ist es seit jeher, in der Rolle eines „Junior-Partners" der USA an deren imperialistischen Raubzügen und in deren Windschatten am Kampf und Einflußgebiete, Absatzmärkte und Rohstoffgebiete teilzunehmen. Langfristig geht es ihnen darum, zur Vormacht in einem sich „integrierenden" („vereinigten") Europa zu werden, als Hebel für einen neuen Anlauf zum Kampf um die Weltherrschaft. Dabei haben sie ihre alten revanchistischen Pläne – Annektion der DDR, Rückeroberung der „deutschen Ostgebiete" – trotz „neuer Ostpolitik" und verschiedener „Ostverträge" nicht aufgegeben. Gegenüber den westeuropäischen Staaten spielen sie immer stärker, vor allem mit dem Mittel wirtschaftlichen Drucks, schon heute die Rolle einer Hegemonialmacht. Besonders deutlich und unverschämt ist ihre Einmischung gegenüber Portugal, wo die SPD und die CDU alle Hebel gegenüber ihren portugiesischen „Schwesterparteien" in Bewegung setzen, und die SPD/FDP-Regierung unverhohlene Drohungen gegen die portugiesische Regierung und gegen die Bewegung der Streitkräfte ausspricht, um auf ein Verbleiben Portugals in der Nato sowie auf die Unterdrückung der Arbeiterparteien und der Arbeiterkämpfe hinzuwirken. Ebenso unterstützt die BRD-Regierung – wie erst jüngst wieder die Reise Genschers nach Madrid zeigte – den Franco-Faschismus in Spanien, für dessen „Kampf gegen den Kommunismus" (das heißt praktisch: für die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und aller politischen Freiheiten!!) Genscher lobende Worte fand. Auch in Italien unterstützt der BRD-Imperialismus die reaktionären Kräfte, wobei die Kumpanei zwischen Strauß-CSU und italienischen Faschisten besonders hervorsticht.

Der BRD-Imperialismus schloß sich auch den amerikanischen Kriegsdrohungen gegen die arabischen Erdölstaaten an: Politiker der SPD/FDP-Regierung und der CDU/CSU forderten, das „Aufgabengebiet" des Nato-Paktes müßte u.a. auf die „Sicherung der Erdölwege" (d.h. in den Arabischen Golf und Indischen Ozean !!) ausgedehnt werden; jede Störung des internationalen imperialistischen Wirtschaftssystems (z.B. ein Lieferstop der Erdölländer) müßte „als Aggression beantwortet" werden, das heißt mit einem militärischen „Gegenschlag". Erst kürzlich stimmte die reaktionäre bürgerliche Presse der BRD ein Wutgeheul über die Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam und Kambodscha an, aus dem deutlich die Sympathie für die US-Aggressoren und deren reaktionäre Marionetten-Regimes sprach. „Verteidigungs(!)"-Minister Leber von der SPD ereiferte sich gar öffentlich, daß die US-Imperialisten „Vietnam sich selber überlassen" hätten. Hieraus spricht die fieberhafte Gier des BRD-Imperialismus, selbst eines Tages an der Seite des US-Imperialismus direkt an der militärischen Unterdrückung und Ausplünderung anderer Völker teilzunehmen.

Die Politik der verstärkten Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus geht einher mit einer erneuten Beschwörung der „sowjetischen" und „kommunistischen Gefahr": Der BRD-Imperialismus müsse aufrüsten, um einer möglichen sowjetischen Aggression entgegenzutreten; er müsse sich in Portugal einmischen, um einer „kommunistischen Machtergreifung" entgegenzutreten usw. Das bedeutet, daß nach mehreren Jahren der Demagogie mit „Entspannung" und „neuer Ostpolitik" wieder stärker auf das alte Arsenal des offensten Antikommunismus und des „Russenschrecks" zurückgegriffen wird, wobei naturgemäß der CDU/CSU eine größere Rolle zufällt als der mehr auf „Entspannungs-" und „Friedens"heuchelei eingespielten SPD.

Es ist offensichtlich, daß die BRD kein Staat ist, der sich zur Verteidigung seiner nationalen Unabhängigkeit „gegen die Supermächte" rüstet; sondern der BRD-Imperialismus ist eine aggressive Macht, die an der Seite und im Windschatten des US-Imperialismus auf Raubzüge aus ist; die also eine Gefahr für andere Völker und für den Frieden in der Welt darstellt.

Kampf der Faschisierung und Militarisierung

Die Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft ist im letzten Jahr weiter vorangeschritten.

Dabei geht es einmal darum, die Unterdrückungsinstrumente für den Einsatz im Inneren auszubauen und heute schon Schläge vor allem gegen die revolutionären Kräfte zu führen, um die Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen zu sichern und um sich auf eine Verschärfung der Klassenkämpfe vorzubereiten. – Zum anderen geht es dabei auch um die Kriegsvorbereitungen, die Aufrüstung nach außen und die Repression und Formierung nach innen.

Unter der unglaublich verlogenen Wahlparole „Mehr Demokratie wagen" (!!) hat die SPD/FDP-Regierung seit 1969 einen in der Geschichte der BRD einmaligen Ausbau des Polizeiapparats vollzogen. So stiegen 1969 bis 73 die Ausgaben für das Bundeskriminalamt von 22,4 auf 122 Mill. Mark; für den „Verfassungsschutz" von 29,2 auf 62,1 Mill. Mark; für den „Bundesgrenzschutz" – der in dieser Zeit forciert zur Bürgerkriegstruppe ausgebaut wurde – von 314,4 auf 565,4 Mill. Mark. Neben der sicher noch nicht beendeten zahlenmäßigen Erweiterung des Polizeiapparats, steht heute vor allem seine weitere Zentralisierung und seine Erprobung und „Verfeinerung" auf der Tagesordnung. Vor allem die sogenannte „Terroristenbekämpfung" wurde in den letzten Monaten als Vorwand genommen, Polizeiübungen großen Stils durchzuführen. Willkürliche Festnahmen und Verhaftungen, Verwüstung „durchsuchter" Wohnungen durch die Polizei, Mißhandlung und Beschimpfung von Bewohnern und andere Übergriffe zeigen die vom Staat bewußt vorangetriebene und voll gedeckte Faschisierung der Polizei, die die Fesseln des bürgerlichen „Rechtsstaates" immer offener abstreift. Dieselbe Ten-

denz zeigt sich in der immer häufigeren (stets straflosen) Ermordung von Menschen durch die Polizei, in der Forderung nach dem legalisierten „Todesschuß" (d.h. praktisch der uneingeschränkten Tötungs-Lizenz für die Polizei).

In den Betrieben, Gewerkschaften, Schulen verschärft sich die Jagd auf Kommunisten und mehr und mehr auch gegen konsequente linke Sozialdemokraten. Zugleich tummeln sich immer frecher unter Polizeischutz faschistische Banden, die sich heute schon offen unter antisemitischen Mordparolen und unter der Hakenkreuz-Fahne versammeln können. Eine gigantische Nazi-„Nostalgie-Welle" in Fernsehen, Presse, Kino u.a. soll ein verlogenes Bild von der Nazi-Diktatur schaffen, die angeblich „auch ihre menschlichen Seiten" hatte, „gar nicht so schlecht war", „wo wenigstens Ordnung herrschte" usw. Mörderbanden wie die „Waffen-SS" werden im Fernsehen verherrlicht, Nazi-Mörder werden von den Gerichten freigesprochen oder für „verhandlungsunfähig" erklärt.

Die Wahlerfolge der CDU/CSU bei verschiedenen Landes- und Gemeindewahlen haben sich gegenwärtig abgeflacht; zugleich hat aber innerhalb der CDU/CSU eine deutlichere faschistoide Formierung um Strauß, Dregger & Co. stattgefunden. Sie begeifern selbst SPD-Politiker als „Baader-Meinhof-Sympathisanten" und wollen mit jeder politischen Opposition **„so aufräumen, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen"** (Strauß in Sonthofen).

Die bürgerliche Propaganda greift insgesamt stärker als in den letzten Jahren auf die alten Schemata des Antikommunismus und der „Gefahr aus dem Osten" zurück. In die Bundeswehr wird ebenso verstärkt das alte antikommunistische „Feindbild" hineingetragen. Am Beispiel Portugals wird besonders deutlich, wie hier systematisch gegen die Demokratisierung gehetzt wird, daß hier zynisch, die „Unterdrückung" rechtsextremer Putschisten*wie Spinola und schwerreicher Kapitalisten wortreich bejammert wird. Daß in Portugal – wenn auch vorerst nur in Ansätzen – das a r b e i t e n d e V o l k die Herrschaft ausübt, veranlaßt die BRD-Imperialisten zu wilden Haßtiraden gegen die angebliche „kommunistische Diktatur". Dasselbe zeigt sich am Beispiel Vietnams und Kambodschas, wo perialisten zu wilden Haßtiraden gegen die angebliche „kommunistische Diktatur". Dasselbe zeigt sich am Beispiel Vietnams und Kambodschas, wo SPD und CDU/CSU nahezu einstimmig ihre Hetze verbreiten. Die Tatsache, daß die Sowjetunion – ebenso wie die USA! – weiter aufrüstet, wird benutzt, um die eigenen Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus als gerechtfertigt und notwendig hinzustellen.

Gegen die Völker der „Dritten Welt" wird eine Kampagne des Chauvinismus und Rassismus geführt. Die Diese Völker und ihre unabhängigen Staaten werden als „minderwertig" diffamiert. Daß sie sich teilweise bemühen, selbst zum Herren der Bodenschätze ihrer Länder zu werden, wird als „Erpressung" begeifert, die von den Imperialisten militärisch „beantwortet" werden müßte.

Der zunehmende Rechtskurs zeigt sich auch in der Auseinandersetzung um kleinste demokratische Reformen. So wurde, auf Initiative der CDU/CSU, in diesem Jahr die bereits vom Bundestag beschlossene „Fristenregelung" zum § 218 zu Fall gebracht. Obwohl diese „Fristenregelung" die staatliche Bevormundung und Demütigung der Frauen beibehalten hätte, war selbst das bißchen mehr Liberalität und Menschlichkeit, das diese „Reform" hätte bringen können, der Bourgeoisie schon zuviel.

Auf dem Gebiet der Berufsverbote im Staatsdienst (vor allem Lehrer) war noch vor einiger Zeit seitens der SPD-„Linken" und Teilen der FDP von einer „Liberalisierung" die Rede. Tatsächlich ist eine V e r s c h ä r f u n g der Situation eingetreten. Die CDU/CSU fordert offen die Ausdehnung der Berufsverbote auf linke Sozialdemokraten. Die absolute Stoßrichtung der Berufsverbote gegen l i n k s zeigt sich daran, daß einigen hundert Berufsverboten gegen Linke kaum ein Dutzend entlassener Rechtsradikaler und Faschisten gegenüberstehen. Die Tausende von alten Nazi-Lehrern, die ihren Schülern heute noch begeistert von ihren „Kriegserlebnissen" vorschwärmen und die Nazi-Diktatur verherrlichen oder beschönigen, sind ohnehin vom bürgerlichen Staat nie behelligt worden; sie gelten (und das im Sinn der Bourgeoisie zu Recht!) als „staatserhaltende Kraft".

Auch in der „Mitbestimmung", die einmal als großes Betrugsmanöver an den Werktätigen geplant war, zeigt sich, daß die Bourgeoisie selbst diese P s e u d o -Reform nicht will, daß sie den bloßen G e d a n k e n an demokratische Reformen zurückdrängen und unterdrücken will.

Parallel zur staatlichen Entwicklung wird die Kommunisten-Verfolgung in den Gewerkschaften vorangetrieben. Gewerkschaftsausschlüsse werden nicht nur gegen einzelne Gewerkschafter, sondern auch gegen größere Gruppen oppositioneller Kollen eingesetzt. Wo die Gewerkschaftsführer zuletzt bei den Betriebsräte-Wahlen – mit einem größeren Einfluß der Linken konfrontiert sind, führen sie ganz offen den „Kampf" fast nur noch gegen links, wobei sie sich zügellos aller Methoden der persönlichen Diffamierung, der plumpesten antikommunistischen Hetze und sogar eindeutiger Rückgriffe auf die Nazi-„Ideologie" bedienen.

Die Revisionisten der DKP sind dabei die treuesten Gefolgsleute der Gewerkschaftsführer. Die Entwicklung in der Lehrergewerkschaft GEW (in deren Führung starke Kräfte Maßnahmen auch gegen DKPler fordern) zeigt jedoch die Schranken derartiger opportunistischer Politik. Das wird allerdings zumindest die Führer der DKP, aber wahrscheinlich auch die Mehrzahl ihrer Mitglieder, nicht daran hindern, bis zuletzt den Fuß zu küssen, der sie tritt, und bei der Hetze gegen links in vorderster Front zu stehen.

DIE KRISE DARF NICHT WIEDER AUF DIE ARBEITER UND ANGESTELLTEN ABGEWÄLZT WERDEN!

KAMPF DER KAPITALISTISCHEN RATIONALISIERUNG!

Der Konkurrenzkampf der imperialistischen Mächte untereinander um die Neuverteilung von Einflußgebieten, Rohstoffquellen und Absatzmärkten und die weltweite Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und „3. Welt" führen nicht nur immer weiter an die „Schwelle" kriegerischer Konfrontationen heran, sondern diese Widersprüche haben auch die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus selbst im zurückliegenden Jahr enorm beschleunigt.

Der werktätigen Bevölkerung sollen die Kosten des imperialistischen Konkurrenzkampfes, der mit Gesetzmäßigkeit immer wieder sich erweiternde und vertiefende Krisen hervorbringt, in Form von Entlassungen, Konkurrenzkampfes, der mit Gesetzmäßigkeit immer wieder sich erweiternde und vertiefende Krisen hervorbringt, in Form von Entlassungen, Kurzarbeit, Lohndrückerei u.a. aufgebürdet werden.

In der Bundesrepublik sind augenblicklich, nach der offiziellen Statistik, rund 1,1 Millionen Arbeiter und Angestellte arbeitslos (wobei die rund 250.000 ausländischen Arbeiter noch nicht mitgerechnet sind, die bereits in ihre Heimatländer zurückgeschickt wurden). Eine weitere knappe Million Werktätiger ist z.Zt. von Kurzarbeit betroffen.

Ausländische Arbeiter, Frauen und Jugendliche sind von der Massenarbeitslosigkeit am stärksten betroffen. In verschiedenen Regionen der Bundesrepublik (den sogen. „wirtschaftlich schwachen Gebieten") hat die Arbeitslosigkeit bereits katastrophale Ausmaße erreicht (z.B. in Teilen Bayerns und in Schleswig-Holstein).

Obwohl aktuell (Ende März '75) eine gewisse „Entspannung des Arbeitsmarktes" festzustellen ist (leichtes Absinken der Arbeitslosen und Kurzarbeiterzahlen sowie ein Ansteigen der 'offenen Stellen') kann auf absehbare Zeit nicht damit gerechnet werden, daß alle oder auch nur die Mehrheit der Arbeitslosen wieder eine Anstellung finden werden. Die Ankündigung der VW-Bosse, in den kommenden zwei Jahren weitere 25.000 Kolleginnen und Kollegen entlassen zu wollen, spricht eine duetlichere Sprache als die schwammigen und demagogischen Prophezeihungen der Bundesregierung vom baldigen „Aufschwung in Stabilität".

Überhaupt gehen die Erwartungen und Pläne der bürgerlichen Politiker nicht dahin, die Massenarbeitslosigkeit abzuschaffen und die Preistreiberei der Kapitalisten zu stoppen, sondern sind darauf gerichtet, der Bourgeoisie größtmögliche Profite zu sichern und die Konzentration und Zentralisation des Kapitals zu fördern. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die „Konjunkturspritze" der Bundesregierung von 1,73 Milliarden DM und die sogenannten „Investitionsprämien" von rund acht Milliarden DM, die den Kapitalisten aus den Steuermitteln der Werktätigen vom Staat geschenkt werden.

Diese Milliardenbeträge wurden den Kapitalisten von der sozialliberalen Bundesregierung mit der Begründung zur Verfügung gestellt, daß es jetzt notwendig sei, Gewinne zu machen und wieder verstärkt zu investieren.

Dabei zeigt allein die wirtschaftliche Entwicklung der BRD im letzten Jahr, daß es an Kapital (bzw. Überschüssen aus dem Außenhandel, die in der BRD hätten investiert werden k ö n n e n) keineswegs gemangelt hat. Das Großkapital hat jedoch seine Expansion i n a n d e r e L ä n d e r mit Riesenschritten verstärkt, während die Investitionstätigkeit in Westdeutschland selbst stagnierte oder (im Vergleich zum Vorjahr) sogar abnahm! Wirtschaftsinstitute des Großkapitals geben selbst an, daß die Direktinvestitionen des westdeutschen Imperialismus im Ausland (vornehmlich in Staaten der „Europäischen Gemeinschaft" und den USA) allein 1974 um 4,53 Mrd. DM erweitert wurden, was einer durchschnittlichen Steigerungsrate von 14,1 Prozent entspricht (lt. IWD, 1o.April '75)! Rechnet man weitere Formen des Kapitalexports (wie Kredite etc.) hinzu, so dürfte sich die Summe des 1974 im Ausland angelegten Kapitals auf weit mehr als 10 Milliarden DM belaufen.

Vergleicht man die enormen Steigerungsraten beim Kapitalexport mit dem Fast-Null-Wachstum der inländischen Wirtschaft der BRD, so bestätigt sich erneut die These Lenins, daß *„so lange der Kapitalismus Kapitalismus bleibt...der Kapitalüberschuß nicht zur Hebung der Lebenshaltung der Massen in dem betreffenden Lande verwendet (wird) – denn das würde eine Verminderung der Profite bedeuten – sondern zur Steigerung der Profite durch Kapitalexport...".*

Die von der Bundesregierung verheißenen segensreichen Wirkungen ihrer Konjunkturpolitik werden also allein der Bourgeoisie zufließen, während die werktätige Bevölkerung die Krisenlasten und die Kosten des imperialistischen Expansionsdranges tragen soll.

Während die Gewinne der Kapitalisten mit „Milliardenbeträgen „aufgefrischt" wurden und werden, mußten sich die Arbeiter und Angestellten aller Branchen in diesem Jahr mit minimalen Lohnerhöhungen abspeisen lassen. Die im Durchschnitt bei etwa 6 Prozent liegenden Tarifabschlüsse können nicht einmal die vorausgegangenen und zu erwartenden Preissteigerungen ausgleichen – bedeuten also nichts anderes als L o h n a b b a u ! Hinzu kommt noch, daß viele Kapitalisten die Konkorrenz der Arbeiter um den Arbeitsplatz dazu ausnutzen, übertarifliche Lohnabbau! Hinzu kommt noch, daß viele Kapitalisten die Konkorrenz der Arbeiter um den Arbeitsplatz dazu ausnutzen, übertarifliche (und in der Regel nicht vertraglich gesicherte) Lohnteile abzubauen.

Es ist „selbstverständlich", daß die den Kapitalisten zugeschanzten Steuermilliarden in d e n Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fehlen, wo sie dringend gebraucht werden – also im Bereich der medizinischen Versorgung, beim Ausbau und Neubau von Schulen, Kindergärten etc!

Der allgemeingebräuchliche Begriff für diese 'massenfeindliche Politik lautet „Sparpolitik".

Bereits während der sogen. „Ölkrise" im Herbst 1973 wurde die werktätige Bevölkerung in einer massiven politisch-ideologischen Kampagne darauf vorbereitet, daß das „Ende der Überflußgesellschaft" gekommen sei und daß es nunmehr gelte, „den Gürtel enger zu schnallen", und daß „allen Opfer abverlangt" würden.

Die Politik der jetzigen Bundesregierung hat völlig klargemacht, daß „Opfer" einseitig der werktätigen Bevölkerung abverlangt werden sollen und daß diese „Opfer" der Kapitalistenklasse zugute kommen – sie hat klargemacht, daß vornehmlich im „sozialen Bereich" gespart wird, während die Ausgaben für die weitere Aufrüstung und für den Ausbau des Polizeiapparates drastisch gesteigert werden (1975 wurden vom Bundestag mit den Stimmen aller Parteien 46,4 Milliarden DM für den Rüstungsetat bewilligt!).

Diese „Sparpolitik" soll in den kommenden Jahren konsequent weiterverfolgt werden. Schon heute ist es unter Bonner Parlamentariern ein offenes Geheimnis, daß bereits Anfang 1976 die Steuern erneut erhöht werden, um die Finanzierungslücke im jetzigen Gesamthaushalt von 23 Milliarden DM auszugleichen. Es soll ein Plan in den Schubladen des Finanzministers Apel (SPD) liegen, nach dem die Mehrwertsteuer um 2 Prozent angehoben wird. Eine solche Maßnahme würde natürlich wieder in erster Linie die werktätige Bevölkerung treffen, weil Unternehmer und Kaufleute die Mehrwertsteuer an den Konsumenten über Preiserhöhungen weiterzugeben pflegen.

Insgesamt läßt sich sagen, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem immer weniger in der Lage ist, seine Versprechungen auf wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit einzulösen. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik – die schwerste Krise in der Geschichte der BRD! – wird in ihren Auswirkungen noch dadurch verschärft, daß sie mit gleichzeitigen Krisenerscheinungen in allen wichtigen kapitalistischen Konkurrenzländern der BRD zusammenfällt.

In den USA sind gegenwärtig über 6,5 Millionen Menschen (oder 7,5 Prozent!) arbeitslos – wobei selbst bürgerliche Ökonomen noch mit einer Steigerung der Arbeitslosenlosenzahlen rechnen. Die Preise stiegen im Schnitt um 12,1 Prozent (1974).

In Japan sind schätzungsweise 5 Millionen Werktätige von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen. Die Inflation erreichte in Japan 1974 26 Prozent – auch in diesem Jahr wird mit ähnlich hohen Steigerungsraten gerechnet!

In Großbritannien liegt die Arbeitslosenrate offiziell „nur" bei etwa drei Prozent. Die Inflationsrate lag dafür schon im Dezember 74 bei 18,3 Prozent und wird in diesem Jahr, Vorausschätzungen zufolge, auf 25 Prozent steigen.

In Italien sind mehr als 1 Million Menschen arbeitslos. Die Preise lagen bereits im Dezember '74 um 24,3 Prozent über denen des Vorjahres. Für dieses Jahr wird mit einer noch höheren Inflationsrate gerechnet.

Man sieht, daß die Auswirkungen der kapitalistischen Krise in allen wesentlichen imperialistischen Ländern – wenn auch auf unterschiedlichem Niveau – die gleichen sind. Wenn i internationalen Vergleich „unsere" Bundesrepublik noch verhältnismäßig „gut" dasteht, so ist das allerdings kein Grund, Angriffe auf unsere Lebenslage in Form von Preissteigerungen, Kurzarbeit, Entalssungen und vieles andere mehr widerstandslos hinzunehmen – etwa mit dem Hinweis auf die Behauptung, daß die westdeutsche Wirtschaft international konkurrenzfähig sein müsse oder daß man ja an Großbritannien und Italien sehen könne, wohin entschiedene Kampfmaßnahmen (wie Streiks) führen – angeblich ins Chaos.

Ziel der Kapitalisten a l l e r Länder ist es schließlich, die Arbeiter verschiedener Nationalität gegeneinander auszuspielen und ihrem eigenen Kampf mit den kapitalistischen Konkurrenten dienstbar zu machen. Alle Erfahrungen zeigen, daß Krisen im Wesen des Kapitalismus liegen und nicht etwa durch den entschiedenen Kampf der Werktätigen gegen die A u s w i r k u n g e n dieser Krisen verursacht werden.

Kampf der Werktätigen gegen die A u s w i r k u n g e n dieser Krisen verursacht werden.

Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zeigt sich immer deutlicher die Notwendigkeit eines breiten und organisierten Widerstands gegen Krisenpolitik, Faschisierung und Kriegsgefahr.

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung und der Linken bleibt jedoch in der BRD nach wie vor hinter den objektiven Erfordernissen zurück, die sich vor allem aus der beschleunigten Entwicklung der imperialistischen Kriegs- und Bürgerkriegsvorbereitungen ergeben. Unter dem Deckmantel der „Terroristenjagd" und der verstärkten Propaganda des Antikommunismus kann die Bourgeoisie ziemlich ungestört und risikolos die Faschisierung und Militarisierung durchführen. Der revolutionären Linken ist es bisher im Wesentlichen nicht gelungen, dagegen Widerstandsbewegungen über die eigenen Reihen hinaus zu entwickeln.

Auch die Bewegungen wie die gegen den § 218 blieben relativ begrenzt, gemessen an der weit verbreiteten spontanen Unzufriedenheit mit diesem reaktionären Gesetz.

Es bestätigt sich die Erfahrung aus der „Ölkrise" von Ende 1973, d.h. die Schwierigkeit, beim gegenwärtigen Zeitpunkt von spontaner Unzufriedenheit zu wirklichen M a s s e naktionen zu kommen, d.h. politische M a s s e n kämpfe (und nicht nur Proteste der Linken) zu initiieren.

Auf wirtschaftlichem Gebiet ist es der Bourgeoisie weitgehend gelungen, eine Anpassung an die staatliche „Sparpolitik" auch in den Tarifabschlüssen durchzusetzen. Gegenüber den spontanen Streiks von 1973 und Anfang 1974 ist wieder ein deutlicher Abschwung zu verzeichnen. Soweit es Kämpfe gab, waren es wesentlich Abwehrkämpfe gegen besonders schwerwiegende Krisenfolgen (Rationalisierung, Entlassungen), die außerdem weitestgehend betrieblich begrenzt waren. In diesem Abflauen der spontanen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkämpfe zeigt sich auch eine Auswirkung der von den Kapitalisten bewußt und systematisch geschürten Krisenangst (Inflation, Verlust des Arbeitsplatzes u.a.).

Eine Ausnahme bildet der Jugendbereich, wo es in den letzten Monaten in vielen Städten zu Demonstrationen und anderen Aktionen von Lehrlingen, Schülern und jungen Arbeitern kam.

Gegen Revisionismus und „Sozial"chauvinismus – Vorwärts bei der Schaffung der Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse!

Unter den Organisationen der Linken ist der Einfluß der Revisionisten von DKP, SDAJ etc. stark zurückgegangen. Zu selbständigen Aktionen sind die Revisionisten kaum noch irgendwo in der Lage.

Ihr Einfluß an den Universitäten, ihrer eigentlichen „Hochburg", nimmt immer mehr zugunsten des offeneren Sozialdemokratismus ab, womit die Revisionisten die verdienten Früchte ihrer opportunistischen Politik des Schlagens nach links und des Anbiederns nach rechts ernten.

In den Betrieben kann von einem Einfluß der Revisionisten nur noch dort die Rede sein, wo sich einzelne revisionistische Kollegen in vielen Jahren die Achtung der Beschäftigten durch ihren persönlichen Einsatz für deren Interessen errungen haben.

Einigen Einfluß haben die Revisionisten noch in den Gewerkschaften, vor allem im Jugendbereich. Diesen Einfluß verdanken sie jedoch ausschließlich der Tatsache, daß sie den Gewerkschaftsführern als wortradikale Maulhelden und antikommunistische Dreckschleuderer gegen links zur Zeit noch nützliche Dienste leisten, die ihnen mit Posten honoriert werden.

Zu einer s e l b s t ä n d i g e n Politik sind die Revisionisten praktisch nirgendwo in der Lage; wo sie scheinbar noch ‚Massenpolitik' machen können, nur deshalb, weil sie als Sprachrohre der Gewerkschaftsführer fungieren (für „Mitbestimmung" etc.). Trotz großen materiellen Einsatzes und kostspieliger Werbetricks (Verkauf von Lebensmitteln zu Schleuderpreisen – angeblich als Protest gegen die Preiserhöhungen; Auftauchen mit kostenlosem Bier und Würstchen bei streikenden Arbeitern etc.) hatte die DKP (bzw. SEW in Westberlin) bei den letzten Wahlen fast überall spürbare Einbußen zu verzeichnen. Sie ist damit zum einen das Opfer des von ihr selbst kräftig geschürten Antikommunismus geworden (Hetze gegen „Chaoten"), hat zum anderen aber offenbar auch Wähler an konkurrierende linke Gruppen ("KPD", KBW) verloren.

geworden (Hetze gegen „Chaoten"), hat zum anderen aber offenbar auch Wähler an konkurrierende linke Gruppen ("KPD", KBW) verloren.

Was die Linke außerhalb der DKP angeht, so hat sie bei der Entwicklung und Organisierung breiter Bewegungen und bei Vereinheitlichung und Parteiaufbau im vergangenen Jahr kaum Fortschritte gemacht. Es zeigt sich allerdings auch, daß dort, wo konsequent eine auf sektiererische Eskapaden verzichtende Politik im Interesse der Arbeiter entwickelt wurde, durchaus Erfolge zu erringen sind – wie z.B. die Betriebsratswahlen vielfach zeigten.

Eine besonders schwerwiegende Entwicklung im letzten Jahr ist die Herausbildung einer „sozial"chauvinistischen Linie der „Vaterlandsverteidigung", unter dem Einfluß der chinesischen Außenpolitik gegenüber den westeuropäischen Imperialisten.

In einer Situation verschärfter Widersprüche, wo der BRD-Imperialismus sich anschickt, an der Seite des US-Imperialismus am imperialistischen Umverteilungskampf gegen die unabhängigen Staaten der ‚3. Welt' und gegen das Einflußgebiet des Sowjetrevisionismus teilzunehmen, stellen sich die „Sozial"chauvinisten auf die Seite des „eigenen" Imperialismus: Sie behaupten, dessen Kriegsvorbereitungen seien ein gerechtfertigter Ausdruck der „Wachsamkeit gegen den Sozialimperialismus" und dessen angebliche aggressiven Absichten gegen Westeuropa; sie unterstützen die Kriegsrüstung des BRD-Imperialismus als angebliche „Verteidigungsanstrengungen" gegen den „Sozialimperialismus", und fordern sogar noch deren Verstärkung.

Heute ist der Übergang des größten Teils der jetzt bestehenden linken Gruppen und Organisationen zum „Sozial"chauvinismus und zur Linie der „Vaterlandsverteidigung" voraussehbar. Eine „Einheitsfront" mit „links"faschistischen Gruppen wie den sogenannten „Nationalrevolutionären" zeichnet sich ab.

Diese Anpassung an die Kriegs- und Faschisierungspolitik der Monopolbourgeoisie bedeutet einen Rückschlag bei der Herausbildung einer Arbeiterlinken in der BRD und erfordert von den Gegnern dieses rechtsgerichteten Kurses unter pseudo-„linker" Fahne verstärkte Anstrengungen für ihre Arbeit unter den Massen, für den Prozeß der politisch-ideologischen Auseinandersetzung und Vereinheitlichung, für die Schaffung einer Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse, die in kommenden Kämpfen als organisierende und führende Kraft wirken kann. ●

LG des Kommunistischen Bundes

Das war vorauszusehen: „KPD/ML“ schwenkt offen ins Lager der „Vaterlandsverteidiger“

Als erste größere Gruppierung – nach dem Vorpreschen einiger örtlicher Sekten – ist nunmehr die „KPD/ML“ offen ins Lager der „Sozial“chauvinisten“ und „Vaterlandsverteidiger“ eingeschwenkt. Ihr „großer Vorsitzender“, Ernst Aust, hat dafür in einer Rede (siehe „Roter Morgen“ vom 5. April) die „theoretische“ Begründung geliefert.

Zwei Dinge sind dabei im Voraus bemerkenswert:
1. Aust hat diesen Schwenk offensichtlich unter dem Eindruck der Gespräche vollzogen, die er Mitte März in Paris mit Vertretern der PCML Frankreichs geführt hat (siehe „Roter Morgen“ vom 29. März); die PCML ist seit längerem der Vorreiter des „Sozial“chauvinismus à la „ML“ in Westeuropa (siehe auch Artikel zur PCML in diesem AK).
2. **Ein berufsmäßiger Karrierist und Opportunist wie Ernst Aust hätte diesen Schwenk niemals vollzogen, wenn er nicht der Meinung wäre, daß „die chinesischen Genossen“ eine solche Politik der westeuropäischen „ML“-Gruppen wünschen.**

Insofern bleibt abzuwarten, wieviel Zeit sich die schärfsten Konkurrenten der „KPD/ML“, die „KPD“ und der KBW, lassen wollen, um sich ebenfalls offen diesem Schwenk anzupassen.

Wir haben diese Entwicklung der „konsequenten Verteidiger“ der chinesischen Außenpolitik zu astreinen „Sozial“chauvinisten und „Vaterlandsverteidigern“ von Anfang an vorausgesagt. Heute ist der Zeitpunkt absehbar, wo die Mehrheit der heute noch zur Linken (außerhalb der DKP) zu zählenden Gruppen und Organisationen offen diesen Weg einschlagen wird. Klassenmäßig gesehen, handelt es sich dabei um eine Anpassung der kleinbürgerlichen Schichten, die die Basis dieser Gruppierungen bilden, an den Kriegskurs und die Faschisierungspolitik des BRD-Imperialismus.

„Einheitsfront“ mit Strauß?

In seiner Rede stellte Ernst Aust fest, daß der Strauß-Besuch in China „beträchtliche Verwirrung“ ausgelöst habe. In erster Linie griff er das *„wüste Geschrei und Geschimpfe“* des Kommunistischen Bundes an. In zweiter Linie kritisierte er aber auch den KBW, der (– und da stimmen wir Aust gern zu! –) *„sich mit der Ausrede, das sei halt eine Sache der Diplomatie der VR China, um eine Stellungnahme drückte“*, der also die Konsequenzen für seine eigene Politik nicht so recht sehen wollte.

Aber auch bei der „KPD/ML“ war nicht immer alles Gold: „ ... *wenn wir ganz selbstkritisch* (!) *sind, gab es auch bei uns gewisse Schwankungen* (!) ... *Nicht daß etwa jemand den Empfang kritisiert hätte ... nur das eben genügt nicht:* **Man muß das Wesen dieser Politik begreifen**“.

Aust meint damit – und auch darin stimmen wir ihm zu! – daß es *„eben nicht genügt“*, als Erklärung für die herzliche Aufnahme des Faschisten F.J. Strauß in der VR China

Aust meint damit – und auch darin stimmen wir ihm zu! – daß es *„eben nicht genügt“*, als Erklärung für die herzliche Aufnahme des Faschisten F.J. Strauß in der VR China (u.a. persönlicher Empfang durch Mao) allgemein die „Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ zu zitieren, Sondern, so Aust: „ ... *da hätte es auf eine klare Frage einer klaren Antwort bedurft. Nämlich die: Jawohl, es war richtig und wir begrüßen es, daß der Genosse Mao Tsetung den CSU-Vorsitzenden Strauß empfangen hat! Denn im Gegensatz zu ... den Exponenten der SPD/FDP, hat Strauß in China klipp und klar sich gegen das Vormachtstreben der zwei* (?) *Supermächte, besonders* (!!) *gegen den sowjetischen Sozialimperialismus gewandt, ist er gegen die Entspannungsdemagogie und für eine Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der westeuropäischen Staaten gegen den Sozialimperialismus eingetreten. Wie weit er diese Politik, sollte er im nächsten Jahr in die Regierung kommen* (!), *vertreten wird, ist eine andere* (? !) *Sache*“.

Warum hat die „KPD/ML“ zeitweise „geschwankt“, sich voll für Strauß und die „Stärkung der Verteidigungsbereitschaft“ (= imperialistische Kriegsrüstung!) auszusprechen? Aust nennt dafür zwei Gründe: 1. ein *„gewisses Zurückweichen vor den Angriffen der modernen Revisionisten. Man möchte sich nicht gern in die ‚rechte Ecke‘ drängen lassen, man scheut sich, mit Reaktionären wie Strauß auf eine Stufe gestellt zu werden“*. Diese „Scheu“ soll jetzt abgelegt werden, indem die „KPD/ML“ ganz offen „diesen oder jenen positiven Aspekt“ in der Politik von Strauß (z.B. seine Hetze gegen die Sowjetunion und seine Kriegspropaganda!!) „anerkennt“.

2. „ ... *Die andere Ursache ist, daß sich einige Genossen nicht über das Wesen der Einheitsfront* (!!) *und das grundlegende Prinzip der kommunistischen Taktik im Klaren sind ... Das heißt heute konkret, eine Einheitsfront aller* (!), *die dazu bereit sind im Kampf gegen die größten internationalen Unterdrücker, Ausbeuter und Kriegsbrandstifter, die zwei Supermächte, zu schaffen*“.

Also „Einheitsfront“ auch mit Strauß? Anscheinend ja! Aber hier liegt bei Aust noch eine gewisse Schizophrenie: Spricht er doch an anderer Stelle von einer „Einheitsfront“ aller Kräfte, *„die im Widerspruch zu den beiden Supermächten stehen, im Widerspruch zur Monopolbourgeoisie und anderen reaktionären Kräften, die die Interessen der Nation verraten“*. Tatsache ist natürlich, daß Strauß nicht etwa im Widerspruch zur BRD-Monopolbourgeoisie steht, sondern vielmehr einer ihrer reaktionärsten und aggressivsten Vertreter ist. An anderer Stelle seiner Rede sagte Aust ganz richtig, daß der BRD-Imperialismus **„versucht, im Windschatten der Supermächte segelnd, an deren Kampf um die Neuaufteilung der Welt teilzunehmen (!!!), ihre Widersprüche untereinander für sich auszunutzen und sich mehr oder minder auf die eine oder die andere Supermacht zu stützen“**. – Was F.J. Strauß angeht, so ist er der klarste Sprecher dieser Politik, und nicht anders ist seine Hetze gegen die Sowjetunion und seine Kriegspropaganda („verstärkte Verteidigungsbereitschaft“) zu interpretieren. Hierin einen **„positiven Aspekt“** zu sehen – wie Aust in seiner Rede! – bedeutet, sich auf die Seite der „eigenen“ Imperialisten beim Kampf um die Neuaufteilung der Welt zu schlagen, bedeutet das offene Herabsinken zum „Sozial“chauvinismus und zu Mitträgern der imperialistischen Kriegspropaganda.

Aust selbst kann dabei nicht ganz wohl gewesen sein, wenn er mal die „Einheitsfront“ mit der Monopolbourgeoisie (und mit Strauß) gegen die „zwei Supermächte“ empfiehlt, dann wiederum eine „Einheitsfront“ gegen die „zwei Supermächte“ und gegen die Monopolbourgeoisie. Hier herrscht offenbar noch Konfusion.

Bereitet Strauß einen „gerechten Krieg“ vor?

Wie nicht anders zu erwarten, bereitet es der „KPD/ML“ einige Mühe, ihre klar „sozial“chauvinistischen Positionen irgendwie „marxistisch-leninistisch“ zu bemänteln. So sprach Aust in seiner Rede ganz allgemein von der – unbestrittenen – Tatsache, daß es „gerechte“ und „ungerechte“ Kriege gibt. *„Wir Kommunisten sind gegen alle ungerechten Kriege, nicht aber gegen gerechte Kriege“*.

Aust kommt dann so „zur Sache“, daß er zwar nicht bestreitet, daß auch die BRD, Großbritannien, Frankreich etc. *„imperialistische Staaten“* sind, *„die andere Völker ausbeuten“*. Jedoch: *„Wir müssen die Dinge in der Relation sehen“*. Die westeuropäischen Imperialisten seien, gemessen an den militärischen Kräfteverhältnissen, gegenüber den „Supermächten“ etwa so stark, wie Holland oder Belgien vor dem 2. Weltkrieg gegenüber dem faschistischen Deutschland. Und so wie Holland und Belgien damals im Recht gewesen seien, sich gegen den Überfall des deutschen Faschismus zu verteidigen, so seien heute die westeuropäischen Imperialisten im Recht – und müßten von den „Kommunisten“ unterstützt werden! –, wenn sie ihre **„Verteidigungsanstrengungen gegen den Sozialimperialismus verstärken“**, da der **„Sozialimperialismus“** heute **„der Hauptfeind der Völker“** (so Aust) sei.

teidigungsanstrengungen“ gegen den „Sozialimperialismus“: dieser Aspekt bildet angeblich die „Hauptseite“.

Eine solche Trennung ist unsinnig. **Die Imperialisten führen ihre Kriege immer unter dem Gesichtspunkt der Neuaufteilung der Welt.**

Gerade was den BRD-Imperialismus angeht, und speziell die Kräfte um F.J. Strauß, ist ganz eindeutig, daß die westdeutsche Monopolbourgeoisie für die Teilnahme an imperialistischen Raubzügen an der Seite des US-Imperialismus rüstet. Weil dies nach bewährter Manier mit der „Gefahr aus dem Osten“ bemäntelt wird und weil der Kriegsrüstung der klingendere Titel „Verteidigungsbereitschaft“ umgehängt wird, soll das plötzlich ein „positiver Aspekt“ sein. Wenn Aust dann auch noch sagt: was der Strauß macht, wenn er erst mal an der Macht ist, sei **„eine andere Sache“**, ist das glatter Hohn. Was sind das für „Kommunisten“, die sich an Worten imperialistischer Politiker berauschen (**„positive Aspekte“**) und deren durchaus absehbare Taten für **„eine andere Sache“** erklären? !

Wenn auch nicht so deutlich wie die PCML Frankreichs (– vielleicht hat Aust da nicht richtig zugehört?) tritt die „KPD/ML“ nunmehr – in Änderung ihrer bisherigen Linie! – für eine verstärkte Aufrüstung des BRD-Imperialismus ein: *„Die revisionistische Propaganda, Pazifismus und das Friedensgeschwafel der SPD“* hätten **„die Wehrbereitschaft (!!) des Volkes im Kampf um seine Klassen- und nationalen Interessen unterhöhlt (!!)“**. Von der Bundeswehr heißt es: *„Was die militärische Stärke dieser Armee in ihrem Verhältnis zu einer der Supermächte betrifft, so ist sie äußerst gering ... Im Falle eines sowjetischen Angriffs würde sie keine Woche standhalten“*. – Entsprechend wird es als „positiver Aspekt“ der Strauß-Politik gewertet, daß dieser **„für eine Stärkung der Verteidigungsbereitschaft gegen den Sozialimperialismus“** eintritt.

Aust ist hierbei noch insofern „inkonsequent“, daß er sagt: *„Aber niemals* (!), *in keinem Falle* (!), *ist*

Breiteste „Einheitsfront gegen die Supermächte“

Die „Einheitsfront gegen die Supermächte“ (e.V.) hat einen weiteren illustren Beitritt zu melden. Nach Persönlichkeiten wie Ghadafi (Libyen), Bourghiba (Tunesien), Sadat (Ägypten), Peron (Argentinien), Strauß (Bayern) u.a. hat nunmehr auch **Nguyen Van Thieu** (z.Z. noch Südvietnam) die Club-Karte erworben. Zugleich gab er seinen formalen Rücktritt als Saigoner „Staatschef“ bekannt.

Thieu sagte aus diesem Anlaß: „Südvietnam“ sei von den USA „verkauft“ worden. **„Die Supermächte haben gemeinsame Interessen.** *Wir haben nichts zu opfern außer diesem winzigen Land“* (lt. „FR“, 22.4.75).

Thieu war schon lange als unerschrockener Kämpfer gegen die „gefährlichere und aggressivere Supermacht“, den „Sozialimperialismus“ bekannt, vor deren hegemonialen Absichten er allezeit „wachsam“ und „weitsichtig“ gewarnt hat. Dank blieb ihm bisher versagt: Weder wurde er in Peking empfangen (im Gegensatz zu Strauß, der doch dieselben Thesen vertritt) noch fand er lobende Erwähnung in der „ML“-Presse. Anscheinend ist Thieu als Bundesgenosse vorläufig sogar den „ML“-ern zu schmutzig. Aber warum eigentlich? Bei Strauß waren sie doch auch nicht so heikel ...? Wahrscheinlich handelt es sich hier wieder mal um typischen „Opportunismus“, um die Angst, in die „rechte Ecke“ gedrängt und als Feind des Volkskriegs entlarvt zu werden, wenn man sich offen zu Thieu bekennt? ●

„ML“er für Aufrüstung und

haben gemeinsame Interessen. *Wir haben nichts zu opfern außer diesem winzigen Land“* (lt. „FR“, 22.4.75).

und als Feind des Volkskriegs entlarvt zu werden, wenn man sich offen zu Thieu bekennt? ●

„ML“er für Aufrüstung und „Vaterlandsverteidigung“

Die „Humanité rouge“, Sprachrohr der (seit 1968 verbotenen) PCML Frankreichs (entspricht der hiesigen „KPD/ML“) ruft in der Ausgabe vom 6.3.75 zur **„Nationalen Verteidigung“** auf.

Es heißt dort, daß die Militärpolitik des französischen Monopolkapitals zwei Aspekte habe: Einen reaktionären (Unterdrückung gegenüber der Arbeiterklasse und den vom französischen Imperialismus beherrschten Völkern) sowie einen positiven, *„die Wahrung der Unabhängigkeit und den Auftrag der nationalen Verteidigung“*. **Dies sei heute der Hauptaspekt der bürgerlichen Militärpolitik in Frankreich.**

„Die Kommunisten/Marxisten-Leninisten unterstützen diesen Verteidigungswillen“. „Unter den aktuellen Bedingungen dient die Existenz einer ausreichend starken Armee zur Sicherstellung der Verteidigung Frankreichs den Interessen des Proletariats und des revolutionären Volkes. Deshalb ist es von größter Bedeutung, für die Verstärkung der nationalen Verteidigung gegenüber den beiden Supermächten zu kämpfen“.

Innerhalb der Armee will die PCML für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Soldaten eintreten. Dazu heißt es: „ ... *Diese verschiedenen Forderungen müssen den politischen Zielen und der ideologischen Vorbereitung der Armee dienen und dem Hauptziel untergeordnet sein: Die Erreichung einer wirklichen militärischen Ausbildung und die Verstärkung der nationalen Verteidigung“* – d.h. diese Forderungen sollen letzten Endes nicht der Zersetzung der bürgerlichen Armee, sondern ihrer Stärkung dienen.

Die Revisionisten der PCF, die immerhin ansatzweise einen antimilitaristischen Kampf führen, werden deshalb als **„Fünfte Kolonne des Sozialimperialismus“** beschimpft, die *„Frankreichs Politik und Wirtschaft den Hegemonialinteressen der neuen Zaren unterwerfen“* wollen. *„Die immer zahlreicheren Manöver der Revisionisten müssen als das entlarvt werden, was sie sind: Nationaler Verrat“!* Der „nationale Verrat“ der Revisionisten besteht nach Meinung der PCML z.B. in der Forderung nach Senkung des Wehrdienstes auf sechs Monate; dadurch solle *„die Armee, ihre Kampfkraft geschwächt“* werden. Weiterhin wird den Revisionisten vorgeworfen: ihr *„Druck, die Militärausgaben, die Mittel zur Verteidigung unseres Landes, zu senken“*, sowie die politische Arbeit unter Soldaten und Offizieren (!). Schließlich wird der PCF auch ihr Eintreten gegen die französische Atom-Streitmacht (force de frappe) vorgeworfen!

Besonders pervers dürfte wohl die Tatsache sein, daß sich die PCML Frankreichs mit ihren „nationalen“ Parolen ausgerechnet für die Stärkung und „nationale Verteidigung“ eines imperialistischen Staates einsetzt, der eben diese Organisation seit sieben Jahren in der Illegalität hält! ●

Diese schwachsinnige „Argumentation“ geht darüber hinweg:
- daß die westeuropäischen Imperialisten hinsichtlich ihres ökonomischen Potentials eine dritte, aufsteigende „Supermacht“ sind, die mit den USA und der Sowjetunion durchaus mithalten kann;
- daß die britischen Imperialisten nach den USA der größte Kapitalexporteur der Welt sind;
- daß die BRD-Imperialisten nach der Sowjetunion die stärkste Armee Europas unterhalten.

Ein Krieg, den der BRD-Imperialismus führt, kann also – unabhängig von der formalen Frage, wer der „Angreifer“ ist – nur ein ungerechter Krieg sein, weil er der Beteiligung am Kampf um die Neuverteilung der Welt dient. Aust selber kann dies nicht verschweigen, wenn er schreibt: „ ... *was aber den westdeutschen Imperialismus betrifft, so wird er sich aller Voraussicht nach* (? !) *auch weiterhin auf die eine oder die andere* (?) *Supermacht stützen, um so in ihrem Windschatten an der Ausbeutung der Völker teilzunehmen“*. Wie man von dieser Einschätzung zu einer Unterstützung der „Verteidigungsbereitschaft“ des BRD-Imperialismus kommen kann, ist wohl mehr als kurios!

Praktisch wird hier der imperialistische Charakter der „kleineren“ imperialistischen Staaten (BRD, Frankreich, Großbritannien, Japan u.a.) irgendwie geleugnet. Die imperialistischen Kriegsvorbereitungen dieser Staaten werden künstlich und ganz absurd aufgespalten in: 1. Vorbereitungen zur Teilnahme am Kampf um die Neuaufteilung der Welt (– dieser Aspekt ist angeblich zweitrangig!), und 2. gerechtfertigte „Ver-

sie (die Bundeswehr – Anm. AK) *ein Instrument zur Verteidigung der nationalen Rechte, der Unabhängigkeit unseres Volkes“*. Solche Reste kommunistischen Denkens werden ihm die „französischen Genossen“ beim nächsten Zusammentreffen wohl auch noch austreiben. Die sagen nämlich: **„Die Wahrung der Unabhängigkeit und der Auftrag der nationalen Verteidigung“** sei der **„Hauptaspekt“** der Militärpolitik des französischen Imperialismus.

„Zwei Strömungen“ unter den westeuropäischen Imperialisten

In seiner Rede sagte Aust, daß es *„innerhalb der westeuropäischen Monopolbourgeoisie“* gegenwärtig *„zwei Strömungen“* gebe. Die eine wolle *„die Einigung Westeuropas vorantreiben und die Konkurrenz zu den zwei Supermächten ihre Beziehungen zur Dritten Welt verbessern“*. Hauptexponent dieser „Strömung“ sei Frankreich. Die andere „Strömung“, vertreten vor allem durch die BRD, wolle *„im Windschatten der Supermächte segelnd an deren Kampf um die Neuverteilung der Welt teilnehmen“*.

Gerade was aber den französischen Imperialismus angeht, muß man an dieser Einschätzung doch wohl Korrekturen machen. Die Bemühungen der französischen Monopolbourgeoisie um „Verbesserung der Beziehungen zur Dritten Welt“ sehen faktisch so aus, daß z.B. gegenüber dem Kampf des palästinensischen

FORTSETZUNG SEITE 29

FORTSETZUNG VON SEITE 28

Volkes eine „freundlichere" Haltung eingenommen wird, als es etwa die BRD-Imperialisten tun. Die andere Seite ist aber, daß die französische Monopolbourgeoisie w e i t s t ä r k e r und offener als der BRD-Imperialismus als wichtiger Waffenlieferant an die reaktionärsten Staaten der Dritten Welt (Saudi-Arabien, Kuweit, Iran u.a.) und an die südafrikanischen Rassisten auftritt. Soweit die „Verbesserung der Beziehungen zur Dritten Welt"!

Was die „Einigung Westeuropas" angeht, so ist es schlicht falsch, wenn Aust die französische Monopolbourgeoisie als eine vorantreibende Kraft dabei nennt. Die französische Monopolbourgeoisie muß nämlich bei den aktuellen Kräfteverhältnissen von einer solchen „Einigung" eine deutliche Vorherrschaft des BRD-Imperialismus befürchten.

Abgesehen von der falschen Einschätzung der „französischen Strömung" bleibt jedoch vor allem festzustellen, daß der lauteste Schreier gegen den „Sozialimperialismus" und für die Verstärkung der „Verteidigungsanstrengungen" eben nicht Frankreich, sondern die BRD ist, und hier vor allem die Kräfte um Strauß, Springer etc., die im Innern die Faschisierung vorantreiben. Also jene „Strömung", von der selbst Aust sagen muß, daß sie im Windschatten „der einen oder anderen Supermacht" (d.h. genauer des US-Imperialismus, um es mal weniger verschämt auszudrücken!) am Kampf um die Neuaufteilung der Welt teilnehmen will. Sofern es also um die „Wachsamkeit gegen den Sozialimperialismus" geht, wäre wohl – vom „ML"-Standpunkt aus! – dem BRD-Imperialismus und seiner „Strömung" klar der Vorzug zu geben (Aust sagt ausdrücklich, es könne den „ML" nicht gleichgültig sein, *„welche Strömung innerhalb der westdeutschen, der westeuropäischen Monopolbourgeoisie die Oberhand gewinnt"*; er verschweigt aber, für w e l c h e der beiden „Strömungen" er selbst nun eigentlich ist ...)

Mit Volldampf in die „rechte Ecke" !

In seiner Rede empfiehlt Aust, sich von der Scheu frei zu machen, daß man „in die rechte Ecke gedrängt" werden könnte. An anderer Stelle spricht er von der „Einheitsfront" a l l e r Kräfte, die gegen die „Supermächte" und gegen die Monopolbourgeoisie sind. Aust selbst stellt dann die Frage: *„Ja, aber alle? Höre ich schon einige Genossen sen sagen. Da gibt es z.B. einige kleinere nationalistisch beeinflußte* (= faschistische! – Anm. AK) *Gruppen, die von sich behaupten, auch gegen die zwei Supermächte zu sein. Können wir denn auch mit denen ...? Natürlich können wir! Nur müssen wir ihnen dabei die Gretchenfrage stellen: wie aber ist eure Haltung ‚zur Monopolbourgeoisie und anderen reaktionären Kräften, die die Interessen der Nation verraten'? "*

Das hört sich ja erstmal ganz hübsch an: Die Faschisten („Nationalrevolutionäre", „Neue Rechte" u.ä.) müssen gegen die Monopolbourgeoisie sein, sonst ist mit „Einheitsfront" nichts drin.

Aber klar doch: Die „Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation" (eine der wichtigsten dieser „links"-faschistischen Gruppen) schreibt z.B. in einem Flugblatt: **„Kapitalistische Krise: Die Arbeiterjugend muß sich wehren!"**. – Reicht das für eine „Einheitsfront"? Müßte es doch eigentlich? ! – Und was ist nun mit der NPD, die doch auch, vornehmlich über ihre Jugendorganisation – „antikapitalistische" Parolen zunehmend von sich gibt? – Da muß man doch tatsächlich im s e l b e n „Roten Morgen", in dem die „richtungsweisende" Aust-Rede abgedruckt ist, lesen, daß die „KPD/ML" in Stuttgart eine Veranstaltung der NPD zu sprengen versucht hat. Wieso denn das? Wenn man bei Strauß, der doch nicht mal in W o r t e n gegen die Monopolbourgeoisie ist, „positive Aspekte anerkennt" und gleich von „Einheitsfront" spricht (siehe Aust-Rede), müßte das doch wohl erst recht gegenüber der NPD gelten? ! Und wenn man Strauß zubilligt: Wir erkennen seine W o r t e an, was er t a t s ä c h l i c h macht, wenn er an die Macht kommt, ist „eine andere Sache", müßte man das auch für die „antikapitalistischen" Schnacks der NPD gelten lassen. –

Man kann heute schon „Aktionseinheiten" der „KPD/ML" mit Gruppen wie den „Nationalrevolutionären" voraussehen (z.B. für gemeinsame provokatorische Aktionen gegen die DKP, die „fünfte Kolonne des Sozialimperialismus"!); was die „Nationalrevolutionäre" u.ä. selbst angeht, so haben sie eine solche „Einheitsfront" schon lange angestrebt, um ihr „linkes" Image (zur Tarnung ihrer faschistischen Fratze) zu verbessern. Eine „Einheitsfront" der „ML" mit d i e s e n Kräften kann schon die allernächste Zeit bringen.

Längerfristig ist darüber hinaus aber auch eine „Verständigung" denkbar zwischen faschistischen Kräften z.B. um Frey („Nationalzeitung") und mit der NPD oder Teilen von ihr auf der einen Seite und den „ML" auf der anderen Seite. Die Tür zu einer solchen „Einheitsfront" ist mit der Aust-Rede weit aufgestoßen worden.

Schon im Juni 1971 hatten wir geschrieben: *„Die Haltung der ‚KPD/ML' zur ‚nationalen Frage' macht ihre verhängnisvolle Rolle als als* **antikommunistischer Stoßtrupp** *besonders deutlich"* (Broschüre gegen die „Superlinken"). Das bestätigt sich mehr und mehr auf immer schaurigere Weise. **Hier entfaltet sich zwischen „ML"ern und „Nationalrevolutionären" ein „sozial"demagogischer, „sozial"chauvinistischer Sumpf, der Vorfeld und Zutreiber der vom BRD-Imperialismus betriebenen Faschisierung ist.** Der Höhepunkt ist dabei noch nicht einmal erreicht.

Laßt uns sehen, wie sich „KPD" KBW zu dieser vielversprechenden Entwicklung verhalten werden! ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg
am 9.4.1975

Recht hat er, der Strauß! ...

Wie sich die „KPD/ML" die weitere Entwicklung ihrer Politik denkt, läßt sich in der Nr. 1 (April '75) eines wieder einmal neu erschienenen Blättchens namens „Rote Garde" erahnen (dies ist der dritte oder vierte Versuch der „KPD/ML", eine Jugendorganisation aufzumachen ; bisher ist sie damit jedesmal auf den Bauch gefallen!).

Da ist vom Wettrüsten der „zwei Supermächte" die Rede, aber kein Wort von der Aufrüstung des BRD-Imperialismus, von seinen revanchistischen Ambitionen auf DDR und „deutsche Ostgebiete".

Weiter heißt es da: **„Wenn Strauß und die CSU sagen, daß wir hier im Westen Europas von den sowjetischen Truppen, vom Warschauer Pakt bedroht sind, dann haben sie ausnahmsweise einmal recht".** Wiederum kein Wort über die Z i e l e, die der aggressive imperialistische Politiker Strauß dabei verfolgt (Revanchismus, Hegemonie in Europa, Kampf um die Vorherrschaft in der Welt an der Seite des US-Imperialismus etc.). Demnächst wird es bei der „KPD/ML" vielleicht heißen: „Wenn die NPD sagt, daß Willy Brandt ein Landesverräter ist, dann hat sie ausnahmsweise einmal recht" ... usw.usf. Der Möglichkeiten zur offenen und widerlichen Verbrüderung mit Faschisten und Reaktionären gibt es ja viele! ...

Weiter heißt es da: *„Wenn wir den Ausbruch eines dritten Weltkrieges verhindern wollen ... dann gibt es für uns nur einen Weg: gegen die Supermächte hier bei uns kämpfen! ..."*

Vom Kampf gegen den aggressiven BRD-Imperialismus, einen der Hauptfeinde der Völker, steht da natürlich wieder nichts.

Schließlich: **„Und was ist, wenn wir den Ausbruch eines dritten Weltkrieges nicht verhindern können? Dann werden wir unser Vaterland verteidigen!"**

So einfach ist das. Wenn der BRD-Imperialismus – z.B. mit seinen verbrecherischen Kriegsdrohungen gegen die arabischen Staaten, mit seiner Wühltätigkeit gegen Portugal, mit seinen revanchistischen Plänen gegen die DDR und andere Länder Osteuropas – unser Land an der Seite des US-Imperialismus in einen Weltkrieg hineinzieht, wird die „KPD/ML" „unser Vaterland verteidigen" ...!

Dabei ist es doch noch gar nicht sooo lange her, daß die „KPD/ML" sich für die **„Verwandlung eines etwaigen imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg gegen die eigene (!!!) Bourgeoisie"** aussprach („Roter Morgen", 8.2.75).

Es ist sicher kein Zufall, daß die „KPD/ML" gerade mit ihrer Jugendorganisation immer viel „Pech" gehabt hat. Denn gerade jungen Menschen wird man kaum eine Organisation schmackhaft machen können, die ihre Meinung ändert „wie das Hemd", ohne dazu ein Wort der Begründung zu verlieren, die also im Grunde auf das Prinzip des stumpfsinnigen Befehlsempfangs und des blinden Gehorsams aufgebaut ist – und irgendwelche a n d e r e n Prinzipien nicht kennt! ●

Wettrennen der „Vaterlandsverteidiger"

«KPD» spurtet nach vorn

Das offene Einschwenken der „KPD/ML" („Roter Morgen") auf den Kurs des „Sozial"chauvinismus und der „Vaterlandsverteidigung" hat erwartungsgemäß die Führer der „KPD" nicht lange ruhen lassen. In ihrer „Roten Fahne" vom 16. April unternehmen sie den Versuch, nicht bloß nachzuziehen, sondern sich gleich als die „b e s s e r e n" „Vaterlandsverteidiger" zu profilieren.

Die These vom „Sozialimperialismus" als **„die aggressivere und gefährlichere Supermacht"** (verglichen mit dem US-Imperialismus) wird natürlich voll übernommen. Die revisionistischen Parteien *„dienen"* allesamt *„der sozialimperialistischen Expansionsstrategie"*. Dasselbe tun angeblich die sozialdemokratischen Parteien – sie *„stärken die Agenturen des Sozialimperialismus und schwächen die politischen Kräfte, die sich gegen dessen Expansion richten"*.

Damit beantwortet sich die Frage der „KPD": „Mit wem sich verbünden? " eigentlich schon von selbst – die „Agenturen des Sozialimperialismus" (die Revisionisten) und dessen „unfreiwillige Komplizen" (die Sozialdemokraten) scheiden natürlich aus. Es bleiben die **„patriotischen Kräfte des Kleinbürgertums und patriotische Teile der Bourgeoisie"** (!), die der neuen Linie der „KPD" zufolge in eine „nationale Front" einzubeziehen sind; *„ihr Programm"* (d. h. der „nationalen Front" – Anm. AK) *wird patriotisch sein"*.

Propaganda für den imperialistischen Krieg

Die „Rote Fahne" schreibt, daß drei verschiedene Formen von Kriegen möglich seien:
1. *„Krieg zwischen zwei imperialistischen Koalitionen unter Führung der Supermächte"*;
2. Krieg imperialistischer Staaten gegen Länder der „dritten Welt";
3. „Verteidigungskrieg" westeuropäischer Länder („zweite Welt") gegen den Angriff einer „Supermacht".

Die beiden ersten Formen seien imperialistische Kriege, gegen die man Stellung nehmen müsse. *„Wenn wir aber die augenblickliche Situation untersuchen, dann kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Gefahr eines Angriffs einer der Supermächte auf einen der Staaten der zweiten Welt die größere ist* (– also Fall drei – Anm. AK). *Für diesen Fall müssen wir Vorbereitungen treffen.* **Propagiert werden muß der Gedanke des gerechten Verteidigungskrieges".**

Was die „KPD" hier von sich gibt, ist von vornherein ausgemachter Schwachsinn, da heute z.B. ein Angriff der Sowjetunion auf die BRD (wenn ein solcher überhaupt wahrscheinlich wäre) selbstverständlich gegen eine „imperialistische Koalition" (Nato) „unter Führung einer Supermacht" (des US-Imperialismus) geführt werden würde. Ein Krieg des BRD-Imperialismus, des „Juniorpartners" Nr. 1 des US-Imperialismus, würde in j e d e m Fall unter dem Aspekt des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt geführt und wäre in j e d e m Fall ein ungerechter Krieg – unabhängig von der Frage, wer den Krieg „angefangen" hat. Jede andere Theorie ist eine Verhöhnung des Leninismus!

Einmal auf dem Trip der „Vaterlandsverteidigung" befindlich, muß die „KPD" natürlich kämpfen gegen *„Positionen, die auf die Verschlechterung der militärischen Ausbildung, auf die Verkürzung der Wehrzeit (!) hinauslaufen"*, und auf der anderen Seite muß sie *„für die Stärkung derjenigen Teile der Armee eintreten, die eindeutig (? !) gegen die Übergriffe der imperialistischen Supermächte gerichtet sind"*. – Welche Teile das im Einzelnen sein sollen, bleibt wohl noch zu „analysieren" ...

„Was bedeutet dies für unser Verhältnis zur Nato? ", fragt die „Rote Fahne". Die Antwort kann man sich denken: *„Wir müssen Maßnahmen zur Stärkung der militärischen Unabhängigkeit (?) der westeuropäischen Staaten unterstützen, sofern (?) sich diese Maßnahmen gegen die imperialistischen Supermächte richten und nicht gegen die Völker der dritten Welt gerichtet sind.* **Wir unterstützen diese Maßnahmen auch dann, wenn sie noch im Rahmen der Nato durchgeführt werden".**

Im anerkennenswerten Streben, die „Vaterlandsverteidiger" der „KPD/ML" noch zu übertrumpfen, trägt hier die „KPD" den Unsinn offenkundig allzu dick auf. Es ist überhaupt keine militärische Maßnahme der Imperialisten denkbar, die nicht auch gegen die Länder der „Dritten Welt" gerichtet wäre. Dieses zu leugnen, hieße in der Tat, den imperialistischen Charakter der westeuropäischen Staaten zu leugnen. Erst recht ist es ein Hohn, solche Maßnahmen **„im Rahmen der Nato"** zu erwarten, d.h. eines aggressiven Militärpaktes unter Führung des US-Imperialismus. Faktisch unterstützt die „KPD" damit die Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Koalition Nato, unter Führung der „Supermacht" USA – mit dem geradezu kindischen Vorbehalt, daß sich diese Kriegsvorbereitungen aber bitte nicht gegen die Länder der „Dritten Welt", sondern nur gegen die „Supermächte" richten dürften. Dies in einer Situation, wo sich die BRD-Imperialisten offen mit den Kriegsdrohungen der US-Imperialisten gegen die arabsichen Staaten solidarisieren, wo sie aktiv mit den Mitteln der Subversion und Korruption und propagandistisch durch eine hemmungslose Hetzkampagne auf einen faschistischen Putsch in Portugal hinarbeiten, wo ihr Wutgeheul über die Siege der Völker Indochinas deutlich zeigt, wie sehr sie jeden Schritt der Völker der „Dritten Welt" zu nationaler Unabhängigkeit und einer fortschrittlichen Entwicklung hassen.

Das alles ist wirklich makaber! Die Geschichte der Arbeiterbewegung bietet freilich zahlreiche Beispiele, wie sich wortradikale Super„linke" schließlich als Super-R e c h t e entpuppten; gerade die Geschichte der KPD (ohne Tüttelchen ...) hat viele Beispiele dafür. Aber das Ausmaß, das rasante Tempo und die geradezu unverschämte Infantilität, mit der sich das heute erneut abspielt, wirkt doch bestürzend. ●

20.4.1975

Quo vadis ...? Wohin geht die Reise, Genossen?

Innerhalb weniger Wochen sind die „KPD/ML" und „KPD" ziemlich rasant auf die Positionen des offenen „Sozial"chauvinismus und der „Vaterlandsverteidigung" übergegangen. Wenn auch verblüffend durch Tempo und Dreistigkeit des Übergangs, war diese Entwicklung jedoch seit längerem vorauszusehen.

Wir haben schon frühzeitig darauf hingewiesen, daß die Linie der chinesischen Außenpolitik gegenüber Westeuropa, konsequent zuende gedacht, zwangsläufig zur Propaganda der „Vaterlandsverteidigung" führen muß.

Bereits vor rund anderthalb Jahren erschien eine Broschüre **„Alle Wege des Opportunismus führen nach Moskau"**, herausgegeben von einer anonymen Gruppe im Düsseldorfer Raum, wo h u n d e r t p r o z e n t i g sämliche Positionen bereits enthalten waren, zu denen sich „KPD/ML" und „KPD" nunmehr „durchgerungen" haben – **„Einheitsfront" mit „allen Patrioten", einschließlich der Bourgeoisie; „Vaterlandsverteidigung"; Unterstützung der Aufrüstung, Unterstützung der EG usw.**

Schon damals war zu vermuten, daß diese Broschüre direkt von den „chinesischen Genossen" inspiriert worden war und deren Vorstellungen wiedergab; die vollständige und z.T. wörtliche Übernahme dieser Positionen durch „KPD/ML" und „KPD" scheint das zu bestätigen.

Bemerkenswert ist, daß k e i n e der super„linken" Gruppierungen jemals zu dieser Broschüre Stellung nahm, obwohl sie breit verschickt wurde, also sicherlich auch diesen Gruppen bekannt war.

Erst mehr als ein Jahr später, nach dem Strauß-Besuch in China, rührte sich etwas auf der „scene". Ein bis dahin kaum aufgefallener örtlicher Zirkel, die **„Frankfurter Marxisten-Leninisten"**, übernahm die Vorreiterrolle bei der Durchsetzung des offenen „Sozial"chauvinismus, der „Vaterlandsverteidigung" und der „patriotischen Einheitsfront". Erst mehrere Wochen später folgten ziemlich plötzlich „KPD/ML" und „KPD".

Die „FrankfurterML" (inzwischen zusammen mit „ML Bochum" und „ML Aachen") spielen nach wie vor die Rolle eines T r e i b e r s bei der Entwicklung des „Sozial"chauvinismus: In einem Flugblatt, datiert vom 2.4., werfen sie der „KPD/ML" vor,

Die „FrankfurterML" (inzwischen zusammen mit „ML Bochum" und „ML Aachen") spielen nach wie vor die Rolle eines T r e i b e r s bei der Entwicklung des „Sozial"chauvinismus: In einem Flugblatt, datiert vom 2.4., werfen sie der „KPD/ML" vor,

noch nicht „konsequent" genug bei der Formulierung „sozial"chauvinistischer Positionen zu sein; dieser Vorwurf ist berechtigt, da die „KPD/ML" z.B. bei der Unterstützung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen bisher noch nicht voll die Position der französischen „ML" erreicht hat, die in Fragen „Sozial"-chauvinismus bisher tonangebend in Westeuropa sind.

Weiter schreiben die „Frankfurter ML" in diesem Flugblatt zum Übergang der „KPD/ML" auf die Positionen der offenen „Vaterlandsverteidigung": *„Wie vereinbart sich diese Aussage mit der bisherigen Taktik der KPD/ML-Führer? Offensichtlich soll unter der Hand ein Schwenk in der Linie durchgeführt werden, ohne mit den Mitgliedern der Organisation und der revolutionären Bewegung eine offene, tiefgehende Auseinandersetzung nach der Methode Kritik/Selbstkritik zu führen".* –

Auch hierin haben die „Frankfurter ML" fraglos recht. Weder „KPD/ML" noch „KPD" haben ihren Schwenk mit einer „Selbstkritik" ihrer bisherigen Politik verbunden. Ernst Aust, Chef der „KPD/ML" absolviert dies in der gewohnten Manier, indem er vor allem gegen andere Gruppierungen wettert (speziell KBW), und dann „selbstkritisch" auch noch **„einige Genossen"** (der „KPD/ML") beschuldigt, die Sache bisher nicht so ganz richtig gesehen zu haben – statt zuzugeben, daß die neue Linie tatsächlich der bisherigen Politik der „KPD/ML" (und nicht bloß „einiger Genossen") widerspricht, z.B. deren bisherigem Kampf gegen den Militarismus. Die „KPD" bringt es sogar fertig, ihre neue Linie ohne das geringste erklärende Wort, ohne den mindesten Anschein einer „Selbstkritik" (und sei es auch nur an „einigen Genossen") vorzubringen.

Die „KPD/ML" eröffnet den Übergang zum offenen „Sozial"-chauvinismus mit einer über mehrere Seiten gehenden Rede ihres „Vorsitzenden" Aust; die „KPD" mit einer Erklärung des „Ständigen Ausschuß" des Politbüros des ZK", d.h. ihres Führungsgremiums. Das zeigt klar, daß sich beide Gruppen der Bedeutung des von ihnen vollzogenen Schwenks durchaus bewußt sind.

Beide Gruppen haben sich im vergangenen Jahr zwar schrittweise an „sozial"chauvinistische Positionen herangearbeitet; ihre nunmehr verkündete neue Linie des o f f e n e n „Sozial"chauvinismus und der e r k l ä r t e n „Vaterlandsverteidigung" stellt jedoch ganz offensichtlich einen „qualitativen S p r u n g" dar, einen Bruch mit wesentlichen Elementen ihrer bisherigen Politik, ohne daß dieser Bruch irgendwie begründet wird. Und dabei muß man nun bedenken, daß die jetzt eingenommenen Positionen seit anderthalb Jahren vollständig bekannt sind (aus der erwähnten Broschüre), daß sie größtenteils schon seit vielen Monaten von den französischen „ML" eingenommen werden – sich aber „KPD/ML" und „KPD" niemals damit auseinandergesetzt hatten. Wenn nunmehr plötzlich und scheinbar unmotiviert diese Positionen übernommen werden, so liegt es auf der Hand, daß das Ringen der Super„linken" um die Gunst der „chinesischen Genossen" dabei das auslösende Moment gewesen sein dürfte.

Man kann deshalb im Grunde nur die KBW-Führer bedauern, die es ziemlich schwer haben dürften, da mitzuhalten. Die KBW-Führer haben sich zwar z.B. auch schon an die Praxis gewöhnt, mit der Übernahme bürgerlicher Lügen und frei erfundener „Statistiken" über militärische Kräfteverhältnisse, mit der Erfindung angeblicher „sowjetischer Stützpunkt" usw. die These vom „Hauptfeind Sozialimperialismus" zu „untermauern". Irgendwo scheint aber bisher noch eine Grenze zu liegen. So schreibt KBW-Chef J.S. in der „KVZ" vom 16.4. ausdrücklich – offensichtlich in Abgrenzung *zur „KPD/ML" etc.* –: **„Die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie wird das Land auf der Seite einer der beiden Supermächte, der USA, in den Krieg treiben (!), wenn sie nicht vorher gestürzt wird. Mit der westdeutschen Bourgeoisie kann es deshalb keine gemeinsame Sache geben (!!), auch wenn sie an die Arbeiterklasse und das Volk appeliert, gemeinsam Krieg zu führen".** Das hört sich doch anders an, als die offen „sozial"chauvinistischen Töne der „KPD/ML" und „KPD", auch wenn J. S. eine wirkliche Auseinandersetzung mit diesen vermeidet (d.h., er erwähnt sie gar nicht). Ebenso spricht sich J.S. – wenn auch nur scheinbar beiläufig in einem Nebensatz – ausdrücklich gegen die „Vaterlandsverteidigung" aus, auch fordert er den Austritt der BRD aus der Nato.

Man wird sehen, ob die KBW-Führer bei dieser Haltung bleiben wollen, die sie letzten Endes aus

„Vaterlandsverteidigung" aus, auch fordert er den Austritt der BRD aus der Nato.
Man wird sehen, ob die KBW-Führer bei dieser Haltung bleiben wollen, die sie letzten Endes aus

dem Rennen um die Gunst der „chinesischen Genossen" werfen wird, oder ob sie den taktischen Weg einschlagen wollen, ihren Mitgliedern und Sympathisanten die bittere Pille des „Sozial"chauvinismus ganz allmählich, bröckchenweise und mit viel Honig bekleistert, einzuflößen. Schließlich scheint auch eine Spaltung des KBW an dieser Frage nicht unmöglich. Eine erste Vorentscheidung wird sicher schon fallen, wenn die KBW-Führer gezwungen sein werden – was sich auf die Dauer nicht vermeiden lassen wird – ausführlich und ausdrücklich – und nicht bloß in Nebensätzen und in nur für „Eingeweihte" verständlichen Seitenhieben – zur neuen Linie von „KPD/ML" und „KPD" Stellung zu nehmen.

Bisher stehen wir erst am A n f a n g der Herausbildung einer super-„links" kostümierten „sozial"-chauvinistischen Linie; die Bereitschaft zur „nationalen Einheitsfront" ist zwar erklärt, aber konkret muß sich diese Politik erst noch entwickeln. Sicher ist aber jetzt schon, daß es angesichts der tatsächlichen Bedeutungslosigkeit von „KPD/ML" und „KPD" ein Witz ist, wenn diese davon schwärmen, daß die „Einheitsfront" natürlich „unter Führung der Arbeiterklasse" (und das heißt bei ihnen immer: unter Führung ihrer „Partei"!) stehen müßte. In Wirklichkeit geht es um nichts anderes als um die U n t e r o r d n u n g einiger kleiner Gruppen, die bisher mehr oder weniger noch der

bei ihnen immer: unter Führung ihrer „Partei"!) stehen müßte. In Wirklichkeit geht es um nichts anderes als um die U n t e r o r d n u n g einiger kleiner Gruppen, die bisher mehr oder weniger noch der

Linken zuzurechnen waren, unter die Kriegspropaganda des BRD-Imperialismus. In dieser Situation muß muß um jeden Genossen dieser Organisationen, der es noch ehrlich mit der Sache der Arbeiterklasse meint und sich nicht zum Handlanger der westdeutschen Monopolbourgeoisie machen will, gekämpft werden, damit er diesen Weg nicht mitgeht. Insbesondere muß in die sich unvermeidlich zuspitzende Auseinandersetzung im KBW eingegriffen werden.

21.4.1975 ●

OPPORTUNISMUS

Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau!

Titelbild einer super„linken" Broschüre, herausgegeben von ehemaligen „KPD/ML"ern aus dem Raum Düsseldorf, in der zum Bündnis mit der Bourgeoisie beim „Kampf gegen die Supermächte" aufgerufen wurde. Das Bild zeigt ein antikommunistisches CDU Plakat aus den 50er Jahren

KBW gegen „Sozial"chauvinismus?

In der „KVZ" vom 24. April setzt sich KBW-Chef J.S. über eine volle Seite mit dem Übergang der „KPD" zur „Vaterlandsverteidigung" auseinander: *„Ein gefährlicher Irrweg: Propagierung der Vaterlandsverteidigung in der imperialistischen Bundesrepublik"*, schreibt J.S. dort. Und ferner: *„Mit der Propagierung des Gedankens des gerechten Verteidigungskrieges' in einem imperialistischen Land geht sie* (die „KPD" – Anm. AK) *über ins Lager der Reaktion."* J.S. schreibt außerdem: *„Was ist die Aufgabe der westdeutschen Arbeiterklasse, wenn sie vor ihrer sozialen Revolution in einen imperialistischen Krieg hineingetrieben wird, einen Krieg, der solange die westdeutsche Bourgeoisie herrscht, von seiten Westdeutschlands notwendig (!) ein imperialistischer Krieg sein wird, auch wenn im militärtechnischen Sinn nicht der BRD-Imperialismus angreift, sondern angegriffen wird (!)? Dann ist es Aufgabe der westdeutschen Arbeiterklasse, den Krieg zu nutzen, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen."*

Ausgezeichnet! So sehr waren wir mit J.S. schon lange nicht mehr einverstanden!! Tatsache ist allerdings leider auch, daß der KBW bisher durchaus in einzelnen Punkten mit dem „Sozial"chauvinismus geliebäugelt hat:

- wenn z.B. ziemlich skrupellos mit imperialistischen Zahlenangaben und Fälschungen gearbeitet wird, um die angebliche militärische Überlegenheit des „Sozialimperialismus" zu „beweisen";
- wenn KBW-Führer W.M. in der ‚KuK' (theoret. Organ des KBW) schreibt, der KB *„spielt dem Sozialimperialismus direkt (!) in die Hände"*, weil wir die Ermunterung chinesischer Politiker für die Aufrüstung der westeuropäischen Imperialisten kritisieren;
- wenn J.S. selbst (!) kürzlich in der „KVZ" schrieb, *„das Ringen der Supermächte"* drohe Europa in einen Weltkrieg *„hineinzutreiben"* – aus Angst, dabei *„hineingezogen"* zu werden, hätten die westeuropäischen Imperialisten ein *„Bedürfnis nach Einigung"* etc.

Zu diesen Beispielen kann man u.a. noch die Kommentare des KBW zum Strauß-Besuch in China nehmen. Insgesamt stellt sich die Frage, ob der KBW nicht nur eine dezentere, geschicktere Variante des „Sozial"chauvinismus einschlagen will: Ablehnung der „Vaterlandsverteidigung" in W o r t e n, aber ihre Propagierung in der T a t (z.B. durch Lügengeschichten über angebliche sowjetische Stützpunkte und militärische Überlegenheit, durch Verharmlosung der Aggressivität des BRD-Imperialismus (so behauptete z.B. KBW-Führer W.M. daß die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus nicht mehr gegeben sei!), durch Leugnung der inzwischen schon geradezu handgreiflichen Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft.

Die Zukunft muß zeigen, welchen Weg der KBW gehen will. Wir werden uns im nächsten AK eingehender mit dem Artikel von J.S. in der „KVZ" vom 24. April beschäftigen sowie mit weiteren Äußerungen des KBW zu diesem Thema.

25.4.75 ●

Erklärung des LG des Kommunistischen Bundes

Erklärung des LG des Kommunistischen Bundes zur Herausbildung des neuen „Sozial"chauvinismus

Neben dem traditionellen „Sozial"-chauvinismus der SPD bildet sich gegenwärtig eine neue „sozial"chauvinistische Strömung der „Vaterlandsverteidigung" und der „patriotischen Einheitsfront" heraus.

Von dem „Sozial"chauvinismus der SPD unterscheidet sich diese Strömung durch ihre weitgehende Bedeutungslosigkeit – einen Rückhalt in der Arbeiterklasse und im Kleinbürgertum hat sie praktisch nicht. Zugleich ist diese Strömung dadurch gekennzeichnet, daß sie ihren „Sozial"chauvinismus mit pseudo-„revolutionären" Phrasen und infantilem sektiererischen Gehabe verbindet. In der Propaganda für die Kriegsvorbereitungen des „eigenen" Imperialismus, für den aggressiven Nato-Pakt, für die „nationale Einheitsfront" mit faschistischen Gruppen, in der zügellosen Hetze gegen die Sowjetunion, gegen die revisionistischen Parteien und gegen fortschrittliche Staaten wie Portugal überholt diese Strömung den traditionellen „Sozial"chauvinismus der SPD sogar noch von rechts. Es ist bezeichnend, daß die neuen „Sozial"-chauvinisten der SPD sogar vorwerfen, sie sei mit ihrer „Friedens"-demagogie (die in Wahrheit der Tarnung der ökonomischen Expansion des BRD-Imperialismus und dessen Kriegsvorbereitungen dient!) „der unfreiwillige Komplize der Expansionspolitik des Sozialimperialismus" („KPD") und habe „die Wehrbereitschaft des Volkes unterhöhlt" („KPD/ML").

Insbesondere die italienische Erfahrung der letzten Jahre lehrt, daß die von der Arbeiterbewegung isolierten sektiererischen Gruppen ein ideales Objekt und Versuchsfeld für alle Arten reaktionärer Provokationen, für die faschistische Infiltration und Manipulation, für das Einwirken der imperialistischen Geheimdienste sind. Der Übergang zum offenen „Sozial"chauvinismus und das bereits angekündigte – und für die Zukunft absehbare – Bündnis solcher pseudo-„revolutionärer" Gruppen mit „links"-faschistischen Gruppen wird diese Gefahr noch enorm verstärken.

Wir rufen deshalb alle Genossen, alle fortschrittlichen Arbeiter, Schüler und Studenten, zur Wachsamkeit gegenüber dem sich hier auftuenden Sumpf von subjektiver politischer Blindheit auf der einen und klaren Provokationen auf der anderen Seite auf.

Eine Zusammenarbeit und Aktionseinheit mit Gruppen, die sich in die Kriegspropaganda des BRD-Imperialismus einreihen und zum Bündnis mit faschistischen Gruppen bereit sind, muß im Allgemeinen abgelehnt werden. Das gilt insbesondere für die „KPD/ML", die als politisch arbeitende Organisation ohnehin kaum noch irgendwo existiert.

Dies ist nicht als ein uns selbst lähmender „Unvereinbarkeitsbeschluß" zu verstehen; wir werden uns nicht deshalb von möglichen Aktionseinheiten fernhalten, weil auch derartige Gruppen daran teilnehmen. Wir werden jedoch von vornherein gegenüber anderen Organisationen auf die Gefährlichkeit und Schädlichkeit dieser Gruppen hinweisen und uns ausdrücklich dafür einsetzen, daß sie von Aktionseinheiten ferngehalten werden. ●

LG des Kommunistischen Bundes
22.4.1975

Freundschaft mit China ein Monopol der „Vaterlandsverteidiger"?

„Gestern Lin Piao, heute Deng Hsiao, morgen dem Teufel sei Frau" ...

Für die Diskussion um die Außenpolitik der VR China scheint nunmehr die Schonzeit abzulaufen. Häuften sich in letzter Zeit schon polemische Artikel in der „Roten Fahne", „Roter Morgen", „KVZ" gegen die „trotzkistische Linie" des KB, sollen diese üblen Angriffe anscheinend in der Nürnberger Gruppe der GDCF („Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft") durch einen Präzedenzfall organisatorischen Ausdruck finden.

So wurde einem Genossen der „Gruppe Nürnberger Kommunisten" (GNK), der Mitglied der GDCF ist, praktisch nach Vorbild der Gewerkschaftsführer ein Revers vorgelegt, in dem er sich von den GNK und vom KB distanzieren sollte. Nach Hinweisen auf angeblich „chinafeindliche" Artikel in der „Nürnberger Arbeiterzeitung" (herausgegeben von den GNK) und im ARBEITERKAMPF, und nach einem allgemeinen Bekenntnis *(„Die GDCF hat sich unter anderem zur Aufgabe gesetzt, jeden Angriff auf das chinesische Volk und die VR China zurückzuweisen")* kam man zur Sache: **„Leider ist anzunehmen, daß B., obwohl Mitglied der GDCF, diese Äußerungen in obengenannten Zeitungen unterstützt und verbreitet. Wir fordern ihn deshalb auf, Stellung zu nehmen".**

Was steckt dahinter?

Ohne jetzt nochmals breit auf die Differenzen in der Auseinandersetzung um die chinesische Außenpolitik eingehen zu wollen, müssen einige Fakten festgehalten werden, wie die „links"sektiererischen Kräfte die „Diskussion" in der GDCF zu führen gedenken. Ihnen geht es bei der Arbeit in einer Freundschaftsgesellschaft, die nach Wunsch der chinesischen Botschaft (!) möglichst breit in ihrem Wirkungskreis sein soll, in erster Linie nicht darum, neue, interessierte Teile der Bevölkerung zur aktiven Freundschaft mit dem chinesischen Volk zu bewegen, sondern, und das beweisen viele Beispiele, ihnen geht es vor allem darum, ihre Parteiladenlinie mit allen Tricks durchzusetzen, um die GDCF in letzter Konsequenz zu einem Ableger ihrer Organisationen zu machen. Das Nürnberger Beispiel zeigt, daß durch so eine „Freundschaftsarbeit" viele demokratische Menschen, die nicht auf „KPD/ML"- oder „KPD"-Linie liegen, abgeschreckt und abgestoßen werden.

Gegen Genossen, die es „wagen", hier Kritik anzumelden, die weiterhin für sich das Recht beanspruchen, Kritik an Teilen der chinesischen Politik öffentlich zu äußern, soll mit dem Rausschmiß des GNK-Genossen ein Exempel statuiert werden.

Um diesen Rausschmiß glatt durchführen zu können, scheuen sich einige GDCF-Führer nicht, mit den übelsten Tricks zu arbeiten. So gingen die Einladungen zur Mitgliederversammlung, auf der das Ausschluß-Schauspiel beginnen sollte, s a t z u n g s w i d r i g so spät heraus, daß sie erst einen Tag vor der MV im Briefkasten waren. „Seltsamerweise" erhielten a l l e Mitglieder und Sympathisanten der GNK, die Mitglieder der GDCF sind, die Einladungen sogar erst einen Tag n a c h Stattfinden der MV oder auch überhaupt nicht. Einzige Ausnahme war der vom Ausschluß bedrohte Genosse, der das Schreiben einen Tag vor der MV erhielt, zu der er aber wegen Zeitdruck nicht erscheinen konnte.

Doch daß eine Mitgliederversammlung, obwohl es ausdrücklich in der Satzung festgelegt ist, für die GDCF-Führer überhaupt nicht nötig ist, um den Genossen rauszuschmeißen, zeigt die Äußerung eines „KPD/ML"-Oberdruiden, der dem Genossen ins Gesicht sagte: „Entweder du übst vollständig Selbstkritik und nimmst alle unverschämten Äußerungen zurück und distanzierst Dich von den Artikeln in der ‚NAZ' (Zeitung der GNK) und ‚Arbeiterkampf', oder du fliegst raus!". –

Was sind das für Zustände in einer angeblich „pluralistischen" Organisation wie der GDCF, wenn sich (nach der Devise: „Gestern Lin Piao, heute Deng Hsiao, morgen schwören wir auf den Teufel sei Frau") ein „KPD/ML"er anmaßen kann, Entscheidungen anstelle der Mitglieder zu treffen?

Die Führer des Ortsvereins Nürnberg der GDCF wissen außerdem genau, daß es mehrere Mitglieder in Nürnberg gibt, die sich an der GNK und am KB orientieren, doch gegen sie läuft (noch? !) kein Ausschlußverfahren.

Insofern betrachten wir den Angriff gegen den Genossen B. als einen Versuch, ein „Grundsatzurteil" zu fällen, das in der Konsequenz jedem Sympathisanten des KB die Mitgliedschaft in der GDCF untersagen soll. Die Einschränkung der Mitgliedschaft der GDCF auf einige „Partei"läden (vor allem „KPD", „KPD/ML" und KBW) – das ist das Ziel dieser Vorgehensweise! Das soll wohl der Auftakt sein, um die GDCF von einer Freundschaftsgesellschaft mit dem chinesischen Volk durch „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" zu einem Anhängsel der pseudo-kommunistischen Kräfte in der BRD zu machen.

Gegen das Vorgehen des GDCF-Vorstandes in Nürnberg wird die GNK eine Stellungnahme in der nächsten Nummer der „Nürnberger Arbeiterzeitung" veröffentlichen, um so für breitere Publizität in der fortschrittlichen Öffentlichkeit zu sorgen.

Weiterhin wird der Genosse versuchen, alle „juristischen", in der GDCF-Satzung verankerten Möglichkeiten zu benutzen, um den Ausschluß zu verhindern. Doch letzte Instanz ist die Bundesdelegiertenversammlung ... Und wer da wohl delegiert ist? ●

Ein Nürnberger Genosse

Schallende Ohrfeige für die „Vaterlandsverteidiger"!

„Bonn plant revanchistische und expansionistische Aktionen"

„Luftetari", Organ des albanischen Verteidigungsministeriums, analysiert die Ziele des BRD-Imperialismus (Auszüge nach der albanischen Nachrichtenagentur ATA, 15.4.75):

„Die Zeitung LUFTETARI, das Zentralorgan des Verteidigungsministeriums, enthüllt in ihrem Artikel die Intensivierung der revanchistischen und militaristischen Politik der BRD. Im politischen und militärischen Leben unseres Kontinents, so schreibt das Blatt, fällt einem ausgerechnet die Tatsache auf, daß der deutsche Revanchismus neben dem US-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus zu einem Zentrum der kriegerischen Vorbereitungen und Drohungen gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der europäischen Völker wurde. Die Analyse der Ziele Bonns auf politischem, wirtschaftlichen und militärischen Gebiet, zeigt, daß die Ruhrmonopolbourgeoisie versucht, ihre revanchistischen und expansionistischen Pläne in die Praxis umzusetzen. Das Blatt, daß die amerikanische Hilfe zur Wiederbelebung der Überbleibsel des Nazismus und zur Wiederherstellung des westdeutschen Kapitals nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die Unterstützung hervorhebt, die Bonn im sowjetischen Sozialimperialismus findet, schreibt:

‚Es sind zwei Richtungen, die Bonn verfolgt, um seine Pläne zu realisieren. Die erste Richtung ist die größtmögliche Unterstützung des aggressiven NATO-Blocks und die Teilnahme Westdeutschlands daran. Indem sie ständig versuchen, die Macht der NATO zu vergrößern und ihr Diktat im Leben der Mitglieder dieses Blocks zu festigen, dienen die deutschen Militaristen vor allem der hegemonistischen Politik des US-Imperialismus, die in diesem Block dominiert. Aber andererseits dienen sie auch ihrer expansionistischen Politik, weil die BRD bekanntlich die zweite Geige nach den USA in der NATO spielt und eine Vergrößerung der NATO-Rolle auch die Vergrößerung der Rolle und des Einflusses der BRD bedeutet. Aus diesem Grunde stellt die Bundeswehr nach den US-Truppen die Hauptstreitkräfte der NATO dar. Bonn übt als stärkster finanzieller Beitragszahler des Blocks nach den USA ständig Druck auf andere Mitglieder aus, die militärischen Fonds oder Leistungen nicht zu kürzen. Hier sind auch die Ziele des deutschen Revanchismus mit untergemischt, deren Häuptlinge erst vor kurzem eine geradezu kriegshetzerische Hysterie für eine nichtnachlassende Aufrüstung und Stärkung der NATO entfachten.

Eine andere Richtung, in der die Bonner imperialistische Bourgeoisie arbeitet, ist auch die Schaffung eines mächtigen Militärapparates, um jederzeit bereit zu sein, die revanchistischen und expansionistischen Pläne durchzuführen. Die Bundeswehr steht im Brennpunkt der Aufmerksamkeit des westdeutschen Kapitals und hat im politischen Leben des Landes großes Gewicht. Laut den reduzierten offiziellen Zahlen unterhält die BRD eine Armee von mehr als einer halben Million Soldaten in Kampfbereitschaft und hat damit den größten militärischen Wirkungsgrad unter den westeuropäischen Ländern. Die Bonner revanchistische Regierung erweitert und modernisiert diese Armee ständig, und von Jahr zu Jahr werden die Mittel für militärische Aufwendungen vergrößert. Im Bundeshaushalt für das Jahr 1975 belaufen sich die direkten militärischen Ausgaben auf 31 Milliarden Mark. Das sind drei Milliarden Mark mehr als im Vorjahr ...

Bonner Revanchisten brüten weiter an gefährlichen Plänen

Der Präsident der Bundesrepublik, W. Scheel, hat selbst vor einiger Zeit erklärt, daß trotz der Unterzeichnung des sogenannten Atomwaffensperrvertrages ‚der Weg der atomaren Stärkung offen bleibt'. In gleicher Weise erklärte der Kriegsminister der BRD, Leber, vor einiger Zeit, das Ziel der Maßnahmen seiner Regierung für die Bundeswehr sei ‚die Erhöhung der militärischen und Angriffsbereitschaft der Streitkräfte'. Darüberhinaus betonen die verschiedenen Vertreter Bonns ständig einer nach dem anderen das ‚Recht' der Bundesrepublik Deutschland, nach den beiden Supermächten über den Gemeinsamen Markt und die NATO zu herrschen und in Europa das Gesetz in die Hand zu nehmen.

Die Bonner Revanchisten brüten weiter an gefährlichen Plänen, um das zu realisieren, was Hitler und später Adenauer nicht fertigbrachten. Mit Unterstützung des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus arbeitet der westdeutsche Imperialismus jetzt - 30 Jahre nach dem Sieg der anderen über die wirkliche Bedrohung der Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität der europäischen Völker - daran.

Aufgrund dieser Realität können die Völker nicht umhin, ihre Wachsamkeit noch zu steigern. Sie sollten stets bereit sein, den Aggressoren eine Abfuhr zu erteilen und die abenteuerlichen Pläne des US-Imperialismus, des sowjetischen Sozialimperialismus und des deutschen Revanchismus zu zerschlagen. Die Aufgabe der europäischen Völker besteht gerade darin, den Kampf gegen die aggressiven Pläne der beiden Supermächte und all ihrer Verbündeten und Agenten zu verstärken, um die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder zu verteidigen. Gleichzeitig erhebt sich auch die Notwendigkeit, den Kampf gegen die revanchistischen und expansionistischen Pläne Bonns zu verstärken..." ●

„KPD/ML" aktiv gegen „Sozialimperialismus"

Erste praktische Ergebnisse der „neuen Linie" von Aust & Co. zeigen sich bereits. So erlaubte sich laut „Roter Morgen" 15/75 die DKP in Bochum „*die dreiste Provokation*", einen sowjetischen Film „Frieden und Freundschaft" zeigen zu wollen. Klar, daß die „ML"er die Verhinderung der „*Vorführung des Propagandafilms für den Sozialimperialismus*" anstrebten. Sie besetzten kurzerhand den Saal, klauten Film und Kabel und forderten eine „Diskussion" über den „Sozialimperialismus". Ein KBWler, der dieses Vorgehen offenbar kritisierte, wurde sogleich als „*Wasserträger des modernen Revisionismus*" angemacht.

Der „Rote Morgen" knüpft daran die allgemeine Aufforderung, generell „*Propaganda der D'K'P-Revisionisten für den sowjetischen Sozialimperialismus zu verhindern*", also wohl überall in dieser Weise vorzugehen.

Dabei werden sich sicher noch Gelegenheit für die von Aust & Co. angestrebte „Einheitsfront" mit faschistischen und rechten Gruppen ergeben, vielleicht auch mal mit der „Jungen Union", die für Aktionen gegen die DKP und den „Sozialimperialismus" doch eigentlich auch zu haben sein müßte.

Bleibt noch anzumerken, daß diese rot-braunen Clowns mit ihrem Treiben obendrein den DKP-Führern Schützenhilfe geben, denn zur Verhinderung jeder wirklichen Diskussion auf DKP-Veranstaltungen können sich die Revisionisten gar nichts besseres wünschen als solche Provokateure, mit deren Hilfe sich die gesamte revolutionäre Linke diffamieren läßt.

Zum Artikel „K(r)ampf der Supermächte" in AK 58/59

In AK 58/59 schrieben wir von einem Militärstützpunkt Frankreichs auf der Insel Diego Suarez (Madagaskar). Dieser (angebliche?) Stützpunkt ist auf einer Karte der „FAZ" vom 22.11.74 eingezeichnet (abgedruckt in AK 58/59); er wird außerdem in einem Artikel der „FR" vom 23.9.74 erwähnt. Wir hatten angenommen, daß die bürgerliche Presse zwar existierende imperialistische Stützpunkte verschweigt (wie z.B. auf der Karte der „FAZ"), aber daß von ihr erwähnte imperialistische Stützpunkte wohl auch wirklich existieren. In einem Artikel der cubanischen Zeitung „Granma" vom 9.3.75 über Madagaskar heißt es jedoch, daß Diego Suarez bereits aufgelöst worden sei. Ob dies zutrifft, wissen wir nicht. Wir geben jedoch der Vollständigkeit halber den Lesern diese Meldung zur Kenntnis. ●

AK-Redaktion

Redaktionelle Anmerkung

Mit dieser Ausgabe kostet der ARBEITERKAMPF als Einfachnummer erstmals DM 1,–. Seitdem der Preis 1972 auf DM -,50 festgesetzt wurde, hat sich einiges geändert: Die Seitenzahl des ARBEITERKAMPF ist von ca. 20 (1972) um fast das doppelte gestiegen. Auch der Papierpreis hat sich in dieser Zeit um ca. 150% erhöht, sodaß heute alleine der Druck der Zeitung über DM -,50 pro Exemplar kostet.

Vergleicht man Umfang und Preis des ARBEITERKAMPF mit den Zeitungen anderer linker Organisationen, so ist selbst nach dieser Preiserhöhung der ARBEITERKAMPF immer noch „konkurrenzfähig".

Die seit langem nicht mehr erreichte Gesamtauflage von 14.000 Exemplaren bei der letzten Doppelnummer des ARBEITERKAMPF (Preis DM 1,–!) hat gezeigt, daß auch die Leser den Preis für gerechtfertigt halten, sodaß wir meinen, die erhebliche finanzielle Belastung durch den ARBEITERKAMPF doch um einiges reduzieren zu können. ●

Redaktion und ARBEITERKAMPF

West-Berlin:

HBV-Gewerkschaftsführung läßt Gewerkschaftssitzung durch Polizei auflösen

Am 1. April trafen sich ca. 20 Kollegen der Fachgruppe Buchhandel und Verlage in der HBV im DGB-Haus zum „Arbeitskreis ‚Betriebe'". Der „Arbeitskreis Betriebe" ist ein regelmäßiges Arbeitstreffen von Betriebsräten, Vertrauensleuten und anderen Gewerkschaftsmitgliedern.

Auf dieser Sitzung nahm wie immer der Kollege Peter Moses-Krause teil, gegen den ein Ausschlußverfahren wegen Unterstützung der „KPD" (Wahlaufruf etc.) läuft. Gleich zu Anfang forderte der Gewerkschaftssekretär Elsholz den Kollegen P. Moses-Krause auf, sofort das Treffen zu verlassen, weil „dies die Satzung auf Grund des Ausschlußverfahrens so verlange".

Als alle Kollegen einstimmig beschlossen, daß P. Moses-Krause an der Sitzung teilnehmen solle, holte Elsholz den Landesleiter der HBV, Alles, zu Hilfe. M. Alles drohte mit der Polizei, falls P. Moses-Krause den Saal nicht verlasse. Noch während wir ihm klar machten, daß wir die Entscheidung der Gewerkschaftsleitung, P. Moses-Krause auszuschliessen, nicht akzeptieren, erschien schon die Polizei. Unsere Haltung war klar: Entweder bleibt Moses-Krause, oder wir gehen alle. Wir verließen gemeinsam den Raum und schützten den Kollegen vor dem Zugriff der Polizei.

Der Zusammenarbeit von Unternehmern und Gewerkschaftsführung, dem Anwenden der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und dem Polizeieinsatz gegen Gewerkschaftsmitglieder müssen wir ein einheitliches und solidarisches Handeln aller Kollegen entgegensetzen!

Kollegen der Fachgruppe Buchhandel und Verlage der HBV ●

Wo bleibt die Richtigstellung des KBW

In AK 58/59 haben wir am Beispiel des „Ringens der Supermächte" im Indischen Ozean aufgezeigt, daß Organisationen wie der KBW recht skrupellos mit bürgerlichen Behauptungen und nachweislichen Lügen über militärische Kräfteverhältnisse, Stützpunkte etc. der „Supermächte" arbeiten. Dies zeigte sich u.a. in der kommentarlosen Veröffentlichung einer Karte aus der „FAZ", die zahlreiche gar nicht existierende Militärstützpunkte des „Sozialimperialismus" enthielt, sowie in der Übernahme entsprechender Behauptungen aus bürgerlichen Zeitungen.

Allgemein gesprochen ist es eigentlich eine Banalität, daß man als Kommunist (wie der KBW es in seinem Namen immerhin beansprucht!) jeder Angabe der NATO-Imperialisten über militärische Stärke etc. der Sowjetunion von vornherein mit allergrößtem Mißtrauen begegnen sollte, statt sie gläubig nachzubeten und als Beweis der eigenen Thesen zu nehmen („Sozialimperialismus Hauptfeind" usw.). Denn die Imperialisten wollen ja ganz offensichtlich und zur Zeit wieder verstärkt, durch übertriebene oder auch frei erfundene Angaben über die „Gefahr aus dem Osten" eine Angstpsychose unter den Völkern schüren und sich damit eine Zustimmungsbasis für ihre eigene Aufrüstung zum imperialistischen Kampf um die Neuaufteilung der Welt schaffen.

Im Falle der Angaben des KBW zum „Ringen der Supermächte" im Indischen Ozean haben wir in AK 58/59 deren Falschheit in mehreren Fällen klar nachgewiesen.

Eine Richtigstellung hat die „KVZ" jedoch bisher noch nicht veröffentlicht! Dafür sind zwei Erklärungen möglich: 1. Die KBW-Führer sind an der Wahrheit gar nicht interessiert, weil sich das schmutzige Geschäft des „Kampfes gegen die Supermächte, vor allem den Sozialimperialismus", eben mit Lügen am besten besorgen läßt, oder 2. es brütet zur Zeit einer der KBW-„Chefideologen" an einem Rechtfertigungsartikel, wo in gewohnter Manier die eigenen falschen Angaben in einem Nebensatz kurz angesprochen werden und ansonsten wieder so kräftig gegen den KB („Nord") gedroschen wird (möglichst mit gefälschten Zitaten und frei erfundenen Behauptungen), daß zumindest für KBW'ler die Welt wieder in Ordnung ist.

Man wird sehen ... ●

22.4.75

Broschek, Hamburg: Starke linke Opposition gewählt!

Am 24. April wurde in der Hamburger Tiefdruckerei Broschek der neue Betriebsrat gewählt.

Die Arbeiter und Angestellten, die sich schon im März mit großer Mehrheit für die Gemeinschaftswahl ausgesprochen hatten, mußten zwischen vier Listen entscheiden:

Liste 1 wurde vom vormaligen BR-Vorsitzenden Heinz Liepelt (Tarif-Kommissionsmitglied der DruPa) angeführt, und repräsentierte am deutlichsten die bisherige rechtssozialdemokratische BR-Politik.

Liste 3 wurde personell aus der Abteilung Tiefdruck gestellt. Auf ihr kandidierten viele Mitglieder des alten BR, deren Ziel es war, unter Fortführung der alten BR-Politik eine Ablösung des bei den Arbeitern abgewirtschafteten Liepelt zu erreichen.

Liste 4 bezeichnete sich selbst als „Auffangliste" für die Kollegen, denen Liepelt zu rechts und die Liste „Argumente" zu links sei.

Diesem Spektrum von rechter bis linker Sozialdemokratie stand die Liste „Argumente", die von sieben in Opposition zur DruPa-Führung stehenden Kollegen gebildet wurde (einschließlich der im letzten Jahr von den Hamburger DruPa-Führern mit ausgeschlossenen Jugendvertreterin B.), gegenüber.

Die Liste „Argumente" (Liste 2) erhielt über 38 Prozent der Stimmen und war damit stärkste Liste während sich die drei sozialdemokratischen Listen mit zusammen 62 Prozent „begnügen" müssen.

Damit werden künftig vier Kolleginnen und Kollegen von der Liste „Argumente" und sieben Vertreter der Gewerkschaftsführung den Betriebsrat bilden, wobei zumindest ein Kollege der „sieben" seine Bereitschaft zur punktuellen Zusammenarbeit mit den Linken zu erkennen gegeben hat.

Dieses Ergebnis ist ein großer Erfolg der fortschrittlichen Kräfte bei Broschek und eine böse Schlappe für die alten sozialdemokratischen Betriebsräte.

Die konkreten Erfahrungen der Kollegen mit den scharfen Rationalisierungsmaßnahmen der letzten drei Jahre und die Stellung des alten BR zu diesen Maßnahmen ist u.E. nach Hauptursache für dieses Wahlergebnis.

Der „Mantel des Schweigens" von den Linken durchbrochen

Anfang Januar machte sich der alte Betriebsrat Gedanken zu den bevorstehenden Wahlen. Dabei sollten die Wahlen nach dem Willen von Liepelt, ohne große Auseinandersetzung über die zu leistende BR-Politik über die Bühne gezogen werden.

Der Kern der linken Opposition nahm mit der Herausgabe der „Argumente" Nr. 1 öffentlich die Auseinandersetzung um die einzuschlagende BR-Politik auf. Sie enthüllte, daß die sozialdemokratischen Betriebsräte entgegen ihrer Aussagen eine Gemeinschaftswahl durchzuführen, nun darangingen, Abteilungslisten aufzubauen, an deren Spitze natürlich sie selbst standen, um über diesen Weg der Listenwahl ihre Plätze im Betriebsrat zu erhahlten.

Während die Sozialdemokraten zur Erhaltung ihrer Vormachtstellung im BR die tollsten Spaltungsmanöver und Arbeitsteilungen vollbrachte, orientierten die fortschrittlichen und kommunistischen Kollegen von Anfang an auf die Durchführung einer gemeinsamen Wahl auf der Einheitsliste nach alphabetischer Reihenfolge.

Desweiteren legten die Kollegen ihre Positionen zur Betriebsratspolitik dar und stellten mehrere Punkte zur Diskussion, um die sich ihrer Meinung nach der neue BR kümmern müsse.

Trotz mehrmaliger Aufforderung an alle Kandidaten, die Abteilungslisten zugunsten einer Gemeinschaftsliste aufzugeben, schwiegen sich die Sozialdemokraten beharrlich aus und lehnten jede Diskussion rundweg ab.

Dadurch sahen sich die Kanditaten der „Argumente" zum Aufbau einer eigenen oppositionellen Liste gezwungen.

Zum Wahlkampf: Der Gedanke der Aktionseinheit gegen Spaltertätigkeit

Schon nach wenigen Stunden hatten die Kandidaten der „Argumente" die zur Bildung einer Liste notwendige Anzahl von 60 Unterschriften überschritten.

Während die Kandidaten der Liste „Argumente" als eine Gruppe auftraten, deren Positionen klar und deutlich auf dem Tisch lagen, gaben die Sozialdemokraten ein uneinheitliches Bild ab – zu wild waren die noch erfolgten Spaltungsmanöver:

Offensichtlich auf Druck der Kollegen des Tiefdrucks, die die Bildung zweier Listen aus einer Abteilung wohl auch als Schwächung begriffen, inszenierten einige alte BR's noch eine Vorwahl mit dem Ziel, Drucker und Hilfsarbeiter auf einer Liste zu vereinigen. Bei dieser Vorwahl erteilten die Kollegen dem ehemaligen Vorsitzenden Liepelt eine derartige Abfuhr, daß er sich entschloß, aus der Tiefdruckliste auszusteigen und eine eigene, vom Kapitalisten unterstützte Liste aufzumachen. Seine Mitarbeiter holte er sich zum großen Teil von den Angestellten und erklärten Antikommunisten.

Gegen diese offen kapitalistenhörige Liste propagierte die Liste „Argumente" die Aktionseinheit der drei anderen Listen:

„Trotz der Differenzen zwischen der Liste Tiefdruck, Formherstellung und uns sind wir der Auffassung, daß es im Interesse der Kollegenschaft notwendig ist, der Liste Liepelt, die angetreten ist, die Geschäftsleitung im Betriebsrat zu vertreten, gemeinsam entgegenzutreten!

Das setzt aber voraus, daß alle Differenzen und Übereinstimmungen zwischen uns klar und deutlich vor den Kollegen offengelegt werden, damit die Kollegen selbst die Entscheidung treffen können, wie der gemeinsame Weg auszusehen hat.

Deshalb schlagen wir euch vor: Jede von den drei Listen sollte in der kommenden Woche Vorschläge veröffentlichen, wie und welche Probleme der Belegschaft gelöst werden sollen. Die drei Listen sollten die Bildung eines Arbeitskreises BR- und Gewerkschaftsarbeit beschließen, in dem sie gemeinsam mit den Kollegen auch über die Wahlkampfzeit hinaus zusammenkommen und weitere Schritte in der Betriebsratsarbeit beraten und vorbereiten."

Keine der beiden sozialdemokratischen Listen war auch nur bereit, zu dem Vorschlag Stellung zu beziehen.

Erst auf einer Betriebsversammlung kurz vor den Wahlen, die auch nur auf Initiative der „Argumente" zustande kam, nahm ein Kandidat der Liste 4 (Formherstellung) zur Politik der Liste „Argumente" Stellung:

Er erkannte den Kollegen zu, daß sie aktive Gewerkschafter seien, lehnte aber (vorläufig? ?) jede Zusammenarbeit unter ängstlicher Distanzierung von allzu kämpferischer und konsequenter Betriebsratstätigkeit ab.

Dieser Sprecher ist allerdings als „Silberstreifen am Horizont" zu bezeichnen, da hier der Ansatz einer solidarischen Auseinandersetzung sichtbar wurde. Anders dagegen Liepelt, der – nachdem er unter den Buh-Rufen der Kollegen sich vergeblich abmühte, als „Arbeitervertreter" aufzutreten mit wilden antikommunistischen Sprüchen versuchte, Stimmung gegen die „Argumente" zu machen.

Selbst die Unterstützung durch den Gewerkschaftssekretär G. Metzinger, der faktisch den Kollegen der „Argumente" mit dem Gewerkschaftsausschluß drohte, („ ... mit Ausgeschlossenen kann man nicht zusammenarbeiten, das ist schlicht unmöglich ..."), konnte nicht verhindern, daß die Kollegen sehr aufgeschlossen den Ausführungen der fortschrittlichen Kandidaten zuhörten. Alle Kollegen waren bis zum Ende der Versammlung geblieben.

Betriebsräte wahlen '75

SPD Sozialdemokraten

ARBEITNEHMER DER FIRMA BROSCHEK

Bei den Betriebsratswahlen am 24. April 1975 kommt es darauf an, daß Betriebsräte gewählt werden, die dafür sorgen, daß die Rechte der Arbeitnehmer auch weiterhin in die Praxis umgesetzt werden.

Schwätzer mit zweifelhaften "Argumenten" können den Arbeitnehmer nur schaden.

Beachtet deshalb folgende Punkte:

- MACHT VON EUREM WAHLRECHT GEBRAUCH

  Nur der von einer überzeugenden Mehrheit gewählte Betriebsrat, kann sich des Vertrauens der Belegschaft und des Respekts der Geschäftsleitung sicher sein.

- WÄHLT NUR KANDIDATEN DER GEWERKSCHAFT

  Das Rückgrat für die Betriebsräte sind die Gewerkschaften. Ohne ihre Unterstützung kann eine erfolgreiche Betriebsarbeit nicht geleistet werden.

- HÖRT NICHT AUF SCHEIN- "ARGUMENTE"

  Chaotische Splittergruppen konnten sich beim Wähler nicht durchsetzen. Jetzt versuchen sie es in den Betrieben. Sie haben sich den "Argumenten"-Mantel umgehängt um Arbeitnehmer-Interessen vorzutäuschen. Ihre Ziele sind: Zerschlagung der Gewerkschaften, Chaos und gewaltsamer Umsturz der Gesellschaftsordnung.

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN (AfA) SPD LO HH

Die Wahl – Ein Erfolg und ein Vertrauensvorschuß, der eingelöst werden muß

Am Wahlerfolg der Liste „Argumente" wird mehreres deutlich:

Zum einen ist er Ausdruck des breiten Protestes gegen den alten Betriebsrat um Heinz Liepelt, besonders im Bereich der Arbeiter. Das hat selbst die Liste 3 (Tiefdruck) zu spüren bekommen, die zwar die alte Politik fortsetzen will, aber sehr darauf bedacht war, sich von Liepelt abzugrenzen.

Die „linke Auffangliste" hat insofern ihre politische Funktion nicht voll erfüllen können, da ihre Stimmenzahl nahezu identisch ist mit der Abteilungsstärke der Formherstellung. Faktisch ist ein Einfluß über diese Abteilung hinaus nicht vorhanden gewesen. Die reaktionäre Liste 1 (Liepelt) rekrutierte ihre Stimmen im wesentlichen aus dem Angestelltenbereich, was auch mit darauf zurückzuführen ist, daß diese seit Jahren schon nicht in die politischen Auseinandersetzungen mit einbezogen worden sind. Hier finden reaktionäre Demagogen einen günstigen Boden.

Zum anderen wird deutlich, daß ein großer Teil der Kollegen, gerade dort, wo die fortschrittlichen Kräfte jahrelang arbeiten, in den Kandidaten der Liste „Argumente" tatsächlich eine Alternative sieht, und eine Veränderung der Betriebsratspolitik im Interesse der Belegschaft für notwendig hält, die den sozialdemokratischen BR's nicht mehr zugetraut wird. ●

Betriebszelle Broschek und Druckkomitee, KB/Gruppe Hamburg

Colgate-Palmolive 37% für die linke „Liste Frauen"

Am 24. und 25. April wählten die Arbeiter und Angestellten im Chemiebetrieb Colgate-Palmolive Hamburg ihre neuen Betriebsräte. **Bei getrennter Wahl (im Angestellten-Bereich kandidierte nur die DAG) hatten die Arbeiter und Arbeiterinnen die Wahl zwischen der „offiziellen" IG-Chemie Liste und der „Liste Frauen", die aus 3 linken Produktionsarbeiterinnen bestand. Die „Liste Frauen" konnte 37 % der Stimmen auf sich vereinigen.**

Damit stellte sie 2 Sitze und das erste Ersatzmitglied. Die IG-Chemie bekam 4 Sitze in der 6 köpfigen Arbeiter-Gruppe des Betriebsrates. (Die DAG erreichte ohne Konkurrenz 9 Sitze bei den Angestellten).

Bisher war der Betriebsrat bei Colgate-Palmolive aus 7 Arbeitern (IG-Chemie) und 8 Angestellten (DAG) zusammengesetzt. Schon vor der Wahl gelang es dem mehrheitlich mit DAG'lern besetzten Wahlausschuß, sich zusätzlich einen Sitz zu ergaunern:

Anfang dieses Jahres hatten die Colgate Kapitalisten 41 Angestellte zu „Leitenden" erklärt. Der Wahlvorstand, 2 DAG'ler und L. Krügel, der Listenführer der „offiziellen" IG-Chemie Liste, beschlossen einstimmig, 32 von ihnen dennoch in die Wählerliste einzutragen. Darunter solche „Kollegen", wie der Produktionsleiter und der stellvertretende Personalchef.

So wurde mit der Stimme des IG-Chemie-Vertreters den Arbeitern ein Betriebsrat genommen, weil sich durch die Erhöhung der Angestelltenzahl um 32, die Sitzverteilung der Gruppen zugunsten der Angestellten (und damit der DAG) verschob.

Das kostete die „offizielle" IG-Chemie Liste zwar einige Sympathien, erklärt aber bei weitem nicht den großen Erfolg der „Liste Frauen".

Arbeitshetze und Monotonie trifft Frauen am schwersten

Die äußerst scharfe Rationalisierung bei Colgate, wo im gewerblichen Bereich zu zwei Dritteln Frauen arbeiten, läßt sich deutlich am Personalabbau ablesen: In einem Zeitraum von ca. 3 Jahren sank die Zahl der Gewerblichen von 682 auf 572, das sind etwa 15 %!

Während die Produkte, hauptsächlich kosmetische und Reinigungsmittel, früher noch zum Teil von Hand abgepackt wurden, sind diese Arbeiten mittlerweile fast ausschließlich von Maschinen übernommen worden. Die Arbeit der Frauen beschränkt sich heute weitgehend darauf, die Maschinen mit Material zu versorgen: leere Flaschen; Tuben; Dosen; mit Deckeln, Etiketten, Faltschachteln und Versandkartons. Weil dadurch die Arbeit ja angeblich - „leichter" geworden ist, wurde die Geschwindigkeit der Bänder enorm gesteigert. Eine Frau muß heute Arbeiten allein ausführen, die früher zwei oder drei gemacht haben. Arbeitsplätze, an denen man sitzen kann, sind fast total abgeschafft. Außerdem steht heute jede Kollegin meterweit von der nächsten entfernt, so daß eine Unterhaltung während der Arbeit ausgeschlossen ist.

Auch das Springerproblem, seit Jahren ständiger Diskussionspunkt auf Betriebsversammlungen, im Vertrauensleutekörper und im Betriebsrat, hat sich weiter verschärft. Während früher meist eine Maschine, an der ca. fünf - acht arbeiteten, eine eigene Springerin hatte, müssen heute zwei Maschinen, also zehn - dreizehn Frauen, von einer Springerin abgelöst werden.

Frech behauptete die Geschäftsleitung, Ergebnis „wissenschaftlicher" Untersuchungen ihrer Refa-Leute sei, daß 5 % Erholzeit außerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Pausen ausreiche. Das sind drei x acht Minuten pro Tag fürdie Erledigung sämtlicher Bedürfnisse, zur Toilette gehen, Hände waschen, Zigarette rauchen, etwas essen...

Natürlich hat die Rationalisierung und Verschärfung der Arbeitshetze auch in den Männerabteilungen nicht haltgemacht, vor allem der Herstell- und Transportabteilung. Wurden früher z.B. drei Ansätze eines Produktes pro Tag hergestellt, so sind es heute fünf, und das bei verringerter Belegschaft. Die Mulis z.B. müssen heute fast doppelt so schnell fahren wie früher, um die Maschinen ausreichend mit Material zu versorgen.

Gegen den verschärften Druck haben einzelne Abteilungen schon Unterschriftensammlungen organisiert und an den Betriebsrat weitergeleitet. (Zum Springerproblem, gegen die Streichung von Erschwerniszulagen und für bessere Pausenräume). Der alte Betriebsrat sah sich in fast allen Fällen nicht einmal veranlaßt, eine genaue Untersuchung anzustellen, geschweige denn konsequent von der Geschäftsleitung die Abschaffung der Mißstände zu fordern.

DAG- und IG-Chemie Betriebsrate gemeinsam gegen links

Stattdessen beschäftigte sich der Betriebsrat sehr intensiv mit einer einzelnen Kollegin, der jetzigen Listenführerin der „Liste Frauen", bereits Mitglied im vorigen Betriebsrat. Weil sie ihre Kollegen ständig über ihre Betriebsratsarbeit unterrichtete und ihre Arbeit mit ihnen besprach, versuchte die Mehrheit der Betriebsräte sowohl der DAG als auch der IG-Chemie sie mit Maßregelungen, Drohungen und schließlich mit einem Maulkorbparagraphen ihrer Betriebsrat-Geschäftsordnung zu behindern und zum „freiwilligen" Rücktritt zu zwingen.

Auch im Vertrauensleutekörper (VK) versuchte der Gewerkschaftssekretär Bühler die Kollegin durch ständige Ausschlußdrohungen einzuschüchtern. Bei der Nominierung der Kandidatenliste im VK wurde die Kollegin von den mehrheitlich rechten Vertrauensleuten einfach nicht mit auf die Liste genommen. Ebenso erging es den beiden anderen Kolleginnen, die jetzt mit auf der „Liste Frauen" kandidieren. Auch sie waren durch Betriebsversammlungen und Arbeit in ihren Abteilungen als aktive Kolleginnen bekannt.

Als die drei dann gezwungenermaßen eine eigene Liste aufstellten, folgte prompt das Gewerkschaftsausschlußverfahren!

Während die drei Kolleginnen sehr schnell die erforderlichen Unterschriften für ihre Liste zusammenhatten und mit ihren Flugblättern einen Wahlkampf führten, der an den Problemen der Belegschaft orientiert war, versuchten die Vertreter der IG Chemie mit Hetze und Demagogie, Stimmen zu gewinnen.

Betriebsversammlung vor der Wahl: Die Hetze erfolgreich bekämpft

Die letzte Betriebsversammlung sollte den drei Frauen den Rest geben. Der Reihe nach marschierten DAG'ler und IG Chemie-Betriebsräte und Gewerkschaftssekretär Bühler aufs Rednerpodium und ließen ihre Hetze los. Von der „Fahrkarte in die DDR" bis zu den „Goldenen und unerfüllbaren Versprechungen der Chaoten" war alles drin. Und: „Was wir (die anderen Betriebsräte) mit unseren Händen aufbauen, stößt sie mit dem Hintern wieder um", tönte der Betriebsratsvorsitzende.

Die drei Frauen konterten und entlarvten vor ihren Kolleginnen und Kollegen, was hinter denantikommunistischen Sprüchen der DAG- und IG Chemie-Vertreter stand. Dies rief bei vielen Empörung hervor. Einige Kolleginnen, die vorher noch geschwankt hatten, kamen jetzt zu den Dreien, um ihnen ihre Unterstützung bei der Wahl zuzusichern.

Das Wahlergebnis: Erfolg einer offensiven Oppositionsarbeit

Noch vor 1 1/2 Jahren kam die jetzt wiedergewählte linke Kollegin Anna W. in den Betriebsrat auf der IG Chemie-Liste. Seitdem stärkte sie mit zwei Kolleginnen (die jetzt zusammen die „Liste Frauen" bilden) jede Betriebsversammlung, um die Probleme der Belegschaft, vor allem der Frauen, anzusprechen und auf Abhilfe zu drängen. Das arbeiterfeindliche Verhalten des Restbetriebsrates wurde immer dann offengelegt, wenn Forderungen der Kollegen mit Füßen getreten wurden.

Auf dem Boden der Erfahrungen der Kollegen mit den scharfen Rationalisierungsmaßnahmen gelang es ihnen so, die Notwendigkeit einer klassenkämpferischen Alternative einem großen Teil der Belegschaft, wie das Wahlergebnis von 37 % zeigt, glaubhaft zu begründen.

Nachdem die oppositionelle Arbeit der Kandidaten der „Liste Frauen" eine so deutliche Unterstützung erhalten hat, wird es darauf ankommen, den Kreis der Kollegen, die diese Arbeit im Betrieb bisher unterstützt haben, zu sichern und zu erweitern.

Die drei Frauen haben auch schon angekündigt, daß sie jetzt eine „kleine Zeitung" herausgeben wollen. ●

Colgate Betriebszelle KB/Gruppe Hamburg + Chemie Komitee

Betriebsratswahlen Nordmende, Bremerhaven:

Ehemaliger NPD-Mann gewann die Wahl

Die Betriebsratswahl bei Nordmende/Bremerhaven gewann mit mehr als 60 % der abgegebenen Stimmen eine „Unorganisierten"-Liste. An deren Spitze stand der wegen seiner damaligen Mitgliedschaft in der NPD aus der IGM ausgeschlossene Czwalina. Unterstützung fand dieser Vogel bei der Mehrheit der alten IGM-Betriebsräte. So behielt Czwalina trotz seines Ausschlusses aus der IGM im Nordmende-Betriebsrat den einzigen Freigestellten-Posten und verteilte im Betrieb immer aktiver das mit faschistischem Gedankengut übersähte Propagandamaterial der Gelben Gewerkschaft „Deutscher Arbeitnehmer Verband".

Als die alten IGM-Betriebsräte wegen ihrer arbeiterfeindlichen Politik bei der Aufstellung der offiziellen IGM-Liste im Vertrauenskörper auf die hinteren Plätze verwiesen wurden, scheuten sie sich nicht, fix aus der IGM auszutreten und mit Czwalina auf der „Unorganisierten"-Liste zu kandidieren.

Bei Nordmende finden zur Zeit umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen statt: Innerhalb ca. eines Jahres wurde die Belegschaft von ca. 800 auf ca. 600 reduziert, wobei über 80 Entlassungen Anfang 1975 vorgenommen wurden. Eine Kurzarbeitsperiode fand Ende 1974 statt, weitere sind bereits angekündigt. Darüber hinaus halten sich hartnäckig Gerüchte, daß der Betrieb ganz geschlossen werden soll.

Der bisherige Betriebsrat (BR) zeichnete sich vor allem durch seine hervorragende Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung aus. Sämtliche Rationalisierungsmaßnahmen wie Entlassungen, verschärfte Arbeitshetze und Kurzarbeit wurden von ihm als „wirtschaftlich notwendig" gebilligt.

Darüber hinaus übernahm er auch noch bereitwillig die Dreckarbeit bei diesem Geschäft, indem er anhand einer Vorschlagsliste der Geschäftsleitung die zu entlassenen Kollegen auch noch aussuchte!

Diese bisherige Betriebsratsarbeit wurde mehrheitlich von IGM-Betriebsräten getragen, denen noch zwei „Unabhängige" und das Ex-IGM-Mitglied Czwalina zur Seite standen. Wie gut man zusammenarbeitete, zeigte sich u. a. daran, daß Czwalina seine Betriebsratsposten belassen wurden.

Ihrer herzlichen Sympathie für Rechtsradikale entsprach der Haß der alten IGM-Betriebsräte gegenüber jeder linken Kritik.

Diese Leute versuchten in trauter Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung, jede Opposition zu ihrer Arbeit im Keim zu ersticken. So wurden z. B. im letzten Jahr zwei linke Vertrauensleute entlassen.

Trotzdem gelang es den alten Betriebsräten nicht, im IGM-Vertrauenskörper eine Basis für ihre Politik und damit Wiederwahl über die IGM-Liste zu erhalten.

Eine Gruppe von ca. sieben Kollegen schloß sich im Vertrauenskörper in Opposition zum alten Betriebsrat zusammen. Sie konnte bei der Aufstellung der neuen IGM-Liste selbst die vorderen und damit aussichtsreichen Plätze einnehmen.

Daraufhin traten bis auf zwei alle IGM-Betriebsräte aus der Gewerkschaft aus und kandidierten mit ihrem Freund Czwalina auf dessen „Unorganisierten"-Liste! Czwalina selbst tat sich im Betrieb neben seiner Propaganda-Arbeit für den „Deutschen Arbeitnehmer Verband" vor allem dann hervor, wenn er sein inniges Verhältnis zur Geschäftsleitung unter Beweis stellen konnte. Am deutlichsten wurde dies während eines Streiks im März 1974: Als Streikbrecher kletterte Czwalina in Nacht- und Nebelaktionen über den Zaun ins Werk, nachdem ihm der „legale" Weg versperrt wurde.

Die Rechten kämpfen, die Linken schweigen

Eigentlich waren mit der Aufstellung dieser beiden Listen gute Voraussetzungen gegeben, um der alten Betriebsratsarbeit einen kräftigen Schlag zu versetzen, wenn – ja wenn die neuen IGM-Kandidaten der Czwalina-Liste den entschiedenen Kampf angesagt hätten. Dazu hätte gehört, daß die IGM-Kandidaten die arbeiterfeindlichen Machenschaften des alten Betriebsrates, seine Pöstchenjagd im Bunde mit einem Ex-NPD-Mann, den faschistischen Boden des hinter der „Unorganisierten"-Liste stehenden „Deutschen Arbeitnehmer Verband" etc. aufgezeigt hätten und gleichzeitig der Belegschaft ihre eigenen Vorstellungen für einen klaren Kurswechsel weg von der alten Betriebsratsarbeit dargelegt hätten. Das alles wurde von der IGM-Liste versäumt, da die Kandidaten ihren „Wahlkampf" ganz in die Hände der IGM-Verwaltungsstelle legten. Erwartete man etwa von dort einen entschiedenen Kampf gegen Czwalina oder die alten Betriebsräte? Deren (Un-)Taten waren die Gewerkschaftssekretäre schließlich nie entgegengetreten! Trennen mußten sie sich von Czwalina und Co. nur organisatorisch und ausschließlich wegen formaler Satzungsbestimmungen.

Die ideologischen Schritte vom sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer über rechte Betriebsräte bis zum Anhänger einer Gelben Gewerkschaft sind nicht groß, wie sich bei Nordmende wieder einmal bewiesen hat!

Das einzige, was die IGM-Verwaltungsstelle zur Propagierung der Wahl der IGM-Liste schließlich tat, war die Herausgabe eines inhaltlosen Flugblattes „Wählt die IGM-Liste"!

Ganz anders kämpften dagegen die Rechten. Nach ihrem Mißerfolg im Vertrauenskörper rächten sie sich zunächst so: Mit Zustimmung des Betriebsrates erhielten drei der aktivsten Vertrauensleute (denen man auch Verbindungen zum KB vorwarf) ihre Kündigung!

Die IGM-Sekretäre versprachen zwar Rechtsschutz für den folgenden Arbeitsgerichtsprozeß, waren aber noch nicht einmal bereit, den Zusammenhang zwischen der Kündigung und den Betriebsrätewahlen anzuerkennen!

Die „Unorganisierten" starteten unterdessen eine gut organisierte Hetze gegen die „Chaotenliste" der IGM. Diese Hetze richtete sich weniger gegen die Kandidaten als **gegen die Gewerkschaft schlechthin!** Demagogisch verurteilten sie auf selbst verfaßten Flugblättern und überall im Betrieb ausgehängten Plakaten die Gewerkschaft als „undemokratisch", da sie z. B. bei Streikunterstützung zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern unterscheide! Demgegenüber beschworen sie das Betriebsverfassungsgesetz (Betr.V.G.) in ihren Flugblättern:

„Arbeitgeber und Betriebsrat haben darüber zu wachen, daß alle im Betrieb tätigen Personen nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit behandelt werden ..."

Mit Demagogie wurden so Proteste aufgefangen, die sich gegen die Pöstchenjägerei und Cliquenwirtschaft (was sich ja gerade an den bisherigen IGM-Betriebsräten festmachen ließ, die jetzt im Gewande des „Unorganisierten" über die alte und eigene IGM-Arbeit hetzten) und gegen die „reichen" Gewerkschaften richteten.

Für dieses Treiben bekamen sie von der Geschäftsleitung volle Unterstützung durch Finanzierung der Flugblätter und Plakate, die auch überall verbreitet werden durften. Der IGM-Liste wurde dagegen nur gestattet, ihre Flugblätter an den „Schwarzen Brettern" aufzuhängen. Doch plötzlich verschwanden auch diese auf „mysteriöse" Weise und tauchten erst nach der Wahl wieder auf.

Das Wahlergebnis

Am 15.4. fand die Wahl statt. Die Czwalina-Liste bekam mit 266 Stimmen 6 Sitze, die IGM-Liste mit 154 Stimmen 4 Sitze (+ 1 Angestelltenvertreter, ebenfalls ein „Unorganisierter").

Czwalina und seine Freunde teilten sich die Posten so auf: Er übernahm wieder die einzige Freistellung, den Vorsitz des Betriebsrates bekam weiterhin die alte 1. Vorsitzende, bloß jetzt nicht mehr als IGM-Mitglied.

Damit ist es der oppositionellen IGM-Gruppe nicht gelungen, auf Anhieb den alten Betriebsrat zu stürzen. Andererseits hat sie immerhin fast 40 % der Arbeiterstimmen bekommen, trotz des opportunistischen Wahlkampfes und der Tatsache, daß die meisten Kandidaten der Belegschaft doch ziemlich unbekannt sind.

Ob die neuen IGM-Betriebsräte allerdings zukünftig ihre vier Sitze dazu nutzen, das arbeiterfeindliche Treiben der Czwalina-Leute zu enthüllen und zu bekämpfen, muß leider noch bezweifelt werden, da sich die Gruppe immer mehr in die Arme der IGM-Sekretäre (und damit alten Freunde ihrer Gegner) begeben hat. So verschonte die Gruppe in der Betriebsratswahl zwar die Reaktionäre, distanzierte sich aber gleichzeitig auf Geheiß der IGM-Verwaltungsstelle von einem betrieblichen KB-Flugblatt. Wer auf dem rechten Auge blind ist, gerät leicht rechts vom Weg ab!

Metallzelle
KB/Gruppe Bremerhaven ●

Betriebsratswahlen unter Polizeiaufsicht

In Kellenbach bei Bad Kreuznach nutzte der Kapitalist der Wohnwagenfabrik IC Wilk Caravaning schonungslos die derzeitige Arbeitsmarktlage aus.

Die Bevölkerung der ganzen Umgegend ist auf die Arbeitsplätze der Firma angewiesen. Wer seinen Job dort verliert, müßte 20 km und mehr fahren, um Ersatz zu finden, wenn er überhaupt etwas kriegt.

Diese Abhängigkeit versuchte der Kapitalist in der diesjährigen Betriebsratswahl in seinem Sinne auszunutzen. In erster Linie sollte der bisherige Betriebsratsvorsitzende (Mitglied der DKP) nicht wiedergewählt werden, der sich erst kürzlich geweigert hatte, für seine Kollegen eine Akkordkürzung hinzunehmen. Während die strittige Frage noch beim Arbeitsgericht zur Klärung lag, versuchte der Kapitalist sich sein „Recht" schon vorweg zu holen. Er legte der Belegschaft eine Erklärung zur Unterschrift vor, daß der Betriebsratsvorsitzende aus dem Betriebsrat auszuschließen sei, anderenfalls sei er entschlossen, das Werk stillzulegen! So dachte er die Belegschaft genug eingeschüchtert zu haben, damit sie die Kündigung und das Hausverbot gegen den BR-Vorsitzenden hinnähme.

Doch diese „Amtsanmaßung von eigenen Gnaden" war selbst der bürgerlichen Rechtssprechung zu viel. Entlarvte sie doch zu deutlich, wer in Kellenbach und Umgebung die herrschende Klasse ist und vertritt.

Dem Betriebsratsvorsitzenden wurde durch eine „Einstweilige Verfügung" gestattet, den Betrieb wieder zu betreten.

Der Kapitalist machte daraufhin seine Drohung wahr: Er schloß den Betrieb. Ausschließlich zur Betriebsratswahl durften auf eine schriftliche Aufforderung „seine" Arbeiter den Betrieb betreten und unter Polizeiaufsicht (!) ihrer „demokratischen Pflicht" nachkommen.

Die Gewerkschaft hat Strafantrag gegen den Kapitalisten gestellt und die Wahl angefochten. ●

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Klöckner-Hütte, Bremen:

CMV will Rache für Wahlschlappe

Die Betriebsrätewahlen auf der Bremer Klöckner-Hütte vom März (vergl. AK 58/59) sind angefochten worden. Der reaktionäre „Christliche Metallarbeiterverband" (CMV), der bei den Wahlen von den über 4.000 Arbeiterwählern mit ganzen 122 Stimmen und keinem Sitz im Betriebsrat eine deutliche und erfreuliche Abfuhr erhielt, versucht jetzt vor Gericht die Entwicklung einer fortschrittlichen Betriebsratsarbeit zu behindern.

Die Zielrichtung dieser Wahlanfechtung ist eindeutig, liest man die Überschrift des Flugblattes, in dem der CMV sie „begründete":

„Schluß mit dem Kommunistenspuk bei Klöckner" heißt es da und eingebettet in angeblich „sachliche" Anfechtungsgründe steht dann:

„Die Kommunisten behaupten von sich, sie seien die besten Arbeitnehmer-Vertreter. Was geschieht aber dort, wo sie an der Macht sitzen? Dort werden die Arbeitnehmer entrechtet, ausgebeutet und unterdrückt! So sieht das kommunistische Arbeiter-Paradies aus: Stacheldraht, Gefängnisse, Zuchthäuser, Todesstreifen und Terror."

Zitiert wird dann noch der Antikommunist und ehemalige SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher: *„Kommunisten sind Feinde der Arbeiterbewegung. Sie sind Agenten einer fremden Macht".*

Das Flugblatt des CMV ist ausgerichtet auf *„Die Demokraten der Klöckner–Hütte, SPD–Mitglieder, CDU-Anhänger und FDP-Freunde"*, die sich *„auf Kurt Schumacher besinnen und in seinem Geiste mit legalen Mitteln die Kommunisten bekämpfen"* sollten.

Auffallend ist bei diesem Flugblatt des CMV, daß es unverkennbar dieselbe Argumentation benutzt, wie die von den rechten SPD-Kandidaten der Tete-Liste von den Wahlen herausgegebene Wahlzeitung „Hüttenzaun", die ebenfalls die Kandidaten der Liste des Betriebsratsvorsitzenden Röpke (DKP) zur Zielscheibe ihrer üblen antikommunistischen Hetze machten (vergl. dazu AK 58). Versuchten die „Christen" und die rechten Sozialdemokraten bereits vor den Wahlen, sich gegenseitig die antikommunistischen Bälle zuzuschieben, so hält dieses Spiel auch nach den Wahlen an. So beruft sich der CMV bei seiner Anfechtung u. a. auf die Zeugen Tete und Prott (SPD-Betriebsgruppenführer).

Bei dem ersten Termin vor dem Arbeitsgericht am 8. 4. schließlich wurde der CMV von einer Rechtsanwältin Karin Stieringer vertreten, ihres Zeichens SPD-Bürgerschaftsabgeordnete in Bremen, die mit großem Engagement die reaktionären Hetztiraden des CMV vortrug.

Die direkte Zusammenarbeit ist unverkennbar. Nachdem sowohl „Christen" als auch rechte sozialdemokraten von den Klöckner-Arbeitern eine deutliche Abfuhr bei den Wahlen erhielten, gehen sie jetzt offensichtlich nach der Methode vor, die Betriebsratsarbeit zu behindern, Verwirrung zu stiften, durch einen „Kleinkrieg an allen Fronten" unter der Belegschaft das Desinteresse an scheinbar „persönlichen Querelen" der Betriebsräte zu wecken und auf dieser Grundlage sich als diejenigen, die „sachlich, ohne Politik und verantwortungsbewußt" diese schwere Aufgabe übernehmen. Mit diesem Kleinkrieg begannen sie bereits vor den Wahlen.

Der Anfechtungsklage des CMV ist vom Arbeitsgericht soweit nachgegeben worden, daß jetzt eine Beweisaufnahme beginnt. Dabei sind die Anfechtungsgründe so offensichtlich lächerlich. Rechtsanwältin Stieringer legte denn auch in ihrer Argumentation den Schwerpunkt darauf, daß keine „parteipolitisch neutralen Wahlen" gewährleistet waren, da 7 der 9 Wahlvorstandsmitglieder Kandidaten der Röpke-Liste (die erst wesentlich später als der Wahlvorstand gebildet wurde) waren und damit nach der Logik dieser Reaktionäre auch Mitglieder und Sympathisanten der DKP sind. Man vergleiche die Argumentation dieser so „empörten", um die „Unparteilichkeit" bemühten SPD-Abgeordneten einmal mit der Wirklichkeit in den Betrieben zu den Betriebsrätewahlen, wo SPD-Betriebsgruppen Hand in Hand mit den Gewerkschaftsführern ihr Monopol benutzen, um jegliche oppositionelle Regung zu unterdrükken!!! Die allein gegen fortschrittliche Betriebsrätearbeit gerichtete Vorgehensweise der Reaktionäre wird hier ganz offensichtlich.

Auch die „sachlichen" Anfechtungen sind nichts weiter als hergesuchter Unsinn. So seien die Schlitze der Wahlurnen so breit, daß *„mühelos die Wahlzettel wieder herausgezogen werden konnten"* (CMV-Flugblatt). Mal abgesehen, daß man ein kleines Kind hierfür anstellen müßte, werden diese Urnen schon etliche Jahre für die BR-Wahlen bei Klöckner benutzt. Hinzu kommt, daß die Urnen versiegelt wurden.

Mit der Behauptung, daß 200 – 300 Kollegen der Abteilung „Neue Wasseraufbereitung" nicht wählen konnten, da das fahrbare Wahllokal nicht zu ihnen gekommen sei, wurde dann der Vogel abgeschossen:

a) ist das fahrbare Wahllokal ein zusätzliches Hilfsmittel bei den Wahlen, neben den bekannten festen Wahlorten,
b) waren in der besagten Abteilung ganze acht Kollegen davon betroffen und
c) haben die „Behinderten" alle ihre Stimme bei den Wahlen abgegeben!!!

Aus all diesen „schwerwiegenden" Behinderungen leitet der CMV den Schluß ab, daß a) massive Wahlbeeinflußung durch die DKP und ihre Sympathisanten betrieben wurde und b) dem CMV die fehlenden höchstens 38 Stimmen, die er für einen Sitz im Betriebsrat brauchte, geraubt wurden.

Bisher haben die Versuche der Reaktionäre, die Belegschaft gegen die fortschrittlichen Betriebsräte auszurichten, keinen Erfolg gezeigt, auch wenn hier Kapitalisten, die Bremer IGM-Führung, SPD-Betriebsgruppe und CMV in konzertierter Aktion vorgehen. Als ein Sprecher des CMV auf der Betriebsversammlung Ende März den Betriebsratsvorsitzenden Heinz Röpke als *„Verfassungsfeind, der nicht auf dem Boden der demokratischen Grundordnung steht"* bepöbelte und die *„Solidarität aller Demokraten"* forderte, wurde er zweimal gellend ausgepfiffen und brach schließlich seine Rede wegen der Tumulte in der Belegschaft ab.

Kollegen, die in ihren Beiträgen die spalterische Politik des CMV und das Wahlanfechtungsmanöver anprangerten, erhielten starken Beifall.

KB/ Gruppe Bremen ●

Letzte Meldung:

Gericht gab der CMV-Klage nach

Am 18.4. entschied das Bremer Arbeitsgericht, daß die Wahlanfechtung des „Christlichen Metallarbeiterverbands" berechtigt sei. Die Betriebsrätewahlen müssen wiederholt werden.

Als Anfechtungsgrund reichte die Beanstandung, daß die Schlitze der Wahlurnen, die übrigens von den Kapitalisten gestellt werden (kam daher etwa auch der Tip?), zu breit und die Urnen zu niedrig seien.

Laut Bundeswahlgesetz dürfen die Schlitze höchstens 2 mm breit sein, die Urnen müssen 90 cm hoch sein. Die beiden vorgeführten Urnen besassen Schlitze von 1,9 bzw. 2,1 mm und waren wesentlich niedriger. Dadurch sei die Möglichkeit zu Manipulationen nicht auszuschließen.

Bereits vor dem Arbeitsgerichtsverfahren ist erneut der Beweis erbracht worden, daß der CMV – der bei Klöckner ohne Einfluß ist – nur als vorgeschobene Speerspitze der reaktionären Sozialdemokraten um Kintrup, Prott und Schossow und der CDU-Betriebsräte um Grobecker arbeitet (die alle wesentlich mehr als der CMV zu verlieren haben). Grobecker stellte auf der Betriebsratssitzung am 14. April im Auftrag von sechs Angestellten-Betriebsräten (darunter natürlich auch Kintrup) einen Mißtrauensantrag gegen Röpke, da dieser vor dem Arbeitsgericht im CMV-Prozeß als Vorsitzender des Klöckner-Betriebsrates aufgetreten war, ohne daß ein BR-Beschluß dazu vorlag.

Röpke hatte lediglich einen Beschluß des geschäftsführenden Betriebsausschusses vorliegen. Dies veranlaßte die CMV-Anwältin, die Feststellung ins Protokoll aufnehmen zu lassen, daß Röpke nur als quasi „Briefträger des Betriebsrats" auftreten dürfe. Auf derselben Linie argumentieren die Betriebsräte mit ihrem Mißtrauensantrag, in dem sie ein Gerichtsurteil zitieren, daß der Betriebsratsvorsitzende „daher nicht Vertreter im Willen, sondern Vertreter in der Erklärung ist." (Der Mißtrauensantrag wurde nicht angenommen.).

Allen diesen Manövern der Reaktionäre liegt eines zugrunde: Sie wollen eine fortschrittliche Betriebsratsarbeit behindern, sie wollen verhindern, daß die Klöckner-Belegschaft sich angesichts der zunehmenden Angriffe der Kapitalisten (Kurzarbeit, Rationalisierung) zur Gegenwehr organisiert. Was sie im Augenblick mit ihrer Taktik kaum erreicht haben, ist, sich neue Anhänger und Sympathien zu ergaunern. Offensichtlich spekulieren sie darauf, daß die geplanten Verschlechterungen bei Klöckner den Linken in die Schuhe geschoben werden.

In dieser Situation, wo die Belegschaft eine starke Interessenvertretung braucht, ist es sicher richtig, daß die Betriebsräte um Röpke darauf verzichten, die juristische Auseinandersetzung auf dem Wege der Instanzen weiter zu führen und stattdessen schnelle Neuwahlen anzustreben.

KB/Gruppe Bremen ●

Größte Massenentlassung in der Geschichte der BRD

VW entläßt 25.000

Am 15. April beschloß der Aufsichtsrat der Volkswagenwerke, was längst schon ein offenes Geheimnis war: Massenentlassungen in den VW-Betrieben, Reduzierung der Belegschaft auf einen Stand von vor über zehn Jahren!
Die Entlassungen bei VW – seit 1971 wurden damit bis zum Abschluß der neuen Pläne über 60.000 Arbeiter und Angestellte entlassen – sind in ihrem Umfang und in der Art der Durchführung ein nahezu einmaliger Vorgang in der bisherigen Geschichte der BRD. Vergleichbare rigorose Profitsanierungen auf dem Rücken der Arbeiter hat es bisher nur in den Zechenstillegungen Mitte der sechziger Jahre gegeben.

Folgendes sieht der Aufsichtsratsbeschluß im einzelnen vor: Entlassung von 25.000 Arbeitern und Angestellten in den verschiedenen Werken bis 1976. Mit den bereits erfolgten 4.500 Entlassungen in den ersten drei Monaten dieses Jahres sind es damit 30.000. Der VW-Vorstand hatte in den Tagen vor diesem Beschluß Gerüchte von 30.000 Entlassungen als „weit überzogen" bezeichnet. Stattdessen werden die geplanten Maßnahmen vornehm als „Personalabbau" bezeichnet – d.h. Nichtersetzen der Fluktuation, weiteres Anbieten von sogenannten Aufhebungsverträgen (mit vordergründigem finanziellen Anreiz), Entlassungen unter 50 Personen im Monat, die nicht als Massenentlassungen gelten. Frech wird dann gesagt, daß die eigentlichen Entlassungen „nur" etwa 10.000 Beschäftigte treffen werden.

Entlassungen in den einzelnen Werken:

Wolfsburg	**5.900**
Hannover	**3.900**
Braunschweig	**850**
Kassel	**2.300**
Emden	**1.500**
Salzgitter	**3.000**
Audi:	
Ingolstadt	**1.700**
Neckarsulm	**4.700**
VW-Brüssel	**1.350**

Darüber hinaus werden die Audi-Werke Heilbronn und Neuenstein (1.300 Beschäftigte) geschlossen. In Brüssel und Neckarsulm wird nur eine Schicht pro Tag gefahren.

Darüber hinaus werden die Audi-Werke Heilbronn und Neuenstein (1.300 Beschäftigte) geschlossen. In Brüssel und Neckarsulm wird nur eine Schicht pro Tag gefahren.

Die Folgen sind noch weitaus stärker!

Im einzelnen ist noch gar nicht genau abzusehen, welchen Umfang die Folgen der Entlassungen annehmen werden. Durch die Reduzierung der Belegschaft, durch die Schließung oder Teilstillegung von Werken sind im Gefolge eine nicht übersehbare Zahl von Zulieferbetrieben betroffen, bei denen sich erst nach einigen Monaten die Auswirkungen bemerkbar machen werden. Besonders auswirken werden sich die Maßnahmen in Gebieten, die fast ausschließlich von der Arbeit in diesem einen Werk abhängig sind. Dies betrifft besonders die Städte Neckarsulm (22.000 Einwohner), Heilbronn und Neuenstein. Mit der Stillegung des Werkzeugbaus, der Schmiede und der Planung – einzig die Montage bleibt – werden in Neckarsulm kurzfristig 3.400 Arbeiter auf die Straße gesetzt! Im benachbarten Neuenstein schließt mit dem Getriebewerk der größte Betrieb am Ort – 700 Arbeiter sitzen auf der Straße. Dazu kommen die 600 aus dem Karosseriewerk und der Teilefertigung des ebenfalls geschlossenen Heilbronner Werkes. Die Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Heilbronn wird schnell auf über 10% ansteigen!

Hart betroffen sind auch Emden, wo bekanntlich die Arbeitslosenrate jetzt schon an der Spitze in der BRD liegt, und Salzgitter, von wo die Montage des Passat gänzlich nach Wolfsburg verlegt wird. Hier wird auf einen Schlag über ein Drittel der Belegschaft gefeuert.

Der Hintergrund: die Automobilkrise und zunehmende Profitschwierigkeiten

Im ARBEITERKAMPF 55 schrieben wir: *Waren die Nachkriegsjahre gekennzeichnet durch einen unaufhörlich steigenden Absatz von Automobilen – nur durch kleinere Einschnitte in Krisenzeiten abgeschwächt – so ist dieser schnellste Weg zum Profit seit 1973 verbaut. Die Automobilmärkte in den industriell führenden Staaten bieten derzeit keine Expansionsmöglichkeiten mehr ... So*

Protestkundgebung

stellte der neue VW-Chef Toni Schmücker fest: es gilt ‚Abschied von den Wachstumsraten der Vergangenheit' zu nehmen, die wesentliche Quelle des Profits sei jetzt der ***‚Abbau der Kapazitäten'*** *... Die verschärfte Rationalisierung, Stillegung von Werksteilen und damit Massenentlassungen sind die eine wichtige Quelle neuer großer Profite der Automobilkonzerne... Die zweite wichtige Quelle... wird zunehmend der Kapitalexport."*

Bei VW paart sich diese allgemeine Krise der Automobilindustrie mit besonderen „Schwächen" des Unternehmens – mangelnde Rationalisierung und Arbeitsintensität im Verhältnis zu den Konkurrenten, mangelnde Arbeitsteilung der Werke untereinander (beispielsweise wurde ein Autotyp in zwei Werken montiert,
nalisierung und Arbeitsintensität im Verhältnis zu den Konkurrenten, mangelnde Arbeitsteilung der Werke untereinander (beispielsweise wurde ein Autotyp in zwei Werken montiert,
jetzt wird die Montage des Passat aus Salzgitter abgezogen und findet ganz in Wolfsburg statt). Auf dieser Grundlage wirkte sich die Automobilkrise bei VW besonders stark aus. Während heute die VW-Konkurrenten beispielsweise wieder Sonderschichten fahren und zum Teil neu einstellen, ist bei VW nach wie vor die rigerose Rationalisierung Trumpf. Bereits seit 1972 versucht der Konzern, hier wieder konkurrenzfähig zu werden. Seit dieser Zeit wurde die VW-Belegschaft von 134.000 auf 87.000 (im nächsten Jahr) reduziert. Das bedeutet einen Personalabbau von durchschnittlich 35 % in dieser Zeit. In einzelnen Werken (Brüssel: – 53 %, Salzgitter – 43 %) liegt diese Zahl weit darüber.

Eine Besonderheit bildet dabei noch AUDI/NSU. Diese Werke wurden bewußt aufgekauft, um einen Konkurrenten auszuschalten und vor allem, um die relativ weitentwickelte Planung und Entwicklung neuer Modelle für VW nutzbar zu machen. Nach der Methode „Aufkaufen, Aussaugen, Abwracken" („Frankfurter Rundschau", 5.4.) wurde mit den Werken seit 1969 verfahren. Insbesondere mit der Entwicklung von VW-Parallelmodellen zu den AUDI-Typen (AUDI 80/Passat; AUDI 50/Golf) sind für den Konzern mittlerweile die Bedingungen zum Abwracken der AUDI-Werke herangereift. Nur ein Beispeil:

Verkauf von
AUDI 80 1973: 125.000 St.
Passat 1973: 37.000 St.
Verkauf von
AUDI 80 1974: 77.000 St.
Passat 1974: 133.000 St.

Seit 1973 wurde die AUDI/NSU-Belegschaft um 33 % verringert, im Werk Neckarsulm, das ganz dicht gemacht werden soll, bereits um 50 %!

(Zu den näheren Hintergründen der Automobilkrise und der Krise bei VW empfehlen wir noch einmal den Artikel in ARBEITERKAMPF 55)

Konzertierte Aktion gegen die Belegschaft: Kapitalisten, Bundesregierung und Gewerkschaftsführer

Bereits in den vergangenen 15 Monaten gelang den Konzernbossen der Abbau der Belegschaft ohne bedeutenden Widerstand. Mit dem Rückenwind der „Ölkrise" und sinkenden Produktionszahlen wurde die dann einsetzende Rationalisierungswelle „legitimiert". Spätestens mit dem Eintritt Toni Schmückers ins VW-Management Ende 1974 wurde deutlich, daß bei VW jetzt die entscheidenden Einschnitte in der Rationalisierung des gesamten Konzerns bevorstehen. Als „Krisenmanager" und Rationalisierungsexperte wurde Schmücker nach Wolfsburg geholt. Vor allem seine Profit-Erfolge im Rheinstahl-Konzern waren hierfür ausschlaggebend:

Schmücker *„kam nach Essen* (Rheinstahl-Sitz, die Red.), *‚grub sich drei Monate ein, um Rheinstahl von innen zu studieren', gelangte ‚mit zunehmender Erkenntnis zum Entsetzen', schaffte die Herzogtümer des Konzerns ab, strafften die Zügel, schnitt den Konzern personell zurecht, was er ‚Weg mit Blut und Tränen' nannte und brauchte nur vier Jahre, um aus tiefen Verlusten wieder in Gewinne zu geraten."* („Welt", 23.12.74).

VW und AUDI/NSU - Gesamtbelegschaft Statistik 3

VW und AUDI/NSU - Gesamtbelegschaft **Statistik 3**

1971	1973	1976
169.000	159.000	108.000

Von 1971 - 1976: 61. ooo Arbeiter entlassen !

Belegschaftsabbau in den Werken VW/AUDI seit 1973 **Statistik 2**

		Ende '73	März '75	bis 1976	± %
VW:	Wolfsburg	56 549	48 716	42 8oo	- 24
	Hannover	26 5o4	2o 7oo	16 8oo	- 36
	Braunschweig	6 961	5 788	4 94o	- 3o
	Kassel	18 8o8	15 116	12 8oo	- 32
	Emden	7 578	6 954	5 45o	- 28
	Salzgitter	9 387	8 284	5 3oo	- 43
	Brüssel	3 5oo	3 ooo	1 65o	- 53
AUDI:	Ingolstadt/ Neckarsulm/ Heilbronn/ Neuenstein	33 8oo	28 ooo	22 6oo	- 33

Von 1972 - 1976 47. ooo Arbeiter entlassen !
Beschäftigtenzahlen der Volkswagenwerke (Inland) **Statistik 1**

Beschäftigte (in 1000)
130
100
80
50
134.000
87.000
1964 '66 '68 '70 '72 '74 '76
WOLFSBURG

Das Studium ist jetzt vorbei, der „Weg mit Blut und Tränen" hat begonnen und bürgerliche Kommentatoren der VW-Beschlüsse verrieten, daß die jüngsten einschneidenden Maßnahmen noch nicht einmal den Abschluß bilden.

KURZARBEIT:
10 Kurzarbeitsperioden 1974 halfen dem Konzern zusätzlich Löhne sparen.
Anfang April 1975 lief bereits die 4. Kurzarbeitsperiode dieses Jahres an.

PREISERHÖHUNGEN:
Um durchschnittlich 20 % wurden die VW-Modelle in 1 Jahr teurer!
11.3.74: +6,4% (Durchschnitt)
13.5.74: 6,0% (Durchschnitt)
3.8.74: 5,0% (nur Scirocco)
Januar 75: 3,5% (Durchschnitt)
April 75: 4,3% (Durchschnitt)

LÖHNE:
Die Arbeiter und Angestellten bei VW wurden in diesem Jahr mit den niedrigsten Lohnerhöhungen aller Tarifverhandlungen bedacht: 5,8 %! Rechnet man die 11 % des letzten Jahres dazu und legt den Lohnkostenanteil am Produkt auf die Preise um, so wären nach der Rechnung der bürgerlichen Ökonomie Preiserhöhungen von ca. 5 % (bei etwa 30 % Lohnkostenanteil) durch die Löhne verursacht worden. Allein schon an dieser streng bürgerlichen Rechnung entlarvt sich die ganze Demagogie von den Löhnen als Hauptkostentreiber.

KRANKENSTAND:
Bei AUDI/Neckarsulm
1973: 9,8 %
1974: 6,3 %
1975: 4,3 %
Diese Zahlen sind deutliches Zeichen der steigenden Arbeitshetze und der geschürten Angst um den Arbeitsplatz.

Mit Genugtuung hat die Bundes- platz.

Mit Genugtuung hat die Bundesregierung, die zu 20 % bei VW vertreten ist, die Aufsichtsrats-Beschlüsse aufgenommen. Lob von Kanzler Schmidt und Dank von Wirtschaftsminister Friderichs an den *„Aufsichtsrat und Vorstand der Volkswagenwerk AG... (dafür), daß sie den Anpassungsprozeß bei VW, der die bisher in der Bundesrepublik gekannten Größenordnungen sprengt, aus eigener Kraft des Unternehmens bewerkstelligen wollen."* („Handelsblatt", vom 17.4.).

Bereits in den Wochen vorher hatte die Bundesregierung verbreiten lassen, daß es bei VW darum gehe, mehr als 100.000 Arbeitsplätze zu „retten" und nicht um Entlassungen. *„Die Arbeitsplatzsicherung für die überwiegende Mehrheit der VW-Mitarbeiter dürfe nicht übersehen werden."* (Regierungssprecher Grünewald, laut „Stuttgarter Nachrichten", vom 16.4.).

Wenn sich jetzt die bürgerlichen Parteien in ihrer „Sorge" um das Wohl der VW-Arbeiter übertreffen, die CDU/CSU Anfragen im Bundestag einbringt, die SPD/FDP von „Hilfe, Ansiedlung von Industrie in den betroffenen Gebieten" etc. schwätzt, so ist dies einerseits als Teil des Wahlkampfs um die jetzt laufenden Landtagswahlen zu verstehen, andererseits spielt hier auch der Konkurrenzkampf der verschiedenen Landesregierungen eine Rolle, die natürlich Wert darauf legen, daß „ihr" Land nicht besonders hohe Arbeitslosenzahlen aufweist und daß ihnen durch Werksstillegungen nicht Steuern entgehen.

Daher erklärt sich auch der besondere Einsatz der baden/württembergischen CDU-Regierung, die die SPD/FDP-Vertreter im Aufsichtsrat zur Zielscheibe der Empörung der VW-Arbeiter zu machen hofft und für ihre Partei absahnen möchte.

Dies wird schon deutlich an folgendem Ausspruch des baden/württembergischen Wirtschaftsministers Eberle („Profitstreberle", wie ihn die Wyhler Bauplatzbesetzer nennen), der angesichts des ersten Streiks bei AUDI am 4. April sein „volles Verständnis" hierfür äußerte, die Arbeiter aber ermahnte: „wilde Streiks vermöchten nichts zu verbessern" („Süddeutsche Zeitung", 5. April). Stattdessen vertröstete er die

FORTSETZUNG SEITE 35

Die Rationalisierungswelle rollt!

Arbeiter auf das „Nothilfe-Programm" der Landesregierung.

Die Kämpfe der VW-Arbeiter: in den Fesseln der Sozialdemokratie

Die bisherigen Kampfaktionen der VW- und AUDI-Arbeiter gegen die Rationalisierungsmaßnahmen sind nur schwach entwickelt und sind keine selbständigen Kämpfe zur Verhinderung der Entlassungen. Die Kämpfe beschränkten sich bisher auch auf die Werke in Neckarsulm und Salzgitter, die beide am härtesten betroffen sind. Neben der geschickt ausgenutzten monatelangen Gerüchtepolitik um weitere Entlassungen und darauf aufbauenden Spaltungsversuchen (Verteilung auf alle Werke, Verteilung auf Abteilungen etc), charakterisiert der folgende Satz von Wirtschaftsminister Eberle sehr treffend eine der wesentlichen Ursachen hierfür:

Eberle „*bedachte indessen die Gewerkschaften im allgemeinen und den Betriebsratsvorsitzenden Karl Walz im besonderen mit nachdrücklichem Lob; daß es in Neckarsulm bisher zu keiner Explosion gekommen sei und die Besonnenheit weiter regiere, sei weithin diesen Männern zu verdanken.*" („Süddeutsche Zeitung", 5.4.).

Die Kampfaktionen bei VW und AUDI

Die Kampfaktionen bei VW und AUDI

3. März: etwa 20.000 Arbeiter aus Neckarsulm, Heilbronn und Neuenstein protestieren mit Unterstützung großer Teile der Bevölkerung gegen die geplante Stillegung der AUDI-Werke dieser Städte (Vgl. dazu AK 57).

3. April: erstmals wird in Neckarsulm gestreikt. 250 der 1.200 Angestellten, die fast alle von Entlassungen betroffen sein werden, treten für eine Stunde in einen Proteststreik.

4. April: die mehr als 10.000 Arbeiter und Angestellten in den AUDI-Werken Neckarsulm, Heilbronn und Neuenstein treten nahezu geschlossen in den Streik. Für jeweils drei Stunden streikt zunächst die Frühschicht und nachmittags die Spätschicht.

8. April: Etwa 5.000 Arbeiter der Früh- und der Normalschicht treten in den Streik. Nach einem Demonstrationszug über das Werksgelände ziehen sie in die Neckarsulmer Innenstadt. Der Zug ist mittlerweile auf etwa 8.000 angewachsen. Nach einer Protestkundgebung wird die Aktion nach zwei Stunden abgebrochen.

12. April: etwa 2.000 Arbeiter der VW-Werke in Salzgitter versammeln sich zu einer Protestkundgebung gegen die Entlassungen.

15. April: am Tage der entscheidenden Aufsichtsratssitzung treten Arbeiter in Salzgitter zweimal in kurze Warnstreiks

18. April: Erstmals wurde der Protest in Neckarsulm massiver. Nach der Frühstückspause legten die Arbeiter das Werk still und hielten eine Betriebsversammlung ab. Im Anschluß daran zogen sie durch Neckarsulm bis zum sieben Kilometer entfernten Heilbronn. Die Kollegen des dort beschäftigten Werkes und aus dem Werk Neuenstein schlossen sich an. Der Demonstrationszug setzte sich dann durch die Stadt Heilbronn und dessen Industriegebiet fort. Zeitweise beteiligten sich über 10.000 Menschen hieran. Der Streik dauerte bis in die späten Abendstunden an.

In der Tat haben die Sozialdemokraten in den Betriebsräten der VW-Werke und in der Gewerkschaftsführung das Heft nach wie vor noch relativ fest in der Hand. Um die Unruhe unter den Arbeitern gering zu halten, sind sie ohne weiteres bereit, auch geordnete und in ihrer Hand befindliche Protestaktionen zu unternehmen (Neckarsulm, Salzgitter), die wesentlich zum Kanalisieren der Unzufriedenheit und Empörung dienen. Auf diesen Veranstaltungen schwingen die Gewerkschaftsführer das große Wort und orientieren vor allem auf den Slogan: „*Mit Mitbestimmung wär das nicht passiert.*"

In bekannter Kraftmeier-Manier läßt sich auch der IG Metall-Vorsitzende Loderer vernehmen: er wer-

stimmung wär das nicht passiert."
In bekannter Kraftmeier-Manier läßt sich auch der IG Metall-Vorsitzende Loderer vernehmen: er wer-

de für die „*Erhaltung jedes Arbeitsplatzes kämpfen*". („Welt", 2.4.75).

In Wahrheit vollzog sich dieser „Kampf um jeden Arbeitsplatz" als Verhandlungskrampf im VW-Aufsichtsrat, dessen Inhalt die Abmilderung der schlimmsten Folgen der Maßnahmen und die Sorge um einen relativ wenig spektakulären Ablauf von Massenentlassungen war. Niemals stand für die Gewerkschaftsführer zur Debatte, Entlassungen zu verhindern. Stattdessen arbeiteten sie an Alternativvorschlägen, wie VW seine Rationalisierung durchsetzen könne. So schlug Loderer vor, keine Betriebe stillzulegen, sondern die Entlassungen zu streuen, das heißt auf alle Werke zu verteilen. „*Es muß aoch möglich sein, die vorhandenen Schwierigkeiten auf möglichst viele Schultern zu laden*", weiterhin schlug er weitere Kurzarbeit und Personalabbau vor („Welt", vom 30.3. und 2.4.).

Die Begründung für ein gut verteiltes Vorgehen lieferte er einige Zeit später: „*Loderer verwies mehrfach auf die ‚starke Unruhe' in der VW-Belegschaft, die man zur Zeit noch im Griff habe. Es könne jedoch auch, so warnte er, zu ‚unkontrollierten Aktionen' kommen.*" („FAZ", 11.4.). Kapitalistenkritik daran, daß die Gewerkschaften durch ihre „Mitbestimmung" bei VW die notwendigen Maßnahmen behindern würden, wies Loderer mit dem Hinweis auf die in der Montanindustrie mitbestimmten Zechen, die stillgelegt wurden, zurück: „*wo viele Anpassungsmaßnahmen ohne ‚schwarze und rote Fahnen' unter Beteiligung der Arbeitnehmer* (gemeint sind die Gewerkschaftsführer, die Red.) *über die Bühne gegangen seien*".

Hier entlarvt sich einmal mehr die Rolle der Gewerkschaftsführer für die Politik der Kapitalisten: als Ordnungsfaktor innerhalb der Arbeiterklasse sind sie zur Absicherung der Politik der Kapitalisten bereit.

Von vornherein orientieren sie auf sogenannte „soziale" Lösungen. Die Arbeiter, die ihnen ihr Vertrauen schenken und ihnen stellvertretend das Handeln überlassen, sind damit von Anfang an auf der Verliererstraße. Allein ihr selbständiges Handeln bietet Gewähr dafür, daß die Kampfaktionen erfolgreich beendet werden können.

Statt Solidarität Spaltung

Am offensichtlichsten wurde die Linie der Gewerkschaftsführer auf der entscheidenden Aufsichtsratssitzung am 15. April. Noch vorher sagte Loderer: „*Die Arbeitnehmervertreter... werden sich auf keinen Fall nach dem Motto ‚Vogel friß oder stirb' vor vollendete Tatsachen stellen lassen*" („FAZ", 11.4.) und kündigte einen Alternativplan an. Von diesem Plan und der „Alter-

oder stirb' vor vollendete Tatsachen stellen lassen" („FAZ", 11.4.) und kündigte einen Alternativplan an. Von diesem Plan und der „Alter-

native" ist mittlerweile einiges durchgesickert:

Danach schlugen die Gewerkschaftsführer statt 25.000 „nur" 20.000 Entlassungen vor. 15.000 davon sollten durch die „natürliche Fluktuation" gehen, 4.700 in Hannover, Neckarsulm und Salzgitter sollten entlassen werden!!! („Stuttgarter Nachrichten, 16.4.).

In diesem Lichte muß man die Meldung sehen, daß die sieben Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat „gegen" die geplanten Maßnahmen gestimmt hätten. Wenn Loderer hinterher sagte: es „*ist erneut deutlich geworden, wie dringend erforderlich die paritätische Mitbestimmung ist.*" Sie sei „*die einzige echte Möglichkeit, die Arbeitnehmerinteressen*" zur Geltung zu bringen („Stuttgarter Nachrichten"), so behauptet er damit, daß die weitere Verkleinerung der Belegschaft um 20.000 Beschäftigte im Interesse der VW-Arbeiter sei! Deutlicher kann der Charakter der sozialdemokratischen Mitbestimmungsforderungen kaum gemacht werden. Unter den Bedingungen, daß 14 Aufsichtsratsmitglieder sowieso vorbehaltslos allen Entlassungsplänen zustimmen würden, war es für die sieben „Arbeitnehmervertreter" natürlich ein Leichtes und ein brauchbares Alibi, dagegen zu stimmen.

Die Spaltungsmanöver der Gewerkschaftsführer wurden in den Betrieben von den sozialdemokratischen Betriebsräten voll umgesetzt. Ihre Hauptsorge galt dementsprechend der „gerechten" Verteilung der Entlassungen. Obwohl sich die VW-Betriebsräte mehrmals trafen, ist nicht einmal der Versuch gemacht worden, gemeinsame, wirksame Aktionen der Arbeiter zu beraten. Stattdessen beklagten sie, getrennt nach Betrieben, daß nun gerade „ihr" Betrieb besonders hart betroffen sei und forderten bessere „Verteilung der Lasten". Hier einige Beispiele:

Salzgitter: Vorschlag der IGM und des Betriebsrats, den Fahrzeugbau auf eine Schicht zurückzunehmen.

SPD-Betriebsgruppe: „*Die Beleg-*

Salzgitter: Vorschlag der IGM und des Betriebsrats, den Fahrzeugbau auf eine Schicht zurückzunehmen.
SPD-Betriebsgruppe: „*Die Beleg-*

schaft des Volkswagenwerks sei bereit, einen angemessenen Teil der für den Abbau der Überkapazitäten notwendigen Maßnahmen zu tragen." („Salzgitter Zeitung", 5.4., 7.4.)

Betriebsratsvorsitzender Anklam: „*Gegen Sanierungsmaßnahmen wehrt sich hier niemand. Wir sehen nur nicht ein, daß wir hier mehr bluten sollen, als die anderen.*" („Hannov. Presse", 17.4.)

Hannover: einen Tag vor der Aufsichtsratssitzung schickte der Betriebsrat ein Telegramm, in dem er den Aufsichtsrat beschwor, „*die Last auf alle Werke zu verteilen*". „*Betriebsratsvorsitzender Munkwitz rechnet nun, daß im Werk ... rund 1.000 Beschäftigte den Aufhebungsvertrag annehmen werden, daß 600 unter die normale Fluktuation fallen, daß je nach Beschäftigungslage pro Monat 49 Mann (entlassen werden) ..., so daß schließlich nur noch 1.700 Mann über das Arbeitsamt entlassen werden brauchen.*" („Weser Kurier", 16.4.) Als Erfolg verbucht er auch, daß statt 4.500 „nur" 3.900 entlassen werden.

Diese Beispiele stehen stellvertretend für die Haltung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in allen Betrieben. Statt Solidarität und Einheit propagieren sie die „gerechte Spaltung", statt sich auf die Kampfmaßnahmen der Arbeiter zu stützen und von einer solchen Position aus Forderungen zu stellen, appellieren sie an den Vorstand, „kämpfen" sie im Aufsichtsrat, appellieren sie an die bürgerlichen Politiker, neue Arbeitsplätze zu schaffen (so Gesamtbetriebsratsvorsitzender Ehlers auf der Wolfsburger Betriebsversammlung, am 17.4.).

Diese sozialdemokratische, zurückweichlerische Linie, der offene Verrat an den Interessen der Arbeiter, ist der wesentliche Faktor für das nahezu widerstandslose Durchsetzen der Beschlüsse des VW-Vorstands. Die Arbeiter selber waren von sich aus bisher nicht in der Lage, eigene Führungen in ihrem Kampf herauszubilden. Die gewerkschaftlichen Vertrauenskörper werden wesentlich von denselben Kräften beherrscht, die auch im

gen in ihrem Kampf herauszubilden. Die gewerkschaftlichen Vertrauenskörper werden wesentlich von denselben Kräften beherrscht, die auch im

Betriebsrat den Ton angeben.

Der Streik der Neckarsulmer Arbeiter vom 18. April lief erstmals wesentlich kämpferischer und spontaner ab, als die vorhergehenden Aktionen. Dennoch darf man auch hier nicht übersehen, daß es die Sozialdemokraten sind, die mit an der Spitze der Radikalisierung stehen, um sie in die „geordneten Bahnen" zurückzulenken. Derselbe Betriebsratsvorsitzende Walz, dem das Profitstreberle Eberle seine „besonnene Haltung" dankte, verkündete angesichts der einschneidenden Beschlüsse und großer Unruhe in der Belegschaft: „*Und wenn uns niemand hilft, dann helfen wir uns selber. Wir werden zeigen, daß in diesem Haus Arbeit und Brot für alle zu finden ist*" („Stuttgarter Zeitung", 16.4.).

Die Arbeiter werden den Maßnahmen der Kapitalisten nur dann wirksam begegnen können, wenn sie den Kampf selbständig führen – und sich von den Elementen lösen, die sie schon zigfach in die Irre „geführt" und verschaukelt haben!

In diesem Sinne muß bei den VW- und Audi-Werken der Kampf gegen jede Entlassung geführt werden. ●

Leitung, KB/Gruppe Bremen

Streik und Demonstration von 8.000 Arbeitern in Neckarsulm am 8. April

Streik bei VW-Salzgitter am 15. April

18. April: Mehr als 10.000 Arbeiter beteiligen sich am Protestmarsch durch Neckarsulm und Heilbronn

VW Salzgitter:
Kundgebung gegen Massenentlassungen

Am 12.4. fand in Salzgitter eine Protestkundgebung gegen die geplanten Massenentlassungen bei VW-Salzgitter statt. Zu der Kundgebung erschienen ca. 1.500 Kollegen (und nicht, wie das Fernsehen zu berichten wußte, 3.000!), was ausgesprochen wenig ist, angesichts der Tatsache, daß allein bei VW 8.500 Kollegen arbeiten, von denen ca. 3.000 direkt betroffen sein werden, und daß darüberhinaus durch Kurzarbeit bei den Stahlwerken und angekündigte Schließung des Erzbergbaus die Lage der Gekündigten hoffnungslos ist. Neben dem Betriebsrats-Vorsitzenden sprachen auf der Kundgebung ein Vertreter der IGM, Vertreter der SPD und der CDU (!) sowie der Vertrauensleutevorsitzende. Den Anfang machte der BR-Vorsitzende, empfangen von einigen Pfiffen und einem Transparent „Eh der Betriebsrat aufgewacht – hat VW Salzgitter dichtgemacht." (Übrigens das fortschrittlichste Transparent!). Kernpunkte seiner und der übrigen Reden waren erstens, daß VW Salzgitter unverhältnismäßig hart betroffen sei von den geplanten Entlassungen und daß

verhältnismäßig hart betroffen sei von den geplanten Entlassungen und daß

man also einen „gerechten" Ausgleich schaffen müsse. Dazu paßte ein Transparent mit der Aufschrift: „Auch der Wolfsburger Wasserkopf muß geschoren werden" neben einem entsprechenden Bild. Diese Aussage macht deutlich, was von den vielen Solidaritätsbekundungen, mit denen die Reden geschmückt waren, in Wirklichkeit zu halten ist. Der zweite Kernpunkt war durch alle Reden hindurch die Theorie von den „unternehmerischen Fehlentscheidungen". Millionen seien zum Fenster rausgeworfen worden. Es sei unerträglich, daß die Produktion ins Ausland verlagert werde, während hier gekündigt werde usw. Kein Wort davon, daß es sich um eine Entwicklung handelt, die zum Kapitalismus gehört wie das Gelbe zum Ei. Es ist nur konsequent, wenn sich bei dieser Haltung ein Redner besonders über die „Fehlentscheidung" ereiferte, daß noch vor einiger Zeit 15.000 Kollegen bei VW eingestellt wurden! Von den Kollegen wurde dieses arbeiterfeindliche Geschwätz mit wenig Beifall und vielen Pfiffen, auch mit dem Sprechchor *„Aufhören, Aufhören"* quittiert. Immer wieder wurde von einzelnen Gruppen nach dem Vertrauensleutevorsitzenden gerufen, der dann schließlich als „Linker" sprechen durfte.

Auch dieser Redner konnte nicht umhin zu betonen, daß der VW-Vorstand *„unverantwortlich, weil ohne Plan* (? ? ?) *gehandelt"* habe. Immerhin stellte er nicht die Forderung auf, daß andere Teile des Konzerns schrumpfen müßten, sondern beschränkte sich auf die Forderung *„VW-Salzgitter muß erhalten bleiben"*. Wie? Er hatte die Antwort: *„ ... daß wir in den nächsten Tagen nichts unüberlegtes tun"*, sondern *„durch Solidarität ... dem Vorstand beweisen, daß man mit uns nicht machen kann, was man gerne möchte".*

Den Forderungen der IGM, nämlich

1. Subvention
2. Korrektur (!) der Vorstandsvorlage

3. Mindestens gleiche „Lastenvertei-
lage

3. Mindestens gleiche „Lastenverteilung" auf alle VW-Werke
4. Längerfristige Belegschaftsanpassungspläne

mochte auf der Kundgebung kaum jemand zujubeln – im Gegenteil kamen Pfiffe!

Allerdings hat aus dieser arbeiterfeindlichen Haltung ausgerechnet die CDU profitiert! Zwar wurde ihr Sprecher anfangs ausgepfiffen, konnte dann aber doch ungestört entwickeln, was die CDU an Demagogie auf Lager hat: Man sehe an Ford und Opel, daß die 'Freie Marktwirtschaft' funktioniere, während der sozusagen 'sozialistische Betrieb' VW (Staatsbetrieb, in dem die Gewerkschaften drittelparitätisch mitbestimmen dürfen) eben am Boden liege.

Solche Aussagen wurden geduldet! Dagegen wurden verschiedene linke Gruppen nicht geduldet: Immer wieder wurden unsere Verkäufer aus der Kundgebung geschleppt! Der „KPD" wurde gar von einer 30-köpfigen Ordnerschar das gesamte Propagandamaterial zerstört! ●

Frankfurt: 5.000 demonstrieren gegen Jugendarbeitslosigkeit

Am 19. April demonstrierten erneut rund 5.000 Jugendliche in Frankfurt gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenverknappung. Bereits am 22. Februar waren ebenfalls 5.000 auf der Straße – damals organisiert vom GEW-Berzirksverband, diesmal von der Jugendabteilung des DGB-Landesbezirks Hessen. Die Demonstrationen wurden beide Male von mehreren linken Organisationen unterstützt, darunter auch vom KB. Zum 19. April hatte unsere Gruppe zusammen mit vier Kollektiven aus dem Schüler- und Jugendzentrums-Bereich ein gemeinsames Flugblatt erarbeitet. Einer tatsächlichen Aktionseinheit, wie sie in anderen Orten bereits aufgebaut wurde, stehen in Frankfurt allerdings noch einige Hindernisse im Wege - nicht nur das Sektierertum und die opportunistische Liebedienerei eines beträchtlichen Teils der Frankfurter Linken (KBW etc.) sondern auch die Tatsache, daß die o r g a n i s i e r t e Arbeit „an der Basis" i n s g e s a m t sehr schwach entwickelt ist in Frankfurt. Hier besteht ein drastisches Mißverständnis zur andererseits relativ großen K a m p f b e r e i t s c h a f t der lernenden und arbeitenden Jugend.

Dennoch hat auch die Demonstration wieder gezeigt, daß die Versuche der Gewerkschaftsführung, den Kampf der Jugendlichen auf ihre ausgelatschten „ Mitbestimmungs "-Bahnen zu lenken, nicht ohne weiteres durchschlagen: ein sehr großer Teil der Jugendlichen demonstrierte in den Reihen der linken Organisationen mit und die Gewerkschaftsführung ließ es auch lieber von vornherein sein, Transparente mit „oppositioneller" Stoßrichtung aus der Demonstration zu verbannen (wie es andernorts teilweise versucht wird). Und einen „reibungslosen" Ablauf seiner Beschwichtigungs-Rede (Mitbestimmung muß her, Berufsbildung muß unter staatliche Verantwortung, Briefe müssen an Bundestagsabgeordnete geschrieben werden ... pihpahpoh) konnte Hans Preiss vom IGM-Vorstand nur dadurch sichern, daß man ihm ein gutes Dutzend phonstarker Lautsprecher aufgehängt hatte, bis hoch oben an den Kirchturmmauern - dort, wo seine Sprüche auch hingehören. ●

noch einige Hindernisse im Wege - Teil der Jugendlichen demonstrierte auch hingehören.

Klöckner-Hütte, Bremen:
Kurzarbeit als Hebel zur verschärften Rationalisierung

Die Versuche der Reaktionäre von CMV, SPD und CDU, die Betriebsratsarbeit zu behindern (Wahlanfechtung), werden in ihrer Bedeutung erst richtig deutlich, wenn man die neuesten schärferen Angriffe der Klöckner-Kapitalisten auf die Belegschaft sieht.

Mit dem Beschluß der gesetzlichen Einigungsstelle nach Durchführung von Kurzarbeit vom 24. März bis 31. Mai (der Betriebsrat hatte die Kurzarbeit abgelehnt, vergl. AK 58/59) war für die Kapitalisten die Bahn frei. Nach vier Wochen Kurzarbeit ist jetzt bereits absehbar: die Produktionsleistung ist nicht gesenkt worden. Die Kurzarbeit wird von den Kapitalisten so flexibel wie möglich gehandhabt:

- die Kurzarbeit wird vor allem auf die Sonntags-, Feiertags- und Nachtschicht gelegt, um möglichst viel an Löhnen (durch Wegfall der Zulagen) zu sparen
- die Kurzarbeitstage werden vielfach nicht vorher festgelegt, sondern nach Arbeitsanfall
- im Bereich Hochofen beispielsweise macht das Fahrpersonal zwar Kurzarbeit, aber die bestehenden Loks sind dauernd im Einsatz, ähnlich sieht es im Kaltwalzwerk aus; die Schichten werden einfach mit Leuten aus anderen Bereichen des Betriebes besetzt.
- die Notdienstbesatzungen werden bei möglicher Unterbesetzung für die Arbeit in der Produktion eingesetzt.

Die Vorteile für die Kapitalisten liegen auf der Hand:

- **Sie sparen Lohngelder, sie steigern die Arbeitshetze, sie verlieren nichts an Produktionsmenge und vor allem: Sie können mit dieser Methode der Kurzarbeit geradezu hervorragend prüfen, an welcher Stelle des Betriebes sie noch Leute einsparen können. Die Kurzarbeit wird so für die weitere Rationalisierung eingesetzt: Intensivierung der Arbeit und Vorbereitung von Entlassungen ist das Ergebnis.**

Nachdem der BR die Kurzarbeit erfolglos abgelehnt hatte, ging er mit Unterstützung der Vertrauensleute dazu über, die Kollegen aufzufordern, die Einhaltung der Kurzarbeit als weniger Arbeit zu überwachen und alle Verstöße zu melden.

Für die Kollegen hat die Kurzarbeit teilweise beträchtliche Lohneinbußen zur Folge. Das Kurzarbeitergeld beträgt durchschnittlich zwei Drittel des Stundenlohns. Besonders durch den Wegfall der Zuschläge machen sich die Einbußen bemerkbar. In einer Resolution vom 3. April machen die Vertrauensleute folgende Rechnung auf: Sonntagsverdienst = 56 DM + 56 DM Sonntagszuschlag = 112 DM. Bei Kurzarbeit wird nur der Stundenverdienst zum Teil ersetzt, in diesem Fall würde der Kollege nur 38 DM erhalten, also nur ein Drittel dessen, was er normalerweise erhält!!

Die Vertrauensleute stellten deshalb folgende Forderungen auf:

- **Kurzarbeit während der vorgesehenen Periode nur an einem Sonntag und nicht an zweien, wie geplant**
- **keine Unterbrechung der Nachtschichtwoche durch zwei Tage Kurzarbeit, da so nur der Rhythmus der Kollegen unterbrochen wird, die Kapitalisten dabei aber die Zuschläge sparen**
- **gleiche Kurzarbeitstage für alle Schichten**
  keine Unterbesetzung durch Kurzarbeit, „denn Unterbesetzung heißt Rationalisierung auf dem Rükken der Kollegen"
- **Zahlung der Differenz zwischen Kurzarbeitergeld und Lohn bis zu 90 % des Lohns als Ausgleichszahlung durch die Kapitalisten.**

In der Belegschaft ist der Kampf gegen die Kurzarbeit allerdings noch schwach entwickelt. Zumeist wird die Funktion der Kurzarbeit als Hebel für die verstärkte Rationalisierung noch nicht erkannt. Hier gilt es in der nächsten Zeit stärker zu diskutieren und geeignete Gegenmaßnahmen zu treffen.

In einigen Bereichen sind Kollegen schon dazu übergegangen, Kurzarbeit tatsächlich als weniger Arbeit durchzuführen, um so den Kapitalisten keine zusätzlichen Profite zu ermöglichen. ●

KB/Gruppe Bremen

Danfoss Flensburg:
Kollegen organisieren sich gegen Massenentlassung

Im Zuge der Rationalisierung des Danfoss-Konzerns (s.AK 58/59) wurden im März 49 Kollegen des Flensburger Werks auf die Straße gesetzt. Eine Gruppe von 20 Arbeitslosen und Kollegen aus dem Betrieb hat gemeinsam dagegen den Kampf aufgenommen.

So wird der Arbeitsgerichtsprozeß von 14 entlassenen Kollegen gemeinsam vorbereitet und gleichzeitig wird durch Veröffentlichungen die gesamte Belegschaft über diesen Kampf informiert.

Schon knapp 14 Tage nach Einreichung der Kollektiv-Klage fand vor dem Arbeitsgericht ein „Gütetermin" statt. Dazu hieß es im „Info 1" der Arbeitslosengruppe: *„Wir machen uns dabei nicht die Illusion, daß das Arbeitsgericht auf der Seite der Arbeiter steht. Aber wir werden – unabhängig vom Ausgang – den Prozeß nutzen, das Vorgehen des Danfoss-Konzerns anzuprangern und die wahren Hintergründe der Kündigungen offenzulegen."*

Die Danfoss-Geschäftsleitung trat mit großer Besetzung an; als Rechtsanwalt trat der Vorsitzende der Flensburger „Arbeitgeber" auf. Es gelang den Kollegen, die Kapitalisten in Widersprüche zu verwickeln, die die Massenentlassung als das Selbstverständlichste der Welt hinzustellen und soziale Härtefälle schlichtweg zu leugnen versuchten. Das „Hohe Gericht" sah sich genötigt, einen Prozeßtermin für den 29. April anzusetzen.

Die Kollegengruppe will sich dafür einsetzen, die Kampffront gegen die Entlassungen zu verbreitern. Dazu gehört auch die materielle Unterstützung ihres Kampfes. ●

Spendenkonto:
Hans Peter Lassen
Stadtsparkasse 988677
Kennwort „Solidarität"

Betriebszelle Danfoss
KB/Gruppe Flensburg

Adlerwerke, Frankfurt:
Streikbrecher-Arbeiten !

Anmerkungen zu dem Artikel:
„Social Contract – Fauler Zauber", aus AK 57

Der Artikel, der die Kämpfe der englischen Arbeiter gegen Inflation, Arbeitslosigkeit und Lohnabbau zeigt, geht auch auf das Beispiel der zum amerikanischen Litton-Konzern gehörenden Schreibmaschinen-Firma Imperial Typewriters ein. Litton wollte die beiden Werke in Leicester und Hull schließen, was für 3.200 Kolleginnen und Kollegen den Verlust ihrer Arbeitsplätze bedeutet hätte (es herrscht dort ohnehin schon eine hohe Arbeitslosigkeit). Die Litton-Kapitalisten hatten aber keineswegs die Absicht, die Produktion für den englischen Markt völlig einzustellen, und so wurde ein Teil der Produktion in die ebenfalls zum Litton-Konzern gehörenden Adlerwerke nach Frankfurt verlagert.

Die englischen Kollegen haben auf die Schließung der beiden Werke mit der Besetzung der Betriebe geantwortet. Ihr Kampf wird von den englischen Hafenarbeitern unterstützt, die sich bereit erklärt haben, keine Schreibmaschinen des Litton-Konzerns mehr zu entladen. (Die in Frankfurt produzierten Maschinen werden daher auf LKWs über die Fähre nach England transportiert!)

Angesichts der Maßnahmen, mit denen die Hafenarbeiter den Kampf der Imperial-Kollegen unterstützen, ist es schon beschämend, was der Betriebsrat (BR) und die Vertrauensleute der Adlerwerke Frankfurt in puncto Solidarität mit den englischen Kollegen tun: nämlich rein gar nichts! So stimmt der BR Überstunden, Samstagsarbeit, Einrichtung von zusätzlichen Schichten usw. zu, obwohl er wußte, daß diese Mehrarbeit durch die Übernahme der englischen Produktion hervorgerufen wurde und reine S t r e i k b r e c h e r - A r b e i t ist. ●

Ein KB-Genosse aus Frankfurt

2.200 ausländische Kollegen demonstrierten in Kassel für ihre Rechte

„Wir wollen arbeiten!"

Gegen die Pläne der Kapitalisten, ihre Krise auf die Werktätigen und besonders auf die Ausländer durch Entlassungen und Abschiebungen abzuwälzen, demonstrierten am 5. April ca. 2.200 ausländische Kollegen in Kassel.

Die Lage der ausländischen Kollegen in Kassel

Jeder sechste Ausländer in Kassel ist arbeitslos. Die meisten davon sind Türken. Gerade sie müssen besonders mit Ausweisungen in ihre Heimat rechnen, da hauptsächlich Ausländer aus Nicht-EG-Ländern abgeschoben werden sollen. Die Arbeitslosenzahl der ausländischen Kollegen in Kassel wird aber noch steigen. So sind z. B. von den geplanten Entlassungen im Kasseler VW-Werk besonders die Ausländer betroffen. Sie machen ca. 12 % der Beschäftigten des Werkes aus. Ihre Arbeitserlaubnis wird vom Arbeitsamt grundsätzlich nicht verlängert, wenn sie aus nicht zur EG gehörenden Staaten kommen und noch keine fünf Jahre in der BRD sind.

Nach dieser Regelung kann wohl ein beträchtlicher Teil der ausländischen VW-Kollegen früher oder später seinen Koffer packen.

Sind die ausländischen Kollegen erst einmal arbeitslos, so versucht man, ihnen mit Bestimmungen und Schikanen einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Solange, bis sie gezwungen sind, die BRD zu verlassen.

Polizeispitzel filmen am Sammelplatz die ausländischen Kollegen.

Ausländische Kollegen ziehen an der Spitze des Demonstrationszuges einen VW mit dem Transparent „KASSEL vorn, solange wir ziehen".

DGB lehnt Demonstrationsbeteiligung ab

Die Demonstration wurde von sechs Ausländergruppen in Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt vorbereitet. Deutsche Gruppen wurden zur Vorbereitung und Teilnahme nicht eingeladen. Nur die lokalen DGB-Führer forderte man auf, sich an der Aktion zu beteiligen. Doch diese sauberen Herren „Gewerkschafter", die sich sonst gern als Beschützer der Ausländer aufspielen, lehnten ausdrücklich eine Teilnahme an der Demonstration ab. Damit wurde wieder einmal deutlich, daß sie die ausländerfeindlichen Maßnahmen ihrer SPD-Kumpane in der Bundesregierung und Ortsverwaltung unterstützten.

Diese Haltung der DGB-Führer kritisierten die ausländischen Kollegen ausdrücklich auf Transparenten: *„DGB + VW gegen Gerechtigkeit für Ausländer".*

„Wir sind keine industrielle Reservearmee"

In dem Flugblatt der ausländischen Kollegen zur Demonstration hieß es: *„Wir sind Menschen, keine industrielle Reservearmee! Gestern hat man uns geholt und gebraucht; wir haben unseren Anteil zum Lebensstandard der Bundesrepublik beigetragen; heute: statt danke schön, haut ab! Wir sollen fast alle nach Hause geschickt werden."*

Weiterhin protestierten sie gegen Bestimmungen, die verhindern sollen, daß sie ihre Frauen und Kinder in die BRD holen: *„Uns soll nicht mehr gestattet werden, Frauen und Kinder zu holen. Würden Sie gern jahrelang von Frau und Kindern getrennt leben?"* Zum Schluß des Flugblatts versuchten die Ausländer, deutlich zu machen, daß sie sich als Teil der gesamten Arbeiterklasse verstehen und bereit sind, mit ihren deutschen Kollegen gemeinsam zu kämpfen: *„Wir wissen, daß z. Z. nicht nur wir diskriminiert sind; in Hessen gibt es ca. 6.000 Jugendliche, die keine Ausbildungsplätze finden; ab 45 Jahre bekommt man keine Arbeit mehr. Wir solidarisieren uns mit allen Betroffenen, bitte solidarisieren Sie sich auch mit uns!"*

Die ausländischen Kollegen trafen sich zu ihrer Demonstration vor dem Arbeitsamt. Sie überreichten dessen Leiter eine Resolution, die die „Praktiken des Kasseler Arbeitsamtes" kritisiert und der Behörde *„im Zusammenhang mit Ausländerfragen kleinliches Auslegen der Bestimmungen"* vorwarf.

Mit ca. 300 Teilnehmern begann die Demonstration. Bis zur Abschlußkundgebung wurden es aber über 2.000. An der Spitze der Demonstration zogen ausländische Kollegen mit langen Seilen einen VW, auf dem sie ein Transparent befestigt hatten. Darauf hieß es in Anlehnung an den SPD-Wahlslogan „Hessen vorn": „KASSEL vorn, solange wir ziehen."

Sprechchöre forderten: „Wir wollen arbeiten". Über Megaphon betonten die Sprecher der ausländischen Kollegen, daß sie nicht Schuld an der Arbeitslosigkeit seien und niemand den Arbeitsplatz wegnehmen wollten.

Bereits am Sammelplatz filmten Spitzel vom Dach eines Bierverlages aus systematisch den Demonstrationszug. Auch auf der Kundgebung wurden diese „Herren" wieder tätig, diesmal mit Hauptaugenmerk auf die Kundgebungsredner. Das Filmmaterial soll sicherlich dazu beitragen, daß kommende Ausweisungen und Rausschmisse in Kassel auch nach „politischen Gesichtspunkten" vorgenommen werden können.

„Begleitet" wurde der Demonstrationszug von ca. 100 Bullen, die in kurzem Abstand hintereinander an beiden Seiten des Zuges mitliefen. *„Damit wollte man möglichen Auseinandersetzungen mit Passanten vorbeugen"*, wußte die „Hessische Niedersächsische Allgemeine" zu berichten. Die Polizeiführung versuchte offenbar, den Zug mehr wie einen von Strafgefangenen aussehen zu lassen. Allerdings machte die große Teilnehmerzahl ihr schließlich einen Strich durch die Rechnung.

Eine unpolitische Demonstration?

Diese Demonstration stellt einen großen Erfolg dar. Sie zeigt die große Bereitschaft der ausländischen Kollegen, gemeinsam mit ihren westdeutschen Kollegen gegen die Angriffe der Kapitalisten zu kämpfen. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die Organisatoren dieser Demonstration alles getan haben, den Kollegen einzureden, daß es sich um eine völlig „unpolitische" Aktion handle. Die Aktion soll auf dem Niveau völlig fruchtloser Appelle an den bürgerlichen Staat stehenbleiben.

Außer dem DGB (der nicht erschien) wurden keine westdeutschen Organisationen eingeladen. Eine Rote Fahne sollte aus dem Zug verschwinden als ein „äußeres Anzeichen". Mit derselben Begründung (angeblich nicht etwa wegen irgendwelcher Inhalte) wurden Verteilern der „KPD/ML" die Flugblätter entrissen.

Auf der Abschlußkundgebung bedankte sich sogar noch ein Sprecher bei dem „für Ausländerfragen" zuständigen Stadtrat Heilwegen, der ja u. a. bekanntlich für die Schikanen gegen die ausländischen Kollegen verantwortlich zeichnet, für sein Erscheinen! ●

Sympathisanten des KB Kassel

Reynolds-Kollegen gegen die Pläne der Konzernleitung

Am 15.4.75 fand bei Reynolds die längst fällige Betriebsversammlung statt. Angesichts der Bedrohung für die Belegschaft durch die Verkaufsabsichten der Reynolds Kapitalisten war diese Versammlung von großem Interesse und entsprechend gut besucht.

Für diese Versammlung hatte die Geschäftsleitung zugesichert, daß sie eine Entscheidung über den Verkauf bekanntgeben würde. Der Bericht der Geschäftsleitung war allerdings in dieser Situation eine Frechheit.

Statt die Pläne und Absichten endlich mit allen Konsequenzen für die Belegschaft darzulegen, wurde die Werksgeschichte von Reynolds-Hamburg erzählt.

Über die Zukunft der Belegschaft hüllten sich die feinen Herren in Schweigen. Diese Provokation gipfelte darin, daß schließlich Personalchef Meyer nach mehrfachen Aufforderungen erneut das Wort ergriff, um zum Kantinenproblem Stellung zu nehmen! Diese Unverschämtheit war so offenkundig, daß er für kurze Zeit durch lautstarke Proteste am Weiterreden gehindert wurde. Für die Arbeiter und Angestellten ging es auf der Betriebsversammlung nicht nur darum, die Offenlegung der Verkaufspläne von den Kapitalisten zu fordern, sondern auch darum, als unmittelbar Betroffene zu diesen Vorgängen Stellung zu nehmen. Mit dem Ziel einer Stellungnahme wurde von der VK-Leitung ein Resolutionsentwurf eingebracht und der Antrag gestellt, darüber abzustimmen.

Auch hier blieb es wieder Personalchef Meyer (angeblicher F.D.P.-‚Linker') vorbehalten, gegen diesen Vorschlag aufzutreten. Er wußte zu berichten, daß auf Betriebsversammlungen Abstimmungen nicht vorgesehen sind und die Resolution von daher völlig sinnlos sei.

RESOLUTION

Die Belegschaft der Firma Reynolds Aluminium Hamburg GmbH tritt dafür ein, daß ihre Probleme bei den z.Zt. laufenden Verkaufsverhandlungen im Fordergrund stehen müssen.

Für die Belegschaft geht es darum, daß folgende Forderungen erfüllt werden müssen:

1. **Übernahme des Werkes in dem jetzigen Zustand**
2. **Es darf keine VERSCHLECHTERUNGEN und keine ENTLASSUNGEN geben**
3. **Sofortige Einberufung einer Betriebsversammlung durch den Betriebsrat, wenn entscheidende Informationen vorliegen**

Jedes andere Ergebnis, besonders ein Ergebnis das Entlassungen zur Folge hat, ist für die Belegschaft nicht akzeptabel und muß abgelehnt werden.

Diese Resolution wurde auf der Betriebsversammlung am 15.4.75 (anwesend ca. 68o Kollegen) bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen angenommen.

Er konnte allerdings die Abstimmung nicht verhindern und damit auch nicht, daß die Resolution von ca. 700 Kollegen bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen angenommen wurde.

Der anwesende IG Metall Sekretär Engelmann verstand es geschickt, sich der Stimmung anzupassen. Auch er sprach sich dafür aus, im Sinne der Resolution zu handeln.

Nach seiner Auffassung kommt ein ‚Sozialplan' nur als „allerletztes Mittel" in Frage. Die Praxis der Gewerkschaftsführer sieht jedoch anders aus. Hier wird der ‚Sozialplan' als Mittel eingesetzt, um kapitalistische Pläne abzusegnen, und entschlossene Abwehrkämpfe zu verhindern, in dem die schlimmsten Auswüchse gemildert werden.

Die Reynolds-Belegschaft hat aber eindeutig Stellung bezogen und sich gleichzeitig für die vom Betriebsrat von Anfang an vertretenen Forderungen ausgesprochen.

Für den Betriebsrat gilt es jetzt, gestützt auf das Votum der Kollegenschaft, die aufgestellten Forderungen konsequent zu vertreten. Nur die Arbeiter und Angestellten selbst werden verhindern können, daß der geplante Verkauf des Hamburger Werkes negative Folgen für sie bringt. ●

Betriebszelle Reynolds KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief einer Lebensmittelverkäuferin

Ich will einmal über meine Erfahrungen als Verkäuferin in kleineren Lebensmittelgeschäften berichten, damit man sich ein Bild machen kann, wie es mir in vier Jahren ergangen ist und vielen heute noch geht.

Fangen wir bei der Arbeitszeit an: Die Hälfte aller Verkäufer hat immer noch die 47 Stunden Woche, es werden aber dafür keine Überstunden bezahlt.

Um die 40-Stunden-Woche zu erreichen, muß man sich um einen freien Tag in der Woche bemühen, das heißt den Chef darum bitten.

Die Bezahlung als Verkäufer ist auch ziemlich mies: Ich bekam bei meiner ersten Stelle in Uetersen bei 9 1/2 Stunden Arbeit pro Tag und 6 1/2 Stunden am Samstag ganze 750,– DM brutto, also bei zusammen 44 1/2 Stunden in der Woche (wenn man einen freien Tag hat) 545,– DM netto!

Manchmal verlangte mein Chef, daß ich meinen freien Tag opferte und auch an diesem Tag arbeitete. Das waren dann 54 Stunden für ebenfalls 750,– DM brutto. Mein Chef sagte, er könnte acht Stunden im Monat als nichtbezahlte Überstunden verlangen. Das sei gesetzlich.

Später arbeitete ich in einem anderen Geschäft als Kassiererin. Dort bekam ich bei 45 Stunden 850,– DM brutto. Hinzu kommt noch das Kassenabrechnen und das Saubermachen nach Ladenschluß, das aber in der Bezahlung nicht mit enthalten ist. Wenn man sich dagegen äußert, wird einem mit Kündigung gedroht.

Als Verkäufer muß man auch alle üblen Tricks mitmachen, um die Waren an den Mann zu bringen. Ertappt einen der Chef dabei, daß man einem Kunden sagt, daß die Ware, die er kaufen will, nicht frisch ist, sondern vom vorigen Tag, bekommt man gleich Ärger. Für den „Geschäftsmann" zählt eben nur der Umsatz und der Gewinn. Waren, die schnell verkauft werden sollen, werden dann teilweise als „Sonderangebote" ausgeschildert, obwohl sie keinen Pfennig billiger sind. Der Verkäufer darf den Kunden natürlich nicht darauf hinweisen, denn, dies ist das sogenannte „Geschäftsgeheimnis". Wenn man diesen Betrug nicht mitmacht, bedeutet dies die Kündigung.

Ein paar andere Beispiele, wie die Käufer betrogen werden: Hack z.B. wird im Sonderangebot einfach mit billigen Wurstresten und Fettstücken verlängert, bei Beefhack, wo eigentlich nur Rindfleisch verwendet werden darf, wird sehr häufig einfaches Kuhfleisch genommen, was ziemlich zäh ist. Deshalb wird es kurzerhand zwei oder dreimal durch den Fleischwolf gedreht. Wenn Brötchen übrigbleiben, werden sie eingefroren und am nächsten Morgen wieder aufgetaut. Auch diese alten Brötchen werden als backfrische verkauft.

Was kann man dagegen tun? Gerade in kleineren Geschäften und Läden ist es sehr schwierig, gegen diese schlechte Lage etwas zu unternehmen, denn es gibt nur wenige angestellte Verkäufer. Die meisten sind zudem Halbtagskräfte und Hausfrauen, die teilweise un- oder angelernt sind und deren Arbeit leicht andere übernehmen können. Dazu kommt noch, daß sehr wenige in der Gewerkschaft sind und nicht ihre Rechte aus den Tarifverträgen und Gesetzen kennen. Auch von den Gewerkschaftsführern hört man hierzu nichts.

Trotzdem muß man sich über seine Rechte informieren und mit den Kollegen über diese Lage diskutieren, was gemeinsam und zusammen gemacht werden kann. ●

Eine AK-Leserin

Chemie-Tarifrunde '75: Alles gelaufen . . .

Bereits am 26. März dieses Jahres war die Chemietarifrunde beendet: Heraus kamen bei dem Kuhhandel zwischen Gewerkschaftsführung der IG-Chemie und den Chemiekapitalisten ein Lohnraubabschluß von 6,8 % und Vereinbarungen über die „soziale Sicherung der Arbeitnehmer".
Bemerkenswert an dieser Chemietarifrunde ist das bisher einmalige Zustandekommen dieses Abschlusses: Der Hauptvorstand und die Bezirksleiter der IG Chemie handelten ihn zentral aus und übergingen selbst die scheindemokratischen Spielregeln: Vertrauensleutekörper und Tarifkommissionen erfuhren z.T. erst aus der Presse vom Abschluß.
Diese Verfahrensweise der Gewerkschaftsführung ist eine ungeheuerliche Provokation gegen die Chemiearbeiter und erfüllt außerdem die von den Kapitalisten angestrebte Forderung nach einem „Stabilitätspakt".

Der Lohnraub-Abschluß von 6,8 % sowie die Zusatzabkommen über den Rationalisierungsschutz, auf die wir weiter unten eingehen, sichern den Chemie-Kapitalisten fette Profite.

So wie 1974 soll es dann auch weitergehen: Die gesamte chemische Industrie in der BRD überrundete 1974 die Stahl- und Elektroindustrie und liegt mit einem Gesamtumsatz von 105 Milliarden DM ganz vorn! Die IG-Farben-Nachfolgerin Bayer (18,9% Gewinn) rutschte in der Skala der größten westdeutschen Unternehmen vom 8. auf den 5. Platz, die BASF (Umsatz: + 47,1 %!) vom 4. auf den 3. und Hoechst (Umsatz: + 31,2 %) vom 7. auf den 4. Platz.

Die drei „Riesen" erzielten damit einen Anteil am Gesamtumsatz der chemischen Industrie (rd. 2.000 Betriebe) von 57,3 %! Gleichzeitig erhöhten die Chemiekapitalisten die Preise. Allein im Januar kletterten sie um 21,6 % (!). Auf der anderen Seite sank der Anteil der „Lohnkosten" von 20 % auf 17,5 % ab (lt. „Spiegel" vom 14.4.75).

Diese Riesenprofite wurden noch zusätzlich ergänzt durch Rationalisierungsmaßnahmen in der chemischen Industrie: 21.000 Chemiearbeiter sind arbeitslos und 28.000 arbeiten „kurz", das sind rd. 8,1 % aller in der chemischen Industrie Beschäftigten!

Die Kapitalisten reiben sich die Hände ...

Der Chemiekapitalist Molitor kommentierte den Tarifabschluß in der Weise, daß *„von einem ungewöhnlichen (!) Verhandlungsverfahren gesprochen"* werden kann, *„das durch große Sachlichkeit und bemerkenswerte Flexibilität gekennzeichnet gewesen sei"* („FAZ", 2.4.75). Fürwahr! Weiter hieß es: *„Die Verhandlungen sind zentral für alle Tarifbezirke unter so strenger Diskretion (!!!) geführt worden, daß vorher keinerlei Mitteilungen an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Nach Sondierungsgesprächen im vergangenen Jahr (!) sind vom 12. Februar an drei Gesprächs- und später Verhandlungsrunden geführt worden, an denen die Bezirksleiter der Gewerkschaft teilgenommen haben".* Und: *„Der Stil der Verhandlungen ist in Wiesbaden* (dem Verhandlungsort, AK-Red.) *ausdrücklich erklärt worden, ermutige zu der Hoffnung, daß die zur Zeit zu beobachtende bemerkenswerte Versachlichung der Lohnverhandlungen sich in zukünftigen Tarifrunden fortsetzen könnte"* („FAZ", 2. 4. 75).

... und die Gewerkschaftsführung leistet dabei treue Dienste

Aus den o. a. Zitaten geht eindeutig hervor, daß der Kuhhandel seit langem geplant war. Die Gewerkschaftsführung jedoch betrog die Arbeiter von hinten und vorne:

- In der IG Chemie-Postille „Gewerkschaftspost" (April-Ausgabe!) konnte man noch erfahren, daß die *„zuständigen Tarifkommissionen in den nächsten Tagen und Wochen zusammentreten, um über den weiteren Verlauf der Tarifrunde zu beraten".* –

Es blieb ihnen nur noch eine Frist bis zum 18. 4. 75, um das ausgemauschelte Ergebnis **nachträglich** absegnen zu lassen.

- Werner Beck, Industriegruppenleiter der IG Chemie, tönte, obwohl ihm das Ergebnis bereits bekannt war: *„Die Verkaufspreise der Chemie sind explosionsartig angestiegen. Zurückhaltung (!!) bei der Lohnrunde käme nicht in Betracht"* („Spiegel", 14. 4. 75).
- Gläsner, Bezirksleiter von Nordrhein, erklärte: *„Angesichts solcher Zahlen* (gemeint sind die Profite der chemischen Industrie, AK-Red.) *verzichten die Unternehmer auf jede Wirtschaftsdebatte. Selbst 15-%ige Lohnerhöhungen (!!) wären noch durch die letzten Preissteigerungen abgedeckt".*

So stellten denn auch die Tarifkommissionen in Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein Forderungen von rund 16 % auf, die in einen festen Sockelbetrag und eine prozentuale Erhöhung aufgeteilt waren.

Dann kam der große Knall: Mit Schweigepflicht bis zum 3. 4. 75 versehen schlossen die Spitzenfunktionäre der IG Chemie blitzartig einen „stabilitätsgerechten" Lohnraubabschluß ab. Den Tarifkommissionen wurde eine Frist bis zum 18. 4. 75 eingeräumt, dem Ergebnis zuzustimmen oder aber es abzulehnen. Die Mehrheit der Tarifkommissionen (deren Mitglieder zumeist treue Anhänger der Gewerkschaftsspitze sind) stimmte dem Lohnraubabschluß zu.

Gewerkschaftsführung ist den Chemiekapitalisten bei den Rationalisierungen behilflich!

Der Tarifabschluß in der chemischen Industrie beinhaltet neben der Lohn-„Erhöhung" von 6,8 % vor allem eine **Änderung des Manteltarifvertrages über Rationalisierungsschutz.** Die Gewerkschaftsführung hatte ursprünglich vor, ein umfassendes „Arbeitsplatzsicherungsabkommen" abzuschließen. Daraus wurde jedoch nichts: *„Die Arbeitgeberseite konnte sie im Verlauf der Gespräche davon überzeugen, daß dies der beste Weg nicht sei"* („FAZ", 2. 4. 75).

Dafür wurde ein völlig neues Ei gelegt: Bisher einmalig in der BRD ist die Vereinbarung, daß ein „Unterstützungsfonds für Arbeitslose" geschaffen wurde, der „paritätisch" von Kapitalisten und Gewerkschaftsführung besetzt ist. In diesen Unterstützungsfonds verpflichten sich die Kapitalisten, zunächst 18, später insgesamt 90 Mio. DM einzuzahlen. Aus diesem Fonds können arbeitslose Chemiearbeiter in Zukunft unterstützt werden.

Voraussetzung ist allerdings, daß die betreffenden Chemiearbeiter mindestens acht Jahre ununterbrochen (!) in der chemischen Industrie gearbeitet haben müssen, davon vier Jahre in einem (!) Betrieb. Erst unter diesen Voraussetzungen erhalten die Chemiearbeiter dann einen 15-%igen Zuschuß zum Arbeitslosengeld.

Damit sind die Kapitalisten gut weggekommen:

1. sind 90 Mio. DM, die die Kapitalisten der gesamten chemischen Industrie zu zahlen haben, ein lächerlicher Betrag;
2. fallen unter diese Bestimmung etwa 5.000 Beschäftigte der chemischen Industrie, jedenfalls nach Schätzungen der Kapitalisten. Das sind also nur 0,8 % aller in der chemischen Industrie Beschäftigten!

Außerdem bestand im alten Manteltarifabkommen schon eine ähnliche Regelung: *Arbeitnehmer nach Vollendung des 45. Lebensjahres und nach 10 Jahren Betriebszugehörigkeit erhielten bei Arbeitslosigkeit einen Zuschuß zum Arbeitslosengeld, der sich aus der Differenz des Arbeitslosengeldes und 90 % des Nettomonatsverdienstes errechnete.* (§ 13, Abs. 5).

Die eigentliche Neuerung dieses Abkommens liegt lediglich darin, daß der Rationalisierungsbegriff gegenüber der alten Regelung erweitert wurde; die Regelung tritt auch in Fällen des Absatzrückganges usw. in Kraft.

Den Kapitalisten ging es mit der Einrichtung des Fonds letztendlich darum, ein Arbeitsplatzsicherungsabkommen für ältere Arbeiter und Angestellte zu verhindern, um *„dem Unternehmen bei personalpolitischen Dispositionen ein möglichst großes Maß an Flexibilität erhalten zu können"* („FAZ", 2. 4. 75). Zu deutsch: Selbst die gewerkschaftliche Forderung nach „Sicherung der Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer" wurde unter den Tisch gekehrt, um den Kapitalisten bei ihren „Dispositionen" hinsichtlich von Entlassungen freien Lauf zu lassen!

Eine weitere Neuerung ist eine angebliche Verbesserung in der Lohnabsicherung über 50 Jahre alter Kollegen bei innerbetrieblichen Versetzungen. Der Haken ist dabei, daß es eine ähnliche Regelung auch im bisherigen Manteltarifvertrag schon gab, die allerdings schon mit dem 45. Lebensjahr eintraf.

Der dritte Punkt des Abkommens ist ebenfalls nichts weiter als Augenwischerei. Er sieht vor, daß beim Wegfall von Arbeitsplätzen die betroffenen Kollegen „nach Möglichkeit" auf gleichwertige Arbeitsplätze im selben Unternehmen umgesetzt werden sollen. Ein Zwang besteht also für den Kapitalisten nicht! Daher ist es völliger Quatsch, wenn dieses Abkommen als ein „Schutz" vor Rationalisierungen hingestellt wird!

Abschließend wurde vereinbart, daß im Bereich der Chemischen Industrie Entlassene „bevorzugt wieder eingestellt" werden sollen. Ob sich die Kapitalisten daran halten (was ihnen in der Regel sogar lieb ist, wenn sie beim Konjunkturaufschwung doch lieber auf qualifiziertere Kollegen zurückgreifen wollen) oder nicht – kontrolliert wird diese Vereinbarung ohnehin nicht. Damit ist sie aber auch nichts wert.

Insgesamt hat die Gewerkschaftsführung alle Forderungen der Kapitalisten erfüllt:

- **6,8% Lohnraub,**
- **„Rationalisierungsabkommen", das den Kapitalisten diese schmutzige Arbeit noch erleichtert,**
- **und Ruhe an der Tariffront durch blitzschnellen Abschluß.**

Diese Provokation gegen die Chemiearbeiter hat kaum zu nennenswerten Protesten geführt. Ein Grund dafür ist, daß die Großbetriebe der chemischen Industrie innerbetriebliche Sonderregelungen treffen, z. B. übertarifliche Zulagen zahlen, um diese Ruhe zu bewahren, und dadurch die Chemiearbeiter stark aufgespalten sind.

Die sehr geringen Proteste der Chemiearbeiter sind ein Ausdruck dafür, wieweit es den Kapitalisten und der SPD-Regierung mit ihren Ablegern in der Gewerkschaftsspitze schon gelungen ist, die Ideologie der „Lohnleitlinien", „stabilitätsgerechten Abschlüsse" usw. in der Arbeiterklasse zu verankern. Die Chemietarifrunde 1975 wird die Kapitalisten und ihre SPD-Gefolgschaft weiter ermuntern, diesen „Stabilitätskurs" gegen die Arbeiterklasse fortzusetzen. Dagegen müssen fortschrittliche Kollegen, linke Gewerkschafter und Kommunisten entschieden kämpfen:

- **gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie!**
- **gegen Lohnraubabschlüsse und „Konzertierte Aktion"!** ●

Chemiekomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Drucktarifrunde '75: Druck-Kapitalisten und DRUPA-Führer handeln den niedrigsten Abschluß des Jahres aus!

Am 8. April wurde der Lohnraub für die Druckindustrie verwirklicht:
„Dem Schiedsspruch zufolge, der bereits verbindlich in Kraft getreten ist, werden die Löhne der gewerblichen Arbeitnehmer ab 1. April 1975 für ein Jahr um 6,4 % erhöht. Auch die Ausbildungsvergütungen werden um den gleichen Prozentsatz angehoben und jeweils auf volle Markbeträge erhöht. Die Lohnerhöhung bringt im Ecklohn in der Stunde 54 Pfennig mehr (!) und hebt den Stundenlohn auf DM 9,–."
(So der DRUPA-Hauptvorstand im Informationsdienst vom 8.4..)
Dieser Abschluß liegt 3,6 % unter der von der Tarifkommission schon gegen den Willen der Mitglieder aufgestellten 10 %-Forderung. Er stellt das niedrigste Ergebnis der bisherigen diesjährigen Tarifrunden dar.

Schon 1974 handelten die Kapitalisten-Vertreter und die große Tarifkommission der DRUPA in „sachlicher Atmosphäre" einen Lohnraubabschluß von 11,3 % aus

Die Druck-Kapitalisten hatten schon zu Beginn der Verhandlungen klar gemacht, daß ein Abschluß wie die 6,6 % in der Papierverarbeitung für das Druckereigewerbe „nicht tragbar" sei.

„Dies wird vor allem mit der hohen Vorbelastung aus dem Manteltarifvertrag begründet, die sich aus Weihnachtsgeld, Urlaubs- und Urlaubsgelderhöhung, aus gestiegenen Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung sowie aus anderen kostenwirksamen Neuregelungen im sozialpolitischen Bereich auf insgesamt 3,5 % summiert." („Handelsblatt", 7.4.1975)

Dieser „Rechnung" trugen die DRUPA-Führer wieder einmal voll Rechnung: *„Unsere Beisitzer im zentralen Schiedsgericht wurden bevollmächtigt, dem Schiedsspruch zuzustimmen, der als ein in der gegenwärtigen Situation vertretbarer Kompromiß gewertet wurde."* (Informationsdienst des Hauptvorstandes der DRUPA vom 8.4.).

Der Trick mit der Lohntarifstruktur – Viel Wind um die Ecke geschaufelt

Wer wie die DRUPA-Führer vor den Verhandlungen verbalradikale Sprüche losließ, wie:

„Unsere Verhandlungskommission hat die Berechtigung unserer Forderung (10 %) *mit Nachdruck (!) unterstrichen und keinen Zweifel (!!) daran gelassen, daß die Arbeitnehmer in der Druckindustrie eine Lohnerhöhung erwarten, die ihren Lebensstandard hinreichend sichert (!?)."* („Druck & Papier", 7/75), hatte am Ende auch einen Hinweis parat, der den tatsächlichen Lohn r a u b abschluß verschleiern sollte:

„Der Bundesverband Druck e.V. wird im Mai 1975 der IG Druck und Papier seine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf (!!) der IG DRUPA für eine neue Lohntarifstruktur zuleiten. Im Juni 1975 werden die Verhandlungen über eine neue Lohntarifstruktur auf der Grundlage des Entwurfs der IG DRUPA und der schriftlichen Stellungnahme des Bundesverbands Druck e.V. fortgesetzt (!!). Es wird angestrebt (!?), die Verhandlungen über eine neue Lohntarifstruktur im Jahre 1976 (!) abzuschließen, sofern (!) die gegebenenfalls notwendigen arbeitswissenschaftlichen Grundlagen erstellt werden können." (Informationsdienst des HV vom 8.4.75)

Abgesehen mal davon, daß über den Inhalt der Entwürfe dieser dubiosen Lohntarifstruktur noch so gut wie nichts den Mitgliedern bekannt ist, bleibt bei genauerem Hinsehen von dieser Erfolgsmeldung nichts weiter übrig, als daß „angestrebt" wird, 1976 Verhandlungen „abzuschließen" und das aber auch nur, wenn da irgendwer „notwendige Grundlagen" erstellen kann....

Hier ist mal wieder ordentlich „Wind um die Ecke geschaufelt" worden, woran auch sichtbar wird, mit welcher Verachtung die Gewerkschaftsführer den Mitgliedern gegenübertreten, während sie sich gleichzeitig den Vorstellungen des Bundesverbandes Druck e.V. total unterordnen.

Kapitulationskurs bei zunehmender Ausschaltung innergewerkschaftlicher Demokratie

Bereits auf dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der DRUPA im Oktober letzten Jahres stimmte der 1. Vorsitzende Mahlein auf niedrige Tarifabschlüsse ein. Ohne jegliche Diskussion in der Mitgliedschaft wurde dann im Januar die Verhandlung in der papierverarbeitenden Industrie mit nur 6,6 % abgeschlossen.

In der Druckindustrie versuchten die Vorstände der DRUPA-Ortsvereine massiv jegliche Diskussion um die Höhe der aufzustellenden Forderung zu verhindern. Ganz „überraschend" verabschiedete dann die Große Tarifkommission (GTK) ihre 10 % - Forderung, deren „,... *Größenordnung im Bereich dessen signalisiert ist, was in der Wirtschaft allgemein gang und gäbe ist."* (-nämlich die Lohnraubmarke auf ca. 6 % herunterzuschrauben – die Red.) („Druck und Papier" 6/75)

Wo die Kollegen trotz der Behinderungs- und Verzögerungsmanöver der Gewerkschaftsführer ihre Forderungen diskutieren konnten, sahen diese allerdings ganz anders aus:

- ▶ DM 40,- Lohnerhöhung (durchschnittlich) pro Woche und Absicherung der Übertarife.
- ▶ DM 100,- mehr (durchschnittlich) für Lehrlinge.

Damit haben sich gerade in den Zentren der Druckindustrie die Druckarbeiter gegen die spalterischen Prozentforderungen der Gewerkschaftsführer ausgesprochen.

Die GTK forderte dagegen einzig und allein 10 % Lohnerhöhung (auch für die Lehrlinge nur 10 % auf ihre mageren Ausbildungsgroschen!) und verzichtete auf jegliche Nebenforderung.

Am 8. April schloß dann die GTK mit den Kapitalisten nach zwei Gesprächen in Anwesenheit des „Schlichters" mit 6,4 % ab!

Besonders angeschissen sind die Lehrlinge:

Beträgt die „Erhöhung" auf den Ecklohn gerade 54 (!!) Pfennig pro Stunde, bringt der Abschluß für die Lehrlinge bei 6,4 % auf die Löhne von DM 338,- – DM 616,- sage und schreibe DM 21,- – DM 39,- brutto mehr!!

Mit diesem Abschluß haben die Gewerkschaftsführer einmal mehr ihre Unfähigkeit und fehlende Bereitschaft, für die Interessen der Arbeiter zu kämpfen, bewiesen.

Ihre Politik der totalen Unterordnung unter die Kapitalisteninteressen ist verbunden mit dem zunehmenden Versuch, die demokratische Diskussion und Beschlußfassung innerhalb der Gewerkschaft weitestgehend abzuwürgen.

Und genau hier muß in den Betrieben die Arbeit fortschrittlicher Gewerkschafter ansetzen:

NEIN zum Kapitulationskurs der DRUPA-Führer.
NEIN zum Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie.
NEIN zum Lohnraubabschluß von 6,4 %. ●

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Berufsbildungsreform – des Dramas vorläufig letzter Akt ...

Der „Kern" sozialdemokratischer „Reformpolitik", die Berufsbildungs-„reform", ist kürzlich als „verabschiedungsreif" angemeldet worden. Der vorgelegte Entwurf eines neuen Berufsbildungsgesetzes, auf den sich die SPD/FDP-Koalition nach der Inszenierung einer längeren Periode des Schauturnens, unter Regie des Krisenkanzlers Schmidt geeinigt hat, wird die Reihe gescheiterter sozialliberaler Reformprojekte verlängern. Dies nicht nur gemessen an den Ausgangsforderungen (siehe entsprechende Artikel in AK und REBELL) – in einigen Punkten wird sogar das geltende BbG von 1969 unterboten!

Die Aktivitäten der „Bildungsplaner" werden sich künftig – das deutet ein ebenfalls kürzlich vorgelegter „Stufenplan zur beruflichen Bildung" schon an – von der Ebene der „Reform" wegverlagern, hin zum kapitalistischen Krisenmanagement, zur Organisierung der fortschreitenden Misere der Jugend im Interesse der Kapitalistenklasse.

Hauptstreitpunkt Finanzierungssystem: Statt Besserung – makaberer Scherz!

Die am Anfang der „Reform"-planung vom Bundestag eingesetzte „Sachverständigenkommission" unter Vorsitz des „Bildungsexperten" Professor Edding (sog. „Edding-Kommission"), schlug als Ergebnis ihrer Recherchen die Errichtung eines „Berufsbildungsfonds" zur Finanzierung der notwendigsten Maßnahmen vor. Danach sollte von den Betrieben eine allgemeine Umlage in Höhe von 1 % der jährlichen Brutto-Lohn-u.-Gehaltssumme erhoben werden, was seinerzeit (März '74) schon als den „wirtschaftlichen Realitäten" angepaßt galt. Inzwischen ist der endgültige Entwurf nach mehreren, immer erbärmlicher werdenden Zwischenstationen, bei der folgenden Regelung angelangt: eine regelmäßige allgemeine Berufsbildungsabgabe ist vom Tisch. Eine Abgabe kann lediglich per Rechtsverordnung des Bundesbildungsministeriums dann erhoben werden, wenn das Gesamtangebot an Ausbildungsplätzen nur noch um 12,5 % höher als die Nachfrage ist. *„Die Höhe* (der Abgabe - Red.) *darf 0,25 % (!!) der Brutto-Lohn- und Gehaltssumme nicht überschreiten (§ 87,1).*

Nicht nur die „Höhe" der Umlage schlägt dem Faß den Boden aus, auch der mit 12,5 % Überhang an Ausbildungsplätzen angegebene Auslösepunkt kalkuliert ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel von vornherein mit ein! Bei einer Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in Höhe von 400.000 hieße 12,5 % ein Überhang von 50.000. Es liegt auf der Hand, daß ein so kanpp bemessenes Polster nicht einmal die strukturellen Probleme im Angebot an Lehrstellen (Stadt – Land, industriell unterentwickelte Gegenden), geschweige denn die B e r u f s w ü n s c h e der Arbeiterjugend in genügendem Maße berücksichtigt!

Doch damit nicht genug:
Wenn die 12,5 % Überhang im Angebot nun unterschritten werden, muß das Bildungsministerium erst einmal in einem dafür jährlich zu erstellenden „Berufsbildungsbericht" n a c h w e i s e n , *„daß sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bis zum Abschluß des laufenden Schuljahres (!!) nicht wesentlich verbessert"* (§ 86, 1).

Praktisch vergeht also zwischen der Feststellung einer Lehrstellenverknappung sowie deren Niederschlag im „Berufsbildungsbericht", der immer am 30. November eines Jahres vorgelegt werden soll, und dem Inkrafttreten der Rechtsverordnung eine Zeit bis zu acht Monaten (!!), da die Schulentlassungen des zu überprüfenden „laufenden Schuljahres" erst wieder zum August des folgenden Kalenderjahres anstehen! Von dem „Inkrafttreten" bis zur realen Wirksamkeit der eingeholten Mittel verstreicht dann wiederum jede Menge Zeit, so daß, insgesamt gesehen, eine schnelle Reaktion (wie auch immer geartet!) auf Lehrstellenverknappung und steigende Arbeitslosigkeit unmöglich ist.

Weiter:
Die einmal durch alle die oben genannten Barrieren eingeholten Finanzen sollen natürlich als „materieller Anreiz" für „ausbildungswillige" Kapitalisten verwandt werden. Diese Art „Förderung" ist in drei Bereiche eingeteilt:

1. *„Zuschüsse für Berufsausbildungsverhältnisse, die Ausbildende zusätzlich zu den im Durchschnitt der letzten drei Jahre bestehenden"* eingehen.
2. *„Zuschüsse für Berufsbildungsverhältnisse, die Ausbildende im Kalenderjahr des Inkrafttretens der Rechtsverordnung neu begründen ...".*
3. *„Besondere Hilfen zur Erhaltung gefährdeter (? !) betrieblicher Ausbildungsplätze ..." (§ 86, 1).*

Die endgültige Regelung zur „Finanzierung" der großartigen „Reform" besteht also alles in allem aus einer Mischung zwischen ständigem Anbiedern an die reaktionäre „Kritik" der bisherigen Entwürfe (ständige Umlage verworfen, Höhe auf ein Viertel des ursprünglich Geplanten gedrückt etc.), und der Aufnahme von neuen Bestimmungen zur „Besänftigung" der Kapitalisten, die im Grunde jeder R e g e l u n g Hohn sprechen , von den Kapitalisten nach Belieben gedehnt, umgangen, genutzt werden können, im Geiste i h r e r „Berufsbildungsreform"!

Ein künstliches Hochfahren des Lehrstellenangebotes beispielsweise verhindert jede Umlage, auch wenn es sich um die hinterletzten, von kaum jemand in Anspruch genommenen Berufe handelt – w e r ausbilden darf und w a s als Ausbildungsplatz gilt, bestimmen zudem die Kammern; ausdrücklich ist ihnen das als gesetzliche „Selbstverwaltungsaufgabe" zugesprochen worden!

Andererseits sichert den Kapitalisten nach einer einmal erfolgten Umlage eine rechtzeitige künstliche Verknappung die Unterstützung aus dem Berufsbildungsfonds etc. p. p. (die Liste der „ungeahnten Möglichkeiten" für das Kapital darf eigenständig fortgesetzt werden!).

Die Sozialdemokraten standen vor der Schwierigkeit, mit ihrer „Berufsbildungsreform" einerseits das Interesse der Kapitalisten auch nicht im geringsten zu berühren, sie vollständig gewähren, Lehrstellen verknappen und ein jugendliches Arbeitslosenheer schaffen zu lassen, andererseits aber irgendwie dem eigenen „Reformanspruch" genüge zu tun. Schon die Analyse des Finanzierungssystems zeigt deutlich, daß aus dieser Widersprüchlichkeit ein Ding, was weder zur einen noch anderen Seite reibungslos funktioniert, herausgekommen ist; ein Flickwerk, bestehend aus weitestgehender Anbiederung an die kapitalistische „Kritik" in Einzelfragen, doch trotzdem als Gesamtkonzept für die künftige Bildungspolitik der Bourgeoisie untauglich.

So hat die Sozialdemokratie auch auf diesem Gebiet die unvermeidliche Quittung für ihren anhaltenden Rechtsrutsch schon erhalten: ein Hohnlachen der Bourgeoisie und der von dieser favorisierten CDU/CSU, die überdies beide gegen den Entwurf „verfassungsrechtliche" Bedenken anmeldeten und das Gesetz ohnehin über den Bundesrat blockieren werden.

„Am 16. 4. 75 will das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur beruflichen Bildung verabschieden. Zur Debatte steht ein politischer Kompromiß auf kleinstem politischen Nenner, eine Restgröße aus ideologischen, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen und ökonomischen Teilelementen, ein Gesetzesprojekt, das weder dem Reformanspruch noch einer Fortschrittsqualität entspricht."

So Fritz Dietz, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels sowie Präsident der Industrie- u. Handelskammer Frankfurt, in der „FAZ" vom 11.4.75, sicherlich in Übereinstimmung mit den Vertretern der anderen Kapitalistenverbände.

Auch die Regelung der Zuständigkeiten ist Verschlechterung und Flickwerk

Unter Berücksichtigung dessen, was wir schon zu früheren Zeiten in AK und REBELL grundsätzlich zur „Berufsbildungsreform" gesagt haben (Abbau des Facharbeiterbestandes, Stufenplan etc.) und hier nicht unnötig wiederholen wollen, bleibt als einzige nennenswerte „Neuerung" im verabschiedeten Entwurf noch „die Regelung der Zuständigkeiten" zu erwähnen.

Bislang waren in Sachen Berufsbildung auf Bundesebene zuständig der Bildungsminister, verschiedene Fachminister, der Bundesausschuß für Berufsbildung, das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung und die ständige Kultusministerkonferenz. Entsprechend sahen die verschiedenen Gliederungen auf Landesebene aus, ergänzt durch diverse Kapitalistenkammern.

Ursprünglich nun wollten die Sozialdemokraten durch ihre „Reform" eine Aufhebung dieses Durcheinanders bewirken, und die Berufsbildung durch die Bildung eines „Amt für Berufsbildung" unter staatliche Kontrolle stellen. Sie versäumten nicht, diese Maßnahme seinerzeit wortradikal als *„Entmachtung der Kammern"* etc. hinzustellen. Der durch den jetzigen Bildungsminister „korrigierte" Entwurf sah dann ein „Bundesinstitut für Berufsbildung" nach dem Muster der Bundesanstalt für Arbeit vor, also „drittelparitätisch" (Staat, Kapital, Gewerkschaftsführung) organisierte „Selbstverwaltung".

Inzwischen ist an die Errichtung eines solchen Institutes nur noch auf Bundesebene gedacht, während auf Landesebene den Bundesländern „selbständige Lösungen" freigestellt werden und auf regionaler Ebene den Kammern die Kompetenz, die sie ohnehin schon ausüben, auch noch gesetzlich abgesichert werden soll!

Auch hier sehen wir wieder die Wirkungen des Anpassungsprozesses an die „Kritik" von rechts:

- Den Kapitalisten wurde entsprochen in ihrer massiven Demagogie gegen „Verstaatlichungs"- oder „Verschulungstendenzen", in der Beibehaltung der Zuständigkeit der Kammern etc.,
- den Bundesländern ihre Autonomie zugesichert, in der (wohl kaum selbst geglaubten) Hoffnung, die mehrheitlich CDU/CSU regierten Länder wären daraufhin bereit, *„den Entwurf mitzutragen"* (so Staatssekretär Glotz, in „HB", 3. 4. 75).

Zu allem Überfluß wurde auch die sowieso schon „drittelparitätisch" verkrüppelte „Mitbestimmung" n o c h weiter eingeschränkt! Zu den jetzt geplanten jeweils elf Vertretern von „Arbeitgebern", Gewerkschaften und Staat (Bundesebene) gesellen sich noch einmal elf Vertreter der Bundesländer hinzu – damit bleiben den Gewerkschaften lediglich 25 % der Sitze im Verwaltungsorgan des „Bundesinstituts"! Die sozialdemokratische „Mitbestimmung" – ohnehin in j e d e r Form Betrug – wurde damit von den Sozialdemokraten selbst in eine Form gebracht, die jeder Beschreibung spottet!

Zunehmende Organisierung der Misere!

Parallel zum Fiasko der Berufsbildungs„reform" mehren sich die Bestrebungen verschiedener Seiten, den von Lehrstellenverknappung und Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen merkwürdige „Abhilfe" anzubieten. So stand kürzlich im Mittelpunkt der Beratungen der sogenannten „Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung" ein „Stufenplan zur beruflichen Bildung", der sich vorrangig damit beschäftigt, den lehrstellenlosen Schulabgängern „schulische Angebote berufsbefähigender Bildungsgänge" zu machen. Geplant ist eine Ausdehnung des Berufsgrundbildungsjahres von derzeit 15.000 Schüler auf 80.000 (!) 1978, sowie die Ausdehnung des Berufsschulunterrichtes *„vor allem für Jugendliche ohne Schulabschluß und ohne Ausbildungsvertrag"* („HB", 8. 4. 75).

Die Bundesanstalt für Arbeit und auch der DGB mit seinen „Berufsfortbildungswerken" sind gleichfalls auf diesem Gebiet besonders aktiv.
Gemeinsam bieten sie unter anderem an:

- Förderungslehrgänge, die angeblich „nicht ausbildungsgeeignete (!!) Schulentlassene" für eine „anschliessende Berufsausbildung" qualifizieren sollen,
- Grundausbildungslehrgänge, für die Vorbereitung „ausbildungsgeeigneter Schulentlassener auf eine betriebliche Ausbildung" („Welt der Arbeit", 28. 3. 75).

Alle diese Aktivitäten sind, da sie n i c h t gekoppelt sind mit wirkungsvollen Maßnahmen zur Schaffung der derzeit fehlenden Lehrstellen, eine „Beschäftigungstherapie", die überdies den Kapitalisten noch die Einarbeitung der von einer vernünftigen Ausbildung ferngehaltenen Jugendlichen als künftige HILFSARBEITER (!!) erleichtert. Diese Jugendlichen nämlich werden in der überwiegenden Mehrzahl eben k e i n e Lehrstelle erhalten! Was den DGB und die Bundesanstalt für Arbeit angeht, so ist es überdies eine ganz besondere Sauerei, daß hier finanzielle Mittel aus den Arbeitslosen- und Gewerkschaftsbeiträgen zur Elementarausbildung der künstlich geschaffenen Hilfsarbeiterarmee aufgebracht werden, wo hingegen der sozialdemokratisch geführte Staat offensichtlich nicht die Absicht hat, in Sachen Berufsausbildung die notwendigen Finanzen von seinen kapitalistischen Auftraggebern einzuholen!!

Sicher gehört es zu den Aufgaben der Gewerkschaften, s i n n v o l l e Beschäftigung den vom Kapitalismus hart betroffenen jugendlichen Arbeitslosen anzubieten. Jedoch geht es den Gewerkschaftsführern gar nicht um wirkliche Hilfe. Worum es tatsächlich geht, erklären sie in ihrer „Welt der Arbeit" eindeutig genug:

„Eine ganze Palette von gezielten Sondermaßnahmen will ... verhindern, daß insbesondere die jungen Menschen, die keinen Arbeitsplatz bekommen, ihren Arbeitsplatz verlieren oder vergeblich nach einem qualifizierten Ausbildungsplatz suchen, sich auf das Feld gedrängt fühlen, wo der Hafer des politischen Extremisten blüht (!!!)" (28.3.1975).

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer helfen ihren Kollegen in der Bundesregierung eben gerne aus der Patsche! Sie erzählen gerne den arbeitslosen Jugendlichen, daß sie durch ihre „Berufsvorbereitung" sicher einen Ausbildungsplatz kriegen etc. Sie sind eben, kurz gesagt, für den Part der Illusionsmache über den Charakter des Kapitalismus zuständig, oder konkreter gesagt, für die Verbreitung solcher Lügenmärchen wie das folgende: *„Das gesetzliche Netz der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik läßt auch die jugendlichen Arbeitslosen nicht in bodenloses Elend abstürzen"* („WdA", 28. 3. 75).

Bleibt uns noch, erneut zu bekräftigen, worauf wir schon bei den einzelnen Stationen des Niederganges der sozialdemokratischen „Reformbestrebungen" hingewiesen haben: die Arbeiterjugend wird sich künftig im Kampf selbst erobern müssen, was ihr die Herren Sozialdemokraten tausendfach versprochen, doch nie eingelöst haben! ●

**Jugendkommission
KB/Gruppe Hamburg**

Berufsverbot gegen Sozialdemokraten Berufung von Faschisten

Im sozialdemokratisch regierten Niedersachsen verweigerte kürzlich die SPD-Landesregierung dem SPD-Mitglied und Politologie-Professor Wolf-Dieter Narr die Berufung an die technische Universität Hannover. Der Politologe, der bislang an der TU Berlin lehrte, wird nun sowohl gegen die niedersächsische Landesregierung, als auch gegen den Berliner Innensenator Neubauer (SPD!!), klagen, da dieser *„mit gezielt ausgewählten Dokumenten das Kabinett in Hannover gegen Narr aufbrachte"* („Stern", 14/75).

Neubauer „stützt" sich bei seiner Intervention auf die „Hochschulpolitischen Informationen" des erz-reaktionären „Bundes Freiheit der Wissenschaft"!!

Die offizielle Begründung für die Ablehnung wurde Narr in einem Schreiben des niedersächsischen Wissenschaftsministers Grolle wie folgt unterbreitet: *„Bestimmend für diese Entscheidung war nicht irgendein Zweifel an ihrer Eignung und hervorragenden Qualifikation für den zu besetzenden Lehrstuhl (!!), vielmehr war ausschlaggebend das Interesse des Kabinetts an einer möglichst ausgewogenen Gesamtzusammensetzung der juristischen Fakultät(!)."*

Tatsächlicher Grund für die Ablehnung Narrs war, daß dieser als ein entschiedener Gegner der Notstandsgesetze gilt, sowie nach dem Tod von Holger Meins für eine Diskussion über den Strafvollzug eingetreten ist. Wolf-Dieter Narr wird, kurz gesagt, zum „linken" Flügel der SPD gezählt, wobei er bei weitem nicht den „extremen" Linken (Stamokap etc.) angehört.

Gerade deshalb aber eignete sich der Professor Narr ausgezeichnet für einen Präzedenzfall. Seit sich in der SPD die „Macher" um Helmut Schmidt durchgesetzt haben, ist es Usus, den Niedergang der Partei, die Wahlschlappen etc., den „Linken", und als eine besondere Variante davon, den „linken Professoren" etc., in die Schuhe zu schieben. Da nun die „Macher" als einziges Mittel, diesen Niedergang zu stoppen, die „Anpassung an die Realitäten", den immer rasanteren Dauerlauf nach rechts empfehlen, ist es nur konsequent, die Praxis des Berufsverbotes schließlich auch auf eigene Parteimitglieder auszudehnen....

‚Schade' nur, daß man mit einer solchen Praxis nicht mehr und nicht weniger erreicht, als frisches Wasser auf die Mühlen der äußersten Reaktion zu lenken! Liefern doch jetzt Sozialdemokraten selbst den „Beweis", daß die SPD „kommunistisch unterwandert", oder nach Straußens Mundart von „Sympathisanten der Baader-Meinhof Gruppe durchsetzt" ist etc.!

Da ist er wieder, der alte Teufelsreigen, mit dem die deutsche Sozialdemokratie schon einmal die Machtergreifung der Faschisten begünstigt hat ...

Während nun die sozialdemokratische Führung mehr und mehr damit beschäftigt ist, an der eigenen Partei herumzunagen, tummeln sich an den bundesdeutschen Bildungsstätten ungehindert die Faschisten. Als ein krasses Beispiel für viele mag der ehemalige „Kulturminister" der griechischen faschistischen Junta, Dimitrios Tsanoka, gelten, der derzeit an der Würzburger Universität als Lektor auf Zeit für Neugriechisch tätig ist, und ab Sommersemester 75 fest übernommen wurde, ohne daß auch nur der Anschein der sonst kategorischen „Radikalenprüfung" gewahrt wurde – bei solchen Leuten weiß man eben, woran man ist! ●

**Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg**

GEW: Jetzt kommt der Ausschlußterror

Am 1. April hat der Vorstand des Landesverbands Hamburg die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung (HV) für den 22. Mai mit dem Thema „*Notwendige (?!) Änderungen der Satzung des Landesverbands Hamburg der GEW infolge der Beschlüsse von Mainz und Köln*“ beschlossen. Das ist ein Erfolg der Mitglieder. Ca. 2.000 Mitglieder hatten im September '74 nach dem Mainzer Kongress eine Satzungs-HV gefordert und über 200 waren, als der Vorstand nicht dazu bereit war, zur Erkämpfung ihrer Rechte vor Gericht gezogen. (vgl. AK 56)

Wie wenig die Einberufung der HV jedoch an der Selbstherrlichkeit des Vorstands geändert hat, wird u.a. daran deutlich, daß der Vorstand gleichzeitig feststellt, er bliebe dabei, „*daß Beschlüsse von Vertreterversammlungen* (der GEW-Bund) *grundsätzlich* (!) *keiner ausdrücklichen Bestätigung* (?) *auf der Ebene der Landesverbände bedürfen*“ (Brief an alle ordentlichen Mitglieder des LV Hamburg der GEW, April '75).

Ausdrücklich im Gegensatz zur Auffassung des Hamburgischen Oberlandesgerichts – nach dem die HV völlig selbständig und unabhängig über Satzungsänderungen entscheiden kann – schreibt der Vorstand: Die HV „m u ß unmißverständlich – gegen alle zukünftigen Prozeßführer – das Verhältnis zur GEW zu ihren Landesverbänden so festlegen, wie es aus den Mainzer und Kölner Beschlüssen hervorgeht“ und „... die Einführung einer Landesvertreterversammlung beschließen“.

Der Vorstand hat sich also „schweren Herzens und trotz politischer Bedenken“ dazu durchgerungen, daß „diese – letzte (!) – Hauptversammlung“ die Mainzer und Kölner Beschlüsse b e s t ä t i g e n „darf“. Unterwerfen sich die Mitglieder nicht dieser totalen Einschränkung, droht der Vorstand erneut mit geradezu unverschämter Offenheit eine Spaltung an: „Der Vorstand macht daher jetzt den letzten Versuch, die Strukturfrage des Landesverbandes Hamburg der GEW ... aus eigener Kraft – mit Hilfe einer außerordentlichen Hauptver-

verschämter Offenheit eine Spaltung an: „Der Vorstand macht daher jetzt den letzten Versuch, die Strukturfrage des Landesverbandes Hamburg der GEW ... aus eigener Kraft – mit Hilfe einer außerordentlichen Hauptver-

sammlung – zu lösen“.

Gleichzeitig eröffnet der Vorstand eine gezielte Hetze gegen Links. Gegen die Mainzer und Kölner Beschlüsse können nach Meinung des Vorstands Kollegen nur sein, „... weil (!) sie vom Unvereinbarkeitsbeschluß und seiner Durchführung betroffen werden könnten, ...“ (alle Zitate aus dem o.a. Brief an die Mitglieder).

Wer für die Beibehaltung der HV ist, gehört zu den „sog. ‚K-Gruppen‘ (KPD, KBW, KPD/ML, KB)“ oder sympathisiert mit ihnen. (Der KBW hat sich übrigens von diesem Vorwurf distanziert. Wie die anderen Liberalen tritt auch er für eine LVV ein.)

Auf diese Weise winkt der Vorstand oppositionellen Mitgliedern mit dem Unvereinbarkeitsbeschluß, um sie einzuschüchtern und auf der HV leichtes Spiel bei der Absegnung der Mainzer und Kölner Beschlüsse zu haben.

Das „Herzstück“ von Mainz und Köln: Massenausschlüsse!

Bevor die Mitglieder auf der HV noch über die Kölner Beschlüsse abgestimmt haben, hat der Vorstand selbst ihr „Herzstück“ schon praktiziert: gemäß § 8,4d der neuen Bundessatzung (vgl. AK 58/59) hat er am 8.4. eine „Extremisten-Liste“ mit 25 GEW-Mitgliedern zusammengestellt und an den Hauptvorstand weitergeleitet.

In den anderen Landesverbänden haben die Gewerkschaftsführer (nach Aufforderung Fristers) ebenso verfahren, und es hat den Anschein, als ob die „Extremisten-Listen“ dort (vor allem wohl in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen) noch um ein Vielfaches größer sind!

Am 3. Mai wird der Hauptvorstand der GEW-Bund auf einer Sitzung in Westberlin (zunächst hieß es: in Frankfurt) diese Massenausschlüsse (voraussichtlich mehrere hundert ausschließlich linke Mitglieder) vollziehen. Gewerkschaftsausschlüsse in diesem Ausmaß hat es unseres Wissens in der BRD noch nicht gegeben. Wir rufen daher alle fortschrittlichen GEW-Mitglieder auf, den Protest gegen diese Maßnahme, die gleichzeitig eine neue Welle von Berufsverboten einleitet, zu organisieren.

Einem Teil der 25 Hamburger Kollegen wird Mitgliedschaft in KBW bzw. SSG, „KPD“ und „KPD/ML“ vorgeworfen, weil sie Aufrufe dieser Organisationen unterzeichnet hatten. Den größten Anteil machen jedoch Kollegen aus, die irgendwann einmal zusammen mit diesen Organisationen für ein wählbares Amt (Studentenparlament, Referendarvorstand) kandidiert hatten.

Vorstand tagt unter massivem Polizei-„Schutz“

Einer kurzfristig einberufenen Protestveranstaltung des SSB, der BDJ-Lehrergruppe und des KB (Bündniskommission) am Tag der entscheidenden Vorstandssitzung ist es zu verdanken, daß die Machenschaften des Vorstands überhaupt ans Licht der inner- und außergewerkschaftlichen Öffentlichkeit (Presse) gelangten.

„*Der Vorstand hatte von sich aus nicht vor, an die Presse heranzutreten. Er hat erst auf Anfrage der Presse reagiert, die offensichtlich, sei es durch das SSB-Flugblatt, sei es durch die Polizei, von der geplanten Vorstandssitzung Kenntnis erhalten hatte*“ („GEW-aktuell“, 10.4., Rundschreiben der Gewerkschaftsführer).

SSB, BDJ und KB hatten geplant, nach der Veranstaltung mit einer kurzen Demonstration vor's Curio-Haus (Tagungsort des Vorstands) zu ziehen, was von der Polizei jedoch verboten wurde ... „Innere Sicherheit“ für die Gewerkschaftsführer. Daraufhin verzichteten die ca. 250 Versammelten auf eine Demo, auch im Hinblick darauf, daß sich in Zukunft noch bessere Gelegenheiten ergeben würden. Stattdessen wurde eine Delegation gewählt, die im Curio-Haus einen auf der Versammlung fast einstimmig verabschiedeten „Offenen Brief an die Mitglieder der GEW“ überreichte.

Der GEW-Vorstand ließ sich jedoch von einem vergleichsweise riesigen Polizei-Aufgebot „schützen“, obwohl es im Aufrufflugblatt von SSB, BDJ und KB geheißen hatte:

„*Wir halten es für ... sinnlos, den Vorstand an der Abfassung seiner üblen ‚Extremisten-Liste‘ durch Sprengung seiner Sitzung hindern zu wollen, da dies keinerlei praktischen Nutzen zur Verhinderung solcher Beschlüsse haben würde.*“

Gegenüber der Delegation, die den „Offenen Brief“ überreichte, zeigten sich die GEW-Führer brennend an den Namen der Delegationsmitglieder (möglichst noch mit Adresse und Geburtsdatum?!) interessiert. Die Delegation tat ihnen diesen Gefallen nicht.

Der Landesvorsitzende Wunder wirft dem KB bzw. SSB daher vor, „anonym“ zu arbeiten und „Methoden des Untergrunds“ in einem „demokratischen Rechtsstaat“ anzuwenden“ anzuwenden („Hamburger Lehrerzeitung“, 7/75). Hier werden Gesinnungsschnüffelei, „Extremisten-Listen“ und andere Verfassungsschutz-Praktiken zum selbstverständlichen Bestandteil eines „Rechtsstaates“ erklärt.

Im Gegensatz zu diesem „Untergrund“-Vorwurf unterstellt Wunder, der SSB hätte die Veröffentlichung der Namen der „Extremisten-Liste“ gefordert, fügt jedoch wohlweislich hinzu, daß diese Forderung von der Delegation „dem Vorstand allerdings nicht vorgetragen wurde“. Mit schlecht gespielter Entrüstung behauptete Wunder, daß der Vorstand „selbstverständlich ... während und nach dem Verfahren von sich aus keine Namen bekanntgeben wird“, wegen „eventueller Nachteile für die Betroffenen“.

Während die Protestversammlung natürlich die Informierung der betroffenen linken Kollegen meinte und forderte, ist in jedem Fall davon auszugehen, daß die GEW-Führer bei ihrem schmutzigen Geschäft eng mit dem Staatsapparat zusammenarbeiten und auf diese Weise aktiv bei der Berufsverbote-Praxis mit Hand anlegen.

Handfeste Beweise dafür werden wie bei anderen Gewerkschaften auch

ten und auf diese Weise aktiv bei der Berufsverbote-Praxis mit Hand anlegen.

Handfeste Beweise dafür werden wie bei anderen Gewerkschaften auch

im Bereich der GEW – leider – nicht lange auf sich warten lassen.

Lohnt es sich die „KVZ“ zu lesen, oder liest man lieber die „HLZ“?

Die „HLZ“ (Zeitung der GEW Hamburg) schätzte die Zahl der Teilnehmer an der SSB-Versammlung mit „etwa 300“ sogar ein wenig höher ein als wir selbst. Demgegenüber ist es interessant, den „Informationswert“ der „KVZ“ (Zeitung des KBW) damit zu vergleichen, wo es in der Hamburger Ortsbeilage vom 16.4. heißt:

„*Der SSB, die Studentenorganisation des KB Nord, hatte am 9.4.75 zu einer Versammlung aufgerufen mit anschließender Demonstration, die zum Sitzungsort des GEW-Vorstandes führen sollte, um dort dem Vorstand eine Resolution zu überbringen. Diese Aktion fiel aus, mangels Beteiligung. Nur zwei haben sich gefunden, um diese Resolution zu überbringen. Eine ‚Demonstration‘ konnte man das nicht nennen. Das ist aber nicht weiter schlimm, denn diese Aktion war von Anfang an absurd. Eine Demonstration gegen Gewerkschaftsausschlüsse, und den GEW-Vorstand, was für ein Sinn soll darin liegen. Die Gewerkschaft ist ein freiwilliger Zusammenschluß. Für die Politik dieses Zusammenschlusses kämpft man, indem man in diesem arbeitet und versucht, Mehrheiten zu verändern und Mehrheiten zu bilden...*“

Freilich, wenn man auf eine total opportunistische Politik umgestiegen ist, warum sollte man da nicht auch DKP-Methoden in der Berichterstattung anwenden?

Weiter: Die GEW ist ein „freiwilliger Zusammenschluß“, wo die Mitglieder halt auch „freiwillig“ Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie usw. hinnehmen. Das entspricht ziemlich genau der „Argumentation“ aller Reaktionäre zu den Berufsverboten, wo es heißt, die demokratische Bewegung solle sich nicht über Berufsverbote beschweren, die Lehrer seien ja schließlich „freiwillig“ im Staatsdienst ...

Wenn es „absurd“ ist, gegen die Gewerkschaftsführer zu demonstrieren, weil die Gewerkschaften ein „freiwilliger Zusammenschluß“ sind, welcher „Sinn“ könnte dann darin liegen, etwa gegen die CDU oder SPD zu demonstrieren, wo die Mitgliedschaft ja auch „freiwillig“ ist?

Der KBW führt den „K(r)ampf“ gegen die Ausschlüsse so, daß er versucht, den bedrohten Kollegen in seiner „Klein-Doofi“-Manier mit Resolutionen fleißige GEW-Aktivitäten bescheinigen zu lassen (etwa: „... hat sich für die Demonstration der DGB-Jugend eingesetzt und daran teilgenommen, ...hat an einem Infostand mit der Hamburger Bevölkerung diskutiert“ etc.).

Diese Leute gehen aber auch so weit, Diskussionen über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse an den Dienststellen selber aktiv zu verhindern mit dem „Argument“, der 1. Mai sei jetzt die wichtigste gewerkschaftliche Aufgabe!

Das ist bis jetzt der Höhepunkt opportunistischer Entartung der KBW-Lehrerpolitik und dürfte auch endgültig der Schlußpunkt eines ehemals beträchtlichen KBW-Einflusses in der Hamburger GEW sein.

Wir begrüßen es daher, daß es innerhalb der „GUV“ („Massenorganisation“ des KBW im Bereich der werktätigen Intelligenz) Widersprüche zu dieser Politik gibt, und daß nicht alle wegen Unterstützung des KBW bzw. der SSG jetzt vom Ausschluß bedrohten Kollegen diesen Kurs mitmachen (siehe Leserbrief).

Ablehnung der „Abhängigkeitsklausel“ auf der außerordentlichen Hauptversammlung! Für die Beibehaltung der Hauptversammlung!

Da die neue Bundessatzung Massenausschlüsse dieser Art „legalisiert“ und nach den Worten der GEW-Führer auch hauptsächlich zu diesem Zweck geschaffen wurde („Herzstück“), gibt es kurzfristig nur eine Möglichkeit, dies zu verhindern: Die sogenannte „Abhängigkeitsklausel“,

Führer auch hauptsächlich zu diesem Zweck geschaffen wurde („Herzstück“), gibt es kurzfristig nur eine Möglichkeit, dies zu verhindern: Die sogenannte „Abhängigkeitsklausel“,

die die Anerkennung der Mainzer und Kölner Beschlüsse durch die Landesverbände beinhaltet („Bundessatzung geht vor Landessatzung“), abzulehnen und (in Hamburg) für die Beibehaltung der HV zu stimmen. Dazu sind 1/3 der Stimmen auf der kommenden außerordentlichen HV in Hamburg notwendig, weil die Gewerkschaftsführer für Satzungsänderungen 2/3-Mehrheiten brauchen.

Der KBW befindet sich dabei in dem Dilemma, eigentlich für die Abhängigkeitsklausel zu sein („Zentralisierung ist gut“), andererseits aber doch seine Ablehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse irgendwie zum Ausdruck bringen zu wollen. Man kann nur hoffen, daß es beim KBW wenigstens zu einer „Enthaltung“ bei dieser Abstimmung langt.

Gefährlich aber noch ist der Vorschlag einiger anderer Liberaler und Sozialdemokraten (ASL – „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer“), die Abhängigkeitsklausel auf der a.o. HV gar nicht zu behandeln, um die Diskussion nicht zu „emotionalisieren“. Nach diesem Vorschlag sollte auf der HV nur die Einführung einer Landesvertreterversammlung beschlossen werden, der dann alles weiter überlassen bliebe.

Bisher hat der GEW-Vorstand, der offenbar „reinen Tisch“ haben will, zu erkennen gegeben, daß er b e i d e Fragen auf die Tagesordnung der a.o. HV setzen will. Da aber die „Stimmung“ unter den GEW-Mitgliedern stärker gegen die Abhängigkeitsklausel als für die Beibehaltung der HV zu sein scheint, empfehlen die Liberalen dem Vorstand praktisch eine geschicktere Taktik. Denn eine Vertreterversammlung ist für die Gewerkschaftsführer in jedem Fall leichter manipulierbar als eine Mitgliederversammlung.

Wir sind allerdings der Meinung, daß die Devise „Lieber den Spatz auf dem Dach als die Taube in der Hand“ (!) ein verhängnisvoller Ratschlag ist. Die Mitglieder sollten sich auf keinen Fall um ihr Recht betrügen lassen, auf der HV auch über die Abhängigkeitsklausel (und damit über die Mainzer und Kölner Beschlüsse) abzustimmen.

Wir halten es andererseits auch nicht für richtig, wenn unter fortschrittlichen Kollegen teilweise die Auffassung vertreten wird, die Ablehnung der Abhängigkeitsklausel sei jetzt das Wichtigste, um Massenausschlüsse zu verhindern, und demgegenüber trete das Problem HV oder LVV zurück. Die Tatsache, daß der Vorstand seit über zwei Jahren zum wiederholten Mal die Abschaffung der HV erzwingen will, beweist, wieviel Gewicht die Gegenseite – mit Bedacht! – dieser Frage zumißt.

Es muß unmißverständlich klargemacht werden, daß bei Einführung einer Landesvertreterversammlung Abhängigkeitsklausel und Massenausschlüsse – vielleicht mit einem halben Jahr Verzögerung – abgesegnet werden würden.

Deshalb ist die Forderung nach Beibehaltung der HV mindestens ebenso wichtig wie die Ablehnung der Abhängigkeitsklausel. Es reicht nicht, allgemein gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie zu protestieren, konkret aber in der Frage HV oder LVV keinen wirkli-

der Abhängigkeitsklausel. Es reicht nicht, allgemein gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie zu protestieren, konkret aber in der Frage HV oder LVV keinen wirkli-

chen K a m p f um die Verteidigung der Hauptversammlung zu führen. Denn die Abschaffung der HV wäre nicht nur prinzipiell eine erhebliche Beschneidung der Mitgliederrechte, sondern auch aktuell ein Riesenschritt in die Richtung einer autoritären, staatstragenden Gewerkschaft, wie sie den DGB-Führern vorschwebt. Der Vorstand selbst hat daran nie einen Zweifel gelassen. ●

Bündniskommission des KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief

Leserbrief

Liebe Genossen!

Wir als einige der 25 vom Ausschluß aus der GEW Bedrohten danken Euch für die von Euch geleistete praktische Solidarität: Auf der Hamburger „Aktionseinheit“ haben die dort Anwesenden am 19.4. einstimmig eine von uns eingebrachte Resolution verabschiedet, die an Hamburger Schulen, in Fachbereichen der Universität und in Betriebsgruppen verteilt werden soll.

Ungeachtet bestehender politischer Differenzen sind wir derselben Ansicht wie Ihr, daß es sinnlos ist, den Kopf einzuziehen, und gegen unsere drohenden Ausschlüsse nichts weiter zu unternehmen, als auf Dienststellenkonferenzen lediglich auf Einzelfälle bezogene Resolutionen zu verabschieden.

Wir werden versuchen, innerhalb der GEW, d.h. in den Dienststellen und in den verschiedenen Gremien eine möglichst breite Solidarität mit a l l e n 25 vom Ausschluß bedrohten Kollegen zu erreichen, darüberhinaus werden wir alles tun, um eine breitestmögliche Öffentlichkeit von dem drohenden Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie zu informieren.

Sollten wir am 3.5. mit Hilfe eines Satzungsbruches aus der GEW ausgeschlossen werden, werden wir uns den Zutritt zur außerordentlichen Hauptversammlung am 22.5. durch eine einstweilige Verfügung erkämpfen.

Weiterhin halten wir es für vollkommen richtig, daß unser drohender Ausschluß kurzfristig nur dann erfolgreich verhindert werden kann, wenn wir möglichst viele Kollegen dafür gewinnen, auf der o.a. Hauptversammlung gegen die Abhängigkeitsklausel zu stimmen.

Wir fordern alle Leser auf, Solidarität mit uns zu üben, indem sie in Gewerkschaft, Betrieb und Schule von unserem drohenden Ausschluß berichten. Insbesondere die GEW-Kollegen fordern wir auf, den drohenden Ausschluß der 25 in ihren Dienststellen, Fachgruppen, KVK's usw. einzubringen und entsprechende Resolutionen zu verabschieden.

einige Betroffene

HSW Hamburg:

Letzte Runde an die Kollegen

Nachdem die HSW-Kapitalisten die Prozesse in der ersten und zweiten Instanz gegen drei linke Vertrauensleute verloren hatten, beantragten ihre Anwälte eine Revision vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel. In den Urteilen des Arbeits- wie auch des Landesarbeitsgerichts war den HSW-Kapitalisten eindeutig bescheinigt worden, daß ihre Kündigungen gegen die drei Kollegen unrechtmäßig und nicht gerechtfertigt waren. Außerdem müßten die ehemaligen Vertrauensleute wieder bei HSW beschäftigt werden.

Diese Urteile durchkreuzten die HSW-Kapitalisten durch ihre Revision beim Bundesarbeitsgericht. Auch eine einstweilige Verfügung zur sofortigen Vollstreckung des Urteils der zweiten Instanz schlug fehl. Am 3.4.1975 entschied dann das BAG in Kassel für die Kollegen und gegen die HSW-Kapitalisten. Die Revisionsbegründung der Kapitalisten wurde in allen Punkten abgelehnt und die Richtigkeit der vorher ergangenen Urteile bestätigt. **Für die drei Kollegen bedeutet dies, daß sie ihr Recht bekommen haben und ihre Arbeit im Betrieb wieder aufnehmen können. Das ist ein großer Erfolg!**

Die HSW-Anwälte hatten in ihrer Revision angeführt, daß die Weiterbeschäftigung der Kollegen dem Unternehmer nicht zuzumuten sei. Dagegen entschied das BAG jetzt, daß „*der Arbeitgeber aber nunmehr die volle Beweislast für das Vorliegen von die Auflösung* (des Arbeitsverhältnisses, d.Red.) *rechtfertigenden Gründen trägt*“ und dabei „*genügt jedenfalls nicht mehr die bloße Behauptung berechtigter Gründe.*“ Das Gericht weiter: Die Gründe für die Auflösung des Arbeitsverhältnisses „*müssen auch tatsächlich vorliegen, d.h. sie müssen zur Überzeugung des Gerichts vom Arbeitgeber nachgewiesen werden.*“ Und das haben die HSW-Kapitalisten trotz massiven „Zeugen“aufgebots nicht geschafft.

Auch die zweite Begründung von HSW für eine Revision konnte nicht landen. Die HSW-Anwälte hatten behauptet, daß „*aggressive oder beleidigende Wendungen in Schriftsätzen des Rechtsstreits ... auch von Bedeutung seien.*“ Dieser Punkt war bereits vom Landesarbeitsgericht abgelehnt worden. Die Richter in Kassel führten aus, „*die teils polemischen Äußerungen können nicht als so gravierend angesehen werden, daß das Gericht von einer Unzumutbarkeit der Fortsetzung des Arbeitsverhältnisse ausgehen könne.*“

Damit sind sämtliche Revisionsgründe der HSW-Kapitalisten abgeschmettert worden. Die Kollegen müssen wieder eingestellt werden! ●

Betriebszelle HSW
KB/Gruppe Hamburg

Betriebsbesetzung in Erwitte dauert an:

„Wir lassen uns nicht unterkriegen, weil wir wissen, daß wir siegen!"

Unter dieser kämpferischen Parole halten die Zementarbeiter von Seibel & Söhne in Erwitte das Werk seit dem 10. März besetzt. Der erste Schlichtungsversuch scheiterte. Seibel weigerte sich, die Kündigungen gegen 86 Kollegen, die er später auf alle Arbeiter ausdehnte, zurückzunehmen.

Stattdessen bot er folgenden „Kompromiß" an, wie die „Streik-Stimme", die von den Besetzern inzwischen geschaffene Streikzeitung, berichtete:

„50 Mann fliegen sofort auf die Straße. 20 Kollegen sollten während der nächsten sechs Monate voll arbeiten, für die restlichen 80 Belegschaftsmitglieder hatte er totale Kurzarbeit vorgesehen." („Streik-Stimme, Mitteilungen der Belegschaft Seibel & Söhne").

Auf diese Provokation antworteten die Kollegen in ihrer Zeitung: *„Mit diesen Tatsachen wollte er unsere Kampfbereitschaft brechen, unsere solidarische Gemeinschaft auseinanderspalten, um nach Ablauf der sechs Monate weitere Kündigungen durchzusetzen. Dafür haben wir aber nicht fünf Wochen lang das Werk besetzt. F.C. Seibel hat sich gründlich getäuscht, wenn er glaubt, daß die Zeit für ihn arbeitet. Er erreicht das Gegenteil, denn je länger er unsere Forderungen mißachtet, desto härter werden sie."*

Laut ihrer Streikzeitung fordern die Kollegen:

- **Zurücknahme aller ausgesprochenen Kündigungen.**

Gleichzeitig seien sie dann auch bereit,

1. über Kurzarbeit zu verhandeln, wenn Seibel wirtschaftliche Daten offenlegt und
2. einer Reduzierung der Belegschaft „in Verbindung mit einem Sozialplan über den Altersabbau" („Streik-Stimme") zuzustimmen.

Diese Angebote an Seibel, eventuell Kurzarbeit und Entlassungen zuzustimmen, wurden sicher auf Betreiben der IG Chemie-Führer durchgesetzt.

War es diesen Leuten schon nicht möglich, die Betriebsbesetzung zu verhindern, so stellten sie sich inzwischen an die Spitze der Kampfaktion, um so die Forderungen zu verwässern und faule Kompromisse dem Kapitalisten im Sinne einer „partnerschaftlichen Zusammenarbeit zum Wohle des Unternehmens" anzubieten.

Diese Absichten der IG Chemie-Führer werden auch daran deutlich, daß auf ihre Initiative mit sämtlichen Zementkapitalisten der Region ein „Struktur-Kartell" zustande kam. Ihm gehören inzwischen 18 Betriebe aus Nordrhein-Westfalen an. Es sieht Mengenabsprachen, Preisfestsetzungen und Rationalisierungsmaßnahmen vor. Durch das Kartell soll mit Zustimmung der IG Chemie-Führer der angeblich notwendige Abbau von 1.000 der insgesamt 3.300 Arbeitsplätze (also jeder dritte Zementarbeiter!) „langsamer" und durch Sozialpläne „ohne Härten (!) für die Betroffenen" vollzogen werden.

Am 1. Mai werden DGB und IG Chemie in Erwitte eine Kundgebung durchführen. Werner Vitt, der Stellvertretende Vorsitzende der IG Chemie, hat sich dafür höchstpersönlich angemeldet!

Dort werden die Gewerkschaftsführer neben markigen Sprüchen weiter auf den schrittweisen Abbau der Arbeitsplätze orientieren. Schon im Aufrufflugblatt hieß es:

„Der Arbeitgeber hat ohne Angabe (? !) von zwingenden (? ?) Gründen gegen den Willen des Betriebsrates widerrechtlich (!) eine Massenentlassung ausgesprochen."

Also haben die IG Chemie-Führer nichts dagegen, wenn die Zementarbeiter auf die Straße fliegen, nur eben „mit Angabe zwingender Gründe" und „rechtlich korrekt".

Diese Pläne lassen sich nur vereiteln, wenn die Besetzung des Betriebes für alle weiteren Verhandlungen als Faustpfand erhalten bleibt und die Solidarität mit den Seibel-Arbeitern verstärkt wird. Ein gutes Beispiel lieferte dafür das Mannesmann-Solidaritätskomitee, das 1973 zur Unterstützung des „wilden" Streiks der Mannesmann-Arbeiter gegründet wurde. Es überwies den Zementarbeitern von Erwitte den Betrag von 2.000 DM!

Spendenkonto:
Belegschaft der Firma Seibel & Söhne
Volksbank Erwitte
Konto-Nr.: 8499

Chemiekomitee,
KB/Gruppe Hamburg

Am Morgen des 10. März 1975 besetzte die Frühschicht das Zementwerk Seibel in Erwitte. Dieser Konterschlag war die Antwort auf das Treiben des Chefs Franz Clemens Seibel.

STREIK STIMME

Mitteilungen der Belegschaft Seibel & Söhne

Angst vor der Wahrheit

Am Samstag, den 5.4.1975, stellte der WDR im 3. Programm in der Sendung „Vor Ort" unsere Werksbesetzung dar.

Zu dieser Sendung konnten wir uns zu den Schwierigkeiten, die uns durch die Machenschaften von Clemens Seibel entstanden sind, frei und ungezwungen äußern. Das Charakteristische an dieser Senderreihe ist, daß die Betroffenen, die in einer sozialen Auseinandersetzung um ihr Recht kämpfen, „Vor Ort" selbst zu Wort kommen.

Diese Möglichkeit soll uns geraubt werden. Arbeiter, die im Fernsehen selber ihren Kampf darstellen, bereiten den Unternehmern schlaflose Nächte.

Aus der Sendung über unsere Besetzung ging z.B. klar hervor, daß die Arbeitnehmerschaft nicht länger gewillt ist, sich Willkürakten von Arbeitgebern vom Schlage eines F. C. Seibel zu beugen. Deshalb bereiten politisch konservative Kräfte einen schweren Schlag gegen die Presse, Informations- und Meinungsfreiheit vor, obwohl diese Freiheiten im Grundgesetz garantiert sind:

Solche Filme sollen nach dem Willen der politisch Rückschrittlichen, aber Mächtigen, künftig nur noch ohne Originalton gesendet werden. Unsere eigenen Äußerungen sollen von Kommentatoren ersetzt werden, die gefeuert werden können, wenn sie eindeutig für uns und für die Rechte der großen Mehrheit der Bevölkerung Partei ergreifen.

Wir bitten die Bevölkerung soweit Sie diese Sendung mit Interesse verfolgt haben, uns zu unterstützen. Schreiben Sie bitte an den Intendanten des Westdeutschen Rundfunk 3
5 Köln
Postfach
wie groß Ihr Interesse an dieser Sendung war und fordern Sie, daß solche wichtigen Berichte auch im 1. Programm ausgestrahlt werden. Die fortschrittlichen Filmer und Fernsehreporter sehen sonst, so hat uns einer von ihnen berichtet, die Zeit schon kommen, wo sie nur noch Tierfilme drehen dürfen.

Aus:
Streik-Stimme, Mitteilungen der Belegschaft Seibel & Söhne

DGB: Mit Mitgliedsbeiträgen Revanchisten-Club finanziert

Einer der zahlreichen revanchistischen Vereine in der BRD ist das „Kuratorium unteilbares Deutschland". Dieser antikommunistische Stoßtrupp erhält aus Bundesmitteln 400.000 DM jährlich. Hinzu kommen beträchtliche Summen aus Steuergeldern der Länder und Kommunen. Auch Kapitalistenverbände und einzelne Kapitalisten lassen sich mit Spenden nicht lumpen. Die Mitglieder im „Kuratorium für unteilbares Deutschland" kommen aus der CDU, FDP, SPD und NPD sowie aus zahlreichen „Wiedervereinigungs" - Grüppchen (Kurz gesagt: quer durch den Mülleimer.)

Seit der „Entspannungspolitik" der SPD/FDP-Regierung haben einige Spender des „Kuratoriums" ihre Zahlungen eingestellt. So auch der Deutsche Industrie- und Handelstag (Vorsitzender Wolf von Amerongen), der bis zum letzten Jahr noch 25.000 DM jährlich locker machte.

Besonders makaber ist folgendes: Der DGB gab bisher im Jahr 125.000 DM (!!) im Jahr für das „Kuratorium unteilbares Deutschland". Jetzt gibt er noch 100.000 DM und gehört, wie der Bundesminister für „Innerdeutsche Fragen", Franke, in der Fernsehsendung „Kennzeichen D" befriedigt feststellen konnte, zu den treuesten Geldgebern (!!) dieser Revanchisten! Franke gehört zu den Vorstandsmitgliedern des „Kuratoriums", auch der DGB stellt ein Vorstandsmitglied!

Der DGB finanziert also mit Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder seit Jahr und Tag antikommunistische Hetze gegen die DDR:

- Flugblattabwürfe über dem Gebiet der DDR
- Bau von „Mahnmauern"
- Verteilen von Kerzen für die „Brüder und Schwestern drüben"
- Pflanzen von Tannenbäumen an der Berliner „Mauer",

um nur einige Dinge zu nennen.

Der ehemalige Vorsitzende des „Kuratoriums", Schütz, der der NPD nahesteht, hat sich gerade eine Rente von über 3.000 DM im Monat gesichert, die also auch aus DGB-Mitgliederbeiträgen finanziert wird.

Es ist bekannt, daß die Unterstützung von revanchistischen Scharfmachern nicht die einzige Veruntreuung von Beitragsgeldern von Seiten der DGB-Führer ist. (Siehe auch Arbeiterkampf 30, S. 14: „Finanzpolitik der IG-Chemie. Wo bleiben unsere Beiträge?".)

Die Bemühungen der Kollegen in einigen Betrieben, organisiert die Beiträge zu senken bzw. nicht zu erhöhen, solange die Mitglieder selbst keine Kontrolle über die Finanzen ihrer Gewerkschaft haben, muß unbedingt unterstützt werden.

Chemiekomitee
KB-Gruppe Hamburg

Initiativkomitee ARBEITERHILFE informiert

Die erste Nummer unseres **INFORMATIONSDIENSTES** ist erschienen. Inhalt: Erfahrungen bei der Abwehr von Behinderungen linker Betriebsratskandidaturen.

In unregelmäßigen Abständen werden wir im **INFORMATIONSDIENST** Erfahrungen und praktische Ratschläge für den Kampf an der „Rechtsfront" veröffentlichen. Nr. 2 (erscheint demnächst) wird die Behinderung beim Plakatkleben behandeln.

Eine Zusammenfassung wichtiger Urteile und Entscheidungen auf dem Gebiet des **ARBEITSRECHTS** ist dem **INFORMATIONSDIENST** Nr. 1 beigelegt.

Die Dokumentation Maecker ist noch lieferbar! *„Der Wilhelmsburger Jugendliche Manfred M. hatte in Bierlaune ein Motorrad geklaut und wäre deshalb beinahe von einem Bullen gelyncht worden. Die Staatsanwaltschaft bemüht sich nach Kräften, die Angelegenheit zu vertuschen."*

Die **Dokumentation Strate** erscheint demnächst. Kriminalisierung des Protestes gegen Fahrpreiserhöhungen und das exemplarische Vorgehen der Klassenjustiz gegen einen Genossen sind Gegenstand dieser Broschüre.

Bestellungen an: IKAH c/o Theis 2 Hmb. 19, Metfesselstr. 41

Konto des IKAH:
Nr. 37 43 31 - 206 PSchA HH
Spenden: Für Entlassene und aus politischen Gründen von der Justiz Verfolgte auf das Konto des IKAH BfG HH Nr. 1 244 365 3
Für Vietnamhilfe und die Genossen in Chile: Konto H. Theis Haspa 1205/481755

Initiativkomitee Arbeiterhilfe/ Hamburg

HHLA, Hamburg:

Die Hochburg ist angeknackst

Die HHLA ist der größte Einzelbetrieb im Hamburger Hafen. Sie verfügte früher über sämtliche Kaianlagen, die sie im Auftrag des Hamburger Senats verpachtete. Auch heute noch ist sie als halbstaatlicher Betrieb mit dem Senat eng verwachsen. Wirtschaftssenator Kern ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates. Dies gibt einen Hinweis darauf, daß die HHLA ein „sozialdemokratischer Musterbetrieb" mit jahrzehntelanger Tradition ist.

Das sozialdemokratische Parteibuch ist eine Voraussetzung, wenn man es dort „zu was bringen" will. Gewerkschaftsmitglied ist jeder – auch im Vorstand. Vom Lademeister über den spezialisierten Handwerker oder Techniker bis zum Schuppeninspektor und sogar zum Vorstand gibt es kaum einen, der nicht mal an der Kai „einen heißen Sack geschmissen" hat, also Arbeiter war.

Es gibt drei Methoden, Karriere zu machen. Die Vorgeordnetenleiter, angefangen beim Vorarbeiter zu erklimmen. Sich technisch weiter zu bilden und über diesen Weg versuchen, in die „high society" vorzustoßen oder – Betriebsrat zu werden, um sich ans Sprungbrett zu drängen.

Den entsprechenden Stellenwert nimmt die Institution Betriebsrat im Bewußtsein der Kollegen ein: Es war schon immer so!

Die politökonomische Entwicklung der BRD ist auch an der HHLA nicht vorbeigegangen. Seit Jahren werden die Schuppen- und Kaianlagen rationalisiert, um den Hafen weitestgehend zu industrialisieren. Im Zuge dieser Entwicklung wurde gegenüber den Kollegen eine härtere Gangart eingeschlagen, sowohl was die Ausbeutung als auch was die „sozialen Leistungen" angeht. Der soziale Lack des Musterbetriebes HHLA begann abzubröckeln.

Ein Höhepunkt innerhalb dieser Entwicklung bedeutete die politische Kündigung eines Handwerkerkollegen, der maßgeblich an Abwehrmaßnahmen gegen die verschärfte Arbeitshetze in der „technischen Werkstatt 14" beteiligt war. Einen Höhepunkt in der Unterstützungspolitik des BR gegenüber der HHLA-Geschäftsleitung bedeutet dessen Zustimmung zu dieser Kündigung, die nun vor Gericht verhandelt wird. Die Tatsache, daß der verstärkten Ausbeutung durch die HHLA-Geschäftsleitung seitens des BR nur Vernebelung, Beschönigung und Absicherung dieser Angriffe gegenüberstand, stieß auf stärkerwerdende Kritik der Belegschaft.

In dieser Situation schloß sich eine Gruppe von fortschrittlichen Kollegen und Kommunisten zusammen, um unter dem Namen „Alternative" zu den BR-Wahlen die Interessenvertretung der Kollegen anzupacken. In drei Flugblättern unter dem Namen „Alternative" trugen sie ihre Kritik an der bisherigen BR-Politik sowie eigene Vorstellungen einer demokratischen Interessenvertretung vor und gaben als Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit den Kampf gegen Rationalisierungsmaßnahmen an.

Die rechts-sozialdemokratische Führungsclique des BR um Österreich, Soltau und Co. antwortete mit zwei anonymen Schmierzetteln, in denen die Alternative-Kollegen ihre relativ kurze Betriebszugehörigkeit vorgerechnet wurde (im Durchschnitt knapp zwei Jahre pro Kollege) und sie als „rote Chaoten" vor den Kollegen unmöglich gemacht werden sollten. Von den zahlreichen sonstigen Fußangeln ist am erwähnenswertesten, daß der gekündigte Handwerker (s.o.), der ein Kandidat der Alternative ist, von der Geschäftsleitung vom Betriebsgelände gejagt wurde, um ihn rechtswidrig an der Diskussion mit seinen Kollegen zu hindern.

Am 23. und 24. April entschieden die HHLA-Kollegen nun in einer Persönlichkeitswahl über die zukünftige Zusammensetzung des 27-Mann starken BR. Von den acht Alternative-Kollegen wurden vier in den BR gewählt! Damit ist eine Voraussetzung geschaffen worden, die Erfüllung der Hauptparole der Alternative anzupacken: „Für eine starke Opposition im neuen BR."

Das Votum der Kollegen ist anzusehen als Aufforderung, den eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen und auszubauen. Ein besonderer Erfolg ist die Wahl des gekündigten Handwerkers, der die Solidarität zahlreicher Kollegen bewies.

Betriebszelle HHLA
KB/Gruppe Hamburg

DGB-Rechtsschutz: Ohne die Kollegen – „das gilt auch für Sie!"

Aufgrund des selbstherrlichen Vorgehens der DGB-Rechtsschutzsekretäre, die häufig Gerichtstermine ohne die betroffenen Kollegen durchgezogen haben, sind Kollegen in Hamburg in letzter Zeit dazu übergegangen, an die DGB-Rechtsstelle Forderungen zu stellen, die einem solchen Vorgehen einen Riegel vorschieben sollten.

Einer dieser Kollegen forderte z. B., daß er von Terminen immer benachrichtigt wird und daß ihm Schriftsätze, die von den Rechtssekretären gemacht werden, vor Absendung ans Arbeitsgericht vorgelegt werden.

Man sollte meinen, das sei selbstverständlich, da es sich schließlich um den Prozeß eines gekündigten Kollegen handelt und dessen Interessen durchgesetzt werden sollen.

Anderer Meinung ist da aber offenbar die DGB-Rechtsstelle. Sie hat jetzt erklärt, daß sie Prozesse prinzipiell ohne die Kollegen durchführt!

Auf die beiden oben genannten Forderungen erhielt der Kollege folgende Antwort:

„... muß ich Ihnen jedoch leider mitteilen, daß wir eine vorherige Zusendung der Schriftsätze bzw. Schriftsatzentwürfe ablehnen. Sie haben uns bevollmächtigt und wir werden selbstverständlich den Prozeß sorgfältig und nach bestem Wissen (und Gewissen? ? – AK) führen.

Falls Sie sich an der Prozeßführung beteiligen wollen, sollten Sie sich besser überlegen, ob Sie Ihre Vollmacht weiter aufrechterhalten wollen.

Nach unserer Auffassung geht es nicht, daß an der Prozeßführung mehrere Leute (? ? !!) beteiligt werden, das gilt auch für Sie."

Initiativkomitee Arbeiterhilfe/ Hamburg

In dem Bußgeldbescheid heißt es nun: *„Ihre Einlassung, Sie seien im Besitz einer gültigen Gebrauchserlaubnis gewesen, kann nur als Schutzbehauptung gewertet werden."*

Hier zeigt sich doch, daß es den Bullen bei ihrem Einsatz nicht um die korrekte Genehmigung ging („Damit könnt ihr euch den Arsch mit abwischen!", so ein Bulle), sondern daß es sich hier um einen mit massiver Einschüchterung verbundenen Übungsgroßeinsatz handelte.

Ein „Arbeiterkampf"-Verkäufer

SS-Verbände – auch 1975 faschistischer Vortrupp

Für die Zeit vom 9.-11. Mai hat der Bundesverband der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS" („HIAG") sein 21. „ordentliches" Bundestreffen in Hamburg angekündigt. „Tausende" von ehemaligen Mitgliedern der „Waffen-SS" würden dazu erwartet. In Hamburgs größtem offiziellen Veranstaltungsgelände war bereits eine Halle für das Nazi-Treffen angemietet worden.

Nachdem das geplante Treffen in der Öffentlichkeit bekannt wurde und es von verschiedenen Seiten Proteste gab, entschloß sich der Hamburger Senat n a c h t r ä g l i c h zu einer Intervention: Den Faschisten wurde die angemietete Halle wieder weggenommen. Ob damit das geplante Treffen schon geplatzt ist, ob es nunmehr stillschweigend in anderen Räumen oder auch in einer anderen Stadt stattfinden soll, ist noch unklar.

Partisanen, die gegen die Nazi-Besetzung ihrer Heimat gekämpft hatten, werden erhängt. Das waren die „Heldentaten" der ‚Waffen-SS'!

Zum 30. Jahrestag der Niederlage des deutschen Faschismus plant die „HIAG" auch in vielen anderen Orten Veranstaltungen, an denen sich – der bisherigen Tradition entsprechend – vermutlich Ortsgruppen anderer „Traditionsverbände" der Naziarmee, „Kameradschaften", Soldatenbünde etc. einschließlich Garnisons-Mannschaften der Bundeswehr und der ihr angeschlossenen Verbände beteiligen sollen.

In München will die pro-faschistische „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) ebenfalls vom 9. - 11. Mai ein Treffen mit dem Titel „Kriegsausbruch 1939" veranstalten.

Auch hier ist die „HIAG" mit

Auch hier ist die „HIAG" mit von der Partie: Referent soll u.a. Erich Kern (alias Kernmayr) sein – ehemaliger SS-Kriegsberichterstatter, nach 1945 langjähriger Chefredakteur des „HIAG" Organs „Der Freiwillige", Redakteur der vom Faschisten Gerhard Frey herausgegebenen „Deutschen National (und Soldaten)-Zeitung", außerdem Redakteur der „Deutschen Nachrichten" und „Deutschen Wochenzeitung" (NPD), Autor pro-faschistischer Bücher wie „Der große Rausch" (eine Rechtfertigung der „Waffen-SS"). Kern tritt auch häufig auf Veranstaltungen des „Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes" (DKEG) auf – eine weitere pro-faschistische Propaganda-Gesellschaft. In München soll Kern für die GfP zum Thema „Landes- und Hochverrat gegen Deutschland" sprechen!!

Als Redner für das Münchner GfP-„Forum" sind außerdem angekündigt:

- Dr. Sudholt, 2. Vorsitzender der GfP, Mitbesitzer des faschistischen Verlags „Nation Europa", über den Kontakte zum internationalen Faschismus laufen. Sudholt war Mitglied des dreiköpfigen Führungsgremiums, das im Herbst 1970 zur Vorbereitung der „Aktion Widerstand" gebildet wurde – der Versuch einer breiten faschistischen „Aktionseinheit" mit klaren Verbindungen zu Kräften der CDU/CSU. Sudholts geplantes Thema: „Deutschland – auf ewig ungeteilt?".
- Heinrich Härtle, ehemals Mitarbeiter des faschistischen „Rassentheoretikers" Alfred Rosenberg, selbst Autor diverser faschistischer Schriften, nach dem Krieg Redakteur der „Deutschen Wochenzeitung" (NPD), Vizepräsident des „Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes" (DKEG). Sein Thema: „Die psychologische Kriegsführung des Antimarxismus".

Ihre geplante Hamburger Veranstaltung hatten die Waffen-SSler als „Suchdienst-Treffen" deklariert – an dieser widerlichen Farce beteiligt sich sogar das „Rote Kreuz" (DRK): überhaupt bemäntelt die „HIAG" mit Hilfe des DRK ihren klaren Charakter als faschistischer „Traditionsverband" mit angeblichen „humanitären Anliegen" (Versorgung der Angehörigen „gefallener Kameraden", Suche nach „Vermißten" usw.). In München soll das Treffen, dessen Fäden klar zu den „HIAG"-Kreisen führen, als „akademisches Forum" über die Bühne gehen. Anderswo werden Ortsveranstaltungen der „HIAG" als „Kameradschaftsabende", „Kriegsgräberpflege", „Gefallenenehrung" etc. getarnt werden.

Gesteuerte faschistische Kampagne zum 30. Jahrestag des 8. Mai 1945

Tatsache ist jedoch, daß es sich eindeutig um den Teil einer pro-faschistischen Kampagne handelt, die gezielt im 30. Jahr nach der Niederlage des Faschismus gegen die „Kriegsschuldlüge", gegen die „Nürnberger Schandurteile", für die Rehabilitierung des alten und für die Propagierung eines neuen Faschismus geführt wird.

Die SS-Ideologen im Organ der „HIAG" „Der Freiwillige" brachten die Ziele ihrer Kampagne klar auf den Punkt: „*Die Wunde, die der Krieg uns allen hinterließ, hat sich längst zum Krebsgeschwür ausgeweitet. Es bedarf nicht nur größter Aufmerksamkeit, es fordert eine Operation an Haupt und Gliedern. Auch für uns Deutsche gibt es da viel zu tun. Wenn sich in den kommenden Monaten dieser Tatsache alle eingedenk sind, dann gibt es vielleicht noch Rettung und Zuversicht*".

Im Gegensatz zu ihren offiziellen Beteuerungen, im Rahmen der Vermißtensuche, der Hinterbliebenen- und Kriegsopferfürsorge als „unpolitische Hilfsorganisation" tätig zu sein, wird hieran deutlich, was die „HIAG" als ihre Aufgabe versteht: Heilung vom „Krebsgeschwür" eines verlorenen Krieges durch eine „Operation an Haupt und Gliedern", d.h. Restauration des Faschismus nach innen und revanchistische Eroberungspolitik nach außen!

Paralell zur sozusagen „offiziellen" Welle der Nazi-Nostalgie in fast der gesamten bürgerlichen Presse (vorneweg natürlich Springer – Devise etwa: „Hitlers Butler schildert Hitler, wie er wirklich war" etc.) gießen die Presseorgane des Neofaschismus, die „DWZ" von Thadden und Kern, die „DNZ" von Frey, die „DN" der NPD sowie eine Reihe weiterer Hetzblätter – so „Mut" (Bernhard Wintzek) und „Nation Europa" (Peter Dehoust) offensichtlich koordiniert ihren Schmutzkübel über den antifaschistischen Widerstand, über die vom Faschismus Ermordeten, über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, über die höchst zaghafte „Entnazifizierung" nach dem Krieg u.a.m. aus; immer frecher fordern sie – beflügelt vom freundlichen Klima der „offiziellen" Nazi-Nostalgie – die volle Rehabilitierung der Nazi-Diktatur, Hitlers und seiner Massenmörder.

„Das Unrecht an Hitler – 30 Jahre Lüge sind genug", war kürzlich eine Schlagzeile von Freys „DNZ". Dieselbe Zeitung schrieb: „*So werden die Deutschen belogen...Alles wird verfälscht...Jeder Schmierfink kann die pflichtgetreuen deutschen Soldaten als Verbrecher, Mörder und Räuber verleumden, ohne jede Folgen...Wenn jeder das seine tut, wird der Tempel der Lüge eines Tages einstürzen. Erst dann gibt es wieder eine Zukunft*" (18.4.1975).

B. Wintzek, Herausgeber von „Mut" (ein faschistisches Blättchen, das sich vor allem an Jugendliche wendet), bietet zum 30. Jahrestag sein neuerschienenes Machwerk an: **„Unsere Väter waren keine Verbrecher"**. „*Aus Anlaß der 30. Wiederkehr des 8. Mai 1945 haben die antideutschen Vergangenheitsbewältiger in den Massenmedien mal wieder Hochkonjunktur. Der Kriegsschuldlüge, der Fälschung der Geschichte und der erpresserischen These von der deutschen Wiedergutmachungs- und Sühnepflicht setzt MUT, die Stimme der jungen Generation, die historische Wahrheit (? ? ?) entgegen*" („Mut", 92/75).

In diesem Rahmen gehört z.B. auch die Kampagne für die Freilassung des in Spandau inhaftierten Kriegsverbrechers Heß („Stellvertreter des Führers"). An dieser Kampagne beteiligen sich Leute wie der ehemaligen Bundesjustizminister Bucher (damals FDP, heute CDU – er trat seinerzeit zurück, weil gegen seinen Willen das Projekt einer „Verjährung" von Nazi-Morden vom Bundestag abgelehnt wurde!). Die Kampagne für die Freilassung von Heß reicht weit in die „offizielle" bürgerliche Presse hinein (z.B. der ansonsten weitgehend „liberal" aufgemachte „Stern" des Alt-Nazis Nannen). Die Verbindung nach Rechtsaußen halten Figuren wie der Professor Rubin, führendes Mitglied von Löwenthals faschistoidem „Bund Freies Deutschland" (BFD), berüchtigter Provokateur (u.a. inszenierte er vor einigen Jahren seine eigene „Entführung").

Auf Rechtsaußen tummeln sich für die Freilassung des Kriegsverbrechers Heß Leute wie:

- Manfred Roeder, Chef einer „Deutschen Bürgerinitiative", Organisator von Überfällen auf antifaschistische Ausstellungen, Mitherausgeber der Kloaken-Schrift „Die Auschwitz-Lüge" (ein unglaublich schweinisches Machwerk, in dem der Massenmord an den Juden geleugnet oder zynisch bagatellisiert wird!);

• Thies Christophersen, Chef einer wird!);

- Thies Christophersen, Chef einer „Bauernschaft für Recht und Freiheit" in Schleswig-Holstein, Mitglied der SS-Wachmannschaft im KZ Auschwitz, Verfasser der „Auschwitz-Lüge";
- Manfred Schönborn, seit vielen Jahren im faschistischen Sumpf rührig, Chef eines „Frankfurter Kreis deutscher Soldaten" (bzw. seit April 1975 „Kampfbund deutscher Soldaten").

Christophersen arrangierte am 10.11.1974 im Hamburger „Haus des Sports" eine Veranstaltung, auf der – drapiert mit Hakenkreuzfahnen und mit „Hitlergruß" gefeiert – der US-Faschist Lauck (US-„NSDAP") auftrat. Nachdem dies durch einen Zufall bekannt geworden war, tat der Senat (SPD/FDP), als fiele er aus allen Wolken. Dabei hatte SS-Mörder Christophersen sich schon seit etwa einem Jahr mit 60 - 70 Kumpanen regelmäßig alle vier Wochen im „Haus des Sports" getroffen (wo überdies u.a. ständig Revanchisten-Verbände ihre Treffen durchführen).

Roeder und Schönborn organisierten am 20.1.1975 in Frankfurt eine faschistische Provokation vor dem Haus von Dr. Kemper, der Assistent des US-Hauptanklägers im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß war. Die Faschisten riefen antisemitische Hetzparolen wie **„Raus mit dem Judenpack aus Deutschland"**. Roeder bezeichnete in seiner Rede die BRD als „Drecksrepublik, in der das zionistische Lumpengesindel das Sagen hat". Starke Polizeikräfte des SPD-Magistrats schützten die antisemitischen Randalierer und hinderten eine Gruppe antifaschistischer Gegendemonstranten, der Provokation ein Ende zu machen.

Wird fortgesetzt im nächsten AK:
tion ein Ende zu machen.

Wird fortgesetzt im nächsten AK: Nach der Niederlage Sammlung der „alten Kameraden"; Rehabilitierung der „Waffen-SS"; SS-ler im Staatsapparat; faschistische Propagandazentralen. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Waffen-SS" und „HIAG"

Die „Waffen-SS" war ein faschistischer Kampfverband, der vor allem zur Partisanen-Bekämpfung und zur Unterdrückung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten eingesetzt wurde. Die „Waffen-SS" ist, abgesehen von ihren sozusagen „normalen" Kriegsverbrechen (Bekämpfung von bewaffneten Widerstandskämpfern gegen die Nazi-Besetzung, „Hinrichtung" gefangener Partisanen), auch für unzählbare Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung und für Massenmorde wie in Oradour und Lidice verantwortlich.

Sogleich nach der Kapitulation begannen die Faschisten mit der Sammlung der „alten Kameraden". „Traditionsverbände" entstanden – von den westlichen Besatzungsmächten bzw. dann von der Bundesregierung kaum bekämpft bzw. später geduldet und sogar gefördert – allerorts, zuerst in getarnten geheimen Gruppen („Stammtischrunden" u.ä.), später in offeneren Formen, wie die „HIAG".

Heute hat die „HIAG" nach unterschiedlichen Quellen zwischen 10 - und 20.000 alte SSler organisiert, Angehörige und Kinder nicht mitgerechnet. In rund 100 Ortsgruppen betreibt die „HIAG" ihre „Traditionspflege", u.a. zusammen mit „Soldatenverbänden" wie z.B. dem „Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten, Kampfbund für Europa".

Die „HIAG" ist Mitglied im „Verband deutscher Soldaten" und über diesen dem „Ring deutscher Soldatenverbände" angeschlossen. Sie unterhält Unterorganisationen wie z.B. zur „Kriegsgräberfürsorge", die mit den einschlägigen offiziellen Verbänden zusammenarbeiten. Sie unterhält auch einen eigenen „Suchdienst", der mit dem „Roten Kreuz" zusammenarbeitet. Seit ihrer Gründung 1951 unterhält die „HIAG" auch ein eigenes „Sozialwerk Paul Hausser", dessen Aufgabe die „fürsorgerische Betreuung" von „SS-Kriegsopfern" (!) und SS-Hinterbliebenen sein soll. Hausser, nach dem dieses „Sozialwerk" benannt ist, war SS-General, Begründer der SS-Division „Das Reich", verantwortlich für das Massaker im französischen Ort Oradour am 10.6.44, wo 1830 Einwohner von der SS „zur Vergeltung" ermordet wurden. ●

Aufgeschoben ist noch nicht aufgehoben !

Auf Grund einer Meldung des Westberliner „Extra-Dienst" vom 8. April über das geplante Hamburger Bundestreffen der „HIAG" vom 9.-11. Mai wurde in der Hamburger „Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik" diskutiert und am 12. April eine Erklärung beschlossen, in der es u.a. hieß: „*Diese Tagung ist eine unglaubliche Provokation gegen die Opfer von Krieg und Faschismus sowie gegen alle demokratisch gesonnenen Menschen ... Wir sind der Meinung, daß eine solche Veranstaltung auf keinen Fall stattfinden darf, und daß sie gegebenenfalls verboten werden muß*".

Auch von anderer Seite kamen Proteste. So faßte die „Journalistenunion" (dju) in der IG Druck und Papier einen Beschluß, in dem es u.a. hieß: „*Die Mitgliederversammlung fordert die Ortsverwaltung der IG Drupa auf, zusammen mit dem DGB Hamburg gegen die Veranstaltung ehemaliger SS-Angehöriger zu protestieren und sich energisch für ein Verbot einzusetzen*".

Auch das Präsidium der VVN/Bund der Antifaschisten und die VAN Hamburg forderten das Verbot des „HIAG"-Treffens.

Am 23. April gab dann Wirtschaftssenator Kern der Messe-GmbH, deren Aufsichtsratsvorsitzender er ist (!), die Anweisung, die Vermietung der Räume an die „HIAG" zum 9.-11. Mai rückgängig zu machen. Es ist offensichtlich, daß diese Entscheidung nur deshalb erfolgte, weil dem Senat das A u f s e h e n unangenehm war, das das Nazi-Treffen in der Öffentlichkeit erregt hatte – während der Senat offenbar nichts dagegen gehabt hätte, wenn das „HIAG"-Treffen stillschweigend über die Bühne gegangen wäre.

So sprach Kern sich auch keineswegs grundsätzlich gegen das „HIAG"-Treffen aus, sondern nur gegen dessen Z e i t p u n k t , zum 30. Jahrestag der Niederlage des Faschismus: Eine solche Veranstaltung zu diesem Zeitpunkt würde „von weiten Kreisen der Bevölkerung nicht verstanden", Proteste seien daher „begreifbar" und „zu erwarten". Daher dürfe die Veranstaltung zu diesem Zeitpunkt nicht stattfinden.

Die Schlußfolgerung ist jedoch keineswegs das grundsätzliche Verbot eines „HIAG"-Treffens in Hamburg, sondern dessen V e r s c h i e b u n g auf einen späteren, weniger „delikaten" Zeitpunkt, und möglichst mit weniger Aufsehen in der Öffentlichkeit.

Gegen diese Entscheidung des Senats protestierte am 26. April die Vertreterversammlung der Hamburger IG Metall: Die „HIAG"-Veranstaltung dürfe nicht verschoben werden, sondern müsse verboten werden, forderten die Metaller.

Die „Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik" erklärte am selben Tag: „ ... *Wir fordern ... alle fortschrittlichen Menschen auf, energisch bei ihrem Protest gegen das SS-Treffen zu beharren und nach wie vor ein Verbot vom Senat zu fordern, damit der „HIAG" weder in einer anderen Räumlichkeit noch zu einem anderen Zeitpunkt faschistische Versammlungen möglich werden.*" ●

Boehm-Kaserne, Hamburg-Rahlstedt

Die Schikanen finden kein Ende

Im AK 55 berichteten wir über Disziplinierungsversuche und Provokationen des MAD, die die Kameraden der 3./177 in Trab hielten. Schon die geringfügigsten Anlässe wurden zum Vorwand genommen, um mit Geldstrafen, Ausgangssperren und Zusatzdiensten (abends oder am Wochenende) die Kameraden unter Druck zu setzen. Kurz darauf zog die 3./177 in einen neuen Block. Dadurch wurden die Vorgesetzten erneut ermuntert, ihrer Willkür freien Lauf zu lassen. Die Flure mußten mit Handtüchern trokken gewischt werden, Wände wurden mit Radiergummis abradiert! Der Stuben- und Revierdurchgang wurde schärfer durchgeführt, des öfteren mußten die Kameraden abends ihre Stuben nachreinigen. Unter diesen Bedingungen litt auch das ohnehin zum Teil schon schlechte Verhältnis der Soldaten untereinander. Sie beschuldigten sich gegenseitig, für den Zusatzdienstplan verantwortlich zu sein: „Du dumme Sau, du hast nicht ordentlich sauber gemacht", u.d.m. Bei der Betrachtung der Auswirkungen dieser Schikanen wird auch deutlich, wozu sie dienen. Natürlich nicht dazu, daß die Sauberkeit der Stube perfekt ist (das ist sie ohnehin nie), sondern die Soldaten in einem ständigen Unruhe- und Angstzustand zu versetzen, sie gar nicht erst auf „dumme Gedanken" kommen zu lassen. Genau in diese Richtung geht auch eine erneute Vorschrift (ZVD 10/5), die den „inneren Dienst" regelt. Die ohnehin beliebte Kollektivstrafe (wenn einer Scheiß macht, werden alle bestraft) wird hier jetzt auf das Stubenreinigen übertragen. So kann statt einem Kameraden, die gesamte Stube dazu verknackt werden, beim Stubenreinigen den Feierabend zu verbringen.

In der Zeit nach dem Umzug hatte die 3./177 ihre Wachperiode. Da kam es vor, daß die Hälfte der Stubenbelegschaft auf Wache war, der andere Teil sich auf die Wache vorbereitete. Da gewöhnlich in der Wachperiode das Stubenreinigen nicht so ernst genommen werden konnte, rechnete auch keiner mit dem, was da kommen sollte. Beim Stubendurchgang wurde festgestellt, daß nicht alles so sauber wie gewünscht war. Es wurde ein Zusatzdienstplan gestellt. Die Kameraden hatten jedoch abends wachfrei und gingen ohne schlechtes Gewissen nach Haus. Am nächsten Morgan kam

➡

Ganze Arbeit geleistet!

Antifaschistischer Umweltschutz säubert ostholsteinschen Wald von faschistischem Unrat

Von einer „**Grabschändung**" (*„ausgerechnet am zweiten Ostertag"*) durch „**Unbekannte**" berichtete am 5. April die CDU-treue Zeitung „Kieler Nachrichten". Die „Unbekannten" hatten das Grab eines SSler, seit Jahren eine faschistische Kult- und Pilgerstätte, radikal von allem Schmutz gesäubert (vgl. Fotos). Das soll freilich nicht so bleiben, denn: *„Die Gemeinde Malente hat eine schnelle (!) Wiederherrichtung des Grabes zugesagt"* („Kieler Nachrichten").

Was steckt hinter der „Schändung"? Rowdytum? Rocker? Sicherlich nicht! Wahrscheinlicher ist, daß antifaschistische Kräfte zu dieser beispielhaften Tat schritten, um diesem „Schandmal" ein Ende zu setzen. Von dieser SS-Grabstelle geht jährlich jeweils am ersten Sonntag im Mai eine faschistische Provokation aus, an der sich alte SS-Banditen der ‚HIAG' beteiligen. Mit von der Partie sind meist internationale Faschisten sowie Angehörige der Bundesmarine(!).

Seit 1954 schworen sich die HIAG-Faschisten am Waldesschandmal des holländischen SS-Freiwilligen Bruinenberg die Treue nach dem SS-Motto: „Unsere Ehre heißt Treue". Von diesem Bruinenberg weiß die Nazisage tragikomisch zu erzählen, er habe sich zum Kriegsende – offenbar die Zeichen der Zeit nicht verstehend – beim Waffenreinigen unbeabsichtigterweise selbst erschossen.

Doch sei es wie es sei, die ‚HIAG'-Faschisten nahmen sich dieses SS-„Mahngrabes" besonders an, wie die alljährlichen Treffen zeigen. Obendrein wird dieses Faschisten-Schandmal offiziell von der Gemeinde Malente im Kreis Ostholstein betreut. Dies beweist nochmals die übereilige Zusage, das Grab noch schnell für das nächste Treffen im Mai wieder herzurichten. Es wurden sogar Grundschulklassen jahrelang zur Pflege abkommandiert! Auch der CDU-Bürgermeister läßt es sich in der Regel nicht nehmen, seinen schwarz-rot-gold schimmernden Kranz neben den schwarz umflorten SS-Lorbeerkränzen abzulegen. In den 50er und 60er Jahren zog noch die SS-Meute, im Schlepptau alt- sowie neonazistisches Gesindel, mit einem Spielmannszug und Polizeigeleit an der Spitze durch den Ort Malente.

Erst antifaschistischer Protest zwang die Faschisten, sich auf das Innere des Waldes zu beschränken.

Wahrlich eine Schandtat, daß diese Mordbuben, die mehrere 100.000 Opfer auf ihrem Gewissen haben, noch so lange unbehelligt ihr Unwesen treiben durften und den Wald als Aufmarschplatz benutzen konnten, und dies natürlich unbehelligt – vielmehr im Schutz des Staates und mit Unterstützung der Gemeinde! ●

Ein Eutiner Genosse

Vorher: Ein häßlicher Abfallhaufen stört die Harmonie der Natur

Nachher: Der deutsche Wald ist wieder sauber!

Nachtrag zum Artikel „Sonderkommandos der Polizei" (AK 58/59)

Im Artikel „Sonderkommandos der Polizei: Eine neue Gestapo" wurden beim Erstellen der Zeitung drei Tabellen vergessen, die abgedruckt werden sollten. Sie zeigen die Ausgaben- und Stellenentwicklung im Unterdrückungsapparat des BRD-Imperialismus. Wir liefern die drei Tabellen hier nach.

AK-Redaktion

1. Bundeskriminalamt

	Jahr	Stellen	Gesamtausgaben - in Mio DM -	Vergleichsangaben
IV. Legislaturperiode	1965	818	13,9	
V. Legislaturperiode	1966	832	16,0	letzter Finanzplan
	1967	843	16,6	(1968–1972)
	1968	893	17,8	19,4
	1969	933	22,4	22,4
VI. Legislaturperiode	1970	1211	38,9	24,8
	1971	1529	54,7	26,4
	1972	1876	75,2	40,0
	1973	2062	122,0	

2. Bundesamt für Verfassungsschutz

	Jahr	Stellen	Gesamtausgaben - in Mio DM -	Vergleichsangaben
IV. Legislaturperiode	1965	822	18.4	
V. Legislaturperiode	1966	832	22.2	letzter Finanzplan
	1967	949	22.7	(1968–1972)
	1968	986	23.6	26.7
	1969	1016	29.9	28.0
VI. Legislaturperiode	1970	1088	34.0	29.4
	1971	1186	37.3	27.2
	1972	1259	48.1	27.5
	1973	1409	62.1	

3. Bundesgrenzschutz

	Jahr	Stellen (Soll)	Gesamtausgaben - in Mio DM -	Vergleichsangaben
IV. Legislaturperiode	1965	19 978	312.1	
V. Legislaturperiode	1966	20 000	318.5	letzter Finanzplan
	1967	20 000	310.4	(1968–1972)
	1968	20 000	285.2	311.8
	1969	20 000	314.4	318.8
VI. Legislaturperiode	1970	20 857	381.8	341.7
	1971	21 264	451.4	328.5
	1972	21 657	503.8	339,2
	1973	22 159	565.4	

FORT BOEHM–KASERNE

das böse Erwachen. Rein zum Hauptmann, der ihnen eine 14-tägige Nacht-Ausgangssperre aufbrummte. Berechtigterweise waren die Kameraden verärgert, einige schrieben eine Beschwerde:

Was ist eine saubere Stube?

Warum werden unschuldige Soldaten bestraft?

Der Kommandeur rief nach einer Woche die Soldaten zu sich herein und erpreßte sie. Er erklärte, daß er momentan keine Zeit habe, die Beschwerde zu bearbeiten, jedoch bereit sei, die „erzieherische Maßnahme" für die zweite Woche fallen zu lassen, wenn sie ihrerseits von der Beschwerde absehen würden. Dies taten die Kollegen dann auch. Mit dieser Erpressung hat sich der Kommandeur sogar nach den eigenen Gesetzen der Bundeswehr strafbar gemacht, denn er darf einen Untergebenen nicht mit Hilfe von Drohungen und Erpressungen von einer Beschwerde abhalten. Er hält's mit den Gesetzen genauso wie die gesamte herrschende Klasse: wenn sie nicht mehr nützen, werden sie gebrochen. ●

Soldaten-Genossen, KB/Gruppe Hamburg

Bücher und Broschüren

Anzahl

○ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Fphrung
120 Seiten, Großformat — DM 6,–

○ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau" aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten, Großformat — DM 8,–

○ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten, Buchformat — DM 4,50

○ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen**
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten, Buchformat — DM 6,–

○ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten, Buchformat — DM 4,50

○ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten, Buchformat — DM,6,50

○ **Deutsche Revolution von 1918 bis 1923**
192 Seiten, Buchformat — DM 8,–

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:

○ **Eins teilt sich in zwei**
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat — DM 6,–

● **Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften**
Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI, Juli 1929 zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften
100 Seiten, Buchformat — DM 3,–
Zur Zeit vergriffen – wird neu aufgelegt

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 — je DM 6,–

○ **Hermann Remmele – Schritt halten!**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD
100 Seiten, Buchformat — DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Schallplatten

Lieder des Hamburger Straßentheaters

○ Sie haben den Präsidenten....
17 cm — DM 5,–

○ Wir führen den Kampf weltweit
17 cm — DM 5,–

Kataloge

○ **„Das politische Lied"** — DM -,5o
Platten-Katalog
Dieser Katalog stellt die wichtigsten im ARBEITERBUCH lieferba-
○ „Das politische Lied" — DM -,50
Platten-Katalog
Dieser Katalog stellt die wichtigsten im ARBEITERBUCH lieferba-
ren Schallplatten (jeweils mit kurzer Beschreibung) vor.

○ **Verlags-Katalog** — **kostenlos**
In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint dreiwöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 8,40
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 16,80
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 10,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 20,–

REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 8,–

(60)

Anschrift: ______________________

____

____

____

__________ (Datum) __________ (Unterschrift)

CDU im Angriff auf die letzten Bastionen liberaler Berichterstattung in WDR und NDR

Innerhalb der letzten Wochen häufen sich auffällig gezielte Angriffe auf die wenigen liberalen Bastionen, die es bisher noch vereinzelt in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gibt. Diese Angriffe werden in erster Linie von der CDU geführt und stehen ganz offensichtlich in einem zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang zu dem faschistischen Vorstoß von Strauß und seiner Sonthofener Rede.
Die Hetzkampagne eröffnete Ende Februar der Faschist und „Vertriebenen"-Funktionär Heinrich Windelen, indem er auf einer Propagdandaveranstaltung der CDU in Recklinghausen in bestem Strauß-Stil über den Westdeutschen Rundfunk herzog und drohte: *„Wir lassen uns den Rotfunk nicht mehr gefallen!"*
Schützenhilfe leistete kurz darauf auch die reaktionäre Bauer-Illustrierte „Quick", die einen „Enthüllungsbericht" unter der Schlagzeile nachschob: **„33 Baader-Meinhof-Anhänger im Westdeutschen Rundfunk? "**. Wie durch Zufall konnte das rechte Massenblatt just zu diesem Zeitpunkt dabei mit einem entsprechenden zwei Jahre alten Geheimpapier des Bundeskriminalamtes aufwarten.

Den Mechanismus, nach dem das Bundeskriminalamt seine „Beweise" herzustellen pflegt, exerzierte zuletzt die faschistische Gestapo mit trauriger Perfektion: Sippenhaft.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Rundschau" vom 9.4.1975 laufen die „Überlegungen" des BKA, die laut Parlamentarischem Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Jürgen Schmude, heute einfach „erlaubt sein müssen", nach folgendem Muster ab:

„Als Bezugsperson zur Baader-Meinhof-Gruppe ist nach dem „Quick"-Bericht auch der persönliche Referent von WDR-Intendant Klaus von Bismarck erwähnt, der seit Jahren enge Kontakte zu einem Bonner Staatssekretär unterhält. Anlaß ist seine Ehefrau, deren Schwester mit dem Bremer Rechtsanwalt Heinrich Hannover verheiratet ist. Hannover war zeitweise Anwalt von Ulrike Meinhof".

Zielscheibe: Wyhl-Sendung „vor Ort"

Ulrike Meinhof".

Zielscheibe: Wyhl-Sendung „vor Ort"

Als nächste holte die reaktionäre CDU-Riege in Baden-Württemberg, allen voran Ministerpräsident Filbinger und sein Wirtschaftsminister Eberle, zum Schlag gegen den WDR aus: Kaum war der in der WDR-Fernsehreihe „Vor Ort" gezeigte Dokumentar-Bericht „Bürger gegen Atomkraftwerk Whyl" über den ARD-Kanal gesendet worden, als die Kapitalisten-Statthalter Filbinger und Eberle zum Kesseltreiben gegen das Westdeutsche Fernsehen bliesen und dafür auch ihre sauberen Parteifreunde innerhalb der Rundfunkanstalten mobilisierten. Der CDU-Mann Hans Bausch, Intendant des Süddeutschen Rundfunks und gleichzeitig ARD-Direktor, übernahm es, seinem Intendanten-Kollegen vom WDR, Klaus von Bismarck, die ganz rechte Linie näherzubringen, indem er erklärte, bei der „unkommentierten" Darstellung der Bürger-Aktivitäten sowie der brutalen Polizei-Einsätze gegen Demonstranten in dem Whyl-Film sei es „konkret nicht um Argumente" gegangen, „sondern um die Anwendung von Gewalt" (zitiert nach „Spiegel" v. 14.4.75).

Und CDU-Mann Hammerschmidt, Intendant des Südwestfunks, sorgte dafür, daß die regelmäßig stattfindende ARD-Intendanten-Konferenz, auf der im wesentlichen die möglichst lückenlose Ausrichtung sämtlicher Rundfunkanstalten auf die Klassenpolitik der Bourgeoisie betrieben wird, den WDR wegen des Whyl-Films mit Verurteilungen wie *„Falsche Gewichtung"*, *„Einseitigkeit"* und *„Unsachlichkeit"* unter Druck setzte („FR" vom 17.4.1975).

SWF-Intendant Hammerschmidt und SDR-Intendant Bausch nutzten den Anlaß, um mit der totalen Zensur zu drohen, nämlich bei solchen Sendungen wie dem Whyl-Film „ihre" Sender einfach aus dem ARD-Gemeinschaftsprogramm auszuschalten – eine Praxis, die bisher hauptsächlich die Strauß-Spezis vom Bayrischen Rundfunk schon mehrfach angewendet haben.

Zielscheibe: NDR-Interview mit Kittner

Fast zur gleichen Zeit begann die CDU-Mafia in Niedersachsen auf den Norddeutschen Rundfunk einzuschlagen. Anläßlich der mehrere Wochen anhaltenden Bürger-Proteste in Hannover im Rahmen der „Roten Punkt"-Aktionen gegen die enormen Tariferhöhungen der Öffentlichen Verkehrsmittel im Großraum Hannover hatte der NDR-Hörfunk in seine Berichterstattung auch ein Interview mit dem Kabarettisten und linken
Verkehrsmittel im Großraum Hannover hatte der NDR-Hörfunk in seine Berichterstattung auch ein Interview mit dem Kabarettisten und linken
Sozialdemokraten Dietrich Kittner als einem der „Roter Punkt"-Sprecher gesendet. Unverzüglich traten die niedersächsischen Spitzenreaktionäre – der CDU-Generalsekretär Haaßengeier, der CDU-Vorsitzende Hasselmann und der als Großraumverbands-Vorsitzende für die Tariferhöhungen direkt verantwortliche CDU-Mann Briese – auf den Plan und bezichtigten den NDR in einer breit angelegten Hetzkampagne als „Sprachrohr für Verfassungsfeinde". Gleichzeitig sprachen sie der niedersächsischen Polizei für deren besonders üble Knüppeleien, „Chemie-Keulen"-Einsätze und die öffentliche Demonstrantenverhöhnung als neu entwickelte Methode der psychologischen Kriegsführung nach innen ihren ausdrücklichen Dank aus („NHP", 10.4.75).

Liquidierung demokratischer Berichterstattung

Wogegen sich der reaktionäre Propagandafeldzug richtet, zeigt am deutlichsten die in der „Welt" vom 24.3. auszugsweise wiedergegebene Zitatensammlung aus WDR-Sendungen, die der CDU-Faschist Windelen zum Vorwand für seine „Rotfunk"-Vorwürfe nahm. Die „Welt" zitiert die CDU:

„Am 18. Februar 1975 habe es zum Augustin-Prozeß geheißen, 'mit den Sicherheitsvorkehrungen will man die Baader/Meinhof-Gruppe als staatsgefährdend aufmöbeln'. Zum Berliner Wagenbach-Prozeß habe der Sprecher am 19. Februar eine Kirchenschändung mit den Worten ‚Anbringen von Farbe an einer Kirchenmauer' verniedlicht. Am 22. Februar sei der Beuys-Prozeß in Düsseldorf folgendermaßen kommentiert worden: ‚Der Rechtsstaat erschien in seiner lichtesten Form – in Form von aufmarschierten Polizisten' ... Ein Lied zum Ostersonntag 1972 (!), nach den Notizen der CDU auf den Papst bezogen, lautet: ‚Es ist besser, wenn du die Schnauze hältst/ehe du mit deinen Lügen auf die Nase fällst/denn der Friedenstaube werden die Flügel gestutzt/und dann mit ihrem Ölzweig Kanonen geputzt/'. Poesie, oder was man dafür hält, spielt auch sonst eine tragende Rolle. Eine Sendung mit dem Titel ‚Lieder gegen rechts' des III. WDR-Fernsehprogramms vom 27. November 1973 rät: ‚Strauß und seine Bazis und die Neonazis, das sind Bayerns größte Plag. Jeder echte Bayer fordert darum heuer: Macht die Kommunisten stark' ... Im TV-Jugendmagazin ‚Klatschmohn' (mittlerweile eingestellt) *wurde am 29. Dezember 1973 der Extremistenbeschluß charakterisiert als ‚verfassungswidrige menschenrechtsverletztende Praxis der Behörden ... bei Nichteinstellung engagierter Demokraten'. Am 18. April 1974 durfte ein KPD-Vertreter gegen die ‚korrupten bürgerlichen Parteien' hetzen und ein WDR-Kommentator ergänzte: ‚Die KPD wird sich selbst an den Wahlen zum bürgerlichen Parlament beteiligen, um auch dort die verschiedenen Cliquen der Monopol-Bourgeoisie zu entlarven'. Zur Klage*
den Wahlen zum bürgerlichen Parlament beteiligen, um auch dort die verschiedenen Cliquen der Monopol-Bourgeoisie zu entlarven'. Zur Klage
der Union gegen die Fristenregelung sagte ein Kommentator in WDR II am 22. Juli 1974: ‚In Deutschland hat die Justiz nichts mit der Gerechtigkeit zu tun'. Ein anderer beschrieb die freiheitlich-demokratische Grundordnung am 22. November 73 so: ‚Das System, in dem wir leben, entspricht im großen exakt dem, wofür im kleinen alle jene Gauner ins Gefängnis kommen, die den Menschen die absurde Logik des Schneeballsystems vorgaukeln'."

Den Demagogen von der CDU geht es offenkundig um die Liquidierung aller demokratischen Positionen, um die Unterdrückung jeglichen Widerstands gegen die Verschlechterung unserer Lebensbedingungen.

So ereiferte sich der CDU-Freund und derzeitige Programmdirektor des CDU-kontrollierten Südwestfunk, Dieter Stolte (der demnächst zum ZDF-Intendanten aufsteigen will), schließlich sei es *„doch nicht Aufgabe des Fernsehens, der Bundesgenosse von Bürgerinitiativen zu werden"* (nach „Spiegel" v. 14.4.75).

Die rechtzeitig zu den Landtagswahlen im volkreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen, in dem auch ein wesentlicher Teil der westdeutschen Arbeiterklasse zu Hause ist, gestartete Hetzkampagne gegen letzte Reste liberaler Öffentlichkeit durch die bürgerliche Presse soll die Rundfunkanstalten noch weiter nach rechts treiben. Wohin diese verschärfte Gangart zielt, enthüllte der Faschist Windelen, der die „Rotfunk"-Hetze planmäßig inszeniert hatte, ganz ungeniert selbst: Wenn sich die Machtverhältnisse im Landtag von Nordrhein-Westfalen änderten, werde sich dann auch unmittelbar im WDR etwas ändern (nach „FR" vom 21.3.1975). Mit anderen Worten: die Ablösung der sozial-liberalen Koalition und die Machtergreifung der Reaktionäre und Faschisten wird auch in den Rundfunkanstalten bereits systematisch vorangetrieben. ●

Journalisten-Zelle/
Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

„Bild" lügt und lügt und lügt ....

Eine ganz tolle story war in Springers Hetzblatt „Bild" am 18. April zu lesen: **„Lorenz-Entführer tauchten in Hamburg unter"**. *„Ein Kurier der Anarchisten, 53 (!) Jahre alt und schon früher Sympathisant der Baader-Meinhof-Bande, hat Angela Luther und Ralf Reinders mit dem Interzonenzug von Berlin nach Hamburg gebracht".* Warum die beiden für eine normale Bahnfahrt einen „Kurier" brauchten, bleibt schleierhaft. Jedenfalls war der angebliche „Kurier" laut „Bild" zur Polizei gegangen und hatte „ausgepackt". Unter einem Foto des Mannes (mit Balken „unkenntlich gemacht") ist zu lesen: *„Ich bin mit meinen Nerven am Ende – ich will aussteigen!"* Angela Luther, so laut „Bild" der angebliche „Kurier", sei *„als Mann verkleidet in den Zug gestiegen"; „der Busen wurde durch einen breiten (!!!) Schlips verdeckt".* Ein retuschiertes Foto zeigt Angela Luther mit aufgemaltem Schnurrbart: Laut „Bild" eine **„Phantomzeichnung der Polizei"**.

Der Hintergrund dieser ominösen story wurde einen Tag später von der SPD-nahen „Hamburger Morgenpost", der örtlichen Konkurrenz der „Bild", teilweise aufgehellt. Danach hatte ein Besoffener (der angebliche „Kurier") bei der „Bild" angerufen und die story zum Besten gegeben. „Bild" hatte dann beim „Staatsschutz" (?) nachgefragt **„und wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß alle Angaben des Angetrunkenen nicht stimmen".** („Mopo") Das hatte „Bild" freilich nicht gehindert, die Ente flattern zu lassen. Im übrigen stritt die Polizeipressestelle laut „Mopo" auch ab, daß das retuschierte Luther-Bild von der Polizei angefertigt worden sei.

Das heißt: Die „Bild" hatte nach dem Anruf des Besoffenen gleich ihren Reporter in Marsch gesetzt, der das Foto von dem Alten gemacht hatte; in der Redaktion wurde das retuschierte Luther-Bild gebastelt (das dann als „Phantom-Zeichnung der Polizei" ausgegeben wurde!); und schließlich wäre es seltsam, wenn der (oder die) Reporter der „Bild" die Phantasie des angeblichen „Kuriers" nicht noch etwas durch eigene Einfälle beflügelt hätten – erscheint es doch unwahrscheinlich, daß sich der Alte die story mit vielen „Details" ganz allein zurechtgefummelt haben soll.

Mit solchen Lügengeschichten wird systematisch gearbeitet. Ganz abgesehen davon, daß es nicht den geringsten Beweis dafür gibt, daß Reinders und Luther überhaupt „die Lorenz-Entführer" sind – dies wird aber in der gesamten bürgerlichen Presse (einschließlich der „Mopo", die der „Bild" im Falle dieser speziellen story ganz gewiß nicht aus Wahrheitsliebe, sondern aus Gründen der Konkurrenz eins ausgewischt hat) ständig behauptet.

Das ist es, was die Bourgeoisie unter „Pressefreiheit" versteht: Das Recht, tagtäglich Kübel von Lügen und Hetze auszugießen. Auf den Tag, wo wir d i e s e r Art von „Pressefreiheit" ein Ende machen werden! ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Täglicher Terror: Nachlese – Urteile – Neue Opfer

In unserem ersten Versuch, eine Bilanz der Polizei-Morde seit Beginn der „Reform der Inneren Sicherheit" aufzustellen (vergl. AK Nr. 56), mußten wir 40 (vierzig) Tote seit Anfang 1970 aufzählen. Einen der „Fälle" hatten wir doppelt angegeben (auf Grund eines Fehlers in unserer „Quelle", einer Veröffentlichung der „Roten Hilfe"): Das Opfer vom 27.9.71 ist der Tankwart P. Braats, der bereits am 2.2.71 durch Genickschuß umgebracht wurde. Dafür müssen wir allerdings einige vergessene Opfer nachtragen. Dabei dürfen wir sicher sein, daß wir uns der tatsächlichen Zahl der Toten erst nähern, ganz zu schweigen von der nahezu unerfaßbaren Zahl Beinahe-Toter und Verkrüppelter:

1.1.1972: Der 18jährige Robert Neumann aus Hamburg wird in der Sylvesternacht, als er betrunken randalierte, bei der Festnahme durch Streifenbullen im Würgegriff umgebracht. Der Vater, selbst ehemaliger Polizist, erstattete Anzeige. Polizeipräsident Redding kündigte eine Untersuchung an. Weder ein Ergebnis der Untersuchung, noch eine Verurteilung des Bullen ist bekannt.

18.2.1972: Heinz Stelzer (32 Jahre) wird bei einer Verfolgungsjagd erschossen. Die Polizei hatte ihn und seine Begleiter im Verdacht, bei einem Postraub im Dezember '71 ca. 40.000 DM erbeutet zu haben. Eine Verurteilung der Bullen ist nicht bekannt.

2.7 1972: Ein 22jähriger Mann wird bei einem Einbruchsversuch in ein Gartenhaus bei Nürnberg erschossen. Der Bulle behauptete, in Notwehr gehandelt zu haben, weil er mit einer Eisenstange angegriffen worden sei. Urteil nicht bekannt.

25.7.1974: Ein Einbrecher in München wird erschossen, weil der Polizist angeblich eine Waffe in seiner Hand gesehen hatte. Ein Urteil unbekannt.

23.8.1972: Wilhelm Böse, Oberkellner, Vater von vier Kindern, wird in Regensburg von einem besoffenen Bullen abgeschossen, weil er ihm nichts mehr zu trinken geben wollte. Der Hauptwachtmeister Peter P. hatte sich für seine Zechtour eigens noch seine Pistole vom Revier geholt. Seinem „Kollegen" erklärte er, daß er „sich notfalls gegen Randalierer wehren" müsse. Eine Verurteilung des Bullen ist nicht bekannt.

Urteile

Am 5.2.1973 hatte P.M. Heinz Kropp den Lehrling Heinz Dieter Hübner in einer Gastwirtschaft in Hildesheim willkürlich abgeknallt. In einem Prozeß vor der Vierten Kammer des Hildesheimer Landgerichts wurde der Todesschütze wegen fahrlässiger Tötung im Zustand verminderter Zurechnungsfähigkeit zu
minderter Zurechnungsfähigkeit zu
acht Monaten Haft mit Bewährung „verurteilt". Das Gericht folgte mit diesem Urteil dem Antrag des Staatsanwalts. In der Urteilsbegründung hieß es, die vom Sachverständigen zugestandene verminderte Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten im Augenblick der Tat sei zwar nicht eindeutig. Da „eine panische Angst" (vor dem Lehrling, der sein Bier noch austrinken wollte!) jedoch „nicht auszuschließen" sei, habe man, wie in solchen Fällen üblich (!), zugunsten des Angeklagten geurteilt. Man vergleiche diese Argumentation mit der im Prozeß gegen den Begleiter der erschossenen Petra Schelm, Werner Hoppe, dem noch angesichts des Todes seiner Begleiterin die Kaltblütigkeit unterstellt wurde, überlegt und gezielt auf die ihn verfolgenden Bullen geschossen zu haben!

Am 2.3.75 sprach der Vierte Strafsenat des Bundesgerichtshofs den Hauptkommissar Wolf Diehl vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung frei. Diehl hatte am 16.7.73 den 17jährigen Erich Dobhardt, der aus einem Heim getürmt war, im Zuge einer nach ihm eingeleiteten Großfahndung erschossen. Das Dortmunder Landgericht hatte der Anklage des Vaters soweit entsprochen, daß Diehl wegen fahrlässiger Tötung zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe und 2.000 DM „verurteilt" worden war. Da ihm dieses Urteil nicht genügte, legte der Vater des Ermordeten Revision beim Bundesgerichtshof ein. Für die Aufhebung des Urteils durch den BGH liegt noch keine Begründung vor. Man darf gespannt sein, was sich die Herren Richter im „Namen des Volkes" abringen werden!

Neue Opfer

Seit der Ermordung von Ernst Wiesneth durch den Polizisten Peter Presse bei einer „Verkehrskontrolle" in München am 14.1.75 sind durch Polizisten bereits weitere sieben (!) Menschen umgebracht worden – soweit bekannt!

17.2.1975: Ein 29jähriger Kaufmann krepierte in der Ausnüchterungszelle des Kasseler Polizeipräsidiums. Die Staatsanwaltschaft „nahm Ermittlungen auf". Ergebnis?

17.2.1975: Martin G. (52 Jahre) krepierte ebenfalls in einer Ausnüchterungszelle. Er war volltrunken ins Krankenhaus Fischbeck am Hamburger Stadtrand eingeliefert worden. Nachdem dort seine „Verwahrfähigkeit" bescheinigt wurde, war er in die Zelle einer Revierwache überführt worden. Die „Hamburger Morgenpost" schrieb zynisch: *„Am Stadtrand saufen ist gefährlich"*. Eine Untersuchung der Vorgänge ist nicht bekannt.

20.2.1975: Ein Getränkehändler (61 Jahre) wird in Rüsselsheim auf seinem eigenen Lagergelände erschossen. Er hatte Polizei zum Schutz gegen Einbrecher angefordert. Bis die Streife kam, hatte er die Einbrecher bereits selbst durch Schüsse vertrieben. Als die eintreffenden Bullen eine Waffe in seiner Hand sahen, hielten sie ihn für den „Störer" und ballerten drauflos: Herzschuß! Ein Urteil ist nicht bekannt.

1.3.1975: Horst Heisterberg, Bildhauer aus Eimbeckhausen bei Hannover, wurde in einer Telefonzelle erschossen. Er hatte sich vom Besitzer einer hannoverschen Privatklinik durch eine Bombendrohung 20.000 DM erpressen wollen. Zur vereinbarten Zeit meldete sich Heisterberg telefonisch am Übergabeort. Zur gleichen Zeit sah die Kripo einen Mann in einer nahegelegenen Zelle telefonieren. Sie vermutete in ihm den – unbekannten – Erpresser. Heisterberg wurde erschossen – angeblich hatte er versucht, sich durch Schüsse seiner Festnahme zu entziehen. Erst nachträglich wurde er als der Erpresser identifiziert. Untersuchung unbekannt.

18.3.1975: Manfred Rohs, Arbeiter in Köln-Vingst, wird in seiner Wohnung von einer Streifenwagenbesatzung erschossen. Nachbarn hatten die Bullen gerufen, weil er in seiner Wohnung „randalierte". Bei Aufforderung, die Tür zu öffnen, soll er bewaffnet gewesen sein. Ein Augenzeugenbericht der Nachbarin erwähnt jedoch ausdrücklich, daß sie eine Waffe nicht sehen konnte. – Anklage?

20.3.1975: An diesem Tag traf die tödliche Kugel „irrtümlich" einen „Kollegen". Bei der Festnahme zweier Rauschgifthändler hielt ein amerikanischer Kripo-Bulle einen ihm zu Hilfe eilenden Zivil-Bullen der Frankfurter Polizei für einen „Komplizen" – und hielt selbstverständlich voll drauf! Die Verhafteten können von Glück sagen, daß sie noch leben.

27.3.1975: In Westberlin stürzte ein wegen Rauschgifthandel Verdächtigter aus dem vierten Stock eines Kripo-Gebäudes und starb. Angeblich hatte er sich „in einem unbeobachteten Augenblick durch ein geschlossenes Doppelfenster gestürzt".

Der Rückblick auf das Jahr 1975 zeigt, daß die Bourgeoisie in zunehmendem Maße die von ihrer Polizei verübte Exekution zum Bestandteil bundesrepublikanischen Alltags macht. Die demokratische und kommunistische Öffentlichkeit darf sich nicht an die Morde gewöhnen. Für jeden Toten, ob „Krimineller", „normaler" zufällig betroffener Staatsbürger oder aus politischen Gründen Verfolgter, muß unerbittlich Rechenschaft gefordert werden. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Attentat auf Kohl" und andere Seltsamkeiten

Von einem **„Attentat auf CDU-Chef Kohl"** berichtete am 5. April die „Bild" auf der ersten Seite. Hinter dieser sensationellen Überschrift verbarg sich, daß ein Mann Kohl ins Gesicht geschlagen hatte, als Kohl – begleitet von sechs „Sicherheitsbeamten"! – auf dem Weg zu einer Veranstaltung der „Jungen Union" war.

Am 7. April brachte die „Bild" ein Gespräch mit dem „Attentäter" unter der Überschrift **„Kommunist mit Motorjacht"**. Danach hatte der „Attentäter" (so wurde er tatsächlich auch in diesem Artikel noch bezeichnet!) Kohl *„einen Denkzettel verpassen"* wollen *„wegen der Ostpolitik und dem § 218"*. Sich selbst bezeichnete er als *„österreichischer Kommunist. Aber kein fanatischer"*. Die Tatsache, daß der „Attentäter", ein 35jähriger Busfahrer, Besitzer einer Motorjacht, des Pilotenscheins und anderer Angenehmlichkeiten ist, die nicht ganz zu seinem Gehalt passen, veranlaßte „Bild" zu der provokatorischen Frage: **„Bekommen Sie Geld aus dem Ostblock?"** (!!). Stoßrichtung klar ...

Abgesehen davon, wie hier ein recht unbedeutender Vorfall zum „Attentat" hochgepumpt wurde und frech in Antikommunismus gemacht wurde, sind noch einige Punkte bemerkenswert: Kohl verzichtete auf eine Anzeige. Die Polizei ließ den Mann nach kaum vier Stunden wieder laufen. Zu den Gründen für seinen Angriff hatte er sich bis dahin ausgeschwiegen. Wohl aber öffnete er
geschwiegen. Wohl aber öffnete er
einen Tag später dem „Bild"-Reporter die Türen und „bekannte" sich als angeblicher „Kommunist". Bleibt schließlich noch sein Lebensstandard (die Motorjacht etc.), der die Frage nach Geldquellen aufwirft, die jedoch mit Sicherheit nicht im „Ostblock" zu suchen sind!

Vorfälle wie dieser, die als Mosaiksteinchen bei der antikommunistischen Stimmungsmache und bei der Propagierung der „inneren Sicherheit" (Ausbau des Polizeistaats) dienen, gibt es viele. Erinnert sei z.B. an den fragwürdigen „Anschlag" auf den CDU-Politiker Leisler Kiep am 30.11.74. Damals wurden mehrere Schüsse abgegeben, als Kiep seine Sauna verließ. Wurde dieser Vorfall zuerst unheimlich hochgepumpt und in die „Terroristen"-Hetze eingepaßt (es wurde sogar behauptet, die „Rote-Armee-Fraktion" habe sich zu dem Anschlag bekannt!), so „starb" sie Ende Januar in kleinen Meldungen: „keine Spur", der Schütze könnte ein Dieb gewesen sein etc. Zwischendurch hatte es Informationen gegeben, daß hinter dem Anschlag eine faschistische (!) Gruppe „Aktion '76" gesteckt haben könnte, von der ein Flugblatt gefunden wurde („Kiep, **Befürworter der Ostpolitik, muß weg!**").

Eine Provokation großen Stils war am 13. März die Abschaltung des Stroms in der Umgebung von Freiburg (2 bis 300.000 Menschen betroffen!) ausgerechnet während der Fernsehübertragung des Fußballspiels BRD – England. Vorwand war der Anruf eines Unbekannten, der sich als Sprecher einer „Kommunistischen Partei Westdeutschlands" (!!) ausgegeben hatte und verlangt hatte, den Strom abzustellen – sonst würden mehrere Umspannwerke in die Luft fliegen. Hinter diesem Anruf steckten offenbar Faschisten. Bezeichnend ist aber darüberhinaus, daß die CDU-Landesregierung sofort die Gelegenheit wahrnahm, „sich der Erpressung zu beugen", also die Provokation voll mitspielte. Ministerpräsident Filbinger tadelte ausdrücklich den südbadischen Polizeipräsidenten Wöhrle, der die Stromsperre kritisiert hatte.

Ein anderes Beispiel: Ende Oktober vorigen Jahres sperrte die Polizei stundenlang einen Abschnitt der Autobahn Frankfurt-Köln, nachdem angeblich telefonisch ein Bombenanschlag auf eine Brücke angedroht worden war. In beiden Fällen ging es für den Staat darum, größere Teile der Bevölkerung spürbar mit angeblichem „Terrorismus" zu konfrontieren, um dessen „Bedrohlichkeit" für den einzelnen „Bürger" vorzuführen.

Als ähnlich nützlich erwies sich die Geschichte von den „japanischen Terroristen", die angeblich Anschläge auf westdeutsche Flughäfen verüben wollten. 20 bis 30 „japanische Anarchisten" (**„Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe"** – so die „Hamburger Morgenpost" am 12.2.75) seien laut einem „Hinweis" – über die Herkunft des „Hinweises" wurde zunächst nichts gesagt – schon in die BRD eingereist. Für die Flughäfen Stuttgart, Hannover, München, Düsseldorf, Frankfurt und Hamburg wurde „verschärfte Überwachung" angeordnet: So wurde der Flughafen von Stuttgart mit einem Stacheldrahtverhau abgeriegelt. Panzerspähwagen (!!) des „Bundesgrenzschutz" (!!) fuhren auf, BGS-Leute und Polizisten mit Maschinenpistolen
und Polizisten mit Maschinenpistolen
„überwachten" die Flughäfen. Ausserdem wurden auch *„verschiedene öffentliche Einrichtungen verstärkt geschützt"* („FR", 11.2.75).

Am 12. Februar jedoch wurde die Einschränkung der „Sicherheitsvorkehrungen" für den Flughafen Stuttgart bekannt gegeben, da **„eine erhöhte Gefährdung des Flugverkehrs nicht mehr gegeben"** sei („FR", 14.2.). War dies schon seltsam (wieso war die behauptete Gefahr plötzlich „nicht mehr gegeben", während zugleich an der Geschichte von den „japanischen Terroristen" festgehalten wurde? !), so mußte es vollends verblüffen, daß nach längerem Schweigen zu diesem Thema Anfang April die „japanischen Terroristen" erneut bemüht wurden: Laut einem *„Geheimbericht der amerikanischen Luftfahrtbehörde"* seien 22 Mitglieder der *„japanischen ‚Roten Armee'"* unterwegs, um Anschläge auf BRD-Flughäfen zu unternehmen ... („Welt", 2.4.75). Wahrscheinlich wird diese Story noch ein paar Mal zu passenden Gelegenheiten neu aufgewärmt werden!

Provokationen, die entweder völlig frei erfundene Vorwände haben (z.B. irgendwelche angeblichen „Geheimberichte") oder die von Rechtsradikalen und Agenten inszeniert sind, oder wo vielleicht die Gelegenheit eines anonymen Anrufs eines Psychopathen beim Schopf gepackt wird, dienen zur weiteren Erprobung, Einübung und zum Ausbau des Polizeiapparats. Zugleich werden sie benutzt, den Polizeistaat zum Bestandteil des „Alltags" in den Augen der Bevölkerung zu machen und durch künstlich herbeigeführte Belästigungen der Bevölkerung (z.B. Stromsperre) Stimmung gegen die „Terroristen" und „Kommunisten" zu machen. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kiel:

Wachsende Polizeiwillkür

Im Windschatten der Aktion „Winterreise" und anläßlich der Lorenz-Entführung hat es auch in Kiel einige Fälle polizeilicher Willkürakte gegeben.

Mehrere „KPD"ler agitierten am 10. März im Rahmen ihres Wahlkampfes auf dem Schulhof der Berufsschule 2 in Kiel, woraufhin der Direktor ihnen wutentbrannt entgegentrat, einer Genossin die Zeitung aus der Hand riß und tobend zerknüllte. Die Polizei hatte er offensichtlich schon vorher benachrichtigt. Denn es dauerte keine fünf Minuten, da waren die Bullen (ca. 15 Mann) zur Stelle!

Bei dem nun folgenden brutalen Einsatz – die Bullen schlugen mit Gummiknüppeln und bloßen Fäusten auf die Genossen und ihnen zu Hilfe eilende Schüler ein – wurden vier „KPD"ler und ein Schülervertreter zusammengeschlagen und festgenommen. Dem Schülervertreter wurde obendrein erklärt, er habe mit einer Anzeige wegen „Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und gefährlicher Körperverletzung" (!) zu rechnen.

Auch in Eutin wurde ein „KPD"-ler an der dortigen Realschule festgenommen, als er auf dem Schulhof Propaganda für die Wahl der „KPD" betrieb.

Bereits zweimal in letzter Zeit sind die Agitationsversuche der „KPD" unter den Arbeitslosen auf dem Kieler Arbeitsamt durch Bulleneinsatz beendet und einige Genossen mit auf die Wache geschleppt worden.

In der Holstenstraße wurde ihnen – mit einem Aufgebot von 15 - 20 Bullen in der Rückhand – das Megaphon entwendet. Offizielle Begründung: wegen „ruhestörenden Lärms". – Wenige Meter weiter aber plärrte Musik aus den Lautsprechern der wahlkämpfenden bürgerlichen Parteien!

In Kiel-Gaarden überfielen bereits im Januar ca. 15 Bullen eine Vietnam-Kundgebung der „Liga gegen den Imperialismus". Die Genossen wurden umzingelt, Plakate abgerissen und eine an einem Galgen baumelnde Thieu-Puppe wurde beschlagnahmt. Drei bis vier Bullen blieben zur Einschüchterung und Bedrohung zurück. Überdies versuchten sie, die Passanten in übelster Manier aufzuhetzen: „Gegen Thieu protestieren sie, gegen die DDR unternehmen sie nichts!", um der Bevölkerung so ihre Überfälle verständlich zu machen, sie an Polizeistaatsmethoden zu gewöhnen.

Verstärkt wurden in letzter Zeit Genossen beim Vertrieb unserer Propagandamaterialien von der Polizei und Justiz behindert:

Eine Genossin erhielt z.B. eine Anzeige wegen fehlender „Reisegewerbegenehmigung" beim Verkauf des ARBEITERKAMPF. Dieser bisher nicht übliche Angriff auf die Pressefreiheit beruht auf einem internen Anweisungsschreiben des Landesministers für Wirtschaft und Verkehr an alle Dienststellen, wonach der Verkauf von Zeitungen und Zeitschriften ein Reisegewerbe und daher eine Reisegewerbekarte erforderlich sei.

Auch reaktionäre Lehrer erdreisten sich immer häufiger, Genossen, die vor den Schulen den ARBEITERKAMPF etc. anbieten, mit Polizei zu vertreiben. So geschehen in Heikendorf bei Kiel, wo ein Pauker mit den Worten: „Hier darf nichts Politisches verteilt werden!" sogleich die Bullen rief; woraufhin unsere Genossen abzogen und wenig später einen Bullenwagen aufkreuzen sahen.

Genau solche Typen, „eifrige Mitarbeiter" nach Art dieses Paukers, sind die Früchte, die die Bourgeoisie mit ihrer Forderung nach „Mithilfe durch die Bevölkerung bei der Jagd nach Terroristen" (sprich: alles, was links ist, angefangen bei den Jusos), heranzüchtet. ●

Eine Bezirkseinheit des
KB/Gruppe Kiel

Lübeck
Lübeck

Demonstration gegen Strauß-Auftritt

Etwa 14 Tage vor dem „Ereignis" sickerte es durch: F.J. Strauß wollte im Rahmen des CDU-Landtagswahlkampfes am 9.4. nach Lübeck kommen.

Zu diesem Auftritt hatte die CDU offenbar – wesentlich intern – ihre gesamte Anhängerschaft mobilisiert. Schon eine Stunde vor Beginn war die Halle überfüllt (rund 2.600 Menschen); rund 1.000 Menschen waren in benachbarten Räumen vor Übertragungslautsprechern untergebracht. Mehrere hundert Menschen kamen überhaupt nicht mehr rein – darunter besonders die Linken, die zu spät gekommen waren.

Außerdem war die Polizei massiv mit Wasserwerfern und Pferden aufmarschiert. Unter diesen Umständen wurde der Strauß-Auftritt kaum gestört.

Wie schon bei früheren ähnlichen Anlässen – provokatorischen NPD-Auftritten – war auch diesmal die Lübecker KB-Gruppe praktisch wieder die einzige Organisation, die planmäßig und öffentlich etwas unternommen hatte.

Innerhalb weniger Tage hatte der Kommunistische Bund in einem Flugblatt und mit Aufklebern zu einer Protestdemonstration mobilisiert. Noch kurzfristig war der Ort für den Demonstrationsbeginn umgelegt worden – in die Nähe der Strauß-Versammlung.

Nachdem über Flugblätter und kurze Reden vor Ort auf die Provokation im Straußauftritt hingewiesen wurde, marschierten nach Ende des Strauß-Auftritts etwa 250 Menschen zum nahegelegenen Broling-Markt, wo zunächst eine kurze Kundgebung stattfand. Durch den Arbeiterbezirk St. Lorenz-Nord demonstrierten anschließend etwa 200 Antifaschisten und Kommunisten, darunter auch die etwa 30 Genossen der „KPD", unter Parolen wie „Strauß – Faschist – raus aus Lübeck" und „Tod dem Faschismus".

Die Einladung, gemeinsam gegen Strauß zu demonstrieren, wurde von den Jusos und DKP und SDAJ überhaupt nicht beachtet. Die Jusos verteilten sogar eigens ein Flugblatt, um vor Störaktionen zu warnen und die Antifaschisten anzumachen: Auf „Provokationen" würde Strauß nur warten! ...

Die Revisionisten waren überhaupt nicht zu sehen. Am selben Abend, auf einem öffentlichen „Schulungstreff", jammerten sie über den Antikommunismus in der BRD und pöbelten gegen die KB-Aktion, womit „die Maoisten der Reaktion in die Hände gespielt" hätten.

Die überwiegend auf Wahlreise befindlichen „KPD"-Genossen beteiligten sich begrüßenswerterweise an der Demonstration. Doch überwiegend wurde das von den Genossen auch als günstige Plattform für ihren Wahlzirkus verstanden. So versuchten sie, möglichst vorn in der Demonstration mehrmals ihre Wahlparolen anzustimmen. In der ihnen vom KB zugestandenen Abschlußkundgebungsrede wurde neben Richtigem leider auch noch zur Wahl ihres Vereins und zur Unterstützung ihres „Sternmarsches" nach Kiel aufgerufen. ●

KB/Gruppe Lübeck

Landtagswahlen in Schleswig-Holstein: „Tendenzwende"?

Am 13.4. wurde in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag gewählt. Die CDU behielt dabei zwar ihre absolute Mehrheit, mußte aber allen Erwartungen zum Trotz Verluste gegenüber den Landtagswahlen von 1971 hinnehmen. Im Vergleich zu den bisherigen Landtagswahlen 1974 setzte sich der „Erdrutsch" zugunsten der CDU also nicht fort, im Gegenteil: zum ersten Mal seit der Bundestagswahl 1972 verlor die CDU Stimmen.

Aber auch die SPD hatte geringfügige Verluste zu verzeichnen. Gegenüber der letzten Bundestagswahl verlor sie sogar um 8,5 %, verglichen mit der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein von 1974 gewann sie jedoch wieder um 4,5 %.

Abgesahnt hat bei den Verlusten der CDU und SPD die FDP, wobei sich dieser Stimmenzuwachs vor allem aus Wählern der Mittelschichten (z. B. Bauern) rekrutiert, da die Stammwählerschaft der SPD in der Arbeiterklasse vergleichsweise gering geschrumpft ist.

Die NDP wählten auch diesmal immerhin noch über 8.000 Schleswig-Holsteiner, das sind beispielsweise ca. 2.200 mehr als die DKP Wähler hatte (von den paar Hundert Stimmen der „KPD" ganz zu schweigen).

Klaus Matthiesen, SPD-Führer in Schleswig-Holstein, redete nach den überraschenden Verlusten der CDU von einer „Tendenzwende". Von einer „Tendenzwende" kann in Wirklichkeit nicht die Rede sein, wie anschließend die Kommunal-Wahlen in Baden-Württemberg zeigten.

Die Verluste der CDU sind vor allem auf zwei Dinge zurückzuführen:

1. die Sonthofener Rede von F.-J. Strauss, die offensichtlich bis in Teile der Mittelschichten Empörung ausgelöst hat. Früheren SPD-Wählern aus den Mittelschichten, die bei Wahlen in anderen Bundesländern zur CDU/CSU-Wahl übergegangen waren, erschien die CDU wegen der Aktualität Sonthofens allzu rechts. Diese Menschen haben größtenteils wieder SPD gewählt. Was dennoch von der SPD abbröckelte, ist zur FDP gegangen.

Dort, wo Strauß als Wahlredner auftrat, erlitt die CDU auch ihre deutlichsten Einbrüche, z. B. in Husum ein Minus von 2,5 %, in Rendsburg von 2,6 % und in Heide gar minus 3,9 %.

2. die Erfahrung mit einer mehr als 20-jährigen CDU-Herrschaft, die den Arbeitern nichts als überdurch-

2. die Erfahrung mit einer mehr als 20-jährigen CDU-Herrschaft, die den Arbeitern nichts als überdurch-
schnittlich hohe Arbeitslosenzahlen und den kleinen Bauern und Gewerbetreibenden Pleiten 'en gros' eingebracht hat. Daß dabei natürlich die enttäuschten Wähler speziell aus den Mittelschichten auf die FDP auswichen, weil ihnen die Schleswig-Hosteinische SPD schon zu „links" ist, erklärt die hohen Stimmengewinne der FDP.

Die Sozialdemokraten haben zwar aus der Enthüllung über Strauß' faschistische Pläne Kapital schlagen können, dennoch hat die SPD Verluste hinnehmen müssen.

Wie soll wohl eine Partie die „Tendenzwende" herbeiführen können, die angesichts solcher Enthüllungen die „Solidarität aller Demokraten" (mit Strauß also) beschwörte; Büsumer Jusos, die Strauß kritisieren, zur Ordnung rief; die in der Debatte um „innere Sicherheit" selbst den Polizeistaat propagierte? Oder – wie in Flensburg mit Günter Grass – den Wahlkampf mit dem Hauptstoß gegen die Kommunisten führte? An den Verlusten der CDU zwar die SPD relativ „unschuldig" bei so viel Anbiederei!

Gesamtergebnis Schleswig-Holstein

Partei	Landtagswahl 1975 Stimmen	%	Landtagswahl 1971 Stimmen	%	Bundestagswahl 1972 Stimmen	%	Kommunalwahl 1974 Stimmen	%
Wahlberechtigte	1 836 521		1 777 762		1 839 177		1 825 177	
Wahlbeteiligung		82,5		79,2		90,5		79,2
Gültige Stimmen	1 503 986		1 397 069		1 654 156		1 417 717	
CDU	757 907	50,4	722 361	51,7	695 140	42,0	753 453	53,1
SPD	603 023	40,1	575 682	41,2	804 446	48,6	504 326	35,6
FDP	107 016	7,1	53 284	3,8	141 797	8,6	127 095	9,0
SSW	20 698	1,4	18 404	1,3	–	–	22 132	1,6
NPD	8 124	0,5	18 526	1,3	8 535	0,5	–	–
DKP	5 919	0,4	5 264	0,4	2 528	0,2	6 509	0,5
DMP	472	–			–	–		–
KPD	696	–			–	–	–	–
Ubrige	131	–	3 548	0,3	1 010	0,1	4 202	0,3

Die CDU ihrerseits behauptete nun dummfrech, sie habe Stimmengewinne in einigen Arbeiterbezirken zu verzeichnen. Das wäre natürlich Wasser auf die Mühlen ihrer Hetze gegen die angeblichen „sozialistischen Experimente" der SPD gewesen. Solche Märchen konnte man auch über den BFD nach der Westberliner Senatswahl hören. Die Tatsachen aber beweisen – ausgenommen das Elbe-Gebiet – das Gegenteil: in Kiel z. B. erhielt die SPD bei etwa 1 % Verlust pro Wahlkreis zwischen 47 und 59 % der Stimmen, während die CDU nur in einem der fünf Wahlkreise die absolute Mehrheit erreichte. Die Arbeiter haben in fast allen Städten wieder SPD gewählt.

Strauss-Provokationen

Strauss-Provokationen

Schon im niedersächsischen Wahlkampf heiß es: „Strauss kommt wieder nach Norddeutschland!" „Bild" tat ihr übriges, um sein „Comeback" zu verkünden. Dennoch beschränkte sich Strauss zunächst auf kleinere Städte wie Heide, Rendsburg und Husum (ausgenommen Lübeck) und hielt seine Hetzreden hauptsächlich vor auserlesenem Publikum in der Arbeitszeit.

Nach Flensburg und Kiel traute er sich offenbar noch nicht wieder, wo er 1969 in der Kieler Ostseehalle von den Tausenden Kollegen derart niedergeschrien wurde, daß er sein Maul gar nicht erst aufkriegte.

Der Versuch, sich über die kleineren Städte wieder einzuschleichen, gelang ihm allerdings in Husum auch nicht ganz reibungslos. Dort waren unter den 1.200 Veranstaltungsteilnehmern ca. 300 oppositionelle Schüler, die seinen Vergleich von SPD-Steffen mit einem Geisteskranken gleich mit der Parole quittierten: *„Stoltenberg und Strauss – Neonazis raus!"* Dieser Block konnte sich allerdings in dem auserwählten Publikum nicht voll durchsetzen. Im Gegensatz zu seiner Veranstaltung in Heide, wo Strauss volle Sympathie genoß, und auch dementsprechend loslegte („neomarxistische Parteien SPD und FDP"), hielt er sich in Husum zurück und erntete nur müden Beifall.

Die Husumer Sympathisanten des KB hatten zu seinem provokatori- Erscheinen ein Flugblatt und das AK-Extrablatt verteilt, in dem die Sonthofener Rede auseinandergenommen wurde. Größere Ablehnung gegenüber Strauss war allenthalben spürbar, mithin auch gegenüber Krupp-Direktor Stoltenberg. (Zumal dessen „Danksagung" für Kriegsverbrecher Dönitz publik geworden war, die noch mal seine Geistesverwandtschaft zu Faschisten bewies. Siehe auch „Alt- und Neonazis unter den Fittichen der CDU").

Insofern war der Boden etwas be-

und Neonazis unter den Fittichen der CDU").

Insofern war der Boden etwas be-
reitet für die Agitation und Propaganda der Linken, für die (nicht zuletzt politisch aktuell gegen Stoltenberg-Strauss ausgerichteten) Aktivitäten der landesweiten Jugendaktionseinheit (vergl. AK 58) und für Aktionen des KB gegen Strauss (in Lübeck) und die NDP (in Eutin/Plön).

Teilweise wirkte auch die Propaganda der DKP (insofern gegen die CDU gearbeitet wurde) objektiv positiv; spalterisch indessen dort, wo – wie in Kiel bei der Jugenddemonstration am 22.3. – der „Hauptfeind" unversehens die „von Maoisten gesteuerten Aktivitäten" waren.

Besonders lächerlich nahm sich, gemessen am bombastischen Wahlkampfstil, das Abschneiden der „KPD" aus, die in Schleswig-Holstein erstmalig in zehn Wahlkreisen kandidierte. In Kiel-Ost bekam sie die höchste Stimmenanzahl mit 0,3 %, in Flensburg erhielt sie ganze 49 Stimmen. Vor der Wahl erklärte der Kandidat dieser „einzigartigen Partei" im Wahlkreis Niebüll, Motullo: *Die Politisierung der Arbeiterklasse, die bei Wahlen in gewissem Rahmen von der Bourgeoisie selbst herbeigeführt wird, biete die beste Möglichkeit, die Partei aufzubauen.* Nun, dieses Wahlergebnis straft ihn Lügen. Im Gegenteil beweist sich hier wieder einmal: **Die Kommunistische Partei wird nicht durch „Gastspiele" bei Wahlen aufgebaut, sondern im Klassenkampf, in der Herstellung der politischen Einheit der Arbeiterklasse.**

Erfolge bei Wahlen werden die Kommunisten nur dann erzielen, wenn sie sich im praktischen Klassenkampf als Interessenvertreter der Arbeiterklasse erwiesen haben.

Wir sind gespannt, ob das Kunststück gelingt, selbst diese Schlappe noch als Erfolg der „Einzigartigen Partei" zu verkaufen.

Nach dem „Stop" der rechten Tendenzwende nun ein linke(re)r Trend? ?

Der Anti-Strauss-Protest (und mithin die Ablehnung Stoltenbergs in weiten Teilen der Bevölkerung) konnte sich bei den Wahlen schlechterdings nicht anders ausdrücken als im Votum für die SPD und FDP. Wie nach ähnlichen Anlässen (etwas Spiegel- und Fibag-Affäre, Mißtrauensvotum) ist der Protest somit aber auch in der Sackgasse des sozialdemokratischen Erzopportunismus „aufgehoben", und das zeigt eine Richtung unserer Anstrengungen folglich an. Was zu bedenken bleibt und zu keinerlei Überschätzung führen darf (etwa im Sinne einer Neuentdeckung der „Linkswendung" der Massen) ist der Umstand, daß bei den Bundestagswahlen 1972 die SPD indessen mit 48,6 % erheblich vor der CDU mit 42 % gelegen hatte!

Der KB hat für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein keine Wahlempfehlung ausgesprochen. Wir erklärten allerdings folgendes:

1. gelte es, der reaktionären CDU-Tendenzwende entgegenzutreten, so daß die berechtigte Unzufriedenheit der Werktätigen mit der SPD nicht fatalerweise in Stimmen für die geschworenen Arbeiterfeinde um Stoltenberg (und Strauss) münden darf;
2. erscheine es sinnlos, SPD zu wählen, um damit der SPD auch noch auf Landesebene die Chance zu geben, die Arbeiter zu betrügen und dem Kapital als Regierungspartei zu dienen;
3. man sich keinerlei Effekt von einer Wahl der DKP (und erst recht nicht der Reisekader der „KPD") versprechen darf.

Wir haben bentont, daß antikapitalistische Positionen entscheidend durch den außerparlamentarischen Klassenkampf zum tragen kommen. Erst recht gilt dies beim derzeitigen Kräfteverhältnis zwischen den Klassen. ●

KB/Gruppen Kiel und Flensburg

Alt- und Neonazis unter den Fittichen der CDU

Stoltenberg hat sich stets als Gleichgesinnter seines Vorgängers Lemke erwiesen, jenem ehemaligen Nazibürgermeister und Verhaftungsspezi in Eckernförde, jetzt Landtagspräsident. Sauwohl fühlen dürfen sich Altnazis namentlich im Staatsdienst Schleswig-Holsteins:

Angefangen von Werner Rhode, dem heutigen Leiter der Allgemeinen Abteilung im Justizministerium, früher Besatzerstaatsanwalt beim Sondergericht Prag, wegen 110Todesurteilen gegen tschechoslowakische Bürger gesuchter Kriegsverbrecher; über Josef Domabyl, dem heutigen Direktor des Landesbesoldungsames im Innenministerium, Hetzredner der Sudetendeutschen Landsmannschaft, früher Mitglied der NSDAP-Leitung und Protektoratsverwaltung im besetzten Prag; bis zu dem braunen Pack unter schwarzer Robe, wie Heinz Sander, dem heutigen Präsidenten des schleswig-holsteinischen Landesverwaltungsgerichts in Schleswig, früher als NSDAP- und SA-Mitglied beim Reichsstatthalter in Posen; wie Ernst Ehlers, dem heutigen Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht Schleswig, früher: Staatspolizeistellenleiter in Liegnitz und Beauftragter des Chefs der Sicherheitspolizei für Belgien/Nordfrankreich; wie Herbert Spillner, dem heutigen vorsitzenden Richter am Landessozialgericht Schleswig, früher Staatsanwalt beim Sondergericht Dresden; wie Günter Burmeister, dem heutigen Oberlandesgerichtsrat in Schleswig, früher: SS-Obersturmführer beim SS-Gericht/Chef des Amtes III; wie Harro Petersen, dem heutigen Vizepräsidenten des Landesgerichts Flensburg, früher: Staatsanwalt für „politische Strafsachen" in Kattowitz (Polen); wie Kurt Martens, dem heutigen Vizepräsidenten des Landgerichts Kiel, früher: Landgerichtsrat beim Sondergericht Kiel . . . aufgehört beim höheren Polizeidienst mit den heutige Bezirkshauptkommissaren bzw. Inspektionsleitern Albert Lange (Schleswig), Erich Runge (Wedel), beide SS-Offiziereund Teilnehmer der Besetzung der Tschechoslowakei, sowie dem Ziehvater der Eutiner Bullen, dem heutigen Polizeidirektor Tobien, früher: SS-Sturmbannführer. Nicht zu vergessen so profilierte Rassenideologen wie v. Rauch, Uni Kiel, und Theodor Wilhelm (langjährig im Lehramtsprüfungsausschuß!) Ganz zu schweigen von all denjenigen Altnazis, die, wie der Kindermord-Belastete Asbach, Eutin-Fissau, ehemals Minister unter der Landesregierung v. Hassel CDU, in Schleswig-Holstein ein El-Dorado-„Versteck" gefunden haben.

Nur allzu verständlich, wenn man an Stoltenbergs kürzlichen Auftritt beim Revanchistentreffen in Kiel-Laboe denkt, wo er dem Kriegsverbrecher Dönitz (Nazigroßadmiral und formeller Hitlernachfolger) Dank sagte, wie das sein Kultusminister Braun (= drum!) und der CDU-Fraktionsvorsitzende Barschel eh zu tun pflegten.

NPD-Aktivisten, wie der Vizekommandeur bei der Bundeswehr in Eutin, Werner Witt, werden von der Landesregierung gedeckt (CDU-Innenminister Titzck „Disziplinarverfahren nicht gerechtfertigt!", kein Anstoß daran nahm freilich auch SPD-Verteidigungsminister Leber), Wohlwollen genießen die Neonazi-Lehrkräfte David-Happach (Lübeck), NPD-Vorstandsmitglied Führer (Berufsschule in Itzehoe), Rheingans (Studiendirektor in Neustadt), Rössner (Berufsschule Eutin) usw.

Berufsverbote? Gegen Linke aber ja, natürlich ! Stoltenberg: *„Bei uns gibt es an den Hochschulden keine Probleme mit Systemveränderern, wie lassen sie als Lehrkräfte erst gar nicht zu!"*

Es rundet das Strauß-verwandte Bild Stoltenbergs ab, wenn man seinen Knebelungsversuch bereits liberaler Äußerungen des TV-Magazins „Panorama" zum § 218 von vor einem Jahr hinzunimmt.

Wen wundert's, daß der größte offizielle Finanzier der Landes-CDU die „Staatspolitische Vereinigung Schleswig-Holsteins"(mit Sitz in Rendsburg) ist und identisch mit der Landesvereinigung Schleswig-Holsteinischer Arbeitgeberverbände (Geschäftsführer von beiden de Haan). Gewisse Gelder, wenngleich bei weitem nicht so viel, fließen aus dieser Quelleauch der FDP zu, sowie - der SPD, der „Arbeiterpartei", die längst zum bürgerlichen Pfahl im Fleische der Arbeiterklasse geworden ist, nichtsdestoweniger (oder gerade drum) immer auf's Neue bemüht ist, sich als die Alternative zur „Unternehmerpartei" anzubiedern . . . ●

KB/Gruppe Kiel

Mit den Jusos ist theoretisch nicht viel Staat zu machen ...!

Unter der Überschrift „WAHL–KAMPF MIT ARGUMENTEN" führten die JUSOS in ihrer Zeitung „Rotkielchen" (Ausgabe März 75) die folgende „Theorieattacke" gegen Stoltenberg–Springer–Strauß:

„Die Konservativen (hierzulande die CDU) sagen: im Interesse des Staates. Und sie trennen den ‚Staat als Ganzes' von den Menschen, die diesen Staat bilden.

Sozialismus ist, wenn es zuerst um die Menschen geht!"

Welche Unterstellung! Zitieren wir mal „BILD" vom 4. März 75. Unter der Überschrift, *„Warum WIR in diesen Tagen* (gemeint sind die Lorenz-Entführungstage) *alle so unglücklich sind . . ."* , heißt es u.a.:

diesen Tagen (gemeint sind die Lorenz-Entführungstage) *alle so unglücklich sind . . ."* , heißt es u.a.:

„Kluge Leute sagen, daß der Staat erpreßt wird. Aber wer ist der Staat? Wir alle! Wir, die wir pünktlich unsere Steuern zahlen, bei Rot an der Ampel halten und immer pünktlich im Büro und bei der Arbeit sind. Wir, die wir unter anderem auch das Benzin für die Lufthansa bezahlen, mit der gestern ‚40 Jahre Gefängnis' vom Rollfeld abhoben."

Na, bitte schön, wo ist hier das Trennende? Vielmehr ist die Identität der bürgerlichen Staatsdoktrin offenkundig. Und, sozusagen als Replik auf die vom „Rotkielchen" allzu kärglich geschilpte „Sozialismus–Definition": bei „BILD" geht's doch offenkundig auch zuerst um den Menschen. Derlei Demagogie nennt man auch „Sozialismus": **Nationalsozialismus** seither.

„Wie war es möglich, daß der Faschismus breite Massen so betrügen konnte? Die Ursache war, daß sich eine alte und tiefe Illusion über den Staat festgesetzt hatte, die der Faschismus ausnutzte; eine Illusion, die schon in der Kaiserzeit und auch in der Weimarer Republik vorhanden war: daß nämlich der Staat ein Organ sei, das über den Klassen und über den Parteien stehe. . . .

Diese tief verwurzelte Ideologie,

gan sei, das über den Klassen und über den Parteien stehe. . . .

Diese tief verwurzelte Ideologie,
die systematisch in die Kreise der Arbeiter hineingetragen wurde, nutzte der Faschismus noch mehr aus, indem er sagte: Bei uns bestimmen jetzt nicht mehr die Großkapitalisten, sondern bei uns bestimmt jetzt der Staat, und der Staat sind wir, die Nationalsozialistische Partei. Diese Täuschung ist ihm gelungen, und die Großkapitalisten waren klug genug, sich etwas zurückzuhalten, nicht hervorzutreten."

(Aus: „Einiges über das Wesen des Faschismus" von Walter Ulbricht, in sehr klaren Tagen des Mai 1946) ●

Zukunft sicher durch 37 Tote ?

Bei einem Unterwasser-Pipeline-Projekt von Norwegen nach Emden sollen bis heute 37 Kollegen ihr Leben verloren haben! Davon alleine 21 Taucher. Diese Meldung der holländischen Zeitung „Winschoter Courant" ist bis heute weder bestätigt noch dementiert worden: man kann daher annehmen, daß sie weitgehend zutrifft.

Unter dem Motto der „Zukunftssicherung" wurde hier von den Kapitalisten eiskalt mit Menschenleben gepokert, damit die Profite stimmen. Bei diesem Projekt nutzten die Kapitalisten die „Gesetzlosigkeit" der Meere aus: hier existieren keinerlei Sicherheitsbestimmungen, niemand kann zur Verantwortung gezogen werden, Arbeitsunfälle sind nicht mal meldepflichtig!

Trotz dieser Unglücke gibt es viele, die sich nach dieser Arbeit drängen, weil die fehlende Sicherheit, Arbeitszeitordnungen etc. angeblich durch hohe Löhne „ausgeglichen" werden: so verdient ein Schweißer z.B. bis zu 8.000 DM im Monat, ein Taucher erhält 250 DM am Tag. Für gewisse Zuschläge sind auch heute noch Menschenleben zu kaufen!

Die Unfälle wurden durch die schlechte Ausbildung der Taucher noch begünstigt. In vierwöchigen Schnellkursen wurden sie „ausgebildet" und dann gleich in das mehrere hundert Meter tiefe Wasser der Nordsee gejagt. Ausbildung also nur soweit, daß die Arbeiten gerade verrichtet werden konnten. Nach dem Motto: auf die Sicherheit scheißen; krepiert einer, wird ein Neuer ausgebildet.

Zynisch warben die Kapitalisten die benötigten Arbeiter für einen etwas „abenteuerlichen Dienst am Menschen" an! Die Esso-AG, die an der Ausbeutung des Nordsee-Öls beteiligt ist, startete in den letzten Monaten eine Anzeigenserie, die das Leben auf den Bohrinseln in der alaskischen Eiswüste als „herrliches Abenteuer" darstellt, ganz im Anklang an faschistische „Männlichkeitsideale". Im Text hieß es unter anderem: *„Hier frieren Männer, damit andere es warm haben... Doch es bleibt keine andere Wahl. Wir müssen neue Energiequellen suchen und erschließen, damit die Industrien weiterhin Güter produzieren können* (aha!). *Und damit unsere Wohnungen weiterhin warm bleiben (?). Mut (?). Entschlossenheit und eine Menge Geld sind erforderlich, um die Energieversorgung für unsere Zukunft zu sichern."*

Am Schluß dann folgende Aufforderung: *„Es gibt viel zu tun. Packen wir's an."*

Da kann man sich nur noch anschließen: Packen wir's an, daß diese mörderischen Kerle nicht mehr lange ihre Geschäfte erledigen können! ●

Chemiekomitee/ KB-Gruppe Hamburg

Wyhl: Provokation der Reaktionäre von „KKW-JA" sollen die Platzbesetzer einschüchtern

Wie im letzten AK berichtet, hat das Freiburger Verwaltungsgericht einen vorläufigen Baustopp verfügt, getreu der Forderung der SPD nach einer „Denkpause in Sachen Whyl". Dieses planmäßige Hinauszögern der Auseinandersetzungen um den Bau des KKW machen sich inzwischen die Reaktionäre für verstärkte Provokationen zunutze:

In der Nacht vom 3. zum 4. April machten reaktionäre Schlägertypen von „KKW-JA" einen Brandanschlag auf eine Hütte, in der drei Leute schliefen! Die drei Platzbesetzer konnten nur noch durch ein Fenster flüchten, ihre in der Hütte aufgehängten Kleider sind größtenteils verbrannt.

Mit diesem Anschlag (die Bürgerinitiativen haben Strafanzeige wegen versuchten Totschlags erstattet) haben die Provokationen der Whyler „KKW-JA"-Leute ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Zuvor hatten sie bereits mehrmals etwas abseits stehende Hütten und Zelte in Brand gesteckt, zum Teil auch Leute zusammengeschlagen, die sich nachts allein vom Lagerplatz entfernt hatten. Dieser Anschlag richtet sich jedoch unmittelbar gegen das Leben der Besetzer!

Angeblich hat die Polizei „keinerlei Hinweise", wer diesen Anschlag gemacht haben könnte. Auch der Whyler Bürgermeister Zimmer (CDU) besaß in einem Rundfunkinterview die Unverfrorenheit zu behaupten, man wisse nicht, von wem derartige Provokationen kämen. Daß es diesen Leuten nur darum geht, die Provokateure zu decken, ist eindeutig: auf dem Bauplatz und auf den Dörfern am Kaiserstuhl weiß nämlich jeder ganz genau, daß diese Anschläge von den gekauften „KKW-JA"-lern durchgeführt werden.

Man weiß auch, wer sie bezahlt: In zwei Whyler Kneipen (im „Adler" und im „Engel") werden die Kernkraftwerksbefürworter mit Freibier und Geld bestochen, und wenn sie dann mal wieder ordentlich in „Stimmung" sind, ziehen sie nachts nach Kneipenschluß auf den Bauplatz. Die Whyler Kneipenwirte wiederum sind deshalb für das KKW, weil die Landesregierung Baden/Württemberg ihnen mehr Umsatz versprochen (!!!) hat, falls das KKW gebaut wird.

Die bis zum Mordanschlag gehenden Provokationen von „KKW-JA" sind also nicht etwa isolierte Aktionen irgendwelcher „Spinner", sondern das planmäßig herbeigeführte Ergebnis von Bestechungsmanövern, die letztlich von der Badenwerk AG und der Landesregierung selbst ausgehen – offensichtlich in bestem Einvernehmen mit Bürgermeister Zimmer und der Polizei.

Der Brandanschlag auf die drei Besetzer zeigt, daß die Kapitalisten vor keinem Mittel zurückschrecken, wenn es um die Durchsetzung ihrer bevölkerungsfeindlichen Politik geht. Die tatsächliche Funktion der „Denkpause in Sachen Whyl" wird hieran besonders deutlich: Hinhaltetaktik und Vertrösten auf der einen Seite – Einschüchterungsversuche auf der anderen Seite, so soll der Widerstand der Bauern und Winzer am Kaiserstuhl langsam, aber sicher zermürbt werden. –

Platzbesetzer wählen „Sprecherrat"

Die Besetzer jedoch haben zur Selbsthilfe gegriffen: Um die Nachtwache und überhaupt das Leben im Lager besser zu organisieren, haben sie auf einer Besetzerversammlung am 6.4. sechs Sprecher gewählt. Diese Sprecher sind verantwortlich für die Einteilung und Durchführung der Nachtwache, für die Einberufung regelmäßiger Besetzerversammlungen, und haben den Auftrag, als Sprecher der Besetzer auf die Versammlungen der Bürgerinitiativen zu gehen.

Dort sollen sie dafür sorgen, daß die Meinung der Besetzer auch zur Geltung kommt. Tun sie das nicht, können sie jederzeit auf einer Besetzerversammlung abgewählt werden. Überhaupt sind die Sprecher den Besetzern für ihre Tätigkeit rechenschaftspflichtig (imperatives Mandat).

Zu den Bürgerinitiativen muß noch gesagt werden, daß sie größtenteils nicht identisch sind mit den Leuten, die ständig auf dem Platz sind. Sie treffen sich auch gar nicht auf dem Platz, sondern in den umliegenden Dörfern, und tagen dort nicht öffentlich. Sie sind in ihrer Zusammensetzung sehr breit angelegt, es sind sowohl fortschrittliche Bauern, Winzer und Studenten in den Bürgerinitiativen wie auch Reaktionäre. So setzt sich zwar zeitweilig auch die fortschrittliche Seite in den Bürgerinitiativen durch (z. B. wurden dem KBW und der „KPD" bei der Kundgebung am Ostermontag Info-Tische genehmigt, während auf dem Platz selbst der Zeitungsverkauf durch Beschluß der Bürgerinitiativen untersagt ist), aber so oder so war bisher in den Bürgerinitiativen über die Köpfe der ständigen Besetzer hinweg entschieden worden. Das haben die Besetzer jetzt mit der Wahl eigener Sprecher geändert. Der erste Erfolg, den sie damit verzeichnen konnten, ist das Platzverbot für den „General". Dieser Reaktionär hat seinen Spitznamen nicht nur deshalb, weil er Freiwilliger bei der Bundeswehr ist, sondern vor allem, weil er auf dem Platz eigenmächtig regelrechte Bundeswehrmethoden einführen wollte. So kam er z. B. ständig mit Trillerpfeife, forderte, daß Jugendliche unter 18 vom Platz müssen, beschimpfte einige Besetzer als Dreckschweine und hetzte dabei – nicht offen, sondern hintenrum – kräftig gegen die Kommunisten. Dabei gab er sich als Sprecher der Bürgerinitiativen aus, obwohl er, wie sich inzwischen herausstellte, in gar keiner Bürgerinitiative war. Auf ihrer ersten Versammlung haben die Besetzer mit dem Platzverbot klargemacht, daß sie mit solchen reaktionären Typen nichts gemeinsam haben, auch wenn diese noch so sehr beteuern, sie seien gegen das KKW. ●

KB-Sympathisanten Pforzheim

USA: Mord an einer Plutonium-Technikerin

Die Gefahren für die Arbeiter in den kapitalistischen Atomkraftwerken werden systematisch verschwiegen und vertuscht. Die Atomstromerzeuger in Oklahoma, USA, scheuten nicht einmal vor einem Mord zurück, um die unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen in ihrem Betrieb zu verschleiern: Die Laborantin Karen Silkwood, tätig im Cimmaron-Plutonium-Werk bei Crescent (Oklahoma), einem Betrieb der Kerr-McGee-Corporation, die als aktive Gewerkschafterin gegen die Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen gekämpft hatte, wurde am 13.11.74 bei einem „Autounfall" getötet!

Die Atomarbeiter-Gewerkschaft hatte vier Privatdetektive mit der Aufklärung des „Unfalls" beauftragt. Die Untersuchungen ergaben jetzt: *„Trotz gerader Strecke und mäßiger Geschwindigkeit raste sie gegen eine Betonmauer und starb an Ort und Stelle. Viele Einzelheiten deuten auf einen Mord hin, denn der Wagen der Laborantin ist laut vorhandener Spuren gewaltsam von der Straße abgedrängt worden, und nach dem Eintreffen der Polizeistreife haben Unbekannte die auf der Straße herumliegenden Akten entwendet."*

(laut „Gewerkschaftspost", IG Chemie, April 75)

So wurde lediglich bekannt, was Karen S. Freunden vor ihrem Tod erzählte. Und das war nur die Spitze des Eisberges:

„Arbeiter wurden absichtlich nicht über die Gefahren von Plutonium aufgeklärt, obwohl bereits winzige Mengen davon Krebs und Leukämie erregen können. Das Plutonium ist nicht in abgesicherten Tresoren, sondern in normalen Schubladen von Schreibtischen aufbewahrt worden. Obwohl das Abwaschen der möglicherweise am Körper haftenden radioaktiven Partikel in einem derartigen Betrieb praktisch lebenswichtig ist, gab es nur zwei Duschen für 75 Arbeiter. 1973 setzte brennender Plutoniumabfall sieben Arbeiter einer gefährlichen Strahlendosis aus, und drei weitere Unfälle zeigten, wie leichtfertig von der Unternehmensleitung die Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel gesetzt wurde, um Geld zu sparen." (nach „Gewerkschaftspost")

Außerdem wollte Karen Silkwood beweisen, daß vorsätzlich gefälschte Inspektionsberichte über die Plutonium-Brennstäbe, welche das Werk produzierte, angefertigt wurden.

Als die Polizei am „Unfallort" eintraf, waren jedoch die Akten, welche Karen Silkwood bei sich hatte, spurlos verschwunden!

Falls die Anschuldigungen sich als richtig herausgestellt hätten, würde es „Kerr-McGee" einen 1,4 Millionen-Dollar-Vertrag mit der Atom-Energie Kommission (AEC) über die Lieferung von Plutonium-Brennstäben für einen Atom-Versuchsreaktor in Richmon, Wash., gekostet haben.

Durch den Mord wird „Kerr-McGhee" das Geschäft abschließen können.

Die „Kerr-McGhee-Corp." hat eine lange Geschichte in der Ignorierung der Sicherheitsvorschriften für ihre Arbeiter. Eines der ersten Unternehmen dieser „sauberen" Gesellschaft war eine Uranmine auf dem Navajo-Reservat, wo Navajo-Indianer als Grubenarbeiter für 1,60 Dollar die Stunde arbeiten mußten. Die Minen waren nach 16 Jahren ausgebeutet. Als sie 1969 geschlossen wurden, entdeckten die Minenarbeiter, daß sie sich durch den eingeatmeten Uranstaub Lungenkrebs geholt hatten. Bis zum Juni 1974 waren 18 von Hundert Minenarbeitern an Krebs gestorben und 21 weitere tödlich erkrankt!

Das Crescent-Werk, in dem die Genossin Karen arbeitete, war keine Ausnahme. Im letzten Januar veröffentlichte die AEC unter dem Druck der Gewerkschaft einen Bericht. Er machte 17 verschiedene Zwischenfälle aufgrund von „unsicheren Methoden" bekannt, durch die 73 Arbeiter Plutonium ausgesetzt waren, seitdem das Werk eröffnet wurde.

Obwohl der AEC-Bericht viele der gewerkschaftlichen Vorwürfe bestätigte, erlegte die AEC den „Kerr-McGhee"-Werken nur wenige Bußen auf, und tat – nach Ansicht der Atomarbeiter-Gewerkschaft – nichts, um grundlegende Änderungen für die Sicherung der Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen zu erreichen.

Die Untersuchungen über den Mord an der Technikerin Karen Silkwood hat mit brutaler Deutlichkeit bewiesen, daß die Gesundheit Tausender Atomarbeiter auf dem Spiel steht, und weiterhin noch einmal untermauert, wie groß die Gefahr für Millionen von Menschen durch die Atomkapitalisten ist. Diese verteidigen, wie der Fall in den USA zeigt, ihre Profite gegen die Arbeiter in und außerhalb der Atomwerke mit allen Mitteln: durch Propagandafeldzüge „für die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit". Durch Fälschen von offiziellen Untersuchungsberichten, durch Polizeieinsätze gegen den Widerstand, durch Kriminalisierung und sogar durch Mord an einzelnen Personen, die der gewissenlosen Gefährdung der Bevölkerung den Kampf angesagt haben. ●

Eine Genossin der Bezirksorganisation Harburg und Chemiekomitee KB/Gruppe Hamburg

Wyhl macht Schule

Wyhl macht Schule

spurlos verschwunden!

Falls die Anschuldigungen sich als richtig herausgestellt hätten, würde es „Kerr-McGee" einen 1,4 Millionen-

Eine Genossin der Bezirksorganisation Harburg und Chemiekomitee KB/Gruppe Hamburg

Jeder technische Fortschritt, wie z.B. Kernkraftwerke, wird im Kapitalismus der Profitmaximierung untergeordnet. Deswegen führt nicht die Stromerzeugung in Kernkraftwerken (KKW) „an sich" zu der Gefährdung der Bevölkerung, sondern die verbrecherische Vernachlässigung technisch möglicher, aber unprofitabler Sicherheitsmaßnahmen. Daher ist es gut, wenn die vom Bau von Kernkraftwerken betroffenen Bevölkerungsteile diese Gefahren immer deutlicher erkennen und das kämpferische Beispiel von Wyhl Schule macht.

Kaiseraugst bei Basel

Seit Anfang April wird der Bauplatz für ein KKW nach dem „Beispiel der gewaltfreien (? !) Aktion" in Wyhl besetzt. Der Reaktor in Kaiseraugst soll mit einer Leistung von 860 MW entstehen. Nachdem mit etwa 500 Besetzern die Bauarbeiten verhindert wurden, rief man die Bevölkerung zur Demonstration und Kundgebung auf. Statt resignierend eine Politik der vollendeten Tatsachen hinzunehmen, sollten sich alle mit den Bauplatzbesetzern solidarisieren. Zur Kundgebung erschienen ca. 15.000 Menschen und auch Vertreter der Bürgerinitiative Wyhl, Markholzheim und Fessenheim.

Die Hauptforderungen waren:

- *Verzicht auf den Bau weiterer KKWs am Oberrhein!*
- *Erstellung eines meteorologischen Gutachtens über die mutmaßlichen Folgen der geplanten Ballung von Atomkraftwerken am Hoch- und Oberrhein!*
- *Bekanntgabe der Ergebnisse der gesamten schweizerischen Energiekonzeption!*
- *Volksentscheid der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten.* („Süddeutsche Zeitung")

Die Besetzung des Bauplatzes soll der Badener Motor-Columbus AG, Tochter von Brown-Boveri, angeblich täglich 20.000 Franken Verlust einbringen, die sich aus der Stillegung der Baumaschinen und der Verhinderung der Arbeitsaufnahme zusammensetzen. Inzwischen ist auch schon Strafanzeige erstattet worden! Der schweizerische Energie- und Verkehrsminister W. Ritschard, selbst Teilhaber (!) der Aarer-Tessin-Elektrizitätswerke, die am Bau des KKWs beteiligt sind, erklärte sich schließlich jetzt bereit, mit den Besetzern des Baugeländes zu reden. Allerdings nur, wenn sie eine „repräsentative Vertretung" gewählt hätten. Vorläufig seien die Besetzer noch „anonyme (?) Demonstranten".

Bis jetzt gab es noch keine Polizeieinsätze in Kaiseraugst. Das Militärdepartment hat sich jedoch schon für die Räumung des Bauplatzes angeboten, falls die Polizeikräfte nicht ausreichen.

10.000 in Schweinfurt gegen das KKW Grafenrheinfeld

In Schweinfurt protestierten am 20.4. ca. 10.000 Menschen (lt. „FR") in einem rund vier km langen Demonstrationszug gegen den Bau des KKW Grafenrheinfeld bei Schweinfurt. Das Bayernwerk AG treibt den Bau mit hektischer Eile voran, um den anwachsenden Protest zu unterlaufen. Sicherheitshalber standen in Grafenrheinfeld einige Hundertschaften Polizei bereit, da die Besetzung des Geländes gefordert war. ●

eine Genossin der Bezirksorganisation Harburg und Chemiekomitee KB/Gruppe Hamburg

Kaiseraugst bei Basel: Die Baumaschinen stehen still

Eine vieltausendköpfige Protestdemonstration aus Frankreich, der Schweiz und BRD marschiert zum besetzten Bauplatz in Wyhl

Vom 1. bis zum 17. April fanden in Hannover täglich – mit Ausnahme der Sonntage – Demonstrationen gegen die Erhöhung der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr statt. (Vgl. dazu AK 56 und 58/59). Die Teilnehmerzahl war am ersten Tag mit 7.000 Teilnehmern eine der höchsten seit Jahren in Hannover, am 17. April war sie dann mit 600 Teilnehmern auf ihrem absoluten Tiefstand. Dazwischen lag sie lange bei etwa 3.000.

Fahrpreiskämpfe in Hannover:

Der Rote Punkt marschiert ... doch es führt zu nichts

Massive Angriffe auf das Demonstrationsrecht

Kennzeichnend für diese vierte Fahrpreisaktion waren die täglich frecher werdenden Verstöße der Polizei. Von vornherein wurde das Demonstrationsrecht massiv beschnitten. Ständig liefen Ketten von Polizisten neben dem Zug her, bald in jeder Nebenstraße konnte man Mannschaftswagen und Wasserwerfer stehen sehen. Oft spielte die Polizei Katz und Maus mit den Demonstranten. Der Zug wurde z.B. auf einen etwa vier Meter breiten Streifen zwischen Straßenbahnschienen und Fußweg gedrängt. Plötzlich ein Loch in der Polizeikette: Die Demonstranten strömten auf die Schienen. Sofort rückten bereitgestellte Prügelkommandos mit Schlagstöcken und Giftgas auf die Demonstranten los. Einmal ritt sogar eine Reiterstaffel voll in die Menge hinein – ein Verletzter. Auch durch das CN-Gas wurden über 100 Personen verletzt.

Welche Kampfform ?

Vor Beginn der Aktionen hatten einige linke Organisationen sich lang, und breit damit auseinandergesetzt, welche Kampfform gegen die Fahrpreiserhöhungen denn nun die richtige sei. Wer sich daran erinnerte, den wunderte die jetzt zutage getretene Monotonie. Die DKP ließ ihren lange vorbereiteten Rote-Punkt-Ersatzverkehr fallen, die „KPD" ihren Boykott. Der KBW verzichtete zunächst auf seinen Marsch zum Rathaus.
Was blieb, war die tägliche Demonstration, die allerdings auch die Funktion einer Blockade haben sollte. Man ging also sehr langsam und möglichst auf den Gleisen. Aber selbst das versuchte die Polizei durch Auflagen, Knüppel-, Tränengas-und Wasserwerfereinsätze mit weitgehendem Erfolg zu verhindern.

Die DKP versuchte, den provokativen „Anweisungen" der Polizei mit Einstweiligen Verfügungen entgegenzuwirken. Zuerst brachte das einen Erfolg: Eine von der Polizei vorgeschriebene Demonstrationsroute, die nur zweimal Straßenbahngleise kreuzte, konnte so zu Fall gebracht werden. Alle weiteren Auflagen der Polizei (die insgesamt genau die zunächst verordnete Demonstrationsroute wieder als Resultat hatten) wurden jedoch als rechtmäßig bezeichnet. (Amtsgerichtsurteil: *„Das Rechtsgut des fließenden Verkehrs ist dem der freien Meinungsäußerung gleichgestellt!"*) In den letzten Tagen (die Hannover-Messe mit ihrem starken Verkehr rückte immer näher) wurde sogar die Auflage gemacht, alle 10 Minuten die wartenden Straßenbahnen durchzulassen. Die DKP schluckte auch das. Mahlzeit!

Der Grund dieses Abweichens von DKP, „KPD" und KBW von ihren vorher festgelegten Zielen war die brutale Machtdemonstration der Polizei und die illusionäre Einschätzung der Kampfbereitschaft der Bevölkerung. „Kampfformen", die eine breite Masseninitiative erforderten (Rot-Punkt-Verkehr, Boykott) mußten von vornherein unter den Tisch fallen.

Aber auch auf der Straße wagte vernünftigerweise niemand eine Konfrontation, mit Ausnahme von Rangeleien um die Gleise. Selbst das war der DKP zuviel, die die „Friedlichkeit" betonte und die sogar Illusionen über die „ÖTV-Kollegen" schürte (gemeint sind die Bullen!), die sich bald mit den Zielen der Bewegung solidarisieren würden. Gefährliche Phantastereien!

Statt Politik Kraftmeierei

Ärgerlich ist am Resultat der dreiwöchigen Auseinandersetzungen, daß im Verhältnis zur Breite der Bewegung der politische Nutzen gering geblieben ist.

Aufgabe der Linken und insbesondere der Kommunisten wäre es gewesen, die breite Empörung über die brutalen Preiserhöhungen, die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit, die riesigen Polizeiaufgebote etc. zu nutzen, um bei den Beteiligten mehr Klarheit über das Wesen des kapitalistischen Staates und die Notwendigkeit des Klassenkampfes auf allen Ebenen zu erreichen. Dahingehend hätten alle Anstrengungen der Linken unternommen werden müssen. In diesem Sinne haben wir z.B. zu den Fahrpreiserhöhungen eine Broschüre herausgegeben.

Wenn man als Kommunist das nicht im Auge hat, dann verpufft die Bewegung trotz ihrer Breite und relativ hohen Kampfbereitschaft, ohne deutliche Spuren im Bewußtsein der Menschen zu hinterlassen. Übrig bleiben dann allenfalls eine Handvoll Neuorganisierter, denen die Masse Resignierter gegenübersteht!

Die Verantwortung für dieses enttäuschende Resultat trifft besonders DKP und KBW. Vor allem ist hier festzuhalten, daß dem ständigen krafthuberischen Kriegsgeschrei (besonders penetrant bei der DKP) ein ständiges Zurückweichen auf allen Ebenen gegenüberstand. Nur einige Beispiele:

Leider genügt es heute noch, eine Bewegung als „kommunistisch geführt" zu kennzeichnen, wie es Niedersachsens Innenminister Lehners (SPD) tat, um viele schon an einer Solidarisierung zu hindern. Die DKP (Das „K" soll angeblich „kommunistisch" bedeuten!) bringt es angesichts dieser Taktik des Staates allerdings fertig, sich von selber zu distanzieren. Anstatt zu sagen: „Ja, die Kommunisten sind die einzigen, die gegen die Angriffe der Bourgeoisie Widerstand organisieren", brachte Rot-Punkt-Sprecher Kittner, ein Freund der DKP, es fertig, diese Feststellung Lehners' als „üble Unterstellung" und „Verdrehung der Tatsachen" hinzustellen.

chen" hinzustellen.

Die KBW-Taktik

Diese Vogel-Strauß-Taktik ist aber leider nicht nur bei der DKP anzutreffen. Auch beim KBW gibt man sich gerne „unpolitisch", als „Bürger und Demokrat" und „nur"-Fahrpreisgegner. Kommunist sein ist heute halt unpopulär, da ist man lieber „nur Mensch". In dieses Konzept passen KBW-Parolen wie „Briese her, Schmalstieg her – wir zahlen keinen Pfennig mehr!" (Briese = Vorsitzender des Großraumparlaments, CDU. Schmalstieg = Hannovers Oberbürgermeister, SPD). Diese Forderung war die Spitze der politischen Forderungen des KBW. Da war die DKP sogar rradikaler: Sie forderte immerhin den Rücktritt des Polizeipräsidenten Boge und des Innenminster Lehners'.

Die vom KBW erwartete Parole zum „Sturz des Großraumparlaments" blieb dagegen aus. Begründung: es ist „noch nicht reif"! Stattdessen veranstaltete der KBW zweimal „große Bürgerversammlungen auf der Straße", zu denen er immerhin seine 150 Mitglieder und Sympathisanten mobilisieren konnte. (Beim KBW immerhin eine Seltenheit!). Dort sollten Briese und Schmalstieg vor den versammelten Bürgern Rede und Antwort stehen! Nun wird es beim KBW hoffentlich (!? !) keinen geben, der glaubt, daß diese Herren tatsächlich kommen und ihren Mist dort noch einmal verzapfen (die Zeitungen waren ja wohl schon voll genugdamit!), aber die „Forderung" ist halt so herrlich demokratisch, und so erzieherisch! Da sehen alle, daß sie nicht kommen, und dann... – ja, dann schweigt des Sängers Höflichkeit. Da weiß der KBW dann auch nichts mehr.

Gegen Ende der Aktionen, als absehbar war, daß die „Bürger" Briese und Schmalstieg sich nicht äußern wollten (hört, hört!), aber das Großraumparlament immer noch „nicht reif" zum Sturz war, entdeckte der KBW als Ausweg etwa nicht die Aufnahme einer breiteren Propagandaarbeit, Einbeziehung von Forderungen gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen, gegen den Abbau demokratischer Rechte, sondern er „entdeckte" – die Militanz. *„Wo Proteste nichts nutzen, muß Widerstand auf der Straße und den Gleisen her!"* („KBW-Flugblatt") Der Versuch, die Straße für „große Versammlungen" freizubekommen, brachte der Polizei Gelegenheit, ihre absolute Überlegenheit zu demonstrieren. Es gab blutige Köpfe, Tränengasverletzte, Festnahmen, Beschlanahme von Flugblättern und eine Durchsuchung des KBW-Büros. Das machte dem KBW schnell klar, daß er aus einer Sackgasse in eine andere gerannt war. Konsequenz: Abbruch. Lehre: Wir hätten viel eher militant werden sollen!!

DKP: Verantwortungsbewußtsein zeigen!

Den Gipfel des Zynismus erklommen zu haben, bleibt allerdings der DKP vorbehalten. Ihr gelang es, ohne einen Schimmer von Selbstkritik, die Aktionen nach drei Wochen als Erfolg (!) zu bezeichnen und abzubrechen, mit der Perspektive, daß es am 1. Juni (dem Termin der zweiten Fahrpreiserhöhung) zu „noch machtvolleren" Demonstrationen kommt. Da kann man ja gespannt sein.

Wie die DKP die Demonstrationen „gestärkt" hat, davon einige Beispiele: Ständig versuchte sie, „Verantwortungsbewußtsein" zu zeigen. Einmal mit der illusionären Forderung nach einer „Nahverkehrsabgabe" der hannoverschen Großbetriebe. (Flugblatt: *„Hierdurch wird deutlich, daß es sich bei der ‚Aktionsgruppe Roter Punkt' nicht nur um Neinsager handelt."*) Damit zerbricht sich die DKP den Kopf der Bourgeoisie. Zum anderen entwickelte sie eine erhebliche Militanz, wenn es darum ging, gegen linke Demonstranten, die tatsächlich auf die Schienen wollten, vorzugehen. Teilweise stellten sich sogar die DKP-Ordner in eine Reihe mit den Bullenketten. Dies brachte ihr den Ruf ein: „DKP und Polizei halten hier die Schienen frei!" Daraufhin beschädigten DKP-Ordner den Lautsprecherwagen der „KPD". Denn: *„Wir sind keine Maschinenstürmer! Keine weltfremden Phantasten!"* (Flugblatt) Phantastisch waren allerdings die Demonstrantenzahlen, die man täglich in der UZ lesen konnte. (Meist war eine Null zuviel dran.) Wo man reale Erfolge nicht erreicht, lügt man sie eben herbei. Nur mit ehrlicher linker Politik hat das nichts mehr zu tun!

1. Die Unterbezirkskonferenz der Jusos hatte am 12.4.75 eine Solidari-

1. Die Unterbezirkskonferenz der Jusos hatte am 12.4.75 eine Solidaritätsadresse an den „Roten Punkt" gerichtet, worin sie dessen Ziele unterstützte und sich gegen den *„massiven Polizeieinsatz"* wandte, der den *„Eindruck polizeistaatlicher Maßnahmen"* erwecke. Die SPD-Führer Leddin und v. Oertzen leiteten daraufhin Parteiverfahren ein. Es wird zunehmend schwerer für die Jusos, ihre Partei noch als links zu verkaufen.
2. Am 7.4. konnte man an der Spitze der Demonstration zwei Pastoren im Talar marschieren sehen. Sie wollten ihre *„Möglichkeiten als Pastoren einsetzen, damit die Demonstration im Sinne der Veranstalter einen gewaltlosen und friedlichen Verlauf nimmt."* Das Evangelische Landeskirchenamt leitete daraufhin ein „Amtszuchtverfahren" ein und verbot generell das Tragen von Talaren bei politischen Aktionen.
3. Nach einem Interview des NDR mit Rot-Punkt-Sprecher Kittner, in dem dieser nach ausführlichen Stellungnahmen der Preistreiber aus dem Rathaus seine Auffassungen darlegte, entfaltete die CDU heftige Angriffe auf die Journalisten. Der NDR sei zum *„Sprachrohr für die Propaganda der Verfassungsfeinde"* geworden. Das veranlaßte die SPD, von *„einer gesteuerten Kampagne zur Verunsicherung und Einschüchterung von Rundfunkjournalisten"* zu sprechen. Gut verstellt, Chamäleon! Siehe erstes Beispiel!
4. Als einzige DGB-Gewerkschaft rief die HBV Hannover ihre Mitglieder zur Beteiligung an den Demonstrationen auf. Tags darauf distanzierte sich der Landesvorstand der HBV scharf von dieser Erklärung. Die restlichen Gewerkschaften sprachen sich entweder für die Fahrpreiserhöhungen aus oder erklärten, daß sie *„zum geeigneten Zeitpunkt Stellung nehmen werden"* (so der DGB-Kreisvorstand). Ob wir zu Weihnachten mehr wissen? ●

KB/Gruppe Hannover

INHALT

INHALT Seite

Nahrungsmittel:
Leserbrief einer Lebensmittelverkäuferin 37
GEW:

Quo vadis ...? Wohin geht die Reise des KBW? 30
KBW gegen "Sozial"chauvinismus 30
Wo bleibt die Richtigstellung des KBW? 31